

**Die Behandlung von realisierten und
unrealisierten Gewinnen und Verlusten
in der Bilanz und die sich hierbei ergebende
Problematik unter besonderer
Berücksichtigung der Höhe und
des Zeitpunktes des Ausweises**

Gerhard Götzen

1963

DIE BEHANDLUNG VON REALISIERTEN UND UNREALISIERTEN
GEWINNEN UND VERLUSTEN IN DER BILANZ UND DIE SICH
HIERBEI ERGEBENDE PROBLEMATIK UNTER BESONDERER BERÜCK-
SICHTIGUNG DER HÖHE UND DES ZEITPUNKTES DES AUSWEISES

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des Doktorgrades

der

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

der

Johann Wolfgang Goethe - Universität Frankfurt am Main

vorgelegt von

Gerhard Götzen
aus Neustadt (Haardt)

1963

1. Gutachter : Prof. Dr. Loitsberger

2. Gutachter : Prof. Dr. Hagenmüller

Tag der mündlichen Prüfung : 7. u. 8. Mai 1963

Tag der Promotion : 8. Mai 1963

Einleitung

I	Begriffsklärungen	9
II	Problemstellung	14
III	Gang der Untersuchung	18
IV	Die Behandlung in der Literatur	20

Hauptteil

I	Sachliche Grundlegung	21
A	Der Totalgewinn	21
B	Der Periodengewinn	23
1	Aktivierungs- und Passivierungsprobleme	24
2	Bewertungsprobleme	29
C	Die Darstellung der wichtigsten Prinzipien des Gewinn- und Verlustausweises	36
1	Das Verursachungsprinzip	37
2	Das Realisationsprinzip	37
D	Die verschiedenen Bilanzauffassungen im Hinblick auf das Realisationsprinzip	40
1	Die statische Bilanzauffassung	40
a	Die rein statische (juristische) Bilanzauffassung	40
b	Die beschränkt statische Bilanzauffassung	41
c	Die statisch-betriebswirtschaftliche Bilanzauffassung	41
2	Die dynamische Bilanzauffassung	41
3	Die organische Bilanzauffassung	43
4	Die finanzwirtschaftliche Bilanzauffassung	44
5	Die pagatorische Bilanzauffassung	45
E	Die Interessen und der Einfluß der verschiedenen Kreise im Hinblick auf den Gewinn- und Verlustausweis in der Bilanz	46
1	Die Interessen und der Einfluß der Aktionäre	46
2	Die Interessen und der Einfluß der Gläubiger	51
3	Die Interessen und der Einfluß des Fiskus	53
4	Die Interessen und der Einfluß der Unternehmensleitung	55
5	Die Interessen und der Einfluß der Belegschaft	57
6	Die Interessen und der Einfluß sonstiger Kreise	58
II	Die Höhe des Gewinnausweises in der Bilanz und die sich hierbei ergebende Problematik	63
A	Die Höhe des Gewinnausweises nach dem reinen Realisationsprinzip	63

	<u>Seite</u>
1 Darstellung des reinen Realisationsprinzips	63
a Realisierte Gewinne - Ihre Entstehung und ihre Behandlung	63
a ₁ Die Problematik der Ermittlung der Anschaffungswerte	64
a ₂ Die Problematik der Ermittlung der Herstellungswerte	75
b Realisierte Verluste - Ihre Entstehung und ihre Behandlung	107
2 Kritik des reinen Realisationsprinzips	108
B Die Höhe des Gewinnausweises nach dem imparitätischen Realisationsprinzip	111
1 Darstellung des imparitätischen Realisationsprinzips	111
a Das reine Realisationsprinzip als Teilgrundlage des imparitätischen Realisationsprinzips	111
b Unrealisierte Verluste - Ihre Entstehung und ihre Behandlung	111
c Unrealisierte Gewinne - Ihre Entstehung und ihre Behandlung	144
c ₁ Die Behandlung des Agios in der Bilanz und die sich hierbei ergebende Problematik	156
c ₂ Die Behandlung des Geschäftswertes und die sich hierbei ergebende Problematik	157
c ₃ Die Behandlung von konzerninternen Gewinnen in der Bilanz und die sich hierbei ergebende Problematik	165
c ₄ Die Behandlung von innerbetrieblichen Leistungen in der Bilanz und die sich hierbei ergebende Problematik	170
d Einzelne Probleme im Zusammenhang mit dem imparitätischen Realisationsprinzip	173
d ₁ Die Entstehung unrealisierter Gewinne und späterer unrealisierter Verluste an ein und demselben Bilanzposten und ihre Behandlung in der Bilanz	173
d ₂ Die Entstehung unrealisierter Verluste und späterer unrealisierter Gewinne an ein und demselben Bilanzposten und ihre Behandlung in der Bilanz	174

d ₃	Die gleichzeitige Entstehung unrealisierter Gewinne und unrealisierter Verluste an verschiedenen Bilanzposten und ihre Behandlung in der Bilanz	178
2	Kritik des imparitätischen Realisationsprinzips	179
C	Die Höhe des Gewinnausweises nach dem erweiterten Realisationsprinzip	181
1	Die Höhe des Gewinnausweises unter dem Gesichtspunkt der nominellen Kapitalerhaltung - Darstellung und Kritik	181
2	Die Höhe des Gewinnausweises unter dem Gesichtspunkt der realen Kapitalerhaltung - Darstellung und Kritik	185
3	Die Höhe des Gewinnausweises unter dem Gesichtspunkt der materiellen Kapitalerhaltung - Darstellung und Kritik	188
4	Die Höhe des Gewinnausweises unter dem Gesichtspunkt der relativen Kapitalerhaltung - Darstellung und Kritik	193
5	Die Höhe des Gewinnausweises unter dem Gesichtspunkt der qualifizierten Kapitalerhaltung - Darstellung und Kritik	194
6	Die Höhe des Gewinnausweises unter dem Gesichtspunkt der leistungsäquivalenten Kapitalerhaltung - Darstellung und Kritik	195
7	Die Höhe des Gewinnausweises unter dem Gesichtspunkt des "Prinzips des doppelten Minimums" - Darstellung und Kritik	197
8	Die Möglichkeiten und Grenzen der Rechnung nach dem "Prinzip des doppelten Minimums"	203
a	Die Möglichkeiten und Grenzen, nicht endgültig realisierte Gewinne beim abnutzbaren Realanlagevermögen auszuschalten	203
b	Die Möglichkeiten und Grenzen, nicht endgültig realisierte Gewinne beim Vorratsvermögen auszuschalten	216
b ₁	Die Möglichkeiten und Grenzen der Substanzerhaltung durch stille Rücklagen	216
b ₁₁	Die Rechnung mit eisernen Beständen	216
b ₁₂	Die Rechnung mit gebundenen Vorräten	222
b ₁₃	Die Rechnung nach dem Lifo-Prinzip	223
b ₁₄	Die Rechnung nach sonstigen Prinzipien	225
b ₂	Die Möglichkeiten und Grenzen der Substanzerhaltung durch offene Rücklagen	227

	<u>Seite</u>
b ₂₁ Der Ausweis einer Substanzerhaltungsrücklage	227
b ₂₂ Der Ausweis eines Wertänderungskontos	235
b ₂₃ Der Ausweis einer Preisdifferenzenrücklage	236
c Die Möglichkeiten und Grenzen, nicht endgültig realisierte Gewinne beim Finanzvermögen auszu- schalten	237
d Die Beurteilung der Substanzerhaltungsrechnung	239
Anhang : Das Bilanzierungsrecht und die Bilanzierungs- gepflogenheiten in einigen anderen Staaten	247
III Der Zeitpunkt des Gewinnausweises in der Bilanz und die sich hierbei ergebende Problematik	252
A Der Zeitpunkt des Gewinnausweises im Falle, daß angeschaff- te oder hergestellte Wirtschaftsgüter verkauft werden	253
1 Der Gewinnausweis im Falle, daß der Zugang des Geldes und der Abgang des Wirtschaftsgutes zeitlich überein- stimmen (Barverkauf)	253
a Die Wirklichkeitsnähe der gemachten Voraussetzung und die Gewinnrealisation	253
b Die Gewinnrealisation wenn kein gültiger Kaufver- trag geschlossen ist	254
c Die Gewinnrealisation wenn der Kaufvertrag später angefochten wird	257
d Die Gewinnrealisation wenn die Ware mit einem Mangel behaftet ist	257
e Die Gewinnrealisation wenn die Gefahr erst nach dem Eigentum übergeht	259
f Die Gewinnrealisation wenn ein Garantievertrag abgeschlossen ist	260
g Die Gewinnrealisation wenn der Käufer nicht in Geld, sondern in Geldsurrogaten leistet	262
2 Der Zeitpunkt des Gewinnausweises im Falle, daß der Zugang des Geldes zeitlich vor dem Abgang des Wirt- schaftsgutes erfolgt (Vorauszahlung)	265
a Die Wirklichkeitsnähe der gemachten Voraussetzung	265
b Der Zeitpunkt der Gewinnrealisation wenn Aufwand und Ertrag feststehen	266
b ₁ Die Gewinnrealisation im Falle der Anschaffung und anschließenden Veräußerung von Wirtschafts- gütern	267

	<u>Seite</u>
b ₁₁ wenn das Wirtschaftsgut zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit dem Käufer schon angeschafft ist	267
b ₁₂ wenn das Wirtschaftsgut zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit dem Käufer noch nicht angeschafft ist	270
Fall 1 : wenn ein Vertrag mit einem Lieferanten geschlossen ist	271
Fall 2 : wenn noch kein Vertrag mit einem Lieferanten geschlossen ist	273
b ₂ Die Gewinnrealisation im Falle der Herstellung und anschließenden Veräußerung von Wirt- schaftsgütern	274
b ₂₁ wenn das Wirtschaftsgut zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit dem Käufer schon hergestellt ist	274
b ₂₂ wenn das Wirtschaftsgut zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit dem Käufer noch nicht hergestellt ist	275
c Der Zeitpunkt der Gewinnrealisation wenn der Ge- winn in seiner Höhe nachträglich korrigiert werden kann	276
c ₁ wenn der Gewinn durch Ertragsminderungen nachträglich korrigiert werden kann	277
c ₁₁ durch nachträglich eingetretene, vom Verkäufer zu vertretende Unmöglichkeit	277
c ₁₂ durch nachträglich eingetretene, von kei- ner Seite zu vertretende Unmöglichkeit	279
c ₁₃ durch Schuldnerverzug	282
c ₂ wenn der Gewinn durch Ertragserhöhungen nach- träglich korrigiert werden kann	283
c ₃ wenn der Gewinn durch Aufwandsminderungen oder Aufwandserhöhungen nachträglich korri- giert werden kann	285
3 Der Gewinnausweis im Falle, daß der Zugang des Geldes zeitlich nach dem Abgang des Wirtschaftsgutes erfolgt (Verkauf auf Kredit)	285
a Die Wirklichkeitsnähe der gemachten Voraussetzung	285
b Die als allgemeingültig abzulehnenden Zeitpunkte für die Gewinnrealisation	286
c Die Gewinnrealisation zum Zeitpunkt der Absen- dung des Wirtschaftsgutes	290

	<u>Seite</u>
d Die Gewinnrealisation zum Zeitpunkt der Absendung der Rechnung	294
e Die Gewinnrealisation zum Zeitpunkt des Geld- eingangs	321
f Exkurs : Der Gewinnausweis bei Teilzahlungsge- schäften	324
4 Der Gewinnausweis im Falle, daß der Zugang des Gel- des zeitlich zum Teil vor, zum Teil nach dem Abgang des Wirtschaftsgutes erfolgt (Anzahlung)	325
5 Exkurs	
a Der Gewinnausweis bei erbrachten Dienstleistungen	326
b Der Gewinnausweis bei veräußerten Rechten	332
B Der Zeitpunkt des Gewinnausweises im Falle, daß angeschaff- te oder hergestellte Wirtschaftsgüter nicht verkauft, sondern auf andere Weise an Wirtschaftssubjekte veräußert oder diesen vorübergehend überlassen werden	333
1 Der Gewinnausweis im Falle, daß angeschaffte oder her- gestellte Wirtschaftsgüter gegen andere getauscht werden	333
2 Der Gewinnausweis im Falle, daß angeschaffte oder her- gestellte Wirtschaftsgüter vermietet oder verpachtet werden	339
C Besonderheiten im Zusammenhang mit der Untersuchung des Zeitpunktes des Gewinnausweises	341
1 Die besondere Bedeutung des Zeitpunktes des Gewinn- ausweises in Wirtschaftszweigen mit langfristiger Fer- tigung	341
a in der Industrie	341
b in der Forstwirtschaft	347
c in der Landwirtschaft	352
2 Der Zeitpunkt des Gewinnausweises beim Ausscheiden von Wirtschaftsgütern auf Grund besonderer Umstände	355

Schlußteil

Zusammenfassung	361
-----------------	-----

<u>Literaturverzeichnis</u>	364
-----------------------------	-----

Einleitung

I Begriffsklärungen

Die Begriffe "Gewinn" und "Verlust" werden in der Betriebswirtschaftslehre nicht einheitlich verwendet. Wenn man von Gewinn/Verlust spricht, so denkt man einerseits an den in der Kostenrechnung, andererseits an den in der Unternehmungsrechnung (Bilanz). Gewinn/Verlust der Kostenrechnung und Gewinn/Verlust der Unternehmungsrechnung weichen in der Regel voneinander ab, können aber auch in seltenen Fällen übereinstimmen. Dies liegt daran, daß Kostenrechnung und Unternehmungsrechnung, obwohl sie sich gegenseitig beeinflussen, zwei völlig verschiedene Phänomene sind. In der Kostenrechnung wird grundsätzlich ein von Einmaligkeiten freier Modellbetrieb der Unternehmung zu Grunde gelegt, in dem alles ausgesondert wird, was nicht leistungsbedingt und nicht betriebsnotwendig ist. Es handelt sich hier um ein abstraktes, theoretisches Gebilde, bei dem der "Leistungskern" abgerechnet wird. Die Abstraktion geht sogar so weit, daß gewisse Tatsachen, die eingetreten sind, und gewisse Vorgänge, die sich ereignet haben, in der Rechnung überhaupt nicht berücksichtigt werden. In der Unternehmungsrechnung dagegen wird grundsätzlich von der Wirklichkeit ausgegangen.

Die Verschiedenartigkeit von Kostenrechnung und Unternehmungsrechnung wird besonders deutlich, wenn man die Aufgaben dieser beiden Rechnungen gegenüberstellt. So soll die Kostenrechnung z.B. Unterlagen für die Kontrolle der Betriebsgebarung, für die Preiskalkulation, für Dispositionsrechnungen, für Festlegungen von innerbetrieblichen Verrechnungspreisen, für Bewertungen von Halb- und Fertigfabrikaten und selbsterstellten Anlagen liefern, während die Unternehmungsrechnung z.B. dazu bestimmt ist, den erwirtschafteten Gewinn grundsätzlich als "ein unter bestimmten Umständen erzielt Mehr gegenüber einem früheren (anfänglichen) Bestand" (1) auszuweisen (Kontrollfunktion) und die Entwicklung anzuzeigen (Signalfunktion). Neben diesen unternehmungsinternen Aufgaben fallen der Unternehmungsrechnung im Gegensatz zur Kostenrechnung auch unternehmungsexterne Aufgaben zu. So dient z.B. die Unternehmungsrechnung dem Zwecke der Rechenschaftslegung, der Ermittlung des ausschüttbaren Gewinns, der Erfüllung des Gläubigerschutzes, der public relations.

(1) Rieger, Wilhelm : Schmalenbachs Dynamische Bilanz, Stuttgart 1936, S. 54-55.

Nach diesen Ausführungen ist es nun sehr verständlich, daß Gewinne/Verluste der Kostenrechnung in der Regel von denen der Unternehmungsrechnung abweichen, ohne zunächst zu sagen, wie Gewinne/Verluste im Einzelfalle ermittelt werden (1).

Wenn es lediglich diese verschiedenen Gewinn- und Verlustbegriffe gäbe, so würde es nicht notwendig sein, sich mit der Klärung der Begriffe eingehender zu beschäftigen. In Wirklichkeit werden diese Begriffe aber auch noch innerhalb der Kostenrechnung und innerhalb der Unternehmungsrechnung in verschiedenem Sinne verwendet.

In der Kostenrechnung wird zunächst noch zwischen Stückgewinn/Stückverlust und Periodengewinn/Periodenverlust unterschieden, wobei sich der Periodengewinn/Periodenverlust aus der Summe aller Stückgewinne/Stückverluste bzw. aus dem jeweiligen Überschuß aller Stückgewinne/Stückverluste über alle Stückverluste/Stückgewinne einer Rechnungsperiode zusammensetzt und wobei sich der jeweilige Stückgewinn/Stückverlust aus der positiven/negativen Differenz zwischen Leistungen und Kosten ergibt. Unter Leistungen werden dabei die Werte der erzeugten Produkte, unter Kosten die Werte der in die hergestellten Produkte eingegangenen Produktionsfaktoren bezeichnet. Diese Begriffe bedürften keiner weitgehenderen Klärung, wenn der Leistungs- und der Kostenbegriff einheitlich gefaßt wären. Dies ist aber regelmäßig nicht der Fall. Sowohl für die Leistungs- als auch für die Kostenermittlung gibt es verschiedene Maßstäbe. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang nur als Beispiel, daß bald der wertmäßige, bald der normative, gelegentlich aber auch der pagatorische Kostenbegriff (2) zu Grunde gelegt wird.

Aber auch diese Unterscheidung bringt allein noch keine endgültige Klärung. Neben der Istkostenrechnung, von der wir bisher stillschweigend ausgegangen sind, gibt es auch noch die Normalkostenrechnung und die in mancherlei Variationen anwendbare Plankostenrechnung. Hier ergeben sich die Stückgewinne/Stückverluste aus der positiven/negativen Differenz zwischen Leistungen und Normalkosten bzw. zwischen Leistungen und weiterverrechneten Plankosten je Kostenträger. Die Periodengewinne/Periodenverluste sind nur dann der Summe aller Stückgewinne/Stückverluste bzw. dem jeweiligen Überschuß aller Stückgewinne/Stückverluste über alle Stückverluste/Stückgewinne einer Rechnungsperiode gleich, wenn die im Regelfall im Kontenrahmen in Klasse 5 oder 6 ausgewiesene Kostenüberdeckung/Kostenunterdeckung bzw. die positiven/negativen Abweichungsdifferenzen (mit Ausnahme der Preisdifferenzen in Klasse 2 oder 3 des Kontenrahmens) berücksichtigt werden.

- (1) vgl. hierzu: Hax, Karl: Die Betriebsunterbrechungsversicherung, Köln-Opladen 1949, S. 45.
- (2) Diese Kostenbegriffe wurden von Loitsberger in seiner Vorlesung "Bilanzen II" verwendet (WS 1960/61, Universität Frankfurt).

Der Gewinn/Verlust in der Unternehmungsrechnung entsteht durch das Zusammenwirken von inneren und äußeren Faktoren (1). Man kann zunächst zwischen dem an der Erfolgsperiodisierung ausgerichteten Gewinn/Verlust und dem an der Kapitalerhaltung ausgerichteten Gewinn/Verlust unterscheiden. Im einen Fall steht das Interesse im Vordergrund, den Gewinn/Verlust periodengerecht zu ermitteln, im anderen Fall wird besonderer Wert darauf gelegt, bei Preissteigerungen mehr als lediglich das in der Unternehmung eingesetzte nominelle Kapital zu erhalten.

Diese Begriffe bedürften keiner eingehenderen Klärung, wenn es keine Rechnungsperioden von unterschiedlicher Länge, keine verschiedenen Auffassungen hinsichtlich Aktivierung, Passivierung und Bewertung gäbe. Dies ist jedoch der Fall und deshalb ist es u. a. notwendig, bei dem an der Erfolgsperiodisierung ausgerichteten Gewinn/Verlust zwischen Periodengewinn/Periodenverlust und Totalgewinn/Totalverlust zu unterscheiden, wobei sich der Totalgewinn/Totalverlust grundsätzlich aus der Summe aller Periodengewinne/Periodenverluste bzw. aus dem jeweiligen Überschuß aller Periodengewinne/Periodenverluste über alle Periodenverluste/Periodengewinne während der gesamten Lebenszeit der Unternehmung zusammensetzt und wobei sich der jeweilige Periodengewinn/Periodenverlust aus der positiven/negativen Differenz zwischen zwei Komponenten ergibt. So kann der Periodengewinn z. B. als Differenz zwischen Aufwand und Ertrag einer Periode oder als Differenz "zwischen dem Betriebsvermögen am Schluß des Wirtschaftsjahres und dem Betriebsvermögen am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahres, vermehrt um den Wert der Entnahmen und vermindert um den Wert der Einlagen" (2) aufgefaßt werden.

Wenn wir nun den Begriff des Periodengewinns der Kostenrechnung, also der internen Rechnung, dem Begriff des Periodengewinns der Unternehmungsrechnung, also der externen Rechnung, zumindest der vorwiegend externen Rechnung, gegenüberstellen, so kann gesagt werden: Der Gewinn der Kostenrechnung ergibt sich als Differenz zwischen Leistungen und Kosten, der Gewinn der Unternehmungsrechnung ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen.

In den Erträgen sind Elemente enthalten, die nicht als Leistungen wirksam werden, nämlich die neutralen Erträge. In den Leistungen sind Elemente enthalten, die nicht als Erträge wirksam werden, nämlich die Zusatzleistungen. Neben den Elementen, die entweder nur als Leistungen oder nur als Erträge vorhanden sind, gibt es auch solche, die zwar sowohl in den Leistungen als

(1) Schäfer, Erich; Die Unternehmung, Köln und Opladen 1956, S. 289.

(2) Steuerlicher Gewinnbegriff lt. § 4, Abs. I EStG.

auch in den Erträgen, allerdings jeweils mit anderen Werten und schließlich auch solche, die sowohl in den Leistungen als auch in den Erträgen mit jeweils gleichen Werten vorhanden sind.

In den Aufwendungen sind Elemente enthalten, die keine Kosten sind, nämlich die neutralen Aufwendungen, und in den Kosten sind Elemente enthalten, die keine Aufwendungen sind, nämlich die Zusatzkosten. Neben den Elementen, die entweder nur als Kosten oder nur als Aufwendungen vorhanden sind, gibt es auch solche Elemente, die zwar sowohl in den Kosten als auch in den Aufwendungen, allerdings mit anderen Werten, und schließlich auch solche, die sowohl in den Kosten als auch in den Aufwendungen mit jeweils gleichen Werten vorhanden sind.

Auch der an der Kapitalerhaltung ausgerichtete Gewinn/Verlust ist nicht einheitlich. Wir werden später sehen, daß der Gewinn/Verlust im allgemeinen in verschiedener Höhe ausgewiesen wird, je nachdem ob eine reale, eine materielle, eine relative, eine leistungsäquivalente, eine qualifizierte Kapitalerhaltung angestrebt wird oder ob wir das später darzustellende "Prinzip des doppelten Minimums" (1) bei der Gewinn- und Verlustermittlung anwenden werden.

In unserer Untersuchung werden wir grundsätzlich vom Gewinn/Verlust der Unternehmungsrechnung ausgehen, weil es unsere Aufgabe ist, die Behandlung von Gewinnen und Verlusten in der Bilanz darzustellen und zu kritisieren. Gelegentlich werden wir aber auch auf Ergebnisse der Kostenrechnung zurückgreifen, weil einerseits Kostenrechnung und Unternehmungsrechnung eng miteinander verknüpft sind und weil wir andererseits in manchen Fällen auf die Ergebnisse der Kostenrechnung zurückgreifen müssen. Dies ist z.B. dann notwendig, wenn bilanzierungspflichtige Wirtschaftsgüter nicht von anderen Wirtschaftssubjekten bezogen, sondern in der eigenen Unternehmung hergestellt werden.

Nachdem nun in groben Zügen geklärt ist, was unter Gewinn/Verlust zu verstehen ist, wären Ausführungen darüber zu machen, was in unserer Untersuchung unter realisierten und unrealisierten Gewinnen/Verlusten verstanden werden soll:

Realisierte Gewinne sind solche Gewinne, die bereits eingetreten sind und ein für allemal der Unternehmung zur Verteilung oder zur Verwendung in der eigenen Unternehmung zur Verfügung stehen. Diese Gewinne können in voller Höhe verteilt werden, ohne daß dadurch ein Schaden hingenommen zu werden

(1) vgl. hierzu: Hax, Karl: Die Substanzerhaltung der Betriebe, Köln und Opladen 1957, S. 37.

brauchte, abgesehen von Liquiditätsschwierigkeiten, die dadurch entstehen, daß die Unternehmung zum Zeitpunkt der Verteilung flüssige Mittel gebunden hat, die sie im Laufe der Rechnungsperiode als ohne Schaden verteilbare Gewinne erwirtschaftet hat.

Realisierte Verluste sind solche Verluste, die bereits eingetreten sind und deren Eintritt die Unternehmung selbst beispielsweise außerordentlich günstiger Entwicklung nicht abwenden kann. Sie sind ein für allemal verwirklicht. Die Unternehmung muß ihren Eintritt hinnehmen.

Unter unrealisierten Gewinnen verstehen wir solche Gewinne, bei denen der Unternehmer unter den gegebenen Verhältnissen als ordentlicher und ehrenwerter Kaufmann zu hoffen berechtigt ist, daß sie verwirklicht werden können. Verursacht sind sie bereits.

Unter unrealisierten Verlusten verstehen wir solche Verluste, die schon verursacht worden sind und bei denen der Unternehmer unter den gegebenen Verhältnissen als ordentlicher und ehrenwerter Kaufmann berechtigt bzw. verpflichtet ist, davon auszugehen, daß sie verwirklicht werden. Gewißheit, daß die unrealisierten Verluste tatsächlich realisiert werden, hat der Unternehmer nicht; selbst dann, wenn er die Hoffnung hat, daß die unrealisierten Verluste nicht realisiert werden, ist er aber zum Ausweis berechtigt bzw. verpflichtet.

Wenn Gewinne/Verluste erst dann in der Bilanz ausgewiesen werden, wenn sie realisiert sind, so kann in diesem Zusammenhang vom Realisationsprinzip gesprochen, wenn dagegen Gewinne/Verluste schon dann in der Bilanz ausgewiesen werden, wenn sie lediglich verursacht, also noch unrealisiert sind, so kann in diesem Zusammenhang vom Verursachungsprinzip gesprochen werden. Auf diese Prinzipien und auch auf zahlreiche Mischformen werden wir später ausführlich zu sprechen kommen.

Unsere Aufgabe soll es sein, die Behandlung von realisierten und unrealisierten Gewinnen und Verlusten in der Bilanz darzustellen und zu kritisieren. Dabei wollen wir unter "Bilanz" in Anlehnung an Loitsberger (1) "eine im spezifischen Sinne des kaufmännischen Lebens aus den Büchern abgeleitete, grundsätzlich an der Wirklichkeit kontrollierte und unter Einhaltung bestimmter, zum Teil in Gesetzen und Verordnungen fixierter, zum Teil als gewohnheitsrechtlich anerkannter Aufstellungsgrundsätze periodisch oder in bestimmten Sonderfällen aufgestellte, aussaldierte und unterschriebene Gegenüberstellung der Vermögens- und Schuldteile" verstehen, "deren einzelne Wertansätze wieder in die Bücher eingebucht werden und die mit dem betreffenden Abschlußkonto positionsweise übereinstimmt".

(1) Loitsberger, Erich; Bilanzen I, Vorlesung im SS 1960, Universität Frankfurt.

Der Gewinn/Verlust in der Unternehmungsrechnung schlägt sich aber nicht nur in der Bilanz im eben definierten Sinne nieder, sondern auch in der Gewinn- und Verlust-Rechnung (G+V-Rechnung), die gelegentlich in den Begriff "Bilanz" mit eingeschlossen wird. In der G+V-Rechnung "stehen die (echten und vorausgenommenen) Einnahmen und Ausgaben (1), die auf die abzurechnende Periode entfallen; man kann sie als Aufwendungen und Erträge charakterisieren" (2). Anders ausgedrückt könnte man sagen: In der G+V-Rechnung werden Aufwendungen und Erträge gegenübergestellt. Aufwendungen sind periodisierte erfolgswirksame Ausgaben, Erträge sind periodisierte erfolgswirksame Einnahmen. Diese Definitionen sind aber nur dann richtig, wenn bezogene und verbrauchte Faktormengen übereinstimmen bzw. wenn die Bestände an Halb- und Fertigfabrikaten unverändert geblieben sind.

Man könnte zum besseren Verständnis dann, wenn die G+V-Rechnung nicht in den Bilanzbegriff eingeschlossen ist, von einer engen Definition und dann, wenn die G+V-Rechnung in den Bilanzbegriff mit eingeschlossen ist, von einer weiten Definition sprechen. Wenn wir nun unseren Ausführungen die weite Definition zu Grunde legen, dann können wir anstelle der Begriffe "realisierte und unrealisierte Gewinne und Verluste" auch die Begriffe "realisierte und unrealisierte Erträge und Aufwendungen" verwenden. Sieht man von den relativ wenigen erfolgswirksamen Buchungen ab, so wird bei jeder Buchung ein Bilanzkonto und ein Konto der G+V-Rechnung angesprochen. Wir können also davon ausgehen, daß das Verursachungsprinzip und das Realisationsprinzip für die Bilanz im engen Sinne und für die G+V-Rechnung in gleichem Maße gilt.

II. Problemstellung

In der Totalrechnung einer Unternehmung, d.h. in einer Rechnung, die sich auf die gesamte Lebenszeit der Unternehmung bezieht, können sich in mancher Hinsicht bei der Gewinn- und Verlustermittlung keine Schwierigkeiten ergeben, weil der Gewinn/Verlust als Differenz zwischen dem Eigenkapital am Ende und dem Eigenkapital am Anfang der Lebenszeit unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich erfolgten Einlagen und Entnahmen festgestellt werden kann. Dieser Totalrechnung stehen die aus verschiedenen Gründen vorzunehmenden Periodenrech-

-
- (1) Die echten Einnahmen bzw. Ausgaben werden gelegentlich auch als Einzahlungen bzw. Auszahlungen bezeichnet (3). Mitunter wird auch anstelle von echten/vorausgenommenen Einnahmen/Ausgaben von gegenwärtigen/zukünftigen Einnahmen/Ausgaben gesprochen (4).
 - (2) Rieger, Schmalenbachs Dynamische Bilanz, S. 123.
 - (3) Vgl. die Terminologie Schneiders (Schneider, Erich: Wirtschaftlichkeitsrechnung, Bern und Tübingen 1951.)
 - (4) Vgl. die Terminologie Walbs (Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe, Berlin und Wien 1926.)

nungen gegenüber. Es wird zu untersuchen sein, ob es Probleme gibt, die im Verhältnis zu der Totalrechnung zusätzlich entstehen, und ob es Probleme gibt, die im Verhältnis zu der Totalrechnung entfallen, ggf. welche Bedeutung diesen zusätzlichen oder entfallenden Problemen hinsichtlich des Gewinn- und Verlustausweises in der Bilanz beizulegen ist.

Im Hinblick auf den Gewinn- und Verlustausweis bestehen zwei große, eng miteinander verbundene Fragenkomplexe :

- 1) In welcher Höhe soll der Gewinn/Verlust in der Bilanz ausgewiesen werden?
- 2) Wann soll der Gewinn/Verlust in der Bilanz ausgewiesen werden ?

Bei der Beantwortung dieser Fragen (1) werden Untersuchungen notwendig, w e l c h e Posten aktiviert/passiviert, w a n n diese Posten aktiviert/passiviert und wie diese Posten im Laufe der Zeit bewertet werden sollen. Hierbei wird zu berücksichtigen sein, wie die verschiedenen Bilanzauffassungen zu beurteilen und die verschiedenen Interessen und Einflüsse ins Gleichgewicht zu bringen sind.

Der Gesetzgeber sieht sowohl in der Handelsbilanz als auch in der Steuerbilanz den Ausweis realisierter Gewinne und realisierter Verluste und grundsätzlich auch den Ausweis unrealisierter Verluste vor. Er verlangt aber, daß unrealisierte Gewinne in der Bilanz nicht ausgewiesen werden. Diese Auffassung des Gesetzgebers scheint auf den ersten Blick nicht sinnvoll zu sein, denn als sinnvoll, so könnte man zunächst meinen, kann nur eine solche Auffassung bezeichnet werden, nach der entweder nur realisierte Gewinne/Verluste in der Bilanz zum Ausweis vorgesehen sind oder nach der ein Ausweis sowohl realisierter als auch unrealisierter Gewinn/Verluste gefordert wird. Es wird zu untersuchen sein, wie die Auffassung des Gesetzgebers zu beurteilen ist.

In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß der Gesetzgeber einerseits eine Vielzahl von einzelnen Aktivierungs-/Passivierungs- und Bewertungsbestimmungen und andererseits eine globale Bestimmung, nämlich die Bestimmung, daß die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung zu beachten sind (vgl. § 38 HGB, § 129 AktG), erlassen hat. Die Forderungen des Gesetzgebers können nur dann einheitlich sein, wenn zwischen den einzelnen Bestimmungen und der globalen Bestimmung kein Widerspruch besteht. Dies kann aber nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden. Wir werden später eingehend prüfen müssen, ob die einzelnen Bestimmungen und die globale Bestimmung und ob Rechtsschein und Rechtswirklichkeit immer bzw. grundsätzlich übereinstimmen oder nicht und welche Folgerungen daraus zu ziehen sind.

-
- (1) Schmidlin, Lorenz: Das Prinzip der Periodizität in der Gewinnbesteuerung. St.Gallen 1956, S.10-11. - Schmidlin unterscheidet zwischen "sachlicher Bemessung" und "zeitlicher Bemessung".

Da es nicht zweckmäßig ist, diese Untersuchung schon in der Problemstellung durchzuführen, empfiehlt es sich nach unserer Auffassung, z u n ä c h s t von den gesetzlich sanktionierten Einzelbestimmungen auszugehen, denn diese sind im Verhältnis zu den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung mit größerer Sicherheit und ohne Willkür festzustellen (1). Darüber hinaus haben sie auch grundsätzlich für alle Geschäftszweige allgemeine Gültigkeit (2). Wenn es uns gestattet wird, so vorzugehen, dann sind wir allerdings, wie bereits erwähnt wurde, keineswegs davon entbunden, s p ä t e r die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den Kaufmannsbrauch in unsere Betrachtungen mit einzubeziehen.

Wenn man die einzelnen Bestimmungen des Gesetzgebers genauer vergleicht, nach denen unrealisierte Verluste beim materiellen Realanlagevermögen ausgewiesen werden d ü r f e n , unrealisierte Verluste beim immateriellen Anlagevermögen und beim Finanzanlagevermögen grundsätzlich ausgewiesen werden d ü r f e n (3) und unrealisierte Verluste beim Umlaufvermögen ausgewiesen werden m ü s s e n , ist auf den ersten Blick nicht einzusehen, warum die verschiedenen Wirtschaftsgüter in ein und derselben Unternehmung bzw. ein und dieselben Wirtschaftsgüter in verschiedenen Unternehmungen unterschiedlich behandelt werden sollen. Diese unterschiedliche Behandlung muß kritisch geprüft werden.

Aber auch mit dieser "Inkonsequenz des Gesetzgebers" soll es noch nicht genug sein. Man könnte auch der Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß nach den geltenden Bestimmungen Sachwertschwankungen - wenigstens zum Teil - anders behandelt werden als Geldwertschwankungen. Beide Wertschwankungen sind doch Erscheinungen, so könnte man vielleicht meinen, die ihrem Wesen nach insofern gleichartig sind, als eine Sachwerterhöhung mit einer Geldwertminderung identisch ist und umgekehrt. Wie kann es dann z.B. gefordert bzw. geduldet werden, daß Sachwertminderungen grundsätzlich berücksichtigt, Geldwerterhöhungen aber grundsätzlich nicht berücksichtigt werden? Ist dies nicht inkonsequent? Es wird zu untersuchen sein, wie diese Fragen beantwortet werden müssen.

So wie es Tatsache gibt, bei denen eine vom Gesetzgeber vorgeschriebene bzw. geduldete verschiedene Behandlung auf den ersten Blick inkonsequent erscheint,

-
- (1) Vgl. Schmalenbach, E.: Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung (ZfhF) 1933, 27. Jg., S. 225-233, hier S. 231.
 - (2) Dies kann von den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht gesagt werden. Schmalenbach führt z. E. a. a. O., S. 230, aus, daß "die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung auch bei verschiedenen Geschäftszweigen eine verschiedene Bewertung erlauben".
 - (3) Nach den gesetzlichen Bestimmungen m ü s s e n die unrealisierten Verluste beim immateriellen Anlagevermögen und beim Finanzanlagevermögen ausgewiesen werden, wenn es die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung verlangen.

bei denen sich aber nach weit verbreiteter Meinung (1) eine verschiedene Behandlung später nach eingehender Untersuchung durchaus als sinnvoll erweisen kann, so gibt es auch Tatsachen, bei denen eine vom Gesetzgeber vorgesehene oder zumindest gebilligte gleichmäßige Behandlung auf den ersten Blick als sinnvoll erscheint, bei denen sich aber nach weit verbreiteter Meinung (1) eine gleichmäßige Behandlung später nach eingehender Untersuchung als wenig sinnvoll erweisen kann. Dies ist z. B. bei einigen solchen Erscheinungen der Fall, die im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Substanzerhaltung stehen. Hier hat der Gesetzgeber keine ausdrückliche Vorschrift in dem Sinne erlassen, daß bei sinkenden Preisen insbesondere auf nominelle Kapitalerhaltung und bei steigenden Preisen insbesondere auf Substanzerhaltung geachtet werden müsse und doch wird häufig in der Praxis bei Preissenkungen und Preissteigerungen so verfahren, als ob eine derartige Vorschrift erlassen worden wäre. Es wird zu prüfen sein, wie ein derartiges Verhalten zu beurteilen ist.

Der in der Bilanz ausgewiesene Gewinn kann nur dann richtig ermittelt worden sein, wenn der Gewinn in der richtigen Höhe als auch zur richtigen Zeit ausgewiesen worden ist. Deshalb wird neben dem bisher präzisierten Fragenkomplex im Zusammenhang mit der Problematik der Höhe des Gewinnausweises auch die Problematik des Zeitpunktes des Gewinnausweises zu behandeln sein. Es müssen hier die Kriterien der zeitlichen Gewinnrealisation herausgearbeitet werden. Dabei wird zu untersuchen sein, ob diese Kriterien in jedem Falle oder nur im allgemeinen erfüllt sein müssen, um eine Gewinnrealisation bejahen zu können.

Es wird unsere Aufgabe sein, diese präzisierten Probleme darzustellen und zu kritisieren. Dabei dürfen wir nicht allein von der Handelsbilanz ausgehen; wir müssen vielmehr an verschiedenen Stellen auch die Steuerbilanz in unsere Betrachtungen mit einbeziehen. Dies ist deshalb notwendig, weil einerseits die Handelsbilanz die Steuerbilanz und andererseits die Steuerbilanz die Handelsbilanz beeinflusst. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Steuerbilanz in der Praxis ständig an Bedeutung gewinnt. Abgesehen davon, daß die weitaus größte Zahl der bilanzierenden Unternehmungen heute nur noch eine Bilanz, nämlich eine Steuerbilanz, aufstellt, ist die Bedeutung der Steuerbilanz auch insofern gewachsen, als sie in mancher Hinsicht heute schon dort verwandt wird, wo früher allein die Handelsbilanz Beachtung fand. Dies ist z. B. häufig bei Kreditwürdigkeitsprüfungen der Fall, bei denen vor allem die Kapital- und Vermögensverhältnisse (Vermögensstruktur, Kapitalstruktur, Deckungsgrad, Kapitalumschlagshäufigkeit), die Ertragslage, die Liquiditätslage und die persönlichen Verhältnisse eingehenden Prüfungen unter-

(1) Auf die Stellungnahmen in der Literatur werden wir später eingehen.

zogen werden. Insbesondere dann, wenn die öffentliche Hand als Kreditgeber auftritt, eine Tatsache, die in den letzten Jahren besonders häufig festgestellt werden konnte, wird die Vorlage der Steuerbilanz gefordert. Aber auch die Banken gehen immer häufiger dazu über, zur Prüfung der Kreditwürdigkeit die Vorlage der Steuerbilanz zu fordern. Dies geschieht wohl insbesondere deshalb, weil bei der Aufstellung der Steuerbilanzen bei allen Unternehmungen weitgehend einheitliche Richtlinien beachtet werden müssen, Manipulationen also nur in begrenztem Umfang möglich sind, und weil auf der Grundlage der Steuerbilanzen insofern eine bessere Vergleichsmöglichkeit und Auswahl der kreditwürdigen Kunden getroffen werden kann, als jede Unternehmung zur Aufstellung einer Steuerbilanz, nicht aber zur Aufstellung einer gesonderten Handelsbilanz verpflichtet ist, weil die Unternehmung die aufgestellte Steuerbilanz auch gleichzeitig als Handelsbilanz deklarieren kann.

III Gang der Untersuchung

Jede Untersuchung bedarf einer sachlichen Grundlegung. Diese soll in Teil I unserer Arbeit durchgeführt werden. Hier werden zunächst grundlegende Ausführungen über den Totalgewinn, Totalverlust, über den Periodengewinn, Periodenverlust und über das Verhältnis des Periodengewinns, Periodenverlusts zum Totalgewinn, Totalverlust gemacht werden. Es muß aber auch genauer auf den Totalgewinn, Totalverlust und den Periodengewinn, Periodenverlust eingegangen werden. Es ist zu untersuchen, ob sich bei deren Ermittlung Probleme ergeben, ggf. welche Probleme sich im einzelnen ergeben. Dies gilt insbesondere für die Ermittlung des Periodengewinns, Periodenverlusts, weil dieser insofern zwangsweise ermittelt wird, als der Gesetzgeber den in einer modernen Wirtschaft im allgemeinen auf viele Jahre oder auf unabsehbare Zeit eingerichteten Unternehmungen zur Pflicht gemacht hat, ein Zwischenergebnis festzustellen. Dieses Zwischenergebnis wird entscheidend davon beeinflußt, welche Wirtschaftsgüter aktiviert und welche Posten passiviert werden und welches Bewertungsprinzip bei der Aufstellung der Bilanz angewendet wird. Um die Bedeutung der einzelnen Bewertungsprinzipien später herausarbeiten und um sich später für ein bestimmtes Prinzip entscheiden zu können, bedarf es hier zunächst einer Darstellung der wichtigsten Prinzipien und einer kurzen Darstellung der verschiedenen Auffassungen hinsichtlich dieser Prinzipien in der betriebswirtschaftlichen Literatur.

Die Auffassungen hinsichtlich der Prinzipien des Gewinn- und Verlustausweises sind aber nicht nur in der betriebswirtschaftlichen Literatur verschieden. Auch die Kreise, die ein Interesse an dem Gewinn- und Verlustausweis einer Unternehmung und darüber hinaus einen Einfluß auf den Gewinn- und Verlustausweis einer Unternehmung haben, sind häufig verschiedener Ansicht im Hinblick dar

auf, welches Prinzip anzuwenden ist bzw. wie konsequent oder inkonsequent dieses Prinzip angewendet werden soll. Deshalb ist es notwendig, die Interessen und die Einflußmöglichkeiten dieser Kreise in das Betrachtungsfeld mit einzubeziehen.

Zum Zwecke der Vereinfachung in der Darstellung und Kritik wird in den der sachlichen Grundlegung folgenden Abschnitten grundsätzlich der normale Fall unterstellt werden, daß die Unternehmung mit Gewinnen arbeitet. Es wird also später dann nur noch vom Gewinnausweis in einer Rechnungsperiode gesprochen werden. Dabei ist es natürlich möglich, daß ein Teil des Gewinns durch Verluste kompensiert wird. Dies soll wegen der grundsätzlichen praktischen Bedeutung berücksichtigt werden.

Wie bereits ausgeführt wurde, sind mit der Behandlung von realisierten und unrealisierten Gewinnen und Verlusten in den jeweils zum Ende der einzelnen Rechnungsperioden aufzustellenden Bilanzen zwei große Problemkreise verbunden. Diese Problemkreise ergeben sich

- 1) aus der Frage, in welcher Höhe der Gewinn in der Bilanz ausgewiesen werden soll,
- 2) aus der Frage, wann der Gewinn in der Bilanz ausgewiesen werden soll.

Der erste Problemkreis soll in Teil II dieser Arbeit behandelt werden. Hier soll zunächst davon abgesehen werden, daß Gewinne oder Verluste aus Geldwertschwankungen resultieren können. Es soll zunächst unterstellt werden, Geldwertschwankungen existieren überhaupt nicht.

Bei Untersuchungen ist es im allgemeinen üblich, von einfachen Voraussetzungen und einfachen Grundformen auszugehen. Dieser Grundsatz soll auch hier analog beachtet werden. Daher soll von der einfachsten Form des Realisationsprinzips ausgegangen werden, nämlich von der Darstellung und Kritik des reinen Realisationsprinzips. Dieses besagt, daß nur realisierte Gewinne und Verluste in der Bilanz ausgewiesen werden sollen.

Unabhängig davon, zu welchem Ergebnis wir kommen werden, ist es nach unserer Auffassung gerechtfertigt, dieser Untersuchung eine Darstellung und Kritik des imparitätischen Realisationsprinzips anzuschließen, weil dieses Prinzip einerseits vom Gesetzgeber gefordert wird und weil es sich andererseits um ein aus dem reinen Realisationsprinzip weiterentwickeltes Prinzip handelt. Es besagt, daß neben den realisierten Gewinnen und Verlusten auch unrealisierte Verluste in der Bilanz auszuweisen sind.

Später werden wir dann Geldwertschwankungen in unsere Untersuchung mit einbeziehen. Wir werden das erweiterte Realisationsprinzip, das auf dem imparitätischen Realisationsprinzip basiert, aber zusätzlich Geldwertschwankungen be-

rücksichtigt, darstellen, und wir werden prüfen, inwieweit die verschiedenen Arten der Kapitalerhaltung mit ihrem verschiedenen Ausmaß der Berücksichtigung von Geldwertschwankungen betriebswirtschaftlichen Anforderungen genügen.

In Teil III dieser Arbeit soll der zweite Problemkreis des Realisationsprinzips dargestellt und einer kritischen Würdigung unterzogen werden. Wenn wir auch in den vorangegangenen Teilen wegen der engen Verbundenheit der Problemkreise die Fragen und Probleme des Zeitpunktes des Gewinnausweises in der Bilanz gelegentlich bereits anschneiden werden, so bedarf es wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser Fragen und Probleme doch noch einer detaillierten Untersuchung.

Im Schlußteil dieser Arbeit wird eine knappe Zusammenfassung der Ergebnisse gegeben werden.

Fragen des Gewinn- und Verlustausweises im Zusammenhang mit Sonderbilanzen sollen in dieser Arbeit nicht behandelt werden. Unsere Ausführungen sollen grundsätzlich auf die handelsrechtliche und steuerrechtliche Jahresbilanz beschränkt bleiben.

IV Die Behandlung in der Literatur

Viele Theoretiker und Praktiker haben sich schon seit mehreren Jahrzehnten mit den bis heute immer aktuellen Fragen des Gewinn- und Verlustausweises eingehend oder weniger eingehend beschäftigt, so daß es uns nicht sinnvoll erscheint, an dieser Stelle auf die große Zahl derjenigen einzugehen, die sich hierzu schriftlich oder, sofern es uns bekannt ist, mündlich geäußert haben. Deshalb sollen hier nur die Werke von Schmalenbach (insbesondere: "Dynamische Bilanz") (1) und Fritz Schmidt (insbesondere: "Die organische Tageswertbilanz") (2) hervorgehoben werden, die nach unserer Auffassung jeweils einen entscheidenden neuen Abschnitt in der Entwicklung bzw. Ansicht eingeleitet haben. In der jüngsten Zeit hat sich insbesondere Hax ("Die Substanzerhaltung der Betriebe") (3) am erfolgreichsten mit diesen Fragen beschäftigt. Vernachlässigt wurde nach unserer Meinung vor allem die zeitliche Frage des Gewinn- und Verlustausweises in dem Sinne, wie wir sie für diese Arbeit zu Grunde legen werden. Wenn auch die Probleme des Gewinn- und Verlustausweises bereits unter mancherlei Gesichtspunkten dargestellt worden sind, so ist uns doch kein Fall bekannt, in dem unter betriebswirtschaftlichen und zum Teil juristischen Gesichtspunkten versucht worden wäre, eine eingehende Untersuchung dieser Fragen gemäß der besonderen Themstellung unter Berücksichtigung der uns bekannten neuesten Erkenntnisse durchzuführen.

(1) Schmalenbach, E.: Dynamische Bilanz, 4. Aufl., Leipzig 1926, Schmalenbach, E.: Dynamische Bilanz, 12. Aufl., Köln und Opladen 1956.

(2) Schmidt Fritz: Die organische Tageswertbilanz, 4. Aufl., Wiesbaden 1951.

(3) Hax Karl: Die Substanzerhaltung der Betriebe, Köln und Opladen 1957.

Hauptteil

I Sachliche Grundlegung

A Der Totalgewinn

Der Totalgewinn kann als "Differenz der gesamten Einnahmen und der gesamten Ausgaben während der Dauer der Unternehmung" oder als Differenz zwischen dem Endkapital als flüssigem Geldbetrag und dem Anfangskapital unter Berücksichtigung der Zuzahlungen und Entnahmen im Laufe der Unternehmungsdauer ermittelt werden (1). Schwierigkeiten der Gewinnermittlung ergeben sich nur selten, weil "die Eindeutigkeit des Gewinnbetrages ... darauf zurückzuführen ist, daß wir Geldeinnahmen und Geldausgaben einander gegenüberstellen können" (2), weil der Geldumwandlungsprozeß im Sinne Riegers abgeschlossen ist, d.h. weil das "eingesetzte, aufgewendete Geld", das "in einer Art peristaltischer Fortbewegung" die einzelnen Betriebsstationen durchläuft, nun an seinem "unverrückbaren Ziele des Mehrgeldes oder Wiedergeldes" angelangt ist (3). "Ob dieses Ende natürlich ist oder nicht, ob freiwillig oder erzwungen, das ist grundsätzlich ohne Bedeutung - aber ein Ende muß es sein"(4).

Voraussetzung zur Ermittlung des richtigen Totalgewinns ist aber, daß die Geldeinnahmen und Geldausgaben verglichen werden können. Dies setzt zunächst voraus, daß alle Geldeinheiten, alle Geldeinnahmen und alle Geldausgaben, in gleichen inländischen oder ausländischen Währungseinheiten gerechnet werden. Wenn die Unternehmung z.B. inländischen Währungseinheiten ausländische Währungseinheiten gegenüberstellen muß, so kann der Totalgewinn u.U. nicht eindeutig ermittelt werden. Dies ist im allgemeinen erst dann möglich, wenn die ausländischen Währungseinheiten in inländische Währungseinheiten umgetauscht worden sind oder umgekehrt, denn nach den geltenden Währungsverfassungen und Währungsgesetzen sind die Wechselkurse, welche die Austauschrelationen zwischen zwei verschiedenen Währungen angeben, im allgemeinen keine Festkurse, sondern Kurse, die zumindest innerhalb einer bestimmten Bandbreite je nach Angebot und Nachfrage sich bald nach oben, bald nach unten bewegen.

Aber auch dann, wenn wir davon ausgehen, daß nur Geldeinnahmen und Geldausgaben in inländischen oder ausländischen Währungseinheiten stattgefunden haben, können sich noch Schwierigkeiten ergeben. Dies ist häufig dann

(1) Schäfer, Unternehmung, S. 311-312.

(2) Schäfer, Unternehmung, S. 312.

(3) Rieger, Wilhelm : Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 2. Aufl., Erlangen 1959, S.193.

(4) Rieger, Privatwirtschaftslehre (2), S.204.

der Fall, wenn während der Lebensdauer der Unternehmung die betreffende Währung geändert worden und die Kontinuität in der Rechnung im Sinne Schmalenbachs (2) aufgegeben worden ist. Dann wird die Totalrechnung häufig problematisch.

Abgesehen von diesen relativ seltenen Fällen muß aber anerkannt werden, daß die in der betriebswirtschaftlichen Literatur im allgemeinen als eindeutig und unproblematisch herausgestellte Erfolgsermittlung bei der Totalrechnung (1) als eindeutig und unproblematisch anerkannt werden muß.

Unter steuerrechtlichem Gesichtspunkt ist jedoch noch ein weiteres Moment zu berücksichtigen. In den Steuerbilanzen wird nämlich nur dann der effektive Totalgewinn versteuert, wenn ein unbeschränkter "intertemporärer Verlustausgleich", d. h. eine "Verrechnung von Jahresverlusten mit Jahresgewinnen früherer oder späterer Jahre" möglich ist (3). Ein derartiger Verlustausgleich ist aber nach dem heute geltenden Steuerrecht nicht unbedingt vorgesehen (4), und es besteht daher auch unter dem Ausschluß von Geldwertschwankungen die Möglichkeit des Substanzabbaus, der "Verletzung der Rechtsgleichheit im Sinne einer richtigen Besteuerung während der Totalperiode" (5), der Schwächung des Anreizes, Investitionen durchzuführen (6) etc. Dies gilt umso mehr, wenn auch andere Möglichkeiten nicht zugelassen sind, die in der Auswirkung einer Verlustrückverrechnung gleichkommen, so z. B. angemessene Reservebildungen.

Vielfach wird der Totalgewinn auch als Summe aller Periodengewinne bzw. als Überschuß aller Periodengewinne über alle Periodenverluste definiert (7). Diese Gewinnkongruenz setzt allerdings voraus, daß der Grundsatz der Bilanzkontinuität beachtet wird (8). Ist dies der Fall, so gilt analog zu den früheren Ausführungen: "So falsch die Erfolge der einzelnen Perioden auch gerechnet worden sein mögen: in ihrer Summation werden sie immer mit dem Totalerfolg übereinstimmen" (9).

-
- (1) Vgl. z. B. Schäfer, Unternehmung, S. 286 und 311-312. Vgl. z. B. Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), insbes. S. 96-97.
 - (2) Vgl. Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 96-99.
 - (3) Schmidlin, a. a. O., S. 220-223, hier S. 220.
 - (4) vgl. § 10 d EStG und § 20 KöStG.
 - (5) Schmidlin, a. a. O., S. 220.
 - (6) Mering, Otto von: Steuerpolitik und Vollbeschäftigungspolitik, in: Ordo, Bd. III, hier insbes. S. 105-107.
 - (7) Vgl. hierzu z. B. Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 96, und Schäfer, Unternehmung, S. 311.
 - (8) vgl. hierzu Schmidlin, a. a. O., S. 212-214.
 - (9) Schäfer, Unternehmung, S. 312.

Wenn die Ermittlung des Totalgewinns nun im allgemeinen unproblematisch ist, so liegt es nahe, die Forderung zu erheben, sich mit einer Totalrechnung zu begnügen. Eine Beschränkung auf eine Totalrechnung ist jedoch aus mancherlei Gründen nicht möglich. Es muß vielmehr ein Zwischenergebnis ermittelt werden,

- 1) weil sich die Eigentümer der Unternehmung auch zwischenzeitlich über Stand und Entwicklung der Unternehmung informieren wollen,
- 2) weil die Gläubiger laufend über die Haftungssubstanz und die Ertragslage Kenntnis haben wollen,
- 3) weil der Fiskus eine Grundlage haben muß, die er als brauchbare Bemessungsgrundlage für Steuerforderungen verwenden kann, um den laufenden Bedarf an Geldmitteln für Staatsausgaben decken zu können,
- 4) weil die Unternehmungsleitung zwischenzeitlich eine Unterlage zum Zwecke der Kontrolle, Disposition ... benötigt,
- 5) weil die Belegschaft und insbesondere ihre Interessenvertreter einen Anhaltspunkt für ihre Entscheidungen während der Lebenszeit der Unternehmung haben müssen,
- 6) weil an einem Zwischenergebnis sonstige Kreise ein berechtigtes Interesse haben.

Auch der Gesetzgeber hat die Notwendigkeit betont, ein Zwischenergebnis festzustellen. In § 39, Abs. II HGB fordert er "für den Schluß eines jeden Geschäftsjahres ... eine ... Bilanz aufzustellen".

In diesem Zusammenhang können wir feststellen: "Je länger eine Unternehmung besteht, je länger der Zeitraum zwischen Anfang und Ende", umso geringer ist das Interesse an einer Totalrechnung, denn "die handelnden Personen sind andere geworden, das Ganze ist zum Teil nur eine historische Reminiszenz" (1). Schäfer sagt hierzu mit Recht (2): "Da die Lebensdauer eines Unternehmens in der Regel unbestimmt und vielfach sehr groß ist, hat der ... Totalerfolg ... stark hypothetischen Charakter". Es ist notwendig, in kürzeren Abständen einen Periodenerfolg zu ermitteln.

Nachdem wir nun erkannt haben, daß es aus verschiedenen Gründen notwendig ist, eine Zwischenabrechnung vorzunehmen, wäre zu untersuchen, welche Probleme sich hier hinsichtlich des Gewinn- und Verlustausweises ergeben können.

Eine Zwischenabrechnung würde keine Probleme entstehen lassen, wenn

(1) Rieger, Privatwirtschaftslehre, S. 207.

(2) Schäfer, Unternehmung, S. 311.

zum Bilanzstichtag alle "Geldwerdungsprozesse" oder "Geldumwandlungsprozesse" im Sinne Riegers abgeschlossen wären, wenn ein Zeitpunkt für die Zwischenabrechnung gewählt würde, "zu dem alle Rhythmen gleichzeitig ausgelaufen sind und zu Geld geführt haben"; dies ist aber, wie Rieger sagt, "eine betriebliche Unmöglichkeit" (1). Ja aus verschiedenen Gründen ist es nicht einmal wünschenswert, daß es einen solchen Zeitpunkt gäbe. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang nur als Beispiel die im Hinblick auf die Kapazitätserweiterung erhobenen Forderungen, die Geldwerdungsprozesse der verschiedenen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens möglichst zu verschiedenen Zeitpunkten beginnen zu lassen. Hierauf werden wir später noch ausführlich zu sprechen kommen.

Die Höhe des Gewinnes/Verlustes einer Periode wird entscheidend durch das Ausmaß der Aktivierungen/Passivierungen und durch die Art der Bewertung beeinflusst. Bei Aktivierungs- und Passivierungsfragen geht es darum, ob und wann Vermögens- und Schuldteile bzw. Aufwands- und Ertragsteile der Bilanz ausgewiesen werden. Bei Bewertungsfragen geht es darum, mit welchem Wert die Vermögensteile und die Schuldteile bzw. die Aufwandsteile und die Ertragsteile in der Bilanz ausgewiesen werden.

Sowohl bei den Aktivierungs- und Passivierungsfragen als auch bei den Bewertungsfragen ergeben sich, wie wir später im einzelnen sehen werden, Probleme. Mit Recht können wir daher von Aktivierungs-, Passivierungs- und Bewertungsproblemen sprechen, die nun einer Untersuchung unterzogen werden sollen.

1 Aktivierungs- und Passivierungsprobleme

Wenn wir von den sog. erfolgswirksamen Buchungen absehen, so ist jede Aktivierung mit einer Gewinnerhöhung, jede Passivierung mit einer Gewinnminderung verbunden. Diese Tatsache verleitet dazu, daß man immer dann möglichst viel aktivieren, d.h. möglichst niedrigen Aufwand ausweisen, und immer dann möglichst wenig passivieren, d.h. möglichst hohen Ertrag ausweisen möchte, wenn man an einem hohen Gewinnausweis interessiert ist, und daß man immer dann im umgekehrten Sinne verfahren möchte, wenn ein möglichst niedriger Gewinn ausgewiesen werden soll.

Da Aktivierungen und Passivierungen einen so entscheidenden Einfluß auf den Gewinnausweis haben, muß ihnen besondere Bedeutung beigemessen werden. Es ergibt sich die Frage, welche Aktiven und Passiven in der Bilanz ausgewiesen werden dürfen, welche ausgewiesen werden müssen und wann sie ausgewiesen werden dürfen bzw. müssen.

(1) Rieger, Privatwirtschaftslehre, S. 204.

Wenn man davon ausgeht, daß der Fiskus (1) und Steuergesetzgeber an einem Gewinnausweis interessiert sind, der die volle Ausschöpfung der Steuerkraft gewährleistet, und wenn man unterstellt, die übrigen Interessenkreise wollten einen möglichst niedrigen Gewinn ausweisen und diese Interessen hätten auch in Gesetzesvorschriften ihren Niederschlag gefunden, so könnte man geneigt sein, im Zusammenhang mit der Steuerbilanz von Aktivierungspflicht und Passivierungsrecht und im Zusammenhang mit der Handelsbilanz von Aktivierungsrecht und Passivierungspflicht zu sprechen. Dies ist aber - selbst bei der gelegentlich problematischen Unterstellung - u. a. insofern nicht möglich, als sich Steuerbilanz und Handelsbilanz in gewissem Maße gegenseitig beeinflussen.

Ursprünglich (2) wurde auf der Aktivseite der Handelsbilanz nur dasjenige aktiviert, was einen realen Vermögenswert, was einen Realisationswert hatte, was man einzeln verkaufen konnte, also selbständige oder einzelveräußerungsfähige Gegenstände, Rechte an einer Sache (3). Auf der Passivseite der Handelsbilanz fanden alle diejenigen Posten ihren Niederschlag, die man wahrscheinlich bezahlen mußte. Maßgebend war nicht die Tatsache, daß bereits eine einklagbare Verbindlichkeit vorlag, sondern daß die Wahrscheinlichkeit der Bezahlung gegeben war. Eine derartige Auffassung über Aktivierungen und Passivierungen führte zu vorsichtigem Gewinnausweis.

Später (2) ging man dazu über, auch dann schon zu aktivieren, wenn ein Wirtschaftsgut wenigstens im Rahmen eines Betriebsverbandes veräußerbar war. So wurden z. B. Posten der Jahresabgrenzung ausgewiesen, die früher nicht bilanzierungsfähig waren. Man aktivierte schon dann, wenn ein Schuldverhältnis vorlag, das die Möglichkeit des Einklagens gab (4).

Heute (2) findet eine Aktivierung nicht erst dann statt, wenn eine dingliche oder obligatorische Realisation vorliegt, sondern bereits dann, wenn ein Wirtschaftsvorteil vorhanden ist, der einer späteren Rechnungsperiode zugute kommt. So wurde z. B. das Disagio bei der Ausgabe von Obligationen

-
- (1) Fiskus "ist der Staat in seinen vermögensrechtlichen Beziehungen. Als Fiskus hat der Staat keine hoheitlichen Befugnisse, sondern gilt als juristische Person und ist dem Privatrecht unterworfen". (Bülow, Friedrich: Wörterbuch der Wirtschaft, 2. Aufl., Stuttgart 1954, S. 163.)
 - (2) Vgl. hierzu die späteren Ausführungen und Zitate im Zusammenhang mit der Darstellung und Kritik der Bilanzauffassungen.
 - (3) Loitsberger spricht in seinen Vorlesungen in diesem Zusammenhang von dinglicher oder sachlicher Realisation.
 - (4) Loitsberger spricht in seinen Vorlesungen in diesem Zusammenhang von obligatorischer Realisation.

aktivierungsfähig. Für dieses Disagio, das keinen Teilwert hat (1), ist aber ein Nachweis des Wirtschaftsvorteils schwierig, wenn Obligationen zur Verlustabdeckung ausgegeben worden sind. Hier muß man zwischen kurzfristig und langfristiger Entwicklung unterscheiden (2) (3).

Die Aktivierung des Wirtschaftsvorteils, der mehreren Perioden zugute kommt, ist mit dem Nachteil verbunden, daß der Gedanke des Gläubigerschutzes hier insofern in den Hintergrund gedrängt wird, als nun weder die Möglichkeit der Einzelveräußerung noch die Möglichkeit der Teilwertveräußerung als Voraussetzung zur Bilanzierung gegeben sein muß.

Es ist uns keine Stelle in den Steuergesetzen bekannt, an der ausdrücklich von "Aktivierung" gesprochen wird. Hinsichtlich der gesetzlichen Grundlage der Aktivierung könnte es daher auch verschiedene Auffassungen geben. So könnte man sich z.B. auf den Standpunkt stellen, daß sich die Aktivierung aus § 5 EStG ergibt, und zwar aus den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Man könnte auch die Meinung vertreten, § 6 EStG fordere eine Aktivierung, da ohne Aktivierung keine Bewertung möglich ist. Schließlich wäre auch die Auffassung vertretbar, daß sich eine Aktivierung aus § 7 EStG ergibt, weil eine AFA (Absetzung für Abnutzung) voraussetzt, daß aktiviert worden ist.

Der Umfang der Aktivierung in der Steuerbilanz geht im allgemeinen über den Umfang der Aktivierung in der Handelsbilanz hinaus, und zwar insbesondere deshalb, weil die Aktivierung im Steuerrecht von dem Gedanken beherrscht ist, die Leistungsfähigkeit unter dem Gesichtspunkt der Vollständigkeit und Gleichmäßigkeit zu berücksichtigen.

Der RFH forderte in einem Urteil vom 27.3.1928 "sämtliche Wirtschaftsgüter zu erfassen, die gegen eine Aufwendung - in der Regel gegen eine Geldleistung - erworben worden sind, wenn sie nach der Verkehrsauffassung an und für sich einer besonderen Bewertung zugänglich sind". Im Zusammenhang mit der Aktivierung in der Steuerbilanz ist dem von der Rechtsprechung geprägten und im Jahre 1934 vom Gesetzgeber übernommenen Begriff des Wirtschaftsgutes besondere Beachtung beizumessen.

- (1) Der Teilwert ist nach § 6, Abs. I, Ziff. 1 EStG "der Betrag, den ein Erwerber des ganzen Betriebs im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde; dabei ist davon auszugehen, daß der Erwerber den Betrieb fortführt".
- (2) Loitsberger spricht in seinen Vorlesungen in diesem Zusammenhang von bücherlicher Realisation.
- (3) Von dem Disagio kann man a priori nicht sagen, ob der Käufer dafür einen Betrag ansetzt,
- (4) vgl. hierzu: Dornemann, Richard: Die Aktivierung in Bilanztheorie und Steuerbilanz, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft 1957, 27. Jg., S. 97 ff.

Unter einem solchen Wirtschaftsgut versteht der BFH heute (1) ein "im wirtschaftlichen Verkehr nach der Verkehrsanschauung selbständig bewertbares Gut jeder Art, das in irgend einer Form dem Betrieb dient oder zu dienen bestimmt ist. Die Wirtschaftsgüter in diesem Sinne umfassen Gegenstände, Rechte und alle sonstigen wirtschaftlichen Werte, die geeignet sind, Vermögen oder Bestandteile von Vermögen zu sein".

Voraussetzung dafür, daß ein selbständig bewertbares Wirtschaftsgut aktiviert wird, ist die Verursachung von Aufwendungen. Für unentgeltlich erworbene Wirtschaftsgüter setzt der Erwerber nach § 7 ESt DV den Betrag an, "den er für das einzelne Wirtschaftsgut im Zeitpunkt des Erwerbs hatte aufwenden müssen". Die Aktivierung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens setzt des weiteren grundsätzlich voraus, daß die Aufwendungen auf mehrere Rechnungsperioden zu verteilen sind.

Hinsichtlich der Passivierung im Handelsrecht und im Steuerrecht ergeben sich - analog zur Aktivierung - insofern Probleme, als hier eine Entscheidung getroffen werden muß, ob eine Passivierung erst dann stattfinden soll, wenn die Realisation eingetreten ist oder bereits dann, wenn die Verursachung gegeben ist (2). Heute gilt hinsichtlich der Passivierung der erfolgswirksamen Posten sowohl für die Handelsbilanz als auch für die Steuerbilanz grundsätzlich das Verursachungsprinzip, in der Steuerbilanz jedoch mit zum Teil erheblichen Einschränkungen. Diese Einschränkungen beziehen sich insbesondere auf das im Steuerrecht grundsätzlich geltende Verbot der Legung stiller Reserven.

Es konnten in diesem Zusammenhang nur grundsätzliche Fragen behandelt werden. Sonderprobleme ergeben sich bei der Aktivierung z.B. hinsichtlich der Behandlung des Geschäftswertes, der Behandlung von Instandsetzungen und Instandhaltungen, der Organisationskosten, der Abbruchkosten etc. und bei der Passivierung z.B. hinsichtlich der Rückstellungen, insbesondere der Pensionsverpflichtungen und Versorgungsrenten, der auflösend und aufschiebend bedingten Schulden etc. Auf die Grundprobleme und auf einige dieser Sonderprobleme wollen wir später noch ausführlich zu sprechen kommen.

Besonders auffallend bei der Darlegung der grundsätzlichen Fragen zur Aktivierung in diesem Abschnitt scheint es zu sein, daß im Laufe der Zeit die Tatbestände, mit denen eine Aktivierungsfähigkeit bzw. Aktivierungspflicht verbunden ist, der Anzahl nach gewachsen sind. Zuerst wurde nur die dingliche Realisation, später auch die obligatorische Realisation, zuletzt auch die bürgerliche Realisation anerkannt. Die Entwicklung ging also dahin, daß heute im Verhältnis zu früher mehr Tatbestände aktiviert werden und insofern un-

(1) BFH, BStBl 54/109.

(2) Hierauf werden wir später genauer eingehen.

ter dem Gesichtspunkt der Aktivierung auch ein höherer Gewinn ausgewiesen wird.

Bei der Bewertung dagegen zeigt sich, wie wir später noch im einzelnen sehen werden, gerade die entgegengesetzte Tendenz. Unabhängig von ihrem Verwendungszweck wurden die aktivierten realen Vermögenswerte früher (1) zum Veräußerungspreis angesetzt, später wurde dann nur noch bei den Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens der Ansatz des Veräußerungswertes für richtig gehalten, heute (1) dagegen ist grundsätzlich der Anschaffungs- bzw. Herstellungswert maßgebend. Die Entwicklung ging also dahin, daß heute im Verhältnis zu früher niedriger bewertet wird und insofern unter dem Gesichtspunkt der Bewertung ein niedrigerer Gewinn ausgewiesen wird.

Da der Gewinn durch das Ausmaß der Aktivierung und durch die Höhe der Bewertung bestimmt wird, könnte man annehmen, daß durchaus der Fall eintreten könnte, in dem (im Verhältnis zu früher) die heutigen "Verluste auf Grund der niedrigeren Bewertung" die heutigen "Gewinne auf Grund der höheren Aktivierung" ausgleichen würden. Mit welcher Berechtigung könnte man dann, wenn man die Höhe des gesamten Gewinns betrachtet, die juristische Bilanzauffassung verwerfen, weil sie unrealisierte Gewinne ausweist? Ist es nicht hinsichtlich des Gläubigerschutzes, der Substanzerhaltung ... gleichgültig, wie sich der ausgewiesene bzw. verteilte Gewinn in dem oben gemeinten Sinne zusammensetzt? Letztenendes, so könnte man zu sagen geneigt sein, kommt es doch hinsichtlich des Ausweises nur auf den ausgewiesenen Gewinn in seiner Gesamtheit an, nicht aber darauf, ob er heute aus anzahlmäßig größeren Aktivierungen aber niedrigeren Bewertungen gegenüber früher oder früher aus anzahlmäßig geringeren Aktivierungen aber höheren Bewertungen gegenüber heute stammt (2).

Loitsberger sagt (3): "Eine Bilanz, in der die Überdeckung der Schulden durch das Vermögen nur mehr über solche Aktiven ohne Realisationswert (oder wie sie noch besser genannt werden könnten: durch "bloß rechnungstechnische Aktiva" (4)) erreicht werden kann, ist materiell bereits eine Überschuldungsbilanz". Wenn diese "bloß rechnungstechnischen Aktiva" in der Bilanz ausgewiesen werden, so kann dies zur Folge haben, daß die "formelle Überschuldung erst nach der materiellen in Erscheinung tritt, was eine Umkehr des eigentlich gewollten Zustandes ist"; ja es kann sogar sein, daß wegen des Ausweises dieser

- (1) Vgl. hierzu die späteren Ausführungen und Zitate im Zusammenhang mit der Darstellung und Kritik der Bilanzauffassungen.
- (2) Hierauf werden wir später noch näher eingehen.
- (3) Loitsberger, Erich; Gläubigerschutz und Erfolgsbewertung, in: Der Österreichische Betriebswirt, Herausgeber: Hochschule für Welthandel, 5. Jg., 1955, Wien, S. 71-86, hier S. 76-77, insbes. S. 76.
- (4) gemeint sind das aktivierte Disagio, aktivierte Anlaufkosten ...

rechnungstechnischer Aktiven "Gewinn und Überschuldung zusammenfallen" (1) (2).

Eine Täuschung kann der kundige Bilanzleser jedoch dadurch vermeiden, daß er diese zum Zwecke der periodengerechten Gewinnermittlung ausgewiesenen rechnungstechnischen Aktiva aus seinen Betrachtungen eliminiert und nur diejenigen Aktivposten den Schulden gegenüberstellt, die einen Realisationswert besitzen. Allein schon aus dieser Tatsache ist zu ersehen, welche Bedeutung der in der Praxis allzu oft unterschätzten Gliederung der Bilanz beizumessen ist.

Es wird an anderer Stelle notwendig sein, sich mit diesen Gedanken näher zu beschäftigen. Wir wollen daher später auf dieses Problem noch einmal zurückkommen.

2 Bewertungsprobleme

Bouffier (3) sieht die Bewertung als ein allgemeines und grundsätzliches Problem der Betriebswirtschaftslehre an. Die Unternehmung ist in ein Wertgefälle eingebettet und Aufgabe der Unternehmung ist es, dieses Wertgefälle möglichst gut zu überbrücken.

Richtig an dieser Auffassung ist, daß sich die Unternehmung in einem Wertgefälle befindet und daß der Betriebsprozeß der Überbrückung dieses Wertgefälles dient. Unrichtig an dieser Auffassung ist es dagegen nach unserer Meinung, die Bilanzbewertung als ein allgemeines Problem der Betriebswirtschaftslehre zu bezeichnen, denn die Bilanzbewertung ist von Faktoren abhängig, die ihr gegenüber der allgemeinen Bewertung in der Unternehmung häufig ein anderes Gesicht verleihen. Da bei der Bewertung in der Bilanz bestimmte gesetzliche Vorschriften, die Interessen und der Einfluß verschiedener Kreise, der Zweck der Bilanzerstellung ... zu beachten sind, da also in der Bilanz häufig nicht so bewertet werden kann, wie es das allgemeine Bewertungsproblem des Betriebsprozesses verlangen würde, handelt es sich hier um ein spezielles Wertproblem.

-
- (1) Loitsberger, Gläubigerschutz, S. 76-77.
 - (2) Unter einer formellen Überschuldung versteht Loitsberger eine solche "die sich nur auf Grund der gesetzlichen Bewertungsbestimmungen in der Bilanz ergibt, obwohl materiell das Vermögen wegen der stillen Reserven die Schulden noch überdeckt". (a. a. O., S. 75)
 - (3) Bouffier, Willy: Grundprinzipien der Bewertung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. I, Stuttgart 1956, Sp. 1068-1072.

Wenn man die Bewertung in der Bilanz als ein spezifisches Bilanzproblem ansehen würde, so ergäbe sich die Notwendigkeit der Bewertung nicht deshalb, weil von der Seite des Betriebs her, sondern weil von der Seite der Bilanz her eine Bewertung erforderlich ist.

Die Anhänger der traditionellen gesetzlichen Richtung der Bewertung erklären die Bewertung aus der Notwendigkeit, den Wirtschaftsgütern unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften einen in Geldeinheiten ausgedrückten Wert beizulegen. Die Bewertung ist damit ein im Zusammenhang mit der Bilanzierung notwendiger Vorgang.

Kritisch könnte man hierzu sagen, daß z. B. bei den Forderungen, bei denen gemäß dem Niederstwertprinzip ein Ausweis zum Anschaffungswert oder zum niedrigeren Tageswert verlangt wird, nicht der historische Anschaffungswert, sondern der um den in Aussicht stehenden Gewinn vermehrte historische Anschaffungswert angesetzt wird. Teilweise werden die gesetzlichen Vorschriften in der Praxis nicht befolgt, teilweise sind die gesetzlichen Vorschriften unvollständig; die Bewertung ist in Wirklichkeit viel komplizierter als man nach den z. Zt. geltenden gesetzlichen Vorschriften annehmen könnte.

Die Anhänger der theoretischen Bewertungsrichtung erklären die Bewertung nicht aus den gesetzlichen Vorschriften, sondern aus dem Ablauf des Betriebsprozesses. So kann man z. B. bei Rieger den Gedanken von einer Antizipation des geldlichen Endes der einzelnen Wirtschaftsgüter im Laufe des Betriebsprozesses feststellen, der sich "wie ein roter Faden" durch sein bereits zitiertes Buch "Einführung in die Privatwirtschaftslehre" zieht.

Kritisch könnte man hierzu sagen, daß die Bewertung im Sinne Riegers nicht mit der Bewertung in der Praxis übereinstimmt. Die Antizipation des geldlichen Endes der einzelnen Wirtschaftsgüter steht häufig im Widerspruch zu den gesetzlichen Bewertungsvorschriften. So müssen z. B. Wirtschaftsgüter des Vorratsvermögens nach den gesetzlichen Vorschriften selbst dann zum niedrigeren Tagespreis in der Bilanz ausgewiesen werden, wenn der Bilanzierende mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit weiß, daß die Tagespreise für die Wirtschaftsgüter des Vorratsvermögens später wieder über die historischen Anschaffungswerte hinaus steigen werden. Bei den Wirtschaftsgütern des abnutzbaren Anlagevermögens z. B. lassen die gesetzlichen Vorschriften eine Bewertung gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip selbst dann zu, wenn man diese Wirtschaftsgüter nicht wieder verkaufen kann. Bei einer Bewertung im Riegerschen Sinne dagegen müßte das Wirtschaftsgut in diesem Falle auf den Erinnerungswert abgeschrieben werden.

Die Schwierigkeiten und Probleme im Zusammenhang mit den in der Betriebswirtschaftslehre vorhandenen Definitionen können wir nur dadurch beseitigen, daß wir den Begriff "Bewertung" rein formal verstehen. Dann könnten wir

in Anlehnung an Loitsberger (1) sagen : Unter Bewertung in der Bilanz verstehen wir einen formgebundenen Vorgang bei dem die in der Bilanz erfaßten wirtschaftlichen Vor- und Nachteile gemäß der dynamischen Begriffsinterpretation mit einem nach bestimmten Regeln gefundenen Geldansatz versehen werden.

Eine Bewertung ist aus mehreren Gründen notwendig :

- 1) Formell ist eine Bewertung notwendig, weil es die gesetzlichen Vorschriften verlangen (2). Diese Vorschriften resultieren aus den Erkenntnissen der faktischen Notwendigkeit der Bewertung und aus den Forderungen, die gewonnenen Erkenntnisse in Gesetzesform zu kleiden.
- 2) Materiell ist eine Bewertung notwendig,
 - a) weil in der Bilanz verschiedene Posten verschiedenen materiellen Inhalts enthalten sind, die nicht verglichen, addiert und saldiert werden können, wenn sie nicht gleichnamig gemacht werden, wenn sie nicht in Einheiten eines einheitlichen konkreten Gutes oder in Einheiten einer einheitlichen abstrakten Rechengröße ausgedrückt werden (rechnungstechnische Begründung),
 - b) weil viele Werte, die während des Geschäftsjahres auf den Konten der Buchhaltung fixiert sind, u. ter anderem Gesichtspunkt angesetzt werden als diejenigen Werte, die in der Bilanz ausgewiesen werden sollen. "Die Bilanz als Rechtsfigur ist ... ihrem Wesen nach nicht dokumentarisch, sondern zweckgebunden" ... "Aus dem zweckgebundenen Charakter der Bilanz im Gegensatz zum dokumentarischen Charakter der laufenden Aufzeichnungen entsteht die Notwendigkeit der Bewertung als einer Korrektur des früher Aufgezeichneten" (3) (4).
Die Werte, die von den Konten der Buchhaltung in die Bilanz übernommen werden, müssen zum Teil korrigiert werden. So ist z.B. zu prüfen, ob die Werte auf den Konten der Buchhaltung den tatsächlichen Werten entsprechen, die den einzelnen Posten am Bilanzstichtag beizulegen sind (wertansatzmäßige Begründung)
 - c) Materiell ist auch deshalb eine Bewertung notwendig, weil alle

-
- (1) Loitsberger, Erich : Bilanzen I, Vorlesung SS 1960, Universität Frankfurt.
 - (2) vgl. die wichtigsten Bewertungsvorschriften in : § 40 HGB, § 133 AktG, § 33 c GenG, § 6 und § 6a EStG.
 - (3) Loitsberger, Gläubigerschutz, S. 72.
 - (4) Illetschko spricht in diesem Zusammenhang von einer "Antinomie" (Illetschko : Bilanzgliederung und Bilanzbewertung. in : Management und Betriebswirtschaft, Wien 1955, S. 37 ff.)

Zwecke, zu denen die Bilanz erstellt wird (1), alle Interessen der verschiedenen natürlichen und juristischen Personen und alle Einflüsse der natürlichen und juristischen Personen und alle Einflüsse der natürlichen und juristischen Personen ins Gleichgewicht gebracht werden müssen. Hiermit stellt die Bewertung eine Hilfe dar, die der Bilanz anhaftende sog. richterliche Funktion zu erfüllen (finale Begründung) (2).

Schäfer weist mit Recht darauf hin, daß bei der Periodenrechnung gelegentlich keine besonderen Bewertungsprobleme entstehen (3). Im allgemeinen wird jedoch die Bewertung in der Periodenrechnung und damit die ganze Periodenrechnung als problematisch angesehen werden müssen; dies gilt umso mehr, je kürzer die Rechnungsperioden sind.

Wenn wir nun weiter unten vom Periodengewinn/Periodenverlust oder einfach vom Gewinn/Verlust sprechen, so verstehen wir darunter, soweit nichts anderes gesagt ist, den Jahresgewinn/Jahresverlust, obwohl die Bezeichnung "Periodengewinn/Periodenverlust" in der Praxis gelegentlich auch auf kürzere Rechnungsperioden bezogen ist, so z. B. auf die monatliche Periodenrechnung.

Die großen Schwierigkeiten bei der Ermittlung des Periodengewinns/Periodenverlusts ergeben sich dadurch, daß es sich bei der Jahresbilanz um eine Bilanz handelt, in der "eine vorgetäuschte Liquidation, aber unter Annahme des Weiterarbeitens" dargestellt werden soll; Rieger spricht in diesem Zusammenhang von einem "fingierten Abschluß" (4). In diesem Abschluß werden neben allen echten Einnahmen und Ausgaben im Laufe der Rechnungsperiode auch die "rechnungsmäßig fingierten" Einnahmen und Ausgaben gegenübergestellt (5).

(1) Unternehmungsinterne Zwecke :

- a Kontrollfunktion
- b Signalfunktion

Unternehmungsexterne Zwecke :

- a Rechenschaftslegung
- b Ermittlung des ausschüttbaren Gewinns
- c Gläubigerschutzfunktion
- d Mittel der public relations

Für verschiedene Bilanzzwecke sind u. U. verschiedene Wertansätze zu empfehlen. Die einzelnen Wertansätze werden u. U. modifiziert, wenn man nicht mehr einen einzigen Bilanzzweck, sondern die Pluralität der Bilanzzwecke beachtet (vgl. hierzu Schmalenbach, E.; Dynamische Bilanz, 5. Aufl., Leipzig 1931, S. 75.).

- (2) Die Gründe der Bewertung und die Zwecke der Bilanzerstellung wurden in Anlehnung an die Vorlesung von Loitslberger dargestellt (Bilanzen I, SS 1960, Universität Frankfurt).
- (3) Schäfer, Unternehmung, S. 313-314.
- (4) Rieger, Privatwirtschaftslehre (2), S. 212.
- (5) Rieger, Privatwirtschaftslehre (2), S. 212.

Dadurch, daß nicht nur echte Zahlungsvorgänge zur Verrechnung kommen können, weil u.U. Zahlungen früher oder später geleistet werden als Aufwendungen und Erträge entstanden sind, gewinnt das Moment der Willkür oder -schwächer ausgedrückt - das Moment des Ermessens an Bedeutung, denn diese unechten (verrechneten) Einnahmen und Ausgaben beruhen auf Annahmen, und diese "Annahmen können je nach dem Standpunkt des Rechners recht verschieden ausfallen" (1). Besonders große Bedeutung haben sie bei den sog. "Einmalaufwendungen" (2), d.h. bei einmaligen Ausgaben, die zu einem Zeitpunkt in einer bestimmten Rechnungsperiode getätigt sind, deren Äquivalent aber Vorteile für mehrere Rechnungsperioden bringt. Dies ist z.B. der Fall bei Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Neueinführung eines Produktes auf dem Markt oder im Zusammenhang mit dem Kauf eines langlebigen Wirtschaftsgutes des Anlagevermögens angefallen sind.

In Anlehnung an Schmalenbach könnten wir sagen, daß insofern Schwierigkeiten bei der Periodenrechnung entstehen können, als auch Aufwendungen/Leistungen erfaßt werden, deren Ausgaben/Einnahmen schon in früheren Rechnungsperioden erfolgt sind oder erst in späteren Rechnungsperioden erfolgen werden, und als auch Ausgaben/Einnahmen berücksichtigt werden müssen, die aus früheren oder späteren Aufwendungen/Leistungen stammen (3).

Insoweit kann man die Jahresbilanz als "ein Gemisch von Wahrheit und Dichtung" (4) bezeichnen. Ein Abschluß kann nur auf die Weise erreicht werden, daß alle Vermögensgegenstände rechnerisch in Geldform umgewandelt werden. Diese rechnerische Umwandlung muß als problematisch angesehen werden.

Wie bereits gesagt worden ist, wird eine Unternehmung im allgemeinen für unbestimmte Zeit errichtet. Sobald ein Geschäft abgewickelt ist, wird ein neues begonnen, in dem das freigewordene Geld wieder eingesetzt wird, und ständig "laufen je nach der Eigenart des Betriebes eine ganze Reihe von Betriebsprozessen oder Geldwerdungen zu gleicher Zeit nebeneinander, oder sie sind hineininander geschaltet, oder auch gestaffelt" und hierdurch wird es schwierig, ja vielfach unmöglich, den jeweils realisierten und unrealisierten Gewinn und Verlust zu erkennen (5). An diesen Prozessen sind häufig verschiedenartige Güter beteiligt, die auch eine verschiedenartige Verrechnung not-

(1) Schäfer, Unternehmung, S. 312.

(2) Riebel, Paul : Marktforschung und Rechnungswesen, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft 1951, 21.Jg., S.441-448, hier S.444.

(3) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S.116 und 120.

(4) Rieger, Privatwirtschaftslehre (2), S.212.

(5) Rieger, Privatwirtschaftslehre (2), S.181.

wendig werden lassen. Viele Tatsachen in der modernen Wirtschaft sind die Ursache dafür, daß eine unmittelbare Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge nicht in der Form möglich ist, wie dies bei einem Partie-, Gelegenheits- oder Konsortialgeschäft der Fall ist bzw. sein kann. Es bedarf daher wohl-durchdachter und häufig schwieriger Zurechnungen und Verteilungen. Die Schwierigkeiten vermehren sich dadurch, daß "die Rhythmik der Ausgaben ... vielfach ganz verschieden (ist) gegenüber der der Einnahmen; sie ist auch unter den Ausgaben selbst anders bei Löhnen, Rohstoffen als bei Gebäuden und Maschinen usw." Auch findet eine häufige Überschneidung von Ausgaben und Einnahmen statt (1).

Die Schwierigkeiten der Bewertung bei der Jahresrechnung sind, wie bereits angedeutet wurde, keinesfalls in jeder Unternehmung gleich groß. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Schwierigkeiten umso größer sind,

- 1) je höher der Grad des Investierungsvorgangs ist, der sich vor allem "in der Dauer des Umschlagsprozesses der einzelnen Investierung" ausdrückt (2),
- 2) je weniger sinnvoll der Bilanzstichtag gewählt wurde,
- 3) je größer das Risiko ist, das durch offene und stille Reserven abgedeckt werden soll,
- 4) je länger die Dauer des Produktionsprozesses ist.

Mit dieser Aufzählung wollen wir jedoch keinesfalls einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Vollständig könnte eine Aufzählung nur dann sein, wenn sämtliche Posten der Bilanz und der G+V-Rechnung einschließlich der in der Bilanz unter dem Strich ausgewiesenen Posten hinsichtlich der Genauigkeit des Ausweises in der Jahresbilanz untersucht und dann die einzelnen Schwierigkeiten bei der Ermittlung katalogisiert würden. Hierauf soll indessen verzichtet werden.

Wir haben insbesondere festgestellt, welche Probleme sich bei der Periodisierung der Ausgaben ergeben. Teilweise noch schwierigere Probleme ergeben sich, wie wir später im einzelnen sehen werden, bei der Periodisierung der Einnahmen. Da eine richtige periodengerechte Verteilung von Ausgaben und Einnahmen in der Form von Aufwendungen und Erträgen schwierig ist, muß also auch eine Gewinnperiodisierung schwierig sein.

Das ganze Bewertungsproblem läßt sich mehr oder minder nur durch Schätzungen lösen, "denen immer ein subjektiver Charakter anhaftet"; die eigentliche Problematik ist in der bis heute existierenden Unmöglichkeit der genauen "Umwandlung von Nichtgeld in Geld" zu sehen (3). Jede selbst bei noch so gewissenhaften Bemühungen getroffene Entscheidung und jede hieraus resultierende Lö-

(1) Rieger, Privatwirtschaftslehre, (2), S.181.

(2) Schäfer, Unternehmung, S.313.

(3) Schmidlin, a. a. O., S.17-18.

sung kann daher nur als "eine von vielen subjektiv richtigen Lösungen" angesehen werden (1).

Trotz ihrer Problematik kann aber auf die Periodenrechnung nicht verzichtet werden, denn trotz ihrer Unvollkommenheit bedeutet bzw. gewährleistet sie u. a. "dennoch eine bessere Kontrolle des Ergebnisses aus der Unternehmungstätigkeit als wenn ganz darauf verzichtet würde" (2). Der Periodenerfolg bedarf jedoch einer "adäquaten Auslegung, die sehr bescheiden ausfallen muß" (3).

Die dargestellten Periodisierungsschwierigkeiten könnten z. B. durch eine zeitliche Verlängerung der Rechnungsperioden gemindert werden. Mit einer Verlängerung der Rechnungsperioden wären auch erheblich geringere Verwaltungskosten verbunden; das unter steuerlichen Gesichtspunkten bestehende "Problem der Verrechnungsmöglichkeiten von Verlusten" fände, "wenn auch nur eine teilweise, so doch eine gerechtere Lösung" (4). Schmidlin sagt in diesem Zusammenhang: Wenn man zu längeren Rechnungsperioden übergeht, so ist eine Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eher möglich, da "Zufälligkeiten, die einen hohen Gewinn oder einen Verlust verursachen, stark abgeschwächt werden"; eine Abschwächung ist insbesondere deshalb notwendig, weil "durch Zufall verursachter hoher Gewinn kaum eine derartige Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Folge (hat), wie dies bei einer Besteuerung auf Grund einer einjährigen Bemessungsperiode angenommen wird" (5).

Den Vorteilen einer zeitlichen Verlängerung der Rechnungsperioden stehen indessen auch Nachteile gegenüber. Allgemein kann gesagt werden, daß bei einer Verlängerung der Rechnungsperioden die Aufgaben der Bilanz zum Teil nicht mehr in gleichem Ausmaße erfüllt werden könnten, wie dies nach der heutigen Regelung der Fall ist. Dies gilt insbesondere für die unternehmensexternen Aufgaben der Bilanz. Die unternehmensinternen Aufgaben werden insofern erfüllt werden können als die Unternehmungen in regelmäßigen kürzeren Abständen im allgemeinen ohnehin interne Bilanzen oder - anders ausgedrückt - Hausbilanzen erstellen. Es ist zu beobachten, daß die Tendenzen in der Praxis auch heute schon dahin gehen, neben der nach dem Gesetz jährlich aufzustellenden Bilanz halbjährlich, vierteljährlich oder gar monatlich interne Bilanzen aufzustellen.

-
- (1) Voigt : Die Grenzen bilanzmäßiger Vermögensdarstellung, in : Steuer und Wirtschaft 1935, 14. Jg., S. 1285.
 - (2) Schmidlin, a. a. O., S. 18.
 - (3) Schäfer, Unternehmung, S. 317.
 - (4) Schmidlin, a. a. O., S. 214-216, hier S. 216.
 - (5) Schmidlin, a. a. O., S. 215.

Die Vorteile einer einjährigen Rechnungsperiode werden heute im allgemeinen höher eingeschätzt als die Vorteile einer mehrjährigen Rechnungsperiode. Den im Verhältnis zur Handelsbilanz zusätzlichen Nachteil der Steuerbilanz hinsichtlich der Verrechnung von Verlusten hat der Steuergesetzgeber dadurch - wenigstens zum Teil - beseitigt, daß er unter bestimmten Voraussetzungen einen Verlustabzug gewährt (1).

Heute gilt nach § 10 d EStG und nach § 20 KöStG in Verbindung mit § 10 d EStG: "Steuerpflichtige, die den Gewinn nach § 4 Absatz I oder nach § 5 (gemeint ist § 4 und § 5 EStG) auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln, können die Verluste der fünf vorangegangenen Veranlagungszeiträume aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb und aus selbständiger Arbeit wie Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abziehen, soweit ihnen ein Ausgleich oder Abzug der Verluste in den vorangegangenen Veranlagungszeiträumen nicht möglich war". Zu beachten ist jedoch in diesem Zusammenhang: Der Verlust muß in derselben Einkunftsart entstanden sein, von der er später abgezogen wird.

C) Die Darstellung der wichtigsten Prinzipien des Gewinn- und Verlustausweises

"Prinzip" (von lateinisch principium) bedeutet soviel wie "Grundsatz" oder "Leitmotiv". Wenn wir ein Prinzip darstellen und kritisieren sollen, so müssen wir einen "allgemeinen Grundsatz des Denkens und Handelns" darstellen und kritisieren.

Wir werden im Laufe unserer Untersuchung sehen, ob es richtig ist, sich für das "pedantische Beharren auf festen Maximen" (Prinzipienreiterei), für das "ruhige und sichere Denken und Handeln gemäß einmal gefaßten Vorsätzen" (Prinzipientreue) oder für das "haltlose Abweichen von einer festen Regel" (Prinzipienlosigkeit) zu entscheiden (2).

An dieser Stelle bedarf es noch keiner Kritik, sondern lediglich der Darstellung von Prinzipien, und zwar der Darstellung der Prinzipien des Gewinn- und Verlustausweises. Hier gibt es:

- 1) das Verursachungsprinzip
- 2) das Realisationsprinzip

(1) Vgl. hierzu auch Schmidlin, a. a. O., insbes. S. 214-216.

(2) Brockhaus, Der große Brockhaus: 16. Aufl., 9. Bd., Wiesbaden 1956, S. 399 und Schweizer Lexikon, 6. Bd., Zürich (ohne Angabe des Verlagsjahres - vermutlich 1948), Sp. 124.

Alle anderen Prinzipien des Gewinn- und Verlustausweises lassen sich nach unserer Auffassung auf eines dieser beiden grundlegenden Prinzipien oder teils auf das eine, teils auf das andere Prinzip direkt oder indirekt zurückführen.

1. Das Verursachungsprinzip

Nach diesem Prinzip sollen Gewinne derjenigen Rechnungsperiode gutgeschrieben und Verluste derjenigen Rechnungsperiode belastet werden, die sie wirtschaftlich verursacht, d. h. die den Anlaß zur Entstehung gegeben hat.

Die Feststellung des Zeitpunktes, wann ein Gewinn oder Verlust verursacht worden ist, bereitet allerdings häufig Schwierigkeiten. Nicht selten kann erst in einer späteren Rechnungsperiode festgestellt werden, daß ein Gewinn oder Verlust bereits zu einem früheren Zeitpunkt verursacht worden war. Gelegentlich wird auch der Zeitpunkt der Verursachung und der Zeitpunkt der Realisation, von Sekunden oder Minuten abgesehen, zusammenfallen. Deshalb dürfte das Verursachungsprinzip in reiner Form gelegentlich nicht allein, sondern nur "in Verbindung mit dem Realisationsprinzip zur Anwendung kommen" können (1).

2. Das Realisationsprinzip

Nach diesem Prinzip sollen Gewinne derjenigen Rechnungsperiode gutgeschrieben und Verluste derjenigen Rechnungsperiode belastet werden, die sie wirtschaftlich realisiert hat. Was unter realisierten Gewinnen und realisierten Verlusten zu verstehen ist, haben wir bereits gesagt, so daß an dieser Stelle auf frühere Ausführungen verwiesen werden kann.

Bei dem Gewinn- und Verlustausweis unter dem Gesichtspunkt der Realisation unterscheidet Schmidlin 4 Möglichkeiten (2) :

- "1) In der gleichen Periode werden nur realisierte Gewinne und realisierte Verluste ausgewiesen (= Realisations- oder effektives Paritätsprinzip).
- 2) In der gleichen Periode werden sowohl unrealisierte Gewinne wie unrealisierte Verluste ausgewiesen (= fiktives Paritätsprinzip).
- 3) In der gleichen Periode werden nur realisierte Gewinne sowie unrealisierte (und somit auch realisierte) Verluste ausgewiesen (= enges Imparitätsprinzip, auch schlechthin Imparitätsprinzip genannt).
- 4) In der gleichen Periode werden sowohl realisierte wie unrealisierte Gewinne, aber nur realisierte Verluste ausgewiesen (= weites Imparitätsprinzip)."

(1) Schmidlin, a. a. O., S. 149, und zwar für den ganzen Absatz.

(2) Schmidlin, a. a. O., S. 150.

Hierzu kann folgendes festgestellt werden :

zu 1) Dieses Prinzip ist mit dem Realisationsprinzip identisch, das wir eben charakterisiert haben. Weiter oben haben wir dieses Prinzip als reines Realisationsprinzip bezeichnet.

zu 2) Dieses Prinzip ist mit dem Verursachungsprinzip identisch, das wir eben charakterisiert haben, denn unrealisierte Gewinne/Verluste können nur solche Gewinne/Verluste sein, die zwar noch nicht realisiert sind, die aber schon verursacht sein müssen, weil zu den Begriffen "Gewinn/Verlust" zumindest die Verursachung gehört. Weder verursachte noch realisierte Gewinne/Verluste gibt es ex definitione nicht (1). Auch Fälle, in denen Gewinne/Verluste bereits realisiert, aber noch nicht verursacht wären, sind nicht denkbar, weil die Verursachung in jedem Falle, wenn auch gelegentlich nur für wenige Sekunden, vor der Realisation liegen muß. In den Naturwissenschaften gibt es hierzu ein analoges Gesetz, welches besagt, daß keine Wirkung (Realisation) ohne Ursache eintreten kann.

Man kann daher nur zwischen zwei grundlegenden Prinzipien unterscheiden. Nach dem einen werden bereits verursachte, aber noch nicht realisierte Gewinne/Verluste, nach dem anderen werden bereits verursachte und bereits realisierte Gewinne/Verluste ausgewiesen. Im ersten Falle könnten wir vom Ausweis unrealisierter Gewinne und Verluste oder einfach vom Verursachungsprinzip, im zweiten Falle könnten wir vom Ausweis realisierter Gewinne und Verluste oder einfach vom Realisationsprinzip sprechen.

zu 3) Dieses Prinzip ist mit dem imparitätischen Realisationsprinzip identisch, das wir bereits früher definiert haben. Es stellt kein schematisch grundlegendes Prinzip, sondern insofern ein aus den beiden schematisch grundlegenden Prinzipien abgeleitetes Prinzip dar, als es Bestandteile beider Prinzipien enthält, die in bestimmter Weise miteinander gekoppelt sind.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei gesagt, daß nach diesem Prinzip die realisierten Verluste

- a) nicht in derselben Höhe anzufallen brauchen wie die ausgewiesenen unrealisierten Verluste, ja gelegentlich überhaupt nicht anzufallen brauchen,
- b) nicht in der gleichen Periode anzufallen brauchen wie die ausgewiesenen unrealisierten Verluste.

zu 4) Dieses Prinzip ist bisher von uns nicht benannt worden, und zwar insbesondere deshalb nicht, weil es weder in der Theorie noch in der Praxis eine Rolle spielt. Nach den Ausführungen von Schmidlin muß angenommen werden, daß auch er es nur der Vollständigkeit wegen hier erwähnt.

Für diejenigen, die aber dennoch eine Bezeichnung verlangten, könnte gesagt werden : Gemäß unserer Terminologie müßten wir dieses Prinzip als imparität-

(1) vgl. hierzu : Loitsberger, Gläubigerschutz, S. 79.

tisches Realisationsprinzip bezeichnen. Um keine Verwechslung mit dem vorstehend dargestellten Prinzip herbeizuführen, könnten wir im Fall 3 von einem imparitatischen Realisationsprinzip im Hinblick auf den ausgewiesenen unrealisierten Verlust (1) und im Fall 4 von einem imparitatischen Realisationsprinzip im Hinblick auf den ausgewiesenen unrealisierten Gewinn (2) sprechen. Auf diese Unterscheidung soll weiter unten indessen verzichtet werden. Hierzu möge man uns angesichts der Tatsache, daß dieser Fall keine relevante Bedeutung hat und ohnehin in unserer Untersuchung nicht näher ausgeführt werden wird, berechtigen.

Schmidlin sagt (3): "An sich können die Gewinne und Verluste nach jedem dieser Prinzipien verteilt werden; der Totalgewinn bleibt immer gleich. Je nachdem, welches Prinzip angewandt wird, variiert jedoch der Periodengewinn". Diese Auffassung ist teils richtig und teils falsch. Richtig ist sie insofern, als sich in der Regel 4 verschiedene Periodengewinne/Periodenverluste ergeben werden, wenn diese 4 Prinzipien auf ein und dieselben Verhältnisse einer Rechnungsperiode angewandt würden. Dies muß allerdings nicht unbedingt sein. Richtig ist diese Auffassung auch insofern, als der Totalgewinn/Totalverlust sich in der Regel aus der Summe aller Periodengewinne/Periodenverluste bzw. aus dem Überschuß der Periodengewinne/Periodenverluste über die Periodenverluste/Periodengewinne ergeben wird. Dies muß indessen, wie wir bereits nachgewiesen haben, nicht unbedingt der Fall sein. Wenn aber z.B. in hohem Maße unrealisierte Gewinne in der Bilanz ausgewiesen und dann auch in voller Höhe verteilt werden, die später nur in weit geringerer Höhe tatsächlich realisiert werden, so kann dies zu einem derartigen Schaden für die Unternehmung führen, daß sich diese Unternehmung veranlaßt sieht, den Konkurs anzumelden und das Ende der Unternehmung herbeizuführen. Dies wäre aber dann, wenn das imparitatische Realisationsprinzip angewandt und jährlich ein wesentlich geringerer Gewinn ausgewiesen und verteilt worden wäre, vielleicht nicht geschehen. Die Unternehmung hätte vielleicht noch jahrzehntelang bestanden und jahrzehntelang einen Gewinn ausweisen und verteilen können. Insofern wird also in der Regel nicht nur der Periodengewinn/Periodenverlust, sondern auch der Totalgewinn/Totalverlust von den Prinzipien des Gewinn- und Verlustausweises beeinflusst.

Schon aus diesen Überlegungen ergibt sich nun die Frage, welches Prinzip angewendet werden soll. Diese Frage muß Gegenstand einer ausführlichen Untersuchung werden. Dabei müssen aber nicht nur die dargestellten Realisa-

-
- (1) Schmidlin spricht vom engen Imparitätsprinzip (a. a. O., S. 150).
 - (2) Schmidlin spricht vom weiten Imparitätsprinzip (a. a. O., S. 150).
 - (3) Schmidlin, a. a. O., S. 150.

tionsprinzipien, sondern auch das bereits früher definierte erweiterte Realisationsprinzip in die Untersuchung mit einbezogen werden. Zunächst aber ist es aus den bereits genannten Gründen notwendig, die sachliche Grundlegung zu vervollständigen und eine Darstellung der verschiedenen Bilanzauffassungen im Zusammenhang mit dem Realisationsprinzip und eine Darstellung der Interessen und des Einflusses der verschiedenen Interessenskreise folgen zu lassen.

D Die verschiedenen Bilanzauffassungen im Hinblick auf das Realisationsprinzip

1 Die statische Bilanzauffassung

a Die rein statische (juristische) Bilanzauffassung

Diese Bilanzauffassung wird von Staub (1), Rehm (2) und anderen Juristen vertreten, die an der Ausarbeitung und/oder Kommentierung der Gesetze beteiligt waren. Hauptzweck der Bilanz ist die Vermögensfeststellung, Hauptinhalt ist die Deckungsmasse für die Gläubigeransprüche (Gläubigerschutzgedanke). Der Erfolg ergibt sich aus folgender Rechnung: Eigenkapital am Ende der Rechnungsperiode - Eigenkapital zu Beginn der Rechnungsperiode + Entnahmen - Einlagen. Maßgeblicher Bilanzwert ist der gemeine Wert, d.h. der Veräußerungswert unter normalen Marktumständen. Damit werden realisierte und unrealisierte Gewinne und Verluste ausgewiesen.

Scheffler (3) teilt als erster die Vermögensgegenstände in zwei Gruppen ein. Zur ersten Gruppe zählt er alle Vermögensgegenstände, bei deren Wertbestimmung (auf die Dauer gesehen), wie er sagt, nur der Eigentümer Interesse hat. Sie werden zum "Kostenpreis" in der Bilanz ausgewiesen. Zur zweiten Gruppe zählt er alle Vermögensgegenstände, bei deren Wertbestimmung dauernd oder vorübergehend neben dem Eigentümer auch andere Interesse haben. Sie werden zum "Veräußerungspreis" in der Bilanz angesetzt. Hierdurch ist es also grundsätzlich nur bei der zweiten Gruppe von Vermögensgegenständen möglich, unrealisierte Gewinne und unrealisierte Verluste auszuweisen.

Wie der Ausweis realisierter und unrealisierter Gewinne und Verluste zu beurteilen ist, soll später dargestellt werden.

(1) Staub; Kommentar zum HGB, 8. Aufl., Berlin 1906.

(2) Rehm, Hermann; Die Bilanzen der Aktiengesellschaften, München 1903.

(3) Scheffler, Hermann; Über Bilanzen, in: Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte, ohne Angabe des Verlagsortes, 1879.

b Die statisch - betriebswirtschaftliche Bilanzauffassung

Simon (1) vertritt eine Auffassung, die statisch - betriebswirtschaftliche Charaktermerkmale zeigt. Zwar ist der Hauptzweck der Bilanz die Vermögensermittlung, doch wird das Vermögen nicht vom Standpunkt des Gläubigerschutzes, sondern vom Standpunkt der Unternehmung ermittelt. Hinsichtlich der Bewertung fordert Simon, das Gebrauchsvermögen mit dem "individuellen Betriebswert", d.h. dem "Anschaffungspreis abzüglich Wertminderungen", das Verbrauchsvermögen mit dem "individuellen Einzelveräußerungspreis" anzusetzen. Damit tritt Simon für den Ausweis realisierter Gewinne, realisierter und unrealisierter Verluste beim Gebrauchsvermögen und für den Ausweis realisierter und unrealisierter Gewinne und Verluste beim Verbrauchsvermögen ein.

Der Nachteil der Simonschen Auffassung besteht darin, daß der "individuelle Betriebswert" nicht quantifiziert werden kann. Wenn das Interesse des Unternehmers in den Vordergrund gestellt wird, hätte Simon nicht die Vermögensermittlung, sondern die Erfolgsermittlung als Hauptzweck der Bilanz ansehen müssen.

c Die beschränkt statische Bilanzauffassung

Diese Bilanzauffassung ist nicht einheitlich. Daher wird gelegentlich auch zwischen monistischer beschränkt statischer und dualistischer beschränkt statischer Auffassung unterschieden (1). Die Vertreter der monistischen Bilanzauffassung sehen die Erfolgsermittlung als den Hauptzweck der Bilanz an, die Anhänger der dualistischen Bilanzauffassung wollen in der G+V-Rechnung den Erfolg ermitteln und in der Bilanz das Vermögen ausweisen.

Maßgeblicher Bilanzierungswert ist nach beschränkt statischer Bilanzauffassung grundsätzlich der Anschaffungs- bzw. Herstellungswert (2). Dieser kann bzw. muß aber in der Bilanz durch einen niedrigeren ersetzt werden, wenn zum Zeitpunkt des Bilanzstichtags ein niedrigerer Wert gemäß dem Niederstwertprinzip vorhanden war. Damit werden realisierte Gewinne, realisierte Verluste und unrealisierte Verluste ausgewiesen.

2 Die dynamische Bilanzauffassung

Der Begründer und profilierteste Vertreter der dynamischen Bilanzauffassung ist Schmalenbach. Er sieht die Hauptaufgabe der Bilanz in der Ermittlung des

- (1) Simon, Hermann Veit: Die Bilanzen der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, 3. Aufl., 1898
- (2) Vgl. hierzu z.B. Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 79-85, insbes. S. 80.
- (3) Vgl. Heinen, Handelsbilanzen, S. 29.

vergleichbaren Periodenerfolgs als eines Maßstabs der Wirtschaftlichkeit. Der Periodenerfolg wird doppelt ermittelt, nämlich in der Bilanz im engeren Sinne und in der G+V-Rechnung. Die Bilanz im engeren Sinne soll die schwebenden Posten erfassen und steht zwischen den Finanzkonten und der G+V-Rechnung. Wichtiger als die Bilanz im engeren Sinne ist die G+V-Rechnung, die sich aus Aufwendungen und Erträgen zusammensetzt. Der Erfolg ergibt sich als Differenz zwischen dem Wert der an den Markt abgegebenen Leistungen und dem Wert der dem Markt entnommenen Leistungen oder - anders ausgedrückt - als Differenz zwischen vollzogenen Leistungen (Erträgen) und vollzogenen Aufwendungen.

Die bedeutendsten Bilanzgrundsätze sind der Grundsatz der genauen Periodenabgrenzung, der Vergleichbarkeit (1), der Bilanzkontinuität, der Gewinnkongruenz und das Vorsichtsprinzip. Maßgeblicher Bilanzierungswert ist grundsätzlich der Anschaffungs- oder Herstellungswert. Wenn aber Wertschwankungen in der Form von Sachwertschwankungen oder Geldwertschwankungen eintreten, so wird der Anschaffungs- oder Herstellungswert korrigiert. Höchstens darf jedoch grundsätzlich nur der Anschaffungs- bzw. Herstellungswert angesetzt werden. Es werden damit grundsätzlich realisierte Gewinne, realisierte Verluste und unrealisierte Verluste ausgewiesen. In den Fällen, in denen das Zeitwertprinzip gefordert und angewandt wird (2), kann es auch zum Ausweis unrealisierter Gewinne kommen.

In der Kritik zur dynamischen Bilanzauffassung von Schmalenbach können zunächst darauf hingewiesen werden, daß Schmalenbach insofern nicht konsequent gewesen ist, als er auf der einen Seite das Prinzip der genauen Periodenabgrenzung und auf der anderen Seite das Prinzip der Vorsicht anzuwenden forderte. Es ist nicht möglich, diesen Prinzipien, die sich gegenseitig ausschließen, gleichzeitig gerecht zu werden. Gegen die Erklärung Schmalenbachs, die Bilanz sei eine Gegenüberstellung schwebender Posten, könnte auch der Vorwurf erhoben werden, daß sie insofern unbefriedigend ist, als in der Bilanz auch die liquiden Mittel und das Eigenkapital ausgewiesen werden, die nicht als schwebende Posten angesehen werden können.

Manche wirtschaftlichen Vorgänge können nicht ohne weiteres in die dynamische Bilanz übernommen werden (3). Wenn z.B. Wirtschaftsgüter auf Kredit gekauft werden, so müßten diese in der Bilanz unter der Position "noch nicht

- (1) vgl. Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 106-109. Auf Seite 106 sagt Schmalenbach: "Für die Erfolgsrechnung ist von Bedeutung, daß sie absolut richtig, d. h. ein gutes Maß der Wirtschaftlichkeit sei. Wichtiger aber ist, daß sie relativ gut funktioniert".
- (2) Vgl. Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 175-177.
- (3) vgl. hierzu die eingehende Kritik von Rieger in: Schmalenbachs Dynamische Bilanz, hier insbesondere S. 115-122.

Ausgabe, noch nicht Aufwand" ausgewiesen werden. Diese Position gibt es aber in der Schmalenbachschen Bilanz nicht. Schmalenbach kann diesen Vorgang nur dadurch zum Ausdruck bringen, daß er ihn in zwei Teilvorgänge zerlegt ... und den Kauf als "Ausgabe, noch nicht Aufwand" und die Kreditgewährung als "Einnahme, noch nicht Ausgabe" ausweist.

Je nachdem, was man als den Zweck der Betriebswirtschaftslehre ansieht, kann man auch kritisch einwenden, daß es Schmalenbach nicht erklären kann, warum man den Saldo des G+V-Kontos auf das Eigenkapitalkonto überträgt, wie das in der Praxis z. B. bei Einzelunternehmungen und Personengesellschaften üblich ist.

Als Kritiker der Schmalenbachschen Bilanzauffassung haben sich vor allem Max Lion (1) mit einem Aufsatz in der Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Wilhelm Rieger mit der umfassenden Streitschrift "Schmalenbachs Dynamische Bilanz" hervorgetan (2). Rieger trägt in dieser Schrift zwar sehr scharfsinnige Argumente gegen Schmalenbach vor; gelegentlich kann man sich des Eindrucks jedoch nicht erwehren, daß diese Kritik nicht mehr sachlich ist. Die Kritik ist häufig umso unverständlicher als Rieger selbst im Grunde genommen ein großer Verfechter der dynamischen Auffassung ist (3).

3 Die organische Bilanzauffassung

Die organische Bilanzauffassung wurde von Fritz Schmidt begründet. Nach Schmidt (4) hat die Bilanz die Aufgaben, das richtige Vermögen und den richtigen Erfolg zu ermitteln. Dieser doppelten Aufgabe soll durch entsprechende Bewertung der Vermögens- und Schuldeile Rechnung getragen werden. Die Vermögensgegenstände sollen in der Bilanz zu dem Wert angesetzt werden, der ihnen am Bilanzstichtag auf dem Beschaffungsmarkt beizulegen ist, d. h. Gegenstände des Anlagevermögens und Sachwertgüter des Umlaufvermögens sollen mit Wiederbeschaffungspreisen bzw. Herstellungswerten am Bilanzstichtag, Nominalwertgüter sollen mit Nominalwerten in der Bilanz erscheinen. Damit werden in der Bilanz realisierte und unrealisierte Gewinne und Verluste ausgewiesen.

Der Erfolg ist teils Erfolg aus dem Umsatz, teils Erfolg aus den Wertänderungen am ruhenden Vermögen. Echter Erfolg kann nur der Gewinn/Verlust aus dem Umsatz sein. Dieser wird als Differenz zwischen dem Verkaufspreis

(1) Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 1928, 3. Sonderheft.

(2) Rieger, Wilhelm: Schmalenbachs Dynamische Bilanz, Stuttgart 1936

(3) Die eudynamische Bilanzauffassung wird später in anderem Zusammenhang dargestellt und kritisiert.

(4) Schmidt, Fritz: Die organische Tageswertbilanz, 3. Aufl., Wiesbaden 1951.

und dem Wiederbeschaffungspreis am Umsatztage berechnet. Der Erfolg durch Wertänderungen am ruhenden Vermögen ist ein Scheingewinn/Scheinverlust. Dieser Scheingewinn/Scheinverlust als Differenz zwischen dem Tageswert und Anschaffungs- bzw. Herstellungswert wird auf einem besonderen Konto, dem "Wertänderungskonto", einem Konto mit Kapitalcharakter, ausgewiesen und damit erfolgsrechnerisch neutralisiert, beeinflusst also nicht die G+V-Rechnung, in welcher der Erfolg ermittelt wird.

Schmidt fordert die Substanzerhaltung. Diese will er durch Beachtung der dargestellten Bewertungs- und Ausweismethode, durch sofortige Reinvestition, von Abschreibungsgegenwerten und durch Beachtung des Prinzips der Wertgleichheit erreichen. Dieses Prinzip besagt, daß auf beiden Seiten der Bilanz Nominalwerte in gleicher Höhe und Fälligkeit vorhanden sind, damit die Scheingewinne und Scheinverluste bei Nominalwerten kompensiert werden.

Wir werden später zu der organischen Bilanzauffassung in allein Einheiten kritisch Stellung nehmen, so daß an dieser Stelle auf spätere Ausführungen verwiesen werden kann.

4 Die finanzwirtschaftliche Bilanzauffassung

Walb (1) führt die Gedankengänge Schmalenbachs weiter fort und begründet die finanzwirtschaftliche Bilanzauffassung. Er unterscheidet bei den Konten der doppelten Buchführung zwischen Konten der Zahlungsreihe und Konten der Leistungsreihe. Auf ersteren werden Zahlungsvorgänge, auf letzteren Leistungsvorgänge erfaßt. Das Ergebnis der Zahlungsreihe findet seinen Niederschlag in der Bilanz. Das Ergebnis der Leistungsreihe ist auf dem G+V-Konto zu ersehen. Der Erfolg wird in gleicher Höhe sowohl in der Bilanz als auch in der G+V-Rechnung ausgewiesen.

Die Bilanz hat die Aufgabe, den Erfolg zu ermitteln. Dieser ergibt sich durch Gegenüberstellung der Einnahmen, der rückverrechneten Ausgaben, der nachverrechneten Einnahmen auf der einen und der Ausgaben, der rückverrechneten Einnahmen und der nachverrechneten Ausgaben auf der anderen Seite. Der Begriff "Einnahmen" und der Begriff "Ausgaben" wird dabei sehr weit gefaßt. Walb spricht von gegenwärtigen und zukünftigen Einnahmen und Ausgaben. Gegenwärtige Einnahmen sind z.B. Kasseneingänge, zukünftige Einnahmen sind z.B. Forderungen. Durch diese Definitionen wird die zeitliche Diskrepanz zwischen Einnahme/Ertrag und Ausgabe/Aufwand beseitigt. Der Gewinn

(1) Walb, Ernst : Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe, Berlin und Wien 1926.

Walb, Ernst : Finanzwirtschaftliche Bilanz, 2. Aufl., Duisburg 1948.

ist seinem Charakter nach ein Einnahmenüberschuß, der durch die Periodenrechnung und durch das Vorsichtsprinzip korrigiert wird. Durch die grundsätzliche Beachtung des Anschaffungswertprinzips und des Vorsichtsprinzips und des nominellen Kapitalerhaltungsprinzips werden realisierte Gewinne, realisierte und unrealisierte Verluste unter dem Gesichtspunkt der nominellen Kapitalerhaltung ausgewiesen.

Der Gewinn/Verlust der G+V-Rechnung ergibt sich durch Gegenüberstellung des Aufwands, der rückverrechneten Erträge und der nachverrechneten Aufwendungen auf der einen und der Erträge, der rückverrechneten Aufwände und der nachverrechneten Erträge auf der anderen Seite.

Kritisch wäre zu sagen, daß in der Praxis Bestandsziffern in der Bilanz ausgewiesen werden, nicht aber Einnahmen und Ausgaben. Die Begriffe Walbs sind in der Praxis ungebräuchlich. Forderungen sind z.B. keine Einnahmen, Verbindlichkeiten z.B. keine Ausgaben. Die Bilanz kann auch nicht als Zeitraumübersicht, sondern nur als Zeitpunktübersicht angesehen werden. Kritisch wäre des weiteren zu sagen, daß Walb die Bilanzsumme und die Bilanzgleichung nicht erklären kann.

5 Die pagatorische Bilanzauffassung

Diese Bilanzauffassung wurde von Kosiol begründet. Kosiol (1) führt die Gedankengänge Schmalenbachs und Walbs weiter fort. Er geht davon aus, daß der Hauptzweck der Bilanz die Gewinnermittlung ist. Die pagatorische Bilanz ist eine pagatorische Jahreserfolgsrechnung, weil sie an Zahlungsvorgänge anknüpft. Der Erfolg wird doppelt ermittelt: einmal in der G+V-Rechnung, einmal in der Bilanz im engeren Sinne. Zwar ist mit jedem güterwirtschaftlichen Vorgang auch ein geldwirtschaftliche verbunden, der Jahreserfolg wird aber nur in Geldeinheiten ermittelt, denn die Erfassung von Ausgaben und Einnahmen ist einfacher und zuverlässiger. Die erfolgswirksamen Ausgaben/Einnahmen nennt Kosiol Aufwandsausgaben/Ertragseinnahmen und den zu Aufwandsausgaben/Ertragseinnahmen bewerteten Güterverzehr/Güterabsatz bezeichnet er als Aufwand/Ertrag. Erfolgsunwirksame Ausgaben und Einnahmen werden durch entsprechende Verrechnungszahlungen berücksichtigt. Der pagatorische Erfolg wird aus der Differenz zwischen Ertragseinnahmen und Aufwandsausgaben oder - anders ausgedrückt - zwischen Ertrag und Aufwand ermittelt.

(1) Kosiol, Erich: Bilanzreform und Einheitsbilanz, 2. Aufl., Berlin-Stuttgart 1949.

Kosiol, Erich: Pagatorische Bilanz (Erfolgsrechnung), in: Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, Bd. III, Stuttgart 1956.

Alle Buchungen werden auf Zahlungsvorgänge zurückgeführt. Daher ist auch der Anschaffungswert der grundsätzlich entscheidende Wert. Durch geschickte Modifikationen wird jedoch auch das Niederstwertprinzip in die pagatorische Rechnung eingeführt. Das Vorsichtsprinzip soll so angewendet werden, daß es nicht zum Willkürprinzip wird. Gewinne sollen dann ausgewiesen werden, wenn sie realisiert sind. Sie ergeben sich in der Bilanz, in der rein rechnungs-theoretische, von der Erfolgsrechnung bestimmte Größen stehen, durch Gegenüberstellung der Einnahmenüberschüsse und Ausgabegegenwerte auf der einen und der Ausgabenüberschüsse und Einnahmegengegenwerte auf der anderen Seite.

Kritisch könnte hierzu gesagt werden, daß die Ausgabegegenwerte physische Güter sind, die eigentlich in die Zahlungsreihe nicht aufgenommen werden dürften. Dieser system-immanente Widerspruch entsteht dadurch, daß Kossiol die Bilanz als Beständebilanz erklären will. Ansonsten lassen sich im wesentlichen die gleichen Einwände wie gegen Walb erheben.

E Die Interessen und der Einfluß der verschiedenen Kreise im Hinblick auf den Gewinn- und Verlustausweis in der Bilanz

1 Die Interessen und der Einfluß der Aktionäre

Um die Interessen der Aktionäre hinsichtlich des Gewinnausweises aufzeigen zu können, liegt es nahe, von den Interessen der Großaktionäre und den Interessen der Kleinaktionäre einer Unternehmung ausgehen zu wollen. Dies ist aber nicht ohne weiteres möglich, denn z.B. die Kleinaktionäre der Unternehmung A können gleichzeitig Großaktionäre der Unternehmung B sein und umgekehrt. Wenn die Aktionäre, die z.B. ihre Beteiligungen aus Gründen der Risikoverteilung gestreut haben, sowohl Kleinaktionäre als auch Großaktionäre sind, so ist damit noch nicht gesagt, daß sie hinsichtlich der Höhe und des Zeitpunktes des Gewinnausweises bei der Unternehmung A ein anderes Interesse als bei der Unternehmung B haben. Es liegt vielmehr die Vermutung nahe, daß der Aktionär, der gleichzeitig Groß- und Kleinaktionär ist, entweder ein Interesse daran hat, daß A und B einen hohen oder daß A und B einen niedrigen Gewinn ausweisen. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß das Interesse ein und derselben Person hinsichtlich des Gewinnausweises bei verschiedenen Unternehmungen immer einheitlich sein wird.

Aber auch dann, wenn wir davon absehen, daß ein und dieselbe Person gleichzeitig Klein- und Großaktionär sein kann, so ist es durchaus denkbar, daß z.B. ein Kleinaktionär gelegentlich die gleichen Interessen wie ein Großaktionär hat, so z.B. dann, wenn er zwar nicht an anderer Stelle Großaktionär, aber doch vermögend ist.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Begriffe "Kleinaktionär" und "Großaktionär" relative Begriffe sind. Ein Wirtschaftssubjekt, das sich mit 200 000 DM an einer Unternehmung beteiligen will, kann, je nachdem bei welcher Unternehmung es Anteile zeichnet, je nachdem zu welchem Kurs es Anteile zeichnet ... u.U. in einem Fall Kleinaktionär, im anderen Fall Großaktionär sein. Seine Interessen und Entscheidungen werden u.U. nicht von dem relativen, sondern von dem absoluten Wert der erworbenen Anteile bestimmt.

Wenn man weiterhin berücksichtigt, daß z.B. der Großaktionär einer Unternehmung ein Privatmann oder eine andere Aktiengesellschaft ... oder der Staat, ein inländisches oder ein ausländisches Wirtschaftssubjekt ... sein kann, so wird schon deutlicher, wie verschieden die Interessen am Gewinnausweis sein können. Ja schon das Streben nach Gewinn ist unterschiedlich. Entweder es soll ein möglichst hoher Gewinn oder ein angemessener Gewinn oder überhaupt kein Gewinn (1) angestrebt werden. Die Interessen, den erzielten Gewinn oder nur einen Teil dessen auszuweisen und die Interessen, den ausgewiesenen Gewinn zu verteilen oder zu thesaurieren, werden verschieden sein.

Letztenendes werden die Interessen der Aktionäre hinsichtlich des Strebens nach Gewinn, hinsichtlich des Gewinnausweises und hinsichtlich der Gewinnverteilung vorwiegend immer von rein persönlichen Verhältnissen und Zielsetzungen bestimmt werden. Die Zielsetzungen können sich dabei von Zeit zu Zeit ändern, so wie sich auch die persönlichen Verhältnisse ändern können. Bald wird der Klein- oder Großaktionär an einem hohen Gewinnausweis interessiert sein, weil er die zur Spekulation erworbenen Aktien nun mit Gewinn veräußern will, weil neue Aktien oder Obligationen plazierte werden sollen, weil fusioniert werden soll ..., bald wird er an einem niedrigen Gewinnausweis interessiert sein, weil er Gewinne vor dem Fiskus vorerst verstecken und seine Steuerzahlungen mindern möchte, weil er Preisprüfungen fürchtet ..., bald wird der Aktionär an einer Verteilung, bald an einer Thesaurierung des ausgewiesenen Gewinns Interesse haben, u.a. deshalb, weil er bald auf den Gewinn angewiesen und bald auf den Gewinn nicht angewiesen ist. Passow sagt hierzu (2): "An die Höhe des ermittelten Gewinnes knüpfen sich ... je nach den individuellen Verhältnissen des Unternehmens ganz verschiedene materielle Konsequenzen, und die Erfahrung lehrt, daß gerade mit Rücksicht auf diese Konsequenzen bei der Erfolgsberechnung bald so, bald so" vorgegangen wird. Vielfach ist folgendes Moment für den Aktionär entscheidend:

(1) z.B. bei Versorgungsbetrieben im Staatseigentum

(2) Passow, Richard: Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen, 2. Aufl., Leipzig und Berlin 1918, S.127 (vgl.hierzu auch die Beispiele auf S.128).

"Ist die Dividende hoch, steigen die Aktien; und dieser Gewinn macht leicht mehr aus als die Dividende. Also drückt er nach Möglichkeit die Dividende nach oben" (1). Häufig kann festgestellt werden: Wenn sich die Aktionäre nicht näher mit der Unternehmung verbunden fühlen, so behandeln sie die Unternehmung "wie der streifende Beerensucher einen Wald; sie nehmen alles weg, das Reife und das Unreife; denn wer die späteren Früchte erntet, weiß man nicht"; der Aktionär auf kurze Sicht "ist zum Raubbau geneigt" (2).

Das Interesse und die Entscheidungen des Aktionärs werden aber nicht nur durch die persönlichen Verhältnisse in dem oben dargestellten Sinne, sondern auch sehr wesentlich von seinem Charakter bestimmt. So kann z.B. unter sonst gleichen Umständen das Interesse eines bescheidenen Aktionärs völlig anders geartet sein als dasjenige eines habgierigen. Schmalenbach sagt hierzu (3): "Eine besondere Note bekommt die Gewinnrechnung dann, wenn mehrere Gewinnanteilsberechtigte vorhanden sind. Auch wenn sie mit unveränderlichen Prozentsätzen beteiligt sind, tritt durch die Mehrzahl der Gewinnbeteiligten leicht das Einkommensmoment vor dem Wirtschaftlichkeitsmoment in den Vordergrund. Eigennutz und Habgier scheinen durch Vergesellschaftung gesteigert zu werden; auch merkt man häufig, daß die Habgier eines einzelnen in der Gesellschaft auf die übrigen Mitglieder leichter und stärker sich überträgt als ein Einfluß gegenteiliger Art. Erst recht wirkt die Einkommensmessung auf die Rechnung ein, wenn sich die Anteile bei verschiedener Höhe des Gewinns relativ differenzieren".

Bei den in der Praxis gelegentlich anzutreffenden gegenseitigen Beteiligungen wird das Interesse in der Hauptsache darauf gerichtet sein, "die Verwaltung der verflochtenen Unternehmen von der Kontrolle ihrer Aktionäre freizustellen ... In jedem Falle besteht die Wirkung gegenseitiger Beteiligungen darin, daß sich die Verwaltung den maßgeblichen Einfluß in der eigenen Hauptversammlung verschafft ... Eine unterschiedliche Dividendenberechtigung der ausgetauschten Aktien kann zur Manipulierung des Gewinns verwendet werden"; die Frage, ob die Verwaltungen hier berechtigt sind, das Stimmrecht an der gegenseitigen Beteiligung auszuüben oder nicht, ist allerdings umstritten (4).

Die Interessen der Aktionäre sind, so könnte man zusammenfassend sagen, im Hinblick auf die persönlichen Verhältnisse und im Hinblick auf persönliche Charaktermerkmale so unterschiedlich, daß man es nach unserer Auf-

(1) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S.91.

(2) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S.91.

(3) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S.90.

(4) Mestmäcker, Ernst-Joachim: Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, Karlsruhe 1958, S.115.

fassung vermeiden sollte, schlechthin von den Interessen der Aktionäre oder schlechthin von den Interessen der Klein- und Großaktionäre zu sprechen. Allenfalls könnte man von den Interessen bestimmter Aktionäre oder bestimmter Klein- und Großaktionäre bei einer bestimmten Unternehmung zu einer bestimmten Frage zu einer bestimmten Zeit sprechen. Die Interessen der Aktionäre einer Unternehmung können übereinstimmen, sie können aber auch bei den Kleinaktionären anders als bei den Großaktionären sein, ja es ist sogar denkbar, daß die Interessen der Kleinaktionäre einer Unternehmung verschiedenen sind und daß auch die Interessen der Großaktionäre einer Unternehmung voneinander abweichen.

Anders ist es im Hinblick auf den **E i n f l u ß** der Klein- und Großaktionäre, wenn man die rein rechtliche Beeinflussungsmöglichkeit in den Vordergrund stellt und von den gelegentlich rechtlich zulässigen oder unzulässigen persönlichen Beeinflussungsmöglichkeiten der Aktionäre, der Organe, der maßgebenden Angestellten durch oder auf einzelne Aktionäre absieht (1). Der Großaktionär hat nämlich nach dem geltenden Recht grundsätzlich einen stärkeren Einfluß, weil seine Stimme nach dem von ihm vertretenen Anteil am zur jeweiligen Abstimmung berechtigten Grundkapital gewichtet ist (2). Er kann einen größeren Einfluß in der Hauptversammlung ausüben und dadurch

-
- (1) Mestmäcker sagt in diesem Zusammenhang: "Das Aktienrecht steht immer wieder von neuem vor der Frage, wie Einfluß und Verantwortung, Entscheidungsfreiheit und Haftung koordiniert werden können" (Mestmäcker, a.a.O., S.15).
- (2) Louis Loss sagt im Zusammenhang mit der Ausübung des Stimmrechts: Die Stimmrechtsermächtigung ist eine "gewaltige Potenz", die "zum Guten wie zum Bösen wirken kann" (Louis Loss: Securities Regulation, Boston 1951, Supplement 1955, S.521).
- Kronstein - Claussen vertreten folgende Auffassung: Die vorgesehene Änderung, "anstelle der bisherigen Stimmrechtsermächtigung eine Vollmachtserteilung und die Einholung von Weisungen" treten zu lassen, ist zu befürworten (Kronstein-Claussen: Publizität und Gewinnverteilung im neuen Aktienrecht, Frankfurt 1960, S.139).
- Mestmäcker führt im Zusammenhang mit diesem Fragenkomplex aus: "Die statuarisch gesicherte Vorzugstellung der Gründer im neunzehnten Jahrhundert, die Mehrstimmrechts- und Verwaltungsaktien in der Inflationszeit, die noch zu untersuchende Effektensubstitution, die kunstvollen Pyramiden der Holding-Gesellschaften, die wechselseitigen und zirkularen Beteiligungen, die Konsortialverträge und die Aktienleihe, alle diese Vorkehrungen haben den einen Zweck: kapitallosen Einfluß, kapitallose Herrschaft zu gewinnen ... Das deutsche Steuerrecht hat diese Form der Konzentration gegenüber der Fusion begünstigt und dadurch dem Erwerb von Marktmacht ohne wesentlichen Kapitalaufwand Vorschub geleistet" (Mestmäcker, a. a. O., S. 27.)

Entscheidungen, die nach dem Gesetz und/oder der Satzung von der Hauptversammlung getroffen werden, stark beeinflussen. Er hat großen Einfluß darauf, wer in den Aufsichtsrat gewählt wird, und da der Aufsichtsrat nach § 75 AktG die Vorstandsmitglieder bestellt, hat er auch indirekten Einfluß auf den Vorstand und auf die Geschäftsführung (1) und dadurch praktisch auch einen indirekten Einfluß auf den Gewinnausweis und auf die Gewinnverteilung (2). Allerdings ist zu beachten, daß den Kleinaktionären im Gesetz bestimmte Minderheitsrechte zugebilligt sind. Solche Rechte sind z.B. in den §§ 43, 84, 88, 106, Abs. II und II, 118, Abs. II, 122 bis 124, 125, Abs. VII, 136, 206, Abs. II AktG fixiert (3).

Die in der Praxis wichtigsten Fälle, in denen die Kleinaktionäre häufig geschädigt wurden, weil sie ihren Einfluß nicht mit gleicher Vehemenz wie die Großaktionäre geltend machen konnten bzw. weil ihre Interessen von denen der Großaktionäre überstimmt wurden, sind wohl diejenigen, die mit Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen im weiteren und engeren Sinne verbunden sind (4).

- (1) Beachte hierzu aber § 70 AktG.
- (2) Mestmäcker erwähnt in diesem Zusammenhang einen Vorschlag Hansemanns, eine Kombination von aktienrechtlicher Demokratie und aktienrechtlicher Aristokratie anzustreben. "Einerseits sei das Stimmrecht an den Besitz einer Mindestzahl von Aktien zu knüpfen, gleichzeitig sei aber das Stimmrecht auf Grund Aktienbesitzes nach oben zu begrenzen, um dadurch schädliche Einflüsse auf die Gesellschaft auszuschließen. In der Generalversammlung sei nur über die wesentlichen Gegenstände abzustimmen ... Die Kontrolle der Verwaltung könne nur dadurch gesichert werden, daß Direktion und Verwaltungsrat von der Generalversammlung direkt gewählt würden; sonst würde der Verwaltungsrat nur seine Schützlinge ernennen, so daß auf dessen Kontrolle nachher wenig zu bauen sei" (Mestmäcker, a. a. O., S. 19).
- (3) In diesem Zusammenhang ist nach Kronstein-Claussen zu berücksichtigen, daß "die Problemkreise 'Publizität' und 'Mitverwaltungsrechte der Aktionäre' ... in einem Abhängigkeits- und Wechselverhältnis" zueinander stehen; das "Ausmaß der Veröffentlichungspflicht kann nur im Zusammenhang mit der Festlegung der Mitverwaltungsrechte gesetzlich festgelegt werden" (a. a. O., S. 140). Dabei ist nach der Auffassung von Kronstein-Claussen zu beachten, daß die Publizität für die Aktionäre "-auch wegen der damit eher ermöglichten echten Kursgestaltung - wichtiger als die in der Ausübung und ihrem Nutzen zweifelhaften Mitverwaltungsrechte auf einem so komplizierten Gebiet wie dem der Unternehmensfinanzierung" ist (a. a. O., S. 133).
- (4) Zu den verdeckten Gewinnausschüttungen in der Form der Kapitalherabsetzung und Kapitalerhöhung vergleiche Westerfelhaus, Herwarth, Verdeckte Gewinnausschüttung als steuerrechtliches und betriebswirtschaftliches Problem, Düsseldorf 1956, hier insbes. S. 142 ff.

Zu beachten ist in diesem Zusammenhang aber auch, daß die Entscheidung darüber, welche Rechte und Pflichten die Klein- und Großaktionäre oder die Aktionäre überhaupt haben sollen, nicht nur eine wirtschaftliche und juristische, sondern auch eine politische Frage ist. Daß bei der Lösung dieser Frage gelegentlich politische Belange im Vordergrund standen, geht aus stillschweigenden oder öffentlich verkündeten Annektionen, aus Gesetzgebungen ... hervor. Wie man diese Tatsachen im einzelnen bezeichnen und welche Meinung man hier vertreten will, das ist hauptsächlich Sache der politischen Ansicht.

2 Die Interessen und der Einfluß der Gläubiger

Die Interessen der Gläubiger sind im allgemeinen darauf gerichtet, daß die Unternehmung bei möglichst großer Publizität (1) unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Haftungsmasse nur den substanzsichernden Gewinn ausweist und von dem ausgewiesenen Gewinn nur denjenigen verteilt, der eine Begleichung der Verbindlichkeiten in voller Höhe und zur rechten Zeit ermöglicht. Der Gewinn soll vorsichtig ermittelt werden. Eine Gefährdung für die bestehenden Forderungen der Gläubiger soll schon dann angezeigt werden, wenn die Gefährdung in Wirklichkeit noch gar nicht akut ist, d. h. dem Ausweis einer "materiellen Überschuldung" soll der Ausweis einer "formellen Überschuldung" vorausgehen (2), der den Gläubiger frühzeitig ein Signal gibt, auf die Einbringung der offenen Posten zu achten, und der die Gläubiger warnt, weitere Geschäfte ohne entsprechende Sicherheiten mit der Unternehmung abzuschließen. Der Gewinn der Unternehmung soll aber nicht nur in dem Sinne vorsichtig ermittelt werden, daß die Gläubiger keinen Ausfall ihrer Forderungen hinzunehmen brauchen, sondern daß die Gläubiger auch weiterhin im nächsten Jahr und auch in den später folgenden Jahren mit der Unternehmung Geschäfte machen können, und zwar möglichst in noch größerem Maße und mit noch geringerem Risiko.

In jüngster Zeit ist indessen ein Wandel im Gläubigerschutzgedanken zu beobachten, denn heute wird vielfach größeres Augenmerk auf die Ertragskraft

(1) "Unter dem Begriff Publizität faßt man die Vielzahl der Mitteilungen zusammen, die von den Verwaltungen ... über die Lage des Unternehmens und seine wirtschaftliche Tätigkeit gegeben werden" (Kronstein-Claussen, a. a. O., S. 9).

Die richtige Grenze der Publizität zu finden, "ist eine Aufgabe, die abstrakt und allgemein verbindlich nicht zu lösen ist, sondern in jedem einzelnen Punkt durchdacht werden muß" (Kronstein-Claussen, a. a. O., S. 27-28, hier S. 28).

(2) Vgl. Loitlsberger, Gläubigerschutz, S. 75.

der Unternehmung als auf die Schuldenabdeckung durch das Vermögen gerichtet. Heute wird häufig eher in hoher Ertragskraft als in großer Substanz ein Schutz gesehen (1). Hierdurch hat der Gläubigerschutz eine Dynamisierung erfahren. Wie ist nun diese Dynamisierung zu beurteilen ?

Sicherlich ist die Forderung richtig, daß die Ertragskraft einer Unternehmung stärkere Beachtung finden sollte als dies früher der Fall war. Auf die schuldenabdeckende Funktion des Vermögens sollte aber nach unserer Auffassung heute von den Gläubigern ebenso geachtet werden. Daß dies auch häufig geschieht, sieht man z.B. schon daran, daß im allgemeinen nur solche Obligationen auf dem Markt plazierte werden, bei denen hinreichende Sicherheiten in Form von Substanz (z.B. Grundstücke, Maschinen ...) gegeben werden. Den Gläubigern ist auch nach unserer Auffassung im allgemeinen am besten gedient, wenn man ihnen empfiehlt, sowohl die Ertragskraft als auch die Substanz der Unternehmung in ihr Kalkül einzubeziehen (2), weil die Gläubiger in der Regel die Ertragskraft nicht richtig beurteilen können. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie eine Unternehmung vorwiegend anhand mehrerer Jahresbilanzen oder gar anhand einer einzigen Jahresbilanz beurteilen müssen.

Es wurde bereits ausgeführt, daß die Erfolgsermittlung problematisch ist und daß die Höhe des in der Bilanz ausgewiesenen Gewinns für Außenstehende häufig keinen Rückschluß auf die tatsächliche Ertragslage zuläßt.

Die Beurteilung der Ertragslage anhand des ausgewiesenen Umsatzes muß ebenfalls als problematisch angesehen werden, weil sich Umsatz, Aufwand und Ertrag häufig nicht in proportionalem Verhältnis verändern und weil man auch nicht weiß, wie hoch der Umsatz zukünftig sein wird.

Wenn die Gläubiger die Ertragslage anhand der in der G+V-Rechnung ausgewiesenen Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen beurteilen würden, so kämen sie u.U. zu einem falschen Ergebnis, weil sie z.B. nicht wissen, wie hoch der Anteil der Vermögensteuer, wie hoch der Anteil der Steuernachzahlungen für vergangene Perioden und wie hoch der Anteil der in der Rechnungsperiode gebildeten Steuerrückstellungen ist.

Auch sonstige Anhaltspunkte, so z.B. die ausgewiesenen Rücklagen und Rückstellungen, die ausgewiesenen freiwilligen sozialen Aufwendungen und/oder veröffentlichte Zahlen über durchgeführte Investitionen lassen für die Gläubiger häufig keinen exakten Rückschluß auf die Ertragslage zu.

Nachdem die Interessen der Gläubiger aufgezeigt sind, bedarf es nun einer Prüfung des Einflusses der Gläubiger auf den Gewinn- und Verlustausweis. Hier

-
- (1) Ausführungen in Anlehnung an Loitsberger, Erich : Bilanzen II, Vorlesung im WS 1960/61, Universität Frankfurt.
 - (2) Auf die jüngere Gläubigerschutztheorie werden wir später noch genauer eingehen.

kann gesagt werden : Eine direkte Möglichkeit der Einflußnahme gibt es für die Gläubiger nicht. In der Praxis tritt jedoch z.B. gelegentlich der Fall ein, daß eine Unternehmung auf Grund der absoluten und relativen Höhe und der Struktur der Verbindlichkeiten für kürzere oder längere Zeit in ein solches Abhängigkeitsverhältnis von einem Gläubiger gerät, daß diesem Gläubiger in irgend einer Form ein starkes Mitspracherecht eingeräumt werden muß; zum Beispiel kann dem Gläubiger ein Posten im Aufsichtsrat zugesprochen werden, auf Grund dessen er einen gewissen Einfluß ausüben kann. Häufig ist es der Fall, daß Banken in diese Art der Gläubigerstellung hineingewachsen sind. Es können sehr unterschiedliche Meinungen darüber bestehen, ob dieser Zustand als positiv oder negativ zu beurteilen ist. Sicherlich wird es im allgemeinen von Vorteil sein, daß der Unternehmung nun ein Finanzierungsexperte oder ein zusätzlicher Finanzierungsexperte zur Verfügung steht. Nicht selten ist aber z.B. in Industriebetrieben festgestellt worden, daß diese Vertreter der Banken, "die den Industriellen eigentümliche, überaus wichtige kalkulatorische Denkweise ... eher zu zerstören als zu heben pflegen" (1) und daß diese Vertreter der Banken auf allzu vorsichtiges und bedächtiges Handeln ausgerichtet sind, daß sie ertragsversprechende Geschäfte, selbst wenn sie nur mit relativ geringem Risiko verbunden sind, ablehnen. So wurden ihre Ratschläge oft als "Ratschläge von höchst zweifelhaftem Werte" angesehen; Rieger führt mit Recht, allerdings in anderem Zusammenhang, aus : "Es ist ebenso richtig zu sagen : Vermeide das Risiko, sonst kommst du zu Schaden - wie umgekehrt : suche das Risiko auf, nur so kannst du verdienen" (2).

3 Die Interessen und der Einfluß des Fiskus

Die Interessen des Fiskus sind darauf gerichtet, daß die Unternehmung denjenigen Gewinn ausweist, den sie tatsächlich erzielt hat, und daß dieser Gewinn unter dem Gesichtspunkt der Rechtsgleichheit, Rechtssicherheit und Einfachheit (Praktikabilität) (3) besteuert wird, wobei das Steuersystem an das Wirtschaftssystem angepaßt werden soll. Gewinnverlagerungen von einer Periode auf eine andere sind grundsätzlich unzulässig. Der Fiskus verfolgt heute das Ziel, die Steuerkraft in voller Höhe und zur rechten Zeit auszuschöpfen, er will jedoch aus eigenem Interesse grundsätzlich die Unternehmungen nicht durch untragbare Steuerlasten an ihrem Weiterbestehen hindern.

Bemessungsgrundlage der Erfolgsteuern ist der Gewinn. Dieser wird unter

(1) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 92.

(2) Rieger, Privatwirtschaftslehre (2), S. 17-31, hier S. 25 und 26.

(3) vgl. hierzu Schmidlin, a. a. O., S. 197-200.

Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, die auch die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung einschließen (1), ermittelt. Aus den Vorschriften des Handelsrechts und aus den Vorschriften des Steuerrechts ist ein Dualismus der Ziele ersichtlich. Im Handelsrecht tritt der Staat als Schutzherr der Gläubiger auf und fordert den Gläubigerschutz, der auf einen vorsichtigen Gewinnausweis gerichtet ist. Im Steuerrecht dagegen zeigt er sich von einer ganz anderen Seite. Hier will er "stiller Teilhaber" sein, er will den tatsächlichen, den erzielten Gewinn ausgewiesen sehen und sich diejenigen Mittel beschaffen, die er für die Erfüllung seiner ständig wachsenden Aufgaben benötigt, die Adolph Wagner schon um 1860 mit seinem "Gesetz von den wachsenden Staatsaufgaben und Staatsausgaben" vorausgesagt hat (2). Der Staat als Gesetzgeber verfolgt also im Handelsrecht und im Steuerrecht verschiedene Ziele, und die verschiedenen Zielsetzungen bewirken es, daß die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere die Gewinnermittlungsvorschriften, im Handelsrecht und im Steuerrecht gelegentlich voneinander abweichen. So gibt es :

- 1) Kann-Vorschriften in der Handelsbilanz, die Kann-Vorschriften in der Steuerbilanz sind,
- 2) Kann-Vorschriften in der Handelsbilanz, die Muß-Vorschriften in der Steuerbilanz sind,
- 3) Muß-Vorschriften in der Handelsbilanz, die Muß-Vorschriften in der Steuerbilanz sind,
- 4) Muß-Vorschriften in der Handelsbilanz, die Kann-Vorschriften in der Steuerbilanz sind.

Die allzu oft zitierte "Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz" (3) ist heutzutage nicht mehr zutreffend. Mit der gleichen Berechtigung könnte man heute von der "Maßgeblichkeit der Steuerbilanz für die Handelsbilanz" sprechen. Dies ist nun auch von offizieller Seite, nämlich in § 151 des Referentenentwurfs für das neue Aktiengesetz, geschehen. Tatsächlich beeinflussen sich Handelsbilanz und Steuerbilanz gegenseitig. Der Wirklichkeit würde es daher wohl am meisten entsprechen, wenn von einer "Teilmaßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz" und von einer "Teilmaßgeblichkeit der Steuerbilanz für die Handelsbilanz" die Rede wäre.

Die gesetzlichen Vorschriften sind heute teilweise so verschieden, daß

-
- (1) vgl. § 38 HGB und § 129 AktG.
 - (2) vgl. hierzu Samuelson, Paul A.: Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Köln 1958, S. 126-134.
 - (3) vgl. z. B. Bülow, Wörterbuch der Wirtschaft, 2. Aufl., Stuttgart 1954, S. 339, und Kosiol, Erich: Bilanzreform und Einheitsbilanz, Reichenberg-Leipzig-Berlin 1944, S. 42.

Theoretiker und Praktiker unter großem Arbeitsaufwand nur ohne Erfolg versuchen konnten, eine Einheitsbilanz unter Beachtung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften zu schaffen. Leider kann man dem Staat den Vorwurf nicht ersparen, daß er keinen ernsthaften Versuch unternommen hat, diesen Dualismus zu überwinden.

Der Einfluß des Fiskus ist insofern sehr stark, als seine Interessen gesetzlich sanktioniert sind und als er sich bei der Verfolgung seiner Interessen unter der Voraussetzung ordnungsgemäßen Tuns und Unterlassens auf Gesetze und Rechtsprechung stützen kann. Die Androhung von Strafen und mahnende Beispiele gebieten den Unternehmungen, die gesetzlichen Vorschriften und die Ergebnisse der Rechtsprechung zu beachten. Nur dort, wo die Unternehmung nach ihrem Ermessen zu entscheiden berechtigt ist, wird sie sich im allgemeinen zu ihren Gunsten entscheiden. Ob diese Entscheidung aber bei späteren Betriebsprüfungen als richtig anerkannt wird oder nicht, das ist eine andere Frage.

4 Die Interessen und der Einfluß der Unternehmungsleitung

Das Interesse der Unternehmungsleitung selbst ist nicht einheitlich. In jedem Fall will die Unternehmungsleitung den wirklich erzielten Gewinn kennen, in der Regel aber, so kann man wohl sagen, will sie einen möglichst niedrigen Gewinn ausweisen. Sie beabsichtigt, Reservepolster für zukünftige Rechnungsperioden zu schaffen. Gelegentlich ist jedoch auch die umgekehrte Tendenz feststellbar. Dies ist z.B. dann der Fall, wenn die Ertragslage in der vergangenen Rechnungsperiode schlecht war, wenn Kredite aufgenommen werden sollen, wenn eine Ausgabe von neuen Aktien oder Obligationen geplant ist

Die jeweilige Ertragslage ist häufig ein entscheidender Faktor in dem Sinne, daß unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, die mitunter einen gewissen Spielraum zulassen, im allgemeinen bei guter Ertragslage der Gewinn bewußt nach unten und bei schlechter Ertragslage der Gewinn bewußt nach oben manipuliert wird. Rieger sagt in diesem Zusammenhang: Es verdient "hervorgehoben zu werden, daß die allgemeine Tendenz dahin geht, umso niedriger zu bewerten, je besser es einer Unternehmung geht, während wir umgekehrt die verhältnismäßig höchsten Wertansätze - bis zur gesetzlich zulässigen Grenze - da finden, wo eine Firma eine ungünstige Bilanz vorzulegen hat" (1). Einige Zeilen später führt Rieger dann weiter aus: "Diese Tendenz kann sich so weit verstärken, daß nicht der Gewinn von der Bewertung, sondern umgekehrt die Bewertung von der Höhe des erwünschten Gewinnes abhängig gemacht wird" (2).

(1) Rieger, Privatwirtschaftslehre (2), S. 229.

(2) Rieger, Privatwirtschaftslehre (2), S. 230.

Den uneinheitlichen Interessen hinsichtlich des Gewinnausweises stehen im allgemeinen einheitliche Interessen hinsichtlich der Gewinnverteilung gegenüber, denn die Unternehmungsleitung hat grundsätzlich Interesse daran, daß möglichst viele Gelder in der Unternehmung zurückbehalten werden. Hierdurch ergeben sich nämlich insofern Vorteile als z.B. Kapital beschafft wird, das u.U. nicht auf andere Weise beschafft werden könnte, als dieses Kapital schnell beschafft wird, als Kapitalbeschaffungskosten entfallen, als laufende Ausgaben, wie z.B. Zins- und Dividendenzahlungen, entfallen, als keine Rückzahlungsverpflichtungen vorhanden sind, als keine Abhängigkeit vom Kapitalmarkt besteht, als die finanzielle Sicherheit und die Kreditwürdigkeit erhöht werden, als auch risikoreichere Investitionen vorgenommen werden können, für die sich vielleicht sonst kein Kapitalgeber gefunden hätte ... Diesen Vorteilen stehen aber z.B. die Gefahren des u.U. unwirtschaftlichen Kapitaleinsatzes (insbesondere bei Unternehmungen mit weniger gut ausgebildetem Rechnungswesen) und die Gefahren des u.U. unorganischen Unternehmensaufbaus gegenüber.

Daneben aber ist die Unternehmungsleitung im allgemeinen bestrebt, "ihrer Dividendenpolitik möglichst viel Ruhe und Stetigkeit" zu geben; "das sieht erstens besonders solide aus, als wäre diese Unternehmung gegen Konjunkturen und ihre Rückschläge gefeit; und zweitens schafft man sich durch diese Politik ein großes, ruhiges, wohlerzogenes, nicht sonderlich kritikfreudiges Aktionärspublikum" (1).

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß die gelegentlichen Bestrebungen, einen möglichst hohen Gewinn auszuweisen, mit den Bestrebungen, möglichst wenig Gewinn zu verteilen, insofern schlecht zu vereinbaren sind, als mit höheren Gewinnausweisen eo ipso höhere Gewinnverteilungen verbunden sind, weil hier höhere Steuerzahlungen und auf Grund der Forderungen der Aktionäre im allgemeinen auch höhere Dividendenzahlungen zu leisten sind. Zwar sprachen wir eben im Zusammenhang mit den Bestrebungen der Unternehmungsleitung, einen hohen Gewinn auszuweisen, von der Handelsbilanz und im Zusammenhang mit den erwähnten Folgen des hohen Gewinnausweises zum Teil von der Steuerbilanz, weil die Steuerzahlungen nicht an den Gewinnausweis in der Handelsbilanz, sondern an den in der Steuerbilanz geknüpft sind. Die aufgestellte Behauptung ist aber insofern trotzdem richtig, als sich Handelsbilanz und Steuerbilanz, wie wir bereits ausgeführt haben, gegenseitig stark beeinflussen und als daher ein hoher Gewinnausweis in der Handelsbilanz auch mit einem hohen Gewinnausweis in der Steuerbilanz verbunden ist. Man müßte daher nach unserer Auffassung sowohl beim Gewinnausweis als auch bei der Gewinnverteilung steuerliche Überlegungen berücksichtigen.

Was nun den Einfluß der Unternehmungsleitung auf den Gewinnausweis

(1) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 91.

und auf die Gewinnverteilung anbelangt, so müßte gesagt werden, daß dieser deshalb sehr groß ist, weil die Bilanz unter der Regie der Unternehmensleitung erstellt, somit also auch der Gewinn unter der Regie der Unternehmensleitung ermittelt wird und weil auch die Unternehmensleitung vorschlägt, welcher Teil des ausgewiesenen Gewinns zur Verteilung kommt, abgesehen von denjenigen Gewinnanteilen, die zwangsweise nach Gesetzen und/oder nach der Satzung der Unternehmung entzogen werden (1).

In diesem Zusammenhang muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß gelegentlich die Personen der Unternehmensleitung trotz aller ihnen gesetzlich zugesicherten Rechte bei allen entscheidenden Fragen in der Praxis beinahe nur als "Statisten" wirken, weil alle wesentlichen Entscheidungen nicht von ihnen, sondern von einem Großaktionär oder von wenigen Großaktionären der Unternehmung getroffen werden.

5 Die Interessen und der Einfluß der Belegschaft

Die Arbeiter und Angestellten sind insofern an dem Gewinnausweis interessiert, als sie bei hohem Gewinnausweis entweder durch individuelle persönliche Vorgespräche an der zuständigen Stelle oder über die Vertreter der Arbeitnehmer im Betrieb, also über den Betriebsrat, oder über die Vertreter der Arbeitnehmer in dem zugehörigen Wirtschaftszweig, also über die Gewerkschaft, ihre Forderungen nach Lohnerhöhungen stellen.

Insoweit die Forderungen nach Lohnerhöhungen an dem Gewinnausweis ausgerichtet sind, fordern die Arbeitnehmer bzw. die Arbeitnehmervertreter, daß die Unternehmungen denjenigen Gewinn ausweisen, den sie in der Rechnungsperiode tatsächlich erzielt haben. Gelegentlich kann man sich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß die Gewerkschaften ihre Forderungen nach Lohnerhöhungen nicht nur an die Höhe des ausgewiesenen und erwirtschafteten Gewinns knüpfen. Wie dies zu beurteilen ist, das kann im Rahmen dieser Arbeit nicht untersucht werden.

Hinsichtlich des Einflusses der Belegschaft bzw. der Belegschaftsvertreter auf den Gewinnausweis wäre folgendes zu sagen: Zwar können die Arbeitnehmervertreter, die z. B. als gewählte Abgeordnete in den Aufsichtsräten der Unternehmungen sitzen, Entscheidungen in dieser oder jener Richtung zu beeinflussen versuchen, ein direkter Einfluß der Arbeitnehmer oder Arbeitnehmervertreter auf den Gewinnausweis oder auf die Gewinnverteilung besteht jedoch nicht und auch ein indirekter Einfluß besteht nur in begrenztem Maße (2).

(1) vgl. § 126, Abs. II AktG.

(2) Vgl. Hueck: Die Beteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat nach dem Betriebsverfassungsgesetz, in: Der Betrieb, 1952, S. 781.
Vgl. Böhm, Franz: Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb, in: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. IV, 1951. - Vgl. Galperin: Die wirtschaftliche Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz, in: Der Betrieb, 1952, S. 804.

Das Interesse der Öffentlichkeit ist darauf gerichtet, daß unter dem Gesichtspunkt des Weiterbestehens einer volkswirtschaftlich rentablen Unternehmung, der Sicherung der Arbeitsplätze, der Sicherung der Steuereinnahmen des Fiskus, der späteren Möglichkeit der Ersatzteile- und der Zubehörteilebeschaffung ... derjenige Gewinn ausgewiesen und verteilt wird, der tatsächlich ausweisbar und verteilbar ist (1).

Hinsichtlich des Einflusses der Öffentlichkeit könnte gesagt werden, daß die Öffentlichkeit zwar durch den Kauf von Wertpapieren bei der Finanzierung der Unternehmung, durch den Kauf der Erzeugnisse beim Absatz der Unternehmung ... mithelfen und so zur Gewinnentstehung beitragen kann, daß die Öffentlichkeit aber auf den Gewinnausweis und auf die Gewinnverteilung keinen Einfluß hat.

-
- (1) Die Interessen der Öffentlichkeit, "die im Hinblick auf den Kapitalmarkt gesichert werden sollen, unterscheiden sich von den Interessen der Aktionäre dadurch, daß nicht bestehende Aktionärsrechte, sondern potentielle Käufer von Aktien oder anderen Wertpapieren der Gesellschaften betroffen werden" (Kronstein-Claussen, a. a. O., S. 24).

"Die Angabe des objektiv ermittelten Gewinns", so meinen Kronstein-Claussen, "könnte helfen, eine ausgeglichene und echtere Kursgestaltung für die Aktien an den Börsen herbeizuführen ... In den vergangenen Jahren erlebten die westdeutschen Börsen immer wieder Interessenkäufe, die den Kurs für bestimmte Papiere in ungewöhnliche Höhen trieben. Der Anteil für solche Interessenkäufe bestand nicht immer in dem Bestreben nach Abrundung, etwa um das Schachtelprivileg oder die Majorität zu erhalten, sondern auch darin, sich wesentlich an einem Unternehmen zu beteiligen, von dessen wahrer Ertragskraft der Interessent bessere Kenntnis hatte als derjenige Aktionär, der sich ausschließlich an der gezahlten Dividende orientieren konnte. Der außerordentliche Wert des Gewinnausweises für die Kursbildung und damit für die Anlageberatung hat z. B. die holländische Philips-Gesellschaft veranlaßt, in ihrem Einführungsprospekt an den deutschen Börsen den 'Geinn vor Abgabe der Steuern' und die 'Gewinnausschüttung im Verhältnis zum Gewinn' anzugeben. Damit werden die in den USA allgemein üblichen Berechnungen von Verhältniswerten ... ermöglicht, die den Gewinn als Faktor haben, nämlich die Berechnung von 'earnings per share' und 'price x time earnings', d. h. es wird die Frage gestellt: Wie hoch war der Gewinn, den das Unternehmen anteilig auf die einzelne Aktie erzielte, und wie oft muß das Unternehmen den ausgewiesenen Gewinn erzielen, um den Börsenpreis zu erreichen" (Kronstein-Claussen, a. a. O., S. 26).

Die Interessen der Wissenschaft und Forschung sind auf den Ausweis eines möglichst detaillierten und wahren Erfolges gerichtet, ein direkter Einfluß auf den Gewinnausweis und auf die Gewinnverteilung besteht aber nicht.

Wagner (1) unterscheidet bei der Detaillierung des Gewinns zwischen

- 1) Betriebsgewinn,
- 2) Konjunkturgewinn,
- 3) Infaltionsgewinn,
- 4) Spekulationsgewinn.

Abgesehen davon, daß diese Einteilung problematisch ist (2), muß darauf hingewiesen werden, daß eine Aufspaltung des Jahresgewinns in diese vier Gewinnarten praktisch wohl kaum durchführbar ist, so wie es häufig auch "nicht zu klären ist, an welchem Einzelgeschäft 'gewonnen' oder 'verloren' wird. Der Erfolg ist dann nur noch als Summation, als Integration eines Komplexes von geschäftlichen Maßnahmen und Vorgängen zu begreifen" (3).

Die Gerichte haben ein Interesse daran, daß der Gewinn ausgewiesen wird, der tatsächlich erzielt worden ist. Einfluß auf den Gewinnausweis und auf die Gewinnverteilung haben sie lediglich insofern, als sie bei fehlender Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und bei fehlender Beachtung der vertraglichen Vereinbarungen teils von Amts wegen, teils nur auf Veranlassung eines Dritten eingreifen und Richtigstellung verlangen können. Der Bilanz haftet ein richterliches Element an. Sie erfüllt rechtezusagende und rechteversagende Funktionen. Insoweit wird mit Recht manchmal von der "richterlichen Funktion der Bilanz" gesprochen. (Loitlsberger, Bilanzen I, Vorlesung im SS 1960, Universität Frankfurt).

Es kann festgestellt werden, daß es unter materialien Gesichtspunkten hinsichtlich des Gewinnausweises drei große Gruppen von Interessenten gibt :

- 1) die Interessenten, die einen möglichst niedrigen Gewinn ausweisen möchten,
- 2) die Interessenten, die den tatsächlich erzielten, den wirklichen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Gewinn ausweisen möchten,
- 3) die Interessenten, die einen möglichst hohen Gewinn ausweisen möchten.

Gelegentlich hat ein und dieselbe Person zur gleichen Zeit verschiede-

-
- (1) Wagner, Paula: Gewinn und Einkommen, eine Gegenüberstellung und Abgrenzung der Begriffe in Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft und Steuerrecht, Elberfeld 1928, S.10-17.
 - (2) Dies werden wir später im einzelnen beweisen.
 - (3) Schäfer, Unternehmung, S.285.

ne Interessen zu verfolgen. Dies kann z. B. dann der Fall sein, wenn ein Aktionär gleichzeitig Gläubiger oder Belegschaftsmitglied oder Mitglied der Unternehmensleitung ist, wenn eine "Bank nicht nur als Kreditgeber, als Emissionshaus und Inhaber des Depotstimmrechts in der Verwaltung vertreten ..., sondern außerdem Aktionär der Gesellschaft ist" (1) ... (2). Sofern keine gesetzlichen Vorschriften, vertraglichen Vereinbarungen oder sonstigen Bestimmungen die Verfolgung eines bestimmten Interesses fordern, fällt hier dem einzelnen Interessenten, wenn die Interessen nicht gleichgerichtet sind, die Entscheidung, welchem Interesse er den Vorrang geben soll und bis zu welcher Grenze er ihm den Vorrang geben soll, häufig schwer (3) (4). Und sofern gesetzliche Vor-

(1) Mestmäcker, a. a. O., S. 244.

(2) Gelegentlich ist festzustellen, "daß die personellen Verflechtungen ganze Industriezweige erfassen. Es ist eine oft beobachtete und häufig beklagte Erscheinung, daß sich die Banken in dieser Situation nicht nur das Wohl der einzelnen Gesellschaft angelegen sein lassen, sondern ihr Gesamtinteresse im Auge haben. Diese Interessenverflechtung erklärt ferner, daß Konflikte nicht notwendig in der Gesellschaft ausgetragen werden, in der sie entstehen. Hierbei gehört der im Anschluß an Auseinandersetzungen in großen Gesellschaften häufig zu beobachtende Ringtausch von Aktienpakten, der dazu dient, die kollidierenden Interessen gegeneinander abzugrenzen" (Mestmäcker, a. a. O., S. 245).

(3) Wenn einige Aktionäre an mehreren Unternehmungen innerhalb eines Konzerns beteiligt sind, so ist es für diese "Aktionäre ... lohnend, sich in derjenigen Gesellschaft selbst zu schädigen, an der sie geringer beteiligt sind" und sich in derjenigen Gesellschaft selbst zu begünstigen, "an der sie maßgebend beteiligt sind" (Mestmäcker, a. a. O., S. 28). Die begünstigte Gesellschaft vermehrt dabei "ihr Vermögen nicht durch Diebstahl oder Betrug; sie wird durch die Selbstschädigung der mit ihr verflochtenen Aktiengesellschaft begünstigt; deren Verhalten ist regelmäßig, wenn auch nicht notwendig, Verhalten im Wettbewerb, z. B. der Abschluß von Verträgen zu Verlustpreisen oder der Verzicht auf Wettbewerbschancen. Dies ist der Grund, aus dem die Haftung der Verwaltung in der Aktiengesellschaft und das Wettbewerbsrecht eng zusammengehören. So eng verflochten können die Rechtsverletzungen sein, daß sie im Tatbestand untrennbar werden" (Mestmäcker, a. a. O., S. 29).

(4) "Die auf Grund von Geschäfts- oder Konkurrenzbeziehungen in den Organen personell verflochtener Aktiengesellschaften tatigen Personen nehmen diese Funktionen nicht trotz, sondern wegen ihrer möglicherweise entgegengesetzten privatrechtlichen Interessen wahr.

Die großen Aktiengesellschaften entsenden ihre Vertreter nicht nur in den Aufsichtsrat eines Wettbewerbers, eines Kunden oder eines

schriften, vertragliche Vereinbarungen oder sonstige Bestimmungen die Verfolgung der Interessen in einer bestimmten Richtung fordern oder einschränken, hat der einzelne Interessent, wenn die Interessen nicht gleichgerichtet sind, häufig Schwierigkeiten, die Grenze zu erkennen, bis zu der er diese Interessen verfolgen muß oder darf (1).

Hinsichtlich der Gewinnverteilung bestehen zwei große Gruppen von Interessenten :

- 1) die Interessenten, die den ausgewiesenen Gewinn in voller Höhe verteilen möchten,
- 2) die Interessenten, die möglichst wenige Teil des ausgewiesenen Gewinns verteilen möchten.

Der Einfluß der Interessenkreise ist unterschiedlich. Mitunter ist er nur indirekt und so schwach, daß er sich materiell nicht auswirkt.

Aus dem Pluralismus der Interessen und der Einflüsse ergibt sich das Problem, die oft gegenläufigen Interessen und Einflüsse ins Gleichgewicht zu bringen. Dieses Problem wird insbesondere bei Konzernunternehmungen in seiner ganzen Tragweite erkennbar. Man muß sich hier immer wieder daran erinnern, daß "kaum ein anderes Rechtsgebiet ... soviel Gelegenheit zum Mißbrauch" eröffnet, "wie die gesellschaftlichen Konzernverflechtungen"(2)(3).

Fortsetzung der Fußnote 4 von S. 60):

Lieferanten, sondern sie sind in einer Vielzahl anderer Unternehmen vertreten. Entscheidungen in den Verwaltungen der einzelnen Gesellschaften sind alsdann nicht das Produkt aus der Abwägung der Interessen der aufnehmenden und der entsendenden Gesellschaft, ergänzend spielen alle übrigen Geschäftsbeziehungen der entsendenden Gesellschaft hinein. Diese von dem Vorsitzenden des Enquete-Ausschusses als 'allgemeine Erscheinung' bezeichnete Verflechtung der Interessen kompliziert das Problem wesentlich" (Mestmäcker, a. a. O., S. 241).

-
- (1) Vgl. hierzu auch Mestmäcker, a. a. O., S. 152-190 und S. 240-258, nämlich § 7 Treupflichten, Haftung der Verwaltung und Konzernkonflikte im amerikanischen Recht (1) Treuhänderische Pflichten der Verwaltung : Grenzen der Vertragsfreiheit, 2) Treuhänderische Pflichten der Verwaltung : Geschäftschancen und Wettbewerbsverbot, 3) Treuhänderische Pflichten der Verwaltung : Der Handel in Aktien der Korporation) und § 21 Interessenkonflikte in der Verwaltung wirtschaftlich selbständiger, personell verflochtener Aktiengesellschaften.
 - (2) Mestmäcker, a. a. O., S. 98.
 - (3) "Das deutsche Recht versucht, durch die Zuständigkeitsordnung für Hauptversammlung, Aufsichtsrat und Vorstand die Interessen von Aktionären

Insoweit handelt es sich, wie bei so vielen Problemen in der Betriebswirtschaftslehre, um ein Gleichgewichtsproblem. Der im Einzelfalle stärksten Gruppe von Interessenten im Hinblick auf ihren Einfluß müssen so viele Konzessionen eingeräumt werden wie es die geltenden Gesetze und vertraglichen Vereinbarungen erlauben, wie es möglich ist, andere Ansprüche mehr als unter den gegebenen Umständen unvermeidbar zu beeinträchtigen. Bei der Erstellung der Bilanz wird ein Kompromiß geschlossen, und das Gleichgewicht wird durch entsprechende Aktivierung, Passivierung, Bewertung und Bilanzgliederung erreicht.

Der Bestätigungsvermerk (1) (als das für die Aktiengesellschaft anzusehende Publizitätsmittel von größter Ordnung) gibt, zumindest wenn er uneingeschränkt erteilt worden ist, Auskunft darüber, daß die vom Gesetz vorgeschriebene Prüfung stattgefunden hat (rechtlicher Aussagewert), daß die Unternehmung die vorgeschriebenen Mindestanforderungen erfüllt hat (formeller Aussagewert) und daß die Abstimmung der verschiedenen Interessen unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften vorgenommen worden ist (materieller Aussagewert) (2).

Fortsetzung der Fußnote 3 von Seite 61 :

und Verwaltung auszugleichen" (Mestmäcker, a. a. O., S. 63).

Bei der genaueren Untersuchung der Frage, ob es "eine wahre und richtige Organisation der Verwaltung" gibt, die vermöchte, die widerstreitenden Interessen auszugleichen, müßte allerdings festgestellt werden, daß dies im deutschen Recht "die Frage nach der Konstruktionsidee des Aufsichtsrates" ist. "Die Lehre der Geschichte, die Praxis der Gesellschaften, der Vergleich zu dem board of directors erlauben den Schluß, daß der Aufsichtsrat strukturell ungeeignet ist, die ihm zugewiesene Aufgabe zu erfüllen und die Interessen der Aktionäre gegenüber dem Vorstand zu wahren. Der Aufsichtsrat mag als Verwaltungsrat herrschen oder dem Management faktisch untergeordnet sein, stets steht er zu den Aktionären in dem gleichen Interessenwiderstreit wie die zu überwachende Verwaltung selbst. Das ist keine Fehlentwicklung, die auf besonderen Mißbräuchen beruht und die vom Gesetzgeber korrigiert werden könnte, sondern es handelt sich um eine Interessenlage, die in der sich selbst verwaltenden Aktiengesellschaft vorgegeben ist" (Mestmäcker, a. a. O., S. 95).

(1) Vgl. § 135 - § 142 AktG, insbesondere § 140 AktG.

(2) Vgl. dagegen die Ansicht von Elmendorff, Wilhelm : Der Erkenntniswert des Jahresabschlusses und Aussagewert des Bestätigungsvermerkes, in : Wirtschaftsprüfung, Rechnungslegung und Besteuerung, Schriftenreihe des IdW, Bd. I, Düsseldorf 1950, S. 60 - 80.

II Die Höhe des Gewinnausweises in der Bilanz und die sich hierbei ergebende Problematik

Es ist bereits gesagt worden, daß die Höhe des Gewinnausweises in der Bilanz davon abhängig ist, welches Prinzip bei dem Ausweis der Gewinne und Verluste angewendet wird. Unsere Aufgabe ist es nun, die Höhe des Periodengewinnausweises in der Bilanz nach dem reinen, dem imparitätischen und dem erweiterten Realisationsprinzip darzustellen und zu kritisieren.

A Die Höhe des Gewinnausweises nach dem reinen Realisationsprinzip

1 Darstellung des reinen Realisationsprinzips

Wie bereits ausgeführt wurde, besagt das reine Realisationsprinzip, daß in der Bilanz nur realisierte Gewinne und realisierte Verluste zum Ausweis kommen sollen.

a Realisierte Gewinne - Ihre Entstehung und ihre Behandlung

Realisierte Gewinne entstehen grundsätzlich dadurch, daß ein Wirtschaftsvorteil hingegeben und ein größerer Wirtschaftsvorteil erzielt wird bzw. dadurch, daß ein Wirtschaftsnachteil hingegeben und an dessen Stelle ein geringerer Wirtschaftsnachteil hingenommen wird. Realisierte Gewinne können also nur dann entstehen, wenn ein Vorteil gegenüber einem früheren Zustand eintritt. Dieser Vorteil muß in Geldeinheiten ausgedrückt werden, weil in der Buchführung und Bilanz einer Unternehmung eine einheitliche Rechnungseinheit verwendet werden muß, die ein Addieren, Subtrahieren und Saldieren von Wirtschaftsvor- und Wirtschaftsnachteilen möglich macht. Da ein Addieren, Subtrahieren und Saldieren von Rechnungseinheiten nur dann sinnvoll ist, wenn die Rechnungseinheiten im Laufe der Zeit auch den gleichen Inhalt haben, d. h. den gleichen Gegenwert in Nichtgeld verkörpern, soll zunächst unterstellt werden, die einmal gewählte Rechnungseinheit, nämlich das Geld, verkörpere stets den gleichen Gegenwert in Nichtgeld, es sei jetzt und für alle Zeit Rechnungseinheit = Rechnungseinheit, Mark = Mark.

Unter dieser Voraussetzung ist jeder in Geld ausgedrückte Vorteil gegenüber einem früheren Zustand ein realisierter Gewinn. In der Regel wird er dadurch hervorgerufen, daß die Unternehmung auf ihrem Absatzmarkt mehr Geld erhalten hat als sie selbst zur Anschaffung oder Herstellung des Wirtschaftsgutes aufwenden mußte. Um einen realisierten Gewinn ermitteln zu können, muß also zunächst bekannt sein, wie hoch der Wirtschaftsvorteil ist, der für die Unternehmung auf Grund der Veräußerung entstanden ist und wie groß der Wirtschaftsvorteil war, der für die Unternehmung auf Grund der Anschaffung oder Herstellung entstanden ist.

Im Verhältnis zu den hingegebenen Wirtschaftsvorteilen sind die erhaltenen Wirtschaftsvorteile häufig relativ leichter feststellbar, wenn auch nicht selten erst erheblich später als zum Zeitpunkt der Veräußerung des Wirtschaftsgutes (1). Schwierigkeiten können sich insbesondere dann ergeben, wenn mehrere selbständig verwertbare Wirtschaftsgüter verschiedener Art und/oder Güte als ein Posten verkauft werden, wenn also den Anschaffungs- oder Herstellungswerten mehrerer Wirtschaftsgüter der Ertrag eines komplexen Wirtschaftsgutes gegenübergestellt werden muß. Hier ist es im allgemeinen nicht möglich, den realisierten Ertrag ein es einzelnen Wirtschaftsgutes festzustellen. Allerdings hätte auch eine solche Feststellung häufig keine nennenswerte praktische Bedeutung.

Problematischer als die Ermittlung der Erträge ist häufig die Ermittlung der Aufwendungen, d. h. der Anschaffungs- oder Herstellungswerte. Hierauf soll nun näher eingegangen werden.

a₁ Die Problematik der Ermittlung der Anschaffungswerte

Die zum Ansatz in der Bilanz vorhandenen Werte lassen sich nicht nach einem einheitlichen Gesichtspunkt klassifizieren. Es gibt im wesentlichen zwei Einteilungsgesichtspunkte, nämlich die Einteilung nach der Zuordnung der Werte zu den verschiedenen Märkten und die Einteilung nach dem Zeitablauf. Loitlsberger zählt die marktneutralen Werte, die beschaffungsmarktorientierten Werte, die betriebsinternen Werte und die absatzmarktorientierten Werte zu der ersten, die Anschaffungswerte (Vergangenheitswerte), die Tageswerte (Gegenwartswerte) und die Liquidationswerte (Zukunftswerte) zu der zweiten Einteilung (2).

Der Anschaffungswert ist ein historischer Wert. Er schließt grundsätzlich alles mit ein, was in Geld aufgewendet werden mußte, um einen Wirtschaftsvorteil nutzungsbereit zu machen (3).

Die Problematik der Ermittlung der bilanzmäßig richtigen Anschaffungswerte gliedert sich in zwei Teilprobleme :

- 1) Das Problem des mengenmäßig richtigen Ausweises
- 2) Das Problem des wertmäßig richtigen Ausweises

-
- (1) Daß die P e r i o d i s i e r u n g des Ertrags gelgentlich besondere Probleme in sich birgt, das ist eine andere Frage.
 - (2) Loitlsberger, Erich : Bilanzen I, Vorlseung im SS 1960, Universität Frankfurt.
 - (3) Auf den nachträglich korrigierten Anschaffungswert werden wir später eingehen.

1) Das Problem des mengenmäßig richtigen Ausweises

Die in der Bilanz aktivierten Anschaffungswerte sind das Produkt aus der jeweiligen Anschaffungsmenge und dem jeweiligen Anschaffungspreis. Selbst dann, wenn die ermittelten Anschaffungspreise richtig ermittelt werden könnten und auch richtig ermittelt worden wären, könnten falsche Anschaffungswerte in der Bilanz ausgewiesen werden, wenn von falschen Anschaffungsmengen ausgegangen worden ist.

Die Anschaffungsmengen ergeben sich aus der Buchhaltung. Es empfiehlt sich, besonderes Augenmerk auf die Vorgänge zum Geschäftsjahresschluß und zum Geschäftsjahresanfang zu richten, damit kein Ausweis versäumt und kein doppelter Ausweis vorgenommen wird.

Zum Zwecke der Bilanzierung müssen die auf den Konten der Buchhaltung ausgewiesenen Anschaffungsmengen um die festgestellten Inventurdifferenzen berichtigt werden. Meinungsverschiedenheiten könnten darin bestehen, ob grundsätzlich der Stichtagsinventur oder der permanenten Inventur der Vorzug zu geben ist. Auf diese Problematik kann allerdings im Rahmen unserer Untersuchung nicht näher eingegangen werden (1).

2) Das Problem des wertmäßig richtigen Ausweises

Es ist wohl unbestritten, daß zum Anschaffungspreis alle Ausgaben gehören, die normalerweise bei der Anschaffung eines derartigen Wirtschaftsgutes bis zur technischen Nutzungsbereitschaft anfallen und auch tatsächlich angefallen sind, also der vereinbarte Kaufpreis abzüglich vereinbarter Rabatte und sonstiger Preisnachlässe, Transportausgaben, Ausgaben für abgeschlossene Transportversicherungen, Ausgaben für die Aufstellung des Wirtschaftsgutes etc.

Meinungsverschiedenheiten könnten hinsichtlich der Frage bestehen, ob die Ausgaben, die normalerweise bis zur wirtschaftlichen Nutzungsbereitschaft des angeschafften Wirtschaftsgutes anfallen und auch tatsächlich angefallen sind, zu den Anschaffungspreisen gezahlt werden sollen oder nicht. Wir sind der Auffassung, daß diese Frage bejaht werden müßte, weil diese Ausgaben

-
- (1) Im Rahmen der aktienrechtlichen Pflichtprüfung kann der Mengenbestand nach verschiedenen Methoden geprüft werden. Loitsberger unterscheidet zwischen drei grundsätzlichen Methoden (2).
- a) die Prüfung erfolgt unmittelbar im Anschluß an die Bestandsaufnahme (Diese Methode ist nicht bei der permanenten Inventur anwendbar.).
 - b) Die Prüfung erfolgt einige Zeit nach der Inventur, und zwar nach der retrograden Methode.
 - c) Die Prüfung erfolgt einige Zeit nach der Inventur, und zwar nach der Richtzahlenmethode. Bei der Richtzahlenmethode sind wiederum zwei Arten zu unterscheiden, nämlich die vorzugsweise für Handelsbetriebe angewandte Spannen- oder Bruttogewinnaufschlagsmethode und die vorzugsweise für Industriebetriebe angewandte Ausbeutegradmethode.
- (2) Loitsberger, E.: Wirtschaftsprüfung II, Vorlesung SS 1960, Universität Frankfurt.

notwendig sind, um das Wirtschaftsgut erst in den Zustand wirtschaftlicher Leistungsbereitschaft zu versetzen, um deren Willen es angeschafft worden ist. Wenn z. B. eine neue Maschine angeschafft worden ist, deren Bedienung Spezialkenntnisse erfordert, so sind z. B. die Ausgaben des Bedienungspersonals für einen Speziallehrgang in der Lieferfirma einschließlich aller Auslösungen und die Ausgaben im Zusammenhang mit der Einarbeitung im eigenen Betrieb als Teil des Anschaffungspreises anzusehen.

Hinsichtlich der Bewertung der Wirtschaftsgüter in der Bilanz ist auch der positionsweise richtige Ausweis wichtig, denn es können wegen der verschiedenen Bewertungsvorschriften z. B. völlig andere Anschaffungswerte als fortgeführte Anschaffungswerte ausgewiesen werden, wenn ein Wirtschaftsgut unter dem Anlagevermögen ausgewiesen wird, das eigentlich unter dem Umlaufvermögen ausgewiesen werden müßte und umgekehrt (1).

Nachdem nun eine grundsätzliche Klärung in groben Umrissen erfolgt ist, wäre zu prüfen, welche Bestandteile zum Anschaffungspreis gehören. Hier kann zunächst festgestellt werden, daß im Zusammenhang mit der Bilanzierung von Wirtschaftsgütern zwar fast regelmäßig von Kosten, nämlich von Anschaffungs- und Herstellungskosten, gesprochen wird (2), daß aber in Wirklichkeit Aufwendungen bzw. Ausgaben gemeint sind. Um eventuellen Zweifeln vorzubeugen, haben wir daher bereits von Anfang an nicht von Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, sondern von Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten gesprochen, denn wir haben schon in der Einleitung zu unserer Arbeit festgestellt, daß im allgemeinen Ausgaben, Aufwendungen und Kosten Begriffe mit verschiedenem Begriffsinhalt sind.

Strittig könnte sein, ob gewährte und in Anspruch genommene Skonti bei der Aktivierung berücksichtigt werden sollen oder nicht. Wenn man davon ausgeht, daß der Begriff "Anschaffungswert" so interpretiert werden muß, daß nicht vom Betrag, der dem Wert des Wirtschaftsgutes entspricht, sondern von dem Betrag, auszugehen ist, der mit aktivierungsfähigen bzw. aktivierungspflichtigen Ausgaben verbunden ist (3), so dürfte man hinsichtlich der Aktivierung nur vom Anschaffungspreis laut Rechnung abzüglich der in Anspruch genommenen Skonti ausgehen, um den Ausweis unrealisierter Gewinne zu vermeiden.

Wenn man aber von der Voraussetzung ausgeht, daß die Unternehmung nicht genügend eigene Mittel zur Skontoausnützung hat, um ein Wirtschafts-

(1) Die Bilanzgliederung umfaßt zwei Probleme :

- a) das Problem der getrennten Ausweispflicht bestimmter Tatbestände mit eigener Bezeichnung und eigenem Betrag in eigener Zeile
- b) das Problem der Gruppenbildung

(2) Vgl. hierzu z. B. Bülow, a. a. O., S. 49 und S. 224, § 133 AktG....

(3) Es gibt Ausgaben, die zwar im Zusammenhang mit der Anschaffung eines Wirtschaftsgutes stehen, diesem Wirtschaftsgut auch unmittelbar zugerechnet werden können, nach unserer Auffassung aber nicht in den Anschaffungspreis mit eingerechnet werden dürfen, z. B. Verzugszinsen, weil die Rechnung

66 nicht rechtzeitig beglichen wurde, z. B. Gerichtskosten in der Form von Ausgaben, weil über das Bestehen eines Kaufvertrages zur Anschaffung des Wirtschaftsgutes ein Prozeß geführt wurde...

gut, z.B. eine Maschine, zu bezahlen, die z.B. nach der Rechnung und nach den vereinbarten Bedingungen 10 000 DM kosten und innerhalb von 10 Tagen nach Rechnungseingang mit 2 % Skonto oder innerhalb von 60 Tagen nach Rechnungseingang ohne Abzug bezahlt werden soll, und wenn man des weiteren von der Voraussetzung ausgeht, daß die Unternehmung bei einem Kreditinstitut für 50 Tage 9 800 DM Kredit aufnimmt, um die Maschine mit Skontoausnützung bezahlen zu können, so müßten nach unserer Auffassung eigentlich die im Zusammenhang mit der Kreditaufnahme entstandenen Ausgaben aktiviert werden, denn letztenendes ist es unerheblich, ob der Kredit bis zum 60. Tage nach Rechnungserhalt von einer Bank oder von dem Maschinenlieferanten gewährt wird.

Diese Ausgaben entsprechen in ihrem Charakter den 200 DM, die der Lieferant als Äquivalent dafür fordert, daß er der Unternehmung für 50 Tage 9 800 DM zur Verfügung stellt. Hinsichtlich der Aktivierung müßte es nach unserer Auffassung letztenendes unerheblich sein, wer den Kredit zur Verfügung stellt.

In diesem Zusammenhang ist auch noch auf ein anderes Problem einzugehen. Bei der Aktivierung von selbst hergestellten Wirtschaftsgütern ist es nach dem Kaufmannsbrauch und nach den geltenden Vorschriften dem Unternehmer freigestellt, ob er Fremdkapitalzinsen berücksichtigt oder nicht. Wenn man dagegen ein Wirtschaftsgut nicht selbst herstellt, sondern von anderen Wirtschaftssubjekten bezieht, dann muß bei der Aktivierung des angeschafften Wirtschaftsgutes nach dem geltenden Recht auch dann von dem Rechnungswert ausgegangen werden, wenn vom Lieferanten Skonti gewährt, aber von dem Unternehmer nicht in Anspruch genommen wurden, obwohl die Mehrausgaben wegen des Verzichts des Unternehmers auf die Skonti, wie wir gesehen haben, wirtschaftlich das Äquivalent für gezahlte Fremdkapitalzinsen darstellen. Nach unserer Auffassung wäre es zu empfehlen, diese Inkonsequenz zu beseitigen.

Bisher sind wir davon ausgegangen, daß es spätestens zum Zeitpunkt der wirtschaftlichen Nutzungsbereitschaft bekannt war, in welchem Umfang die Anschaffungswerte ausgewiesen werden sollten, die sich aus Mengen und Preisen ergeben. Ein anderes Problem ergibt sich dann, wenn als Kaufpreis eines Wirtschaftsgutes kein ein für allemal feststehender absoluter Betrag, sondern z.B. ein Kaufpreis auf Rentenbasis vereinbart wird. Diese Art des Kaufs von Wirtschaftsgütern wird neuerdings immer stärker beliebt. Es ergibt sich hier die Frage, ob der Anschaffungspreis nachträglich geändert werden muß oder nicht, wenn sich das Rentenrisiko geändert hat.

Wenn wir einmal unterstellen, daß mit der Anschaffung von Liegenschaften für den Unternehmer keinerlei Nebenausgaben verbunden sind, so wird bei dem Erwerb von Liegenschaften oder sonstigen Wirtschaftsgütern auf Rentenbasis der kapitalisierte Rentenbarwert als Anschaffungswert ausgewiesen. Daß der

Ansatz dieses kapitalisierten Rentenbarwertes problematisch ist, bedarf keiner besonders detaillierten Erläuterungen, denn allein die allgemeinen Ausgangspunkte der Rechnung, nämlich der Ansatz der mittleren Lebenserwartung und der Ansatz des kalkulatorischen Zinsfußes, müssen als problematisch angesehen werden. Selbst dann, wenn sehr viele Wirtschaftsgüter auf Rentenbasis erworben würden und wenn das Gesetz der großen Zahl zur Anwendung kommen würde, müßte der Ausweis des Rentenbarwertes als problematisch angesehen werden, weil es immer Imponderabilien gibt, die in der Rechnung nicht bzw. nicht hinreichend berücksichtigt werden können, und weil eine Bewertung zum Rentenbarwert unter der Voraussetzung der Gültigkeit des Gesetzes der großen Zahl außerdem häufig gegen den Grundsatz der Einzelbewertung verstoßen wird.

Wegen der Unvollkommenheit der Rechnung wird es sich häufig nach kürzerer oder längerer Zeit herausstellen, daß der als Anschaffungswert ausgewiesene kapitalisierte Rentenbarwert zu hoch oder zu niedrig angesetzt war.

Nach unserer Erfahrung wurde in der Praxis bisher bei nachträglicher Änderung des kapitalisierten Rentenbarwertes im allgemeinen keine Korrektur des ausgewiesenen Anschaffungswertes vorgenommen (1). Diese Regelung ist nach unserer Auffassung unbefriedigend. Es ist nur zu hoffen, daß man zukünftig das veränderte Rentenrisiko berücksichtigt und den jeweiligen kapitalisierten Rentenbarwert als Anschaffungswert berichtigt.

Im Zusammenhang mit der Ermittlung des Anschaffungswertes ergibt sich noch ein anderes Problem, das wir an anderer Stelle schon einmal kurz angedeutet haben. Es besteht die Frage, ob Zinsen in den Anschaffungswert eingerechnet werden sollen und, wenn dies der Fall ist, ob der Anschaffungswert nachträglich korrigiert werden soll oder nicht, falls die Unternehmung später zu Geld kommt.

Die Frage, ob Zinsen in den Anschaffungswert eingerechnet werden sollen oder nicht, hat in den letzten Jahren wegen der außerordentlich stark zugenommenen Ratenkäufe infolge von Kapitalknappheit an Aktualität und Bedeutung zugenommen. Zwar erstrecken sich die Ratenkäufe insbesondere auf die Sphäre der Haushaltungen und weniger auf die Sphäre der Unternehmungen, doch sind auch bei den Unternehmungen gelegentlich Ratenkäufe festzustellen. Hinsichtlich der Berücksichtigung von Zinsen im Anschaffungswert werden verschiedene Meinungen vertreten. Loitsberger führt in einer Vorlesung aus (2), daß nach der Auffassung der Vertreter, die für die ältere, strengere Theorie des Anschaffungswertes eintreten, Finanzierungszinsen nicht zum Anschaffungswert gehören,

(1) Gelegentlich haben wir allerdings Sonderabschreibungen (Korrekturen nach unten) feststellen können.

(2) Loitsberger, E.: Bilanzen II, Vorlesung im WS 60/61, Universität Frankfurt.

- a) weil aus § 133, Ziff. 4 AktG in Verbindung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung gefolgert werden müsse, daß Zinsen nicht in den Anschaffungswert eingerechnet werden dürften; nach der Auffassung dieser Vertreter erhöhten die Zinsen nicht den Wert des angeschafften Wirtschaftsgutes, sondern stellten Aufwendungen und damit Gewinnminderungen dar.
- b) Des weiteren, so werde gesagt, gehörten Finanzierungszinsen nicht zum Anschaffungswert, weil aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus eine Aktivierung nicht gerechtfertigt sei. Es werde folgendermaßen argumentiert: Wenn ein Käufer über das nötige Barkapital verfügt, dann braucht er diese Kredit nicht, und dann braucht er auch diese Finanzierungszinsen nicht zu bezahlen. Die Zinsen fallen nur an, weil der Käufer schlecht gestellt ist. Es handelt sich daher nicht um einen Wirtschaftsnachteil. Wirtschaftsnachteile dürfen aber nicht aktiviert werden.

Gegen diese Auffassung könnte man folgende Argumente vorbringen: Man sollte nach unserer Auffassung nicht am Buchstaben des Gesetzes haften, sondern den Willen des Gesetzgebers und den Sinn der Gesetzesvorschriften zu erforschen versuchen (1). Wenn man von dieser Forderung ausgeht, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der Gesetzgeber mit großer Wahrscheinlichkeit nicht alle Zinskosten von der Aktivierung grundsätzlich ausschließen, sondern vielmehr durch Gesetzesvorschriften lediglich erreichen wollte, daß die allgemeinen Kapitalkosten, z. B. bei der Gründung, nicht bestimmten Wirtschaftsgütern zugerechnet werden sollten. Die Zinsen spezieller Finanzierung wollte er dagegen nach unserer Auffassung durch die Vorschriften des § 133 AktG nicht grundsätzlich von der Aktivierung ausschließen.

Für die Aktivierung ist es nicht entscheidend, ob ein anderes Wirtschaftssubjekt diese Finanzierungskosten vermeiden konnte oder nicht. Wenn dies entscheidend wäre, dann müßte dies z. B. auch für die Frachtkosten gelten. Wenn der Bilanzierende ein Wirtschaftsgut am Ort seiner Niederlassung beziehen könnte, dann dürfte er keine Frachtkosten aktivieren, obwohl er z. B. das Wirtschaftsgut von einer Unternehmung aus dem Ausland erworben hat und ihm für die Zustellung Frachtkosten berechnet wurden und er diese Kosten auch bezahlt hat.

Wir müssen daher nach unserer Auffassung empfehlen, die Zinsen, die notwendig sind, um ein Wirtschaftsgut wirtschaftlich nutzbar zu machen, in den Wirtschaftsgütern anteilig zu aktivieren.

Eine andere Frage besteht darin, ob der Anschaffungswert nachträglich geändert werden muß, wenn die Unternehmung nachträglich zu Geld kommt. Wir meinen, daß die in der Bilanz ausgewiesenen Wirtschaftsgüter in ihrem

(1) Dieser Gedanke ist auch im BGB fixiert: Vgl. hierzu § 133 BGB.

Wertansatz keine Berichtigung zu erfahren brauchen, und zwar insbesondere deshalb nicht, weil man es der Unternehmung nicht zumuten kann, diese arbeitsaufwendigen Korrekturen vorzunehmen.

Der Ausweis der Wirtschaftsgüter in der Bilanz muß gelegentlich auch noch aus anderen Gründen als problematisch angesehen werden. Bei der Feststellung des Anschaffungswertes sind nämlich 4 Faktoren maßgebend, die in unterschiedlicher Weise zusammenwirken können.

Diese Faktoren sind :

- 1) Die vorgegebene Bewertungsregel
- 2) Preisstabilität oder Preisunstabilität
- 3) Einzellagerung oder vermischte Lagerung
- 4) Chronologisch genaue Aufschreibung oder chronologisch ungenaue Aufschreibung

Die vorgegebene Bewertungsregel, d.h. also hier das Niederstwertprinzip bzw. das Höchstwertprinzip, soll der Einfachheit der Darstellung wegen zunächst als gegeben und als unproblematisch unterstellt werden. Wir werden später noch versuchen, die Problematik herauszuarbeiten.

Im Falle der Einzellagerung, stabiler Preise und der vorgegebenen Bewertungsregel sowie im Falle der vermischten Lagerung, stabiler Preise und der vorgegebenen Bewertungsregel ergeben sich unter den gesetzten Prämissen keine zusätzlichen Schwierigkeiten, um den richtigen Anschaffungswert ermitteln zu können. Auch im Falle der Einzellagerung, unstabiler Preise und vorgegebener Bewertungsregel ist die Ermittlung der in der Bilanz auszuweisenden Anschaffungswerte unter den gesetzten Prämissen unproblematisch, wenn die Anschaffungspreise der Wirtschaftsgüter der jeweiligen Einzellagerung noch bekannt sind, wenn also z.B. der Anschaffungspreis je Stück auf der zugehörigen Lagerfachkarte festgestellt werden kann. Hier ist die direkte Wertvergleichsmethode, die gelegentlich auch als Kalkulationsmethode oder progressive Methode bezeichnet wird (1), gut anwendbar. Der Anschaffungs- bzw. Herstellungswert und der Tageswert je Stück werden für jedes einzelne Wirtschaftsgut positionsweise ermittelt. Der niedrigste Wert wird durch Vergleich festgestellt und als Anschaffungswert in der Bilanz ausgewiesen.

Problematisch wird die Ermittlung der Anschaffungswerte im Falle der vermischten Lagerung, unstabiler Preise und der vorgegebenen Bewertungsregel. Wenn ein sog. chronologisch ungenaues Aufschreibungsverfahren, z.B. das reine Durchschnittspreisverfahren, angewandt wird, bei dem der Wert des Anfangsbestandes und der Wert der Zugänge der Wirtschaftsgüter addiert, der erhaltene Wert der Gesamtmenge durch die Gesamtmenge dividiert und auf diese Weise der durchschnittliche Wert je Stück der insgesamt verbrauchten und noch vor-

(1) Loitlsberger, Wirtschaftsprüfung II, Vorlesung im SS 1960.

handenen Wirtschaftsgüter ermittelt und der Wert der am Bilanzstichtag noch vorhandenen Wirtschaftsgüter unter Beachtung des Niederstwertprinzips in der Bilanz ausgewiesen wird, kann es zum Ausweis unrealisierter Gewinne bei den Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffen und Waren kommen, wenn die tatsächlich am Bilanzstichtag noch unverbrachten bzw. unveräußerten Wirtschaftsgüter zu einem niedrigeren Anschaffungswert bezogen und eigentlich zu einem niedrigeren Anschaffungswert ausgewiesen werden müßten als zum Durchschnittswert (1) und wenn die verbrauchten Wirtschaftsgüter oder ein Teil der verbrauchten Wirtschaftsgüter niedriger verrechnet worden sind als sie eigentlich verrechnet werden müßten. Bei den in der Bilanz ausgewiesenen Halb- und Fertigfabrikaten sowie bei den sonstigen aktivierten Eigenleistungen, in welche die verbrauchten Wirtschaftsgüter in der vergangenen Rechnungsperiode eingegangen sind, zeigen sich dann ganz andere Ergebnisse. Dies gilt umso mehr, wenn durch die niedrigere Bewertung der verbrauchten Wirtschaftsgüter der Herstellungswert der in der Periode fertiggestellten Wirtschaftsgüter niedriger wurde als der Zeitwert und der Herstellungswert früherer Perioden und wenn

-
- (1) Zwar dürften nach unserer Auffassung z.B. beim strengen Niederstwertprinzip nicht der Durchschnittswert und der Tageswert gegenübergestellt werden und der niedrigste von beiden beim Ausweis der Wirtschaftsgüter in der Bilanz berücksichtigt werden, in der Praxis ist aber eine darartige Handhabung sehr häufig anzutreffen. Sie beruht vor allem auf der falschen Annahme, daß das reine Durchschnittspreisverfahren für Bewertungszwecke ausreicht und den gleichen Zweck erfüllt wie das fifo-, lifo-, hifo-Verfahren. Dies ist aber nicht der Fall, weil beim reinen Durchschnittspreisverfahren nicht die Reihenfolge des Verbrauchs der am Lager befindlichen Wirtschaftsgüter berücksichtigt wird bzw. weil eine Reihenfolge des Verbrauchs als Abfangsprinzip unterstellt wird, das regelmäßig nicht den Tatsachen entspricht.

Selbst aber dann, wenn man erkannt hätte, daß es unrichtig ist, vom Durchschnittspreis auszugehen, so sucht man in der Regel vergeblich nach den richtigen, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Werten, die dem Tageswert anstelle des Durchschnittswertes gegenübergestellt werden müssen, um den Niederstwert feststellen zu können. Die richtigen Werte könnten nur dann festgestellt werden, wenn man wüßte, zu welcher Lieferung die am Bilanzstichtag noch vorhandenen Wirtschaftsgüter gehören, welche Preise für diese Lieferung je Stück bezahlt worden sind und welche Bestandteile diesem Preis zugerechnet werden müßten und welche Bestandteile diesem Preis abgerechnet werden müßten. Dies weiß man aber regelmäßig nicht (2) und deshalb kommt es häufig zu einem niedrigeren, gelegentlich auch zu einem höheren Ausweis als zu dem, der gerechtfertigt wäre, deshalb werden häufig unrealisierte Verluste, gelegentlich auch unrealisierte Gewinne ausgewiesen.

- (2) Bei den Unternehmungen, die das Durchschnittspreisverfahren anwenden, ist es in der Praxis meistens nicht möglich, die Identität nachträglich feststellen zu können.

nun auch für die hergestellten Wirtschaftsgüter früherer Rechnungsperioden der niedrigere Herstellungswert der letzten Rechnungsperiode wegen der Vorschriften des Niederstwertprinzips maßgebend ist.

Für die verkauften Wirtschaftsgüter ist dann auf Grund der zu niedrigen Aufwandsermittlung ein zu hoher relaisierter Ertrag errechnet und ausgewiesen worden. Zwar können sich die Fehler auf Grund der zu niedrigen Bewertung mit den Fehlern auf Grund der zu hohen Bewertung insgesamt gesehen selbst unter Beachtung des strengen bzw. gemilderten Niederstwertprinzips u. U. zufällig wertmäßig saldieren, dennoch kann aber diese Rechnung nicht als richtig bezeichnet werden.

Bei der Anwendung des gewogenen Durchschnittspreisverfahrens, bei dem im Gegensatz zum reinen Durchschnittspreisverfahren der Durchschnittspreis nicht nur am Ende der Rechnungsperiode, sondern bei jedem Zugang von Wirtschaftsgütern neu ermittelt wird, ergeben sich die gleichen Schwierigkeiten wie beim reinen Durchschnittspreisverfahren, allerdings in abgeschwächter Form. Die Preisermittlung ist im Verhältnis zum reinen Durchschnittspreisverfahren hier insofern genauer, als bei jedem Zugang von Wirtschaftsgütern ein aktueller Durchschnittspreis ermittelt wird und die am Bilanzstichtag vorhandenen Wirtschaftsgüter mit dem letzten aktuellen Durchschnittspreis unter Beachtung des Niederstwertprinzips in der Bilanz ausgewiesen werden. Wenn aber nicht sichergestellt ist, daß den jüngsten Durchschnittspreisen auch die jüngsten Zugänge der Wirtschaftsgüter gegenüberstehen, dann können sich die gleichen Probleme ergeben, die wir oben dargestellt haben. Daneben ist aber zu berücksichtigen, daß selbst dann, wenn die jüngsten Zugänge der Wirtschaftsgüter am Bilanzstichtag vorhanden sind, diesen jüngsten Zugängen im allgemeinen nicht die ihnen äquivalenten Preise gegenübergestellt werden können, weil mit einer Durchschnittsrechnung u. U. nur eine sehr langsame Annäherung an die tatsächlichen Werte erreicht werden kann, da die früheren Werte und die früheren Durchschnittswerte noch einen Einfluß auf den aktuellen Durchschnittswert ausüben. Das gewogene Durchschnittspreisverfahren beinhaltet also grundsätzlich die gleichen Probleme wie das reine Durchschnittspreisverfahren, allerdings in abgeschwächter Form.

Auch bei der sog. chronologisch genauen Rechnung kann es zum Ausweis unrealisierter Gewinne kommen, denn auch hier ist die Ermittlung des Anschaffungswertes problematisch. Dies liegt vor allem daran, daß die Unterstellungen, die bei diesen Verfahren gemacht werden, nämlich z. B. die Unterstellungen, daß die zuerst eingegangenen Wirtschaftsgüter auch zuerst verbraucht werden, daß die zuletzt eingegangenen Wirtschaftsgüter zuerst verbraucht werden ..., in der Praxis nicht immer wirklichkeitsnah sind und auch nicht immer wirklichkeitsnah sein können. Daneben ergeben sich einige Sonderprobleme, auf die

hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann. Deshalb soll hier lediglich noch auf das gelegentlich relativ bedeutende Problem hingewiesen werden, das sich bei der Bewertung und bei der Behandlung von festgestellten Inventurdifferenzen ergibt. Hier hat man nämlich im allgemeinen überhaupt keinen Anhaltspunkt, ob das fifo-, lifo-, hifo-Verfahren angewandt werden soll. Wird die Inventurdifferenz zu niedrig (zu hoch) bewertet, dann wird ein zu hoher (zu niedriger) Bestand ausgewiesen.

Wir haben gesehen, wie problematisch die Ermittlung der in den Bilanzen ausgewiesenen Anschaffungswerte ist. Nicht selten kommt es zwangsläufig zum Ausweis unrealisierter Gewinne und Verluste, wenn die traditionellen Verfahren beibehalten werden.

Wenn die Ermittlung der Anschaffungswerte häufig schon bei Anwendung der direkten Wertvergleichsmethode, d.h. der progressiven Methode, als problematisch angesehen werden muß, dann muß die Ermittlung der Anschaffungswerte bei Anwendung der Gewinnabschlagsmethode, d.h. der retrograden Methode, im allgemeinen noch problematischer sein.

Die Problematik dieser in der Praxis relativ häufig angewandten Methode ist selbst dann vorhanden, wenn die Verkaufspreise fixiert sind (z.B. Listenpreise in der Industrie). Die eigentliche Schwierigkeit besteht in der Ermittlung des Abschlagssatzes, in den alle nicht aktivierungsfähigen Bestandteile vom Verkaufspreis einzubeziehen sind. Die Problematik gewinnt an Bedeutung, je weiter das zu aktivierende Wirtschaftsgut von seiner Verkaufsfähigkeit entfernt ist. Je nach dem Grad der Verkaufsfähigkeit müßten hier verschieden hohe Abschläge angewandt werden.

Bisher ist die Problematik des richtigen Wertansatzes in der Bilanz im Falle der Einzelbewertung im weiteren Sinne, d.h. im Falle der Bewertung von Wirtschaftsgütern aus einer Gruppe von Wirtschaftsgütern, dargestellt worden. Weit größer ist die Problematik im allgemeinen dann, wenn anstelle der Einzelbewertung die sog. Gruppenbewertung angewandt wird, wenn also Wirtschaftsgüter verschiedener Gruppen zusammen bewertet werden. Zwar hat der Gesetzgeber in § 39 HGB das Verfahren der Einzelbewertung vorgeschrieben, aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen werden aber in bestimmten Fällen Verfahren der sog. Gruppenbewertung anerkannt und auch angewendet (1).

-
- (1) Hax unterscheidet folgende Grundformen (vgl. Hax, Karl : Die Substanzerhaltung der Betriebe, Köln und Opladen 1957, S. 92) :
- a) Bewertung der vorhandenen Mengen mit geschätzten Anschaffungspreisen
 - b) Bewertung der vorhandenen Mengen mit Festpreisen
 - c) Bewertung von Festmengen mit geschätzten Anschaffungspreisen
 - d) Bewertung von Festmengen mit Festpreisen (Festwertrechnung).

Diese Verfahren sind nach den geltenden Bestimmungen z. B. zulässig

- 1) bei Wirtschaftsgütern, die artmäßig nur geringe Unterschiede zeigen,
- 2) bei Wirtschaftsgütern, die "in jeweils geringen Mengen bei geringem spezifischen Wert zu einem umfangreichen Sortiment gehören, z. B. geringwertige Warenvorräte in einem Kaufhaus" (1),
- 3) bei Wirtschaftsgütern, die nur schwer verkauft werden können und die nach den geltenden Bestimmungen in der Inventur zusammengefaßt werden dürfen.

Bei den Verfahren der Gruppenbewertung können sich insbesondere deshalb zusätzliche Schwierigkeiten im Verhältnis zur Einzelbewertung ergeben, weil hier neben den wertmäßig verschiedenen Wirtschaftsgütern ein und derselben Art auch wertmäßig verschiedene Wirtschaftsgüter innerhalb der artmäßig verschiedenen Wirtschaftsgüter, die schon wegen ihrer verschiedenen Art wertmäßig verschieden sein können, hinsichtlich des Zugangs, des Abgangs des wertmäßigen Bestandsausweises zusammengefaßt werden.

Innerhalb der Gruppenbewertung ergeben sich außerdem insbesondere beim Verfahren der Bewertung von Festmengen mit geschätzten Anschaffungspreisen (Durchschnittspreisen) und beim Verfahren der Bewertung von Festmengen mit Festpreisen (Festwertrechnung) (2) zusätzliche Schwierigkeiten, weil die Unterstellung von Festmengen in Wirklichkeit nur in seltenen Fällen gerechtfertigt sein dürfte. Selbst dann, wenn die Festmengen nach bestimmten Schlüsseln variiert werden, wie dies in seltenen Fällen in der Praxis geschieht, muß das Verfahren als problematisch bezeichnet werden, weil nahezu jeder Schlüssel im Rechnungswesen als problematisch angesehen werden muß. Daß die Festwertrechnung wegen des Ansatzes einer weiteren Konstante, nämlich der Festpreise, als das am meisten ungenaue Verfahren der Gruppenbewertung angesehen werden muß, weil hier u. a. auch noch die Annahme konstanter Preise und die Annahme eines durchschnittlichen Abnutzungssatzes als problematisch angesehen werden muß, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Wir haben gesehen, welche Schwierigkeiten und Ungenauigkeiten sich bei der Ermittlung der Anschaffungswerte ergeben, deren genaue Ermittlung die wichtigste Voraussetzung für den Ausweis der richtigen realisierten Gewinne bildet. Wenn die Anschaffungswerte auf der Aktivseite der Bilanz zu hoch ausgewiesen werden, dann wird ein unrealisierter Gewinn, wenn die Anschaf-

-
- (1) Adler - Düring - Schmaltz : Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1957, Anm. Tz 26 zu § 133 Akt. Ges.
 - (2) Terminologisch ist zu beachten, daß die Begriffe "Festwert" und "Festpreis" nicht synonym verwendet werden dürfen. Der Festpreis bezieht sich auf eine Mengeneinheit. Der Festwert repräsentiert das Produkt aus Festmenge und Festpreis.

fungswerte auf der Aktivseite der Bilanz dagegen zu niedrig angesetzt werden, dann wird ein unrealisierter Verlust ausgewiesen. Am meisten problematisch ist der Ausweis der Wirtschaftsgüter bei Anwendung der Verfahren der Gruppenbewertung. Den Nachteilen der ungenauen Rechnung stehen aber häufig weit größere Vorteile gegenüber, nämlich eine vereinfachte Handhabung. Unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitsüberlegungen muß daher nach unserer Auffassung einer ungenaueren Rechnung, soweit sich die Ungenauigkeit auf ein vertretbares Ausmaß beschränken läßt, in Kauf genommen werden.

Weit größer als die Problematik der Ermittlung der Anschaffungswerte ist im allgemeinen die Problematik der Ermittlung der Herstellungswerte. Die im Verhältnis zur Ermittlung der Anschaffungswerte zusätzlich entstehenden grundsätzlichen Probleme bei der Ermittlung der Herstellungswerte sollen nun im folgenden Abschnitt dargestellt werden (1).

a₂ Die Problematik der Ermittlung der Herstellungswerte

Unter dem "Herstellungswert" versteht man denjenigen Wert, der einem Wirtschaftsgut beim Ausweis in der Bilanz beizulegen ist, wenn dieses Wirtschaftsgut nicht von einem anderen Wirtschaftssubjekt bezogen, sondern im eigenen Betrieb hergestellt worden ist. Loitsberger bezeichnet den Herstellungswert als "betriebsinternen Wert eigener Prägung" (2).

Zur Ermittlung der Herstellungswerte geht man von der Kostenrechnung aus. Diese wird nach Riebel (3) in Industriebetrieben durch folgende Faktoren bestimmt :

- 1) von der Betriebseigenart (4)
- 2) von der Bedeutung des Rechnungszwecks
- 3) von den rechtlichen Vorschriften

Die Kostenrechnung hat verschiedene Aufgaben zu erfüllen. Sie soll der Kontrolle der Wirtschaftlichkeit und der Preisstellung dienen, sie soll Unterlagen für Dispositionsrechnungen liefern und sie soll für sonstige Zwecke geeignet

-
- (1) vgl. hierzu aus Passow, Richard: Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen, 2. Aufl., Leipzig und Berlin 1918, S. 157-158.
 - (2) Loitsberger, Erich: Bilanzen I, Vorlesung im SS 1960, Universität Frankfurt.
 - (3) Riebel, Paul: Spezielle Probleme der Kostenrechnung: Direktkosten- und Deckungsbeitragsrechnung als Instrumente der Unternehmungsleitung, Vorlesung im WS 1960/61, Universität Frankfurt.
 - (4) Die Betriebseigenart kann z. B. durch die Betriebsgröße, das Produktionsprogramm, das Fertigungsverfahren, durch zentralisierten oder dezentralisierten innerbetrieblichen Standort ... bestimmt werden.

sein, so z. B. für die Festlegung der innerbetrieblichen Verrechnungspreise, für die Bewertung der Halbfertigfabrikate, der Fertigfabrikate und der sonstigen aktivierten Eigenleistungen in der Bilanz, für Preisprüfungen bei sog. öffentlichen Aufträgen, für Statistiken bei Verbänden und sonstigen Organisationen ... Diese Aufgaben sind sehr verschiedenartig. Gleichzeitig könnten sie nur dann erfüllt werden, wenn die Aufgaben jeweils gleichgerichtet wären. Dies ist aber nicht der Fall. Deshalb ist, wenn man aus Wirtschaftlichkeitsüberlegungen nur eine Kostenrechnung durchführen will, eine Entscheidung notwendig, welche Aufgabe vorrangig erfüllt werden soll. Bald wird die Entscheidung zugunsten dieser, bald zugunsten jener vorrangigen Aufgabe fallen. Die jeweilige Entscheidung hat großen Einfluß auf die Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung.

Wenn z. B. die Bewertung der Halbfertigfabrikate, der Fertigfabrikate und der sonstigen zu aktivierenden Eigenleistungen im Vordergrund stehen würde, dann dürften einige mengenmäßige Bestandteile, die normalerweise mit in die Kostenrechnung einbezogen werden, nicht berücksichtigt werden (1), und einige mengenmäßige Bestandteile, die normalerweise nicht in der Kostenrechnung erscheinen, müßten zusätzlich berücksichtigt werden. Bei gesunkenen Preisen müßte vom niedrigeren Zeitwert ausgegangen werden. Die Kostenstellen müßten nach verrechnungstechnischen (kalkulatorischen) Gesichtspunkten gegliedert sein.

Wenn wir nun den Umfang der Kostenerfassung, die Bewertung der Kosten und die Gestaltung der Kostenstellengliederung zum Zwecke einer richtigen Bewertung der Halbfertigfabrikate, der Fertigfabrikate und der sonstigen zu aktivierenden Eigenleistungen der Kostenerfassung, der Kostenbewertung und der Kostenstellengliederung in der Praxis gegenüberstellen, dann können wir feststellen, daß große Abweichungen vorhanden sind und daß in der Praxis die Bewertung in der Bilanz regelmäßig nicht als vorrangige Aufgabe oder als eine der vorrangigen Aufgaben angesehen wird. Diese Feststellung gilt insbesondere hinsichtlich des Umfangs der Kostenerfassung (mengenmäßige Abweichungen) und hinsichtlich der Bewertung der Kosten (wertmäßige Abweichungen). Wegen der außerordentlich großen Bedeutung dieser Abweichungen soll später auf diese Unterschiede ausführlich eingegangen werden.

-
- (1) Für die Aktivierung sind die Aufgaben, nicht aber die Kosten entscheidend. Da aber in der Praxis regelmäßig keine Ausgabenrechnung, sondern lediglich eine Kostenrechnung durchgeführt wird, muß man im allgemeinen bei der Ermittlung der Herstellungswerte von den Zahlen der Kostenrechnung ausgehen und diese Zahlen dann entsprechend berichtigen. Eine derartige Berichtigung wird umso leichter und exakter durchzuführen sein, je mehr der vorrangige Gesichtspunkt der Bewertung der Eigenleistungen bei der durchzuführenden Kostenrechnung in den Vordergrund gestellt worden ist.

Was die Kostenstellengliederung anbetrifft, so kann festgestellt werden, daß hier diejenige Gliederung, die für die Bewertung am besten geeignet ist, nämlich die Kostenstellengliederung nach verrechnungstechnischen (kalkulatorischen) Gesichtspunkten, auch gelegentlich in der Praxis anzutreffen ist (1). Ob dies in der Praxis nun hauptsächlich deshalb der Fall ist, weil die Preisstellung als vorrangige Aufgabe der Kostenrechnung angesehen wird (2) oder weil gegenüber der "richtigen" Bewertung wenigstens teilweise Konzessionen gemacht werden sollen, das ist nur im Einzelfalle zu entscheiden. Wahrscheinlich wird im Falle der Kostenstellengliederung nach verrechnungstechnischen (kalkulatorischen) Gesichtspunkten im allgemeinen die Preiskalkulation als vorrangige Aufgabe der Kostenrechnung angesehen werden. Wenn aber z. B. bei einer Unternehmung mit Massen- und Großserienfertigung eine Kostenstellengliederung nach verrechnungstechnischen Gesichtspunkten durchgeführt ist, dann ist zu vermuten, daß der Bewertung eine vorrangige Aufgabe zuerkannt worden ist, weil bei einer Massen- und Großserienfertigung eine Preiskalkulation im allgemeinen nur auf lange Sicht erfolgt und hier in der Regel auch die Kontrolle der Betriebsgebarung noch der Preiskalkulation bei der Kostenstellengliederung vorgezogen wird.

Wenn anstelle der Kostenstellengliederung nach verrechnungstechnischen Gesichtspunkten eine Kostenstellengliederung nach Funktionsbereichen oder gar nach Verantwortungsbereichen, nach Warengruppen, nach Räumlichkeiten ... oder nach einem Mischsystem eingerichtet ist, dann können sich hinsichtlich des richtigen Ausweises der Halbfertigfabrikate, der Fertigfabrikate und der sonstigen zu aktivierenden Eigenleistungen aus den bereits genannten Gründen größere Schwierigkeiten und Ungenauigkeiten ergeben.

Wir haben gesehen, welche Mängel in der Regel in der Praxis bestehen, um die richtigen Herstellungswerte ermitteln zu können. Wenn man berücksichtigt, daß die mengenmäßige und wertmäßige Erfassung und Gliederung der Kostenarten, die Verrechnung der Kostenarten auf die Kostenstellen und die Gliederung der Kostenstellen, die Reihenfolge der Umlage der Kostenstellen bei gegenseitiger Leistungsverrechnung, der Kostenstellenausgleich bei gegenseitiger Leistungsverrechnung, die Verrechnung der Kostenstellenkosten

(1) Weit häufiger wird in der Praxis als Obergliederung allerdings die Kostenstellengliederung nach Funktionsbereichen angewandt. Eine derartige Kostenstellengliederung kommt der Kostenstellengliederung nach verrechnungstechnischen (kalkulatorischen) Gesichtspunkten jedoch im Verhältnis zu anderen Kostenstellengliederungen im allgemeinen noch am nächsten.

auf die Kostenträger in der Kostenträgerzeitrechnung problematisch ist, dann wird schon offensichtlich, wie problematisch die Kostenverrechnung auf die Kostenträger ist.

Es wird nun unsere Aufgabe sein, auf die Problematik der Ermittlung der Herstellkosten der Kostenträgerstückrechnung näher einzugehen, weil bei der Ermittlung der Herstellungswerte in der Regel von den Herstellkosten je Kostenträger ausgegangen wird. Es gibt hier mehrere Methoden :

Bei der einfachen Divisionskalkulation, die bei der Herstellung "eines materiell und qualitativ stets gleichen Kostenträgers" (1) anwendbar ist, wird die Summe aller Kostenarten durch die Anzahl der Kostenträger dividiert. Als Ergebnis erhält man die durchschnittlichen Kosten eines Kostenträgers. Diese Kosten eines Kostenträgers sind mehr oder minder eine fiktive Größe, denn in Wirklichkeit wird es häufig so sein, daß ein Kostenträger mehr, ein anderer Kostenträger weniger Kosten als die durchschnittlichen Kosten verursacht hat (2).

Selbst aber dann, wenn für jeden Kostenträger die gleichen Kosten entstanden wären, so könnten die ermittelten durchschnittlichen Kosten des Kostenträgers in der Regel aus mehreren Gründen nicht als die verursachten Kosten des Kostenträgers angesehen werden.

Angenommen, in der betreffenden Unternehmung sei zu Beginn der Rechnungsperiode jeweils kein Bestand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen vorhanden, die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe würden unverzüglich nach ihrer Anschaffung verbraucht, zu Beginn und am Ende der Rechnungsperiode gäbe es keinen Bestand an Halbfertigfabrikaten, der mengenmäßige Bestand an Fertigfabrikaten sei im Verhältnis zur vorletzten Rechnungsperiode unverändert geblieben und nachträgliche Kostenerhöhungen oder Kostenminderungen könnten nicht mehr eintreten. Dann ergibt sich die Frage, ob die Fertigfabrikate zu Werten der letzten oder zu Werten der vorletzten Rechnungsperiode ausgewiesen werden sollen. Wenn der Zeitpunkt der Fertigstellung der am Ende der letzten Rechnungsperiode vorhandenen Fertigfabrikate nicht mehr festgestellt werden kann, wie dies häufig in der Praxis bei solchen Wirtschaftsgütern, die nach dem Divisionsverfahren kalkuliert werden, der Fall ist, dann ist hier entscheidend welches Abfassungsprinzip angewandt wird. Für die Wahl dieses Prinzips müssen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Abfassung maßgebend sein. Wenn also zuerst die älteren, dann erst

(1) Kalveram, Wilhelm: Kostenrechnung, Bd. III, Wiesbaden 1951, S. 9.

(2) Es könnte z. B. sein, daß in einer Lackiererei, in der ein nicht automatisches Tauchverfahren angewandt wird, der Kostenträger A ein längeres Tauchbad durchgemacht hat als der Kostenträger B, daß in einem Steinbruch mit angeschlossenem Schotterwerk der Kostenträger A von einer entfernt liegenden Abbaustelle A und der Kostenträger B von einer weniger entfernt liegenden Abbaustelle B zum Schotterwerk herangeholt werden müssen.

die jüngeren Wirtschaftsgüter verkauft werden, wie dies z.B. bei verschiedenen Wirtschaftsgütern regelmäßig der Fall ist, dann muß das fifo-Prinzip angewandt werden, und wenn zuerst die jüngeren, dann erst die älteren Wirtschaftsgüter verkauft werden, wie dies z.B. im Kohlenhandel, im Schrotthandel oder in der Industrie der Steine und Erden der Fall sein kann, dann muß das Lifo-Prinzip zur Anwendung kommen.

Wenn das fifo-Prinzip angewandt wird, müßten die Herstellkosten der in der vergangenen Periode fertiggestellten Fertigfabrikate bekannt sein, weil nach dem kaufmännischen Brauch im allgemeinen von diesen Herstellkosten bei der Ermittlung der Herstellungswerte für die Bilanzierung ausgegangen wird. Die Herstellkosten sind aber bei Anwendung der reinen Divisionskalkulation nicht bekannt, sondern lediglich die durchschnittlichen Kosten des Kostenträgers. Um die Herstellkosten ermitteln zu können, muß eine Kostenstellenrechnung eingeführt werden, in der mit den Kostenstellen "Herstellung" und "Vertrieb" gearbeitet wird. Die Kosten der Kostenstelle "Herstellung" würden dann die Herstellkosten ergeben.

Wenn das lifo-Prinzip angewandt wird, brauchten dagegen die Herstellkosten der in der vergangenen Rechnungsperiode hergestellten Fertigfabrikate nicht bekannt zu sein, weil die Werte der Eröffnungsbilanz in die Schlußbilanz übernommen werden können. Dies setzt allerdings voraus, daß der mengenmäßige Bestand der Fertigfabrikate während des Geschäftsjahres niemals unter den Bestand in der Eröffnungsbilanz gesunken ist.

Wenn man aber das Niederstwertprinzip in der traditionellen Form anwenden muß (1), dann ist es auch unter den gesetzten Prämissen im Falle der Anwendung des lifo-Prinzips notwendig, die Herstellkosten der in der letzten Rechnungsperiode hergestellten Fertigfabrikate zu kennen, weil von diesen ausgegangen werden muß, um die Herstellungswerte der in der vorletzten Rechnungsperiode fertiggestellten Wirtschaftsgüter u. a. den Herstellungswerten der in den letzten Rechnungsperiode fertiggestellten Wirtschaftsgüter gegenüberstellen zu können.

Selbst unter den gesetzten Prämissen ergeben sich Schwierigkeiten, die richtigen Herstellkosten je Stück zu ermitteln, und zwar u. a. deshalb, weil

- 1) die genaue Abgrenzung der Herstellkosten von den Verwaltungs- und Vertriebskosten häufig Schwierigkeiten bereitet.
- 2) die Herstellkosten nur als durchschnittliche Kosten je Stück ermittelt werden können (2).

-
- (1) Dieses Prinzip werden wir später noch im einzelnen darstellen und kritisieren.
 - (2) Es ist z.B. möglich, daß auf Grund einer Parallelfertigung Kosten in verschiedener Höhe je Kostenträger bei ein und derselben Arbeit entstehen und daß wegen der Verrechnung von Durchschnittswerten im einen Fall zu hohe, im anderen Fall zu niedrige Kosten verrechnet werden.

Die Schwierigkeiten, die richtigen Herstellkosten je Stück zu ermitteln, werden noch größer, wenn man nun die gesetzten Prämissen aufgibt und von wirklichkeitsnahen Verhältnissen ausgeht :

Wenn *ceteris paribus* z.B. nicht alle angeschafften Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen verbraucht worden sind, so können zu hohe Herstellungskosten errechnet werden, weil z.B. die erhöhten Kosten für die Lagerung nun den Wirtschaftsgütern zugerechnet werden, die in der Rechnungsperiode hergestellt worden sind, nicht aber denjenigen, die sie verursacht haben und u.U. erst in der nächsten oder übernächsten Rechnungsperiode hergestellt werden.

Wenn neben den Fertigfabrikaten auch noch Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Halbfertigfabrikate mit stets gleichem Bestand zum Geschäftsjahresbeginn vorhanden sind (1) oder wenn sogar neben den beretis untersuchten Bestandsveränderungen bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen nun auch noch Bestandsveränderungen bei den Halb- und Fertigfabrikaten oder bei sonstigen zu aktivierenden Eigenleistungen eingetreten sind, dann können die Schwierigkeiten der Ermittlung der Herstellkosten je Stück wesentlich größer werden (2).

Die Ausführungen haben gezeigt, daß die reine Divisionskalkulation für die Aktivierung der Eigenleistungen im allgemeinen nicht geeignet ist. Es würde zu weit führen, wenn die Problematik der Ermittlung der Herstellkosten bzw. der Herstellungswerte bei den übrigen Kalkulationsmethoden in allen Einzelheiten dargestellt würde. Wir wollen uns daher auf die Darstellung der wesentlichen Problematik beschränken.

Bei der mehrstufigen Divisionsrechnung können zwei grundsätzlich verschiedene Rechnungen durchgeführt werden :

- 1) Die Kostenüberwälzungsrechnung
- 2) Die Veredlungsrechnung (3)

-
- (1) Wir sind in unserer Untersuchung von einem zu Beginn jeder Rechnungsperiode stets gleichbleibenden Bestand an Fertigfabrikaten ausgegangen und haben die sich im Zusammenhang mit der Bewertung der Wirtschaftsgüter bei Anwendung der Divisionskalkulation ergebenden Probleme dargestellt. Die gleiche Untersuchung könnten wir unter den gesetzten Prämissen für die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für die Halbfertigfabrikate durchführen. Ins einzelne gehende Ausführungen hierüber wären indessen wenig sinnvoll, weil wir grundsätzlich die gleiche Problematik mehrmals darstellen müßten.
 - (2) Um grundsätzlich analoge Ausführungen zu vermeiden, sei hinsichtlich der Begründung auf die vorangegangenen Ausführungen verwiesen.
 - (3) Der Ausdruck "Veredlung" wurde von Kosiol übernommen. Vgl. Kosiol, Erich : Kalkulatorische Buchhaltung, 5. Aufl., Wiesbaden 1953, S. 344-345 und S. 369.

Die wesentliche Problematik bei der Ermittlung der Herstellkosten nach der Kostenüberwälzungsrechnung besteht darin, daß zum Zwecke der beschleunigten Abrechnungen die Leistungen der einzelnen Stufen in der Praxis im allgemeinen nicht mit den Selbstkosten dieser Stufe, sondern mit festen Verrechnungspreisen oder mit Plankosten weiterverrechnet werden, die Abweichungen aber im allgemeinen erst nach Monaten und dann häufig auch nur auf ein gemeinsames Abgrenzungskonto verrechnet werden und dadurch Ungenauigkeiten entstehen. Für die Verrechnung von Stufe zu Stufe entstehen die gleichen Schwierigkeiten wie bei der einfachen Divisionsrechnung, allerdings mit geringerer Ungenauigkeit und dadurch geringerer praktischer Bedeutung.

Bei der Veredlungsrechnung, bei der die Teilleistungen als eigene Leistungen einer Stufe in die damit herstellbaren Endleistungen umgerechnet und die Kosten der Stufe durch die in Endprodukteinheiten ausgedrückte Stufenleistungen dividiert werden, um die Kosten der einzelnen Stufe je Einheit der Endleistung zu errechnen, besteht die Problematik insbesondere in der Umrechnung der eigenen Leistungen in Endleistungen.

Die Ermittlung der Herstellungswerte nach der abteilungsweisen Divisionskalkulation ist insbesondere deshalb ungenau, weil es im allgemeinen nicht möglich ist, die Kosten der Abteilungen getrennt und gleichzeitig exakt zu erfassen, und weil die Leistungen einer Abteilung für die sie durchlaufende Kostenträger häufig nicht gleich groß sind.

Die mit Hilfe der Äquivalenzziffernmethode errechneten Herstellkosten sind insbesondere deshalb problematisch, weil die Festlegung der Äquivalenzziffern selbst dann problematisch ist, wenn bei "jeder Änderung der Betriebsstruktur und der Fertigungsverfahren" (1) die Äquivalenzziffern neu festgelegt werden (2).

Wenn die Zuschlagskalkulation angewandt wird, so ist die Ermittlung der Herstellkosten selbst bei der Verwendung mehrerer Zuschlagsbasen und mehrerer Zuschläge insbesondere deshalb problematisch,

- (1) Kalveram, a. a. O., S. 21.
- (2) Die Äquivalenzziffernmethode wird in der Praxis selten allein, häufig aber mit einer anderen Kalkulationsmethode kombiniert angewandt. Sie ist einerseits insofern eine Abart der Divisionskalkulation, als die nach der Äquivalenzziffernmethode zu verteilenden Kosten durch die Summe der Rechnungseinheiten *d i v i d i e r t* und der ermittelte Faktor mit den Äquivalenzziffern multipliziert wird, um die Teilstückkosten des Kostenträgers zu erhalten. Andererseits ist sie insofern eine Abart der Zuschlagsmethode, als regelmäßig nur die Kosten für einen bestimmten Bereich, nicht aber die Gesamtkosten nach der Äquivalenzziffernmethode verteilt werden.

- 1) weil eine exakte Trennung in Einzelkosten und Gemeinkosten bzw. in kostenrechnerisch zu verrechnende Einzelkosten und Gemeinkosten in der Praxis oft schwierig ist,
- 2) weil die Kosten ungleicher Typen aus Wirtschaftlichkeitsgründen häufig in einer Typenreihe verrechnet werden,
- 3) weil häufig keine "Proportionalität zwischen Bezugsgrundlage und zu ver-
teilenden Gemeinkosten" (1) gegeben ist (2) (3),
- 4) weil jeder Fehler in der Zuschlagsrechnung um so größer wird, je kleiner die Zuschlagsbasis und je größer das Volumen der zu verrechnenden Gemeinkosten gewählt wird (4) und die Entwicklung in der Praxis im allgemeinen dahin geht, daß die Einzelkosten relativ niedriger, die Gemeinkosten aber relativ höher werden,
- 5) weil im allgemeinen "die Zuschlagssätze auf Grund der Ergebnisse der Betriebsabrechnung der v e r g a n g e n e n Periode gebildet" werden(5).

Die für die Ermittlung der Herstellkosten bei der Zuschlagskalkulation vorgebrachten Mängel gelten analog für die Platzkostenrechnung.

Bei der Kuppelproduktion ist die Ermittlung der Herstellkosten häufig noch problematischer als in den bisher behandelten Fällen, weil hier nahezu überhaupt keine Anhaltspunkte gegeben sind, das Zurechnungsproblem halbwegs befriedigend zu lösen. Wenn die Kuppelprodukte nicht als komplexes Wirtschaftsgut verkauft werden können und Haupt- und Nebenprodukte bei der Herstellung anfallen, kommt in der Praxis im allgemeinen die Subtraktions- oder Restwertmethode (6) zur Anwendung, bei der die Erlöse der Nebenprodukte von den Gesamtkosten der Haupt- und Nebenprodukte abgezogen werden. Wenn man auch dadurch zu einer genaueren Rechnung kommen könnte, daß man nicht die Erlöse, sondern den um den branchenüblichen Gewinn der Nebenprodukte verminderten Erlös von den Gesamtkosten abzieht, so bleibt doch

(1) Kalveram, a. a. O., S. 25.

(2) Dies gilt selbst dann, wenn z. B. Gemeinkostenbestandteile einer Gemeinkostengruppe zum Teil auf die mengenmäßige, zum Teil auf die wertmäßige Zuschlagsbasis verrechnet werden, wie dies z. B. bei den Materialgemeinkosten in der Praxis häufig der Fall ist. Hier werden z. B. häufig die Zinsen, Wagnisse und Abschreibungen proportional zum Materialwert, die Raumkosten, Reinigungskosten etc. proportional zur Materialmenge verrechnet.

(3) vgl. hierzu auch Schäfer, Unternehmung, insbes. S. 205 und S. 382-384. vgl. hierzu auch Riebel, Paul: Das Rechnen mit Einzelkosten und Deckungsbeiträgen, in: ZfhF 1959, 11. Jg., NF, S. 213 ff.

(4) Kalveram, a. a. O., S. 24.

(5) Kalveram, a. a. O., S. 26.

(6) Schneider, Industrielles Rechnungswesen, S. 138.

noch die Problematik bestehen, die wir bereits früher dargestellt haben. Daß aber eine Rechnung nach dem erwähnten Vorschlag genauer wäre, ist offensichtlich, und daß sie durchführbar wäre, ergibt sich dadurch, daß die Hauptprodukte bei der Unternehmung A, z.B. Koks in einem Kokswerk, Nebenprodukte bei der Unternehmung B, z.B. Koks in einem Gaswerk, und daß die Hauptprodukte der Unternehmung B, z.B. Gas in einem Gaswerk, Nebenprodukte bei der Unternehmung A, z.B. Gas in einem Kokswerk, sein können. Wenn man berücksichtigt, daß die wichtigsten statistischen Zahlen jeder Unternehmung an Verbände, Industrie- und Handelskammern, Wirtschaftsvereinigungen oder sonstige neutrale Institutionen gemeldet werden, so wäre in diesen Fällen auch eine Ermittlung des branchenüblichen Gewinns nach dem Gesetz der großen Zahl gewährleistet.

Die Ermittlung der Herstellkosten bei der Kuppelproduktion im Falle, daß die Verteilungsmethode angewandt wird (1), ist ebenso problematisch, weil hier der Verteilungsschlüssel der Gesamtkosten als problematisch angesehen werden muß (2).

Die von Riebel vorgeschlagene Rechnung mit Einzelkosten und Deckungsbeiträgen (3) ist zwar geeignet, einige Fehler zu beseitigen die nach der traditionellen Rechnung entstehen, sie hat dagegen im Hinblick auf die Ermittlung der Herstellkosten bzw. Herstellungswerte nach unserer Auffassung den Nachteil, daß die Herstellungswerte nicht exakt ermittelt und aktiviert werden können (4).

Wir haben gesehen, welche Schwierigkeiten und Ungenauigkeiten bei der Ermittlung der Herstellkosten entstehen, die normalerweise den Ausgangs-

-
- (1) vgl. Schneider, Industrielles Rechnungswesen, S. 137.
 - (2) Auf die besondere Problematik der Rechnung in dem Falle, "daß eines von zwei Kuppelprodukten nicht unmittelbar marktfähig ist", und auf die besondere Problematik der Rechnung in dem Falle, daß die nicht marktfähigen Kuppelprodukte "als Hilfsmittel im eigenen Betrieb" Verwendung finden, soll hier nicht näher eingegangen werden (vgl. hierzu Schneider, Industrielles Rechnungswesen, S. 140-143).
 - (3) Riebel, Paul : Die Gestaltung der Kostenrechnung für Zwecke der Betriebskontrolle und Betriebsdisposition, in : ZfB, 26. Jg., 1956, S. 278 ff. und Riebel, Paul: Das Rechnen mit Einzelkosten und Deckungsbeiträgen, in: ZfhF 1959, 11. Jg., NF, S. 213 ff.
 - (4) Riebel kann bei Anwendung der von ihm vorgeschlagenen Rechnung grundsätzlich nur die relativen Einzelkosten und die in der Bezugsgrößenhierarchie bis zum Kostenträger anfallenden ungeschlüsselten Gemeinkosten exakt ermitteln und aktivieren.

punkt für die Ermittlung der Herstellungswerte darstellen. Wenn aber schon der Ausgangspunkt falsch ist, dann kann das Endergebnis der Rechnung, nämlich der Herstellungswert, im allgemeinen erst recht nicht richtig sein.

Selbst aber dann, wenn die Herstellkosten jedes Kostenträgers richtig ermittelt werden könnten und auch richtig ermittelt würden, kann die Ermittlung der Herstellungswerte der Kostenträger im allgemeinen nicht als richtig bezeichnet werden. Die wesentlichen Probleme, die sich bei der Ermittlung der Herstellungswerte aus den Herstellkosten ergeben, sollen nun näher dargestellt werden. Es handelt sich hier um

- 1) das Problem der mengenmäßigen Abgrenzung der Herstellungswerte von den Herstellkosten (Zugehörigkeitsunterschiede) und um
- 2) das Problem der wertmäßigen Abgrenzung der Herstellungswerte von den Herstellkosten (Bewertungsunterschiede).

Hinsichtlich der mengenmäßigen Abgrenzung gibt es zunächst Bestandteile, die zwar in den Herstellkosten enthalten sind, die aber nicht in die Herstellungswerte bzw. nur mit anderen mengenmäßigen Bestandteilen in die Herstellungswerte mit einbezogen werden dürfen.

a) kalkulatorische Abschreibungen

In den Herstellkosten sind die kalkulatorischen Abschreibungen, die auf den Fertigungsbereich (1) entfallen, enthalten. In die Herstellungswerte darf für den Fertigungsbereich nur derjenige Teil der anteiligen kalkulatorischen Abschreibungen eingerechnet werden, der gemäß den Vorschriften der Einmaligkeit der Abschreibungen für den Fertigungsbereich berechnet werden kann.

Problematisch wird die Aktivierung der anteiligen kalkulatorischen Abschreibungen insbesondere durch falsche Schätzungen der Nutzungsdauer. Wurde die Nutzungsdauer zu kurz geschätzt, dann wurden in den Herstellungswerten unrealisierte Gewinne aktiviert, wurde die Nutzungsdauer zu lang geschätzt, dann wurden die Herstellungswerte niedriger ausgewiesen als sie eigentlich ausgewiesen werden mußten. Zwei Beispiele mögen die Zusammenhänge deutlicher werden lassen.

Betrag der Anschaffungswert 10 000 DM, wurde die Nutzungsdauer auf 10 Jahre geschätzt, wurde jährlich also 1 000 DM abgeschrieben, nach 3 Jahren aber festgestellt, daß die Nutzungsdauer nicht 10 Jahre, sondern nur 5 Jahre beträgt, dann werden nach allgemeinen kaufmännischen Gepflogenheiten im 4. und

-
- (1) Wir unterscheiden hier zwischen Fertigungsbereich, Verwaltungsbereich und Vertriebsbereich. Der Materialbereich wird hier nicht als selbständiger Bereich angesehen. Die Kosten des Materialbereichs werden teils dem Fertigungsbereich und teils dem Vertriebsbereich zugerechnet.

5. Nutzungsjahr nicht mehr jeweils 1 000 DM, sondern jeweils 2 000 DM kalkulatorisch abgeschrieben. Es werden also nur 7 000 DM kalkulatorische Abschreibungen verrechnet, obwohl der Anschaffungswert 10 000 DM betragen hatte.

Betrag der Anschaffungswert 10 000 DM, wurde die Nutzungsdauer auf 5 Jahre geschätzt, wurden jährlich 2 000 DM abgeschrieben, wurde aber nach 3 Jahren festgestellt, daß die Nutzungsdauer nicht 5 Jahre, sondern 10 Jahre beträgt, dann werden nach allgemeiner kaufmännischer Gepflogenheit im 4., 5., ... 10. Nutzungsjahr nicht mehr jeweils 2 000 DM, sondern jeweils 1 000 DM abgeschrieben. Es werden dann insgesamt 13 000 DM kalkulatorische Abschreibungen verrechnet, obwohl der Anschaffungswert nur 10 000 DM betragen hatte.

Würde man fordern, daß hinsichtlich der Verrechnung der anteiligen kalkulatorischen Abschreibungen bei den Halb- und Fertigfabrikaten sowie bei den sonstigen aktivierten Eigenleistungen der Grundsatz der Einmaligkeit der Abschreibungen Geltung haben müßte, so würden im Beispiel 1 alle hergestellten und aktivierten Wirtschaftsgüter im 1. und 2. Nutzungsjahr der Maschine mit zu niedrigen Herstellungswerten in der Bilanz ausgewiesen und die Unternehmung könnte 3 000 DM nicht als kalkulatorische Abschreibungen verrechnen. Im Beispiel 2 würden alle selbst hergestellten und aktivierten Wirtschaftsgüter im 1. und 2. Nutzungsjahr der Maschine mit zu hohen Herstellungswerten, im 8., 9. und 10. Nutzungsjahr der Maschine aber mit zu niedrigen Herstellungswerten in der Bilanz ausgewiesen, weil in diesen Jahren keine anteiligen kalkulatorischen Abschreibungen mehr verrechnet werden dürften, da bereits am Ende des 7. Jahres die Anschaffungswerte bereits durch kalkulatorische Abschreibungen verrechnet sind.

Diese Lösung ist nach unserer Auffassung aus mehreren Gründen unbillig bzw. unzweckmäßig.

1) Wenn der Grundsatz der Einmaligkeit der Abschreibungen bei jedem einzelnen Wirtschaftsgut, z.B. bei jeder einzelnen Maschine, Geltung haben würde, hätte die Unternehmung u.U. bald ein Interesse daran, daß herzustellende und zu aktivierende Wirtschaftsgüter auf einer bereits kalkulatorisch abgeschrieben Maschine hergestellt würden, um die anteiligen kalkulatorischen Abschreibungen nicht aktivieren zu brauchen, bald ein Interesse daran, daß herzustellende und zu aktivierende Wirtschaftsgüter auf einer noch nicht kalkulatorisch abgeschrieben Maschine hergestellt würden, um die anteiligen kalkulatorischen Abschreibungen aktivieren zu müssen.

Durch die zusätzliche Anwendung des Niederstwertprinzips würden u.U. völlig andere Herstellungswerte ausgewiesen als eigentlich ausgewiesen werden müßten.

2) Wenn der Grundsatz der Einmaligkeit der Abschreibungen bei jeder ein-

zelen Maschine, Geltung haben würde und wenn eine annähernd genaue Aktivierung der anteiligen kalkulatorischen Abschreibungen vorgenommen werden sollte, so müßte auch bei jeder Aktivierung eines selbst hergestellten Wirtschaftsgutes festgestellt werden, auf welcher Maschine und zu welcher Zeit das zu aktivierende Wirtschaftsgut oder dessen Teile hergestellt worden sind. Dieses Verlangen ist nach unserer Auffassung nicht zumutbar.

Wir halten es daher für gerechtfertigt, daß der Grundsatz der Einmaligkeit der Abschreibungen bei den hergestellten und zu aktivierenden Halbfertigfabrikaten, Fertigfabrikaten und sonstigen zu aktivierenden Eigenleistungen so aufgefaßt wird, daß von sämtlichen Wirtschaftsgütern einer Unternehmung insgesamt nicht mehr kalkulatorische Abschreibungen verrechnet werden als an Anschaffungswerten vorhanden war. Die bei Wirtschaftsgütern zu niedrig verrechneten kalkulatorischen Abschreibungen könnten mit den bei anderen Wirtschaftsgütern zu hoch verrechneten kalkulatorischen Abschreibungen saldiert werden. Im Falle, daß insgesamt gesehen trotz sorgfältiger Handhabung zu wenig oder zu viel kalkulatorische Abschreibungen verrechnet wurden, sollte nach unserer Auffassung ein prozentualer Zuschlag bzw. Abschlag bei der Aktivierung berücksichtigt werden.

Da aber vielfach bei den hergestellten Wirtschaftsgütern keine Rechnung durchgeführt wird und auch nicht durchgeführt werden kann, in der zwischen

- 1) hergestellten und verkauften Wirtschaftsgütern, auf die anteilige kalkulatorische Abschreibungen entfallen,
- 2) hergestellten und verkauften Wirtschaftsgütern, auf die keine anteiligen kalkulatorischen Abschreibungen entfallen,
- 3) hergestellten und in der Bilanz aktivierten Wirtschaftsgütern, auf die anteilige kalkulatorische Abschreibungen entfallen,
- 4) hergestellten und in der Bilanz aktivierten Wirtschaftsgütern, auf die keine anteiligen kalkulatorischen Abschreibungen entfallen,

unterschieden werden kann, empfiehlt es sich aus Wirtschaftlichkeitsgründen trotz aller Problematik so vorzugehen, daß zunächst unterstellt wird, es sei in jedem Fall noch ein kalkulatorischer Restbuchwert vom Anschaffungswert vorhanden. Im Falle, daß insgesamt gesehen trotz sorgfältiger Handhabung zu viel kalkulatorische Abschreibungen verrechnet worden sind, könnte dann unter Berücksichtigung des gerechtfertigten Abfassungsprinzips ein entsprechender Anteil von den ermittelten verrechneten kalkulatorischen Abschreibungen bei den in der Bilanz ausgewiesenen Halbfertigfabrikaten, Fertigfabrikaten und sonstigen aktivierten Eigenleistungen abgezogen bzw. zugeschlagen werden, um den Auweis unrealisierter Gewinne bzw. unrealisierter Verluste zu vermeiden.

Neben der Schätzung der Nutzungsdauer besteht die Hauptproblematik der mengenmäßigen kalkulatorischen Abschreibungen insbesondere in der An-

wendung der linearen Abschreibungsmethode. Auf diese Problematik soll hier allerdings nicht näher eingegangen werden, weil wir sonst den Umfang dieser Arbeit erheblich erweitern müßten.

Meinungsverschiedenheiten könnten auch darin bestehen, ob bei der Abschreibung vom buchmäßig aktivierten Anschaffungswert oder vom zu verrechnenden Anschaffungswert, d. h. vom buchmäßig aktivierten Anschaffungswert, der um den Schrotterlös gemindert ist, ausgegangen werden soll. Nach unserer Auffassung dürften von demjenigen Teil, der dem Schrotterlös entspricht, keine Abschreibungen berechnet werden, weil der Schrott nicht durch den Erlös der hergestellten Wirtschaftsgüter entgolten werden muß. Als Ausgangspunkt der Abschreibung sollte daher nach unserer Auffassung der um den Schrotterlös geminderte buchmäßige Anschaffungswert angesehen werden. Die Bezeichnung "Schrottwert" wird allerdings häufig nicht den Tatsachen gerecht, weil es nicht selten vorkommt, daß die Unternehmung entweder freiwillig oder zwangsweise, entweder planmäßig oder nicht planmäßig Wirtschaftsgüter schon vor Ablauf der maximalen wirtschaftlichen Nutzungsdauer auf dem second-hand Markt veräußert. Es wäre daher wohl besser, anstelle des Schrottwertes vom Restbuchwert zu sprechen.

Die Festlegung des Restbuchwertes als Abzugswert für den Ausgangspunkt der Abschreibungen ist allerdings häufig problematisch. Wenn nämlich der Restbuchwert zu hoch angesetzt wird, dann kommt es im Laufe der Nutzungsdauer bei den aktivierten und abzuschreibenden Wirtschaftsgütern häufig von Jahr zu Jahr zum Ausweis unrealisierter Gewinne und bei den hergestellten und zum Herstellungswert zu aktivierenden Wirtschaftsgütern zum Ausweis unrealisierter Verluste. Um einen Ausweis unrealisierter Gewinne bei den aktivierten und abzuschreibenden Wirtschaftsgütern zu vermeiden, wird daher der Restbuchwert in der Praxis entweder überhaupt nicht als Abzugswert für die Bemessung der Abschreibungen berücksichtigt oder besonders niedrig festgelegt oder als Ausgleichswert für Demontagekosten angesehen. Dies kann aber u. U. wieder zum Ausweis unrealisierter Gewinne bei den hergestellten und zum Herstellungswert zu aktivierenden Wirtschaftsgütern führen.

b) kalkulatorischer Unternehmerlohn

Im Zusammenhang mit dem kalkulatorischen Unternehmerlohn ergeben sich zwei wichtige Fragen :

- 1) Hat der kalkulatorische Unternehmerlohn Kostencharakter ?
- 2) Ist der kalkulatorische Unternehmerlohn anteilig zu aktivieren ?

Bei der Untersuchung der ersten Frage könnte man von der Überlegung ausgehen, daß in der Kostenrechnung der Einzelunternehmungen und Personalgesell-

schaften für den in der Unternehmung tätigen Unternehmer deshalb ein kalkulatorischer Unternehmerlohn in einem gemessenem Verhältnis zu den Gehältern der Angestellten der betreffenden Unternehmung angesetzt werden muß, weil auch die Arbeitsleistung des Unternehmers durch den Erlös entgolten werden und der Unternehmer dies in seiner Kalkulation berücksichtigen muß. So wie es z. B. berechtigt ist, dem Alleinaktionär einer Aktiengesellschaft ein Entgelt für seine Arbeitsleistung in der Unternehmung zu gewähren und dieses Entgelt in die Kosten der Unternehmung einzurechnen, so ist es auch berechtigt, dem Alleingesellschafter einer Einzelunternehmung ein Entgelt für seine Arbeitsleistung in der Unternehmung zu gewähren und dieses Entgelt in die Kosten der Unternehmung einzurechnen. Wenn es auch in der Praxis üblich ist, bei den monatlichen Zahlungen der Einzelunternehmungen an die Einzelunternehmer anstelle von "Gehaltszahlungen" von "Privatentnahmen" zu sprechen, so ändert dies grundsätzlich nichts an der Tatsache, daß diese Privatentnahmen, soweit sie in angemessenem Verhältnis zu den Gehältern der Angestellten stehen, praktisch als Gehaltszahlungen aufgefaßt werden können.

Die Berechtigung, bei Einzelunternehmungen und Personalgesellschaften einen kalkulatorischen Unternehmerlohn für die in der Unternehmung tätigen Unternehmer anzusetzen, könnte auch noch anders erklärt werden: Wenn der Unternehmer nicht selbst in der Unternehmung tätig wäre, dann müßte er einen Geschäftsführer engagieren, dessen Gehälter als Kosten in der Rechnung berücksichtigt würden. Da der Unternehmer auf das Engagement eines Geschäftsführers verzichtet und die Arbeiten des Geschäftsführers selbst ausführt, ist er berechtigt, eine äquivalenten Posten in der Kostenrechnung anzusetzen.

Es könnte nun versucht werden, uns entgegenzuhalten, daß der Unternehmer durch den Gewinn entgolten werden solle; wenn man aber den Gewinn als Entgelt für den Unternehmer ansehe, dann könne für die Tätigkeit des Unternehmers nicht außerdem noch ein kalkulatorischer Unternehmerlohn in die Kosten eingerechnet werden.

Dieser Einwand wäre aber leicht zurückzuweisen. Es ist nämlich zumindest zwischen zwei Arten von Unternehmern zu unterscheiden, nämlich zwischen

- 1) solchen Unternehmern, die nur ihr Kapital der Unternehmung zur Verfügung stellen und das allgemeine Unternehmerrisiko übernehmen (1), und
- 2) solchen Unternehmern, die neben ihrem Kapital auch ihre Arbeitskraft der Unternehmung zur Verfügung stellen.

Da beide Unternehmertypen verschiedene Leistungen gewähren, müssen ihre Leistungen auch verschieden entgolten werden. Da selbst innerhalb einer Unternehmung diese verschiedenen Unternehmertypen vorhanden sein können, muß auch

(1) Hierauf werden wir später noch genauer eingehen.

in der Rechnung ein grundsätzlicher Unterschied berücksichtigt werden. Der Gewinn als Residuum soll nur das Äquivalent für die Übernahme des allgemeinen Unternehmerrisikos sein.

Wir kommen nach diesen Ausführungen zu dem Ergebnis, daß der kalkulatorische Unternehmerlohn Kostencharakter hat.

Eine andere Frage ist es, ob der kalkulatorische Unternehmerlohn anteilig zu aktivieren ist oder nicht. Nach dem allgemeinen Kaufmannsbrauch wird der kalkulatorische Unternehmerlohn nicht aktiviert. Wir sind dagegen der Auffassung, daß dieser Brauch nicht ganz gerechtfertigt ist. Wenn man berücksichtigt, daß der Unternehmer im allgemeinen nur deshalb auf eine Tätigkeit bei einem anderen Arbeitgeber verzichtet, weil seine Tätigkeit in der eigenen Unternehmung mindestens ebenso hoch entgolten wird und/oder weil er sonst die Tätigkeit, die er selbst ausführt, von einem Geschäftsführer gegen Entgelt ausführen lassen müßte, und wenn man außerdem berücksichtigt, daß der kalkulatorische Unternehmerlohn praktisch "Gehaltszahlungen" an den in der Unternehmung tätigen Unternehmer repräsentiert, dann ist nicht einzusehen, warum die "Gehaltszahlungen" in der Form der "Privatentnahmen" nicht ebenso anteilig aktiviert werden sollten wie die äquivalenten Gehaltszahlungen der Unternehmung an einen anderenfalls zu engagierenden Geschäftsführer.

Strittig könnte die Frage der anteiligen Aktivierung nach unserer Auffassung nur dann sein, wenn die Privatentnahmen während des Geschäftsjahres niedriger als der angesetzte kalkulatorische Unternehmerlohn waren, weil in diesem Falle die Kosten nicht mit Ausgaben verbunden wären. Die Frage der Aktivierung ist hier nur sehr schwer und nur im Einzelfalle zu beantworten. Wenn man z.B. den Eindruck gewinnen müßte, daß der Unternehmer nur deshalb auf höhere Privatentnahmen verzichtet hat, um einen Teil seines im Verhältnis zu den Angestellten angemessenen "Gehaltes" in der eigenen Unternehmung vorübergehend oder dauernd gewinnbringend anzulegen, so könnte empfohlen werden, diesen Teil seines "Gehaltes" anteilig zu aktivieren und in der Unternehmung gleichzeitig als "Privatentnahme in Form von Ausgaben" und neue "Einlage in Form von Einnahmen" anzusehen.

c) kalkulatorische Zinsen

Der Kostencharakter der Zinsen kann als umstritten angesehen werden. Zunächst könnte man geneigt sein, die Auffassung zu vertreten, Zinsen seien keine Kosten, weil mit ihnen kein wertmäßiger Güter- und Diensteverzehr zur Erstellung von Leistungen verbunden sei. Wenn man diese Auffassung vertritt, müßte man das Geld als Anweisung auf Dienste, nicht aber als Dienste ansehen.

Diese Meinung ist aber, wie wir später noch im einzelnen ausführen werden, nicht haltbar. Ohne Kapital sind keine Leistungserstellungen möglich. Die Zinsen müssen nach unserer Auffassung aus weiter unten dargestellten Gründen als Kosten berücksichtigt werden. Schneider hat sie deshalb wohl auch zumindest als "als-ob-Kosten" oder "fiktive Kosten" oder "rechnungsmäßige Kosten" bezeichnet (1).

Koch (2) und Rieger (3) z.B. vertreten den pagatorischen Kostenbegriff; hiernach sind nur die Zinsen für Fremdkapital Kosten, weil nur diese mit Ausgaben für die Leistungserstellung und Leistungsverwertung verbunden seien (4).

Nach unserer Auffassung sind sowohl die Zinsen für Fremdkapital als auch die Zinsen für Eigenkapital Kosten, soweit sie auf das betriebsnotwendige Kapital entfallen (5), weil die Unternehmung im Falle der Finanzierung mit Fremdkapital Zinsen zahlen muß, die notwendig mit dem Betriebsprozeß verbunden sind, und weil die Unternehmung im Falle der Finanzierung mit Eigenkapital auf eine zinsbringende Anlage des Kapitals bei anderen Wirtschaftssubjekten verzichtet bzw. Fremdkapitalzinsen spart (6).

In die Herstellkosten sind also nach unserer Auffassung anteilige kalkulatorische Zinsen mit einzubeziehen. Im Falle der Anwendung der Zuschlagskalkulation müßten z.B. in den Materialgemeinkosten anteilige kalkulatorische Zinsen für den betriebsnotwendigen Lagerbestand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, in den Fertigungsgemeinkosten anteilige kalkulatorische Zinsen für den betriebsnotwendigen Halbfertigfabrikatebestand und anteilige kalkulatorische Zinsen für den betriebsnotwendigen Teil des zum Fertigungsbereich gehörenden Anlagevermögens und Umlaufvermögens enthalten sein. Die kalkulatorischen Zinsen für betriebsnotwendige liquide Mittel, die in der Praxis im allgemeinen global in die Verwaltungskosten eingerechnet werden, müßten nach unserer Auffassung eigentlich auf die Gemeinkosten sämtlicher Bereiche anteilig verteilt werden. So müßte z.B. ein Teil der kalkulatorischen Zinsen für die betriebsnotwendigen liquiden Mittel in die Fertigungsgemeinkosten verrechnet werden, weil ein Teil der liquiden Mittel für die Zahlung von Fertigungslöhnen bereitgehalten wird.

-
- (1) Schneider, Industrielles Rechnungswesen, S.175.
 - (2) Koch, Niederstwertprinzip, S.1-6, S.31-35, S.60-63.
 - (3) Rieger, Privatwirtschaftslehre (2).
 - (4) Gegen die Vertreter dieser Lehrmeinung könnte eingewendet werden, daß sie nicht objektiv, sondern subjektiv sind, daß sie nicht vom Standpunkt der Unternehmung, sondern vom Standpunkt des Unternehmers ausgehen.
 - (5) Es soll später dargestellt werden, wie das betriebsnotwendige Kapital zu ermitteln ist.
 - (6) Es ist nicht unbedingt richtig, den Kostencharakter der Zinsen für das Eigenkapital damit zu begründen, daß die Unternehmung auch für das Eigenkapital Zinsen zahlen muß, weil es z.B. durchaus der Fall sein kann, daß vorübergehend keine Dividenden ausgeschüttet werden.

Bei der Bilanzierung der Eigenleistungen dürfen nach den geltenden Bestimmungen nur anteilige Fremdkapitalzinsen angesetzt werden. Da aber auch die Fremdkapitalzinsen nach den geltenden Bestimmungen in der Steuerbilanz und Handelsbilanz grundsätzlich nicht anteilig aktiviert werden *m ü s s e n*, sondern lediglich anteilig aktiviert werden *d ü r f e n*, werden sie im allgemeinen nicht in den Herstellungswert mit eingerechnet, um einen niedrigen Gewinn auszuweisen bzw. um stille Reserven zu bilden. In der Praxis sind also in den Herstellkosten regelmäßig anteilige kalkulatorische Zinsen enthalten, in den Herstellungswerten dagegen regelmäßig nicht.

Diese Tatsache dürfte nach unserer Auffassung nicht gebilligt werden. Abgesehen davon, daß die nicht aktivierten anteiligen Fremdkapitalzinsen der Bildung stiller Reserven gleichkommen, die erst im Laufe der Zeit bei dem jeweiligen Wirtschaftsgut wieder aufgelöst werden, bei anderen Wirtschaftsgütern aber wieder gebildet werden (1), müßten nach unserer Auffassung auch anteilige Eigenkapitalzinsen aktiviert werden. Wenn man davon ausgeht, daß ein Wirtschaftsgut, das in einer Unternehmung hergestellt wird, einen bestimmten Kapitalkaufwand erfordert, so könnte man meinen, daß es doch letztenendes hinsichtlich des Herstellungswertes unerheblich ist, ob dieses Wirtschaftsgut mit eigenem oder mit fremdem Kapital hergestellt wird.

In dem Falle, daß zwei Wirtschaftsgüter aus dem gleichen Material, das zum gleichen Preis, zur gleichen Zeit in gleicher Qualität von dem gleichen Lieferanten bezogen worden ist, von demselben Arbeiter, der zwei halbautomatische Maschinen bedient, zur gleichen Zeit auf der gleichen Maschine hergestellt werden, wobei die Maschine A mit Eigenkapital, die Maschine B mit Fremdkapital finanziert worden ist, so ist nicht einzusehen, warum das eine Wirtschaftsgut einen höheren Herstellungswert haben soll als das andere.

Wenn man eine Aktivierung anteiliger Eigenkapitalzinsen grundsätzlich ablehnt, dann sieht man nach unserer Auffassung die Tatsache nicht ganz richtig. Nach unserer Auffassung müßte folgendermaßen entschieden werden :

Die Aktionäre bzw. die Gesellschafter bzw. die Einzelunternehmer (2) stellen der jeweiligen Unternehmung Wirtschaftsgüter in der Form des Nichtgeldes und/oder Wirtschaftsgüter in Form des Geldes zur Verfügung. Diejenigen Wirtschaftsgüter, die Nichtgeld darstellen, werden, um mit einheitlichen Rechengrößen arbeiten zu können, in Geldeinheiten bewertet. Letztenendes stellen also die Gesellschafter zunächst Geld zur Verfügung. Daneben ist es

-
- (1) Die Bildung derartiger stiller Reserven sollte nach unserer Auffassung nicht gestattet sein. Auf die stillen Reserven, die auf Grund des Niederstwertprinzips gebildet werden, soll später eingegangen werden.
 - (2) Weiter unten sprechen wir nur noch von den Gesellschaftern.

nicht selten, daß sie auch ihre Arbeitskraft in den Dienst der Gesellschaft stellen. Sowohl für das zur Verfügung gestellte Geld als auch für die zur Verfügung gestellte Arbeitskraft muß der Gesellschafter von der Gesellschaft entlohnt werden, weil er, wenn er nach dem Rationalprinzip handelt, der Unternehmung nur dann Produktionsfaktoren gibt, wenn er ein angemessenes Äquivalent dafür erzielt. Würde ihm kein Entgelt gewährt, so würde er das Geld und seine Arbeitskraft einem Dritten zur Verfügung stellen, der ihm ein angemessenes Äquivalent dafür geben würde. So wie es nach unserer Auffassung richtig wäre, dem in der eigenen Gesellschaft tätigen Gesellschafter ein "Gehalt" gutzuschreiben und dieses "Gehalt" wie die übrigen Gehälter auch anteilig in den hergestellten Wirtschaftsgütern zu aktivieren, so wäre es auch nach unserer Auffassung richtig, demjenigen, der sein Geld nicht anderen Gesellschaften, sondern der eigenen Gesellschaft zur Verfügung stellt, einen angemessenen Zins gutzuschreiben und diesen Zins in den hergestellten Wirtschaftsgütern anteilig zu aktivieren. Strittig könnte die Aktivierung der Eigenkapitalzinsen nach unserer Auffassung nur dann sein, wenn die Zinsen auf das Eigenkapital bis zum Zeitpunkt der Aktivierung in der Bilanz noch nicht mit Ausgaben verbunden wären. Wie in diesem Fall grundsätzlich entschieden werden könnte, haben wir schon im Zusammenhang mit der Frage der anteiligen Aktivierung des kalkulatorischen Unternehmerlohnes analog ausgeführt.

Der Gewinn oder Verlust der Gesellschaft soll nach unserer Auffassung das Äquivalent für das gute oder schlechte Substituieren und Kombinieren der Produktionsfaktoren der Gesellschaft darstellen, und es ist daher nicht richtig, das Entgelt des einzelnen Gesellschafters für zur Verfügung gestellte Arbeitskraft und für zur Verfügung gestelltes Geld im Residuum der ganzen Gesellschaft zu sehen. Der Gewinn der Unternehmung ist für die Gesellschafter als Entgelt für die allgemeine Risikoübernahme anzusehen, nicht aber als Zins für überlassenes Geld und nicht als Gehalt für überlassene Arbeitskraft.

Nach diesen Ausführungen kommen wir zu dem Ergebnis, daß es zu empfehlen wäre, grundsätzlich sowohl Eigen- als auch Fremdkapitalzinsen in den Eigenleistungen anteilig zu aktivieren (1).

Es ergibt sich nun die Frage, wie diese anteilige Aktivierung in der Praxis durchgeführt werden könnte. Schwierigkeiten ergeben sich z.B. deshalb, weil

- (1) Diese Auffassung entspricht nach unserer Meinung auch am ehesten den steuerrechtlichen Forderungen nach gerechter und gleichmäßiger Behandlung der Steuerpflichtigen. Es ist nämlich grundsätzlich nicht einzusehen, warum eine Unternehmung, die vorwiegend mit Fremdkapital arbeitet, höhere Aktivierungen vornehmen und dadurch höhere Steuerzahlungen leisten sollte als eine Unternehmung, die vorwiegend mit Eigenkapital arbeitet.

die Zinsen, insbesondere die Fremdkapitalzinsen, häufig auf ein unterschiedlich hohes Kapital während des Geschäftsjahres und auch häufig mit verändertem Zinssatz während des Geschäftsjahres zu verrechnen wären. Man kann aber in der Kostenrechnung, von der man bei der Ermittlung der Herstellungswerte ausgeht, im allgemeinen aus Wirtschaftlichkeitsgründen nicht mit effektiven, sondern nur mit kalkulatorischen Zinssätzen rechnen. Bei der Ermittlung der kalkulatorischen Zinssätze empfiehlt es sich, von dem betriebsnotwendigen Kapital auszugehen. Bei einer derartigen Rechnung könnte sich nun ergeben, daß manchmal zu hohe und manchmal zu niedrige kalkulatorische Zinsen im Verhältnis zu den buchhalterischen Zinsen auf die einzelnen Kostenträger verrechnet werden (1), daß also manchmal realisierte Gewinne und manchmal unrealisierte Verluste durch die zu hohe bzw. zu niedrige Aktivierung zum Ausweis gebracht werden. Dies kann man aber nicht verhindern. Man kann allenfalls darauf achten, daß die während der Rechnungsperiode *in s g e - s a m t* verrechneten kalkulatorischen Zinsen nicht höher und nicht niedriger als die buchhalterischen Zinsen sind, für jedes einzelne Wirtschaftsgut kann dies aber nicht erreicht werden. Im Fall, daß Globalabweichungen vorhanden sind, müßte man empfehlen, wie bereits im Zusammenhang mit den Abschreibungen im einzelnen ausgeführt wurde, durch Zu- bzw. Abschläge eine nachträgliche Korrektur der zu aktivierenden Herstellungswerte durchzuführen.

Es ergibt sich nun die Frage, wie das betriebsnotwendige Kapital ermittelt werden soll. Diese Frage ist in der Literatur an den verschiedensten Stellen behandelt worden (2). Am zweckmäßigsten wäre es nach unserer Auffassung, wenn man von einem Status ausgehen würde, in dem sämtliche Posten zu Jahresdurchschnittszahlen aufgenommen würden, um die Saisoneinflüsse, die sich im allgemeinen insbesondere beim Umlaufvermögen bemerkbar machen, auszuschalten. Die Vermögensgüter müßten grundsätzlich mit fortgeführten Wiederbeschaffungspreisen bewertet werden. Zum Zwecke der Aktivierung der selbst hergestellten Wirtschaftsgüter in der Bilanz müßte aber von fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten ausgegangen werden, um keine unrealisierten Gewinne zu berücksichtigen. Aber auch diese Lösung ist

- (1) Unter den buchhalterischen Zinsen werden hier nicht nur die mit Ausgaben verbundenen Fremdkapitalzinsen und die mit Ausgaben verbundenen Eigenkapitalzinsen, sondern auch diejenigen Eigenkapitalzinsen verstanden, die nach unseren früheren Ausführungen als Ausgaben der Unternehmung an die Gesellschafter und gleichzeitige Einlage der Gesellschafter bei der Unternehmung angesehen werden können.
- (2) Vgl. z. B.: Fischer-Hess-Sebauer: Buchführung und Kostenrechnung, 3. Aufl., Leipzig 1943, insbes. S. 296-303. - Kosiol, Erich: Kalkulatorische Buchhaltung, 5. Aufl., Wiesbaden 1953, insbesondere S. 221-223. - Mellerowicz, Konrad: Kosten und Kostenrechnung, II Verfahren, 1. Teil, Berlin 1958, S. 372-410. - Schwantag, Karl: Zins und Kapital in der Kostenrechnung, Frankfurt 1949.

nicht ganz befriedigend, weil z.B. die Zinsen für eine in der Bilanz aktivierte Maschine mit zunehmender Nutzungsdauer immer mehr abnehmen würden und die Wirtschaftsgüter, die auf dieser Maschine hergestellt würden, eigentlich zu einem im Laufe der Zeit immer niedrigeren Herstellungswert ausgewiesen werden müßten. Weil es in der Praxis im allgemeinen nicht möglich bzw. nicht zumutbar ist, am Bilanzerstellungstag genau festzustellen, auf welcher Maschine und zu welcher Zeit auf dieser Maschine ein im Produktionsprozeß befindliches oder ein bereits fertiggestelltes Wirtschaftsgut bearbeitet oder hergestellt worden ist, die mit der Beanspruchung einer einzelnen Maschine entstandenen Kosten also fast nie dem einzelnen Wirtschaftsgut genau zugerechnet werden können, werden nicht die Einzelwerte je Maschine, sondern durchschnittliche Pauschalwerte je Abteilung oder gar durchschnittliche Pauschalwerte je Betrieb verrechnet. Man unterstellt dabei, daß überall in gleichem Maße alte und neue Maschinen vorhanden sind und daß die alten und neuen Maschinen überall gleichmäßig je Kostenträger beansprucht werden.

Bei der Ermittlung der kalkulatorischen Zinsen der abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens könnte aus Wirtschaftlichkeitsgründen von der Hälfte des zu verrechnenden Anschaffungs- bzw. Herstellungswertes abgegangen werden. Hier würde die Zinsbelastung je Maschine immer dieselbe bleiben. Unabhängig davon aber, welche Methode auch angewendet werden mag, so kann doch festgestellt werden, daß es häufig zum Ausweis unrealisierter Gewinne und Verluste in den Herstellungswerten kommen kann, wenn nur mit fiktiven Durchschnittswerten gearbeitet wird.

Nach diesen vorbereitenden Arbeiten könnten alle Posten hinsichtlich ihrer Betriebsnotwendigkeit geprüft werden. Posten, die nicht betriebsnotwendig sind, müßten ausgesondert werden. Hierzu gehören z.B. Grundstücke, die zur Betriebserweiterung in späteren Jahren dienen, stillliegende Anlagen, soweit sie keine Reserveanlagen sind, liquide Mittel, soweit sie über die Optimalliquidität (1) hinaus vorhanden sind, etc. Daß es allerdings hier gelegentlich Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Betriebsnotwendigkeit geben wird, das ist leicht verständlich. Auch ist zu bedenken, daß ein Wirtschaftsgut heute noch betriebsnotwendig sein kann, morgen dagegen schon nicht mehr und umgekehrt. So können z.B. die Ansichten darüber, ob Beteiligungen betriebsnotwendig sind oder nicht, äußerst stritt sein. Man könnte z.B. die Ansicht vertreten, die Beteiligungen gehörten rechnungsmäßig nicht zum betriebsnot-

-
- (1) Unter Optimalliquidität verstehen wir diejenige Liquidität, bei der die höchste Rentabilität erzielt werden kann. Die Optimalliquidität ist erreicht, wenn die Unternehmung stets so viele liquide Mittel hat, wie sie zur derzeitigen Zeit benötigt, um z.B. Löhne und Gehälter zahlen zu können, Skonti ausnutzen zu können

wendigen Vermögen, da die Zinsen sonst doppelt verrechnet würden, nämlich bei der Muttergesellschaft und bei der Tochtergesellschaft. Hiergegen könnte man aber einwenden, daß die Beteiligungen insofern betriebsnotwendig sind, als dadurch z. B. die Verhältnisse im Beschaffungs- und Absatzbereich verbessert werden. Wenn die Beteiligungen als betriebsnotwendiges Vermögen in der Rechnung angesehen werden, dann erhöhen sich zwar die verrechneten Zinsen, den höheren Zinsen können aber z. B. geringere Beschaffungsausgaben gegenüberstehen. Man könnte versuchen, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten dadurch zu beseitigen, daß man dem Beteiligungsvermögen zum Buchwert das zusätzliche, in einer besonderen Rechnung ermittelte Buchvermögen gegenüberstellen würde, das sich ergeben würde, wenn keine Beteiligungen vorhanden waren, und daß man dann nur die sich ergebende Differenz im Status berücksichtigt.

Langfristige Forderungen z. B. dürfte man nach unserer Auffassung nur dann im Status für die Ermittlung der kalkulatorischen Zinsen anzusetzen empfehlen, wenn die Kreditgewährung einem betriebsnotwendigen Zweck entspricht. Die in der Rechnung anzusetzenden Zinsen müßten dann allerdings mit den effektiv erhaltenen Zinsen saldiert werden (analog bei den Beteiligungen).

Um das betriebsnotwendige Kapital zu ermitteln, ist von dem betriebsnotwendigen Vermögen das zinslos zur Verfügung gestellte Kapital abzusetzen. Hierzu zählen z. B. zinslos erhaltene Darlehen und zinslos erhaltene Anzahlungen. Man könnte auch die Meinung vertreten, daß z. B. auch die Verbindlichkeiten zum zinslos zur Verfügung gestellten Kapital gehören. Die Verbindlichkeiten müßten dann auch vom betriebsnotwendigen Vermögen abgezogen werden. Würden die Verbindlichkeiten nicht abgezogen, so würden für die Wirtschaftsgüter, die den Verbindlichkeiten entsprechen und auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen, aber noch nicht bezahlt sind, kalkulatorische Zinsen berechnet, die einen Ausweis unrealisierter Gewinne darstellen könnten, wenn sie anteilig in den Herstellungswerten der zu aktivierenden Eigenleistungen in der Bilanz zum Ausdruck kommen würden.

Hiergegen könnte man aber einwenden, daß nur ein Teil der Verbindlichkeiten als zinsloses Abzugskapital angesehen werden kann, nämlich derjenige Teil der Verbindlichkeiten, der im Falle der Skontoausnutzung noch nicht fällig ist. Für denjenigen Teil der Verbindlichkeiten aber, der bei Skontoausnutzung schon fällig gewesen wäre, können die verlorenen Skonto als quasi-Zinsen angesehen werden.

Eine andere Frage besteht darin, welche Art des Zinssatzes berücksichtigt werden soll. Der branchenübliche Zinssatz ist nach unserer Auffassung besser als der landesübliche Zinssatz geeignet, weil er das Branchenrisiko berücksichtigt. Der Grenzzinssatz ist nicht brauchbar, weil im allgemeinen nur

dann Kapital aufgenommen wird, wenn zumindest die Grenzzinsen verdient werden.

Bisher haben wir nur immer von "Kapital" schlechthin gesprochen, ohne z.B. die unterschiedlichen Zinssätze für langfristig und kurzfristig zur Verfügung gestelltes Kapital zu berücksichtigen. Dies wäre aber zumindest dann notwendig, wenn das Verhältnis von langfristigem Kapital zu kurzfristigem Kapital größeren Veränderungen unterworfen ist. In diesem Zusammenhang ist ein guter Vorschlag von Meier zu erwähnen (1). Er fordert, mit zwei Zinssätzen zu arbeiten, nämlich mit einem Zinssatz für kurzfristiges Kapital und mit einem Zinssatz für langfristiges Kapital. Hierdurch wird allerdings die Rechnung zusätzlich kompliziert.

Schließlich ist bei der Ermittlung des Zinssatzes auch noch die Schwierigkeit der Ermittlung der Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals zu berücksichtigen. Da die Umschlagsgeschwindigkeit häufig nicht exakt ermittelt werden kann, wird auch unter diesem Aspekt die Problematik des Zinssatzes vergrößert.

d) kalkulatorische Wagnisse

Wenn wir die Begriffe "Wagnis" und "Risiko" synonym verwenden, dann können wir unter Wagnis "die Gefahr des Mißlingens einer Leistung" verstehen; "dieses Mißlingen der geplanten Leistung kann begründet sein in einer zufälligen Änderung der Wirtschaftsdaten, auf denen der Plan beruhte, oder in einem Irrtum der wirtschaftenden Menschen über die tatsächlichen Voraussetzungen des Plans und einer mangelhaften Erkenntnis der drohenden Gefahren" (2).

Während die kalkulatorischen Abschreibungen die unterschiedliche Zusammensetzung der Wirtschaftsgüter von Gruppen des Anlagevermögens, der kalkulatorische Unternehmerlohn die Unterschiede, die in der Unternehmungsform begründet sind, und die kalkulatorischen Zinsen die Unterschiede in der Kapitalstruktur beseitigen sollen, besteht bei der Verrechnung der kalkulatorischen Wagniskosten die Absicht, die unterschiedlichen Risiken für die Kostenrechnung gleichnamig zu machen.

In der Kostenrechnung werden die Wagnisse auf verschiedene Weise berücksichtigt. Das allgemeine Unternehmerwagnis wird nicht als Kosten verrechnet.

-
- (1) Meier, A.: Der Betriebsvergleich als Mittel der Rentabilitätsprüfung, Vorlesung im WS 1959/60, Universität Frankfurt.
 - (2) Hax, Karl: Die Betriebsunterbrechungsversicherung, Köln und Opladen 1949, S. 15.

net, da es im allgemeinen nicht bestimmbar ist. Bei versicherten Wagnissen gehen nur die Prämien für das betriebsnotwendige Vermögen in die Kostenrechnung ein. In der Unternehmung ausgleichsfähige Wagnisse werden in den kalkulatorischen Wagniskosten oder als Mehrkosten verrechnet, und zwar als kalkulatorische Wagniskosten (1), wenn sie unregelmäßig anfallen, und als Mehrkosten, wenn sie regelmäßig anfallen (2).

Die Verrechnung auf die Kostenträger wird ebenfalls uneinheitlich gehandhabt. Das allgemeine Unternehmerwagnis wird nicht in den Kosten des Kostenträgers ausgewiesen, sondern durch den Gewinnzuschlag abgedeckt. Die in der Kostenartenrechnung berücksichtigten Kosten werden entweder zuerst auf Kostenstellen und dann auf Kostenträger oder direkt auf die Kostenträger, und zwar entweder als Gruppengemeinkosten oder als Sondereinzelkosten verrechnet.

In den Herstellkosten der Halbfertigfabrikate, Fertigfabrikate sowie der sonstigen aktivierten Eigenleistungen sind regelmäßig nur diejenigen Prämienteile für das betriebsnotwendige Vermögen und diejenigen Teile der kalkulatorischen Wagniskosten bzw. Mehrkosten enthalten, die als Fertigungsmaterial, Materialgemeinkosten, Fertigungslohn, Fertigungsgemeinkosten oder Sonderkosten als Sondereinzelkosten der Fertigung anfallen. Davon werden bei der Aktivierung der aktivierten Eigenleistungen in der Praxis die kalkulatorischen Wagniskosten im allgemeinen nicht in den Herstellungswerten mit ausgewiesen, weil eine Aktivierung der kalkulatorischen Wagniskosten zum Ausweis unrealisierter Gewinne führen würde, wenn die anteilig verrechneten und aktivierten kalkulatorischen Wagniskosten höher als die effektiven waren. Es gilt also hier: die kalkulatorischen Wagniskosten sind in den Herstellkosten anteilig enthalten, im allgemeinen aber nicht in den Herstellungswerten (3).

Nachdem nun untersucht worden ist, wie die sog. kalkulatorischen Kosten hinsichtlich der Aktivierung bei Halbfertigfabrikaten, Fertigfabrikaten und bei sonstigen Eigenleistungen zu behandeln sind, wäre zu prüfen, ob die von der Unternehmung gezahlten Steuern anteilig zu aktivieren sind oder nicht. Es würde zu weit führen, jede der circa 50 Steuerarten einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen. Wir müssen unsere Ausführungen daher auf die wichtigsten Steuerarten beschränken.

-
- (1) in der Form der durchschnittlichen Kosten der vergangenen drei bis fünf Jahre.
 - (2) Ausführungen in Anlehnung an Banse, Karl: Kosten und Kostenrechnung, Vorlesung im WS 1960/61, Universität Frankfurt.
 - (3) Diese allgemeine Handhabung in der Praxis dürfte nach unserer Auffassung nicht gebilligt werden. Die eingetretenen Wagnisse, die mit Ausgaben verbunden sind, müßten anteilig aktiviert werden.

Die Einkommensteuer ist eine Gewinnsteuer. Sie hat grundsätzlich keinen Kostencharakter und darf auch grundsätzlich nicht anteilig in die Herstellungswerte eingerechnet werden (1). Steuerlich zählt die Einkommensteuer nach § 12, Ziff. 3 EStG zu den nicht abzugsfähigen Ausgaben.

In betriebswirtschaftlicher Hinsicht können der Kostencharakter der Körperschaftsteuer und die anteilige Aktivierung in den Herstellungswerten als strittig angesehen werden. Nach unserer Auffassung dürfte die Körperschaftsteuer grundsätzlich nicht zu den Kosten gezählt werden, weil sie vom Gewinn abhängt. Würde man die Körperschaftsteuer als Kosten anerkennen, dann würde man einen Zirkelschluß billigen, man würde Steuern vom Gewinn als Kosten anerkennen, obwohl der Gewinn erst nach Kenntnis der Kosten, die mit Ausgaben verbunden sind, und nach Kenntnis anderer Komponenten ermittelt werden kann.

Würde man die Auffassung vertreten, daß die Ertragsteuern insoweit zu den Kosten gehören, als sie Betriebsausgaben sind, dann könnte man hiergegen einwenden, daß der Begriff "Betriebsausgaben" (vgl. § 4, Abs. IV EStG) nichts mit dem Begriff "Kosten" zu tun hat. Der Begriff "Betriebsausgaben" ist ein steuerbilanzmäßiger, der Begriff "Kosten" ist weder ein handelsbilanzmäßiger noch ein steuerbilanzmäßiger Ausdruck. Wenn auch die Betriebsausgaben rein zufällig mit den Kosten identisch sein können, so ist damit nicht gesagt, daß es dann, wenn es sich um Betriebsausgaben handelt, auch immer um Kosten handeln muß.

Wir kommen dem eigentlichen Problem näher, wenn wir die Frage dahingehend untersuchen, ob die Körperschaftsteuern den betriebswirtschaftlichen Gewinn treffen oder nicht. Da sich der Buchhaltungsgewinn grundsätzlich aus dem kalkulatorischen Gewinn + Zusatzkosten - neutralem Aufwand zusammensetzt, ist dies praktisch eine Frage der Besteuerung der Zusatzkosten. Wenn wir einmal unterstellen, der neutrale Aufwand sei gleich null, in der Handels- und Steuerbilanz seien niedrige Anschaffungswerte, in der Kalkulation hohe Wiederbeschaffungswerte angesetzt, es bestehe eine Differenz in Höhe von 1 000 000 DM, so werden hiervon allein an Körperschaftsteuern 510 000 DM weggesteuert. Werden die Körperschaftsteuern also nicht angesetzt, so sind z.B. die kalkulatorischen Abschreibungen nur für den Fiskus gemacht worden. Loitsberger sieht es daher als gerechtfertigt an, die Körperschaftsteuer anzusetzen, soweit sie die Zusatzkosten und in der Buchhaltung den Gewinn betreffen (2).

(1) Auf eine Ausnahme werden wir später noch eingehen.

(2) Loitsberger, Erich; Bilanzen II, Vorlesung im WS 1960/61, Universität Frankfurt.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Körperschaftsteuer zum Teil real-steuerartigen Charakter hat. Dies zeigt sich insbesondere

- 1) im proportionalen Satz,
- 2) bei der Überwälzung
- 3) in der Abstraktion von persönlichen Verhältnissen

In der Steuerbilanz wird die Körperschaftsteuer nach § 12, Ziff. 2 KStG zu den nicht abzugsfähigen Ausgaben gerechnet.

Die Gewerbesteuer setzt sich aus der Gewerbeertragsteuer, der Gewerbe-kapitalsteuer und der Lohnsummensteuer (1) zusammen.

Die Gewerbeertragsteuer ist eine Steuer vom Gewerbeertrag. Für die Ermittlung des Gewerbeertrags bildet der Gewinn die Grundlage, der nach den Vorschriften des EStG bzw. des EStG und des KStG festgestellt worden ist. Um jedoch in struktureller Hinsicht ungleiche Betriebe hinsichtlich ihrer Steu-erkraft gleichmäßig behandeln zu können, sind zahlreiche Zurechnungen und Kürzungen im Hinblick auf den Gewerbeertrag notwendig (2). Die Gewerbe-ertragsteuer gehört eigentlich nicht zu den Kosten. Es muß jedoch als gerecht-fertigt angesehen werden, die Gewerbeertragsteuern anteilig in die Herstel-lungswerte einzurechnen, soweit sie die Zusatzkosten und in der Buchhaltung den Gewinn betreffen.

Die Gewerbekapitalsteuer, die unter Berücksichtigung von Hinzurech-nungen und Kürzungen vom Einheitswert des Betriebsvermögens zu zahlen ist, gehört nach unserer Auffassung insoweit zu den Kosten, als sie vom Einheits-wert desjenigen Teils des Betriebsvermögens errechnet wird, der betriebsnot-wendig ist.

Besteuerungsgrundlage bei der Lohnsummensteuer ist die Lohnsumme (3). Die Lohnsummensteuer als Aufwandsteuer ist insofern problematisch, als sie arbeitsintensive Betriebe stärker belastet als kapitalintensive. Der Kostencha-rakter der Lohnsummensteuer und eine anteilige Aktivierung in den Herstel-lungswerten ist unbestritten.

Die Umsatzsteuer als eine Verkehrsteuer, die sich wie eine Verbrauchs-steuer auswirkt, hat eindeutigen Kostencharakter. Eine anteilige Aktivierung in den Herstellungswerten kommt jedoch nicht in Frage, da die Umsatzsteu-ern als Sondereinzelkosten des V e r t r i e b s anzusehen sind.

In steuerlicher Hinsicht gehören die Umsatzsteuern zu den Betriebsaus-gaben.

-
- (1) "Die Lohnsummensteuer ist eine Teilsteuern der Gewerbesteuer, die mit Zustimmung der Gemeindeaufsichtsbehörde des Landes neben der Ge-werbesteuer nach dem Gewerbeertrag und nach dem Gewerbekapital er-hoben werden k a n n " (Bülow, a. a. O., S. 327).
 - (2) vgl. § 8 und § 9 GewStG.
 - (3) Die Definition der zu versteuernden Lohnsumme ergibt sich aus § 24 GewStG.

Die Verbrauchsteuern sind ebenfalls Kosten. Ob sie anteilig in den Herstellungswerten aktiviert werden oder nicht, hängt davon ab, wann die Steuerschuld entsteht. Wird die Steuerschuld schon mit der Fertigstellung der Wirtschaftsgüter begründet, dann müßten die Verbrauchsteuern nach unserer Auffassung in den Herstellungswerten der fertiggestellten Wirtschaftsgüter anteilig aktiviert werden. Wird die Steuerschuld dagegen erst dann begründet, wenn die fertiggestellten Wirtschaftsgüter in den Verkehr gebracht worden sind, dann ist eine anteilige Aktivierung in den Herstellungswerten der Halbfertigfabrikate, Fertigfabrikate und der sonstigen aktivierten Eigenleistungen nach unserer Auffassung nicht gerechtfertigt.

Vermögenssteuern gehören betriebswirtschaftlich ebenfalls zu den Kosten, sofern sie auf das betriebsnotwendige Vermögen entfallen. Die Vermögenssteuern müssen auch anteilig (1) aktiviert werden (2).

So wie es mengenmäßige Bestandteile gibt, die zu den Herstellkosten, nicht aber zu den Herstellungswerten bzw. nur mit anderen mengenmäßigen Bestandteilen zu den Herstellungswerten gehören, so gibt es auch mengenmäßige Bestandteile, die nicht in die Herstellkosten eingerechnet werden dürfen, aber als mengenmäßige Bestandteile der Herstellungswerte aktivierungsfähig, bzw. aktivierungspflichtig sind (Fall 1). Darüber hinaus gibt es mengenmäßige Bestandteile, die nach den gesetzlichen Bestimmungen weder in den Herstellkosten, noch in den Herstellungswerten enthalten sein dürfen, nach unserer Auffassung aber unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips eigentlich aktivierungspflichtig sein müßten (Fall 2). Es handelt sich bei diesen beiden verschiedenen Bestandteilen um

1) anteilige Verwaltungskosten

2) anteilige Vertriebskosten

Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind in den Herstellungswerten auch anteilige Verwaltungskosten aktivierungsfähig. Da sie aber nur aktivierungsfähig, nicht aber aktivierungspflichtig sind, werden sie in der Praxis im allgemeinen nicht aktiviert, um einen niedrigeren Gewinn auszuweisen. Nach unserer Auffassung sollte grundsätzlich, hier aber unter allen Umständen, der Unterschied zwischen Aktivierungsfähigkeit und Aktivierungspflicht beseitigt und nur noch die Aktivierungspflicht unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips maßge-

-
- (1) Anteilig heißt hier: Der Teil der Vermögensteuer, der auf den Materialbereich und auf den Fertigungsbereich entfällt, muß grundsätzlich anteilig bei den Eigenleistungen aktiviert werden. Wie der Teil der Vermögensteuer zu behandeln ist, der auf den Verwaltungs- und Vertriebsbereich entfällt, wird später untersucht.
- (2) Nach dem EStG ist die Vermögensteuer als Sonderausgabe abzugsfähig (vgl. § 10, Ziff. 5 EStG). Nach § 12, Ziff. 2 KStG gehört die Vermögensteuer jedoch zu den nicht abzugsfähigen Ausgaben.

bend sein. Die Unternehmungen haben im allgemeinen ohnehin so große Möglichkeiten, den Jahresgewinn zu manipulieren, daß man es grundsätzlich nicht zulassen sollte, schon zum Zeitpunkt des Ausweises der selbst hergestellten Wirtschaftsgüter in der Bilanz stille Reserven legen zu können.

Die Vertriebskosten gehören nach den in der Praxis angewandten Kalkulationsschemata und nach den gesetzlichen Bestimmungen weder zu den Herstellkosten noch zu den Herstellungswerten. Daß eine anteilige Berücksichtigung der Vertriebskosten in den Herstellkosten nicht gerechtfertigt ist, wird wohl unbestritten sein. Nach unserer Auffassung müßten aber in die Herstellungswerte anteilige Vertriebskosten eingerechnet werden. Es dürfte nichts im Wege stehen, diejenigen Vertriebskosten, die nicht erst in der Zukunft anfallen werden, sondern bereits bis zum Zeitpunkt der Aktivierung der Herstellungswerte in der Form von Ausgaben angefallen sind, in die Herstellungswerte anteilig mit einzurechnen.

Ein zusätzliches Problem hinsichtlich der mengenmäßigen Abgrenzung der Herstellungswerte von den Herstellkosten entsteht dann, wenn in die Herstellungswerte der Steuerbilanz andere mengenmäßige Bestandteile eingerechnet werden müssen als in die Herstellungswerte der Handelsbilanz. Dies ist z. B. dann der Fall, wenn in der Handelsbilanz andere Abschreibungen als in der Steuerbilanz verrechnet werden. Auf diese zusätzlichen Probleme soll aber nicht in allen Einzelheiten eingegangen werden.

Um die im Verhältnis zur Handelsbilanz zusätzlichen Arbeiten hinsichtlich der Ermittlung der aktivierten Eigenleistungen für die Steuerbilanz zu vermeiden, ist in der Praxis auch vielfach der Entschluß gefaßt worden, die für die Steuerbilanz festgesetzten Vorschriften auch in der Handelsbilanz anzuwenden. Hierdurch wurde z. B. die Kostenrechnung immer mehr von den Steuervorschriften beeinflusst. Dies ist ein Zustand, der keineswegs begrüßenswert ist, denn die Kostenrechnung sollte nach unserer Auffassung objektiv sein und objektiv bleiben. Hier zeigt sich wieder einmal mehr, daß es dringend notwendig ist, die handelsbilanzmäßigen und die steuerbilanzmäßigen Vorschriften mehr anzugleichen.

Es ist bereits ausgeführt worden, daß die Kostenrechnung verschiedene Aufgaben zu erfüllen hat. Unmöglich ist es, die Kostenrechnung hinsichtlich der Bewertung der Kosten so zu gestalten, daß sie allen Aufgaben in gleichem Maße gerecht werden kann. Wollte man dies fordern, dann müßte man mehrere Rechnungen in einem Betrieb durchführen, denn hinsichtlich der Bewertung der Kosten zur Erfüllung der verschiedenen Aufgaben müßte bald von Zukunftswerten, bald von Gegenwartswerten, bald von Vergangenheitswerten, bald von festen Verrechnungspreisen... ausgegangen werden. Aus Wirtschaftlichkeitsüberlegungen ist es jedoch nicht möglich, mehrere Kostenrechnungen

durchzuführen. In der Praxis wird daher im allgemeinen die Bewertung der Kosten im Hinblick auf die Erfüllung der jeweils vorrangigen Aufgabe der Kostenrechnung in der betreffenden Unternehmung vorgenommen. Die in den einzelnen Unternehmungen jeweils vorrangigen Aufgaben der Kostenrechnung können verschieden sein. Sie rechtfertigen aber im allgemeinen alle ein Rechnen mit Wiederbeschaffungspreisen (1). Da die Wiederbeschaffungspreise jedoch häufig nur unter Schwierigkeiten und häufig auch nur ungenau ermittelt werden können, begnügt man sich gelegentlich mit Preisen, die den Wiederbeschaffungspreisen angenähert sind (2).

Die in der Regel in der Praxis als nicht vorrangig angesehenen Aufgaben der Kostenrechnung, so z. B. die Bewertung der selbst hergestellten und zu aktivierenden Wirtschaftsgüter, können bei einer derartigen Bewertung häufig nur fragmentarisch oder überhaupt nicht erfüllt werden. Daß die Rechnung im allgemeinen selbst dann ungenau wird und daß es selbst dann zum Ausweis unrealisierter Gewinne und Verluste kommen kann, wenn man z. B. globale Abschläge von den Wiederbeschaffungswerten oder von den Werten berücksichtigt, die diesen angenähert sind, das braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Um den Ausweis unrealisierter Gewinne zu vermeiden, dürfte bei der Ermittlung der Herstellungswerte grundsätzlich nur von den effektiven Anschaffungs- oder Herstellungswerten bzw. von den diesen entsprechenden fortgeführten Werten ausgegangen werden. Es müßten die Vorschriften des Niederstwertprinzips beachtet werden. Als Abfassungsprinzipien dürften nur diejenigen angewandt werden, die den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen. Deshalb wird in der Regel nicht das in der Kostenrechnung häufig angewandte LIFO-Verfahren zur Anwendung kommen dürfen.

Diese Überlegungen zeigen deutlich, daß die allgemeine Kostenrechnung nicht ausreicht, um die richtigen Herstellungswerte ermitteln zu können. Es ist daher notwendig, die Herstellungswerte der in der Bilanz auszuweisenden Wirtschaftsgüter in einer besonderen Rechnung zu ermitteln.

Bei der sogenannten Ist-Kostenrechnung werden grundsätzlich die "tatsächlich angefallenen Einzelkosten und die tatsächlich angefallenen Gemeinkosten" in der Kostenrechnung verrechnet. Wesentlich an dieser Rechnung ist, daß die **E i n z e l k o s t e n** in der Höhe verrechnet werden, in der sie angefallen sind, denn die Einzelkosten unterliegen z. B. im Falle von Beschäftigungsänderungen im allgemeinen weit größeren Schwankungen als die Gemeinkosten.

-
- (1) Der Ansatz von Wiederbeschaffungspreisen ist z. B. für den zwischenbetrieblichen Vergleich, für die Preisstellung und für manche unternehmerischen Dispositionen am besten geeignet.
 - (2) Man wendet z. B. das LIFO-Prinzip in der Kostenrechnung an.

Wenn es auch Einzelkosten gibt, die fix und wenn es auch Gemeinkosten gibt, die variabel sind, so können doch im allgemeinen die Einzelkosten mehr als variable und die Gemeinkosten mehr als fixe Kosten angesehen werden.

Obwohl man in der Literatur und in der Praxis in diesem Zusammenhang immer von der Ist-Kostenrechnung spricht, gibt es hier verschiedene Kostenarten, die nicht mit den effektiven Kosten, d.h. den Ist-Kosten, sondern mit autonom von der Betriebsleitung festgesetzten Mengen bzw. Preisen in der Kostenrechnung ausgewiesen werden. Dies kann z.B. bei den Abschreibungen, bei den Materialkosten, bei den Wagniskosten, bei den Urlaubslöhnen etc. der Fall sein. Da also auch in der als Ist-Kostenrechnung bezeichneten Art der Kostenrechnung Planzahlen verrechnet werden, wäre es besser von "modifizierter Ist-Kostenrechnung" oder von "sogenannter Ist-Kostenrechnung" zu sprechen. Um keine unrealisierten Gewinne und Verluste bei den selbst hergestellten und aktivierungspflichtigen Wirtschaftsgütern auszuweisen, müßten nach unserer Auffassung in der sogenannten Ist-Kostenrechnung die Abweichungen festgestellt und bei dem Ansatz der Herstellungswerte entsprechend berücksichtigt werden.

Darüber hinaus wird aber die Ermittlung der Herstellungswerte auch in den Fällen häufig problematisch, daß bei der sogenannten Ist-Kostenrechnung keine Abweichungen von den effektiven Kosten entstehen bzw. daß diese Abweichungen richtig verrechnet werden könnten und auch richtig verrechnet werden. Die Umlage der Kostenarten auf Kostenstellen, die Reihenfolge der Umlage der Kosten von Kostenstellen auf andere Kostenstellen, insbesondere bei gegenseitigem Leistungsaustausch, der Ausgleich der Kostenstellen bei gegenseitigem Leistungsaustausch, die Umlage der Kosten der Kostenstellen auf die Kostenträger etc. bereiten häufig große Schwierigkeiten. In der Praxis ist es bei der Anwendung von wirtschaftlichen Verfahren nicht möglich, einen Ausweis von unrealisierten Gewinnen und Verlusten in den aktivierten Herstellungswerten völlig zu vermeiden. Zwar haben wir die zuletzt dargestellten Fälle bereits bei der Problematik der mengenmäßigen Abgrenzung der Herstellungswerte von den Herstellkosten behandelt, sie mußten aber hier nochmals erwähnt werden, weil in die Herstellungswerte auch solche Posten eingerechnet werden müssen, die kein Mengengerüst haben.

In der Praxis werden die Kosten der verschiedenen Gemeinkostengruppen häufig nicht mit ihren effektiven Werten, sondern mit Werten auf Grund ermittelter Normalzuschlagssätze verrechnet, d.h. es werden auf die tatsächlichen Einzelkosten als Basis Gemeinkosten auf Grund der Normal-Zuschlagssätze verrechnet. Dies geschieht im wesentlichen aus zwei Gründen :

- 1) um die Gemeinkostenzuschlagssätze nicht dauernd ändern zu müssen,
- 2) um die Monats- bzw. Vierteljahresrechnung möglichst schnell durchführen zu können und nicht erst die Erstellung des BAB abwarten zu müssen.

Zwischen den gemäß dem BAB (Betriebsabrechnungsbogen) von Klasse 4 auf Klasse 5 weiterverrechneten sogenannten Ist-Kosten und den von Klasse 5 auf Klasse 6 weiterverrechneten Normalkosten entstehen dann im allgemeinen Differenzen (1). Diese in der Form der sogenannten Kostenüberdeckung oder in der Form der sogenannten Kostenunterdeckung entstehenden Differenzen werden in der Praxis im allgemeinen in die Klasse 9 (Betriebsergebniskonto), gelegentlich auch fälschlich in die Klasse 2 (Abgrenzungskonto) gebucht. Diese Regelung muß insofern als problematisch angesehen werden, weil die Über-/Unterdeckungen nicht den Kostenträgern zugerechnet werden und insofern falsche Herstellkosten und falsche Herstellungswerte ermittelt werden. Im Falle der Kostenüberdeckung, bei der mehr Kosten auf die Kostenträger verrechnet worden als tatsächlich entstanden sind, kommt es zum Ausweis unrealisierter Gewinne bei den in der Bilanz aktivierten Eigenleistungen. Im umgekehrten Fall der Kostenunterdeckung werden stille Reserven gebildet.

Hinsichtlich der Bewertung der selbst hergestellten Wirtschaftsgüter in der Bilanz ist die sogenannte Ist-Kostenrechnung der Normal-Kostenrechnung vorzuziehen, weil die sogenannte Ist-Kostenrechnung sowohl im Falle der Unterbeschäftigung als auch im Falle der Überbeschäftigung gewinnausgleichende Wirkung hat. Im Falle der Unterbeschäftigung ist es zu empfehlen, bei Anwendung der sogenannten Ist-Kostenrechnung besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß keine Leerkosten aktiviert werden.

Wir haben gesehen, welche Problematik sich hinsichtlich der Ermittlung der Herstellungswerte bei der sogenannten Ist-Kostenrechnung ergibt, wir haben festgestellt, um wieviel größer die Problematik der Ermittlung der Herstellungswerte bei der Normal-Kostenrechnung ist. Noch größere Schwierigkeiten ergeben sich im allgemeinen bei der Anwendung der Plankostenrechnung (2). Unter Plankostenrechnung verstehen wir nach Loitlsberger (3) "eine in sich kontrollierte Dauerrechnung zur Ermittlung und Zurechnung der Abweichungen der tatsächlich angefallenen Kosten von den vorgegebenen Kosten in den Kostenstellen und den Kostenarten, bei denen Unwirtschaftlichkeitsmög-

-
- (1) Es wurde hier vom Erlaßkontenrahmen bzw. vom Gemeinschaftskontenrahmen ausgegangen.
 - (2) Auf die besondere Problematik der Ermittlung der Herstellungswerte bei Anwendung anderer Teilkostenkalkulationen, so z.B. bei Anwendung des Direct-Costing-Verfahrens, der Grenzplankostenrechnung, der Grenzkostenkalkulation, der Differentialkalkulation, der Staffelnkalkulation, der Prozentualkalkulation ... soll nicht näher eingegangen werden.
 - (3) Loitlsberger, Erich; Plankostenrechnung, Vorlesung im SS 1958, Universität Frankfurt.

lichkeiten bestehen und bei der die nicht kontrollierten Kostenstellen und Kostenarten global abgerechnet werden". Sie dient als Verantwortlichkeitsrechnung insbesondere der Wirtschaftlichkeitskontrolle (1) (2).

Abgesehen von den allgemeinen Schwierigkeiten der Feststellung der Planungsalternativen in sämtlichen Bereichen und der Festlegung der Planungsentscheidungen und abgesehen von den Schwierigkeiten bei der speziellen Planung, d. h. hier der Kostenplanung (Basisplanung und Soll-Kostenermittlung) und Ist-Kostenermittlung ergeben sich hinsichtlich der Ermittlung der Herstellungswerte insbesondere dadurch Schwierigkeiten, daß heute in der Praxis im allgemeinen der kostenstellenorientierten Planung der Vorzug vor der kosten-trägerorientierten Planung gegeben wird, daß aber die anteiligen Abweichungen als Abweichungen zwischen den jeweiligen Planwerten und die Abweichungen zwischen den jeweiligen Plan- und Ist-Werten ermittelt und anteilig in die Herstellungswerte eingerechnet werden müssen.

Selbst dann, wenn die mehrfach flexible Plankostenrechnung (3) in dem Sinne angewendet wird, daß die Preisabweichungen, Verbrauchsabweichungen, Beschäftigungsabweichungen, Verfahrensabweichungen und Auftragsabweichungen ermittelt und die Abweichungen auf die Kostenträger verrechnet werden, ergeben sich im Verhältnis zu den bisher dargestellten Schwierigkeiten zusätzlich mehrfache Möglichkeiten, daß unrealisierte Gewinne oder Verluste ausgewiesen werden.

So entstehen z. B. im Falle der Preisabweichung, die sich aus der Differenz zwischen dem Effektivwert und dem Verrechnungswert ergibt, unrealisierte Gewinne, wenn der Verrechnungswert höher angesetzt wurde als der Effektivwert war.

-
- (1) Nach der in der Praxis gelegentlich vertretenen Meinung ist die Plankostenrechnung auch als Instrument der Betriebslenkung und als vereinfachte Abrechnungsmethode geeignet. Dieser Meinung können wir uns aber nicht anschließen, wenn wir den hohen Abstraktionsgrad der Plankostenrechnung und die Tatsache berücksichtigen, daß die Plankostenrechnung nicht die sogenannte Ist-Kostenrechnung ersetzt, sondern vielmehr eine gute sogenannte Ist-Kostenrechnung voraussetzt.
 - (2) Die Anwendung der Plankostenrechnung ist indessen an einige Voraussetzungen geknüpft. Hier wären z. B. notwendige Voraussetzungen in der Betriebsstruktur (gewisse Betriebsgröße, nicht allzu differenziertes Produktionsprogramm, möglichst Reihenfertigung oder automatische Fertigung) und notwendige innerbetriebliche Voraussetzungen (gut ausgebaute sogenannte Ist-Kostenrechnung, gute Organisation, Kostenstellengliederung nach Verantwortungsbereichen) zu nennen.
 - (3) Eine voll flexible Plankostenrechnung im wahren Sinne des Wortes ist nicht durchführbar, da es viele Kosteneinflußgrößen gibt und die Berücksichtigung sämtlicher Kosteneinflußgrößen unwirtschaftlich wäre, und da es nicht möglich ist, den Einfluß jeder einzelnen Kosteneinflußgröße auf die Kosten zahlenmäßig exakt zu erfassen.

Im Falle der Beschäftigungsabweichung (1) werden unrealisierte Gewinne ausgewiesen, wenn die Beschäftigung über der Normalbeschäftigung (2) liegt. Im Falle einer Verfahrensabweichung (3) können im allgemeinen keine unrealisierten Gewinne in die Herstellungswerte eingerechnet werden, weil man im allgemeinen unterstellen kann, daß das beste Verfahren bei der Planung zu Grunde gelegt worden ist und jede Abweichung vom vorgesehenen Verfahren mit einer Verteuerung verbunden ist.

Im Falle der Auftragsabweichung (4) könnte es zum Ausweis unrealisierter Gewinne kommen, wenn die geplante Auftragsgröße kleiner als die optimale und kleiner als die tatsächlich verrechnete ist.

Unsere Ausführungen haben gezeigt, wie schwierig und problematisch die Ermittlung und der Ausweis der Herstellungswerte der Halbfertigfabrikate, Fertigfabrikate und der sonstigen aktivierten Eigenleistungen ist. Es wird hierdurch nur allzu deutlich, wie schwierig und problematisch die Gewinnermittlung ist und mit welchen Problemen z.B. die Wirtschaftsprüfer bei den freiwilligen oder pflichtgemäßen Prüfungen (5) zu kämpfen haben.

Nachdem die Entstehung der realisierten Gewinne und ihre Behandlung nach dem reinen Realisationsprinzip (Realisationsrechnung) dargestellt worden sind, war es notwendig, auf die Ausgangspunkte in der Realisationsrechnung,

- (1) Unter Beschäftigungsabweichungen verstehen wir die Differenz zwischen den verrechneten Plankosten und den Sollkosten.
- (2) Bei der Ermittlung der Planbeschäftigung kann z.B. von der Herstellkapazität (Maximalkapazität, Optimalkapazität, Normalkapazität, erwartete Kapazität, Durchschnittskapazität der Vergangenheit) oder von der Absatzkapazität ausgegangen werden. Im allgemeinen ist es am zweckmäßigsten, von der Normalkapazität auszugehen.
- (3) Die Verfahrensabweichung ergibt sich als Differenz aus den geplanten Kosten des geplanten ersten Verfahrens und den geplanten Kosten des geplanten zweiten Verfahrens. Sie kann nur dann genau ermittelt werden, wenn eine Kostenplatzrechnung, d. h. eine Platzkostenrechnung innerhalb der Plankostenrechnung, eingeführt ist.
- (4) Die Auftragsabweichung ergibt sich aus der Differenz zwischen den geplanten Kosten der geplanten Auftragsgröße und den Kosten der tatsächlichen Auftragsgröße.
- (5) Loitsberger versteht unter einer Prüfung eine einmalige, durch eine Prüfungsordnung prازیerte, von einem Prüfer planmäßig durchgeführte Veranstaltung, die - auf geistigen Arbeitsleistungen aufgebaut - in einem Vergleich eines zu prüfenden Objekts mit einem Vergleichsobjekt und in einer anschließenden Urteilsbildung besteht (Loitsberger, Erich: Wirtschaftsprüfung I, Vorlesung im WS 1959/60, Universität Frankfurt).

nämlich auf die Anschaffungs- und Herstellungswerte, näher einzugehen. Wir haben festgestellt, daß die Ermittlung der Anschaffungswerte und die Ermittlung der Herstellungswerte als Ausgangspunkte für die Rechnung in mancher Hinsicht problematisch ist und daß die Realisationsrechnung der Gewinne daher auch in mancher Hinsicht als problematisch angesehen werden muß.

Die Realisationsrechnung umfaßt aber nicht nur die Realisationsrechnung der Gewinne (1. Teilbereich), sondern auch die Realisationsrechnung der Verluste (2. Teilbereich). Mit der Realisationsrechnung der Verluste haben wir uns bis jetzt noch nicht beschäftigt. Dies soll nun in dem folgenden Teil unserer Untersuchung geschehen, um dann anschließend die Realisationsrechnung richtig würdigen zu können.

b Realisierte Verluste - Ihre Entstehung und ihre Behandlung

Realisierte Verluste entstehen grundsätzlich dadurch, daß ein Wirtschaftsvorteil hingegeben und ein kleinerer Wirtschaftsvorteil hingenommen oder daß ein Wirtschaftsnachteil hingegeben und an dessen Stelle ein größerer Wirtschaftsnachteil hingenommen wird. Realisierte Verluste können also nur dann entstanden sein, wenn ein Nachteil gegenüber einem früheren Zustand eingetreten ist. In der Regel wird dieser Nachteil dadurch hervorgerufen, daß die Unternehmung auf ihrem Absatzmarkt weniger Geld erhalten hat als sie selbst zur Anschaffung oder Herstellung des Wirtschaftsgutes aufwenden mußte. Um einen realisierten Verlust ermitteln zu können, muß also in der Regel bekannt sein, wie hoch der Wirtschaftsvorteil ist, der für die Unternehmung auf Grund der Veräußerung entstanden ist, und wie groß der Wirtschaftsvorteil war, der für die Unternehmung auf Grund der Anschaffung oder Herstellung entstand.

Der Wirtschaftsvorteil auf Grund der Veräußerung ist im allgemeinen relativ leicht zu ermitteln (1). Hinsichtlich der Ermittlung des Wirtschaftsvorteils auf Grund der Anschaffung oder Herstellung ergeben sich die gleichen Schwierigkeiten, die bereits im vorangegangenen Abschnitt dargestellt worden sind. Zwar wird häufig nicht mehr von den ursprünglich aktivierten Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten, sondern von fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten auszugehen sein, hierdurch wird aber die Problematik nicht gemindert, sondern sogar vergrößert, weil nun auch noch die Problematik zusätzlich entsteht, die sich aus der Ermittlung der fortgeführten Werte aus den ursprünglich aktivierten Werten ergibt.

Die realisierten Verluste sind ebenfalls wie die realisierten Gewinne in der Bilanz auszuweisen. Schmidlin sagt (2): "Grundsätzlich sind sämtliche

(1) Auf die Schwierigkeiten der periodengerechten Zuordnung werden wir später eingehen.

(2) Schmidlin, a. a. O., S. 41-42.

erlittenen (realisierten) Geschäftsverluste abzugsfähig. Voraussetzung ist, dem Prinzip der Periodizität entsprechend, daß sie in dem der Bemessung dienenden Geschäftsjahr eingetreten und verbucht worden sind". Durch den Verlust des einzelnen Geschäfts wird unter den anfangs gesetzten Prämissen ein verminderter Gesamtgewinn in der Bilanz ausgewiesen und damit der effektiven Minderung an wirtschaftlicher Verfügungsmacht und der effektiven Minderung der steuerlichen Leistungsfähigkeit Rechnung getragen.

Nachdem Ausführungen über die Entstehung und Behandlung der realisierten Gewinne und Verluste gemacht worden sind, nachdem also das reine Realisationsprinzip dargestellt worden ist, bedarf es einer kritischen Würdigung dieses Realisationsprinzips. Diese soll nun im folgenden Teil durchgeführt werden.

2 Kritik des reinen Realisationsprinzips

Das reine Realisationsprinzip hat den Vorteil, daß es im Verhältnis zu den anderen Gewinnausweisprinzipien leichter kontrollierbar und auch "besonders sicher und frei von Willkür ist" (1). Zwar muß der Ausweis der ermittelten Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte und damit der Ausgangspunkt der Aufwandsrechnung gelegentlich bzw. häufig als problematisch angesehen werden, doch steht der sorgfältig ermittelte Anschaffungs- bzw. Herstellungswert allen sonstigen für den Bilanzausweis möglichen Werten im allgemeinen "an Sicherheit und Willkürfreiheit weit voran" (2).

Zwar bereitet auch die Ertragsermittlung, insbesondere die perioden- und auftragsgerechte Ertragsermittlung, nach dem reinen Realisationsprinzip häufig Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten sind aber wesentlich geringer im Verhältnis zu denjenigen, die bei der Anwendung von Gewinnausweisprinzipien entstehen, nach denen auch unrealisierte Gewinne im Wertansatz berücksichtigt werden.

Die Behauptung Schmalenbachs, das reine Realisationsprinzip habe auch den Vorteil, "daß es verhältnismaßig frei von Enttäuschungen ist" (3), gilt im allgemeinen nur für die Ertragsseite und hier auch nur dann, wenn der Zeitpunkt des Zahlungseingangs als frühester Zeitpunkt der Ertragsrealisation angesehen

(1) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 173-175, hier S. 173.

(2) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 173.

(3) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 173.

wird (1) (2). Für die Behauptung Schmalenbachs, daß sich das reine Realisationsprinzip "für Verteilungsrechnungen gut eignet" (3) gelten nach unserer Auffassung die gleichen Einschränkungen.

Ein Nachteil des reinen Realisationsprinzips kann darin gesehen werden, daß bei streng konsequenter Anwendung dieses Prinzips im Grunde genommen keine Erfolgsrechnung, sondern eine Realisationsrechnung durchgeführt wird, in der die realisierten Gewinne und Verluste im Verhältnis zu den verursachten Gewinnen und Verlusten später und häufig auch in anderer Höhe ausgewiesen werden. Diese Diskrepanz ist dann bedeutend, wenn die Verursachung und die Realisation nicht in derselben Rechnungsperiode eintreten, weil in diesem Falle der verursachte Gewinn/Verlust einer Rechnungsperiode u.U. erheblich von dem realisierten Gewinn/Verlust dieser Rechnungsperiode abweichen kann.

Wenn wir zunächst nur die unrealisierten Verluste betrachten, die bei der Anwendung des reinen Realisationsprinzips unberücksichtigt bleiben, so kann unter diesem Gesichtspunkt festgestellt werden, daß die Anwendung des reinen Realisationsprinzips zu falschen Maßnahmen führen kann.

Schmalenbach sagt hierzu (4) - "Ich habe nicht selten Gelegenheit gehabt zu sehen, daß dringende Veränderungen, besonders ein dringend gewordenes Abstoßen entwerteter Güter oder ein dringendes Niederreißen abständiger Anlagen behindert wurde durch die Vorstellung, daß die Dinge so viel Geld gekostet hatten; es lag der Gedanke zu Grunde, daß erst das Abstoßen oder Niederreißen den Verlust zu einem faktischen mache, während er in Wirklichkeit längst vorhanden war".

Rieger (5) sagt hierzu : "Der Verlust ist nicht erst bei der Aufmachung der Bilanz entstanden, sondern im Laufe des Jahres, und er wird durch sie nur konstatiert. Vielleicht war er in einem bestimmten Moment sogar größer als jetzt. Er kann also auch nicht erst bei oder nach der Bilanz 'gedeckt' werden, ... sondern, wenn die Untemehmung den Zeitpunkt der Bilanzerstellung erleben will, muß er schon vorher gedeckt sein".

-
- (1) Hierauf werden wir später noch genauer eingehen.
 - (2) In den USA wird der Ertrag als realisiert angesehen, "wenn die Fertigware den Betrieb verläßt und in das Lager überführt wird" (Hax, Karl; Die Betriebsunterbrechungsversicherung, Köln-Opladen 1949, S. 167).
In England gilt der Ertrag zum Zeitpunkt der Rechnungserteilung als realisiert. Diese Auffassung entspricht auch der herrschenden Auffassung in Deutschland (6) (Hax, Betriebsunterbrechungsversicherung, S. 168).
 - (3) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 173.
 - (4) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 174.
 - (5) Rieger, Privatwirtschaftslehre, S. 302.
 - (6) Wir werden später mehrere Zitate anführen, die diese Behauptung in ihrer Richtigkeit bestätigen.

Wenn die verursachten, aber noch unrealisierten Verluste nicht in der Bilanz berücksichtigt werden, dann wird ein Gewinn ausgewiesen, der eigentlich nicht ausgewiesen werden dürfte, weil erstens die geminderte wirtschaftliche und steuerliche Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden muß und weil zweitens nicht bekannt ist, ob den unrealisierten Verlusten zum Zeitpunkt ihrer Realisation in gleicher oder anderer Höhe auf der *e i n e n* Seite in gleicher oder anderer Höhe und zum gleichen Zeitpunkt *ü b e r h a u p t* realisierte Gewinne bzw. solche realisierten Gewinne auf der *a n d e r e n* Seite gegenüberstehen, die zur selben Zeit wie die realisierten Verluste verursacht waren.

Würden die unrealisierten Verluste nicht berücksichtigt, dann würden durch den höheren Gewinnausweis die Aktionäre u.U. zu höheren Dividendenforderungen, die Belegschaftsangehörigen u.U. zu höheren Lohn- und Gehaltsforderungen, der Fiskus zu höheren Steuerforderungen veranlaßt. Die Gläubiger, die Unterehmungsleitung und sonstige Kreise könnten u.U. andere Dispositionen treffen als sie bei Kenntnis der wirklichen Sachlage getroffen hätten. Diese knappen Ausführungen zeigen schon hinreichend, welche unheimlichen Folgen eintreten können, wenn die verursachten, aber noch unrealisierten Verluste in der Bilanz keine Berücksichtigung finden. Diese evtl. eintretenden Nachteile übertreffen die Vorteile des reinen Realisationsprinzips. Unsere Forderungen gehen deshalb dahin, der geminderten wirtschaftlichen und steuerlichen Leistungsfähigkeit Rechnung zu tragen und die unrealisierten Verluste in der Bilanz zu berücksichtigen. Diese Forderungen entsprechen auch dem imparitatischen Realisationsprinzip. Dieses wollen wir nun darstellen und kritisieren.

B Die Höhe des Gewinnausweises nach dem imparitatischen Realisationsprinzip

1 Darstellung des imparitatischen Realisationsprinzips

a Das reine Realisationsprinzip als Teilgrundlage des imparitatischen Realisationsprinzips

Nach dem reinen Realisationsprinzip werden nur realisierte Gewinne und realisierte Verluste in der Bilanz ausgewiesen. Das imparitatische Realisationsprinzip berücksichtigt, wie bereits ausgeführt wurde, neben realisierten Gewinnen und realisierten Verlusten auch unrealisierte Verluste in der Bilanz. Insofern stellt das reine Realisationsprinzip eine Teilgrundlage des imparitatischen Realisationsprinzips dar.

Weil der Ausweis der realisierten Gewinne und realisierten Verluste bereits dargestellt und kritisiert worden ist, kann an dieser Stelle auf frühere Ausführungen verwiesen werden.

Zur Darstellung und Kritik des imparitatischen Realisationsprinzips bedarf es daher nur noch einer kritischen Untersuchung hinsichtlich des Ausweises der unrealisierten Verluste, die nach dem imparitatischen Realisationsprinzip in der Bilanz berücksichtigt werden sollen, und einer kritischen Untersuchung hinsichtlich des Ausweises des Pendants zu den unrealisierten Verlusten, nämlich hinsichtlich des Ausweises der unrealisierten Gewinne, die nach dem imparitatischen Realisationsprinzip in der Bilanz nicht berücksichtigt werden dürfen.

b Unrealisierte Verluste - Ihre Entstehung und ihre Behandlung

Die in der Bilanz einer Unternehmung ausgewiesenen Wirtschaftsgüter können durch Geldwertänderungen, Bestandsänderungen oder Preisänderungen im Zeitablauf hinsichtlich ihres Wertes steigen, sinken oder unverändert bleiben. Geldwertänderungen haben wir gemäß den gesetzten Prämissen bisher ausgeschlossen. Bestandsänderungen können insofern unberücksichtigt bleiben, als wir in unserer Betrachtung von einem einzelnen Wirtschaftsgut in der Bilanz ausgehen. Unrealisierte Verluste an einem einzelnen Wirtschaftsgut entstehen dann dadurch, daß der Tageswert unter den Wert des auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesenen Wirtschaftsgutes sinkt bzw. daß der Tageswert über den Wert des auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesenen Wirtschaftsgutes steigt.

Gelegentlich entstehen unrealisierte Verluste auch schon dann, wenn die Wirtschaftsgüter, die später veräußert werden sollen, überhaupt noch nicht angeschafft oder hergestellt sind, wenn aber bereits feststeht bzw. vermutet wer-

den muß, daß die späteren Gegenwerte trotz einer ordnungsgemäßen Veräußerung niedriger sein werden als die späteren Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte (1). Dies gilt sinngemäß auch für die auf der Passivseite der Bilanz ausweispflichtigen Wirtschaftsgüter, bei denen unrealisierte Verluste entstehen können, so z. B. bei Valutaverbindlichkeiten und Rückstellungen (2).

Hinsichtlich der Behandlung der unrealisierten Verluste in der Bilanz bestanden lange Zeit Meinungsverschiedenheiten (3). Heute wird der Ausweis der unrealisierten Verluste in der Bilanz fast einstimmig gefordert. Die Begründungen, warum die unrealisierten Verluste berücksichtigt werden müssen, sind allerdings verschieden.

Bereits in der sachlichen Grundlegung ist auf die Notwendigkeit einer möglichst genauen Periodengewinnermittlung hingewiesen worden. Würde diese Forderung unbeachtet bleiben, dann könnte sich dies z. B. äußerst nachteilig für die Gläubiger der Unternehmung auswirken, weil Aufwandsbuchungen u. U. erst in späteren Rechnungsperioden vorgenommen würden. "Der Einwand, daß die Einbuchung dann das Ergebnis des späteren Jahres verschlechtern würde, ist nicht stichhaltig, denn dieses spätere Jahr könnte von Haus aus (also ohne diese nachträgliche Einbuchung) mit einem Verlust schließen und damit von Anfang an keine Entnahmemöglichkeit bieten, so daß die durch die Nichteinbuchung gewonnene seinerzeitige Entnahmemöglichkeit eine Schmälerung des haftenden Vermögens bedeutet hat. Um eine derartig konstruierte Entnahmemöglichkeit zu verhindern, hat die Betriebswirtschaftslehre nicht nur den Grundsatz der periodengenauen Erfolgsermittlung, sondern sogar das impartitatische Realisationsprinzip

- (1) Es handelt sich hier um sog. schwebende Geschäfte, auf die wir später noch ausführlich zu sprechen kommen.
- (2) Im § 131 AktGes wird von "Rückstellungen für ungewisse Schulden" gesprochen. Diese Definition ist mit dem materiellen Bilanzbegriff nicht vereinbar. Unter Rückstellungen sind alle Wirtschaftsnachteile zu verstehen, welche die gegenwärtige Rechnungsperiode zu tragen hat und die der Art nach bekannt, in ihrer Höhe und/oder Fälligkeit aber noch nicht bekannt sind. Diese Definition läßt neben den Verlustrückstellungen auch Aufwandsrückstellungen zu, die steuerlich nicht anerkannt werden. Unter Verlustrückstellungen werden dabei Rückstellungen zur Abdeckung von Risiken verstanden, bei denen der Schaden noch nicht eingetreten ist. Aufwandsrückstellungen sind Rückstellungen für Aufwendungen, die erst später zu Ausgaben werden, deren Höhe aber noch unbekannt ist. Als Anschaffungswert für die Rückstellungen gilt in der Regel der Entstehungsschätzwert, d. h. der Wert, den man im Zeitpunkt der Entstehung der Rückstellung hätte aufwenden müssen, um dem rückstellungspflichtigen Tatbestand zu genügen. In der Praxis werden im allgemeinen nur am Geschäftsjahresende zum Zwecke des Ausweises in der Bilanz Rückstellungen gebildet. Anschaffungswert und Tageswert fallen also hier in der Regel zusammen. Damit befinden sich die Rückstellungen im allgemeinen "im Schlepptau der Bilanzpolitik" (4).
- (3) Vgl. die bereits im Zusammenhang mit den Bilanztheorien dargestellten Auffassungen.
- (4) Loitsberger, Erich; Bilanzen II, Vorlesung im WS 1960/61, Universität Frankfurt.

entwickelt" (1).

Schäfer sagt (2) : "Die mehr oder weniger klare Erkenntnis, daß eine exakte, zweifelsfreie Ermittlung des Periodenerfolgs höchstens in seltenen Sonderlagen möglich ist, hat zu der praktischen Folgerung geführt, daß man den Erfolg in Zweifelsfällen lieber zu niedrig als zu hoch errechnet. Das liegt einmal im allgemeinen Interesse, insbesondere im Interesse der Gläubiger des Unternehmens. Denn es wird dadurch vermieden, daß etwas als Gewinn ausgewiesen und ausgeschüttet wird, was in Wirklichkeit gar keinen echten Kapitalzuwachs darstellt. Es liegt aber im allgemeinen auch weitgehend im Interesse des Unternehmens selbst, das sich gegen eine allzu optimistische Auffassung seiner Lage auf Grund eines zu günstigen Jahresabschlusses sichert".

Diese Haltung kommt in folgenden Grundsätzen zum Ausdruck : "Erstens auf keinen Fall über den Anschaffungswert hinauszugehen, und zweitens bei rückgängigen Preisen oder bei Entwertung eines Bestandes aus anderen Gründen ... diesem Rückgang u. U. schon beim Jahresabschluß Rechnung zu tragen, obwohl in diesem Zeitpunkt der effektive Verlust noch nicht eingetreten ist, ja : obwohl bis zum Zeitpunkt des Umsatzaktes die Lage sogar wieder eine günstigere sein kann ... Man nennt diese Maxime der Praxis das 'Niederstwertprinzip' ... Man hat es sinngemäß auch als das 'Prinzip der Vorsicht' bezeichnet ...".

Rieger geht in seiner Betrachtung vom Unternehmer aus und stellt fest, daß dieser "dem Gebot der Vorsicht gehorcht(e) und etwa so argumentiert (e): ... Der Preis ist heruntergegangen; zwar ist es durchaus möglich, daß er sich wieder hebt, aber das ist keineswegs sicher. Treffen wir also heute schon Vor-sorge, tun wir, als ob der Verlust unvermeidlich wäre. Sollte die Wendung zum Guten eintreten, dann umso besser ..." (3).

Koch fordert den Ausweis unrealisierter Verluste in der Bilanz mit folgender Begründung : Jeder Verlust bedeutet "eine finanzielle Schwächung der Unternehmung ... Soll das der Unternehmung zur Verfügung gestellte Eigenkapital unter allen Umständen erhalten bleiben und will man hier bei der Ausschüttung an die Gesellschafter ... kein Risiko eingehen, dann müssen, so weit erkennbar, die zukünftigen Verluste in der alten Jahresrechnung ... vorweggenommen werden, so daß sich ein um diesen Verlustbetrag kleinerer Jahresgewinn und damit ein entsprechend niedrigerer ausschüttungsfähiger Betrag ergibt. Das Imparitätsprinzip ist also ein Grundsatz finanzieller Vorsorge. Da-

-
- (1) Loitlsberger, Erich : Gläubigerschutz und Erfolgsbewertung, in : Der österreichische Betriebswirt, 5.Jg. 1955, S.71-86, hier S.79.
 - (2) Schäfer, Unternehmung, S.328.
 - (3) Rieger, Privatwirtschaftslehre, S.229.

her spricht man auch von einem Vorsichtsprinzip" (1).

Auch Lion (2) fordert den Ausweis unrealisierter Verluste in der Bilanz, da die unrealisierten Verluste, wie er ausführt, eine Schwächung der wirtschaftlichen Verfügungsmacht darstellen. Die Richtigkeit seiner Auffassung will er durch ein Beispiel aus der Lagerwirtschaft aufzeigen. Er sagt, daß es im Falle der Preissenkungen für die Unternehmung nicht möglich ist, die Wirtschaftsgüter, die vor Eintritt der Preissenkung am Lager vorrätig waren, gegen die gleiche Geldmenge wie früher einzutauschen. Die wirtschaftliche Macht der Unternehmung sei dadurch gemindert und dieser Minderung müsse Rechnung getragen werden.

Heinen fordert die Beachtung des Prinzips der Vorsicht, des Grundsatzes des Gläubigerschutzes und des Prinzips der finanzwirtschaftlichen Vorsicht. Diese Bilanzierungsprinzipien kennzeichnen sich als sogenannte "modifizierende Prinzipien" nach Heinen dadurch, daß sie "die Bilanz nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger kaufmännischer Buchführung und Bilanzierung entsprechend den ihnen zu Grunde liegenden Zwecksetzungen modifizieren" (3).

Das Vorsichtsprinzip besagt, "daß der Kaufmann sich vor sich selbst und vor anderen nicht reicher und im Zweifel eher ärmer rechnet als er wirklich ist" (4).

Nach Heinen gebieten "die Unsicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung und ihr Einfluß auf die Unternehmung sowie die Schwierigkeit der rechnerischen Erfassung dieses Phänomens ... ein vorsichtiges Verhalten bei der Ermittlung des Erfolges" (5).

"Ein gewisser Zwang zur vorsichtigen Rechnung ergibt sich auch mit Notwendigkeit aus dem Interesse der Unternehmungsleitung selbst, sich Klarheit über Vermögens- und Ertragslage zu verschaffen, insbesondere aus dem Umstand, daß der zu hoch errechnete Gewinn gefährlichere Konsequenzen nach sich ziehen kann als der zu niedrig bemessene". Heinen führt in diesem Zusammenhang als Beispiel Investitionen an, "die sich als Fehldispositionen auf Grund zu optimistischer Beurteilung der Lage erweisen" (6).

-
- (1) Koch, Helmut: Die Problematik des Niederstwertprinzips, in: Die Wirtschaftsprüfung, Jg. 10, Stuttgart 1957, S. 1-6, S. 31-35, S. 60-63, hier S. 5.
 - (2) Lion, Max: Bilanzsteuerrecht, Berlin 1923, S. 68.
 - (3) Heinen, Edmund: Handelsbilanzen, in: Die Wirtschaftswissenschaften, Wiesbaden 1958, S. 60.
 - (4) Dietzen, N.: Grundzüge ordnungsmäßiger Bilanzierung für stille Reserven, Leipzig 1937, S. 32.
 - (5) Heinen, Handelsbilanzen, S. 61.
 - (6) Heinen, Handelsbilanzen, S. 61.

Durch die Anwendung des Prinzips des Gläubigerschutzes (1) soll nach Heinen eine "vorsichtige Gewinnermittlung" erreicht werden, bei der die "Erhaltung der Haftungssubstanz im Vordergrund steht. Das Prinzip der Vorsicht unterliegt zwar dem gleichen Leitgedanken, dient jedoch mehr der Erhaltung der Unternehmung" (2).

"Um den Gläubigerschutz wirksam zu machen", ist es nach Loitsberger "ferner nötig, die einzelnen Vermögensgegenstände unverbunden zu bewerten, was zum Grundsatz der Einzelbewertung geführt hat" (3) (4).

Das Prinzip der finanzwirtschaftlichen Vorsicht ist darauf gerichtet, "stille Kapitalreserven zu schaffen . . . , um gegen Risiken stärker gewappnet zu sein" (5). Es wirkt in dergleichen Richtung wie das Prinzip der Vorsicht und wie der Grundsatz des Gläubigerschutzes.

Jockel argumentiert so : "Die Kapitalwerte, über die der Unternehmer disponiert, sind Ausdruck seiner wirtschaftlichen Macht, seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Dispositionskraft sinkt herab. Die wirtschaftliche Verfügungsmacht erleidet eine Einbuße in Höhe der unrealisierten Verluste. Parallel mit diesem Vorgang sinkt die steuerliche Leistungsfähigkeit, die auf der wirtschaftlichen basiert" (6).

Die Auffassung, daß unrealisierte Verluste in der Bilanz berücksichtigt werden müssen, wird, wie bereits gesagt wurde, heute von fast allen Theoretikern und Praktikern vertreten (7). Es würde zu weit führen, auch noch die Äußerungen anderer Autoren hier sinngemäß oder wörtlich anzuführen, um zu zeigen, daß diese Auffassung als die herrschende angesehen werden muß.

-
- (1) Loitsberger bezeichnet "das System aller Maßnahmen, die unser Recht entwickelt und die in ihrer Gegenseitigkeit bewirken, daß der Gläubiger ziemlich sicher sein kann, daß die versprochene Gegenleistung auch gegeben wird" als Gläubigerschutz. (Loitsberger, Erich; Die Struktur des Gläubigerschutzes im Recht, in: Der österreichische Betriebswirt, 4. Jg., Wien 1954, S. 138-157, hier S. 138).
- (2) Heinen, Handelsbilanzen, S. 63.
- (3) Loitsberger, Erich; Gläubigerschutz und Erfolgsbewertung, S. 76.
- (4) vgl. hierzu § 39 HGB.
- (5) Heinen, Handelsbilanzen, S. 64.
- (6) Jockel, a. a. O., S. 62-63.
- (7) vgl. auch :
- a) Aufermann, Ewal; Gewinn- und Verlustrealisation bei Berechnung der Einkünfte aus Gewerbebetrieb durch Bilanzvergleich, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 21. Jg., 1951, S. 235-240.
 - b) Kosiol, Erich; Bilanzreform und Einheitsbilanz, 2. Aufl., Berlin-Stuttgart 1949, S. 100.
 - c) Schmidlin, a. a. O., S. 174-176.
 - d) Helpenstein, Franz; Wirtschaftliche und steuerliche Erfolgsbilanz, Berlin 1932, S. 310.
 - e) Walb, Ernst; Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe, Berlin-Wien 1926, S. 368.

Es ist sehr verständlich, daß die meisten Theoretiker und Praktiker diese Auffassung vertreten, denn der Ausweis unrealisierter Verluste entspricht einer effektiven Notwendigkeit. Tatsächlich sind die Auffassungen derjenigen Vertreter, die den Ausweis unrealisierter Verluste ablehnen, nicht haltbar. Die Meinung Rumpfs (1) und die Meinung Westhoffs (2) z. B., nach der die Leistungsfähigkeit einer Unternehmung erst nach vollzogenem Umsatzakt erhöht oder gemindert wird, nicht aber durch geänderte wirtschaftliche Verfügungsmacht über Kapitalwerte, können sehr treffend durch das bereits angeführte Zitat von Schmalenbach (3) sowie durch die Ausführungen von Schmidlin (4) und Jockel (5) widerlegt werden, nach denen die Realisation zwar gelegentlich mit der Verursachung zusammenfällt, nach denen aber die Realisation im allgemeinen lediglich bewirkt, den latent vorhandenen Verlust evident zu machen.

Die Forderungen nach einem Ausweis unrealisierter Verluste in der Bilanz und die kaufmännische Übung, unrealisierte Verluste in der Bilanz auszuweisen, bestehen durchaus zu Recht. Wie man das Prinzip benennt, das einen derartigen Ausweis fordert, das ist letztenendes unerheblich.

Die Ursache für die weit verbreitete Auffassung (6), daß unrealisierte Verluste in der Bilanz ausgewiesen werden müssen, ist wohl darin zu sehen, daß diese Auffassung den verschiedenen Interessen- und Einflußkreisen im allgemeinen am ehesten gerecht wird. Dies gilt insbesondere für die Interessen der Gläubiger, denen z. B. in den Gesetzesvorschriften besondere Beachtung geschenkt wurde. Indessen ist in jüngster Zeit ein Wandel in der Gläubigerschutztheorie eingetreten, dem wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung an dieser Stelle ausführlichere Darstellung als in der sachlichen Grundlegung gewidmet werden muß.

Aktivierung, Passivierung und Bewertung sind - je nach dem, welchem überwiegenden Zweck die Bilanz dient - u. U. unterschiedlich. Der früher vorrangige Bilanzzweck war der des Gläubigerschutzes. Die Bilanz sollte darüber Aufschluß geben, ob das Vermögen noch die Schulden deckt oder nicht.

-
- (1) Rumpf, Alfred: Gewinnbegriff und steuerlicher Einkommensbegriff - mit einer Sonderbetrachtung des Niederstwertprinzips, Bochum-Langendreer 1934, insbes. S. 89-95.
 - (2) Westhoff, Josef: Der niedrigere Teilwert in Erfolgssteuerbilanzen und kritische Betrachtung der Verrechnung unrealisierter Wertminderungen nach dem Niederstwertprinzip, Köln 1949, hier insbes. S. 149.
 - (3) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 174.
 - (4) Schmidlin, a. a. O., S. 149.
 - (5) Jockel, a. a. O., S. 68.
 - (6) Vgl. die Ausführungen auf der vorangegangenen Seite.

Der Schutz der Gläubiger wurde weniger darin gesehen, daß eine Bilanz veröffentlicht wurde und die Gläubiger ihre Dispositionen ganz oder zum Teil auf diese veröffentlichte Bilanz stützen konnten, vielmehr war die Tatsache entscheidend, daß sich der Unternehmer durch seine Bilanz unterrichten konnte, ob das Vermögen noch die Schulden deckt oder nicht, ob es ratsam erschien, neue Kredite aufzunehmen oder nicht ... (1).

Die ältere Gläubigerschutztheorie ging hauptsächlich von der Fiktion aus, daß im Falle des Todes des Unternehmers die Unternehmung liquidiert wird und daß die Wirtschaftsgüter schon zu Lebzeiten des Unternehmers unter diesem Gesichtspunkt in der Bilanz bewertet werden müssen. Es wurden deshalb die Forderungen erhoben, die Wirtschaftsgüter zu Liquidations- bzw. Einzelveräußerungswerten in der Bilanz anzusetzen, weil es für die Gläubiger unter der gesetzten Prämisse von Bedeutung ist, daß das Vermögen auch noch nach dem Tode des Unternehmers die Schulden abdeckt. So kam es häufig zum möglichst niedrigen Gewinnausweis und zur Darstellung einer möglichst schlechten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens (2).

Kritisch könnte hiergegen eingewendet werden, daß die ältere Gläubigerschutztheorie von einer Fiktion ausgeht, die häufig nicht wirklichkeitsnah ist. Die ältere Theorie läßt nämlich unberücksichtigt, daß sich für eine rentable Unternehmung in der Regel immer ein Käufer findet und daß eine rentable Unternehmung in der Regel immer noch Kapital anziehen kann. Es mußte daher nach unserer Auffassung die Ertragslage mit in das Kalkül einbezogen werden. Hinsichtlich der Bewertung der Wirtschaftsgüter in der Bilanz ist es dann wichtig zu wissen, ob es sich um Wirtschaftsgüter einer rentablen Unternehmung oder um Wirtschaftsgüter einer unrentablen Unternehmung handelt.

Bei den rentablen Unternehmungen kann für die Gläubiger der nachhaltig erwirtschaftete und der nachhaltig erzielbare Erfolg als maßgebender Schutz angesehen werden. Bei den unrentablen Unternehmungen kann dann der nachhaltig erzielbare Erfolg entscheidend sein, wenn es gelingen wird, aus der unrentablen Unternehmung, z. B. durch Aufnahme und sinnvolle Verwendung von Rationalisierungskrediten, eine rentable Unternehmung zu machen. Sollte dagegen die Rentabilität nicht verbessert werden können, dann könnten die Einzelveräußerungswerte als maßgebend angesehen werden.

Nach den Forderungen der jüngeren Gläubigerschutztheorie muß also, so führt Loitsberger aus (3), in jedem Falle zunächst eine Erfolgsbilanz auf-

(1) Vgl. hierzu die Ausführungen im Zusammenhang mit der Darstellung und Kritik der Bilanztheorien.

(2) In Anlehnung an Loitsberger, Erich: Bilanzen II, Vorlesung im WS 1960/61, Universität Frankfurt, und zwar für den ganzen Absatz.

(3) Loitsberger, Erich: Bilanzen II, Vorlesung im WS 1960/61, Universität Frankfurt.

gestellt werden, um die Rentabilität der Unternehmung feststellen zu können. Im Falle, daß die Unternehmung unrentabel ist und auch keine entsprechenden Maßnahmen durchgeführt werden können, mit deren Hilfe eine zukünftige Rentabilität erreicht werden kann, wird eine Vermögensbilanz aufgestellt, in der Liquidationswerte bzw. Rückzahlungswerte zum Ansatz kommen.

Es ist allerdings zu bedenken, daß den Vorteilen der neuen Gläubigerschutztheorie auch einige Bedenken entgegengehalten werden können, nämlich z. B.:

1. Die Erfolgsermittlung ist problematisch. Da man bei der Berechnung der Unternehmensrentabilität auf den ermittelten Erfolg zurückgreifen muß, wird auch die Rentabilitätsermittlung der Unternehmung problematisch (1). Durch die Bildung stiller Reserven wird die Rentabilität zu niedrig, durch die Auflösung stiller Reserven wird die Rentabilität zu hoch, durch das Vorhandensein stiller Reserven wird die Rentabilität zu hoch ausgewiesen (2). Hinsichtlich des Einflusses der Bildung stiller Reserven auf die zukünftige Rentabilität ist das Verhältnis der Grenzrentabilität und der bisherigen durchschnittlichen Rentabilität entscheidend.
2. Die Ermittlung des nachhaltig erzielbaren Erfolgs ist problematisch.
3. Die Auffassung darüber, ob die Rentabilität einer Unternehmung so verbessert werden kann, daß der Kapitaleinsatz als hinreichend rentabel anzusehen ist, wird häufig verschieden sein.
4. Selbst dann, wenn die Rentabilitätskennziffer richtig ermittelt worden wäre, bestehen nicht selten Meinungsverschiedenheiten darüber, ob der Kapitaleinsatz rentabel oder unrentabel ist.
5. Gelegentlich werden auch unrentable Unternehmungen weitergeführt, z. B. weil die Konkurrenzunternehmungen (3) oder der Staat (4) Unterstützungen im engeren oder weiteren Sinne gewähren.

(1) Die Berechnung der Unternehmerrentabilität wird im allgemeinen noch problematischer, weil die Ermittlung des Eigenkapitals häufig Schwierigkeiten bereitet. Man denke in diesem Zusammenhang nur an die stillen Reserven, an die häufig auftretenden Schwierigkeiten der Ermittlung des Eigenkapitals im Zusammenhang mit den Wandelschuldverschreibungen im Sinne der convertible bonds nach Ablauf der Umtauschsperrfrist bzw. nach Ablauf der längeren Kündigungssperrfrist, an die Problematik der Ermittlung des Eigenkapitals bei dem Vorhandensein einer sogenannten stillen Gesellschaft (vgl. § 335 HGB), an die Problematik der Trennung zwischen Eigen- und Fremdfinanzierung bei dem Vorhandensein von Gewinnobligationen oder stimmrechtslosen Vorzugsaktien mit kumulativ limitierter Dividende.

(2) weil das vorhandene Eigenkapital zu niedrig angesetzt ist.

(3) z. B. bei Banken, weil sie einen allgemeinen bank-run befürchten.

(4) z. B. wenn es sich um eine "volkswirtschaftlich rentable" Unternehmung handelt.

6. Sowohl bei der älteren als auch bei der jüngeren Gläubigerschutztheorie besteht ein großer Mangel darin, daß die privaten Vermögens- und Schuldverhältnisse der Einzelunternehmer bzw. der Gesellschafter der Personalgesellschaften nicht in der Bilanz zum Ausdruck gebracht werden, obwohl die privaten Schulden hier im Ernstfalle aus dem Betriebsvermögen beglichen werden und außerdem noch zumeist vorrangige Schulden(z. B. Steuern) sind (1).

Diese kritische Darstellung der Gläubigerschutztheorie bringt uns dem Hauptproblem schon näher. Das Hauptproblem besteht nämlich weniger in der Frage, ob unrealisierte Verluste in der Bilanz ausgewiesen werden sollen, sondern in der Frage, in welcher Höhe unrealisierte Verluste in der Bilanz ausgewiesen werden sollen. Dieses Problem gliedert sich in zwei Unterprobleme :

1. Das Problem der zeitlichen Abgrenzung
2. Das Problem der wertmäßigen Abgrenzung

1. Diejenigen Verluste, die am Bilanzstichtag bereits verursacht, aber noch nicht realisiert sind, müssen in der Bilanz berücksichtigt werden. In welcher Höhe diese unrealisierten Verluste nach unserer Auffassung ausgewiesen werden müssen, das werden wir im folgenden Abschnitt im einzelnen untersuchen. Hier kann zunächst nur soviel gesagt werden, daß die Kenntnisse, die zwischen dem Bilanzstichtag und dem Bilanzerstellungstag gewonnen werden, hinsichtlich des Ausweises der am Bilanzstichtag unrealisierten Verluste zu berücksichtigen sind. Diese Auffassung vertritt auch Koch. Er sagt hierzu : "Was ... die ... am Bilanzstichtag bereits zu erwartenden Verluste anbelangt, so ist es folgerichtig, wenn der Bilanzierende hier sein bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung erlangtes Wissen voll auswertet. Er hat also den vom Bilanzstichtag aus gesehenen zukünftigen Verlust in der Höhe zu veranschlagen, wie es seiner Kenntnis der Sachlage im Zeitpunkt der Bilanzaufstellung entspricht" (2).

Es müssen aber nicht alle am Bilanzstichtag "zu erwartenden Verluste" berücksichtigt werden, sondern lediglich diejenigen, die bereits verursacht sind. Dies meint vermutlich auch Koch, wenn er später sagt, daß "nur diejenigen im alten Jahr noch nicht realisierten, aber am Bilanzstichtag erkennbaren Elementarverluste antizipiert werden, welche am Bilanzstichtag bereits im Entstehen begriffen sind, d. h. deren Elementarerfolgsvorgang bereits begonnen

-
- (1) Ein Ausweis des Privatvermögens und der Privatschulden wäre hier im Hinblick auf die Liquiditätsbeurteilung, auf die Beurteilung der Haftungsverhältnisse und auf die Beurteilung der Kreditwürdigkeit positiv zu beurteilen.
 - (2) Koch, Niederstwertprinzip, S. 5.

hat, aber noch nicht vollständig abgelaufen ist ..." (1). Es sollte also, wie die Juristen sagen würden, die Adäquanztheorie, nicht aber die Äquivalenztheorie gelten (2).

Wenn also z. B. ein am Bilanzstichtag unrealisierter Verlust am Bilanzerstellungstag bereits realisiert ist, dann muß der unrealisierte Verlust am Bilanzstichtag in Höhe des realisierten Verlustes in der Bilanz zum Ansatz gebracht werden, sofern zwischen dem Bilanzstichtag und dem Bilanzerstellungstag nicht Ereignisse eingetreten sind, welche die Höhe des nach dem Bilanzstichtag eingetretenen realisierten Verlustes beeinflußt haben, aber nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem früheren Ereignis stehen, das einen unrealisierten Verlust verursacht hat.

Auch Verlustantizipationen in dem Sinne, daß alle bereits im alten Geschäftsjahr erkennbaren Verluste selbst dann in der Bilanz des alten Geschäftsjahres berücksichtigt werden müssen oder dürfen, wenn sie erst nach dem Bilanzstichtag verursacht werden, wären nach unserer Auffassung gutzuheißen (3).

Diejenigen Verluste, die vor dem Bilanzstichtag noch nicht erkennbar waren, erst nach dem Bilanzstichtag, aber vor dem Bilanzerstellungstag verursacht und entweder vor oder nach dem Bilanzerstellungstag realisiert sind, dürfen nach unserer Auffassung nicht in der Bilanz des alten Geschäftsjahres berücksichtigt werden, weil im Falle der Berücksichtigung bewußt eine ungenaue Periodenrechnung durchgeführt würde. Allerdings sollte jeder zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbare, aber noch nicht in der Bilanz ausgewiesene Schaden möglichst unter Datumsangabe im Geschäftsbericht des alten Geschäftsjahres gesondert aufgeführt werden, sofern er "von besonderer Bedeutung" ist (4).

Bouffier sagt hierzu (5) : "Wertänderungen, die sich zwischen Bilanzstichtag und Bilanzerstellungstag ergeben, sind nicht zu berücksichtigen. Wert-

(1) Koch, Niederstwertprinzip, S. 31.

(2) Die Kausalität zwischen einem eingetretenen Ereignis und einem verursachten Schaden kann durch die Adäquanztheorie oder durch die Äquivalenztheorie erklärt werden. Nach der Adäquanztheorie ist nur diejenige Bedingung als Ursache anzusehen, die nach der allgemeinen Lebenserfahrung geeignet ist, einen derartigen Erfolg zu bewirken. Nach der Äquivalenztheorie dagegen ist jede Bedingung als Ursache zu bezeichnen, die nicht hinweggedacht werden kann, ohne daß ein derartiger Erfolg bewirkt worden wäre.

(3) In diesem Zusammenhang ist auch das Problem der Bilanzgliederung zu berücksichtigen. Hierauf wollen wir später noch genauer eingehen.

(4) Vgl. hierzu § 128, Abs. I, Satz 2 AktG.

(5) Bouffier, Willy: Handels- und steuerrechtliche Bewertung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1956, Bd. I, Sp. 1072-1083, hier Sp. 1073-1074.

änderungen, die zwar am Bilanzstichtag gegeben oder begründet waren, aber erst zwischen Bilanzstichtag und Bilanzerstellungstag bekannt wurden, sind bei der Bewertung zu berücksichtigen".

Eine andere Auffassung vertreten z. B. Adler-Düring-Schmaltz (1). Sie sagen: "... Verluste, die erst nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind und auch ihre Ursache erst in neuer Rechnung haben, brauchen ... nicht berücksichtigt zu werden. Es bestehen aber keine Bedenken dagegen, sie bei vorsichtiger Bewertung schon zu berücksichtigen. Am Bilanzstichtage selbst liegen ... soweit dann stille Reserven vor".

Es könnte nun gegen unsere Auffassung eingewendet werden, daß sie dem Gläubigerschutzgedanken nicht genügend Rechnung trage. Diesen Einwand könnten wir aber nicht anerkennen, denn im allgemeinen bleiben durch die Anwendung des Vorsichtsprinzips, das sich in zwei "rechnerischen Tendenzen" ausdrückt, nämlich "in der Ertragsbemessung nach unten und in der Aufwandsbemessung nach oben" (2) noch so viel Reserven, daß auch noch ein derartiger Schaden getragen werden kann. Außerdem ist zu bedenken, daß der Gewinn das Entgelt für die Übernahme des allgemeinen Geschäftsrisikos der vergangenen Rechnungsperiode sein soll. Wenn die Unternehmung während der vergangenen Rechnungsperiode alle ihre Verpflichtungen erfüllt und die am Bilanzstichtag noch vorhandenen Verpflichtungen ordnungsgemäß bewertet etc., dann ist nicht einzusehen, warum auch noch am Bilanzstichtag nicht erkennbare und noch nicht verursachte Verluste gewinnmindernd berücksichtigt werden dürfen oder gar berücksichtigt werden sollen. Nach unserer Auffassung sollte aber auf eine vorsichtig bemessene Gewinnverteilung Wert gelegt werden. Es ist aber auch zu bedenken, daß irgendwo auch das Vorsichtsprinzip seine Grenze hat (3).

Koch führt in diesem Zusammenhang aus: "Liegen die Dinge so, daß sich erst nach dem Bilanzstichtag, aber bereits vor dem Zeitpunkt der Bilanzaufstellung (4) Anhaltspunkte für das spätere Eintreten von Verlusten erge-

-
- (1) Adler-Düring-Schmaltz, a. a. O., S. 398, Anm. 31 zu § 133 AktGes.
 - (2) Heinen, Handelsbilanzen, S. 61.
 - (3) Hierauf werden wir später noch näher eingehen.
 - (4) In der Literatur wird regelmäßig vom Bilanzerstellungstag gesprochen. Dieser Ausdruck ist auch in unseren bisherigen Ausführungen verwendet worden. Die Verwendung ist aber nach unserer Auffassung nur dann gerechtfertigt, wenn man sich folgender Tatsachen bewußt wird: Der Ausdruck "Bilanzerstellungstag" ist irreführend, und zwar deshalb, weil man dann, wenn man vom Bilanzerstellungstag spricht, nicht den Zeitpunkt zu dem die Bilanz erstellt, d. h. fertiggestellt ist, sondern vielmehr denjenigen Zeitpunkt meint, der als Stichtag für die letzte Buchung bestimmter buchmäßig gleicher Vorgänge zur Erstellung der Bilanz von der Unternehmungsleitung bzw. Buchhaltungsleitung fixiert ist. Die Stichtage für die buchmäßig verschiedenen Vorgänge sind in der Praxis

ben, dann besteht keine Pflicht zur Antizipation dieser Verluste als außerordentlicher Aufwand. Es mag der Unternehmung freigestellt sein, ob sie diesen Verlust noch in der alten Jahresrechnung oder erst im folgenden Rechnungsjahr berücksichtigen will, jedoch ist im Interesse einer klaren Jahresabgrenzung die letztere Methode zu empfehlen. Dabei sollte aber unbedingt im Geschäftsbericht auf die Tatsache, daß Verluste drohen, aufmerksam gemacht werden, und es sollten Vorkehrungen zur Minderung bzw. Unterlassung der Gewinnausschüttung (Bildung von Rücklagen) getroffen werden" (1) (2).

2. Nach herrschender Auffassung stimmen das imparitätische Realisationsprinzip und das Niederstwertprinzip überein. Loitsberger sagt: "Der Notwendigkeit, die formelle Überschuldung zeitlich schon in Erscheinung treten zu lassen, wenn noch keine materielle Überschuldung vorliegt, trägt nur das imparitätische Tageswertprinzip (3), als welches sich Niederst- und Höchstwertprinzip darstellen, Rechnung" (4). Heinen sagt bei der Darstellung des Niederstwertprinzips (5): "Auf Grund der Inkonsequenz oder ungleichen Behandlung von unrealisierten Gewinnen und Verlusten bezeichnet man dieses Prinzip auch als Imparitätsprinzip". Jockel führt aus (6): "Das buchhalterisch-technische Mittel zur Durchführung des Imparitätsprinzips ist das Niederstwertprinzip". Nach Schmidlin (7) ist "die Übereinstimmung des Niederstwertprinzips mit dem Grundsatz der Imparität ... durchaus verständlich". Kosiol sagt: "Durch das Niederstwertprinzip wird das Realisationsprinzip imparitätisch durchbrochen" (8) (9).

(Fortsetzung der Fußnote 4 von Seite 121):

auch häufig verschieden, weil in der Praxis in der Regel mehrere Tage oder gar mehrere Wochen benötigt werden, um die Bilanz zu erstellen, und weil die Abschlußarbeiten nach bestimmter systematischer Reihenfolge nacheinander, zum Teil auch nebeneinander, durchgeführt werden. Es wäre daher besser, vom "Buchungstichtag einer bestimmten Position für die Bilanzerstellung" anstelle ganz allgemein vom Bilanzerstellungstag zu sprechen.

- (1) Koch, Niederstwertprinzip, S. 31.
- (2) Die Bildungen von Rücklagen stellen streng genommen keine Kürzung des ausgewiesenen Gewinns dar, sondern sind bereits als Maßnahmen der Gewinnverteilung anzusehen.
- (3) imparitätisches Tageswertprinzip = imparitätisches Realisationsprinzip = Imparitätsprinzip
- (4) Loitsberger, Gläubigerschutz und Erfolgsbewertung, S. 75.
- (5) Heinen, Handelsbilanzen, S. 62.
- (6) Jockel, a. a. O., S. 10.
- (7) Schmidlin, a. a. O., S. 176.
- (8) Kosiol, Erich; Betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte zum Bilanzsteuerrecht, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 22. Jg., 1952, S. 265 ff. und S. 346 ff., hier S. 273.
- (9) vgl. auch Kosiol, Bilanzreform und Einheitsbilanz, S. 101.

Zur kritischen Prüfung dieser herrschenden Auffassung ist es notwendig, zunächst näher auf das Niederstwertprinzip einzugehen.

Die Grundlage des Niederstwertprinzips ist in § 133, Ziff. 3 AktGes. fixiert. Hier heißt es: "Sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten höher als der Börsen- oder Marktpreis am Abschlußstichtag, so ist höchstens dieser Preis anzusetzen. Ist ein Börsen- oder Marktpreis nicht festzustellen und übersteigen die Anschaffungs- oder Herstellungskosten den Wert, der den Gegenständen am Abschlußstichtag beizulegen ist, so ist höchstens dieser Wert anzusetzen" (1).

Im Gesetz ist also vorgesehen, daß von zwei Werten jeweils der niedrigere in der Bilanz ausgewiesen wird. Hinsichtlich der Frage, was unter dem Börsen- oder Marktpreis und was unter dem Ersatzzeitwert zu verstehen ist, bestehen verschiedene Meinungen. Auf der einen Seite wird der Wiederbeschaffungswert bzw. der Reproduktionswert, auf der anderen Seite wird der Verkaufswert abzüglich etwaiger Verkaufsaufwendungen als maßgebend angesehen (2).

Diese Frage hat z. B. keine Bedeutung, wenn das zu bilanzierende Wirtschaftsgut am gleichen Markt gekauft und verkauft wird, wie dies z. B. bei Wertpapieren der Fall ist, denn hier entstehen "Bewertungsunterschiede nur hinsichtlich der Nebenkosten des Einkaufs und Verkaufs" (3).

Unter anderen Voraussetzungen hat aber die Frage grundsätzliche Bedeutung. Koch vertritt die Auffassung, daß der Verkaufswert abzüglich etwaiger Verkaufsaufwendungen der entscheidende Wert ist (4). Diese Auffassung muß nach unserer Auffassung auch als die richtige angesehen werden.

Unter der Voraussetzung, daß der Wiederbeschaffungs- oder Reproduktionswert vom Zeitpunkt der Beschaffung oder Herstellung an sinkt, daß der Verkaufswert abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen aber konstant bleibt und über den Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten liegt, ist es nicht notwendig, die am Bilanzstichtag vorhandenen Wirtschaftsgüter mit dem niedrigeren Wiederbeschaffungs- oder Reproduktionswert zu bilanzieren, "denn es sind nicht nur keine Verluste zu erwarten, sondern" bei der Anschaffung oder "bei der Herstellung weiterer Erzeugnisse Gewinnsteigerungen" (5). Deshalb sind hier für die Bilanzierung die Anschaffungs- oder Herstellungswerte bzw. die Verkaufswerte abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen maßgebend.

-
- (1) Dies ist der Inhalt des s t r e n g e n Niederstwertprinzips, das für die Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens gilt. Dieses Prinzip soll zunächst Gegenstand unserer weiteren Ausführungen sein.
- (2) Koch, Niederstwertprinzip, S. 1-4, insbes. S. 1.
- (3) Koch, Niederstwertprinzip, S. 1.
- (4) Koch, Niederstwertprinzip, S. 4.
- (5) Koch, Niederstwertprinzip, S. 60.

Probleme können sich z. B. dann ergeben, wenn unterschiedliche Märkte für die Verkäufe der Wirtschaftsgüter in Frage kommen. Nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung ist hier eine Untersuchung notwendig, ob die bisherige Marktstruktur aufrecht erhalten werden soll bzw. kann oder nicht. In dem Falle, daß diese Frage zu bejahen ist, müssen die Wirtschaftsgüter nach den verschiedenen Märkten aufgeteilt und im Falle, daß die Verkaufspreise abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen unter den Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten liegen und diese Werte auf den einzelnen Märkten unterschiedlich sind, unterschiedlich bewertet werden.

Neben der Frage der Preisdifferenzierung ist z. B. auch die Frage des "autonomen Bereichs" (1) für die Bewertung der Wirtschaftsgüter in der Bilanz zu prüfen. Hierunter ist der Bereich zu verstehen, in dem die jeweilige Unternehmung ihre Preise selbständig variieren kann. Dieser Bereich ist vom sogenannten "akquisitorischen Potential" (1) abhängig, d. h. von der Summe der Präferenzen, über welche die Unternehmung verfügt. Daneben sind aber auch die Grenzen der autonomen Preispolitik zu berücksichtigen. Diese können z. B. durch die Marktlage, die Marktform, die Marktstrategie, die Preisfestsetzung durch den Staat, durch innerbetriebliche Grenzen (Kosten), durch die Liquidität, durch Absprachen auf vertraglicher Basis in horizontaler oder vertikaler Hinsicht bestehen. In diesem Zusammenhang wäre auch zu erwähnen, daß in jüngster Zeit eine Tendenz zur Verlagerung des Preiswettbewerbs auf den Qualitätswettbewerb festgestellt werden konnte. Die Gründe hierfür können z. B. in der wachsenden Zahl der Oligopole wegen zunehmender Konzentration, in wachsender Zahl der Markenartikel, in der Tendenz zur Erhöhung der fixen Kosten und in der Tendenz zum steigenden Wohlstand und damit verminderten Grenznutzen des Geldes gesehen werden.

Unter der Voraussetzung, daß der Wiederbeschaffungs- oder Reproduktionswert vom Zeitpunkt der Beschaffung oder Herstellung an sinkt und daß hiermit auch ein Sinken der Verkaufswerte abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen verbunden ist, daß jedoch die Anschaffungs- oder Herstellungswerte immer unter den Verkaufswerten abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen liegen, ist es ebenfalls nicht notwendig, die am Bilanzstichtag vorhandenen Wirtschaftsgüter mit dem niedrigeren Wiederbeschaffungs- oder Reproduktionswert zu bilanzieren. Koch sagt in diesem Zusammenhang nach unserer Auffassung mit Recht, "daß in diesem Fall überhaupt keine Verkaufs-

(1) Diese Ausdrücke wurden von Gutenberg übernommen, der sie an den verschiedensten Stellen in seinem Buch "Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Band II, Der Absatz, 1. Aufl., Berlin-Göttingen-Heidelberg 1955" verwendet.

verluste auftreten, so daß kein Anlaß besteht, das Imparitätsprinzip anzuwenden. Denn der Rückgang des Absatzpreises führt hier lediglich zu einer Schmälerung des zu erwartenden Gewinnes. Nach allgemeiner Übung und Meinung in der Literatur aber sollen nicht Gewinnschmälerungen, sondern nur zu erwartende Verluste antizipiert werden" (1).

Die eben dargestellte Auffassung wird auch neuerdings - im Gegensatz zu früher - von Adler-Düring-Schmaltz vertreten. Sie sagen: "Es können die tatsächlichen Herstellungskosten auch dann angesetzt werden, wenn die Reproduktionskosten infolge sinkender Preistendenz verschiedener Materialien niedriger liegen. Voraussetzung ist allerdings, daß die tatsächlichen Herstellungskosten auch später im Erlös ihre Deckung finden. Man kann somit den Grundsatz aufstellen, daß dem Niederstwertprinzip auch dann entsprochen ist, wenn so vorsichtig bewertet wird, daß nach den Verhältnissen am Bilanzstichtag künftige Buchverluste bei den Fertigfabrikaten ausgeschlossen sind" (2).

Das Ausmaß der Vorsicht wird bei den einzelnen Unternehmungen und bei den einzelnen Arten von Wirtschaftsgütern verschieden sein müssen. Es ist u. a. dadurch bestimmt, in welchem Maße die einzelne Unternehmung Einfluß auf die Preisbildung nehmen kann und in welchem Maße die Preise von anderen Unternehmungen bestimmt bzw. mitbestimmt werden. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle im einzelnen auf preistheoretische und preispolitische Überlegungen einzugehen (3).

Hinsichtlich der Bewertung der Rohstoffe, Hilfsstoffe, Betriebsstoffe und fertig bezogenen Einbauteile ergibt sich nun die Frage, ob bei der Anwendung des imparitatistischen Realisationsprinzips "der etwa aus dem Verkauf dieser Güter als solcher resultierende Verlust oder aber der aus dem Absatz der mittels dieser Güter herzustellenden Fertigerzeugnisse entstehende Verlust maßgebend ist" (4). Diese Frage läßt sich nicht ohne weiteres beantworten. Als entscheidend wird hier in der Literatur gelegentlich die Zweckbestimmung der vorrätigen Wirtschaftsgüter angesehen (5). Ist z. B. infolge von Fehldispositionen ein großer Überbestand bestimmter Rohstoffe vorhanden, dann kann es die Zweckbestimmung dieser Rohstoffe sein, nicht in der Unternehmung verarbeitet zu werden, dann kann es die Zweckbestimmung sein, den Überbestand zu veräußern und zu gegebener Zeit notfalls andere Wirtschaftsgüter der gleichen Art und Güte wieder anzuschaffen. Entscheidend ist also nach dieser vertretenen Auffassung die Tatsache, was nach den Verhältnissen am Bilanzstichtag mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit mit den vorräten Wirtschafts-

(1) Koch, Niederstwertprinzip, S. 61.

(2) Adler-Düring-Schmaltz, a. a. O., Anm. 173 zu § 133 AktGes, S. 445.

(3) vgl. auch Jockel, a. a. O., S. 93-94 - vgl. auch Helpenstein, Erfolgsbilanz, S. 385.

(4) Koch, Niederstwertprinzip, S. 32.

(5) Koch, Niederstwertprinzip, S. 32.

gütern geschehen wird. Sollen die Wirtschaftsgüter in der eigenen Unternehmung weiterverarbeitet werden, dann könnte man auf den Gedanken kommen, den Anschaffungs- bzw. Herstellungswert der vorrätigen Wirtschaftsgüter bei der Bewertung in der Bilanz selbst dann beizubehalten, wenn der Verkaufswert abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen niedriger als der Anschaffungs- bzw. Herstellungswert ist, sofern der Herstellungswert des aus den vorrätigen Wirtschaftsgütern herzustellenden Wirtschaftsgutes niedriger sein wird als der Verkaufswert abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen dieses neu herzustellenden Wirtschaftsgutes. Hiergegen müßte aber eingewendet werden, daß

- 1) der Herstellungswert im voraus bestenfalls annähernd bestimmt werden kann,
- 2) der zukünftige Verkaufswert des neuen Wirtschaftsgutes oft nicht bekannt ist,
- 3) die eventuellen Verkaufsaufwendungen häufig nicht im voraus bestimmt werden können,
- 4) nach § 39 HGB der Grundsatz der Einzelbewertung gefordert wird.

Es ist daher zu empfehlen, sowohl bei denjenigen vorrätigen Wirtschaftsgütern, die am Bilanzstichtag zum Verkauf bestimmt sind, als auch bei denjenigen vorrätigen Wirtschaftsgütern, die am Bilanzstichtag zur Weiterverarbeitung bzw. zum Einbau in neu herzustellende Wirtschaftsgüter bestimmt sind, den Anschaffungs- bzw. Herstellungswert und den Verkaufswert abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen am Bilanzstichtag gegenüberzustellen und den niedrigsten von beiden in der Bilanz auszuweisen. Dabei darf aber das Niederstwertprinzip in diesem Sinne nicht schematisch angewendet werden. Wenn z. B. bereits ein Kaufvertrag abgeschlossen, das Wirtschaftsgut aber noch nicht geliefert ist und nun der Verkaufswert nachträglich sinkt, dann ist nicht einzusehen, warum bei der Bewertung des Wirtschaftsgutes hier der niedrigere Wert zum Ansatz gebracht werden muß.

Unsere Ausführungen haben gezeigt, daß es zu den Anschaffungs- oder Herstellungswerten grundsätzlich nur eine Alternative gibt, nämlich grundsätzlich den Verkaufswert abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen (1).

-
- (1) vgl. hierzu auch die Ansicht von Eich (Eich, Wilhelm: Der Prüfungsbericht über den Jahresabschluß einer Aktiengesellschaft, 3. Aufl., ohne Angabe des Erscheinungsortes, 1944, insbes. S. 58). Eich will in Industrieunternehmungen grundsätzlich Anschaffungs- oder Herstellungswerte und Tagesbeschaffungspreise, in Handelsunternehmungen grundsätzlich Anschaffungs- oder Herstellungswerte und Tagesveräußerungswerte gegenüberstellen und jeweils den niedrigsten in der Bilanz ausweisen. - Vgl. hierzu auch die Ansicht von Kosiol (Kosiol, Bilanzreform und Einheitsbilanz, insbes. S. 100-102). Kosiol vertritt die Auffassung, daß die Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte und die Wiederbeschaffungswerte am Bilanzstichtag gegenübergestellt werden müssen und der niedrigste Wert von beiden zum Ansatz ge-

Ein Ausweis zum niedrigeren Wiederbeschaffungs- bzw. Reproduktionswert würde eine übervorsichtige Bilanzierung bedeuten.

Das Vorsichtsprinzip (1) wurde zum "Angstprinzip". Ein Angstprinzip hat aber im Wirtschaftsleben keinen Platz.

Allersings ist es dort. "wo die Ergebnisse der Erfolgsrechnung zu Zwecken der Rechnungslegung benutzt werden und wo nach den Ergebnissen des Jahres sich die Gewinnbezüge von Gesellschaften richten, ... natürlich, daß der Grundsatz der Vorsicht sich unnatürlich breit macht ..." Aus diesen und anderen Gründen wird dann häufig "mit einer ... geradezu fälschenden Vorsicht" gerechnet (2).

"Das Unglück will nun aber, daß die Bilanzen kein günstiges Objekt für die übermäßige Anwendung der Vorsicht abgeben. Denn die Bilanz ist nicht nur ein Bestandteil der eine vergangene Periode abschließenden, sondern auch ein Stück der die neue Periode beginnenden Rechnung. War man im Vorjahr bei der Errechnung des Gewinnes vorsichtig, so kommt in den Folgejahren der Gewinn zu hoch heraus. Und das kann dann recht unangenehme Wirkungen haben. Es sieht so aus, als ob ein Betrieb noch die alte Kraft der Gewinnerzeugung besitzt, während er in Wirklichkeit seine Kraft bereits eingebüßt hat. In der Geschichte älterer Unternehmungen ist es ein häufiger Fall, daß das zum Absterben Verurteilte wegen der durch falsche Gewinnausweise vorgegaukelten Scheinblüte erhalten und noch erweitert wird, wenn die Zeit zum Abbau

(Fortsetzung der Fußnote 1 von Seite 126):

bracht werden soll. - Nach weit verbreiteter Auffassung sind die Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte den Wiederbeschaffungswerten am Bilanzstichtag und den Einzelveräußerungswerten am Bilanzstichtag gegenüberzustellen (vgl. hierzu z. B. Trumpler, Hans: Die Bilanz der Aktiengesellschaft, Berlin 1937, hier insbes. S. 31-34).

(1) Dieses gliedert sich nach Loitsberger (3) in drei gleichgeordnete Prinzipien :

- a) das Niederstwertprinzip, das für die Aktivseite der Bilanz gilt,
- b) das Höchstwertprinzip, das für die Passivseite der Bilanz gilt,
- c) das Imparitätsprinzip, das für die G+V-Rechnung gilt.

Wir haben bisher nicht vom Höchstwertprinzip gesprochen, weil es sich bei diesem Prinzip um ein dem Niederstwertprinzip analoges Prinzip handelt. In der Literatur wird der Begriff "Höchstwertprinzip" gelegentlich auch völlig vermieden. Blümich-Falk führen z. B. aus, daß man sich die Aktivposten als positive und die Passivposten als negative Posten vorstellen und dann auf eine Unterscheidung verzichten könne (vgl. Blümich-Falk: Kommentar zum EStG, Berlin und Frankfurt 1955, S. 400).

(2) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 111.

(3) Ausführungen in Vorlesungen und Seminarsitzungen.

gekommen ist. Die Bilanz hat einen Januskopf, wie es sich für eine mit Jahreswechsel zusammenhängende Sache gehört. Sie sieht zurück und sieht in die Zukunft ... Unsere Zeit sieht in der Jahresbilanz zu stark das Rückschauende... " (1).

Rieger sagt im Zusammenhang mit dem Grundsatz der Vorsicht : Man muß 'im Umgange mit diesem Grundsatz recht vorsichtig sein, man muß ihn mit 'Zurückhaltung und Überlegung' üben, dann kann er 'u.U.' recht zuträglich sein" (2).

Koch führt aus, daß der Gesetzgeber das Niederstwertprinzip "zur Gesetzesvorschrift erhoben" habe, "um die Ausweisung unrealisierter Gewinne zu verhindern" und "um dem Prinzip der finanziellen Vorsicht oder - anders ausgedrückt - dem Imparitätsprinzip Genüge zu tun" (3).

Später sagt er dann, daß man zwischen der Niederstwertvorschrift des Aktiengesetzes (4) und dem Niederstwertprinzip als Grundsatz der Verlustabschreibung scharf unterscheiden solle (5). Den Unterschied zwischen dem Niederstwertprinzip des Aktiengesetzes und dem Niederstwertprinzip als Grundsatz der Verlustabschreibung erklärt Koch an einem Beispiel :

- (1) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S.111.
- (2) Rieger, Schmalenbachs Dynamische Bilanz, S.90.
- (3) Koch, Niederstwertprinzip, S.3.
- (4) Nach unserer Meinung gehören die Vorschriften des § 133 AktGes zu den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung. Sie gelten daher nicht nur für Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, sondern für sämtliche Unternehmungen, für die § 38 HGB Geltung hat, ja sie gelten selbst für die Steuerbilanzen, obwohl hier nach dem Wortlaut des Gesetzes (§ 6 EStG) z. B. das Niederstwertprinzip nicht vorgeschrieben ist. Man argumentiert hier am besten wohl so, daß den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung, deren Beachtung nach § 5 EStG und nach § 160 AO vorgeschrieben ist, der Vorrang vor dem Wortlaut des Gesetzes gebühre. "Es ist ein Charakteristikum der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, daß sie wandelbar, gestaltungsfähig und elastisch sind. Aus ihnen soll die ordnungsgemäß und sorgfältig gehandhabte Übung des Kaufmanns abzulesen sein. Die kaufmännische Übung selbst aber ist wandelbar, ständig im Fluß und paßt sich der Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse und den neueren Erkenntnissen - insbesondere der Betriebswirtschaftslehre - an. Um den Grundsätzen diese Anpassungsfähigkeit zu erhalten, hat der Gesetzgeber bewußt auf eine ins einzelne gehende Kodifizierung verzichtet. Sonst könnte die Gefahr bestehen, daß ihre Weiterentwicklung gehemmt wird, was eine Stagnation des gesamten Rechnungswesens zur Folge haben müßte" (Spieth, Eberhard: Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Inventur, in: Der Rechts- und Steuerdienst, Heft 33, Köln 1956, S. 6-7. - vgl. auch Trumpler, Hans: Die Bi-

Wenn der Verkaufswert eines Wirtschaftsgutes bis zum Bilanzstichtag unter den Anschaffungs- oder Herstellungswert des Wirtschaftsgutes sinkt und wenn sich der Preisrückgang auch nach dem Bilanzstichtag bis zum Verkauf des Wirtschaftsgutes vor dem Bilanzerstellungstag weiter fortsetzt, dann wäre nach der Auffassung von Koch für das Niederstwertprinzip des Aktiengesetzes der Verkaufswert am Bilanzstichtag abzüglich etwaiger Verkaufsaufwendungen, für das Niederstwertprinzip als Grundsatz der Verlustabschreibung jedoch der Verkaufswert am Verkaufstag abzüglich etwaiger Verkaufsaufwendungen als höchstzulässiger Bilanzwert maßgebend, sofern der Preisrückgang im neuen Geschäftsjahr bereits am Bilanzstichtag vorausgesehen werden konnte (1).

Koch folgert hieraus, daß "die Niederstwertvorschrift mit dem Imparitätsprinzip nicht vereinbar und somit die Bilanzierungspraxis in sich widerspruchsvoll" ist (2). Er empfiehlt daher folgendes: "Grundsätzlich sollte man vom § 129 AktGes ausgehen und das Niederstwertprinzip in der Form des Grundsatzes der Verlustabschreibung anwenden. Denn lediglich der § 129 entspricht der Grundkonzeption der Bilanzierungspraxis, nämlich dem Zweck der Erfolgsermittlung. Lediglich dann, wenn der Grundsatz der Verlustabschreibung mit dem Wortlaut der positiven Vorschrift des § 133, Ziff. 3 AktGes nicht vereinbar ist - dies wäre dann der Fall, wenn der Bilanzansatz nach § 133 niedriger wäre als der nach dem Grundsatz der Verlustabschreibung - wäre die aktienrechtliche Niederstwertvorschrift zu beachten" (3).

Dieser Auffassung können wir nicht ganz zustimmen, und zwar aus folgenden Gründen: Koch sieht den "Abschlußstichtag" des § 133 AktGes als Bilanzstichtag an. Selbst dann, wenn unter dem Abschlußstichtag tatsächlich

(Fortsetzung der Fußnote 4 von Seite 128):

lanz der Aktiengesellschaft nach deutschem Aktien- und Steuerrecht unter Hinweisen auf das Recht der Vereinigten Staaten, Englands und der Schweiz, Basel 1950, hier insbesondere S. 80.

(5) Koch, Niederstwertprinzip, hier insbes. S. 33.

(1) Hinsichtlich der Berücksichtigung der Preisrückgänge aller zwischen dem Bilanzstichtag und dem Bilanzerstellungstag verkauften Wirtschaftsgüter ist es aber nach unserer Auffassung weniger entscheidend, daß der Preisrückgang im neuen Geschäftsjahr bereits am Bilanzstichtag vorausgesehen war, sondern daß der Preisrückgang im neuen Geschäftsjahr in unmittelbarem Zusammenhang mit Ereignissen des alten Geschäftsjahres gestanden hat, mit Ereignissen, die eine Verursachung unrealisierter Verluste hervorgerufen haben.

(2) Koch, Niederstwertprinzip, S. 34.

(3) Koch, Niederstwertprinzip, S. 34.

nicht der Bilanzerstellungstag, sondern der Bilanzstichtag zu verstehen ist, dann ist die Auffassung Kochs zu sehr auf den Wortlaut des Gesetzes gestützt. Es ist nicht einzusehen, warum dann, wenn der Bilanzansatz nach § 133 AktGes niedriger ist als der nach dem Grundsatz der Verlustabschreibung, immer der aktienrechtliche Niederstwert im Sinne Kochs zur Anwendung kommen soll. Wenn nämlich der nach dem Grundsatz der Verlustabschreibung geltende höhere Wert nicht durch besondere Ereignisse bestimmt wird, die zwischen dem Bilanzstichtag und dem Bilanzerstellungstag eingetreten sind, sondern lediglich auf der Verwertung der Kenntnisse beruht, die nach dem Bilanzstichtag, aber vor dem Bilanzerstellungstag gewonnen werden, dann ist es nicht mehr als recht und billig, daß man diese Kenntnisse auch hier berücksichtigen kann.

Außerdem ist zu bedenken, daß die aktienrechtliche Niederstwertvorschrift im Sinne Kochs in der Praxis ohnehin niemals vollständig beachtet werden kann, weil zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung die Verkaufswerte abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen, die zum Zeitpunkt des Bilanzstichtags Geltung hatten, häufig nicht feststellbar sind bzw. weil die arbeitsaufwendige rückwirkende Feststellung der Unternehmung häufig nicht zugemutet werden kann.

In vielen Fällen wird daher der Unterschied zwischen dem Grundsatz der Verlustabschreibung und die aktienrechtliche Niederstwertvorschrift gemäß der Kochschen Interpretation keine Beachtung finden können.

Wesentlich scheint allerdings zu sein, daß zwischen dem Grundsatz der Verlustabschreibung und dem Niederstwertprinzip insofern ein Unterschied besteht, als sich der Grundsatz der Verlustabschreibung auch auf solche Wirtschaftsgüter erstrecken kann, die noch nicht in das wirtschaftliche Betriebsvermögen Eingang und noch nicht ihren Niederschlag in der Buchhaltung gefunden haben (1), während auf Grund des Niederstwertprinzips nur Verluste im Zusammenhang mit solchen Wirtschaftsgütern ausgewiesen werden, die bereits zum wirtschaftlichen Betriebsvermögen gehören.

Tatsächlich wird das Niederstwertprinzip in der Literatur inhaltlich in so verschiedener Weise interpretiert, daß es nach unserer Auffassung wenig sinnvoll wäre, hier festzustellen, bei welchen Autoren sich eine inhaltliche Übereinstimmung und bei welchen Autoren sich keine inhaltliche Übereinstimmung des Niederstwertprinzips mit dem imparitätischen Realisationsprinzip ergeben würde.

-
- (1) Wenn z. B. im alten Geschäftsjahr ein Wirtschaftsgut für 1 000 DM verkauft wird, das vom Verkäufer erst im neuen Geschäftsjahr für 1 200 DM angeschafft und dann an den Kunden veräußert wird, so muß nach dem Grundsatz der Verlustabschreibung in der Bilanz des alten Geschäftsjahres der am Bilanzstichtag vorhandene unrealisierte Verlust, soweit er bekannt war, berücksichtigt werden.

Zweifel-ohne wollen beide Prinzipien in der einen Richtung wirken. Es ist nach unserer Auffassung müßig, darüber zu streiten, wie weit der Begriff "Niederstwertprinzip" und wie weit der Begriff "imparitätisches Realisationsprinzip" gefaßt werden soll. Wir haben uns weniger mit formellen als mit materiellen Überlegungen auseinanderzusetzen.

In diesem Zusammenhang ergeben sich insbesondere zwei Probleme :

- 1) Das Problem der unterschiedlichen Konsequenz in der Anwendung des Niederstwertprinzips bei verschiedenen Wirtschaftsgütern ein und derselben Unternehmung und bei den gleichen Wirtschaftsgütern verschiedener Unternehmungen.
- 2) Das Problem der unterschiedlichen Konsequenz in der Wertzuschreibung.

Nach der kaufmannischen Gepflogenheit ist das Maß der Konsequenz, mit der das Niederstwertprinzip angewandt wird, bei den Wirtschaftsgütern einer Unternehmung nicht einheitlich. Es kann zwischen folgenden Formen des Niederstwertprinzips unterschieden werden :

- a) Das strenge Niederstwertprinzip
- b) Das gemilderte Niederstwertprinzip
- c) Das gemilderte Niederstwertprinzip mit Tendenz zum strengen Niederstwertprinzip

Aus der nachfolgenden, im Hinblick auf die Gliederungsvorschriften des § 131 AktG vereinfachten Gegenüberstellung der Bewertungsvorschriften bei den auf der Aktivseite der Bilanz ausweispflichtigen Wirtschaftsgütern geht hervor, bei welcher Art von Wirtschaftsgütern die verschiedenen Formen des Niederstwertprinzips in der Handelsbilanz und in der Steuerbilanz zur Anwendung kommen (1).

Handelsbilanz

I Anlagevermögen

1 materielle Wirtschaftsgüter

gemildertes Niederstwertprinzip

2 immaterielle Wirtschaftsgüter

gemildertes Niederstwertprinzip

mit Tendenz zum strengen

Niederstwertprinzip

II Umlaufvermögen

strenges Niederstwertprinzip

Steuerbilanz

I Abnutzbare Wirtschaftsgüter

gemildertes Niederstwertprinzip

II Nicht abnutzbare Wirtschaftsgüter

1 des Anlagevermögens

a materielle Wirtschaftsgüter

gemildertes Niederstwertprinzip

b immaterielle Wirtschaftsgüter

gemildertes Niederstwertprinzip mit Tendenz zum strengen Niederstwertprinzip.

2 des Umlaufvermögens

strenges Niederstwertprinzip

- (1) Gegenüberstellung in Anlehnung an Ausführungen von Dornemann, Richard: Übungen zur betriebswirtschaftlichen Steuerlehre im WS 1960/61, Universität Frankfurt.

Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich, daß hinsichtlich der Bewertung in der Handels- und Steuerbilanz das gleiche Prinzip gilt. Daß die in der Handelsbilanz und Steuerbilanz ausgewiesenen Wirtschaftsgüter im einzelnen und insgesamt häufig zu völlig anderen Werten ausgewiesen sein können, das wurde bereits in Einzelheiten dargestellt und begründet.

Es bedarf nun einiger kritischer Ausführungen darüber, wie die gesetzlichen Vorschriften, die Gepflogenheiten in der Praxis und die Empfehlungen in der Literatur hinsichtlich der verschiedenen Bewertung von Wirtschaftsgütern ein und derselben Unternehmung zu beurteilen sind.

Nach § 133, Ziff. 1 AktGes dürfen die im § 131, Abs. I A II, Nr. 1 bis 4 bezeichneten Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, also die Wirtschaftsgüter des materiellen Anlagevermögens, höchstens zum Anschaffungs- bzw. Herstellungswert ausgewiesen werden. Ein Ausweis zum Anschaffungs- bzw. Herstellungswert ist nach § 133 selbst bei geringerem Wert dieser Wirtschaftsgüter möglich, "wenn der Anteil an dem Wertverlust, der sich bei der Verteilung auf die voraussichtliche Gesamtdauer der Verwendung oder Nutzung für das einzelne Geschäftsjahr ergibt, in Abzug oder in Form von Wertberichtigung in Ansatz gebracht wird". Nach dem Aktiengesetz (1) ist also höchstens der Anschaffungs- bzw. Herstellungswert und im Falle eines bereits eingetretenen Wertverlusts höchstens der fortgeführte Anschaffungs- bzw. Herstellungswert anzusetzen. Da die einzelnen Wirtschaftsgüter des materiellen Anlagevermögens in der Regel im Laufe der Zeit durch technischen Verschleiß, durch ruhenden Verschleiß, durch Substanzabbau, durch den Ablauf von Rechten und Fristen, durch technischen Fortschritt, durch Bedarfsverschiebungen, durch Fehlinvestierungen, durch anteiligen Katastrophenverschleiß, soweit er nicht durch Versicherungen gedeckt ist, einem Wertverlust unterliegen, der bei der Verteilung auf die voraussichtliche Gesamtdauer der Verwendung oder Nutzung für das einzelne Geschäftsjahr berücksichtigt werden muß, ist der fortgeführte Anschaffungs- bzw. Herstellungswert derjenige Wert, der in der Regel für den Ansatz der materiellen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in der Bilanz maßgebend ist. Bei der Ermittlung dieses fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungswertes oder - anders ausgedrückt - bei der Ermittlung der unrealisierten Verluste, die vom Anschaffungs- bzw. Herstellungswert abgezogen werden müssen, um den fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungswert zu erhalten, ergeben sich große Schwierigkeiten. Diese beruhen auf mehreren Faktoren, nämlich

- a) auf der Schwierigkeit der Ermittlung der Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte
- b) auf der Schwierigkeit der Ermittlung der Lebensdauer,
- c) auf der Schwierigkeit der Ermittlung des Nutzungsverlaufs.

(1) vgl. hierzu auch § 42 GmbHGes und § 33 c GenGes.

Die sich bei der Ermittlung der Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte ergebenden Probleme sind bereits dargestellt worden, so daß an dieser Stelle auf frühere Ausführungen verwiesen werden kann. Auch auf die Tatsache, daß der Anschaffungs- bzw. Herstellungswert eines Wirtschaftsgutes grundsätzlich den Ausgangspunkt für die Bemessung der Abschreibungen darstellt, daß aber gelegentlich für die Bemessung der Abschreibungen von einem abweichenden rechnerischen Anschaffungs- bzw. Herstellungswert ausgegangen werden muß, haben wir bereits hingewiesen. Hier wäre daher nur noch auf eine wesentliche Unterscheidung einzugehen, nämlich auf die Unterscheidung zwischen geringwertigen und hochwertigen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, d.h. hier auf die Unterscheidung zwischen geringwertigen und hochwertigen Wirtschaftsgütern des materiellen Anlagevermögens. Bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern besteht insofern eine Sonderregelung, als bei ihnen weder die Lebensdauer noch der Nutzungsverlauf Einfluß auf die Bewertung der Wirtschaftsgüter in der Bilanz haben, wenn die Unternehmung von ihrem Recht Gebrauch macht, diese Wirtschaftsgüter nur mit einem Erinnerungswert in der Bilanz auszuweisen. Diese Sonderregelung ist insbesondere aus zwei Gründen getroffen worden:

- 1) um Arbeitsvereinfachungen für die Unternehmungen und die sie prüfenden Institutionen einzuführen,
- 2) um den Unternehmungen Finanzierungserleichterungen zu gewähren (1). Daß diese Sonderregelung eine wesentliche Hilfe im Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft dargestellt hat und daß die im Gesetz fixierte Wertgrenze (vgl. § 6, Abs. II EStG) in Höhe von z. Zt. 600 DM die Entscheidungen und Handlungen der Unternehmungen in mancherlei Hinsicht beeinflußt hat, das braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Man denke in diesem Zusammenhang nur an die Vielzahl von Preisfixierungen in der Höhe zwischen 590 und 600 DM, an die Vielzahl der bei Prüfungen aufgedeckten berechtigten oder unberechtigten Maßnahmen der Unternehmungen, um die Bestimmungen der Sonderregelung für sich in Anspruch zu nehmen.

Besonders große Schwierigkeiten ergeben sich bei der Festlegung der Lebensdauer für die Ermittlung der fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte. Es handelt sich hier einerseits um das Problem, welche Art der Lebensdauer berücksichtigt werden soll und andererseits um das Problem, wie die in

-
- (1) Wenn wir den weit gefaßten Finanzierungsbegriff zu Grunde legen und unter Finanzierung die Zuführung von Geldmitteln für zusätzliche Investitionen verstehen, dann ist die Durchführung von Abschreibungen als Finanzierungsvorgang anzusehen, wenn wir dagegen den eng gefaßten Finanzierungsbegriff zu Grunde legen und unter Finanzierung die Zuführung von Passivkapital verstehen, dann ist die Durchführung von Abschreibungen kein Finanzierungsvorgang.

Frage kommende Lebensdauer ermittelt werden soll. In Anlehnung an Loitlsberger (1) können wir 5 Arten der Lebensdauer unterscheiden.

- 1) die technische Lebensdauer
- 2) die wirtschaftliche Lebensdauer
- 3) die kapitalmäßige Lebensdauer
- 4) die willkürliche Lebensdauer
- 5) die konventionelle Lebensdauer

Die Berücksichtigung der technischen Lebensdauer ist für die Ermittlung der fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte in der Regel nicht geeignet, weil eine Nutzung von materiellen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens bis zum Ende der technischen Lebensdauer im allgemeinen wirklichkeitsfremd ist. So werden z. B. heute von der Bundesbahn immer weniger Dampflokomotiven eingesetzt, obwohl die stillgelegten und verschrotteten Lokomotiven zum großen Teil noch technisch einsatzfähig sind. Die Stilllegung resultiert aus der Überlegung, daß mit zunehmendem Alter der Dampflokomotiven und außerdem wegen der Herstell- und Einsatzmöglichkeit neuzeitlicher Diesel- und Elektroaggregate die technische Wirtschaftlichkeit (2), die Kostenwirtschaftlichkeit und die Marktwirtschaftlichkeit im Sinne von Hax (3) bei den Dampflokomotiven im allgemeinen am schlechtesten ist.

Die wirtschaftliche Lebensdauer ist diejenige Lebensdauer, während der das Wirtschaftsgut nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten verwendet werden kann. Nach der Beendigung der wirtschaftlichen Lebensdauer sind die Kosten, die das Wirtschaftsgut beim Einsatz verursacht, im Vergleich zu einem anderen Wirtschaftsgut höher und/oder die Aufwendungen, die zur Aufrechterhaltung der Produktionsbereitschaft des Wirtschaftsgutes notwendig werden, sind größer als die erzielten Erträge. Auch die wirtschaftliche Lebensdauer ist für die Bemessung der Abschreibungen im allgemeinen wenig geeignet.

Als relativ bester Ausgangspunkt für die Ermittlung der Abschreibungen ist nach unserer Auffassung im allgemeinen die kapitalmäßige Lebensdauer geeignet. Unter dieser Art der Lebensdauer versteht man die Zeit der Kapitalbindung. Sie wird repräsentiert durch die Zeitspanne, die man braucht, um aus

-
- (1) Loitlsberger, Erich; Bilanzen II, Vorlesung im WS 1960/61, Universität Frankfurt.
 - (2) Diese kann durch die von Kurt Rummel (4) aufgestellten Kenngrade ausgedrückt werden, z. B. durch den Stoffgrad (ausgebrachte Menge: eingesetzte Menge), durch den Lastgrad (Sollzeit je Mengeneinheit : Istzeit je Mengeneinheit), durch den Zeitgrad (Laufzeit der Maschine : planmäßige Betriebszeit), durch den Wirkungsgrad (ausgebrachte Energie : eingebrachte Energie).
 - (3) Hax, Karl; Betriebswirtschaftlicher Erfolg und Wirtschaftlichkeitsmessung, in: Die Wirtschaftsprüfung 1948, 2. Jg., S. 4-9, hier S. 8.
 - (4) Rummel, Kurt; Einheitliche Kostenrechnung, Düsseldorf 1949.

den Erlösen sämtliche Kosten der Investition decken zu können. Diese Theorie kann auch als Amortisationstheorie bezeichnet werden. Ihr wird neuerdings im Verhältnis zu den anderen Abschreibungstheorien, nämlich im Verhältnis zur Wertminderungstheorie, die sich aus der vermögens-theoretischen Betrachtung ergibt, im Verhältnis zur Aufwandsverteilungstheorie, die sich aus der aufwands-theoretischen Betrachtung ergibt, und im Verhältnis zur Verlustantizipationstheorie häufig der Vorzug gegeben (1).

Loitsberger (2) z. B. sieht die Bilanz als eine Ist-Rechnung an, in der die geplante Kapitalverwendung aufgeschrieben und nachgerechnet wird. Der Unternehmer plant eine bestimmte Kapitalverwendung (Investition). In der Buchhaltung wird festgehalten, wie sich die Investition entwickelt hat, welche Ereignisse eingetreten sind. Die Ergebnisse der Buchhaltung finden ihren Niederschlag in der Bilanz. Insofern kann die Bilanzierung dem Bereich der Planung zugeordnet werden. Ebenso wie bei der Planung im üblichen Sinne stehen hier den Soll-Werten Ist-Werte gegenüber, wobei allerdings hier die Soll-Rechnung mit der Ist-Rechnung in der Weise zu einer Einheit verbunden wird, daß die Bilanz den Nachweis der geplanten Kapitalverwendung in einer realen Unternehmung darstellt.

Unter Kapital versteht Loitsberger dabei nicht, wie z. B. Schmalenbach und Rieger, den rein geldmäßigen Begriff, d. h. also alle Wirtschaftsvorteile, die man in einer Unternehmung anlegt, um sie zu nutzen und daraus in zukünftigen Perioden Vorteile zu erzielen, sondern vielmehr die abstrakte Macht über bestimmte Wirtschaftsvorteile, über die man verfügen kann und die in Geldeinheiten bewertet sind. Loitsberger sieht von dem rein geldmäßigen Kapitalbegriff ab, weil man diesen Begriff nicht auf die Bilanz beziehen kann (3).

Jede Kapitalverwendung (Investition) ist

- 1) mit einem Risiko behaftet
- 2) nicht umkehrbar

Es besteht die Frage, wie man dieses Risiko berücksichtigen soll. Es gibt zwei grundsätzliche Möglichkeiten :

- a) Man muß das Risiko, d. h. "die Gefahr des Mißlingens einer Leistung"(4), abschätzen und einen Risikozuschlag (kalkulatorisches Wagnis) in der Rechnung ansetzen.

-
- (1) Vgl. hierzu auch die von Riebel in den bereits zitierten Aufsätzen vorgeschlagene Rechnung mit Soll-Deckungsbeiträgen.
 - (2) Loitsberger, Erich: Bilanzen II, Vorlesung im WS 1960/61, Universität Frankfurt.
 - (3) Beim rein geldmäßigen Kapitalbegriff wird z. B. bei den Sacheinlagen von der Fiktion ausgegangen, daß die Sacheinlagen Geld sind.
 - (4) Hax, Betriebsunterbrechungsversicherung, S. 15.

- b) Man muß die Amortisationsdauer entsprechend festlegen. Gewinn liegt erst dann vor, wenn sich die Investition amortisiert hat.

Gelegentlich wird in der Praxis gesagt, der Gewinn sei nur das, was jenseits allen Risikos liege. Diese Auffassung entspricht der Definition des Totalgewinns. Wenn alle Geschäfte abgewickelt sind, dann können keine Rückschläge mehr eintreten.

Der Totalgewinn kann aber auch auf andere Weise errechnet werden. Man überlegt, wann sich die Investitionen amortisiert haben und wann die Gewinne zu fließen beginnen. In diesem Falle stellt die Bilanz den Nachweis der Kapitalverwendung der realen Unternehmung dar. In dieser Bilanz werden auf der Aktivseite alle Wirtschaftsvorteile nachgewiesen, solange sie wirksam sind.

Schmalenbach z. B. sieht in der Bilanz eine objektive Größe. Dies erkennt man an der Bemessung der Abschreibungen. Die Abschreibungsquoten richten sich nämlich bei Schmalenbach nicht danach, in welcher Zeit die Anlagen amortisiert sein sollen, sondern sie richten sich nach der Nutzungsdauer der Anlagen (1) (2). Hier ist die Bilanz kein Nachweis der Planungsüberlegungen der Unternehmung bei der Kapitalverwendung, hier ist die Bilanz keine Ist-Rechnung, an der die geplante Kapitalverwendung deutlich wird.

Nach Loitlsberger (3) stellt die Bilanz eine subjektive Planungsgröße dar; sie ist ein Nachweis der Überlegungen, die sich der Unternehmer bei der Kapitalverwendung gemacht hat, ein Nachweis der Überlegungen, in welcher Zeit er die Anlage amortisiert haben will und wann Gewinn entstehen soll.

Die Abschreibungen sind das Korrelat zur Investition. Die Bilanz ist die Verifikation der unternehmerischen Investitionsrechnung (4) (5). Sie dokumentiert die Planung und ist somit Nachweis für Kapitalverwendung und Kapital-

-
- (1) Vgl. Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 139-160.
 - (2) Dies ist auch im Steuerrecht der Fall.
 - (3) Loitlsberger, Erich; Bilanzen II, Vorlesung im WS 1960/61, Universität Frankfurt.
 - (4) Dies gilt natürlich nicht im Sinne Schneiders, d. h. nicht im Sinne von Abzinsung der Einnahmen und Ausgaben, sondern im Sinne einer Ist-Rechnung, die der Unternehmer als Freisetzungsberechnung durchführt.
 - (5) Vgl. hierzu dagegen Schneider, Erich; Wirtschaftlichkeitsrechnung, Bern und Tübingen 1951. - Schneider unterscheidet hier folgende Arten der Investitionsrechnung:
 - a) interne Zinsfußmethode
 - b) Annuitätsmethode
 - c) Diskontierungsmethode
 - d) Differenzmethode
 - e) Methode der kritischen Werte

freisetzung. Gewinn ist erst dann realisiert, wenn die Investitionsausgaben amortisiert sind, wenn das Kapital wieder freigesetzt ist.

Loitlsberger vertritt in seinen Vorlesungen die Auffassung, daß die Erkenntnisse für Betriebsdispositionen nicht isoliert aus der Bilanz, aus der Plankostenrechnung oder Kostenrechnung gezogen werden können, weil zwischen diesen Rechnungen unausrottbare Unterschiede bestehen.

Der Betrieb ist eine geschichtliche Größe. Bei Betriebsdispositionen muß man die geschichtliche Entwicklung beachten, die sich aber nur in der Buchhaltung und Bilanz widerspiegeln. Jedoch ist der Betrieb auch eine zeitlose Leistungsinstitution an sich. Dies kommt in der Kostenrechnung zum Ausdruck. Die Frage, wie man die Realität, d.h. den Betrieb als geschichtliches Phänomen, mit den Erfordernissen verbinden kann, die sich aus der Leistungsnotwendigkeit ergeben, stellt heute ein großes Problem dar, mit dem sich die Theoretiker des Rechnungswesens beschäftigen müssen.

Die willkürliche Lebendauer ist diejenige Lebensdauer, die von der Unternehmung nach freier Wahl festgelegt wird. Sie ist als Ausgangspunkt für die Ermittlung der Abschreibungen nicht geeignet.

Bei der konventionellen Lebensdauer, d.h. bei der Lebensdauer, die ordentliche und ehrenwerte Kaufleute im allgemeinen bei gleichen oder ähnlichen Wirtschaftsgütern des materiellen Anlagevermögens anwenden, handelt es sich im Grunde genommen um eine willkürliche Lebensdauer, die als Ausgangspunkt für die Ermittlung der Abschreibungen nicht geeignet ist.

Zur Lösung des Problems, wie die in Frage kommende Art der Lebensdauer, nämlich die kapitalmäßige Lebensdauer, ermittelt werden soll, ist die Frage entscheidend, welche Zeitspanne für die Wiederfreisetzung des Kapitals benötigt wird. Letztenendes läuft die eigentliche Problematik in diesem Zusammenhang dann auf die Schwierigkeit hinaus, die erwarteten Erlöse vorzubestimmen. Auf diese Schwierigkeit kann aber an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden.

Bei der Ermittlung des objektiv richtigen Abnutzungsverlaufs steht die Unternehmung vor einem unlösbaren Problem. Ja selbst dann, wenn der Abnutzungsverlauf objektiv richtig festgestellt werden könnte und auch objektiv richtig festgestellt würde, dann würde es selbst bei der Vielzahl der vorhandenen und noch entwickelbaren Abschreibungsmethoden in reiner oder kombinierter Form häufig Schwierigkeiten bereiten, diesem Abnutzungsverlauf in einer geeigneten Abschreibungsmethode Ausdruck zu geben.

Diese Ausführungen mögen hinreichend gezeigt haben, mit welcher Problematik die Ermittlung der fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte verbunden ist. Ja die Problematik wird noch augenscheinlicher, wenn man berücksichtigt, daß häufig nicht einmal die wichtigsten Kriterien für die Wahl

der Abschreibungsmethode (1) in Einklang zu bringen sind und es auch häufig schwerfällt, einen Kompromiß zu schließen. Zwar können sich die Fehler, die bei der Ermittlung der fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte entstehen, zum Teil oder ganz gegenseitig saldieren, da man aber im allgemeinen die objektiv richtigen Werte nicht kennt und einen Ausweis unrealisierter Gewinne vermeiden muß, ist es zu empfehlen, auch hier das Vorsichtsprinzip mit Maß und Ziel zu verwenden.

Zum Zwecke der Vereinfachung in der Darstellung gehen wir nun in den folgenden Ausführungen von der Voraussetzung aus, es könnte ein objektiv richtiger fortgeführter Anschaffungs- bzw. Herstellungswert ermittelt werden und es sei auch ein solcher objektiv richtiger fortgeführter Wert ermittelt worden.

Es ergibt sich dann die Frage, ob dieser Wert in der Bilanz zum Ansatz gebracht werden kann bzw. zum Ansatz gebracht werden muß oder ob gemäß dem Niederstwertprinzip ein niedrigerer Wert zum Ausweis kommen kann bzw. zum Ausweis kommen muß.

"Die Anlagen sind Mittel, die Umsatzgegenstände Objekte der wirtschaftlichen Aufgaben des Betriebs", und die Wirtschaftsgüter des materiellen Anlagevermögens verhalten sich gegenüber den Preisbewegungen bei den Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens "indifferenter" (2); sie werden auch nur dann an den Markt zurückgegeben, "wenn sie ausnahmsweise vor beendigter Lebenskraft ihre Betriebsaufgabe erfüllt haben, oder nach beendeter Lebenskraft als Wrack, als Schrott, als Asche. Sind sie in den Betrieb eingetreten, so sind in weit größerem Umfange als bei den Umsatzgegenständen die Beziehungen zum Markte gelöst; und soweit solche Beziehungen noch bestehen, liegen ihnen die Marktverhältnisse von Gütern eigenen Wesens ferner als die Marktverhältnisse der von ihnen erzeugten Güter" (3). Deshalb ist es bei den Wirtschaftsgütern des materiellen Anlagevermögens regelmäßig nicht notwendig, die Bilanzwerte an ein gesunkenes Preisniveau auf dem Markte anzupassen. Wenn aber im Einzelfalle "trotzdem der Einfluß der Zeitwerte auf die Abschreibungen und Rückstellungen für Anlagen unter gewissen Voraussetzungen wichtig sein kann, so wird doch auch in diesem Falle die Sondernatur dieser Gegenstände Besonderheiten des Wertungsverfahrens zur Folge haben" (4).

Diese Erkenntnisse waren es wohl insbesondere, die den Gesetzgeber mit Recht zu der im allgemeinen geltenden Entscheidung veranlaßt haben, daß der

-
- (1) nämlich: die einzelnen Abschreibungsursachen, finanzwirtschaftliche Überlegungen, organisatorische Überlegungen zur technischen Durchführung, substanzerhaltende und steuerliche Überlegungen.
 - (2) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S.178.
 - (3) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S.178-179.
 - (4) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S.179.

Kaufmann nach freier Wahl entscheiden kann, ob er den gesetzlich vorgeschriebenen fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungswert (Wert I) oder den um die Preissenkungen bzw. den um die anteiligen Preissenkungen auf dem Markte geminderten gesetzlich vorgeschriebenen fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungswert (Wert II) in der Bilanz zum Ansatz bringt.

Des weiteren ergibt sich nun die Frage, ob es zugelassen werden soll, die Wirtschaftsgüter des materiellen Anlagevermögens zu einem unter dem Niederstwert liegenden Wert in der Bilanz auszuweisen. In § 133 AktGes, der die Bestimmungen für die Wertansätze in der Jahresbilanz der Aktiengesellschaften und der Kommanditgesellschaften auf Aktien enthält, und der auch für die Unternehmungen anderer Unternehmungsformen grundsätzlich analog angewandt wird, ist keine untere Grenze zum Wertansatz in der Bilanz ausdrücklich festgelegt. In § 129 AktGes und in § 38 HGB wird auf die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung verwiesen. In diesem Zusammenhang wird die Frage, in welchem Ausmaß Reserven gebildet werden dürfen, unterschiedlich beantwortet (1).

Nach unserer Auffassung dürfte es insbesondere im Interesse einer brauchbaren Erfolgsrechnung sowohl beim Anlagevermögen als auch beim Umlaufvermögen grundsätzlich nur zulässig sein, Zwangsreserven und Ermessensreserven zu bilden, wobei erstere durch die Beachtung der gesetzlich geforderten Mindestbestimmungen und letztere durch die Beachtung des Vorsichtsprinzips entstehen. Willkürreserven, die auf Grund autonomer Entscheidungen der Unternehmung entstehen, dürften nach unserer Auffassung nicht gebildet werden, die berücksichtigten Wertminderungen sollten auf der Passivseite der Bilanz offen (2) ausgewiesen werden.

(1) Gelegentlich wird zwischen Rücklagen und Reserven unterschieden (3). Unter Rücklagen wird dann der abstrakte buchtechnische Begriff, unter Reserven werden dann im allgemeinen konkrete Vermögensgegenstände der Unternehmung verstanden, die nicht unmittelbar am Umsatzprozeß beteiligt sind. Gelegentlich sind aber auch Reserven keine konkreten Vermögensgegenstände der Unternehmung. So können z. B. Liquiditätsreserven in der Form von Kreditzusagen vorhanden sein, die nach der deutschen Buchungsweise nicht in der Bilanz erscheinen und deshalb nicht zu den konkreten Vermögensgegenständen der Unternehmung zählen.

Wir wollen die Begriffe "Rücklagen" und "Reserven" synonym verwenden.

(2) Offene Rücklagen sind in der Bilanz gesondert ausgewiesen, stille Rücklagen sind in der Bilanz nicht bzw. nicht gesondert ausgewiesen. Gelegentlich wird nicht nur zwischen offenen und stillen, sondern zwischen offenen, stillen und versteckten Rücklagen unterschieden (4). In diesem Falle liegt eine stille Rücklage immer dann vor, wenn der Buchwert eines auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesenen Wirtschaftsgutes unter dem Tageswert liegt. Eine versteckte Rücklage ist im Gegensatz zur stillen Rücklage nach dieser Einteilung in der Bilanz ausgewiesen, allerdings nicht unter der Position "Rücklage". Versteckte Rücklagen entstehen durch Überbewertung der Passivposten. Sie sind zulässig, sofern es sich um Ermessensrücklagen handelt (z. B. für Rückstellungen, Valutaverbindlichkeiten).

(3) so z. B. von Riebel in seinen Vorlesungen

(4) so z. B. von Banse in seinen Vorlesungen

- 1) um den verschiedenen Interessenkreisen einen besseren allgemeinen Einblick in die Rechnungslegung zu gewähren (1),
 - 2) um aus der Bilanz wenigstens grobe Schlüsse auf die Modernität der Anlagegüter und die damit verbundenen Folgerungen ziehen zu können,
 - 3) um aus der Bilanz wenigstens grobe Schlüsse auf die Periodenkapazität der Anlagegüter und die damit verbundenen Folgerungen ziehen zu können,
 - 4) um aus der Bilanz wenigstens grobe Schlüsse auf die Umschlagsdauer der Anlagegüter und die damit verbundenen Folgerungen ziehen zu können.
- Dabei wäre zu empfehlen, daß die Wertminderungen in mehreren Posten gemäß § 19, Abs. II, I, Position 6 bis 8 des Gesetzes über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und über die Gewinn- und Verlustrechnung vom 23.12.1959 (kleine Aktienrechtsreform) getrennt ausgewiesen werden. Im übrigen sollten die Publizitätsvorschriften nach unserer Auffassung nicht nur an die Unternehmensform, sondern auch an die Betriebsgröße gebunden werden. Da es für die Bestimmung der Betriebsgröße keinen einheitlichen Maßstab gibt, könnte man von der Vielzahl der Bestimmungsfaktoren (2) die markantesten auswählen und eine Publizitätspflicht dann verlangen, wenn die Mehrzahl der Bestimmungsfaktoren die Merkmale der Betriebsgröße erfüllt, ab der eine Publizitätspflicht empfehlenswert wäre (3).

Wenn wir nun an die große und in den letzten Jahren im allgemeinen immer vermehrte Anlagenintensität der Unternehmungen in der modernen Wirtschaft denken, so wird es offensichtlich, daß infolge des handelsrechtlich und steuer-

-
- (1) Bei einem Vergleich der Bilanzen zweier verschiedener Unternehmungen darf aber folgende Tatsache nicht übersehen werden: "Sind z.B. in den Bilanzen zweier gleichartiger Unternehmungen die Gebäude mit verschiedenen hohen Summen angegeben, so darf - selbst bei gleichen Abschreibungsprinzipien - daraus nicht ohne weiteres gefolgert werden, daß das Unternehmen mit dem höheren Betrage auch die größeren und wertvolleren Gebäude besitzt. Es kann die Sache so liegen, daß an beiden Stellen die Gebäude ganz die gleichen sind, daß die Baukosten aber wegen der Materialpreise, der Löhne usw. verschieden waren und daß deshalb ganz die gleichen Gebäude in den beiden Bilanzen mit verschiedenen Summen verzeichnet sind. Ebenso kann eine Maschinenanlage wegen des schwierigen Transports und dergl. einem Unternehmer sehr viel mehr kosten als die gleiche Maschine einem anderen. . . "(Passow, a. a. O., S. 301).
 - (2) nämlich dem Umsatz, dem Kapital, der Belegschaftszahl, der Wertschöpfung, der Kapazität . . .
 - (3) Ein ähnlicher Vorschlag wurde unseres Wissens bereits von den Wirtschaftsexperten der FDP oder SPD gemacht (4).
 - (4) Die Quelle kann leider nicht mehr festgestellt werden.

rechtlich eingeräumten Wahlrechts, entweder den gesetzlich zumindest fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungswert oder den unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungswert in der Bilanz auszuweisen, die Höhe des ausgewiesenen Gewinns beeinflußt werden kann. "Der Unternehmer ist demzufolge, wenn auch nur in beschränktem Umfang, in der Lage, die Gewinne von Periode zu Periode zu regulieren und damit (auch) die Höhe der von ihm zu entrichtenden Steuern selbst zu bestimmen. Gewiß kann er den tatsächlichen Erfolg nicht vor der Steuer verstecken" (1), weil die Reserven im Laufe der Zeit durch den Verkauf der Wirtschaftsgüter, durch laufende Wertminderungen, durch evtl. Erhöhungen der Marktpreise, durch Zuschreibung (2), durch den Ausfall oder durch die Minderung von Abschreibungen etc. wieder aufgelöst werden, er kann aber durch die Reservebildung z. B.

- a) eine Steuerstundung,
- b) eine Umgehung der Einkommensteuerprogression im Falle der Besteuerung nach dem EStG,
- c) eine Umgehung der Gewerbesteuerprogression (3) bzw. eine Umgehung der Gewerbesteuer,
- d) eine Steuerersparnis im Falle der zwischenzeitlichen Steuersenkung,
- e) eine Möglichkeit der Selbstfinanzierung unter Berücksichtigung der Vorteile gemäß dem Lohmann-Ruchti-Effekt (4),
- f) eine von der effektiven Rentabilität abweichende Darstellung der Rentabilität,
- g) eine von der effektiven Liquidität abweichende Darstellung der Liquidität,
- h) eine von der effektiven Vermögens- und Kapitalstruktur abweichende Darstellung der Vermögens- und Kapitalstruktur

erreichen. Außerdem "kann der Fall eintreten, daß der in einem Jahre erzielte, aber mit Hilfe übermäßiger Abschreibungen versteckte Reingewinn in späteren Jahren durch Verluste aufgezehrt wird und infolgedessen gar nicht mehr zur Versteuerung gelangt" (5).

Mit diesem Problem ist die Frage verbunden, ob dem Unternehmer nicht nur ein Wahlrecht zwischen dem gesetzlich geforderten fortgeführten Anschaf-

(1) Jockel, a. a. O., S. 88-89.

(2) Hierauf werden wir später noch im einzelnen eingehen.

(3) Dies gilt nicht für die fakultativ erhobene Lohnsummensteuer als Teil der Gewerbesteuer, weil diese - volkswirtschaftlich übrigens äußerst bedenkliche - Steuer eine Aufwandsteuer ist, die an die Lohnsumme, d. h. an die Arbeitsintensivität, anknüpft.

(4) Hierauf werden wir später noch im einzelnen eingehen.

(5) Passow, a. a. O., S. 235.

...g. h.w. Herstellungswert, sondern auch ein Wahlrecht zwischen den beiden erwähnten Werten und einem Zwischenwert zugestanden werden soll. Wir schließen uns der Auffassung derjenigen Theoretiker und Praktiker an, die auch den Ausweis einer Zwischenwertes in der Bilanz als gerechtfertigt ansehen. "Denkt man an all die Fragen, die sich an die Begriffe Herstellungskosten, Anschaffungspreis, gemeiner Wert knüpfen, so könnte man mit Fug ... sagen: Es ist viel leichter, zwischen den beiden Endpunkten zu bleiben als einen der Endpunkte richtig zu treffen; durch die Zulassung beliebiger Zwischenwert wird eine Fülle von Streitfragen erledigt" (1) (2).

Jockel führt in diesem Zusammenhang aus: Es ist "nicht mehr als vernünftig, daß man im Interesse der praktischen Durchführbarkeit der Bewertung die Anforderungen nicht überspannt und dem Kaufmann innerhalb der Grenzen der steuerlich (und handelsrechtlich - der Verf.) zulässigen Wertmaßstäbe die Möglichkeit gibt, in freier Entscheidung darüber zu befinden, welcher Wertansatz von seinem Standpunkt aus für sein Unternehmen der richtige ist. Bei der Beurteilung des Wahlrechts darf man nie außer Acht lassen, daß eine absolut genaue Rechnung doch niemals möglich sein wird" (3).

- (1) Becker, Enno: Zur Frage des Verhältnisses zwischen Handels- und Steuerbilanz, in: Deutsche Wirtschaftszeitung, 25. Jg., 1928, S. 1160 ff., hier S. 1162.
- (2) Es ist einerseits gut zu verstehen, daß bei der Aufstellung steuerrechtlicher Normen eher Kompromisse zwischen extremen Meinungen geschlossen werden als im Falle der Aufstellung handelsrechtlicher Normen, weil bei der Aufstellung steuerrechtlicher Normen verschiedenartigere Grundsätze und Forderungen ins Gleichgewicht gebracht werden müssen. Schmidlin (a. a. O., S. 193-202) nennt in diesem Zusammenhang z. B.:
 - 1 Grundsätze und Forderungen der Rechtsordnung
 - a Rechtsgleichheit (Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Bemessung der stark schwankenden steuerbaren Einkommen entsprechend den konstant bleibenden steuerbaren Einkommen, richtige Besteuerung der während der Gesamtdauer der wirtschaftlichen Tätigkeit erzielten Einkünfte)
 - b Rechtssicherheit
 - c Einfachheit (Praktikabilität)
 - 2 Grundsätze und Forderungen der Betriebswirtschaft (Erhaltung und Sicherung der Unternehmung)
 - 3 Grundsätze und Forderungen der Volkswirtschaft (Anpassung des Steuersystems an das Wirtschaftssystem)
 - 4 Grundsätze und Forderungen der Finanzwirtschaft (Regelmäßigkeit und Gleichmäßigkeit der Steuereingänge)
- (3) Jockel, a. a. O., S. 89-90.

Für die Bewertung der Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens in der Bilanz wird die Anwendung des strengen Niederwertprinzips gefordert (vgl. § 133 AktGes), und zwar aus folgenden Überlegungen. "Die Anlagen sind Mittel, die Umsatzgegenstände Objekte der wirtschaftlichen Aufgaben des Betriebs. Die Umsatzgegenstände werden dem Markte entnommen und verändert oder unverändert dem Markte wiedergegeben; ihr Preisspielraum ist Agens der wirtschaftlichen Betätigung und läßt dem sich Betätigenden den Entgelt für Aufwand und Gewinn. Da eine Preisveränderung auf diesen Spielraum unmittelbar wirkt, sind die Preise des Marktes für die Bewertung der Umsatzgegenstände von unmittelbarer Bedeutung" (1). Es ist notwendig, die Marktgebundenheit dieser Wirtschaftsgüter zu berücksichtigen und den niedrigsten Wert in der Bilanz anzusetzen (2).

Dadurch ist es bei den Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens weniger möglich, den in der Bilanz auszuweisenden Gewinn zu manipulieren. Hier sind nämlich nur durch Falschschätzungen der Verkaufspreise und der Verkaufsaufwendungen Gewinnmanipulationen möglich. Daß es allerdings gelegentlich trotz der Anwendung größter Sorgfalt bei der Feststellung bzw. Schätzung zu unbewußten Gewinnmanipulationen kommen kann, so z. B. bei der Absetzung von Überbeständen, bei der Bewertung von Wirtschaftsgütern, die einem schnellen Modewandel oder bedeutenden technischen Verbesserungen unterliegen, das braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Die Wirtschaftsgüter des immateriellen Anlagevermögens nehmen eine Sonderstellung ein. Sie stehen hinsichtlich der Bewertung zwischen den Wirtschaftsgütern des materiellen Anlagevermögens und den Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens. Einerseits haben diese Wirtschaftsgüter den Charakter von Anlagevermögen, weil sie "am Abschlußstichtag (dazu) bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft zu dienen" (vgl. § 133, Abs. IV AktGes), andererseits können diese Wirtschaftsgüter zum größten Teil kurzfristig den Charakter von Umlaufvermögen annehmen. Es ist daher im allgemeinen durchaus vernünftig, nach § 133, Ziff. 2 AktGes die im § 131, Abs. I A II Nr. 5 bis 7 bezeichneten Wirtschaftsgüter des immateriellen Anlagevermögens höchstens mit den Anschaffungswerten ansetzen und auch bei geringerem Wert diesen Anschaffungswert ansetzen zu dürfen, wenn "nicht die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ... Wertberichtigungen nötig machen".

-
- (1) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 178.
 - (2) Bei der Bilanzierung von Wirtschaftsgütern in fremden Währungseinheiten ist als dritter Wert des Niederwertprinzips der Wechselkurs, d. h. der Preis einer ausländischen Währungseinheit, ausgedrückt in inländischer Währung, zu berücksichtigen. Deshalb spricht man in diesem Zusammenhang gelegentlich auch vom doppelten Niederwertprinzip (3).
 - (3) so z. B. Hagenmüller in seinen Vorlesungen.

Nach diesen Ausführungen kommen wir zu dem Ergebnis, daß es im allgemeinen berechtigt ist, das Niederstwertprinzip bei verschiedenen Wirtschaftsgütern ein und derselben Unternehmung mit unterschiedlicher Konsequenz anzuwenden.

Aus diesem Ergebnis ergibt sich zum Teil auch die Beantwortung auf die Frage, ob es gerechtfertigt ist, die gleichen Wirtschaftsgüter in verschiedenen Unternehmungen unterschiedlich zu bewerten oder nicht. Zu dieser Frage können folgende wesentlichen Punkte angeführt werden :

- 1) Der Ausgangspunkt für den Wertansatz der in der Bilanz auszuweisenden Wirtschaftsgüter, nämlich der betreffende Anschaffungs- bzw. Herstellungswert, kann für gleiche Wirtschaftsgüter verschieden sein.
- 2) Die Lebensdauer und der Abnutzungsverlauf können verschieden sein.
- 3) Die Zweckbestimmung kann verschieden sein.
- 4) Die besonderen Verhältnisse, die auf die Bewertung der Wirtschaftsgüter Einfluß haben, können in jeder Unternehmung verschieden sein.

Hieraus ergibt sich ohne weiteres, daß es in vielen Fällen durchaus gerechtfertigt sein kann, gleiche Wirtschaftsgüter in derselben Unternehmung oder in verschiedenen Unternehmungen ungleich zu bewerten.

Eine andere, äußerst umstrittene Frage ist in der Konsequenz oder Inkonsistenz der Wertzuschreibung zu sehen. Hierauf werden wir später noch ausführlich zu sprechen kommen. Zunächst bedarf es nun der Darstellung und Kritik in der Behandlung des Pendants zu den unrealisierten Verlusten, nämlich der Darstellung und Kritik in der Behandlung der unrealisierten Gewinne.

c Unrealisierte Gewinne - Ihre Entstehung und ihre Behandlung

Unrealisierte Gewinne entstehen dadurch, daß die Tageswerte abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen über den Werten der auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesenen Wirtschaftsgüter bzw. unter den Werten der auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesenen Wirtschaftsgüter liegen.

Die unrealisierten Gewinne der am Lager gehaltenen Wirtschaftsgüter werden erhöht, wenn allgemeine Erhöhungen des Preisniveaus, wenn Preiserhöhungen für eine Erzeugnis- bzw. Warengruppe eintreten oder wenn sich der Preis für ein bestimmtes Wirtschaftsgut erhöht, sofern die jeweiligen eventuellen Verkaufsaufwendungen nicht stärker steigen als die Verkaufspreise.

Gelegentlich entstehen unrealisierte Gewinne auch schon dann, wenn die Wirtschaftsgüter, die später veräußert werden sollen, überhaupt noch nicht angeschafft oder hergestellt sind, wenn aber bereits feststeht, daß die späteren Gegenwerte auf Grund einer späteren ordnungsgemäßen Veräußerung unter Berücksichtigung eventueller Verkaufsaufwendungen höher sein werden als die Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte.

Diese Ausführungen gelten sinngemäß auch für die auf der Passivseite der Bilanz ausweispflichtigen Wirtschaftsgüter, bei denen unrealisierte Gewinne entstehen können, so z. B. bei Valutaverbindlichkeiten und Rückstellungen (1).

Den Rückstellungen fällt dabei besondere Bedeutung zu. In der Praxis ist es nicht selten festzustellen, daß in den Rückstellungsposten hohe unrealisierte Gewinne oder hohe versteckte Rücklagen, d. h. hohe unrealisierte Verluste, ausgewiesen werden (2).

Echte Rückstellungen sind nur die nicht exakt errechenbaren Rückstellungen, so z. B. im allgemeinen die Rückstellungen für unterlassene Reparaturen, die steuerlich nur in begrenztem Umfang anerkannt werden, die Rückstellungen für Abraum-, Abwässer-, Rauchschäden, für Heimfallunternehmen, die Rückstellungen für Gewährleistungs- und Garantiarbeiten, die Prozeßrückstellungen, die Pensionsrückstellungen etc.

Die wertmäßig größte Bedeutung haben häufig die Garantierückstellungen (3) (4). Sie umfassen :

- (1) Für die Rückstellungen hat das Höchstwertprinzip im allgemeinen keine praktische Bedeutung, weil die Rückstellungen im allgemeinen erst am Bilanzerstellungstag gebildet werden, d. h. also zu einem Zeitpunkt, zu dem der Anschaffungswert und der Tageswert zusammenfallen. Anders könnte es bei den sogenannten Zwischenrückstellungen sein, die während des Geschäftsjahres gebildet werden. Da diese Rückstellungen aber im allgemeinen ohnehin am Geschäftsjahresende aufgelöst werden und an deren Stelle gegebenenfalls Rückstellungen treten, hat auch für die Zwischenrückstellungen das Höchstwertprinzip im allgemeinen keine praktische Bedeutung.
- (2) Zwischen Rückstellungen und Rücklagen bestehen folgende Unterschiede:
 - a) Rückstellungen dienen vornehmlich zur Deckung akuter Risiken, Rücklagen dagegen vornehmlich zur Deckung zukünftiger Risiken.
 - b) Rückstellungen werden aus dem Aufwand, Rücklagen aus dem Gewinn gebildet.
 - c) Rückstellungen sind immer zweckgebunden, Rücklagen sind dagegen meistens nicht zweckgebunden.
 - d) Rückstellungen haben im allgemeinen Fremdkapitalcharakter, Rücklagen dagegen im allgemeinen Eigenkapitalcharakter.
 - e) Rückstellungen sind im allgemeinen steuerlich abzugsfähig, Rücklagen dagegen im allgemeinen nicht.
- (3) Abgesehen davon, daß die Garantierückstellungen häufig den größten Posten der Rückstellungen bilden, haben sie manchmal auch noch wegen ihrer Werbewirksamkeit Bedeutung. Deshalb werden die Garantierückstellungen gelegentlich auch gesondert ausgewiesen, obwohl die Unternehmung nach den Gliederungsvorschriften des § 131 AktGes hierzu nicht verpflichtet ist. Zwar könnte mit einem getrennten Ausweis und einer Kenntnis der vollständigen bzw. nahezu vollständigen Inanspruchnahme der Garantierückstellungen u. U. eine negative Werbewirksamkeit verbunden sein, weil u. U. der Eindruck erweckt würde, die von der Unternehmung gelieferten Erzeugnisse würden Mängel aufweisen, da aber - selbst

- a) die Kosten der Nacharbeit,
- b) die Kosten des Transports aus den Garantieleistungen,
- c) den Verdienstaufschlag wegen der Ausführung der Garantiearbeiten.

Die Bewertung der Garantierückstellungen ist oft sehr schwierig. Um den Ausweis unrealisierter Gewinne zu vermeiden, sind insbesondere folgende Faktoren zu beachten:

- a) Das Risiko des Mißlingens : Es gilt hier zu untersuchen, wie groß die Gefahr überhaupt ist, daß Fehler auftreten. Statistisches Material aus der Vergangenheit kann hier als Ausgangspunkt der Untersuchung verwendet werden. Bei Modell- und Verfahrensänderungen kann häufig nur grob geschätzt werden.
- b) Die Höhe des Umsatzes : Vielfach wird in der Praxis die Ansicht vertreten, daß bei Umsatzerhöhungen höhere Rückstellungen und bei Umsatzminderungen niedrigere Rückstellungen ausgewiesen werden müssen. Dieser Analogieschluß kann nicht ohne weiteres gebilligt werden, da sich die Rückstellungen häufig nicht nur auf den gesunkenen Umsatz im letzten Geschäftsjahr, sondern auch auf den höheren Umsatz im vorletzten Geschäftsjahr beziehen. Als weitere Remanenzerscheinung ist die im allgemeinen in der Depressionsphase zunehmende Kritik der Kunden an den gelieferten Wirtschaftsgütern zu berücksichtigen.
- c) Garantiezeit : Entscheidend ist hier die wirtschaftliche Garantiezeit, d. h. die tatsächliche Zeit, während der Garantiearbeiten durchgeführt werden. Die juristisch vereinbarte Garantiezeit ist hinsichtlich der Bewertung unbeachtlich.

Den langfristigen Rückstellungen, insbesondere den Pensionsrückstellungen, wird wegen der im allgemeinen günstigen Finanzierungsmöglichkeit neuerdings immer größere Bedeutung zugemessen. Es braucht nicht im einzelnen ausgeführt zu werden, daß z. B. mit dem Ausweis der Pensionsrückstellungen eine große Problematik verbunden sein kann. Dies ist - abgesehen von der Wahl des Zinsfußes - insbesondere dann der Fall, wenn das Gesetz der großen Zahl nicht zum

(Fortsetzung der Fußnote 3 von Seite 145):

- bei der Neufassung der aktienrechtlichen Gliederungsvorschrift der G+V-Rechnung - die Bildung der Rückstellungen auf der Aufwandsseite nicht gesondert, sondern lediglich unter dem jeweiligen Aufwandsposten und da die Auflösung der Rückstellungen auf der Ertragsseite lediglich unter dem Posten II/10 "Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen" summarisch ausgewiesen werden, kann ein Außenstehender kaum beurteilen, wieviel Garantieleistungen in Anspruch genommen wurden und wie die Qualität der von der Unternehmung gelieferten Erzeugnisse zu beurteilen ist.
- (4) Dies gilt insbesondere bei denjenigen Unternehmungen, die wegen der relativ niedrigen Zahl oder wegen des relativ geringen Durchschnittsalters der pensionsberechtigten Belegschaftsmitglieder nur geringe Pensionsrückstellungen bilden. Dies wäre auch dann der Fall, wenn die Unternehmungen ihre Pensionszahlungen über andere Gesellschaften abwickeln würden.

Zuge kommt und daher nicht von den jeweiligen mittleren Lebenserwartungen nach den Ergebnissen der Sterbetafel ausgegangen werden kann.

Die Frage, ob unrealisierte Gewinne in der Bilanz ausgewiesen werden sollen oder nicht, wird heute von den Theoretikern und Praktikern fast einstimmig verneint (1). Dieser Auffassung liegen insbesondere folgende Überlegungen zu Grunde :

Zunächst kann festgestellt werden, daß der gegenwärtige Verkaufswert abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen oder gar der zukünftige Verkaufswert abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen häufig nur unter großem Arbeitsaufwand, gelegentlich überhaupt nicht festgestellt werden kann.

Bei der Ermittlung des gegenwärtigen Verkaufspreises ergeben sich u. a. insofern Schwierigkeiten, als dieser häufig erst zwischen den Marktparteien ausgehandelt werden muß. Selbst dann, wenn Listenpreise für die Fertigfabrikate bzw. Waren vorhanden sind, kann der Verkaufspreis für jedes einzelne Wirtschaftsgut häufig nicht genau ermittelt werden, weil den Kunden unterschiedliche Rabattsätze eingeräumt werden und weil man meistens nicht im voraus weiß, von welchen Kunden die vorrätigen Wirtschaftsgüter erworben werden.

Daß die Ermittlung der anteiligen gegenwärtigen Verkaufspreise zur Bilanzierung der Halbfertigfabrikate im allgemeinen noch schwieriger ist, weil hier auch noch die problematischen Unfertigungsabschläge berücksichtigt werden müssen, das braucht nicht bis ins einzelne ausgeführt zu werden.

Wenn man nun des weiteren daran denkt, wie problematisch die Bestimmung eventueller Verkaufsaufwendungen ist, dann wird schon deutlich, welche Schwierigkeiten und Ungenauigkeiten beim Ansatz der Wirtschaftsgüter zu Verkaufswerten abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen in der Bilanz eintreten würden.

Darüber hinaus könnte festgestellt werden, daß der objektive Ausweis unrealisierter Gewinne nicht nur aus dem Grunde unmöglich ist, weil der Verkaufswert abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen häufig noch nicht feststellbar ist, sondern weil es gelegentlich überhaupt keinen Verkaufswert gibt. Passow erklärt diesen Gedanken an einem, insbesondere für manche ausländischen Unternehmungen auch heute noch sehr aktuellen Beispiel. Er führt aus (2) :

"Die Ansetzung aller Aktiven zum Veräußerungswert ist ... in vielen Fällen deshalb nicht angängig, weil die Aktiven alle oder zum Teil gar nicht veräußerlich sind. Man denke beispielsweise an Eisenbahnunternehmungen. Bei ihnen ist derjenige, der die Konzession erhalten hat, regelmäßig gar nicht in

(1) Vgl. hierzu die im Zusammenhang mit der Darstellung der Bilanztheorien bereits angeführten Auffassungen.

(2) Passow, a. a. O., S. 131.

der Lage, ohne Zustimmung des Staates die eigentliche Eisenbahnanlage zu veräußern, und andererseits hat er sogar die Betriebspflicht, er muß selber die Bahn nach Maßgabe der gesetzlichen und der Konzessionsbedingungen betreiben. In solchen Fällen kann man von einem Veräußerungswert der Aktiven wohl kaum sprechen".

Neben den Schwierigkeiten bzw. Unmöglichkeiten der Abschätzung ist eine andere Tatsache maßgebend, die selbst dann, wenn eine objektive Feststellung der unrealisierten Gewinne möglich wäre, einen Ausweis nicht zweckmäßig erscheinen lassen würde: Wenn eine Unternehmung für ihren Geschäftsbetrieb z. B. ausgedehnte Terrains benötigt, dann würde im Falle der Maßgeblichkeit des Verkaufswertes, "je nach dem Gange der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und der speziellen Entwicklung des betreffenden Ortes ... der Verkaufspreis bald höher, bald niedriger sein als im Vorjahr und es könnte sich dabei um ganz enorme Differenzen handeln" (1). Wenn nun der Buchwert der übrigen Wirtschaftsgüter unverändert bleibt, so würde sich allein durch die Preisbewegung der Grundstücke bald ein Gewinn und bald ein Verlust ergeben, "obwohl niemals daran gedacht wurde, die Terrains zu verkaufen, obgleich sie während der ganzen Dauer gleichmäßig für die Zwecke des Unternehmens benutzt wurden und obgleich gar nicht davon die Rede sein kann, daß ein solcher Gewinn oder ein Verlust tatsächlich realisiert worden ist" (2). Passow führt mit Recht in diesem Zusammenhang dann weiter aus: "Mit solchen Ertragsberechnungen ist der Praxis ... nicht gedient. Sie will regelmäßig nicht wissen, welche Preise ... erzielt werden können, sondern ihr liegt viel mehr daran, zu erfahren, welche Gewinne ... infolge des Geschäftsbetriebs tatsächlich erzielt worden sind".

Außerdem ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, "daß der Bilanzstichtag für verschiedene Unternehmungen verschieden ist (3), der Bilanzstichtag des einen Unternehmens also leicht in eine Zeit hoher, der eines anderen in eine Zeit niedriger Preise fällt" (4). Je nach der Wahl des Bilanzstichtages könnte also u. U. trotz der Tatsache, daß der Gewinn eine Zeitraumgröße und keine Zeitpunktgröße ist, in einer Rechnungsperiode ein höherer bzw. ein niedrigerer Gewinn ausgewiesen werden als eigentlich ausgewiesen werden dürfte, weil bei der Anwendung des Zeitwertprinzips der "Wert als eine veränderliche, vom tatsächlichen Umsatz unabhängige Größe" angesehen wird (5).

(1) Passow, a. a. O., S. 129.

(2) Passow, a. a. O., S. 129.

(3) Dies kann sein, muß aber nicht sein.

(4) Passow, a. a. O., S. 141.

(5) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 175.

Rieger lehnt den Ausweis unrealisierter Gewinne ab, weil es sonst notwendig wäre, "auch die unsinnigsten Schwankungen der Marktpreise mit (zu) machen, was nur Unruhe in die Rechnung brächte" (1). Außerdem meint er, man müsse auch häufig berücksichtigen, "daß es sich doch um gebrauchte Gegenstände handelt, für die ein eigentlicher Markt nicht besteht" (2).

Passow weist noch auf eine andere Tatsache im Zusammenhang mit dem Veräußerungswert hin (3): Wenn die Wirtschaftsgüter mit ihrem Veräußerungswert in der Bilanz ausgewiesen werden müßten, dann würde bei Industrieunternehmungen in vielen Fällen unmittelbar nach deren Errichtung eine Unterbilanz entstehen, weil insbesondere der Verkaufswert der Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in der Regel viel geringer wäre als der Erwerbspreis. In manchen Fällen könnte es dagegen nicht zum Ausweis unrealisierter Verluste, sondern zum Ausweis unrealisierter Gewinne kommen.

Passow führt in diesem Zusammenhang (allerdings im Hinblick auf den Ausweis unrealisierter Verluste) aus (4):

"Wendet jemand 2 000 000 Mark auf, um für eine bestimmte Fabrikation die nötigen Gebäude und Maschinenanlagen herzustellen, so wird er im Moment der Fertigstellung diese Anlagen fast immer nur zu einem viel geringeren Preis wieder veräußern können, und der Verlust wird umso größer sein, je mehr die Anlagen dem speziellen Anwendungszwecke angepaßt sind. Fast in allen Fällen würde also der Erwerb solcher Anlagen bilanzmäßig schon einen großen Verlust bedeuten, bevor noch die Fabrikation überhaupt aufgenommen ist". Der Unternehmer wird diese Anlagen aber nicht sofort wieder veräußern, sondern ständig gebrauchen; "er geht nicht von der Annahme aus, daß die Investierung von Kapital in solchen Anlagen einen sofort eintretenden Verlust bedeutet, sondern er hofft im Gegenteil, durch die Investierung einen höheren Gewinn als sonst zu machen". Aus diesen Überlegungen folgert er, daß der Ausweis der Wirtschaftsgüter zum Veräußerungspreis zumindest "für die zum dauernden Gebrauch bestimmten Gegenstände, solange das Unternehmen in Betrieb ist, praktisch nicht diskutabel" ist.

Aus diesen Überlegungen geht einerseits sehr deutlich hervor, daß der Veräußerungswert in diesem Falle nicht zum Ausweis in der Bilanz geeignet ist;

(1) Rieger, Privatwirtschaftslehre (2), S. 226.

(2) Rieger, Privatwirtschaftslehre (2), S. 226.

Dies gilt zumindest in sehr vielen Fällen. Gelegentlich kann aber auch in diesem Zusammenhang von einem eigentlichen Markt, nämlich von einem second-hand-market gesprochen werden. Als Beispiel braucht hier nur der second-hand-market für Personenkraftwagen angeführt zu werden.

(3) Passow, a. a. O., S. 130.

(4) Passow, a. a. O., S. 130.

andererseits wird aber auch deutlich, welche Gefahren für die Unternehmung durch Fehlinvestitionen entstehen können. Diese Gefahren kommen in den Bilanzen der Unternehmungen häufig nicht richtig zum Ausdruck. Es gibt in der Wirtschaftspraxis genügend Beispiele dafür, daß in den Bilanzen zwar ein fortgeführter Anschaffungs- bzw. Herstellungswert ausgewiesen wurde, daß aber die Tatsache der Fehlinvestition in dem fortgeführten Wert bewußt oder unbewußt nicht hinreichend berücksichtigt worden ist. Es zeigt sich wieder einmal mehr, welche große Bedeutung dem Vorsichtsprinzip beizulegen ist, wenn es richtig, d.h. mit Maß und Ziel, angewandt wird.

Würden in der Bilanz unrealisierte Gewinne ausgewiesen, wäre es möglich, "se rendre riche en idee" (1), so könnte dies auch mit einem Abbau der Unternehmungssubstanz verbunden sein. Wenn nämlich die ausgewiesenen unrealisierten Gewinne in voller Höhe oder zum Teil ausgeschüttet und die unrealisierten Gewinne später nicht realisiert werden, dann wird das Eigenkapital der Unternehmung verringert und die wesentlichen Funktionen des Eigenkapitals, nämlich die Haftungs- und Garantiefunktion gegenüber den Gläubigern und die Funktion, als Erwerbs- und Arbeitsgrundlage zu dienen, werden nicht mehr oder nur noch zum Teil erfüllt.

Zwar braucht sich nach den Ausführungen von Koch die Ausschüttung der Gewinne in Höhe der unrealisierten Gewinne "bei den Einzelunternehmen und Personengesellschaften insofern nicht zum Nachteil der Gläubiger aus(zu)wirken, als hier ja auf Grund der unbeschränkten Haftung ... die der Unternehmung entnommenen Beträge, sofern sie nicht konsumiert werden, für die Deckung der Schulden noch greifbar sind (2). Bei den Kapitalgesellschaften dagegen sind die ausgeschütteten Beträge dem Zugriff der Gläubiger entzogen. Daher besteht hier die Möglichkeit, daß der Ausweis nicht realisierter Gewinne zu einer echten Verringerung der für die Schuldendeckung haftenden Substanz führt, sofern sich die ausgewiesenen Gewinne später nicht in der deklarierten Höhe realisieren lassen" (3).

Der Ausweis unrealisierter Gewinne in der Bilanz ist aber auch noch aus einem weiteren Grunde abzulehnen. Diese Forderung zur Ablehnung des Ausweises ergibt sich aus dem Einfluß der unrealisierten Gewinne auf die steuerliche Leistungsfähigkeit (4).

(1) Savary, Jacques : Le parfait negociant, S. 81.

(2) Selbst dann, wenn die entnommenen Beträge bereits konsumiert sind, braucht dies für die Gläubiger der Unternehmung nicht nachteilig zu sein, wenn sich die Gläubiger auf andere Weise an dem Betriesbsvermögen der Unternehmung oder an dem Privatvermögen des Unternehmers bzw. an dem Privatvermögen der Unternehmer schadlos halten können (vgl. z. B. § 128 HGB in Verbindung mit § 421 BGB).

(2) Koch, Niederstwertprinzip, S. 4.

(3) Jockel, a.a.O., S. 51-56.

Wenn eine Unternehmung A und eine Unternehmung B Wertpapiere zweier verschiedener Unternehmungen zum gleichen Zeitpunkt und zum gleichen Kurs gekauft haben und der Kurs im einen Fall beachtlich steigt, im anderen Fall unverändert bleibt, dann wird durch die Kurssteigerung die wirtschaftliche Verfügungsmacht der einen Unternehmung gegenüber der wirtschaftlichen Verfügungsmacht der anderen Unternehmung erhöht. Mit der Erhöhung der wirtschaftlichen Verfügungsmacht ist eine Erhöhung der aktuellen Dispositionskraft und eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit verbunden. Diese finden ihren Ausdruck darin, daß den Wertpapieren die Fähigkeit innewohnt, im Falle des Verkaufs Erlöse hervorzubringen, die über den Anschaffungswerten liegen. Es ergibt sich nun die Frage, ob mit der Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auch eine Erhöhung der steuerlichen Leistungsfähigkeit verbunden ist oder nicht. Um diese Frage beantworten zu können, muß untersucht werden, ob es gerechtfertigt ist, unrealisierte Gewinne den Gewinnsteuern zu unterziehen.

Nach den bisherigen Überlegungen wäre dies zu bejahen, denn wir müssen uns bewußt sein, daß die Gewinnsteuern "entsprechend ihrem Grundgedanken die steuerliche, auf der wirtschaftlichen gründende Leistungsfähigkeit treffen" (1) wollen und daß wir bisher zu dem Ergebnis gekommen sind, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmung werde erhöht, wenn der Wert ihrer Wirtschaftsgüter steigt. Bei diesen Überlegungen ist aber nicht beachtet worden, daß im Falle des Zuwachses wirtschaftlicher Verfügungsmacht und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit auf Grund unrealisierter Gewinne der Zuwachs noch nicht in der Form konkretisiert ist, daß er einer Gewinnsteuer unterzogen werden könnte.

Ein Gewinn kann erst dann verteilt werden, wenn die zu verteilenden Gewinnanteile vorhanden sind. Da im Grunde genommen eine Zahlung von Gewinnsteuern einer Gewinnverteilung gleichkommt (2), sollten nach unserer Auffassung auch Gewinnsteuern grundsätzlich erst dann gezahlt werden, wenn die zu verteilenden Gewinnanteile bereits vorhanden sind. Wenn man berücksichtigt, daß die verteilbaren Gewinnanteile erst dann vorhanden sind, wenn die Wirtschaftsgüter veräußert und die dafür erhaltenen Gegenwerte in der Unternehmung eingegangen sind, d. h. also die Gewinne realisiert sind (3), dann ist es offensichtlich, daß unrealisierte Gewinne noch nicht verteilt und auch noch nicht in der Bilanz als Gewinn ausgewiesen werden dürfen, weil im allgemeinen davon ausgegangen wird, daß alle ausgewiesenen Gewinne auch verteilt werden können.

Wenn unrealisierte Gewinne ausgewiesen würden, dann bestände die Möglichkeit und vielfach die Wahrscheinlichkeit, daß sich der Steuerpflichtige u. U.

(1) Jockel, a. a. O., S. 53.

(2) Vgl. hierzu auch Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 173-174.

(3) Hierauf werden wir später noch genauer eingehen.

wegen der fälligen Steuerzahlungen wider seinen Willen veranlaßt sehen würde oder gar veranlaßt sehen müßte, einen Teil seiner Wirtschaftsgüter oder gar alle Wirtschaftsgüter vorzeitig zu veräußern, in deren Wertansatz unrealisierte Gewinne vorhanden sind. Dies ist aber, so führt Penners mit Recht aus, ein Ergebnis, das "vom Standpunkt des Gesetzgebers nicht als erwünscht angesehen werden kann" (1).

Es kann dem Steuerpflichtigen auch nicht zugemutet werden, daß er dann, wenn lediglich eine "Anwartschaft auf den Gewinn" (2) besteht, Kredit aufnimmt, um seine Steuerschulden begleichen zu können.

Nach diesen Ausführungen kommen wir zu dem Ergebnis, daß unrealisierte Gewinne trotz ihres Zuwachses an wirtschaftlicher Verfügungsmacht und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit nicht in der Bilanz ausgewiesen werden dürfen, weil sie noch nicht verteilbar sind.

Zwar gibt es auch verschiedene Gründe dafür, die unrealisierten Gewinne in der Bilanz auszuweisen (3), im allgemeinen übertreffen aber die Vorteile des Ausweises lediglich realisierter Gewinne die Nachteile des Ausweises lediglich realisierte Gewinne bei weitem, so daß es grundsätzlich zu empfehlen ist, unrealisierte Gewinne nicht in der Bilanz auszuweisen.

Dieses Ergebnis stimmt auch mit den gesetzlichen Vorschriften überein. Durch die Bestimmung, daß die Wirtschaftsgüter höchstens mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten in der Bilanz ausgewiesen werden dürfen, hat der Gesetzgeber den Ausweis unrealisierter Gewinne in der Bilanz verboten (4). Dieses Verbot entspricht rationalen Überlegungen, denn tatsächlich ist ein grundsätzlicher Ansatz der Wirtschaftsgüter zum Veräußerungswert abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen "äußerst schwierig, sachlich sehr unzweckmäßig und oft ganz unmöglich" (5).

(1) Penners, Mathias; Das Realisationsprinzip in der steuerlichen Erfolgsrechnung, Köln 1934, S. 20.

(2) Helpenstein, Erfolgsbilanz, S. 385.

(3) Neben den bereits hierzu angeführten Beispielen und den später bei der Behandlung des Zeitpunktes der Realisation noch angeführten Beispielen sagt z. B. Schmalenbach im Zusammenhang mit dem Prinzip, lediglich realisierte Gewinne auszuweisen: Wenn bei den Erträgen das reine Realisationsprinzip angewendet wird, so können bei Preissteigerungen der Wirtschaftsgüter (z. B. der Aktien) Umsätze verhindert werden, weil das reine Realisationsprinzip bei den Erträgen "einen Eigentumswechsel hindert, für den sonst alle Voraussetzungen vorhanden sind" (Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 174).

(4) Vgl. § 133 AktGes, § 42 GmbHGes, § 33 c GenGes.

(5) Passow, a. a. O., S. 129.

Dies gilt zwar in manchen Fällen zum Teil auch für den Anschaffungs- bzw. Herstellungswert bzw. für den fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungswert (1), im allgemeinen ist aber der (fortgeführte) Anschaffungs- bzw. Herstellungswert der relativ am besten geeignete Wert für den Ansatz in der Bilanz.

Schließlich müßte bei der Argumentation zur Begründung der Auffassung, daß unrealisierte Gewinne nicht ausgewiesen werden dürfen, berücksichtigt werden, daß der Hauptzweck der Bilanz "nicht die Feststellung des absoluten Vermögenswertes ... des gewerblichen Geschäfts als solchen oder des Veräußerungswertes der einzelnen Bestandteile des Geschäftsvermögens, sondern die Ermittlung des durch den gewerblichen Betrieb erzielten Gewinns bzw. des darin erlittenen Verlustes" ist (2).

Ehe wir nun auf einige Sonderprobleme zu sprechen kommen, soll nun noch auf eine spezielle Forderung Schmalenbachs eingegangen werden : Schmalenbach vertritt die Auffassung, daß die Erträge im Falle der Anwendung

- (1) Vgl. hierzu die früheren Ausführungen. Schwierigkeiten können sich auch bei bestimmten Sonderfällen ergeben, so z. B. dann, "wenn für ein Unternehmen längere Zeit hindurch keine Bilanzen aufgestellt sind und nun zum ersten Mal an die Aufstellung der Bilanz gegangen wird" (Passow, a. a. O., S. 138). - Wenn man berücksichtigt, daß für die Bewertung der Halb- und Fertigfabrikate in der Bilanz die neutralen Aufwendungen hinzugerechnet und die Zusatzkosten abgesetzt werden, daß diese Rechnung aber in der Praxis häufig nicht monatlich, sondern nur einmal im Jahr, nämlich am Geschäftsjahresschluß, durchgeführt wird, dann besteht die Gefahr, daß bei steigenden Preisen unrealisierte Gewinne zum Ansatz gebracht werden, weil die Aufwendungen zu einem höheren Wert angesetzt werden als zu dem, der ihnen zum Tag der Leistungserstellung entsprach. Eventuell muß hier zum Ausweis der Wirtschaftsgüter in der Bilanz ein Preiserhöhungsabschlag berücksichtigt werden. - Eine andere Gefahr des Ausweises unrealisierter Gewinne besteht darin, daß die Wirtschaftsgüter u. U. zu Zeiten mit unterschiedlicher Kapazitätsausnutzung hergestellt werden. Es wird dann u. U. - "je nach der Verwendung von Optimalschlüsseln, Istschlüsseln ... - ein unterschiedliches Maß an Leerkosten in die Herstellungswerte mit einbezogen. Der Ist-Schlüssel hat gegenüber den anderen Verrechnungsschlüsseln den Vorzug der gewinnausgleichenden Wirkung. Um den Ausweis unrealisierter Gewinne zu vermeiden, stellt man die Ergebnisse des progressiven und des retrograden Bewertungsverfahrens gegenüber, d. h. man subtrahiert von den Verkaufserlösen den jeweiligen anteiligen Gewinn und die jeweils noch entstehenden Kosten, stellt den ermittelten Wert den mit Hilfe des Ist-Schlüssels ermittelten progressiven Wert gegenüber und weist den niedrigeren von beiden aus.

- (2) Passow, a. a. O., S. 132.

des reinen oder imparitätschen Realisationsprinzips zu spät in der Bilanz ausgewiesen werden. Auf Grund des verspäteten Ausweises handelt es sich dann "streng genommen nicht um eine Ertrags-, sondern um eine Realisationsrechnung"; mit dieser Realisationsrechnung tritt nach Schmalenbach "der Übelstand zutage, daß die tatsächliche Wirtschaftlichkeit nicht frühzeitig, sondern später in Erscheinung tritt als sie bei anderer Bewertungsmethode könnte" (1).

Um diese Nachteile zu beseitigen, fordert er in bestimmten Fällen, das Realisationsprinzip bei den Erträgen durch das Zeitwertprinzip zu ersetzen. Dies soll insbesondere hinsichtlich des Außengewinns und hier insbesondere hinsichtlich des Konjunkturgewinns bei den "frei verfügbaren Gütern" geschehen, "die nicht im Vermögensverbande der Unternehmung fest gebunden sind, sei es durch faktische Umstände, sei es durch den Willen der Unternehmer" (2) (3). Zu der Gruppe der "frei verfügbaren Güter" zählt er alle "spekulativ erworbene(n) oder spekulativ zurückgehaltene(n) Vorräte"; überhaupt, so meint er, sei die Zeitwertrechnung besonders für den Ausweis des Spekulationsgewinns geeignet, sofern die Zeitwertrechnung "mit Sicherheit durchgeführt werden kann" (4).

Schmalenbach führt aus, daß in Industriebetrieben nicht gebundene Vorräte in der Form von Materialien, Halbfertigfabrikaten und Fertigfabrikaten vorhanden sein könnten und daß bei diesen Wirtschaftsgütern alle Konjunkturgewinne und Konjunkturverluste durch den Ansatz von Zeitwerten zur Verrechnung kommen könnten. Allerdings müsse darauf geachtet werden, "daß nicht zugleich mit dem Konjunkturgewinn auch der Betriebsgewinn noch nicht verkaufter Bestände in Erscheinung tritt" (5). Dies kann insbesondere dann leicht vorkommen, wenn die bilanzierende Unternehmung Halbfertigfabrikate besitzt, die Marktpreise haben.

Wenn keine Zeitwerte beschafft werden können, wie dies insbesondere bei Halbfertigfabrikaten der Fall ist, dann ist nach der Auffassung Schmalenbachs zu überlegen, ob die jeweiligen fehlenden Zeitwerte nicht durch die jeweiligen Zeitwertselbstkosten ersetzt werden können. Sollte dies möglich sein, dann sind die Zeitwertselbstkosten mit den Einzelwerten zu bewerten, die in dem Zeitpunkt Gültigkeit haben, auf den geschätzt wird (6).

- (1) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 174.
- (2) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 175-177, hier S. 176.
- (3) "Als gebundene Güter sind anzusehen die meisten, nicht ablösbaren Anlagegüter, von den Vorräten das, was entweder zum Betrieb gehört oder das, was zwar nicht dazu gehört, was man aber nicht wegen der veränderten Konjunktur abstoßen kann oder abzustoßen beabsichtigt" (Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 176).
- (4) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 176.
- (5) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 176.
- (6) "Hiervon gibt es aber eine nicht seltene Ausnahme. Halbfabrikate und fertige Güter können unter Umständen einen ganz anderen Zeitwert haben als die Kosten, die für den Berechnungstag anzuwenden wären" (Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 177).

Es geht bereits aus früheren Ausführungen hervor, daß wir die Empfehlungen Schmalenbachs nicht für geeignet halten, um sie in der Handelsbilanz zu berücksichtigen.

Man denke neben den einzelnen bereits angeführten Argumenten gegen den Ausweis unrealisierter Gewinne in diesem Zusammenhang auch an die Tatsache, daß in der Praxis häufig darüber Meinungsverschiedenheiten bestehen werden, welche Wirtschaftsgüter als "frei verfügbar" und welche Wirtschaftsgüter als "gebunden" im Sinne Schmalenbachs zu behandeln wären. Selbst nach der Definition, die Schmalenbach gibt, ist keine eindeutige Grenze zu ziehen. Der ausgewiesene Gewinn wird häufig davon abhängig sein, welche Auffassung vertreten wird bzw. welche Auffassung sich durchsetzt. Daß hier Möglichkeiten bestehen, den Gewinn zu manipulieren, kann anhand eines Beispiels erklärt werden:

Es sind Wirtschaftsgüter zu 1 000 DM angeschafft worden, die unbearbeitet wieder verkauft werden sollen. Der Preis dieser Wirtschaftsgüter steigt nach kurzer Zeit um 10 %. Wenn nun 20 % der Wirtschaftsgüter zu 240 DM verkauft werden, dann wäre nach dem Realisationsprinzip ein Gewinn in Höhe von 40 DM erzielt worden und die noch nicht verkauften Wirtschaftsgüter würden mit 800 DM in der Bilanz ausgewiesen. Nach dem Zeitwertprinzip würde dagegen ein Gewinn in Höhe von 120 DM ausgewiesen. Die noch vorrätigen Wirtschaftsgüter würden mit 880 DM in der Bilanz angesetzt (1).

Daß die Empfehlungen Schmalenbachs auch nicht geeignet sind, um sie in der Steuerbilanz zu berücksichtigen, geht neben den bereits getroffenen Feststellungen sehr deutlich aus den Ausführungen Dornemanns hervor (2). Dornemann betont, daß weder die Zielsetzung noch die Zweckgestaltung der Schmalenbachschen "Dynamischen Bilanz" mit der steuerlichen Erfolgsbilanz in Einklang zu bringen sei, weil Schmalenbach seine Bilanz zur Messung der Wirtschaftlichkeit des Betriebs benutzen und den Gewinn als Maßstab der Wirtschaftlichkeit ansehen will, während die Steuerbilanz die Ermittlung der steuerlichen Leistungsfähigkeit unter Beachtung des Grundsatzes der gerechten und gleichmäßigen Besteuerung zum Ziele hat.

Nachdem nun die Entstehung und Behandlung unrealisierter Gewinne in ihren Grundzügen dargestellt worden sind, wollen wir auf einige Sonderprobleme näher eingehen.

(1) vgl. Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S.175.

(2) Dornemann, Richard : Dynamische Bilanzauffassung und Steuerbilanz, in : Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung 1954, 6.Jg. NF, S.375-383.

c₁ Die Behandlung des Agios in der Bilanz und die sich hierbei ergebende Problematik

Der Gesetzgeber bestimmt in § 130, Abs. II AktGes, daß neben verschiedenen anderen Posten derjenige Betrag der gesetzlichen Rücklage zuzuführen ist, "der bei der ersten oder einer späteren Ausgabe von Aktien für einen höheren Betrag als den Nennbetrag über diesen und den Betrag der durch die Ausgabe entstehen den Kosten hinaus erzielt wird". Wenn nun in der Praxis der Fall eintritt, von dem der Gesetzgeber spricht, und wenn nun die Unternehmung so handelt, wie es der Gesetzgeber vorschreibt, dann tritt "bei der Schaffung von Reserven aus Agio der Charakter des Reservekontos als eines besonders gearteten Kapitalkontos ganz unverkennbar in Erscheinung" (1).

Das Kapitalkonto wird im Grunde genommen in zwei Teile zerlegt, nämlich in ein Kapitalkonto und in ein Reservekonto. Eine derartige Zerlegung ist aus formalen Gründen notwendig. Sie geschieht, "um einer Verwässerung der Dividende für die Zukunft vorzubeugen" (2). Unter materiellen Gesichtspunkten bestehen hinsichtlich der Kapitaleinzahlungen zwischen beiden Konten im Grunde genommen keine Unterschiede, denn beide Konten sind Kapitalkonten. Dabei verdanken die Reserven aus Agio ihr Vorhandensein "Motiven, die mit Sicherungsgedanken nicht das geringste zu tun haben. Vielmehr liegen doch die Dinge hier so, daß neue Mittel beschafft werden sollen, und das könnte auch geschehen, ohne daß die Reserven dabei beteiligt wären. Noch mehr: Es ist im Grunde genommen ein krasser Widerspruch, wenn das Reservekonto mit solchen Aktionen überhaupt in Beziehung gesetzt wird" (3).

Wenn wir berücksichtigen, daß der Gesetzgeber mit der Bildung und eventuellen späteren Auflösung gesetzlicher Reserven insbesondere die Möglichkeit der Abdeckung bzw. Minderung eines eventuellen Bilanzverlustes erreichen wollte, ohne den Bilanzverlust in vollem Umfang als "verlorenes Kapital" ansehen zu müssen, so können wir feststellen, daß die aus dem Agio stammenden gesetzlichen Rücklagen hierzu weit weniger geeignet sind als z. B. diejenigen gesetzlichen Rücklagen, die sich aus der Zurückbehaltung eines Teils des jährlichen Reingewinns ergeben.

Wenn z. B. die gesetzliche Rücklage in Höhe von 100 000 DM allein aus dem Agio stammt, der Bilanzverlust nur durch die Abbuchung der gesetzlichen Rücklage erreicht werden kann, die entsprechende Abbuchung vorgenommen wird, im nächsten Geschäftsjahr 50 000 DM Gewinn nach Kürzung des der gesetzlichen Rücklage zuzuführenden Teils auch verteilt wird, dann ist es offen-

- (1) Rieger, Privatwirtschaftslehre, S. 305-309, hier S. 305.
- (2) Rieger, Privatwirtschaftslehre, S. 306.
- (3) Rieger, Privatwirtschaftslehre, S. 306.

sichtlich, daß nicht Gewinn, sondern Kapital verteilt wurde.

Solange die Einzahlungen der Aktionäre nicht voll erhalten sind, kann von einem Gewinn keine Rede sein. Wenn der Verlust durch zurückbehaltene und der gesetzlichen Rücklage zugeführte Reserven beglichen, die Reserve dadurch aufgezehrt und im nächsten Jahre Dividenden in voller Höhe des Gewinns nach Kürzung des der gesetzlichen Rücklage zuzuführenden Teils ausgeschüttet worden wären, dann wäre hiergegen nichts einzuwenden, weil hier "die Reserve ... nicht aus Einzahlungen geschaffen" war, "sondern sozusagen aus erspartem Gewinn. Und wenn sie verschwunden ist, haben wir vom Kapital noch immer nichts verloren. Wir sind auf dem Ausgangspunkt wieder angelangt; im vorstehenden Fall aber sind wir unter diesen Ausgangspunkt geworfen und verteilen trotzdem Dividende - und das ist das Schlimme ! ... Die Ausschüttung von Kapital ist doch verboten !" (1).

Um eine Ausschüttung derartiger unrealisierter Gewinne zu vermeiden, schlägt Rieger vor, die Reserven aus Gewinn und die Reserven aus Agio zu trennen oder Grundkapital, Agiokapital und Reserven getrennt auszuweisen (2). Zur Verlustabdeckung sollten nach Rieger dann in erster Linie die Reserven, in zweiter Linie das Agiokapital herangezogen werden. Dann könnte die Forderung leicht beachtet werden : "Bevor das Agiokapital ... nicht seine volle aus Einzahlungen stammende Höhe wieder erlangt hat, darf keine Dividende verteilt werden" (3).

c₂ Die Behandlung des Geschäftswertes in der Bilanz und die sich hierbei ergebende Problematik

Der Geschäftswert, "für den auch die Bezeichnungen Firmenwert, Goodwill, Façonwert, Kapitalisierungsmehrwert, Unternehmungswert, stiller Wert u. a. m. gebraucht werden" (4), zählt zu den Wirtschaftsgütern des immateriellen Anlagevermögens. "Als immaterielles Anlagevermögen werden in der Regel Rechte bezeichnet, die für die Unternehmung einen gewissen Wert besitzen und die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb der Unternehmung zu die-

- (1) Rieger, Privatwirtschaftslehre, S.308.
- (2) Passow sagt in diesem Zusammenhang a. a. O. (S.298): "Solange man aus einer Bilanz nicht ersehen kann, ob ein bestimmter Posten auf der Passivseite eine Schuld oder einen Korrektivposten oder eine Reserve, also einen Reinvermögensbestandteil, darstellt oder gar aus allen diesen Elementen zusammengesetzt ist, solange hat eine derartige Aufstellung nur einen beschränkten Wert."
- (3) Rieger, Privatwirtschaftslehre, S.308-309.
- (4) Heinen, Handelsbilanzen, S.118-125, hier S.119.

nen. Eine Ausnahme davon bilden lediglich der sogenannte Geschäftswert, der an sich ein Bilanzausgleichsposten mit Agiocharakter ist, und die Kosten der Betriebseinrichtung" (1). Im Vergleich zu den meisten anderen Wirtschaftsgütern des immateriellen Anlagevermögens ist der Geschäftswert, der den "Ruf, das Ansehen und den Namen einer Unternehmung" zum Ausdruck bringt (2) und eine Abgeltung der Rentabilität darstellt, nicht einzeln veräußerbar; Heinen bezeichnet ihn deshalb als "betriebsgebundenes Gut".

Die Ursachen der Entstehung können verschieden sein. Gelegentlich wird zwischen personenbezogenen und sachbezogenen Ursachen unterschieden. Der personenbezogene Geschäftswert, der z. B. auf "hervorragender Unternehmensleitung, zuverlässige(n) und qualifizierte(n) Facharbeiter(n)" beruhen kann, ist dabei im allgemeinen flüchtiger, der sachbezogene Geschäftswert, der z. B. auf "der Betriebsorganisation und den Produktionsbedingungen", auf "Standort- und Marktverhältnissen" und auf besonderen "Gegebenheiten im finanziellen Bereich der Unternehmung" beruhen kann, ist im allgemeinen dauerhafter (3).

Es sind zwei Arten des Geschäftswertes zu unterscheiden, nämlich der originäre und der derivative Geschäftswert. Unter dem originären Geschäftswert versteht man den in der Unternehmung selbst geschaffenen, unter dem derivativen Geschäftswert den käuflich erworbenen Geschäftswert.

Der Ausweis des Geschäftswertes in der Bilanz ist problematisch, und zwar deshalb,

- a) weil die Ermittlung des Geschäftswertes problematisch ist,
- b) weil die Aktivierung des Geschäftswertes problematisch ist,
- c) weil die Bewertung des Geschäftswertes problematisch ist.

Wenn ein zu hoher Wert in der Bilanz eingesetzt wird, dann kommt es zum Ausweis unrealisierter Gewinne.

Der Geschäftswert einer Unternehmung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Gesamtwert und dem Substanzwert der Unternehmung. Meistens wird der Geschäftswert nach indirekten Methoden ermittelt (4).

(1) Heinen, Handelsbilanzen, S. 118.

(2) Heinen, Handelsbilanzen, S. 119.

(3) Heinen, Handelsbilanzen, S. 120.

(4) Gelegentlich werden in der Praxis auch direkte Methoden zur Ermittlung des Geschäftswertes angewandt. Diese Methoden sind insofern problematisch, als der Ausgangspunkt der Rechnung, so z. B. der Rotertrag bzw. der Reinertrag häufig nur ungenau ermittelt werden kann, als in dem Multiplikator nicht alle Beeinflussungsfaktoren vollständig berücksichtigt und die berücksichtigten Beeinflussungsfaktoren häufig nur grob geschätzt werden können, als die unterstellten Proportionalitäten, so z. B. zwischen Gewinn und Umsatz bei der Umsatzmethode, häufig nicht vorhanden sind, ...

Der Gesamtwert der Unternehmung läßt sich im allgemeinen nicht aus der Bilanz ermitteln, weil für seine Feststellung vor allem der Ertragswert, d.h. "die Summe der auf den Betrachtungszeitpunkt diskontierten Periodenreinerträge"(1) berücksichtigt werden muß. Da man aber weder die zukünftigen Periodenerträge, noch die zukünftigen Periodenaufwendungen kennt, ist es praktisch nicht möglich, den Ertragswert zu berechnen (2).

Selbst dann, wenn die zukünftigen Periodenerträge und die zukünftigen Periodenaufwendungen bekannt wären, wüßte man nicht, welchen Kapitalisierungszinsfuß man für die Rechnung ansetzen sollte. Es kommen hier der landesübliche, der branchenübliche, der betriebsindividuelle Zinssatz (3) oder ein sonstiger Zinssatz (4) in Frage, wobei wiederum weder gesagt werden kann, welcher aus dieser Gruppe von Zinssätzen angewendet werden, noch welche Höhe dieser Zinssatz haben müßte.

- (1) Heinen, Handelsbilanzen, S.120.
- (2) Vielfach geht man in der Praxis von dem um die außerordentlichen Aufwendungen und Erträge und von dem nach Möglichkeit um die Bildung und Auflösung von stillen Reserven bereinigten Gewinn aus, schaltet den Zufallseinfluß aus, berücksichtigt den eventuellen Unternehmerlohn als Aufwand, weil nur die Unternehmung, nicht aber die Arbeitsleistung des Unternehmers käuflich erworben wird, und schätzt unter Berücksichtigung dieser Werte die zukünftige Ertragslage, wobei dann bei Änderungen in der Konjunkturlage, bei Änderungen in der Unternehmungsform, in den Konkurrenzverhältnissen, in der Preisentwicklung ... die geschätzten Werte entsprechend berichtigt werden müssen. Bei steigenden Preisen müssen die ermittelten Gewinnzahlen um die Zuweisungen zur Substanz-erhaltungsrücklage gemindert werden.
- (3) Dieser wird u.a. durch die Unternehmungsform, die Unternehmungsgröße, das Fertigungsprogramm, die Anpassungsfähigkeit ... beeinflußt. Als Hilfsmittel der Schätzung kann u.a. die Rentabilität angesehen werden. Bei Großbetrieben ist das Risiko im allgemeinen geringer, weil hier im Ernstfalle im allgemeinen der Staat eingreift, weil hier im allgemeinen eine Prüfungspflicht besteht, weil hier im allgemeinen die Marktstellung stärker ist ...
- (4) z. B. ein gemischter Zinssatz

Meinungsverschiedenheiten bestehen auch darin, ob neben dem anzuwendenden Zinssatz ein Risikozuschlag in der Rechnung angesetzt werden muß oder ob der Risikozuschlag schon in der Zinsfußbemessung berücksichtigt ist. Die Risikoabschätzung ist schwierig. Im allgemeinen wird in der Praxis das Risiko nach unserer Auffassung überschätzt. Außerdem wird z. B. in der Praxis häufig unberücksichtigt gelassen, daß verschiedene Wirtschaftsgüter versichert und die gezahlten Versicherungsprämien bereits im Aufwand enthalten sind.

Schließlich wüßte man bei der Gesamtbewertung der Unternehmung auch nicht, ob man von einer endlichen oder von einer unendlichen Lebensdauer der Unternehmung ausgehen müßte. Dieses Problem ist wohl am schwierigsten zu lösen. Zwar wird z. B. der Fehler in der Rechnung umso geringer, je länger die angenommene Lebensdauer der Unternehmung und je höher der Kapitalisierungszinsfuß ist (1), wenn man die einfachere Ertragswertformel für die unendliche Lebensdauer anstelle der u. U. zu verwendenden komplizierten Ertragswertformel für die endliche Lebensdauer in der Rechnung berücksichtigt, weil der Quotient "Liquidationserlös : q^n " dann gegen den Wert null geht, jedoch sind auch die Ausgangspunkte der Rechnung, wie wir festgestellt haben, problematisch. Selbst aber dann, wenn die Kapitalisierungsformel für die unendliche Lebensdauer mit großer Wahrscheinlichkeit die richtige Formel wäre, dann müßte z. B. bei einigen Wirtschaftsgütern, so z. B. bei Patenten, Gebrauchsmustern, Lizenzen etc. von einer endlichen Lebensdauer ausgegangen werden.

In der Praxis wird für die Bewertung ganzer Unternehmungen nach unseren Erfahrungen im allgemeinen von der Kapitalisierungsformel bei unendlicher Lebensdauer ausgegangen. Die Berechtigung zur grundsätzlichen Anwendung dieser Formel wird wohl aus der Überlegung hergeleitet, daß die Unternehmungen die Möglichkeit zur Anpassung haben. Diese Überlegung kann aber nach unserer Auffassung nicht als grundsätzlich richtig bezeichnet werden. Loitsberger nennt in diesem Zusammenhang zwei gewichtige Gründe, die gegen diese Überlegung sprechen (2):

- 1) Jede grundlegende Umstellung erfordert viel Kapital. Wenn dieses Kapital nicht vorhanden ist bzw. nicht beschafft werden kann, dann ist keine grundlegende Umstellung möglich.
- 2) Durch eine Umstellung können Vorteile, die vor der Umstellung vorhanden waren und bei der Ermittlung des Ertragswertes berücksichtigt worden sind, wegfallen.

(1) Bei hohem Kapitalisierungszinsfuß wird der Ertragswert in der Hauptsache durch die Erträge der ersten Jahrzehnte bestimmt.

(2) Loitsberger, Erich: Bilanzen II, Vorlesung im WS 1960/61, Universität Frankfurt.

Hieraus könnte gefolgert werden, daß es im allgemeinen zu empfehlen wäre, von der Kapitalisierungsformel bei endlicher Lebensdauer auszugehen. Damit entsteht aber das Problem der Zeitbestimmung, das im Falle der Ertragswertermittlung einzelner Wirtschaftsgüter häufig noch relativ leicht, im Falle der Ertragswertermittlung der ganzen Unternehmung aber häufig nicht befriedigend gelöst werden kann.

Selbst aber dann, wenn die Periodenaufwendungen, die Periodenerträge, der Kapitalisierungszinsfuß und die Lebensdauer (und eventuell der Liquidationswert) richtig vorausgesagt werden könnten, dann ist zu berücksichtigen, daß der Ertragswert als Ausgangspunkt der Rechnung keineswegs unbestritten ist. So sagt z. B. Schmalenbach (1): "Ist der Zukunftsertragswert niedriger als der Reproduktionswert, so ist der Zukunftsertragswert der entscheidende Wert. Ist dagegen der Reproduktionswert niedriger als der Zukunftsertragswert, so ist weder der eine noch der andere Wert ohne weiteres anzusetzen ..."

Als zweite Komponente zur Ermittlung des Geschäftswertes dient der Substanzwert. Dieser ist aus der Bilanz ebenfalls nicht ersichtlich. Er repräsentiert das Eigenkapital nach Auflösung der stillen Reserven. Da gelegentlich die Feststellung des Eigenkapitals und da die Feststellung der stillen Reserven problematisch ist, muß auch die Ermittlung des Substanzwertes als problematisch angesehen werden.

Unsere Ausführungen haben gezeigt, daß es nicht möglich ist, den Geschäftswert exakt zu ermitteln. In der Literatur sind viele Versuche unternommen worden, um den Geschäftswert einigermaßen exakt zu ermitteln (2), eine befriedigende Lösung ist aber bis heute noch nicht gefunden worden.

In unseren bisherigen Überlegungen sind wir davon ausgegangen, daß bereits eine Unternehmung mit einem Geschäftswert vorhanden war. Wir ha-

- (1) Schmalenbach, E.: Die Finanzierung der Betriebe, Bd. II, Die Beteiligungsfinanzierung, 7. Aufl., Köln-Opladen 1949, S. 66.
- (2) Vgl. z. B. Bartke, Günther: Die Methoden zur Ermittlung des Gesamtwertes einer Unternehmung, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft 1960, 30. Jg., S. 736-743. - Vgl. z. B. Jacob, Herbert: Die Methoden zur Ermittlung des Gesamtwertes einer Unternehmung, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 1960, 30. Jg., S. 131-147. - Vgl. z. B. Mellerowicz, Konrad: Der Wert der Unternehmung als Ganzes, ohne Angabe des Erscheinungs-ortes, 1952. - Vgl. z. B. Münstermann, Hans: Bewertung ganzer Unternehmen, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 1. Bd., Stuttgart 1956, Sp. 1059-1068. - Vgl. z. B. Gutenberg, Erich: Geschäftswert, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 2. Auf., Stuttgart 1938, Sp. 2040 ff. - Vgl. z. B. Hax, Karl: Ausführungen in: Handbuch der Wirtschaftswissenschaften, Bd. I, Köln und Opladen 1958, S. 515 ff.

ben den Geschäftswert sozusagen als "Rente" betrachtet. Neben dieser sogenannten Rententheorie gibt es noch die sogenannte Aufbautheorie. Hier geht man von der Frage aus, wie lange es dauert bzw. was es kostet, um eine Unternehmung gleicher Art, Größe ... aufzubauen. Daß ein derartiger Aufbau häufig noch schwieriger in Zahlen ausgedrückt werden kann, das braucht nicht besonders betont zu werden.

Die Frage, ob der Geschäftswert aktiviert werden darf bzw. aktiviert werden muß, ist als strittig anzusehen.

In der Handelsbilanz wird nach § 133, Ziff. 5 AktG nur eine Aktivierung des derivativen Geschäftswertes gestattet. Dieser Vorschrift kann nicht zugestimmt werden. Nach unserer Auffassung müßte grundsätzlich eine Aktivierungspflicht für den derivativen Geschäftswert bestehen. Der Geschäftswert ist ein Wirtschaftsgut von häufig sehr hohem Wert. Daß ein Geschäftswert auch vom Erwerber der Unternehmung anerkannt wird, geht u. a. schon daraus hervor, daß der Erwerber im allgemeinen die Firma, d. h. den Handelsnamen des Vollkaufmanns (1), fortführt, soweit dies nach den Grundsätzen der Firmenwahrheit möglich ist (2). Gelegentlich wird sogar eine Firma zu einem Kaufpreis erworben, der in denkbar ungünstigem Verhältnis zu dem Substanzwert der erworbenen Unternehmung steht (3), weil der Name des Kaufmanns auf dem Beschaffungs- und Absatzmarkt gut eingeführt ist und dieser Vorteil sehr hoch eingeschätzt wird.

Wenn die vom Erwerber der Unternehmung bilanzierten Anschaffungswerte einschließlich des derivativen Geschäftswertes nicht wenigstens den tatsächlichen Wert der Unternehmung repräsentieren würden und wenn der Erwerber nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wüßte, daß er aus dem Kauf der Unternehmung Vorteile haben würde, dann hätte der Erwerber beim Kauf der Unternehmung und bei der Bezahlung des Geschäftswertes unvernünftig gehandelt. Eine solche Unvernunft kann aber nicht als Normalfall angesehen werden.

Daß der derivative Geschäftswert grundsätzlich aktiviert werden muß, scheint offensichtlich zu sein. Meinungsverschiedenheiten könnten aber darüber bestehen, mit welchem Wert er anzusetzen ist. Es wäre durchaus denkbar, daß der Verkäufer der Unternehmung z. B. 10 %, der Erwerber dagegen 15 % des Kaufpreises als Geschäftswert angesehen hat und der wirkliche Geschäftswert sogar von beiden Prozentzahlen abweicht. Wir haben bereits fest-

(1) Vgl. § 17 HGB.

(2) Vgl. hierzu z. B. § 22 HGB und § 24 HGB.

(3) Vgl. hierzu § 23 HGB (Grundsatz der Firmenunselbständigkeit). Auf die steuerlichen Überlegungen im Zusammenhang mit dem Kauf eines Firmenmantels bei Verlustvorträgen soll hier nicht näher eingegangen werden.

gestellt, daß eine exakte Ermittlung des Geschäftswertes nicht möglich ist. Man muß daher bei dem Ansatz des Firmenwertes das Vorsichtsprinzip beachten. Zwar wäre es u.U. für die Bilanzierung in der Handelsbilanz letztenendes unerheblich, ob 10 % oder 15 % des Kaufpreises als Geschäftswert angesehen werden, weil in der Handelsbilanz z.B. durch höhere Abschreibungen auf den Firmenwert und niedrigere Abschreibungen auf die übrigen Wirtschaftsgüter eine Berichtigung erreicht würde, für die Bilanzierung in der Steuerbilanz ist aber der Ausweis des Geschäftswertes mit "exaktem" Wert wichtig, weil hier grundsätzlich keine Abschreibungen auf den Geschäftswert vorgenommen werden dürfen.

Wenn man aber berücksichtigt, daß der als Anschaffungswert in der Handelsbilanz ausgewiesene derivative Geschäftswert in gleicher Höhe in der Steuerbilanz ausgewiesen werden muß, dann wird deutlich, daß auch auf möglichst exakten Ausweis des derivativen Geschäftswertes in der Handelsbilanz Wert gelegt werden muß.

In der Steuerbilanz ist der derivative Geschäftswert grundsätzlich aktivierungspflichtig und nicht abschreibungsfähig (1). Voraussetzung zur Aktivierung ist die Greifbarkeit. Die aktivierten Aufwendungen des Geschäftswertes müssen sich auf den Geschäftswert beziehen, denn nicht jede Überzahlung der Substanzwerte ist als Geschäftswert anzusehen.

Beim originären Geschäftswert ist der Nachweis der Greifbarkeit schwierig. Deshalb wird auch in der Steuerbilanz im allgemeinen von einer Aktivierung des originären Geschäftswertes abgesehen. Insofern entspricht also die Aktivierung in der Steuerbilanz auch den handelsrechtlichen Gepflogenheiten und den handelsrechtlichen Vorschriften.

Steuerrechtlich besteht jedoch kein ausdrückliches Verbot der Aktivierung des originären Geschäftswertes. Seit einiger Zeit ist sogar in der Rechtsprechung die wachsende Tendenz feststellbar, daß eine Aktivierung des originären Geschäftswertes dann gefordert wird, wenn der Geschäftswert bilanzmäßig greifbar ist. Dies ist z.B. nach der Rechtsprechung bei einmaligen Werbekosten für die Einführung eines neuen Artikels dann der Fall, wenn damit gerechnet werden kann, daß die Kundschaft für längere Zeit erhalten bleibt. Die Werbekosten zählen dann zum "Herstellungswert des originären Geschäftswertes" (2).

-
- (1) Dies gilt z.B. nicht beim Ausscheiden eines sogenannten lästigen Gesellschafters. Hier ist der derivative Geschäftswert, d.h. die Differenz zwischen dem Betrag, den der ausgeschiedene Gesellschafter erhält, und dem Anteil der Kapitaleinlage des ausgeschiedenen Gesellschafters nach Auflösung der stillen Reserven nicht aktivierungspflichtig.
 - (2) Ausführungen in Anlehnung an Dornemann, Richard: Steuerbilanzen, Vorlesung im SS 1960, Universität Frankfurt. Die Anlehnung betrifft den ganzen Absatz.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz hinsichtlich des Geschäftswertes besteht in der Bewertung. Nach § 133, Ziff. 5 AktGes ist der Geschäftswert "durch angemessene jährliche Abschreibungen oder Wertberichtigungen zu tilgen". Dabei besteht die Verpflichtung zur Abschreibung "in jedem Falle", unabhängig davon, "ob Veränderungen des Geschäftswertes eingetreten sind oder nicht" (1). Als angemessener Zeitraum werden in der Regel 5 Jahre angesehen. Die Anwendung eines globalen Abschreibungsprozentsatzes bzw. Abschreibungszeitraumes ist aber nach unserer Auffassung insofern unbefriedigend, als im Geschäftswert mehrere Faktoren ihren Niederschlag finden und diese Faktoren im einzelnen häufig einen höheren, häufig auch einen niedrigeren Abschreibungsprozentsatz bzw. Abschreibungszeitraum rechtfertigen. Es ist daher zu empfehlen, den Geschäftswert in die wichtigsten artverschiedenen Bestandteile aufzuspalten und einen verschiedenen Abschreibungsprozentsatz bzw. Abschreibungszeitraum für die verschiedenen Teile des Geschäftswertes zu wählen.

Steuerrechtlich wird der Geschäftswert grundsätzlich als nicht abnutzbares Wirtschaftsgut angesehen (Regenerationstheorie). AFA dürfen grundsätzlich nicht vorgenommen werden. Abschreibungen auf den niedrigeren Teilwert sind zugelassen, wenn der Gesamtwert der Unternehmung niedriger ist als das gesamte aus der Bilanz sich ergebende Kapital einschließlich des Geschäftswertes und wenn bestimmte nachweisbare Tatsachen für ein Absinken des Geschäftswertes vorhanden sind.

Der RFH hat in einem 1931 gefällten Urteil den Standpunkt vertreten, daß der Geschäftswert als ein einheitliches Wirtschaftsgut angesehen werden muß. Wenn auch im einzelnen die Umstände wechseln, auf denen der jeweilige Geschäftswert beruht, so berührt dies nach der Auffassung des RFH doch den einmal erworbenen Geschäftswert nicht in der Weise, daß damit ein neues Wirtschaftsgut im Sinne eines neuen Geschäftswertes entstanden sein könnte. Durch die Veränderung der einzelnen Verhältnisse, die einen Ausweis eines Geschäftswertes rechtfertigen, wird nach der vertretenen Meinung des RFH auch der Geschäftswert als ein einheitliches Wirtschaftsgut nicht berührt.

Dieser Auffassung können wir uns grundsätzlich nicht anschließen; zwar können innerhalb des Geschäftswertes kompensatorische Effekte auftreten, doch kann man nicht grundsätzlich sagen, daß der Geschäftswert unverändert bestehen bleibt. Außerdem ist folgendes zu berücksichtigen: Wenn man die Auffassung vertritt, der Geschäftswert erneuere sich ständig, dann bedeutet dies konsequenterweise, daß sich der derivative Geschäftswert im Laufe der Zeit in einen originären verwandelt, der doch grundsätzlich nicht aktiviert werden soll bzw. darf. Man erreicht also bei einer derartigen Handhabung doch letztenendes das, was man ursprünglich vermeiden wollte, nämlich eine Aktivierung des originären Geschäftswertes.

(1) Heinen, Handelsbilanzen, S. 125.

Die Behandlung von konzerninternen Gewinnen in der Bilanz und die sich hierbei ergebende Problematik

Wenn wir in der Einleitung zu unserer Untersuchung gesagt haben, wir wollten von Untersuchungen im Zusammenhang mit Sonderbilanzen absehen und unsere Ausführungen auf die Jahresbilanz beschränken, so haben wir den Begriff "Jahresbilanz" im weiteren Sinne gebraucht, und zwar im zweifachen weiteren Sinne, einmal in dem Sinne, daß die G+V-Rechnung, zum anderen, daß die Konzernbilanz in diesen Begriff mit einbezogen wird. Da die Konzernbilanz als konsolidierte Bilanz keine einmalig oder gelegentlich anläßlich besonderer Ereignisse zu erstellende Bilanz, also keine Sonderbilanz ist, kann eine Behandlung der Konzernbilanz als eine Jahresbilanz sämtlicher Konzernunternehmungen unter den gesetzten Prämissen hier als gerechtfertigt angesehen werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik war in den letzten Jahren durch stark zunehmende Konzentration in der Form der Betriebskonzentration (1), der Unternehmungskonzentration (2), der Vermögenskonzentration und der Einflußkonzentration gekennzeichnet (3). Im Zusammenhang mit der Unternehmungskonzentration hat die Konzernbildung eine außerordentliche wichtige Rolle gespielt. Das Wesen des Konzerns und des Konzernunternehmens besteht dabei nach § 15 AktGes darin, daß "rechtlich selbständige Unternehmen zu wirtschaftlichen Zwecken unter einheitlicher Leitung zusammengefaßt" sind (4).

Die Ursachen für die zahlreichen Konzernbildungen waren verschieden; sie lagen im allgemeinen im beschaffungswirtschaftlichen, produktionswirtschaftlichen, absatzwirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen, weniger dagegen im verwaltungswirtschaftlichen Bereich (5).

- (1) Sie wird durch absolute und relative Verringerung der Zahl der Betriebe gekennzeichnet.
- (2) Sie wird durch horizontales oder vertikales Wachstum der Unternehmungen (Vergrößerung der Produktionsbreite oder der Produktionstiefe) gekennzeichnet.
- (3) Diese Unterscheidung wurde erstmalig auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft des Vereins für Sozialpolitik in Bad Kissingen getroffen.
- (4) Das Abhängigkeitsverhältnis kann insbesondere durch drei Kriterien bestimmt werden: 1) durch die organisatorische Eingliederung, 2) durch die finanzielle Eingliederung, 3) durch die wirtschaftliche Eingliederung.
- (5) Wenn wir unter Verwaltung die Planung, Organisation und Kontrolle verstehen, dann können wir sagen: Durch die Konzernbildung ergaben sich im Planungsbereich Vorteile und Nachteile. Vorteile bestehen z.B. darin, daß das Risiko wegen der Gültigkeit des Gesetzes der großen Zahl besser voraussehbar wird (Delcredereberichtigungen, Garantie- und Pensionsrückstellungen ...), daß im allgemeinen eine bessere Information gewährleistet ist (Marktforschung, Statistiken, Vorhandensein von

Nachdem nun die umfangmäßige Bedeutung des Problems herausgestellt ist, muß untersucht werden, ob die zwischengesellschaftlichen Gewinne, d. h. die Gewinne, die dadurch entstehen, daß ein Konzernunternehmen einem anderen Konzernunternehmen Lieferungen und/oder Leistungen zu einem über den eigenen Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten liegenden Preis berechnet, in der konsolidierten Bilanz ausgewiesen werden sollen bzw. dürfen oder nicht.

Zunächst kann in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß es z. Zt. noch kein deutsches Gesetz gibt, in dem ein gemeinschaftlicher Konzernabschluß vorgeschrieben ist. Zwar ist der Bundesjustizminister nach § 134, Ziff. 2 AktGes dazu ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundeswirtschaftsminister "für Konzernunternehmen Vorschriften über die Aufstellung des eigenen und über die Aufstellung eines gemeinschaftlichen Jahresabschlusses zu erlassen", zwar liegt u. a. bereits ein Regierungsentwurf für die Gestaltung des Konzernrechts vor, in dem für die Konzerne auf vertraglicher Basis und für die Konzerne auf faktischer Basis umfangreiche Vorschriften vorgesehen sind, doch ist bis heute noch kein entsprechendes Gesetz erlassen worden. Lediglich die Combined Steel Group und die Combined Coal Control Group haben für die Einheitsgesellschaften der Montanindustrie des Bergbaus in § 16, Abs. III ihrer Mustersatzung vorgesehen, daß dem Geschäftsbericht eine konsolidierte Bilanz beizufügen ist. Zu den Grundsatzfragen der Bilanzierung und Prüfung gemäß den Vorschriften der Mustersatzung hat das Institut der Wirtschaftsprüfer (IdW) im Jahre 1954 Stellung genommen. Nach dieser Stellungnahme entspricht der Zweck der konsolidierten Bilanz dem Zweck der normalen Jahresbilanz. "Es muß also ein Abschluß sein mit Werten, wie sie anzusetzen wären, wenn die von dem Konzern repräsentierte wirtschaftliche Einheit auch eine rechtliche Einheit wäre. Dies bedeutet die sinnge-mäße Anwendung der Vorschriften und Grundsätze, die für die Aufstellung des Jahresabschlusses eines Unternehmens der betreffenden Rechtsform gelten".

Nach der Meinung des Hauptfachausschusses des IdW dürfen die zwischengesellschaftlichen Gewinne frühestens erst dann in der konsolidierten Bilanz aus-

(Fortsetzung der Fußnot 5 von Seite 165):

Stabstellen ...). Nachteile bestehen z. B. darin, daß die Abstimmung der einzelnen Planungsbereiche im allgemeinen schwieriger wird, daß Fehlentscheidungen im allgemeinen relativ stärker ins Gewicht fallen, und zwar u. a. deshalb, weil die Kleinunternehmen im allgemeinen elastischer sind und sich auch besser umstellen können als eine große Unternehmung dies kann. Im Organisationsbereich steht der schwierigeren Lenkung und der Tendenz zur Bürokratisierung die Möglichkeit des Einsatzes von Spezialkräften gegenüber. Hinsichtlich des Umfangs der Kontrollen ist zu sagen, daß die große Unternehmung im allgemeinen relativ mehr Kontrollen durchführen muß.

gewiesen werden, wenn die Wirtschaftsgüter an außerhalb des Konsolidierungsbereichs stehende Dritte veräußert worden sind (1).

Dieser Auffassung stellen sich z. B. Fuchs-Gerloff entgegen (2). Sie befürworten den Auweis zwischengesellschaftlicher Gewinne in allen Fällen, in denen diese Gewinne nicht schon in den Jahresabschlüssen der einzelnen Konzernunternehmen eliminiert sind (3). Nach ihrer Auffassung stellt die konsolidierte Bilanz lediglich eine Zusammenfassung der einzelnen Jahresbilanzen der Konzernunternehmen dar, wobei nur die gegenseitigen Forderungs- und Schuldposten sowie die Beteiligungs- und Kapitalkonten saldiert werden müssen.

Außer der Auffassung des IdW (Einheitstheorie) und außer der Auffassung von Fuch-Gerloff (formaljuristische Theorie) könnte noch folgende Auffassung vertreten werden :

Die zwischengesellschaftlichen Gewinne sollen nur insoweit als realisiert betrachtet werden, als sie die Anteile der sog. freien Aktionäre betreffen. Diese Theorie, die wir als Interessentheorie bezeichnen wollen, ist allerdings in der Praxis - wenn überhaupt - dann nur mit großem Arbeitsaufwand realisierbar. Die Richtigkeit dieser Behauptung wird schon dann deutlich, wenn man nicht die Möglichkeit der Ausschaltung anteiliger zwischengesellschaftlicher Gewinne, bei denen sich zudem die Anteile laufend ändern können, sondern lediglich die Möglichkeit der Ausschaltung sämtlicher zwischengesellschaftlicher Gewinne untersucht.

Beim Umlaufvermögen könnten zwischengesellschaftliche Gewinne dadurch ausgeschaltet werden, daß man Wertberichtigungen in Höhe der unrealisierten Gewinne bildet und diese Wertberichtigungen beim Verkauf an außerhalb des Konsolidierungsbereichs stehende Dritte bzw. später auflöst. Da man aber in den Fällen, in denen Wirtschaftsgüter ein und derselben Type sowohl von einem Konzernunternehmen als auch von Fremdunternehmen bezogen werden, nicht weiß, ob das verkaufte Wirtschaftsgut nun von einem Konzernunternehmen beschafft worden ist und nun eine Auflösung der nur unter Arbeitsaufwand ermittelbaren und nur unter Arbeitsaufwand feststellbaren Wertberichtigung erforderlich macht oder nicht, ist eine getrennte Lagerung mit getrennter Abrechnung (4) notwendig.

(1) Diese Voraussetzung reicht nach unserer Auffassung, wie wir später noch im einzelnen ausführen werden, nicht aus, um den Gewinn als realisiert ansehen zu können.

(2) Fuchs-Gerloff : Die konsolidierte Bilanz, Köln 1954.

(3) Hier sind aber nur Gewinne **a u s z u s c h a l t e n**, wenn die Verrechnungspreise im Verrechnungsverkehr mit den Untergesellschaften absichtlich in der Höhe fixiert sind, daß in der Bilanz der Obergesellschaft Gewinne **a u s g e w i e s e n** werden.

(4) Dies ist u. a. auch wegen der Umsatzsteuer (4 % + 1 %) erforderlich.

Beim Anlagevermögen würde die Ausschaltung der zwischengesellschaftlichen Gewinne im allgemeinen noch größere Schwierigkeiten bereiten. Hier müßten die gebildeten Wertberichtigungen mit den vorzunehmenden anteiligen Abschreibungen laufend anteilig aufgelöst werden. Da die anteiligen Abschreibungen in der Regel für jede Maschine unterschiedlich sind, müßten die anteiligen Auflösungen der Wertberichtigungen für jede Maschine unterschiedlich sein. Dies würde bei den Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens einen unzumutbaren Arbeitsaufwand bedingen. Diesem Arbeitsaufwand trägt auch der Regierungsentwurf Rechnung. Er sieht vor, daß die zwischengesellschaftlichen Gewinne des Anlagevermögens nicht ausgeschaltet werden.

Wir haben festgestellt, daß der Gewinnausweis in der Konzernbilanz äußerst problematisch ist. Wenn wir nun des weiteren die Schwierigkeiten bei der Gliederung der Konzernbilanz (1), insbesondere die Gliederung beim Vorratsvermögen, die Schwierigkeiten bzw. den Arbeitsaufwand der "richtigen" Erstellung der Konzernbilanz im Falle verschiedener Bilanzstichtage der Konzernunternehmen, die Schwierigkeiten bei den Saldierungen innerhalb der Konzernenerfolgsrechnung, ja selbst die Schwierigkeiten bei der Saldierung der Beteiligungen und des u.U. nur anteiligen Eigenkapitals (nicht Grundkapitals) (2) ... berücksichtigen und außerdem die steuerlichen Belange beachten, dann wird deutlich, um wieviel problematischer eine Konzernbilanz gegenüber der ohnehin schon problematischen normalen Jahresbilanz ist.

Die Konzernspitze und beauftragte Dritte erbringen zahlreiche Leistungen, bei denen die Verteilung der äquivalenten Kosten "innerhalb des Konzerns ... stets auf Schätzungen" beruht und "notwendig willkürlich" ist, denn diese Leistungen sind oft "Koppelprodukte" und geben "alle Probleme der verbundenen Kosten" zu lösen auf (3). Darüber hinaus sind z.B. auch die "Beschäftigungs-, Auftrags- und Produktionsausgleiche" und die u.U. beachtlich hohen Kostenanteile der häufig anzutreffenden gemeinsamen Forschungsstätten aller Konzerngesellschaften zu erwähnen, die kostenrechnungsmäßig nicht exakt erfaßt werden können.

"Ferner ist zu berücksichtigen, daß finanzielle Verflechtungen für sich allein die Vermögensverhältnisse undruchdringlich machen können. Die zen-

- (1) Auf die große Bedeutung der Bilanzgliederung ist an mehreren Stellen dieser Untersuchung bereits hingewiesen worden.
- (2) Wenn noch sogenannte freie Aktionäre vorhanden sind, dann muß für die auf diese Aktionäre entfallenden Anteile am Kapital, an den Rücklagen und am Gewinn auf der Passivseite der konsolidierten Bilanz ein "Ausgleichsposten für Anteile im Fremdbesitz" angesetzt werden.
- (3) Mestmäcker, a. a. O., S. 308.

trale Finanzierung der Konzerngesellschaften eröffnet ungezählte Möglichkeiten, Gewinne umzuleiten ... Zu berücksichtigen sind schließlich die zahlreichen produktionstechnischen Querverbindungen zwischen Konzerngesellschaften, der Austausch von Energie, von Neben- und Abfallprodukten. Die bereits in der selbständigen Gesellschaft komplizierte Kostenrechnung für solche Produkte wird durch die Weitergabe im Konzern noch schwieriger" (1) (2).

Trotz dieser Problematik wären aber nach unserer Auffassung die Aufstellung und Veröffentlichung einer von unabhängigen Prüfern begutachteten Konzernbilanz begrüßenswert, denn allein durch prüfungspflichtige und als richtig befundene Konzernbilanzen kann z.B. grundsätzlich verhindert werden, daß Gewinn- und Verlustverlagerungen auf nicht publizitätspflichtige Tochterunternehmen vorgenommen werden. Wenn trotz aller Problematik eine konsolidierte Bilanz aufgestellt und veröffentlicht würde, dann wäre nach unserer Auffassung unter theoretischen Gesichtspunkten der Anwendung der Interessentheorie der größte Vorzug zu geben. Da aber diese Theorie nur schwer in der Praxis zu verwirklichen ist, könnte man einen Kompromiß empfehlen, die der Theorie und der Praxis wenigstens einigermaßen gleichzeitig gerecht wird. Anstelle die anteiligen zwischengesellschaftlichen Gewinne der freien Aktionäre bei den Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens und des Umlaufvermögens auszuweisen, könnte man aus Gründen der Praktikabilität die zwischengesellschaftlichen Gewinne bei den Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens ausweisen, die zwischengesellschaftlichen Gewinne bei den Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens dagegen ausschalten.

Daß diese Lösung nicht vollkommen befriedigend ist und darüber hinaus in vielen Fällen gegen den Grundsatz der gleichmäßigen und gerechten Behandlung verstößt, dessen sind wir uns bewußt; unter dem Gesichtspunkt der Praktikabilität erscheint sie aber als gerechtfertigt.

Mestmäcker sagt in diesem Zusammenhang : "Technisch sind Marktpreise als Verrechnungspreise im Konzern deshalb wenig geeignet, weil sie an den konjunkturellen Schwankungen des Marktes teilnehmen. Dadurch wird eine stetige Kostenrechnung und Kalkulation erschwert. Zwar lassen sich externe Effekte rechnerisch ausgleichen; aber dieses Verfahren fordert so hohen zusätzlichen Aufwand, daß es nicht überrascht, wenn die Konzernverwaltungen als Verrechnungspreise überwiegend Kostenpreise zugrunde legen.

(1) Mestmäcker, a.a.O., S.311-312.

(2) Auch die Erfahrung in den USA zeigt, "daß der Gesetzgeber eine faire Aufteilung von Kosten und Erträgen innerhalb des Konzerns nur dadurch sichern konnte, daß er diese Aufgabe einer staatlichen Behörde übertrug, die nach ihrem Ermessen entscheidet" (Mestmäcker, a.a.O., S. 315).

Wenn die Verrechnungspreise an den Kosten - den Durchschnitts-, Grenz- oder Standardkosten - orientiert sind, dann liegt zutage, daß diese Verrechnung allein dazu dient, eine zuverlässige Kostenrechnung zu ermöglichen und den Erfolg der wirtschaftlichen Einheit als solcher und nicht den ihrer Glieder zu ermitteln ...

Richtig ist jedenfalls, daß die Konzernverwaltungen die Tochtergesellschaften wie Betriebsabteilungen behandeln. In dieser Richtung drängen alle wirtschaftlichen Überlegungen, während ein wirksames Gegengewicht fehlt" (1).

Die schwierigen und äußerst aktuellen Fragen im Zusammenhang mit der Konzernbildung konnten im Rahmen dieser Arbeit nur in sehr knapper Form dargestellt werden. Dennoch nehmen wir an, die wichtigsten Gesichtspunkte hier wenigstens kurz beleuchtet zu haben, wenn wir nun noch abschließend auf die Problematik des Verhältnisses von Aktionärsrechten und Gläubigerschutz hinweisen. Hierzu wäre u.a. zu sagen: "Die Ausgleichsansprüche der Aktionäre sind von dem Gesellschaftsvermögen und damit von den Interessen der Gläubiger abgelöst. Das ist die unvermeidliche Folge der Konzernierung" (2).

c⁴ Die Behandlung von innerbetrieblichen Leistungen in der Bilanz und die sich hierbei ergebende Problematik

Unter innerbetrieblichen Leistungen sind solche Leistungen zu verstehen, die im Betrieb aufgewendet werden, aber nicht unmittelbar für den Markt bestimmt sind. Bei der Behandlung der innerbetrieblichen Leistungen in der Bilanz ergeben sich insbesondere zwei Probleme:

- 1) Das Aktivierungsproblem
- 2) Das Bewertungsproblem

Bei dem Aktivierungsproblem handelt es sich um die Frage der Abgrenzung zwischen Gemeinkostenaufträgen und aktivierungsfähigen bzw. aktivierungspflichtigen Aufträgen. Das Aktivierungsproblem in der Handelsbilanz ist bereits dargestellt worden, so daß an dieser Stelle auf frühere Ausführungen verwiesen werden kann. Hinsichtlich der Aktivierung in der Steuerbilanz ist entscheidend, ob durch die innerbetriebliche Leistung ein neues Wirtschaftsgut entsteht oder nicht bzw. ob ein Herstellungsaufwand oder ein Erhaltungsaufwand vorliegt. Der Herstellungsaufwand ist zu aktivieren, der Erhaltungsaufwand ist nicht zu aktivieren. Um einen Herstellungsaufwand kann es sich nur dann handeln, wenn etwas Neues gegenüber dem bisherigen Zustand geschaffen worden ist. Erhaltungsaufwand liegt dagegen immer dann vor, wenn die

(1) Mestmäcker, a.a.O., S.309-311.

(2) Mestmäcker, a.a.O., S.368.

Aufwendungen dazu führen, die entsprechenden Wirtschaftsgüter in ordnungsgemäßem Zustand unter der Voraussetzung zu erhalten, daß die Wesensart der entsprechenden Wirtschaftsgüter nicht verändert wird.

Es ist im allgemeinen bekannt, daß in der Praxis manchmal nicht scharf zwischen Herstellungsaufwand und Erhaltungsaufwand unterschieden wird und gelegentlich auch nur sehr schwer unterschieden werden kann. In den letzten Jahren wurden aber viele Streitfragen durch eine gewisse Großzügigkeit der Finanzverwaltung und der Finanzgerichte auf diesem Gebiet beseitigt.

Die Bewertung der innerbetrieblichen Leistungen und die sich hierbei ergebende Problematik wurde bereits in den Grundzügen dargestellt, so daß an dieser Stelle auf die früheren Ausführungen verwiesen werden kann.

Hinsichtlich der Bewertung selbsterstellter Anlagen bestehen besondere Meinungsverschiedenheiten. Hier stehen sich Vertreter zweier verschiedener Auffassungen gegenüber. Loitsberger führt in diesem Zusammenhang aus (1) :

Nach weit verbreiteter Auffassung dürfen die selbsterstellten Anlagen höchstens zum Herstellungswert in der Bilanz ausgewiesen werden, weil ein höherer Wertansatz mit dem Ausweis unrealisierter Gewinne verbunden wäre. Die Vertreter dieser Auffassung gründen ihre Ansicht u. a. auch auf die gesetzlichen Bewertungsvorschriften.

Nach anderer, relativ seltener vertretener Ansicht können die selbsterstellten Anlagen zum Marktpreis in der Bilanz angesetzt werden, weil es, wie die Anhänger dieser Auffassung meinen, letztenendes unerheblich sei, ob die Anlage auf dem Markt bezogen oder selbst hergestellt worden sei.

Bei einer Gegenüberstellung dieser konträren Meinungen könnte nach unserer Auffassung folgendes gesagt werden : Wenn es bei den selbsterstellten Anlagen gestattet wäre bzw. gefordert werden müßte, die höheren Preise des Beschaffungsmarktes in der Bilanz anzusetzen, also unrealisierte Gewinne auszuweisen, dann müßte es auch bei den Fertigfabrikaten erlaubt bzw. notwendig sein, die höheren Preise des Beschaffungsmarktes in der Form der Preise für fertig bezogene Waren anzusetzen, weil man hier mit gleicher Berechtigung sagen könnte, daß es letztenendes unerheblich sei, ob ein Wirtschaftsgut auf dem Markt als Ware bezogen oder aber in der Unternehmung selbst hergestellt sei. Diese Forderungen werden aber von den genannten Vertretern nicht erhoben, und zwar wahrscheinlich deshalb nicht, weil die unrealisierten Gewinne der Fertigfabrikate im allgemeinen ganz oder zum Teil ohnehin in absehbarer Zeit realisiert werden, während dies bei den selbst erstellten Anlagen im allgemeinen nicht der Fall ist. Allerdings stehen den im allgemeinen in absehbarer Zeit erzielbaren realisierten Gewinnen bei den Fertigfabrikaten auch die im Laufe der Zeit niedrigeren unrealisierten Verluste bei den selbsterstell-

(1) Diese beiden Auffassungen werden unten in Anlehnung an die Ausführungen von Loitsberger dargestellt (Bilanzen II, Vorlesung im WS 1960/61).

ten Anlagen gegenüber. Unter Berücksichtigung dieser Ausführungen müßte den Vertretern, die für den Ansatz des höheren Marktpreises bei den selbsterstellten Anlagen eintreten, zunächst eine inkonsequente Forderung vorgehalten werden.

Selbst aber dann, wenn es gerechtfertigt wäre, die selbsterstellten Anlagen zum höheren Marktpreis in der Bilanz auszuweisen, würde dies häufig schlecht möglich sein, weil die Feststellung des höheren Marktpreises häufig Schwierigkeiten bereitet, und zwar insbesondere aus folgenden Gründen :

- 1) Nicht selten ist für die selbsterstellten Anlagen überhaupt kein Marktpreis vorhanden. Zwar könnte in vielen Fällen ein Marktpreis durch Angebots- einholung ermittelt werden. Die Ermittlung des Marktpreises müßte aber als problematisch angesehen werden, weil der Bilanzierende je nach dem, ob er einen möglichst hohen oder einen möglichst niedrigen Wert bilanzieren will, bald bei einem "teueren", bald bei einem "preiswerten" Lieferanten anfragen könnte. Bei größeren oder komplizierteren Anlagen, bei deren Erstellung mehrere Firmen beteiligt sind, müßten arbeitsaufwendige Verfahren eingeführt werden, um den Marktpreis lt. Angebot zu ermitteln. Dieser Marktpreis lt. Angebot stimmt aber selbst dann, wenn von den häufigen Fällen abgesehen wird, in denen eine Verrechnung nach effektiven Lieferungen und Leistungen oder nach gemeinsamem Aufmaß vereinbart wird, in der Regel nicht mit dem effektiven Marktpreis überein, weil - je nach den Lieferungs- und Zahlungsbedingungen - im allgemeinen Fracht-, Versicherungs- und Verpackungskosten vom Käufer zu tragen sind, Preisvorbehalte vereinbart werden etc.
- 2) Außerdem sind u. a. Qualitätsunterschiede der selbsterstellten Anlagen und der käuflich erworbenen Anlagen zu berücksichtigen. Vielfach werden die Anlagen gerade deshalb selbst erstellt bzw. deshalb bei einer Spezialfirma in Auftrag gegeben, weil bei der Anlage auf besonders gute Qualität Wert gelegt wurde.

Wenn man diese Tatsachen und außerdem die in den vorangegangenen Abschnitten dargestellten Gefahren des Ausweises unrealisierter Gewinne berücksichtigt, dann ist es nach unserer Auffassung berechtigt, auch bei den selbsterstellten Anlagen dafür einzutreten, daß sie in der Bilanz mit ihrem jeweiligen Herstellungswert angesetzt und keine unrealisierten Gewinne ausgewiesen werden (1).

-
- (1) Vgl. hierzu auch : Helpenstein, a. a. O., S. 137. - Passow, a. a. O., S. 154. - Blum, E.: Bemerkungen zur Aufstellung der Jahresabrechnung in Maschinenfabriken, in: Technik und Wirtschaft, 1911, S. 311. - Wegner, Gustav-A.: Über die Aktivierung der Gemeinkosten von selbst- erstellten Anlagen und Waren gemäß HGB § 261, in : Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 27. Jg., 1933, S. 442-445.

d 5.2.2.2 Probleme im Zusammenhang mit dem imparitätischen Realisationsprinzip

d₁ Die Entstehung unrealisierter Gewinne und späterer unrealisierter Verluste an ein und demselben Bilanzposten und ihre Behandlung in der Bilanz

Nach unserem bisherigen Ergebnis dürfen grundsätzlich keine unrealisierten Gewinne in der Bilanz ausgewiesen werden; unrealisierte Verluste müssen bzw. können dagegen grundsätzlich in der Bilanz berücksichtigt werden (1). Dieses Ergebnis muß jedoch in manchen Fällen als unbefriedigend angesehen werden.

Wenn z. B. ein Wirtschaftsgut des Umlaufvermögens zu 1 000 DM angeschafft worden ist, eine Preissteigerung eintritt und der Wert dieses Wirtschaftsgutes nun 1 200 DM beträgt, dann dürfte nach dem bisherigen Ergebnis der unrealisierte Gewinn in Höhe von 200 DM nicht ausgewiesen werden. Das Wirtschaftsgut müßte mit 1 000 DM in der Bilanz bewertet werden, obwohl der wirkliche Wert 1 200 DM beträgt.

Wenn nun nach einiger Zeit eine Preissenkung eintritt und der Wert dieses Wirtschaftsgutes auf 1 100 DM sinkt, dann müßte nach dem bisherigen Ergebnis der vielfach als unrealisierte Verlust bezeichnete Wert in Höhe von 100 DM in der Bilanz berücksichtigt werden. Das Wirtschaftsgut müßte mit 900 DM in Ansatz gebracht werden, obwohl der wirkliche Wert 1 100 DM beträgt. Eine derartige Lösung muß aber als höchst unbefriedigend angesehen werden.

Bei einer kritischen Würdigung dieser Lösung müßte zunächst darauf hingewiesen werden, daß die Wertminderung auf Grund der eingetretenen Preissenkung zwar von dem früheren Tageswert in Höhe von 1 200 DM aus betrachtet ein unrealisierter Verlust, von dem Buchwert bzw. Anschaffungswert in Höhe von 1 000 DM aus betrachtet aber als rückgängig gemachte Werterhöhung, also als rückgängig gemachter unrealisierter Gewinn angesehen werden muß. Nach unserer Auffassung müßte empfohlen werden, bei derartigen Betrachtungen immer vom Anschaffungs- bzw. Herstellungswert auszugehen und unter den gesetzten Prämissen überhaupt nicht von einem unrealisierten Verlust zu sprechen. Ein unrealisierter Verlust läge nach unserer Auffassung erst dann vor, wenn die eingetretene Wertminderung die ehemalige Werterhöhung überschreitet.

-
- (1) Es handelt sich hier um eine grundsätzliche Kann-Vorschrift bei den Wirtschaftsgütern des materiellen Anlagevermögens, u. a. eine gelegentliche Muß-Vorschrift bei den Wirtschaftsgütern des immateriellen Anlagevermögens und um eine grundsätzliche Muß-Vorschrift bei den Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens.

Selbst aber dann, wenn man diese Empfehlung nicht anerkennen würde, dann müßte nach unserer Meinung zumindest der Auffassung zugestimmt werden, daß eingetretene Wertminderungen vom ehemaligen Tageswert aus betrachtet erst dann in der Bilanz berücksichtigt werden sollten, wenn die genannten Wertminderungen die früher erfolgten Wertsteigerungen überschreiten.

Wenn nun diese Überlegungen berücksichtigt werden, dann müßte das Wirtschaftsgut, das nun 1 000 DM wert ist, weiterhin mit 1 000 DM in der Bilanz ausgewiesen werden. Wird das Wirtschaftsgut dann später zu 1 200 DM veräußert und geht auch der Gegenwert für dieses Wirtschaftsgut dann später in der Unternehmung ein, dann hat die Unternehmung ohne Berücksichtigung eventueller anteiliger Aufwendungen im weitesten Sinne einen buchmäßigen Gewinn in Höhe von 200 DM erzielt.

Jockel (1) sagt hierzu unter steuerlichem Gesichtspunkt: "Dieses den Beteiligten meist unverständliche und paradox erscheinende Ergebnis resultiert daraus, daß die Besteuerung der unrealisierten Gewinne (Wertsteigerungen) nicht endgültig aufgehoben, sondern nur aufgeschoben war, bis sich zeigte, ob überhaupt und in welchen Grenzen eine Realisierung erfolgte".

d₂ Die Entstehung unrealisierter Verluste und späterer unrealisierter Gewinne an ein und demselben Bilanzposten und ihre Behandlung in der Bilanz

Angenommen, ein Wirtschaftsgut sei zu 1 000 DM angeschafft bzw. hergestellt worden. Wenn nun auf Grund einer Preissenkung ein unrealisierter Verlust in Höhe von 100 DM entsteht, diese Wertminderung bei der Bilanzierung des Wirtschaftsgutes berücksichtigt wird, das Wirtschaftsgut also mit 900 DM in der Bilanz ausgewiesen wird, in der zweiten Rechnungsperiode dann auf Grund einer Preiserhöhung eine Werterhöhung in Höhe von 200 DM eintritt und in der dritten Rechnungsperiode ein Verkaufspreis in Höhe von 1 100 DM realisiert wird, so ergibt sich die Frage, zu welchem Wert das Wirtschaftsgut am Ende der zweiten Rechnungsperiode in der Bilanz ausgewiesen werden soll.

Da ein über den Anschaffungs- bzw. Herstellungswert hinausgehender Wertansatz, wie bereits ausgeführt wurde, nicht in Frage kommen kann, könnte hier grundsätzlich entweder der Anschaffungs- bzw. Herstellungswert oder aber der um den in der letzten Rechnungsperiode ausgewiesenen unrealisierten Verlust geminderte Anschaffungs- bzw. Herstellungswert als maßgebender Bilanzierungswert angesehen werden. Eine Entscheidung darüber, welchem dieser beiden grundsätzlichen Werte der Vorzug zu geben ist, könnte nach unserer Auffassung davon abhängig gemacht werden, ob der vorher eingetretene unrealisierte Verlust lediglich ausgewiesen werden durfte oder ob er ausgewiesen

(1) Jockel, a.a.O., S.76.

werden mußte (1).

Wenn es sich bei dem betreffenden Wirtschaftsgut um ein Wirtschaftsgut des abnutzbaren oder nicht abnutzbaren materiellen Anlagevermögens handeln würde, bei dem es der Unternehmung freigestellt war, ob sie den unrealisierten Verlust überhaupt ausweisen und wann sie ihn gegebenenfalls ausweisen wollte und ob sie ihn gegebenenfalls in voller Höhe oder nur zum Teil in der Bilanz berücksichtigen wollte, dann sollte es nach unserer Auffassung der Unternehmung nicht gestattet sein, den ausgewiesenen unrealisierten Verlust wieder rückgängig zu machen, weil sie schon zum Zeitpunkt der Entstehung der unrealisierten Verluste eventuellen späteren Wertsteigerungen Rechnung tragen und sich nach freiem Ermessen entscheiden konnte, ob sie den damaligen unrealisierten Verlust vollk.ommen, teilweise oder überhaupt nicht ausweisen wollte. Würde man der Unternehmung auch ein Wahlrecht geben, die später eingetretene Werterhöhung bis zur Höhe der (um die normalen Absetzungen geminderten) Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte ganz oder zum Teil oder überhaupt nicht zu berücksichtigen, dann würden der Gewinnmanipulation nahezu Tür und Tor geöffnet. Der kontinuierliche Abschreibungsverlauf würde gestört. "Jedes Auf und Ab in der Bilanz würde ... die künftigen Gewinn- und Verlustrechnungen entsprechend korrigieren" (2).

Allerdings ist auch zu beachten, daß ein großer Teil der Bilanzmanipulationen nicht nur in einer, sondern in mehreren Richtungen gleichzeitig wirkt. Dadurch ist es verständlich, daß der Bilanzpolitik aus der Natur ihrer Maßnahmen und Zielsetzungen heraus, wie gelegentlich gesagt wird, "eine Tendenz zum Mittelweg innewohnt" (3). Diese Tatsache ist oft viel eher geeignet, den eventuellen Manipulationsmöglichkeiten eine wirksamere Grenze zu setzen als die gesetzlichen Vorschriften und die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung (4).

(1) Vgl. hierzu auch Jockel, a. a. O., S. 95-103.

(2) Amrath, a. a. O., S. 29.

(3) Ausführungen von Hagenmüller in einer Seminarsitzung (Betriebswirtschaftliches Hauptseminar im WS 1958/59, Universität Frankfurt).

(4) Schmalenbach weist zudem mit Recht darauf hin, "wie außerordentlich schwer es ist, diese Grundsätze zu handhaben. Es gehört eine ganz umfassende Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse dazu, mit einiger Sicherheit und ohne Willkür festzustellen, was Grundsatz ordnungsmäßiger Bilanzierung ist." Er führt dann weiter aus, "daß tatsächlich nicht für alle Bilanzen dieselben Werte, sondern für verschiedene Bilanzen verschiedene Werte in Betracht kommen ...". Darüber hinaus könnte auch festgestellt werden, daß die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung "auch bei verschiedenen Geschäftszweigen eine verschiedene Bewertung erlauben. Innerhalb verschiedener Branchen sind für die gleichen Bilanzgegenstände verschiedene Werte als Grundsätze entwickelt worden" (5).

(5) Schmalenbach, E.: Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Jg. 27, 1933, S. 225-233, hier S. 231.

Wenn es sich bei dem betreffenden Wirtschaftsgut z. B. um ein Wirtschaftsgut des Umlaufvermögens handeln würde, bei dem der Unternehmung der Zwang zum Ausweis der unrealisierten Verluste auferlegt war, dann sollte es nach unserer Auffassung der Unternehmung gestattet sein, den ausgewiesenen unrealisierten Verlust wieder rückgängig zu machen, da in diesem Falle der unrealisierte Verlust möglicherweise nur deshalb ausgewiesen worden ist, weil die Unternehmung zum Ausweis gezwungen war. Außerdem ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, daß durch eine Wertzuschreibung bei den Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens der kontinuierliche Abschreibungsverlauf und der hierdurch beeinflusste Erfolgsausweis insofern weniger als im vorangegangenen Fall beeinträchtigt wird, als es sich bei den Wertzuschreibungen bei den Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens im allgemeinen nur um eine einmalige Erscheinung handelt, da diese Wirtschaftsgüter am Abschlußstichtage nicht dazu bestimmt sind, "dauernd dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft zu dienen" (§ 131, Abs. IV AktGes).

Diese Auffassung wird z. B. auch von Becker (1) vertreten. Er führt in diesem Zusammenhang aus :

"Kann nicht berücksichtigt werden, daß der frühere Zustand ... bis zur Grenze des Anschaffungs- oder Herstellungspreises wieder hergestellt ist ? Erst was darüber hinausgeht, ist Gewinnhoffnung, noch nicht realisierter Gewinn; bis zur Höhe des Anschaffungs- oder Herstellungspreises liegt mehr ein Wegfall einer Verlustgefahr vor : der ursprüngliche Buchansatz (die Gestehungskosten, ggf. gemindert um die Abnutzungsabsetzungen, gemessen an den Gestehungskosten) war durch die Möglichkeit einer Einbuße gedrückt; mit dem Wegfall dieser Möglichkeit schnellte der Ansatz wieder in die Höhe oder darf wieder in die Höhe schnellen, aber höchstens bis zur alten Höhe".

Schmalenbach (2) meint allerdings : "Man kann darüber im Zweifel sein, ob in solchen Fällen eine Wiedererhöhung der Werte sich mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung verträgt; das Gesetz verbietet das Verfahren auch für die Aktiengesellschaften nicht; immerhin geschieht eine solche Höhersetzung in der Praxis ungemein selten, und es würde in der Kritik starker Abneigung begegnen".

Fasselt (3) hält eine Wertzuschreibung für zulässig, vertritt aber die Auffassung, daß sich ein vorsichtig bilanzierender Kaufmann im allgemeinen gegen eine Wertzuschreibung sträuben werde.

-
- (1) Becker, Enno: Zur Rechtsprechung zum Einkommensteuergesetz, in: Steuer und Wirtschaft 1932, 11. Jg., Sp. 1064 ff., hier Sp. 1067.
 - (2) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 178.
 - (3) Fasselt, Theo : Wertsteigerungen und Veräußerungsgewinne im Einkommensteuerrecht, Köln 1949, S. 56.

Kalischer behandelt in diesem Zusammenhang das Problem der Gewinnrealisierung bei Ermäßigung der Delcrederewertberichtigung. Er geht von folgendem Tatbestand aus : "Das Delcredere betrug in der Endbilanz 1925 9 % der Außenstände, in der Endbilanz 1926 2,5 %. Der Pflichtige begründete dies mit den besseren Aussichten Ende 1926 sowie mit dem von ihm 1926 neu eingeführten Eigentumsvorbehalt ... " (1)

Im RFH-Urteil VI A 1728/30 vom 14.1.1931 wird hierzu ausgeführt : "Es kann dahingestellt bleiben, wie weit die Bemessung des Delcredere durch das Delcredere im Vorjahr beeinflusst wird. Jedenfalls ist eine niedrigere Bemessung nicht unzulässig, wenn die Verhältnisse wesentlich anders zu beurteilen sind als im Vorjahr. Ob und inwieweit dies der Fall ist, ist eine Frage der tatsächlichen Beurteilung ... "

Horrwitz, H. -Horrwitz, W. -Ullmann, F. (2) meinen, daß eine Wertzuschreibung in der Bilanz "als außergewöhnlich, nicht aber als rechtswidrig" angesehen werden müsse.

Mittermüller meint dagegen grundsätzlich : "Ist der Wertansatz dem gesunkenen Börsen- oder Marktpreis gefolgt, so ist der Kaufmann bei einem späteren Steigen an diesen gebunden, da eine Höherbewertung dem Ausweis unrealisierter Gewinne gleichkommt" (3).

Wenn unser Ergebnis auch unter der Beachtung des imparitätischen Realisationsprinzips als richtig erscheint, so muß es doch als problematisch angesehen werden. In der ersten Rechnungsperiode würde ein Verlust in Höhe von 100 DM, in der zweiten Rechnungsperiode würde ein rückgängig gemachter Verlust in Höhe von 100 DM und in der dritten Rechnungsperiode würde ein Gewinn in Höhe von 100 DM ausgewiesen. Alle Rechnungen sind "offensichtlich gleich irrig". Es liegt ganz einfach ein Gewinn von 100 DM vor, der zum Teil sogar auf die alten Rechnungsperioden entfällt. "Der einmalige Geldwerdungsprozeß ist durch die Bilanzierung in ... sinnlose Abschnitte zerlegt worden" (4).

-
- (1) Kalischer, E. : Handelsbilanz und Steuerbilanz, in : Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 1932, S.73-88, 26.Jg., hier S.81.
 - (2) Kommentar zum neuen Aktienrecht, Berlin 1932, Anm. 16 zu § 261 HGB, S. 111.
 - (3) Mittermüller, Hermann : Die Bewertung für die Gewinnermittlung nach Handelsrecht und Steuerrecht, Berlin 1936, S.136.
 - (4) Rieger, Privatwirtschaftslehre, S.216.

d₃ Die gleichzeitige Entstehung unrealisierter Gewinne und unrealisierter Verluste an verschiedenen Bilanzposten und ihre Behandlung in der Bilanz

Bisher sind eingehende Ausführungen darüber gemacht worden, wie einseitige Werterhöhungen und Wertminderungen in der Bilanz behandelt werden sollen. Es ergibt sich nun die Frage, wie zu entscheiden ist, wenn gleichzeitig Werterhöhungen und Wertminderungen in gleicher oder in unterschiedlicher Höhe eingetreten sind.

Wenn z. B. der realisierte Gewinn aus Umsätzen der Rechnungsperiode 500 000 DM beträgt, der Wert des Vorratsvermögens auf Grund einer Preissteigerung um 100 000 DM über den Anschaffungswert gestiegen, der Tageswert der Aktien des Umlaufvermögens auf Grund allgemeiner Kurseinbrüche um 100 000 DM gegenüber dem zuletzt nach dem Niederstwertprinzip ausgewiesenen Buchwert gesunken ist und sonst keine Gewinn- bzw. Verlustbestandteile vorhanden sind, dann müßte nach unseren bisherigen Ausführungen und nach den allgemeinen Bewertungsbestimmungen der unrealisierte Gewinn auf Grund der Preissteigerung in der Bilanz unberücksichtigt bleiben, der unrealisierte Verlust auf Grund der Kurseinbrüche dagegen in der Bilanz ausgewiesen werden, obwohl sich der unrealisierte Gewinn und der unrealisierte Verlust gegenseitig ausgleichen (1).

J. T. (2) bezeichnet dieses Ergebnis als "höchst seltsam". Er fragt in diesem Zusammenhang unter Hinweis auf Lion: "Wenn nun ein Posten im Wert steigt, ein anderer dagegen sinkt, inwiefern kann dann von einer Einbuße 'wirtschaftlicher Macht' die Rede sein?"

Tatsächlich haben sich weder die wirtschaftliche noch die steuerliche Leistungsfähigkeit durch die gleichzeitige Werterhöhung und Wertminderung verändert. Es liegt daher nahe, die Auffassung zu vertreten, daß weder der unrealisierte Gewinn auf Grund der Preissteigerungen, noch der unrealisierte Verlust auf Grund der Kurseinbrüche berücksichtigt werden soll, zumal auch der auf diese Weise ermittelte Gewinn in Höhe von 500 000 DM unter dem Gesichtspunkt der Zahlungsfähigkeit als durchaus besteuierungsfähig angesehen werden kann, weil er bereits durch Umsatzakte realisiert ist.

Diese Auffassung ist aber nicht haltbar, weil sie nicht vom Grundsatz der Einzelbewertung in der Bilanz ausgeht, die der Gesetzgeber mit Recht (2) in § 39 HGB gefordert hat. Hier heißt es:

"Jeder Kaufmann hat ... seine ... Vermögensgegenstände genau zu verzeichnen, dabei den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände anzugeben und ..."

- (1) Vgl. Jockel, a. a. O., S. 68-74.
- (2) J. T. Die Vorschläge des Bundes zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes, in: Die Steuerwarte, Jg. 1932, Nr. 19, S. 309.
- (3) Eine eingehende Begründung ist bereits angeführt worden.

Da der Kaufmann jedes Wirtschaftsgut einzeln bewerten muß und bei jedem Wertansatz der Wirtschaftsgüter unrealisierte Verluste berücksichtigen muß, unrealisierte Gewinne aber nicht berücksichtigen darf, ist es nicht zulässig, unrealisierte Gewinne eines Wirtschaftsgutes mit unrealisierten Verlusten eines anderen Wirtschaftsgutes aufzurechnen. Kausal für das weiter oben gewonnene, unter den Voraussetzungen des gleichzeitigen Entstehens unrealisierter Gewinne und Verluste zunächst angezweifelte, später aber doch als richtig anerkannte Ergebnis ist also "nicht das Imparitätsprinzip an sich, sondern vielmehr die Anwendung dieses Prinzips in Verbindung mit dem Grundsatz der Einzelbewertung" (1).

2 Kritik des imparitätischen Realisationsprinzips

Wir haben festgestellt, daß das imparitätische Realisationsprinzip unter der Voraussetzung der Geldwertstabilität als das grundsätzlich relativ am besten geeignete Prinzip zum Gewinn- und Verlustausweis in der Bilanz angesehen werden muß. "Daß man bei der Bewertung von zwei konkurrierenden Werten" grundsätzlich "den niedrigsten wählt, ist an sich unlogisch. Es ist an sich so unlogisch, wie wenn man das Umgekehrte täte. Aber es wird logisch durch das Prinzip der Vorsicht" (2). Unter kaufmännischer Vorsicht versteht man dabei das "Bestreben des Gesetzgebers und des kaufmännischen Branches, die Überschuldung in der Bilanz zeitlich gesehen vor der materiellen in Erscheinung treten zu lassen, also ein Vorsignal zu geben" (3).

Diese Auffassung vertritt auch Gold, wenn er sagt: "Das Prinzip der Vorsicht ist stärker als alle Bedenken, die gegen die bewußte Inkonsequenz, mit der wir verfahren, geltend gemacht werden können" (4).

Auch Rieger hält das imparitätische Realisationsprinzip für das relativ beste Prinzip, obwohl es "völlig inkonsequent und theoretisch unhaltbar" ist. "Es kann mit damit erklärt werden, daß man sich eingesteht: Eine richtige Bilanz können wir nicht aufstellen, weil niemand in die Zukunft schauen kann; das müßte man aber, um die Geldwerdung im voraus zu erkennen. - Aus praktischen Erwägungen zieht man das widerspruchsvolle Verfahren vor. Man gehorcht dem Prinzip der Vorsicht" (5).

(1) Jockel, a. a. O., S. 73-74.

(2) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 177.

(3) Loitsberger, Gläubigerschutz und Erfolgsbewertung, S. 76.

(4) Gold, Ernst-Adolf: Wann entsteht ein Debitor in der Bilanz?, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 26. Jg., 1932, S. 393-402 hier S. 398.

(5) Rieger, Privatwirtschaftslehre, S. 224.

An anderer Stelle führt er in diesem Zusammenhang aus (1): "Der richtige Bilanzwert" wird niemals gefunden, denn gäbe es ihn, dann brauchte man ihn nicht erst auf dem Umwege über mehr oder weniger verzwickte Bewertungsvorschriften zu suchen ... Hier sehen wir auch auf das deutlichste die Notwendigkeit und den Sinn der Bewertungsvorschriften: Sie sollen eine Sicherung sein gegen Willkür, nicht eine Anleitung zur richtigen Bilanz".

Wenn die Voraussetzung der Geldwertstabilität aufgehoben wird, und wenn Geldwertminderungen eintreten, dann reicht allerdings das imparitätsche Realisationsprinzip im allgemeinen nicht aus, um die reale, materielle, relative, leistungsäquivalente, qualifizierte Kapitalerhaltung (2) oder gar die Substanzerhaltung der Unternehmung zu gewährleisten. Zwar darf es in einer dynamischen Wirtschaft, "die sich ihrem Wesen gemäß in ständiger Ausdehnung befindet und sich dabei laufend den Fortschritten der Technik und den Wandlungen des Bedarfs anzupassen hat" (3), keinen unbedingten Schutz für jede einzelne Unternehmung gegen einen Substanzverzehr geben, wenn jedoch der Substanzverzehr die Folge einer falschen Gewinnermittlung und/oder Gewinnausschüttung (einschließlich Gewinnbesteuerung) und nicht die Folge einer z.B. mangelhaften Unternehmungsführung ist, dann "wird die natürliche Auslese, die für die Wirksamkeit des marktwirtschaftlichen Prozesses von entscheidender Bedeutung ist, aufgehoben" (4), dann treten die Tatsachen ein, die unbedingt verhindert werden müssen.

Neben der eben ausgeführten gesamtwirtschaftlichen Begründung zur Notwendigkeit der Substanzerhaltung könnte auch noch eine einzelwirtschaftliche Begründung gegeben werden. Hax sagt in diesem Zusammenhang (5):

"Es ist heute nicht mehr möglich, einzelne Geschäfte für sich zu betrachten und abzurechnen. Sämtliche geschäftlichen Transaktionen eines Unternehmens stehen vielmehr in einem engen sachlichen Zusammenhang, der vor allem durch den Zwang zur Ausnutzung langlebiger Produktionsanlagen gegeben ist. Der Unternehmer ist deshalb nicht frei in der Verfügung über die Erlöse, er muß sie immer wieder einsetzen für die Wiederbeschaffung von Rohstoffen und Betriebsmitteln, wenn er nicht den Rückfluß der langfristig investierten Geldmittel gefährden will".

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Geldwert im Laufe der Zeit keineswegs stabil geblieben ist, und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß eine Kapitalerhaltung bzw. Substanzerhaltung angestrebt werden muß, ist es notwendig, auf den Gewinn- und Verlustausweis unter diesen Gesichtspunkten nun näher einzugehen.

(1) Rieger, Schmalenbachs Dynamische Bilanz, S. 133.

(2) Was unter diesen verschiedenen Formen der Kapitalerhaltung im einzelnen zu verstehen ist, das soll im folgenden Abschnitt eingehend dargestellt werden.

(3) Hax, Karl: Die Substanzerhaltung der Betriebe, Köln und Opladen 1957, S. 6.

(4) Hax, Substanzerhaltung, S. 10.

(5) Hax, Substanzerhaltung, S. 22.

C Die Höhe des Gewinnausweises nach dem erweiterten Realisationsprinzip

1 Die Höhe des Gewinnausweises unter dem Gesichtspunkt der nominellen Kapitalerhaltung - Darstellung und Kritik

"In einer Wirtschaft mit konstanten Daten und stationärem Ablauf wird das Kapital bis zu den Grenzbetrieben sozusagen automatisch erhalten, da sich immer wieder dieselben Bewegungsvorgänge in denselben Größenordnungen abspielen und damit eine laufende Regeneration der Betriebskraft erfolgt. Wir haben es hier nur mit dem Grundproblem der betriebswirtschaftlichen 'Erhaltungskinetik' (1) zu tun. Die wirkliche Wirtschaft verläuft aber in einem dynamischen Prozeß, in dem sich Daten und Größen dauernd verändern" (2). So unterliegen z. B. auch die Preise für die einzelnen Wirtschaftsgüter auf Grund der verschiedensten Umstände laufenden Änderungen. Bald treten Preiserhöhungen, bald treten Preissenkungen ein. Hax unterscheidet hinsichtlich der Preise der Kostengüter bei freier Preisbildung (3) :

- "1. Dauerhaft steigende Preise der Kostengüter, entweder als Folge einer allmählichen Anhebung des allgemeinen Preisniveaus oder wegen einer strukturellen Erhöhung des Knappheitsgrades einzelner Kostengüter.
2. Dauerhaft sinkende Preise der Kostengüter, entweder als Folge eines allmählichen Sinkens aller Preise oder wegen einer strukturellen Verminderung des Knappheitsgrades einzelner Kostengüter.
3. Reversible Preisänderungen, bei denen in mehr oder weniger regelmäßigen Zeitabständen eine Umkehr zu erwarten ist."

Mit diesen Erhöhungen und Senkungen sind dann, wenn es sich nicht nur um Verschiebungen der Preisrelationen der verschiedenen Wirtschaftsgüter zueinander bei gleichem Preisniveau handelt, Geldwertveränderungen verbunden, weil der jeweilige Geldwert der reziproke Wert des Preisniveaus ist.

In den bisherigen Überlegungen sind wir von der Voraussetzung ausgegangen, daß entweder überhaupt keine Wertschwankungen oder daß nur Sachwertschwankungen vorhanden sind. (Unter Sachwertschwankungen sind dabei solche Schwankungen verstanden worden, die mit Verschiebungen der Preisrelationen verbunden waren, die aber keine Änderung des allgemeinen Preisniveaus und damit keine Änderung des Geldwertes bewirkt haben.) Diese Unterstellung ist aber - zumindest für die Betrachtungen der letzten Jahre - wirklichkeitsfremd. Tatsächlich ist das allgemeine Preisniveau von Jahr zu Jahr

- (1) Hasenack, W.: Betriebliche Kategorien, Konzeption und Grundriß von Seinskategorien und allgemeinen Handlungsprinzipien im Betriebsleben, 2. Teil, in: ZfB, 22. Jg., 1952, S. 162 ff., hier insbes. S. 176.
- (2) Liebl, Josef: Kapitalerhaltung und Bilanzrechnung, Wolfenbüttel 1954, S. 7-51, hier S. 8-9.
- (3) Hax, Substanzerhaltung, S. 32.

gestiegen und der Geldwert entsprechend von Jahr zu Jahr gesunken. Die Geldmenge wuchs schneller als die Gütermenge, d.h. die Wachstumsrate der Geldmenge war größer als die der Gütermenge. Es konnten Tendenzen zur offenen Inflation, d.h. Tendenzen zur Preisinflation festgestellt werden. Das stärkere Wachstum der Geldmenge schlug sich in einer Erhöhung des Preisniveaus nieder, wobei die Preise der verschiedenen Wirtschaftsgüter im allgemeinen ungleichmäßig und ungleichzeitig stiegen. Diese inflatorische Entwicklung ist bis jetzt nur inflationär, aber noch nicht inflationistisch gewesen. Neuerdings werden aber (1) immer mehr Befürchtungen laut, daß sich der inflatorische Prozeß kumulativ zu verstärken droht, wenn nicht wirksame Kräfte der Inflation Einhalt gebieten können.

Nach unserer Meinung reichen bei der derzeitigen Zielsetzung die normalerweise in einer sozialen Marktwirtschaft anwendbaren Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation (2) nicht mehr aus bzw. dürfen solche Maßnahmen aus den verschiedensten Gründen nicht in noch verstärkterem Maße zugelassen werden, um die Ursachen der Inflation (3) und unliebsame Folgen (4) beseitigen zu können. Die stärksten Vorwürfe werden z. Zt. gegen die Maßnahmen erhoben, die sich auf die Wirkung der sog. Lohn - Preis - Spirale beziehen, wobei allerdings immer strittig bleiben wird, ob diese Spirale Lohn - Preis - Spirale oder Preis - Lohn - Spirale genannt werden müßte.

-
- (1) in der Öffentlichkeit
 - (2) z. B. geldpolitische Maßnahmen (Diskonterhöhung und Einfluß auf andere Zinssätze, Erhöhung der Mindestreservesätze in Verbindung mit dem Geldvernichtungsmultiplikator, Offen-Markt-Verkäufe, Kreditrestriktionen in Verbindung mit Rediskontkontingenten, Variation der Mindestanzahlungssätze bei Teilzahlungsgeschäften nach dem Muster Englands oder der USA, Variation der swap-Sätze ...), finanzpolitische Maßnahmen zur Staatseinnahmenerhöhung (Steuererhöhungen zum Zwecke des Kaufkraftentzugs und sinkender Investitions- bzw. Konsumneigung, Anleiheaufnahme zum Zwecke des Kaufkraftentzugs und zinserhöhender Wirkung) und Staatsausgabensenkung für Güter- und Dienstleistungen, Subventionen und Transferzahlungen in Verbindung mit der theoretisch richtigen, aber kaum wirksam praktizierbaren Konzeption der antizyklischen Finanzpolitik, handelspolitische Maßnahmen in der Form der Importförderungsmaßnahmen (Abbau von Zöllen und Kontingenten, Umsatzausgleichsteuer ...) und Exporthemmungsmaßnahmen ...
 - (3) z. B. binnenwirtschaftliche Ursachen im privatwirtschaftlichen Sektor (z. B. durch Geldschöpfung finanzierten Investitionsboom, Auswirkungen der Lohn-Preis-Spirale) und im staatswirtschaftlichen Sektor (z. B. durch inflatorische Finanzierung des Budgetdefizits) und außenwirtschaftliche Ursachen (z. B. Leistungsbilanzüberschüsse wegen chronischer Exportüberschüsse auf Grund einer Unterbewertung der eigenen Währung bzw. auf Grund höheren Infla-

Wenn wir einmal davon ausgehen, daß es eine Gewerkschaft mit ihrer offensiven Lohnpolitik auf Grund der Prosperität, der großen Mitgliederzahl, des hohen Auftragsbestandes und der geringen Vor-, Zwischen- und Endlagerbestände der Unternehmungen erreicht hat, daß eines der von den Gewerkschaften vorgetragenen Argumente (1) anerkannt wird und zu Lohnerhöhungen führt, dann ist damit noch nicht gesagt, daß die Lohnerhöhungen auf das Preisniveau Einfluß nehmen müssen. Es ist in manchen Fällen durchaus denkbar, daß die Lohnerhöhungen ceteris paribus nicht bzw. nur zum Teil auf die Preise aufgeschlagen zu werden brauche „weil die Lohnerhöhungen voll und ganz auf Produktivitätserhöhungen bzw. weil die Lohnerhöhungen zum Teil auf Produktivitätserhöhungen beruhen bzw. weil die Lohnerhöhungen zwar nicht auf Produktivitätserhöhungen beruhen, die Unternehmer aber bereit sind, die erhöhten Kosten oder einen Teil der erhöhten Kosten selbst zu tragen.

Vielfach konnte aber auch in letzter Zeit festgestellt werden, daß die Lohnerhöhungen ohne Beachtung der Produktivitätsveränderungen auf die Preise aufgeschlagen wurden bzw. daß ein größerer Teil auf die Preise aufgeschlagen wurde als derjenige, der den Lohnerhöhungen entsprach.

Die bisherigen Überlegungen bezogen sich auf die Angebotsseite der Wirtschaftsgüter. Bei freier Preisbildung wird der Preis durch Angebot und Nachfrage bestimmt. In diesem Zusammenhang ist dann zu berücksichtigen, daß die Lohnerhöhungen von der Nachfrageseite her nur dann auf das Preisniveau Einfluß nehmen können, wenn sie nachfragewirksam geworden sind. Die Nachfragewirksamkeit hängt dabei von der Investitions-, Konsum- und Liquiditätspräferenz ab. Zu unterscheiden wäre hier eine unmittelbare und eine mittelbare Nachfragewirksamkeit. Schematisch könnten wir dies z. B. folgendermaßen darstellen:

I Unmittelbare Nachfragewirksamkeit

- 1 Lohnerhöhungen werden voll und ganz nachfragewirksam
 - a Volle Nachfragewirksamkeit des Nettolohnes seitens der Arbeitnehmer

(Fortsetzung der Fußnote 3 von Seite 182):

tionsgrades im Ausland, z. B. Kapitalbilanzdefizite auf Grund des Zugangs ausländischen hot money wegen instabiler Verhältnisse im Ausland) ...

- (4) z. B. Veränderung der Einkommens- und Vermögensstruktur sowie der Vermögensbildung

- (1) Die Gewerkschaften führten z. B. folgende Argumente an (2):

- a) zu niedriger Lebensstandard der Arbeitnehmer im Verhältnis zum Lebensstandard der Arbeitgeber,
- b) hohe Rentabilitäts- und Gewinnlage der Unternehmung bzw. des Wirtschaftszweiges,
- c) hohe Produktivität der Unternehmung bzw. des Wirtschaftszweiges,
- d) höhere Löhne in anderen Unternehmungen bzw. Wirtschaftszweigen,

- (2) Vgl. hierzu z. B. Samuelson, a. a. O., S. 591.

b Volle Nachfragewirksamkeit der Differenz zwischen Brutto- und Nettolohn (insbesondere durch den Fiskus)

2 Lohnerhöhungen werden nur zum Teil nachfragewirksam

3 Lohnerhöhungen werden nicht nachfragewirksam

II Mittelbare Nachfragewirksamkeit (time - lag der Wirksamkeit)

1 Der Bankenapparat pumpt die in Geldinstituten eingelegten zunächst nicht nachfragewirksamen Gelder in die Wirtschaft des Inlandes

2 Im Inland nicht nachfragewirksame Gelder werden ins Ausland transferiert. Die Auslandswirtschaft beeinflußt die Inlandswirtschaft.

Schließlich sind in diesem Zusammenhang auch die verstärkende Tendenz der Lohnerhöhungen auf das Preisniveau durch die Lohn - Lohn - Spirale (Lohnerhöhungen im Wirtschaftszweig A geben Anlaß zu Forderungen nach Lohnerhöhungen im Wirtschaftszweig B), die Substitutionseffekte auf Grund von Lohnerhöhungen (Maschinen durch Arbeiter, Arbeiter durch Arbeiter, Maschinen durch Maschinen, insbesondere aber Arbeiter durch Maschinen) und ihre Auswirkungen, die Abhängigkeit der Erhöhung des Preisniveaus vom Ausgangszustand der Wirtschaft vor der Lohnerhöhung (Vollbeschäftigung, Normalbeschäftigung, Unterbeschäftigung), die Auswirkungen von Preiserhöhungen auf das Lohnniveau (Erhöhte Preise geben zu Forderungen nach Lohnerhöhungen Anlaß) und die Tendenz zur Wirksamkeit der Preis - Preis - Spirale (Fertigprodukt - preise von A sind Faktorpreise von B ...) und vieles andere mehr zu berücksichtigen (1).

Die Ursachen und Folgen der sog. Lohn - Preis - Spirale sind u.E. sowohl von der Arbeitgeber- als auch von der Arbeitnehmerseite allzu einseitig beleuchtet worden. Zweifelsohne ist das Wirksamwerden dieser Erscheinungen aber eine wesentliche Voraussetzung für die in den letzten Jahren zu beobachtenden inflationären Tendenzen gewesen. Diese Tendenzen wurden im Interesse der Vollbeschäftigung gebilligt. Da das sog. magische Dreieck (Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Zahlungsbilanzausgleich (2)) niemals realisierbar ist, weil es drei nicht in Übereinstimmung zu bringende Forderungen beinhaltet, und weil der Vollbeschäftigung die größte Bedeutung beigelegt wurde und wird, kam es in der Vergangenheit und kommt es vermutlich auch in der Zukunft ständig zu inflationären Erscheinungen. Unsere Aufgabe wird es sein, zu untersuchen,

(1) Wie bereits früher gesagt wurde, könnte unter der Voraussetzung, daß die L o h n e r h ö h u n g e n den Ausgangspunkt bildeten, zwischen einer Lohn-Preis-Spirale, einer Preis-Preis-Spirale, einer Preis-Lohn-Spirale und einer Lohn-Lohn-Spirale unterschieden werden.

(2) Die Zahlungsbilanz im weiteren Sinne muß sich definitionsgemäß eo ipso immer ausgleichen. Hier ist der Begriff "Zahlungsbilanz" im engeren Sinne zu verstehen (= Devisenbilanz).

ob bzw. wie diese Erscheinungen im Rechnungswesen der Unternehmungen berücksichtigt werden können bzw. müssen.

In der traditionellen Rechnung wird von der Voraussetzung ausgegangen, daß Mark gleich Mark ist (1), daß also der Geldwert unverändert bleibt. Diese Unterstellung entspricht nicht den Tatsachen. Deshalb kann die nominelle Kapitalerhaltung, d.h. die absolute Erhaltung des "geldziffernmäßig bestimmten Ursprungskapitals" (2) nicht als ausreichend angesehen werden. Dies gilt umso mehr, als das Gesamtpreinsniveau heute insbesondere wegen der "institutionellen Starrheiten" (3) (4) und dem Streben nach Vollbeschäftigung in ständigem Steigen begriffen ist und sich nicht mehr dem Konjunkturablauf in dem Maße anpaßt, wie das früher regelmäßig der Fall war, wo "sich das Gesamtpreinsniveau nach Beendigung des Zyklus gewöhnlich wieder auf die ungefähre alte Höhe einspielte, der Geldwert also relativ beständig blieb" (5). Wenn die sich nach den Erfahrungen der letzten Jahre ständig vollziehenden Geldwertminderungen unberücksichtigt bleiben, "dann kann man mit den verrechneten Anschaffungspreisen, vielleicht sogar mit den gesamten Erlösen, nur noch ein kleineres Güterquantum erwerben, so daß eine Substanzschrumpfung eintritt. Die Wiederherstellung des früheren würde den Einsatz neuen Kapitals notwendig machen" (6). Diese Tatsache ist schon vor mehreren Jahrzehnten erkannt worden und hat die Theoretiker und Praktiker zunächst veranlaßt, den Unternehmungsgewinn nach der Methode der realen Kapitalerhaltungsrechnung zu ermitteln, die nun dargestellt und kritisiert werden soll.

2 Die Höhe des Gewinnausweises unter dem Gesichtspunkt der realen Kapitalerhaltung - Darstellung und Kritik

Die reale Kapitalerhaltung, d.h. die Erhaltung eines geldziffernmäßig bestimmten Ursprungskapitals in Einheiten gleicher Kaufkraft, wird als "verbes-

- (1) Vgl. z. B. Knapp, Georg Friedrich: Staatliche Theorie des Geldes, 3. Aufl., Jena 1922; Rieger, Privatwirtschaftslehre, ...
- (2) Walb, Erfolgsrechnung, S. 328.
- (3) Keynes, J. M.: The General Theory of Employment, Interest, and Money, 1936 (7).
- (4) Hierzu könnte man z. B. den zumindest erforderlichen Staatshaushalt (Ca. 80% der Ausgaben des Staatshaushaltes in der Bundesrepublik Deutschland sind durch Gesetze fixiert), die Tarifverträge, die Mietverträge ... rechnen.
- (5) Liebl, a. a. O., S. 13.
- (6) Liebl, a. a. O., S. 14.
- (7) Die dargestellten Gedanken von Keynes wurden von Zimmerman, L. J.; Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Köln 1961, S. 220-234, übernommen.

serte geldkapitalistische Rechnungsart" (1) von Schmalenbach (2), Mahlberg (3), Walb (4) und anderen gefordert (5). Bei dieser Rechnung wird ebenfalls wie bei der nominellen Kapitalerhaltungsrechnung von den Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten ausgegangen. Die historischen Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte sollen allerdings mit Hilfe eines geeigneten Maßstabes umgerechnet werden, so daß den Erträgen die äquivalenten Aufwendungen in gleicher Kaufkraft gegenübergestellt werden können. Das Ergebnis der Rechnung wird entscheidend davon beeinflußt, welcher Umrechnungsmaßstab verwendet wird. Schmalenbach z. B. untersucht den Lohn der menschlichen Arbeitskraft, die Preise verschiedener Einzelgüter, z. B. Eisen, Weizen, Roggen, die Preise aus einer Kombination von mehreren Einzelgütern, ausländische Währungseinheiten, den Index des Preisniveaus (z. B. Lebenshaltungsziffern, Kleinhandelsindexziffern, Großhandelsindexziffern) (6) ... hinsichtlich ihrer Eignung als zweckmäßigster Maßstab für die Korrektur der Geldwertschwankungen und kommt zu dem Ergebnis, daß man grundsätzlich den Großhandelsindex am ehesten als den "getreuen Wertmesser des Geldes" ansehen kann (7) (8). "Dessen hauptsächliche Verwendung besteht bekanntlich in der Messung der Kaufkraft im Großhandel und in der Produktionswirtschaft, während in der Konsumsphäre der Lebenshaltungskostenindex benutzt wird. Der reagiblere Großhandelsindex gilt als statistisches Maß des in der Verkehrsgleichung des Geldes verankerten Begriffs des 'allgemeinen Preisniveaus'" (9). Gleichwohl ist dieses statistische Maß nur bedingt geeignet (10).

Bei einer kritischen Würdigung müßte darauf hingewiesen werden, daß die Anwendung des Großhandelsindex als Indikator für Geldwertschwankungen problematisch ist, weil u. a.

- (1) Walb, Erfolgsrechnung, S. 342.
- (2) Vgl. Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), insbes. S. 217-237.
- (3) Mahlberg, a. a. O., S. 7-9.
- (4) Walb, Erfolgsrechnung, insbes. S. 342.
- (5) In den angelsächsischen Ländern wurde die Forderungen nach realer Kapitalerhaltung insbesondere von Sweeny erhoben (Sweeny, H. W.: Stabilized Accounting, New York und London 1936).
- (6) Vgl. Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 217-271.
- (7) Schmalenbach, E.: Grundlagen dynamischer Bilanzlehre, 3. Aufl., Leipzig 1925, S. 205.
- (8) Mahlberg empfahl den Index für den Goldpreis als Maßstab (vgl. Mahlberg, a. a. O., S. 7ff.).
- (9) Liebl, a. a. O., S. 17-18.
- (10) Vgl. auch Haberler, Gottfried: Der Sinn der Indexzahlen, Tübingen 1927.

- 1) nur die Preise einiger Wirtschaftsgüterarten von den insgesamt vorhandenen Wirtschaftsgüterarten berücksichtigt werden können,
- 2) nicht alle sich auf dem Markt bildenden Preise für die Wirtschaftsgüter ein und derselben Wirtschaftsgüterart in die Rechnung eingehen,
- 3) die festgestellten Preise nur bei gleicher Qualität, gleichen Konditionen, gleicher Umsatzstückzahl, gleichem Gesamtumsatz mit dem jeweiligen Kunden ... verglichen werden können,
- 4) der Index nur zu bestimmten Stichtagen errechnet werden kann, Preisänderungen aber nicht nur am Stichtag eintreten können,
- 5) die Stichtagspreise wegen der verschiedenen Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsgüter bzw. Wirtschaftsgüterarten nicht die gleiche Bedeutung haben, eine Wichtung problematisch ist und eine Bedeutungsänderung quantitativ und zeitlich nur schwer berücksichtigt werden kann,
- 6) bei der Errechnung des Großhandelsindex die jeweilige Preisangabe der jeweiligen Wirtschaftssubjekte als richtig unterstellt wird ...

...

Selbst dann, wenn von dieser Problematik abgesehen wird, müßte berücksichtigt werden, daß es die Wahl des Maßstabes außerdem mit sich bringt, "daß eben nur die a l l g e m e i n e a u f k r a f t ohne Rücksicht auf die speziellen Erfordernisse der Erzeugungstätten erhalten werden kann" (1) und dies auch nur dann, wenn die nominalwertgebundenen Passivposten in ihrer Höhe und Fälligkeit zu jeder Zeit den nominalwertgebundenen Aktivposten entsprechen bzw. eine "Kreditindexrechnung" (2) eingeführt wird, die allerdings selbst wieder als problematisch angesehen werden müßte. Bei einer preisgestoppten Inflation ist es nahezu völlig unmöglich, "das Ausmaß der Geldentwertung" mit Hilfe von Preisindices zu messen, "weil die Preise, die ihnen zu Grunde liegen, praktisch nur eine sehr begrenzte Geltung haben und ein großer Teil der Güterumsätze zu unkontrollierbaren Schwarzmarktpreisen erfolgt" (3).

Bisher wurden die grundlegenden geldmäßigen Auffassungen der Kapitalerhaltung, d. h. die nominelle und die reale Kapitalerhaltung, dargestellt und kritisiert. Auf solche Arten der Kapitalerhaltung, die entweder auf der nominellen oder auf der realen Kapitalerhaltungsrechnung aufbauen, dann aber durch Besonderheiten der Auffassung der Theoretiker bzw. Praktiker von den grundlegenden Auffassungen mehr oder weniger abweichen, wurde nicht eingegangen, weil hier keine grundlegend neuen Erkenntnisse gewonnen werden können.

Unsere Aufgabe wird es nun sein, die gütermäßigen (leistungsmäßigen)

(1) Liebl, a. a. O., S. 18.

(2) Liebl, a. a. O., S. 19.

(3) Hax, Substanzerhaltung, S. 270.

Auffassungen der Kapitalerhaltung näher darzustellen und zu kritisieren. Hier wird im Gegensatz zu den früheren Methoden nicht von der Passivseite, sondern von der Aktivseite der Bilanz ausgegangen (1).

3 Die Höhe des Gewinnausweises unter dem Gesichtspunkt der materiellen Kapitalerhaltung - Darstellung und Kritik

Die materielle Kapitalerhaltung wird von Schmidt (2), Geldmacher (3), Isaac (4), G.Fischer (5) und anderen vertreten. Sie fordern, daß "jene speziellen Güter und Leistungen ... erhalten werden, die zur Sicherung der ursprünglichen Produktionskraft der Betriebe notwendig sind. Anders ausgedrückt, geht es um die Aufrechterhaltung eines unveränderlichen Bestandes an Produktionsmitteln. Daraus ist ersichtlich, daß das Geld nicht als Grundlage der Kapitalerhaltung in Betracht gezogen wird" (6).

Der Gewinn wird nach dieser Auffassung durch jene Gütermenge repräsentiert, "die über die zur Erhaltung der alten Leistungsfähigkeit nötigen Produktionsmittelquanten hinausgeht" (7). "Bei rückläufigen Marktpreisen wird hier nach sogar dann ein 'Gewinn' erzielt, wenn der Erlöspreis unter dem Anschaffungspreis liegt, sofern nur der Tagespreis am Verkaufstag niedriger liegt als jener Anschaffungspreis" (8). Der 'Gewinn' setzt sich im Gegensatz zur nominellen Auffassung aus echtem Gewinn und Scheingewinn bzw. aus echtem Gewinn und Scheinverlust bzw. aus echtem Verlust und Scheingewinn zusammen (9). Der echte Umsatzgewinn stellt nach Schmidt die Differenz zwischen

-
- (1) Gelegentlich wird im Zusammenhang mit den geldmäßigen Auffassungen auch von Kapitalerhaltung und im Zusammenhang mit den gütermäßigen Auffassungen von Substanzerhaltung gesprochen; Kapitalerhaltung und Substanzerhaltung werden dann unter den Oberbegriff Betriebserhaltung gestellt (10).
 - (2) Schmidt, Tageswertbilanz (3).
 - (3) Geldmacher, E.: Wirtschaftsruhe und Bilanz, Berlin 1923.
 - (4) Isaac, A.: Bilanzen und Bilanztheorien, in: Die Handelshochschule, Bd. III, 2. Aufl., Berlin-Wien 1942.
 - (5) Fischer, G.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 7. Aufl., Heidelberg 1957.
 - (6) Liebl, a. a. O., S. 27.
 - (7) Liebl, a. a. O., S. 27.
 - (8) Schäfer, Unternehmung, S. 326.
 - (9) Der hier und auch später verwendete Begriff "Scheingewinn" bezieht sich nicht auf die Geldkapitalrechnung, sondern auf die Substanzerhaltungsrechnung. In der Geldkapitalrechnung wäre der "Scheingewinn" echter Gewinn.
 - (10) Vgl. hierzu z. B. Hax in seinem Buch "Substanzerhaltung der Betriebe", S. 13-19, insbes. S. 14.

dem Verkaufspreis und dem Wiederbeschaffungspreis am Umsatztag dar (1). Die Wertänderung, d.h. der Scheingewinn bzw. Scheinverlust als positive bzw. negative Differenz zwischen dem Anschaffungswert/Herstellungswert und dem Wiederbeschaffungswert am Umsatztag findet ihren Niederschlag auf einem besonderen Wertänderungskonto, das über die Schlußbilanz abgeschlossen wird. Wenn die Wiederbeschaffungswerte (= Tageswerte am Umsatztag) im Verhältnis zu den historischen Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten gestiegen (gefallen) sind, wird das Wertänderungskonto auf der Passivseite (Aktivseite) der Bilanz ausgewiesen, es sei denn, auf der Aktivseite (Passivseite) sei noch aus früheren Preissenkungen (Preiserhöhungen) ein so hoher Wert auf dem Wertänderungskonto ausgewiesen, daß dieser lediglich gemindert wird, das Wertänderungskonto aber nicht von der Aktivseite zur Passivseite Passivseite zur Aktivseite) überwechselt.

Den Vertretern der materiellen Kapitalerhaltung kann entgegengehalten werden, daß die praktische Durchführung der Tageswertrechnung arbeitsaufwendig und schwierig ist. Dies gilt insbesondere für die Durchführung der Tageswertrechnung bei den Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens. Die Feststellung der Tagespreise ist insbesondere hier vielfach ganz unmöglich. Schätzpreise sind aber nur ein unvollkommener Ersatz für fehlende Tagespreise. Wenn die Tagespreise fehlen, ist "die Gefahr einer willkürfreien Bewertung erheblich; das Ergebnis wird immer in hohem Maße von den jeweiligen Wünschen der Bewertenden abhängen" (2).

Selbst aber dann, wenn in der Rechnung immer die richtigen Werte eingesetzt werden könnten und auch eingesetzt würden, so könnte diese Rechnung nicht automatisch eine Substanzerhaltung bewirken. Wenn nämlich die nominalwertgebundenen Wirtschaftsgüter auf der Aktivseite der Bilanz einen höheren Wert als die nominalwertgebundenen Wirtschaftsgüter auf der Passivseite der Bilanz haben, dann verliert die Unternehmung im Zuge der Geldwertminderung an den nominalwertgebundenen Aktivgütern mehr als sie an den nominalwertgebundenen Passivgütern gewinnt, und es kommt im Laufe der Zeit zu Substanzminderungen. Schmidt fordert daher (3) das sog. "Prinzip der Wertgleichheit in der Bilanz". Dieses Prinzip besagt, daß die nominalwertgebundenen Aktivgüter wertmäßig zu jeder Zeit den nominalwertgebundenen Passivgütern entsprechen sollen. Daß diese Forderung im Wirtschaftsleben nur in den seltensten Fällen zu verwirklichen ist, das braucht nicht im einzelnen ausgeführt zu werden. Zwar könnte für denjenigen Teil der nominalwertgebundenen Wirtschaftsgüter auf der Aktivseite der Bilanz, der die nominalwertgebundenen

(1) Dies wurde bereits im einzelnen ausgeführt.

(2) Hax, Substanzerhaltung, S. 206.

(3) Dies wurde bereits im einzelnen ausgeführt.

Wirtschaftsgüter auf der Passivseite der Bilanz übersteigt, die Methode der realen Kapitalerhaltung analog angewandt werden, doch ist auch diese Methode, wie bereits ausgeführt wurde, nur ein unvollkommenes Hilfsmittel zur wertmäßigen Korrektur der nominalwertgebundenen Wirtschaftsgüter.

Das Prinzip der Wertgleichheit in der Bilanz muß aber nicht nur so verstanden werden, daß sich die nominalwertgebundenen Wirtschaftsgüter der Aktivseite und Passivseite der Bilanz jederzeit wertmäßig entsprechen, sondern daß sich die jeweiligen in Frage kommenden Vermögens- und Schuldposten auch hinsichtlich ihrer Fälligkeit ausgleichen. Wenn nämlich die Fälligkeit unbeachtet bleibt und wenn es selbst nur zu vorübergehenden Zahlungsschwierigkeiten kommt, die Gläubiger aber auf rechtzeitiger Erfüllung bestehen und die ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsmittel gebrauchen, dann kann es z. B. zu Zwangsversteigerungen kommen, bei denen für zwangsweise veräußerte Wirtschaftsgüter in der Regel weniger Erlöst wird als für die auf normalem Wege zu normalen Zeiten veräußerten Wirtschaftsgüter.

Liebl kritisiert die Schmidtsche Rechnung u. a. folgendermaßen: "Die Verrechnung der Aufwandteile zum Tageswert des Umsatztages gewährleistet noch nicht, daß die verbrauchten Güter des Anlage- und Umlaufvermögens in unveränderten Mengen ersetzt werden können, weil die Ersatzbeschaffung meist nicht sofort am Umsatztag erfolgen kann" (1). Zunächst könnte man vielleicht zwar meinen, daß diese Kritik unberechtigt wäre, wenn das von Schmidt geforderte und unterstellte Prinzip der Wertgleichheit beachtet würde, weil die Unternehmung in diesem Falle an den nominalwertgebundenen Passivgütern so viel gewinnt, wie sie an den nominalwertgebundenen Aktivgütern verliert. Wenn man aber berücksichtigt, daß neben den allgemeinen Erhöhungen des Preisniveaus auch Veränderungen der Preisrelationen der einzelnen Wirtschaftsgüter zueinander eintreten, so ist es durchaus denkbar, daß selbst unter der Voraussetzung, daß das Prinzip der Wertgleichheit voll zum Zuge käme, Substanzminderungen eintreten, wenn der ausgewiesene echte Umsatzgewinn ausgeschüttet und das Wirtschaftsgut nicht am Umsatztag wiederbeschafft bzw. am Umsatztag kein Vertrag zur Wiederbeschaffung des veräußerten Wirtschaftsgutes zum Preis des Umsatztages abgeschlossen wird. Dies ist z. B. dann der Fall, wenn der entsprechende Teil des Erlöses für das am Umsatztage gegen bar veräußerte Wirtschaftsgut A nicht zur Wiederbeschaffung des eben veräußerten Wirtschaftsgutes A, sondern bis zur Wiederbeschaffung zwischenzeitlich zur Investition eines anderen Wirtschaftsgutes B verwendet wird, der Wiederbeschaffungspreis des Wirtschaftsgutes A aber bis zum Zeitpunkt der Wiederbeschaffung steigt und der entsprechende Teil des Erlöses des Wirtschaftsgutes A zusammen mit dem bis zum Zeitpunkt seiner Wiederbeschaffung bzw. mit dem bis zum Zeitpunkt

(1) Liebl, a. a. O., S. 30.

des entsprechende den Vertrag abschlußes erzielten Nominalgewinn aus der Veräußerung des Wirtschaftsgutes B nicht ausreicht, um das Wirtschaftsgut A wiederbeschaffen zu können.

Allerdings ist auch zu berücksichtigen, daß Schmidt bei steigenden Preisen auch für die nicht betriebsnotwendigen Wirtschaftsgüter eine Rücklage auf dem Wertänderungskonto bildet, für die eigentlich keine Substanzerhaltungsrechnung notwendig wäre. Wenn dieser Rücklageposten für die nicht betriebsnotwendigen Wirtschaftsgüter ausreicht, um den fehlenden Rücklageposten für die betriebsnotwendigen Wirtschaftsgüter zu ersetzen, dann kann die notwendige Substanz trotzdem erhalten bleiben.

Bei diesen Überlegungen sind wir von einem Wirtschaftsgut des Umlaufvermögens ausgegangen. Noch augenscheinlicher würde die Problematik der Substanzerhaltungsrechnung, wenn wir in diesem Zusammenhang von einem Wirtschaftsgut des Anlagevermögens ausgehen würden, bei dem die jeweiligen Abschreibungsbeträge bis zur Wiederbeschaffung zwischenzeitlich wertbeschränkend anzulegen sind. Hierauf soll an dieser Stelle indessen nicht näher eingegangen werden.

Liebl stellt nur die Tatsache fest, daß es selbst bei der Beachtung des Prinzips der Wertgleichheit zu Substanzminderungen kommen kann. Vermutlich dachte er aber bei der Ausführung dieses Gedankens an gleiche oder ähnliche Zusammenhänge.

Liebl führt auch mit Recht aus, "daß in dem Bestreben der Wiederherstellung der alten Produktionskraft ein grundsätzlicher Mangel" zu sehen ist, "das Ausmaß des Ersatzes des verbrauchten Aufwands hängt nämlich (u. a. der Verf.) von der Nachfrageseite ab. Der Bedarfswechsel kann durchaus eine Veränderung der Erzeugung erforderlich machen. Bleibt die Richtung gleich und ändert sich nur der Umfang, so wird eine Verkleinerung oder eine Erweiterung der Substanz durch Neukapital notwendig. Ein Richtungswechsel wirft Umstellungsprobleme auf, wobei das konsequente Festhalten am materiellen Prinzip zu Kapitalfehlleitungen führt" (1) bzw. führen kann.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Aufrechterhaltung eines unveränderlichen Bestandes an Betriebsmitteln und Werkstoffen (u. a. wegen des technischen Fortschritts, wegen Qualitätsänderungen ...) in Wirtschaftlichkeit hinein nicht zu erreichen ist. Hax macht darauf aufmerksam, daß technische Fortschritt und Bedarfsverschiebungen eng miteinander verknüpft sind. Er sagt: "Der technische Fortschritt kann sich immer nur in der Form 'd. sichsetzen', daß die Bedarfsentwicklung der technischen Entwicklung folgt oder ihr voran geht." (2). Hinsichtlich der Bedarfsänderungen auf der Beschaffungseite der

(1) Liebl, a. a. O., S. 30-31.

(2) Hax, Substanzerhaltung, S. 45.

Unternehmungen unterscheidet Hax dabei (1) :

1. Vorübergehende Änderungen infolge von Änderungen der Preisrelation oder von Versorgungsschwierigkeiten oder von modisch bedingten Änderungen im Absatzmarkt.
2. Allmähliche strukturelle Wandlungen als Folge einer stetigen qualitativen Verbesserung der Werkstoffe und der Betriebsmittel.
3. Strukturelle Wandlungen durch Artänderung der Werkstoffe oder durch eine grundsätzliche Änderung der Produktionsverfahren und die damit verbundene Artänderung der Betriebsmittel."

Schließlich kann bei den Ausführungen von Schmidt auch die allzu starke Betonung der Substanzrechnung die Vernachlässigung der Geldrechnung kritisiert werden. So wie in der Volkswirtschaftslehre sowohl in der älteren Theorie (2) als auch in der jüngeren Theorie (3) die Kreislaufkonzeption gelegentlich in den Vordergrund gestellt und die Volkswirtschaft als geschlossenes System von Leistungs- und Zahlungsströmen vorgestellt wird, wobei allerdings der Kreislauf keine Erscheinung der Wirklichkeit, sondern eine Hilfsvorstellung zur Veranschaulichung der Zusammenhänge ist und die Gestalt der Spirale der Wirklichkeit näher käme, so ist auch gelegentlich in der Betriebswirtschaftslehre die Kreislauftheorie herausgestellt worden (4). Rieger ging bei diesen Überlegungen vom Geld aus (Geld-Ware-mehr Geld) und vernachlässigte gütermäßige Betrachtungen, Schmidt ging bei diesen Überlegungen dagegen von der Ware aus (Ware-Geld-mehr Ware) und vernachlässigte geldmäßige Betrachtungen (5). Dies wird besonders deutlich, wenn man berücksichtigt, daß Schmidt bei seiner Rechnung im Falle sinkender Preise u. U. nicht das nominelle Kapital erhalten kann. Insofern widerspricht also die organische Tageswertrechnung den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung.

Weiterhin wäre in der Kritik zu sagen, daß nach Hax (6) der von Schmidt verwendete Begriff "Scheingewinn" äußerst problematisch ist. In der organischen Bilanzrechnung finden die Erfolge des Einkäufers nicht im Gewinn, sondern in der ausgewiesenen Wertänderung ihren Niederschlag. Nach Hax ist aber der Unterschied zwischen Gewinn und Wertänderung wesentlich, denn Gewinn wird erzielt und Wertänderungen vollziehen sich.

(1) Hax, Substanzerhaltung, S. 47.

(2) z. B. von Quesnay (Tableau Economique) und Marx (7).

(3) z. B. von Keynes (7). - Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung kann letztendes auch als ein modernes Beispiel der Kreislauftheorie angesehen werden.

(4) nämlich z. B. von Rieger und Schmidt.

(5) Vgl. Hax, Substanzerhaltung, S. 63 und S. 178-179.

(6) Ausführungen in seinen Vorlesungen.

(7) zu 2 und 3 vgl. Zimmerman, a. a. O., insbes. S. 38, 107-108, 220-234.

4 Die Höhe des Gewinns aus dem Gesichtspunkt der relativen Kapitalerhaltung - Darstellung und Kritik

Aus dem Prinzip der (absoluten) materiellen Kapitalerhaltung entwickelte Schmidt das Prinzip der relativen Kapitalerhaltung, das den Schwankungen und Wachstumsprozessen im Wirtschaftsablauf eher gerecht wird. Nach diesem Prinzip soll das Sachkapital "nicht starr in seinem ursprünglichen Bestand aufrecht erhalten, sondern an die Bewegung der Gesamtwirtschaft" (1) angepaßt werden, und zwar "proportional der Gestaltung der Durchschnittswerte und der Durchschnittsproduktivität" (2). Der Gewinn bzw. Verlust wird durch den Betrag repräsentiert, um den die Erlöse die allgemeine Trendentwicklung überschreiten bzw. unterschreiten. Während bei dem Prinzip der materiellen Kapitalerhaltung die Preissteigerungen auf der Seite des Beschaffungsmarktes durch den Ansatz der Zeitwerte aufgefangen werden sollen, werden bei dem Prinzip der relativen Kapitalerhaltung nicht nur die Preissteigerungen auf der Seite des Beschaffungsmarktes, sondern auch die Produktivitätsverschiebungen berücksichtigt, die zwischen dem Zeitpunkt der Produktion und dem Zeitpunkt des Absatzes auftreten und nach den Empfehlungen von Schmidt grundsätzlich am Faktor Arbeit gemessen werden.

Neben den grundlegenden kritischen Ausführungen zum Prinzip der materiellen Kapitalerhaltung könnte hier gegen das Prinzip der relativen Kapitalerhaltung eingewendet werden, daß mit der Forderung zur Anpassung an die Dynamik der Wirtschaft vielfach die Forderung verbunden ist bzw. sein kann, auch andere als die ursprünglich vorhandenen Wirtschaftsgüter und deren Mengen zu erhalten. Hiermit wird die Feststellung schwierig, "ob der neue Aufwand dem historischen im Zuge der Gesamtentwicklung entspricht. In der Regel werden solche Anpassungen nicht zu einem Umbau zwingen, sondern die 'Fortsetzung der einmal aufgenommenen Produktion oder des Umsatzes' ermöglichen. Dabei soll die Schmidtsche Vergleichsbasis den Aufwandersatz 'Stück je Stück' gewährleisten. Das entspricht aber, wie auch Walb betont, dem Prinzip der absoluten Substanzerhaltung" (3).

Des weiteren wäre kritisch zu erwähnen, daß die Messung der Produktivitätsveränderung am Faktor Arbeit insofern unzureichend ist, als Produktivitätsverschiebungen auch auf andere Produktionsfaktoren bzw. auf das Zusammenwirken aller Produktionsfaktoren zurückzuführen sein können. Außerdem ist die Messung der Produktivität problematisch.

Einen weiteren Nachteil des Prinzips der relativen Kapitalerhaltung sieht Liebl darin, daß es bei einer Kapitalerhaltung gemäß der allgemeinen Trend-

(1) Liebl, a. a. O., S. 32.

(2) Schmidt, Tageswertbilanz, S. 133.

(3) Liebl, a. a. O., S. 34.

entwicklung und einer Kapitalerhaltung in dem Sinne, daß das ursprüngliche Kapital alle später auftretenden Aufgaben erfüllen kann, nahezu unmöglich wird, daß neue Betriebe gegründet und betrieben werden, weil für dieses neue Kapital dieser neu gegründeten Betriebe keine erfüllbare Aufgabe mehr bestehen würde. Hierdurch könnte - insbesondere volkswirtschaftlich gesehen - u.U. keine optimale Wirtschaftlichkeit erreicht werden. Diesem Nachteil steht aber nach der Meinung Liebls der Vorteil gegenüber, daß die Betriebsleitung durch die Anwendung des Prinzips der relativen Kapitalerhaltung wertvolle Anregungen erhalten kann, die z. B. bei Preissenkungen in der Anzeige bestehen können, daß durch den Verkauf der vorhandenen Vorräte "noch Gewinn erzielbar ist, während die nominelle Methode schon Verluste ausweist. In solchen Zeiten wird es zweckmäßig sein, nicht auf dem im Preise gesunkenen Lager sitzen zu bleiben, sondern zu verkaufen und billiger wieder zu beschaffen. Durch derartige Dispositionen kann zur Überwindung von Depressionen beigetragen werden" (1).

5 Die Höhe des Gewinnausweises unter dem Gesichtspunkt der qualifizierten Kapitalerhaltung - Darstellung und Kritik

Das Prinzip der qualifizierten Kapitalerhaltung wurde von Sommerfeld aufgestellt (2). Der Erfolgsbegriff Sommerfelds "wird von einem dreifachen Erhaltungsgedanken beherrscht" (3). Echter Gewinn kann nur dasjenige sein, was

- 1) nach Erhaltung des Nominalkapitals,
- 2) nach Erhaltung der Sachsubstanz,
- 3) nach "der Mehrung der Lebenskraft der Unternehmen im Gleichlauf mit der volkswirtschaftlichen Gesamtentwicklung"

übriggeblieben ist (4). Der äußerst vorsichtige, teilweise übertrieben niedrige Gewinnausweis wird dadurch offensichtlich, daß nach Sommerfeld von dem Nominalgewinn mehrere zweckgebundenen Posten abgezogen werden müssen, um den echten Gewinn zu erhalten. Diese Posten sind ;

- 1) Eine Rücklage für Wachstumssicherung,
- 2) eine Rücklage für Substanzsicherung zum Zwecke der Abgrenzung,
- 3) eine Rücklage für Substanzsicherung zum Zwecke der Krisensicherung,
- 4) eine Rücklage für Dividendenausgleich.

(1) Liebl, a. a. O., S. 35, und zwar für den ganzen Absatz.

(2) Sommerfeld, H.; Eudynamische Bilanzlehre, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 1. Bd., Stuttgart 1926, Sp. 1340 ff.

(3) Heinen, Handelsbilanzen, S. 45-48, hier S. 45.

(4) Heinen, Handelsbilanzen, S. 45.

Liebl führt in seiner kritischen Würdigung der qualifizierten Kapitalerhaltung aus, daß sich bei Sommerfeld der Erfolgsbegriff nicht aus dem Kapitalbegriff ergibt (1). Sommerfeld will vielmehr den Gewinn bzw. Verlust aus der wirtschaftlichen Tätigkeit durch besonders sorgfältige Kostenerfassung unter Berücksichtigung mehrerer Antizipationen von Kosten bzw. Aufwendungen errechnen. Dabei löst er "aber den Erfolg überhaupt auf. Der Gewinn ... wird nur durch den 'Eigenkapitalkostenersatz' repräsentiert den Sommerfeld auch seinem Rentabilitätsbegriff zu Grunde legt. Mit dem Fortfall des Gewinnes gibt es für die Unternehmung also auch kein Gewinnstreben mehr, sondern nur noch Substanzerhaltung" (2).

In dieser Rechnung wird der Erhaltungsgedanke derartig übertrieben und das Vorsichtsprinzip derartig erweitert (3), daß die Rechnung nicht mehr als "Vorsichtsrechnung", sondern als "Angstrechnung" bezeichnet werden muß und als solche nicht mehr gebilligt werden kann.

Durch den Ansatz von Tageswerten in der mengenmäßigen Rechnung beim Substanzvergleich wird lediglich eine (nicht ausreichende) absolute Kapitalerhaltung gewährleistet. "Die nach der Leistungsrechnung zu bildenden Rücklagen bedeuten eine doppelte Sicherung, weil sie auch in den allgemeinen Krisenverlustreserven enthalten sind. Bei der Erhaltung der Substanz im Zeitablauf kann der Hypothese der vorweggenommenen Sicherungskosten aus ... bilanztheoretischen und praktischen Gründen nicht gefolgt werden" (4).

Außerdem könnten in der Kritik zum Prinzip der qualifizierten Kapitalerhaltung einige grundlegende Mängel angeführt werden, die bereits bei der Kritik zum Prinzip der relativen Kapitalerhaltung dargestellt worden sind (5). Auf eine erneute Darstellung soll indessen an dieser Stelle verzichtet werden.

6 Die Höhe des Gewinnausweises unter dem Gesichtspunkt der leistungsäquivalenten Kapitalerhaltung - Darstellung und Kritik

Bedarfsverschiebungen, technischer Fortschritt und sonstige Merkmale der Dynamik im Wirtschaftsablauf lassen die Forderungen nach leistungsäquivalenter Kapitalerhaltung als gerechtfertigt erscheinen. Eine leistungsäquivalente Ka-

(1) Vgl. hierzu Liebl, a. a. O., S. 41-43.

(2) Liebl, a. a. O., S. 41-44, hier S. 43.

(3) Man braucht in diesem Zusammenhang nur daran zu denken, daß z. B. "die Kosten der Be- und Verarbeitung sowie der in die Umsatzgüter eingegangenen Dienstleistungen als Verlust behandelt werden, solange die Abflußgüter nicht zu Rückflußgütern geworden sind" (Heinen, Handelsbilanzen, S. 46).

(4) Liebl, a. a. O., S. 43.

(5) z. B. mangelnde Aufgaben für das Kapital neuer Unternehmungen

pitalerhaltung ist dann gewährleistet, wenn eine Wiederbeschaffung derjenigen Produktivgüter möglich ist, die mengenmäßig und qualitätsmäßig mindestens die gleiche Produktionsleistung ermöglichen wie die ursprünglichen Produktivgüter. Die leistungsäquivalente Kapitalerhaltung erstreckt sich aber nicht nur auf die Erhaltung leistungsäquivalenter Betriebsmittel und Werkstoffe, sondern auf die Erhaltung sämtlicher Faktoren, welche die gleiche Kapazität ermöglichen. Da ein und dieselbe Kapazität im allgemeinen durch die verschiedenartigsten Kombinationen der Produktionsfaktoren erreicht werden kann, und da sich die jeweils wirtschaftliche Kombination der Produktionsfaktoren im Laufe der Zeit wegen der verschiedenen quantitativen und qualitativen Entwicklungen auf dem Arbeits-, Güter- und Kreditmarkt ändern kann, könnte die Forderung nach leistungsäquivalenter Kapitalerhaltung so verstanden werden, daß die gleiche Kapazität auch dann erhalten werden muß, wenn z. B. anstelle des bisher verwendeten Metalls als Rohstoff nun Kunststoff als Rohstoff verwendet wird, wenn anstelle eines Teils der bisherigen Arbeitskräfte nun Maschinen eingesetzt werden ... Die leistungsäquivalente Kapitalerhaltung kann also nur dann gewährleistet sein, wenn jederzeit quantitäts- und/oder qualitäts- und/oder artmäßig gleiche oder äquivalente Produktionsfaktoren wiederbeschafft werden können, um äquivalente Endleistungen bei gleicher Kapazität hervorzubringen. Daß dabei die Messung der Kapazität Schwierigkeiten bereitet, das braucht nicht im einzelnen ausgeführt zu werden.

Es sind "nicht die alten, verzehrten, sondern die dem jeweiligen Stand der Entwicklung entsprechenden Aufwandteile zu ersetzen. Dadurch ist die Vergleichsbasis der leistungsäquivalenten Methode bestimmt. Sie muß sich der heutigen Preise der gleichwertigen Güter, Dienste und Nutzungen bedienen und deren Deckung mit den Erlösen feststellen" (1). Der Gewinn (Verlust) wird durch denjenigen Betrag repräsentiert, um den der Erlös größer (kleiner) als der äquivalente Aufwand ist.

Das Prinzip der leistungsäquivalenten Kapitalerhaltung hat den Vorteil, daß es unter Erfolgsneutralisierung der nominalwertgebundenen Aktivposten und Passivposten "substanz- und leistungsgefährdende Wirkungen durch persönliche, sachliche, technische, finanzielle und andere Einflüsse sowie durch Preisänderungen" berücksichtigt, "während sich die übrigen Prinzipien nur mit Geldwert- und Preisschwankungen beschäftigen" (2).

Wenn das Prinzip der leistungsäquivalenten Kapitalerhaltung theoretisch auch den Anforderungen im Hinblick auf die Erhaltung bzw. Beschaffung der notwendigen Substanz weitestgehend gerecht wird, so muß doch hervorgehoben werden, daß es keine einfache Rechenmethode bzw. keine "Patentlösung einer

(1) Liebl, a. a. O., S. 44-47, hier S. 45.

(2) Liebl, a. a. O., S. 47.

ganz bestimmten Bewertungsnorm" (1) gibt, die in der Praxis gut anwendbar wäre und mit Sicherheit eine leistungsäquivalente Kapitalerhaltung gewährleisten könnte. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß bei der Beachtung des Prinzips der leistungsäquivalenten Kapitalerhaltung nicht unbedingt auch das nominelle Kapital erhalten wird. Die Gefahren aber, die sich dann ergeben können, wenn das nominelle Kapital nicht erhalten wird - sie sind bereits früher dargestellt worden - sind so groß, daß auch auf eine nominelle Kapitalerhaltung Wert gelegt werden muß. Unsere Forderungen gehen also dahin, neben einer leistungsäquivalenten Kapitalerhaltung auch eine nominelle Kapitalerhaltung zu erreichen. Dies wird am ehesten durch die Anwendung des sog. Prinzips des doppelten Minimums möglich, das nun Gegenstand weiterer Ausführungen sein wird.

7 Die Höhe des Gewinnausweises unter dem Gesichtspunkt der "Prinzip des doppelten Minimums" - Darstellung und Kritik

Unsere bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß der echte Gewinn weder als reiner Geldüberschuß noch als reiner Substanzüberschuß angesehen werden darf. Vielmehr muß der echte Gewinn als Überschuß aus einer kombinierten Kapitalerhaltungsrechnung und Substanzerhaltungsrechnung aufgefaßt werden. Diese Forderung resultiert aus folgenden Überlegungen: "Ist der auf Grund der geltenden Rechnungsgrundsätze ermittelte und ausgewiesene Gewinn höher als der Gewinn, der tatsächlich verteilbar ist, dann droht die Gefahr, daß dem Unternehmen Mittel entzogen werden, die es zur Erhaltung seiner Produktionskapazität und seiner Ertragskraft benötigt" (2).

Schäfer führt z. B. aus, daß "der geldliche 'Maßstab' in der entwickelten Verkehrswirtschaft gerade bei der Gewinnermittlung problematischer Natur ist" und daß "echter Gewinn immer nur dann vorliegt, wenn hinter der Rechengröße ein realer Substanzzuwachs, ein Zuwachs an Vermögen (Realkapital) steht" (3) (4).

Zwar ist die Frage, was als Gewinn (einschließlich der entsprechenden Steuerzahlungen) verteilt wird, im Grunde genommen wichtiger als die Frage, was als Gewinn ermittelt wurde; da aber die Frage, was als Gewinn ermittelt wird, eng mit der Frage, was als Gewinn verteilt werden kann, zusammenhängt und da

-
- (1) Hasenack, W.: Die Anlagenabschreibung im Wertumlauf der Betriebe und die Sicherung der Wirtschaft, in: ZfB, 15. Jg., 1938, S. 137.
 - (2) Hax, Substanzerhaltung, S. 9-10.
 - (3) Schäfer, Unternehmung, S. 283.
 - (4) vgl. auch Rieger, Dynamische Bilanz, S. 84.

die Frage der Angemessenheit der Verteilung nur dann richtig beurteilt werden kann, wenn der Gewinn richtig ermittelt worden ist, wird die Gewinnermittlung außerordentlich bedeutungsvoll. Auch Hax führt in diesem Zusammenhang aus, daß insbesondere für die Unternehmungsführung "die Frage nach der Höhe des ausschüttbaren Gewinns häufig noch wichtiger" ist "als die Maßstabsfunktion des Gewinns, weil sie damit rechnen muß, daß ihr der in der Unternehmungsrechnung ausgewiesene Gewinn effektiv entzogen wird" (1).

Zu fordern wäre daher zum Zwecke der Kapital- und Substanzerhaltung die Anwendung des erweiterten Realisationsprinzips, d.h. die Anwendung des Prinzips des doppelten Minimums (2) in dem Sinne, daß bei gesunkenen Wiederbeschaffungspreisen mindestens die Kapitalerhaltung und bei gestiegenen Wiederbeschaffungspreisen mindestens die Substanzerhaltung angestrebt wird, wobei die Substanzerhaltungsrechnung entweder im Hinblick auf die reproduktive oder aber - was der Dynamik der Wirtschaft zumindest langfristig eher entspricht - auf die leistungsäquivalente Substanz ausgerichtet sein kann (3). Bei einer derartig kombinierten Rechnung liegt "lediglich eine Gewinnverlagerung vor; die Preissteigerungen werden neutralisiert, um sie zum Ausgleich der Verluste durch spätere Preissenkungen benutzen zu können" (4). Treten später keine Preissenkungen ein, dann werden die neutralisierten Preissteigerungen spätestens bei der Liquidation der Unternehmung als Gewinn ausgewiesen. Bei "reversiblen Preisänderungen" ergibt sich bei einer derartigen Rechnung "eine Nivellierung der Gewinne, weil in Zeiten steigender Beschaffungspreise der ausgewiesene Gewinn kleiner, in Zeiten sinkender Preise dagegen größer wird" (5). Der Gesamtgewinn der kombinierten Rechnung stimmt unter der Voraussetzung, daß die Unternehmung auch beim Ausweis der höheren Gewinne "geringeren Verluste bei Preissteigerungen und beim Ausweis der niedrigeren Gewinne/höheren Verluste bei Preissenkungen gemäß der traditionellen Rechnung hätte fortbestehen können, mit dem Gesamtgewinn der traditionellen Gewinnrechnung überein. Dies gilt auch für den "Gewinn nach Abzug der Gewinnsteuern", sofern nicht die Gewinnsteuerzahlungen auf Grund der bei den Rechnungen in unterschiedlicher Höhe ausgewiesenen Periodengewinne insgesamt gesehen unterschiedlich sind (6).

-
- (1) Hax, Substanzerhaltung, S.9.
 - (2) Dieses Prinzip wird gelegentlich auch als bilaterales Prinzip bezeichnet (z.B. von Banse in seinen Vorlesungen).
 - (3) Kurzfristig kann die Erhaltung der reproduktiven Substanz durchaus genügen (vgl. auch Hax, Substanzerhaltung, S.19).
 - (4) Hax, Substanzerhaltung, S.41.
 - (5) Hax, Substanzerhaltung, S.280.
 - (6) Es wäre z.B. denkbar, daß eine entsprechende Änderung der Steuersätze eintritt oder daß die Rücklage in Verlustjahren schon vorzeitig aufgelöst wird.

Bei der Bewertung ist, wie Loitlsberger ausführt, zu berücksichtigen, daß die substanzerhaltende Gewinnausweis "entgegen der heutzutage üblichen Ansicht nicht nur von Vermögenswertänderungen, sondern auch von Werten, die Gegenstand der Aufwands- und Ertragsgüter bedroht" ist. "Neben die Bilanzbewertungsbestimmungen" haben daher auch "Aufwands- und Ertragsbewertungsbestimmungen zu treten, die sich auf der Seite des Aufwandes als modifiziertes Höchstwertprinzip und auf der Seite der Erträge als modifiziertes Niederstwertprinzip darstellen" (1) (2).

Zwar ist eine eindeutige Messung der leistungsäquivalenten Substanz nicht möglich, doch gibt es Hilfsmittel zu deren Messung. Dabei kann man aber "die Rechen- und Bilanzmechanik" nur als ein "ergänzungsbedürftiges Hilfsmittel" betrachten: die Betriebserhaltung in der Form der Kapital- und Substanzerhaltung ist allein durch eine in sämtlichen Einzelheiten zielbewußt aufeinander abgestimmte "Unternehmungspolitik in ihrer Gesamtheit und unterstützt von einer guten Wirtschaftspolitik" zu erreichen (3).

Liebl sagt in diesem Zusammenhang unter Hinweis auf Hasenack: "Die Beachtung der zeitlichen und zwischenbetrieblichen (branchenmäßigen) Erfolgsentwicklung bildet die Grundlage für weitere Dispositionen des Unternehmers, der keinen anderen Prüfstein für die Richtigkeit seiner Handlungen hat ... als die Tatsache, daß der Markt ohne das Vorliegen einer privaten monopolähnlichen Stellung (und ohne auf die Dauer künstliche ... Subversionen in einer der verschiedenen Formen) durch Preise, die auf lange Sicht über den Kosten liegen, ... seinen Betrieb als notwendig und erwünscht, als nicht parasitär anerkennt" (4).

Den Forderungen nach der Anwendung des erweiterten Realisationsprinzips liegt hinsichtlich der Substanzerhaltung der Gedanke zu Grunde, daß in der Zeit zwischen Beginn und Ende der Unternehmung das reine und das imparitätische Realisationsprinzip in der jeweils dargestellten Form nicht zur Anwendung geeignet sind, da sie nur das jeweilige einzelne Geschäft, nicht aber die sich notwendigerweise ergebenden anschließenden Geschäfte beachten. Hax führt hierzu aus: Da "die Unternehmung weiterarbeiten muß und sie somit die Wiederherstellung ihrer alten (leistungsäquivalenten - der Verf.) Substanz si-

(1) Loitlsberger, Gläubigerschutz, S. 86.

(2) Durch den Nachweis, daß den Bilanzbewertungsbestimmungen die Aufwands- und Ertragsbewertungsbestimmungen gegenüberstehen, "ist darüber hinaus auch noch die Eigenständigkeit der Aufwands- und der Ertragskontenreihe bewiesen; damit ist der Nachweis für die Vierreihenkontentheorie von der Seite der Bewertungsbestimmungen her erbracht" (Loitlsberger, Gläubigerschutz, S. 86).

(3) Hasenack, Anlagenabschreibung, S. 139.

(4) Liebl, a. a. O., S. 51.

herstellen muß, ergeben sich Rechnungsgrundsätze, die mit dem (reinen und imparitätischen - der Verf.) Realisationsprinzip nicht vereinbar sind" (1).

Die Richtigkeit dieser Behauptung wird insbesondere im Zusammenhang mit der Gewinnkonzeption Schmalenbachs deutlich. Schmalenbach versteht unter dem Gewinn den "Wert der Leistung, vermindert um den Wert der Aufwendungen, beide gemessen an Ausgaben und Einnahmen" (2). Normalerweise entsteht im Wirtschaftsablauf zunächst die Ausgabe, dann der Aufwand, später die Leistung (der Ertrag) und schließlich die Einnahme. Wenn nun zwischen dem Zeitpunkt der Ausgabe und dem Zeitpunkt der Einnahme der Geldwert eine Änderung erfährt (3), dann "werden Aufwand und Ertrag mit Maßeinheiten gemessen, die zwar den gleichen Namen tragen, deren Inhalt aber unterschiedlich ist". In der G+V-Rechnung wird der Aufwand mit Werten aus früheren Rechnungsperioden bewertet. Im Falle der Preissteigerungen der Wirtschaftsgüter "reicht der Teil des Ertrages, der durch diese Art der Verrechnung ausgeschieden wird, nicht mehr zur Wiederbeschaffung der Aufwandsgüter aus" (4). Die Unterschiede zwischen den historischen Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten und den Wiederbeschaffungswerten der Aufwandsgüter sind im allgemeinen umso größer, je weiter der Zeitpunkt der Anschaffung bzw. Herstellung von dem Zeitpunkt der Wiederbeschaffung entfernt liegt. Daher ist dieses Problem insbesondere bei Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens von großer Bedeutung. Daneben entsteht dieses Problem aber auch bei anderen Wirtschaftsgütern. Wir werden später noch ausführlich auf die Möglichkeiten und Grenzen der Substanzerhaltung bei den verschiedenen Gruppen von Wirtschaftsgütern zu sprechen kommen.

An dieser Stelle kann vorerst festgestellt werden : Unter betriebswirtschaftlich theoretischen Gesichtspunkten ist das Prinzip des doppelten Minimums am ehesten geeignet, die Forderungen der Betriebswirtschaftslehre nach Kapitalerhaltung und Substanzerhaltung zu erfüllen.

Bei der rein statischen (juristischen) Bilanzauffassung kann das nominelle Kapital im allgemeinen nur bei gleichbleibenden und sinkenden Preisen erhalten werden, nicht aber bei steigenden Preisen. Eine reale Kapitalerhaltung bzw. eine Substanzerhaltung ist nicht garantiert.

Bei der beschränkt statischen Bilanzauffassung kann in jedem Falle das nominelle Kapital erhalten werden. Bei steigenden Preisen ist eine reale Kapitalerhaltung oder eine Substanzerhaltung im allgemeinen nicht möglich.

-
- (1) Hax, Substanzerhaltung, S. 64.
 - (2) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (4), S. 95.
 - (3) Hax, Karl : Bilanzgewinn und Geldwertschwankungen, in: ZfhF 1951, 3. Jg. NF, S. 433-460, hier S. 439.
 - (4) Hax, Geldwertschwankungen, S. 440.

Die Vertreter der dynamischen Bilanzauffassung können das nominelle Kapital erhalten "Walb begründet die grundsätzliche Bevorzugung der Geld- Kapital-erhaltung mit den leistungsanregenden psychologischen Wirkungen in Zeiten des Preisfalls. In solchen ruft aber auch die Anwendung der Tageswertrechnung günstige Wirkungen hervor" (1). Bei einer Umrechnung der Werte mit einem Generalindex ist nicht unbedingt eine reale Kapitalerhaltung für die Unternehmung gewährleistet. Beim Anlagevermögen kann häufig nicht die Substanz erhalten werden. Auch die Substanzerhaltung des Umlaufvermögens, ja selbst die Erhaltung des Vorratsvermögens, ist nicht unbedingt gewährleistet (2).

Bei der organischen Bilanzauffassung kann das nominelle Kapital nur bei steigenden Preisen erhalten bleiben. Die reale Kapitalerhaltung und die Substanzerhaltung werden grundsätzlich gewährleistet (3).

Aber auch unter anderen Gesichtspunkten als denen der Kapital- bzw. Substanzerhaltung ist dem Prinzip des doppelten Minimums gegenüber anderen Prinzipien (4) der Vorzug zu geben.

Wenn wir zunächst die Möglichkeiten der Selbstfinanzierung betrachten (5) (6), so kann festgestellt werden: Nach juristischer Bilanzauffassung

- (1) Liebl, a. a. O., S. 63.
- (2) Dies wird später noch genauer dargestellt werden.
- (3) Unter der Voraussetzung, daß die Preise der im Betrieb eingesetzten Wirtschaftsgüter mit dem gleichen Prozentsatz steigen wie der Generalindex ist unter der Bedingungen steigender Preise die reale Kapitalerhaltung der reproduktiven Substanzerhaltung gleich.
- (4) Es soll hier nur auf die wichtigsten grundlegenden Gewinnausweisprinzipien eingegangen werden.
- (5) Es kann zwischen Selbstfinanzierung im weiteren Sinne und Selbstfinanzierung im engeren Sinne unterschieden werden. Wenn unter Selbstfinanzierung die Beschaffung von finanziellen Mitteln aus der Unternehmung verstanden wird, wenn also für die Betrachtungen der weitgefaßte Begriff zu Grunde gelegt wird, dann wird unter Selbstfinanzierung diejenige Finanzierung verstanden, die Hax als interne Finanzierung bezeichnet (6). Unter Selbstfinanzierung könnte dann verstanden werden:
 - 1) Finanzierung aus dem Umsatzerlös (Im Verkaufspreis sind Bestandteile enthalten, die nicht sofort zu Ausgaben werden. Diese Bestandteile kann man zur Finanzierung verwenden.)
 - a) Finanzierung durch Zurückbehaltung von Gewinnen (Selbstfinanzierung im engeren Sinne)
 - b) Finanzierung aus Abschreibungen
 - c) Finanzierung aus Rückstellungen (insbesondere langfristige Rückstellungen, Pensionsrückstellungen)

ist mit dem gemeinen Wert zu bewerten. Aus einem Teil der zurückbehaltenen Gewinne ist keine Selbstfinanzierung möglich. Dies ist derjenige Teil, der den unrealisierten Gewinnen entspricht.

Bei einer Bewertung gemäß der beschränkt statischen Bilanzauffassung (Le Coutre) ist grundsätzlich nur aus offenen Reserven eine Selbstfinanzierung möglich (1). Schwierigkeiten können bei Preissteigerungen entstehen, weil in diesem Falle zumindest ein Teil der offenen Reserven notwendig ist, um leistungäquivalente Wirtschaftsgüter wiederzubeschaffen.

Bei einer Bewertung gemäß der dynamischen Bilanztheorie, bei der grundsätzlich sowohl stille als auch offene Reserven gebildet werden (2), können insbesondere bei den Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens Schwierigkeiten entstehen, wenn die offenen Reserven nicht dazu ausreichen, die leistungäquivalente Substanz zu erhalten. Ob die Rechnung mit eisernen Beständen bei den Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens ausreicht, um die leistungäquivalente Substanz zu erhalten, soll später untersucht werden.

Die Vertreter der organischen Bilanztheorie lehnen die Bildung stiller Reserven grundsätzlich ab (3). Selbstfinanzierung ist also grundsätzlich nur über

(Fortsetzung der Fußnote 5 von Seite 201):

2) Finanzierung durch Vermögensumschichtung

- a) Finanzierung durch Verminderung des betriebsnotwendigen Vermögens
- b) Finanzierung durch Veräußerung nicht betriebsnotwendiger Vermögensgegenstände

Wir wollen in unseren Ausführungen den enggefaßten Begriff verwenden und unter Selbstfinanzierung die Zurückbehaltung von Gewinnen und den Einsatz in der Unternehmung verstehen. Da sich dieser Selbstfinanzierungsbegriff auf den Gewinn bezieht und da der Gewinn von den Vertretern der einzelnen Bilanzauffassungen verschieden definiert wird, muß auch der Selbstfinanzierungsbegriff bei den Vertretern der einzelnen Bilanzauffassungen einen verschiedenen Inhalt haben.

- (6) Die Selbstfinanzierung ist in gewissen Grenzen, wie bereits eingehend dargestellt worden ist, durchaus zu begrüßen.
- (7) Hax, Karl: Die langfristigen Finanzdispositionen, in: Handbuch der Wirtschaftswissenschaften, Bd. I, Köln und Opladen 1958, S. 453 ff.

(1) Le Coutre lehnt stille Reserven grundsätzlich ab (4).

(2) Soweit die stillen Reserven keine willkürlich gebildeten Reserven, sondern gesetzlich erzwungene Reserven bzw. Ermessensreserven sind

(3) Dies wurde bereits in Einzelheiten ausgeführt.

(4) Dies wurde bereits ausgeführt. Vgl. hierzu außerdem die dargestellten Auffassungen der Vertreter der statischen und organischen Bilanztheorie hinsichtlich der stillen Reserven bei Heinen, Handelsbilanzen, S. 199.

die offenen Reserven möglich. Wenn die Preise steigen, können die offenen Reserven für Neuinvestitionen verwendet werden, denn für Reinvestitionen sind bereits grundsätzlich die auf dem Wertänderungskonto gesammelten Beträge vorhanden. Im Falle der Preissenkungen können die offenen Reserven zumindest zum Teil dann nicht für Neuinvestitionen verwendet werden, wenn das Vermögen mit Fremdkapital finanziert ist.

Bei der Anwendung des Prinzips des doppelten Minimums können sich weder bei Preissteigerungen noch bei Preissenkungen weder bei Eigen-, noch bei Fremdfinanzierung Schwierigkeiten ergeben. Der ausgewiesene und zurück-behaltene Gewinn kann zur Selbstfinanzierung verwendet werden. Daß aber eine Selbstfinanzierung nicht unbedingt als positiv angesehen werden muß, darauf haben wir bereits hingewiesen.

Unter dem Gesichtspunkt der Liquidität im Zusammenhang mit der Kapitalerhaltung konnte festgestellt werden: Bei der nominellen Kapitalerhaltung können bei Preissteigerungen Liquiditätsschwierigkeiten entstehen. Bei der realen Kapitalerhaltung können sich nur dann Schwierigkeiten ergeben, wenn der Indexwert weniger steigt als die Preise der Wirtschaftsgüter der betrachteten Unternehmung. Im Falle der Preissenkungen ergibt sich in jedem Falle ein Liquiditätsmangel, wenn mit Fremdkapital finanziert worden ist. Bei einer Finanzierung mit Eigenkapital ist dies nur dann der Fall, wenn der Indexwert stärker sinkt als die Preise der Wirtschaftsgüter der betrachteten Unternehmung. Ansonsten ergibt sich im Falle der Preissenkung und Finanzierung mit Eigenkapital eine Überliquidität.

Im Falle der substantiellen Kapitalerhaltung entstehen bei steigenden Preisen und bei sinkenden Preisen unter der Voraussetzung der Finanzierung mit Eigenkapital keine Liquiditätsschwierigkeiten, wohl aber bei sinkenden Preisen unter der Voraussetzung der Finanzierung mit Fremdkapital.

Bei einer Rechnung gemäß dem Prinzip des doppelten Minimums ergeben sich weder bei Preissenkungen oder Preissteigerungen noch bei einer Finanzierung mit Eigen- oder Fremdkapital Schwierigkeiten.

8 Die Möglichkeiten und Grenzen der Rechnung nach dem Prinzip des doppelten Minimums

a Die Möglichkeiten und Grenzen, nicht endgültig realisierte Gewinne beim abnutzbaren Realanlagevermögen auszuschalten

Das Anlagevermögen (vgl. § 131, Abs. IV AktG) kann in das Finanzanlagevermögen und in das Realanlagevermögen unterteilt werden. Auf die Substanzerhaltung im Zusammenhang mit dem Finanzanlagevermögen werden wir später

eingehen. Hier gilt es, die Möglichkeiten und Grenzen der Substanzerhaltung beim Realanlagevermögen zu untersuchen. Zu diesem Zwecke ist es sinnvoll, zunächst zwischen dem immateriellen und materiellen Realanlagevermögen zu unterscheiden. Bei den Wirtschaftsgütern des immateriellen Realanlagevermögens, also bei Konzessionen, Patenten, Lizenzen, Marken- und ähnlichen Rechten (vgl. § 131, Abs. 1, Ziff. II/5 AktG) läßt sich im allgemeinen keine Substanzerhaltungsrechnung durchführen, weil es sich hier "um eine immaterielle Substanz handelt, die (im allgemeinen - der Verf.) quantitativ nicht faßbar ist" (1). Hier läßt sich allenfalls mit einer entsprechenden *U n t e r n e h m u n g s p o l i t i k* die Substanz erhalten. Hax spricht daher durchaus zu Recht auch von der "Erhaltung der Betriebssubstanz als Aufgabe der Unternehmungspolitik und als Problem der Unternehmungsrechnungen" (2). Daß diese Unternehmungspolitik - allein im Zusammenhang mit der Substanzerhaltung bei den immateriellen Wirtschaftsgütern gelegentlich außerordentlich große Bedeutung haben kann, das braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Man denke in diesem Zusammenhang nur beispielsweise an die Unternehmungen, die allein auf Grund einer außerordentlich wichtigen Erfindung, auf Grund eines erteilten achtzehnjährigen Patentschutzrechtes mit wohldurchdachter Beschreibung und geschickt formulierten Schutzansprüchen und auf Grund von gewinnversprechenden Auswertungsmöglichkeiten dieses Schutzrechtes entstanden sind und sich im Laufe der Zeit ständig vergrößern. Hier steht und fällt die Unternehmung mit der Existenz des Patentschutzes. Wenn der Patentschutz erlischt und kein entsprechender Schutz für einen anderen Gegenstand, der bisher noch nicht zum Stand der Technik gehört hat, an dessen Stelle tritt, oder wenn der Vorsprung nach Ablauf der ehemaligen Schutzrechte gegenüber den möglicherweise neuen Konkurrenten nicht auf andere Weise gehalten werden kann, dann kann dies u.U. das Ende der Unternehmung, und zwar das zwangsweise Ende bedeuten.

Bei den Wirtschaftsgütern des materiellen Realanlagevermögens sind solche Wirtschaftsgüter zu unterscheiden, deren Substanz nicht verbraucht wird, und solche Wirtschaftsgüter, "deren Substanz durch die Nutzung allmählich verbraucht wird und dann aus dem hereinfließenden Erlös wieder ersetzt werden muß" (3). Allein die sich im Zusammenhang mit der Substanzerhaltung der letzteren Wirtschaftsgüter ergebenden Probleme werden hier Gegenstand unserer weiteren Ausführungen sein.

Nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung werden die Abschreibungen vom Anschaffungs- bzw. Herstellungswert berech-

(1) Hax, Substanzerhaltung, S.181.

(2) Hax, Substanzerhaltung, S.7.

(3) Hax, Substanzerhaltung, S.180-181.

net. Im Falle der Preissteigerung, so wird häufig argumentiert (1), reichen aber die im Laufe der Zeit angesammelten Abschreibungsbeträge nicht aus, um mit ihnen das frühere Wirtschaftsgut durch ein neues Wirtschaftsgut zu ersetzen, weil der Preis des neuen Wirtschaftsgutes gestiegen ist. Es ist daher nach verbreiteter Meinung (2) notwendig, diejenigen Beträge, die bei der Wiederbeschaffung des neuen Wirtschaftsgutes über den Preis des alten Wirtschaftsgutes hinaus aufgewendet werden müssen, schon während der Nutzungszeit des alten Wirtschaftsgutes zurückzulegen. Man forderte daher im allgemeinen (2) die Bildung einer steuerfreien Substanzerhaltungsrücklage (SER), da nach herrschender Meinung "die Anwendung eines selbsttätig wirkenden Verfahrens, wie es (z. B. - der Verf.) das Prinzip des eisernen Bestandes oder die Lifo-Methode darstellt, ... infolge des langsamen Anlagenumschlags und (bzw. oder - der Verf.) deren andersartigen Charakters nicht anwendbar" ist (3). Dieser Rücklage sollten die Differenzbeträge zwischen der Tageswertabschreibung und der Anschaffungswertabschreibung zugewiesen werden. Die Abschreibungsbeträge vom Tageswert werden dann im Falle der linearen Abschreibungen bei Preiserhöhungen (Preissenkungen) verstärkt (vermindert) und die Degression im Falle der degressiven Abschreibungen ceteris paribus bei Preiserhöhungen (Preissenkungen) vermindert (verstärkt) (4).

Die in die SER einzustellenden Beträge können dabei für das gesamte Anlagevermögen zusammengefaßt werden. Nach Hax hätte dies den Vorzug, "daß das Problem der Artänderung in Wegfall kommt". Es ist nämlich, so sagt Hax, "jetzt gleichgültig, welcher Art die Ersatzanlagen sind, die Frage der 'Nämlichkeit' taucht überhaupt nicht auf. Allerdings entsteht in verschärftem Ausmaße das Problem der Mengenänderung" (5) (6).

Bei einer kritischen Würdigung dieser Forderung nach der Bildung einer SER könnte zunächst gesagt werden, daß die Ermittlung des Tageswertes bei den Wirtschaftsgütern des abnutzbaren Realanlagevermögens sehr schwierig, vielfach sogar ganz unmöglich ist (7). Dies gilt selbst dann, wenn der Tagespreis in jedem einzelnen Fall durch eigene oder gutachterliche Schätzung, durch Wichtung der Elemente der komplexen Anlagegüter unter Berücksichtigung der verschiedenen Preisentwicklungen bei den einzelnen Elementen,

(1) Vgl. Hax, Substanzerhaltung, S. 184-187.

(2) Auf die Stellungnahmen in der Literatur werden wir später ausführlich zu sprechen kommen.

(3) Liebl, a. a. O., S. 86.

(4) Vgl. auch Hax, Substanzerhaltung, S. 209.

(5) Hax, Substanzerhaltung, S. 224.

(6) Auf diese Fragen werden wir später noch näher eingehen.

(7) Dies wurde bereits früher eingehend begründet.

durch die Anwendung von einem Spezialindex oder durch ein sonstiges arbeitsaufwendiges Verfahren festgestellt werden sollte.

Wenn aber schon die Ermittlung des Tageswertes problematisch ist, dann muß die Ermittlung der objektiv periodenrichtigen Abschreibungsbeträge erst recht problematisch sein, ganz abgesehen davon, daß die Zuweisung zur SER, nämlich die Differenz aus den Abschreibungsbeträgen von dem Tageswert und aus den Abschreibungsbeträgen vom Anschaffungs- bzw. Herstellungswert, auch noch von den Abschreibungsbeträgen vom Anschaffungs- bzw. Herstellungswert bestimmt wird, deren Ermittlung ohnehin problematisch ist.

Des weiteren könnte eingewendet werden, daß unter dem Gesichtspunkt der Substanzerhaltung gelegentlich nicht die Abschreibungen vom Tageswert, sondern die Abschreibungen vom Wiederbeschaffungswert maßgebender sind (1). Der in der Zukunft liegende Wiederbeschaffungswert ist aber seinerseits wieder noch weniger festzustellen als der jeweils gegenwärtige Tageswert. Schmalenbach sagt z. B.: "Ist schon die Bestimmung des Zeitwertes der Anlagen eine un- gemein umständliche und unsichere Sache, so ist es die Bestimmung des Wiederbeschaffungspreises noch in viel höherem Grade. Mit der Unsicherheit verbindet sich die Willkür. Unsicherheit und Willkür müssen aus dem Jahresab- schluß so weit wie möglich ausgeschaltet werden" (2).

Die Bestimmung des Wiederbeschaffungswertes bereitet aus verschiedenen Gründen Schwierigkeiten :

1. Es bestehen Meinungsverschiedenheiten darüber, ob der Wiederbeschaffungspreis am Tag des Verbrauchs im Produktionsprozeß, der Wiederbeschaffungspreis am Umsatztag des Erzeugnisses, der Wiederbeschaffungspreis am Tag der effektiven Wiederbeschaffung oder der Wiederbeschaffungspreis zu einem sonstigen Zeitpunkt maßgebend ist (3). Diese Frage kann nach unserer Auffassung nicht generell, sondern nur im Einzelfalle entschieden werden.

Wenn z. B. ein Wirtschaftsgut heute verkauft wird, der Erlös in der Kasse vorrätig gehalten wird und sich die Unternehmung erst nach zwei Monaten entschließt, anstelle des verkauften Wirtschaftsgutes ein neues Wirtschaftsgut wiederzubeschaffen, einen Kaufvertrag schließt und dieses Wirtschaftsgut sofort ge-

- (1) Dies ist z. B. dann der Fall, wenn die Anlagen jeweils zum gleichen Zeitpunkt wiederbeschafft werden müssen und die zwischenzeitlichen Abschreibungsbeträge nicht so angelegt werden können, daß sie eine Werterhöhung in der Höhe der Preiserhöhung der wiederzubeschaffenden Anlagen mitmachen, bzw. der Verlust an den nominalwertgebundenen Aktivgütern durch den Gewinn an den nominalwertgebundenen Passivgütern nicht ausgeglichen werden kann.
- (2) Schmalenbach, E.; Abschreibungen bei Preisveränderungen von Anlagen- gegenständen, in: ZfhF 1949, 1. Jg. NF., S. 49-58, hier S. 55.
- (3) vgl. Hax, Substanzerhaltung, S. 43.

gen bar erwirbt, dann ist der Preis am Tag der effektiven Wiederbeschaffung maßgebend, sofern nicht an einem nominalwertgebundenen Passivgut so viel verdient wie an dem betreffenden nominalwertgebundenen Aktivgut verloren wurde und sofern nicht die allgemeine Veränderung des Preisniveaus der Preiserhöhung des betreffenden Wirtschaftsgutes entsprochen hat.

Wenn dagegen die Unternehmung z. B. am Verkaufstag des alten Wirtschaftsgutes sofort einen Vertrag zur Neuanschaffung abschließt, dann ist im Falle der späteren Lieferung nach Wochen oder Monaten *ceteris paribus* der Preis am Verkaufstag des alten Wirtschaftsgutes maßgebend, sofern der Lieferant keinen Preisvorbehalt gemacht hat, die Preise aber gestiegen sind, oder der Lieferant zwar einen Preisvorbehalt gemacht hat, die Preise aber nicht gestiegen sind oder die Preise gestiegen sind, der Lieferant aber seinen Anspruch auf erhöhte Zahlungen nicht geltend macht.

Wenn aber der Unternehmer, der den alten Rohstoff, z. B. Kupfer, im Produktionsprozeß verbraucht, mit dem Käufer des neu herzustellenden Wirtschaftsgutes eine Preisgleitklausel in dem Sinne vereinbart hat, daß der Käufer den verbrauchten Rohstoff zur DEL-Notiz zum Tage der Veräußerung des neu hergestellten Wirtschaftsgutes zu zahlen hat, dann kann der Hersteller *ceteris paribus* in seinen Überlegungen vom Preis am Tage des Verbrauchs im Produktionsprozeß ausgehen, sofern er bei seinem Lieferanten einen entsprechenden Vertrag auf Lieferung zum Preise des Zeitpunktes abschließt, zu dem das hergestellte Wirtschaftsgut veräußert wird.

Es kommt also immer auf die Bedingungen an, die im Einzelfalle vereinbart werden. Dabei sind aber nicht nur die Stichtagstermine für die Preise, sondern auch die Stichtagstermine für die Zahlungen maßgebend. Diese wurden in unseren bisherigen Betrachtungen außer Acht gelassen. Sie sollen bei der Behandlung der Substanzerhaltung des Finanzvermögens berücksichtigt werden, damit sie in unseren Überlegungen nicht doppelt in Ansatz gebracht werden.

2. Es bestehen häufig Schwierigkeiten, für den Zeitpunkt, der für den Wiederbeschaffungspreis maßgebend ist, die entsprechenden Preise zu ermitteln.

3. Es bestehen häufig Schwierigkeiten, die über den Wiederbeschaffungspreis hinausgehenden Bestandteile des maßgebenden Wiederbeschaffungswertes zu ermitteln.

Häufig werden die Abschreibungsbeträge nicht als flüssige Mittel vorrätig gehalten, sondern bis zur Wiederbeschaffung des neuen Wirtschaftsgutes in anderen Wirtschaftsgütern investiert werden, die ihrerseits wieder im Laufe der Zeit eine im Verhältnis zum alten Wirtschaftsgut höhere, gleiche oder geringere Wertssteigerungen erfahren. Diese Tatsachen lassen erkennen, daß es nur ein großer Zufall sein kann, wenn die unter dem Gesichtspunkt der

Substanzerhaltung irgendwie ermittelten Abschreibungsbeträge zum Zeitpunkt der Bezahlung des wiederbeschafften Wirtschaftsgutes dem Wiederbeschaffungswert genau entsprechen.

Darüber hinaus müßte noch erwähnt werden, daß der Wiederbeschaffungswert nicht ohne weiteres mit dem früheren Anschaffungs- oder Herstellungswert verglichen werden kann. Insbesondere bei sehr langlebigen Wirtschaftsgütern kann häufig festgestellt werden, daß das ehemals angeschaffte Wirtschaftsgut nicht mehr in gleicher, ja nicht einmal in ähnlicher Art, Form, Qualität ... hergestellt wird bzw. nicht mehr hergestellt werden kann, weil ein bedeutender technischer Fortschritt eingetreten ist bzw. weil die Verfahren der Herstellung nicht mehr bekannt bzw. das natürliche Produktionspotential, d.h. die geologischen, klimatischen und/oder topografischen Bedingungen der Produktion, das menschliche Produktionspotential, d.h. das quantitative und/oder qualitative Arbeitspotential, und/oder das produzierte Produktionspotential nicht mehr vorhanden sind ... (1)

Unter zusätzlicher Berücksichtigung der Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Nutzungsdauer führen diese Überlegungen zu dem Ergebnis, daß es nicht möglich ist, die zum Zwecke der Substanzerhaltung zu bilden empfohlene SER willkürfrei zu ermitteln. Darüber hinaus sprechen auch die Schwierigkeiten bei der exakten Auflösung einer gebildeten SER gegen die Bildung einer SER.

(1) Insbesondere von den Volkswirten (2) wird immer wieder hervorgehoben, daß sich die gesamtwirtschaftlichen Daten im Laufe der Zeit ändern. Unter einem Datum wird dabei eine Größe verstanden, von der man annimmt, daß sie die betrachteten ökonomischen Vorgänge unmittelbar beeinflußt, ohne daß die betrachteten ökonomischen Vorgänge ihrerseits - zumindest kurz- und mittelfristig - einen unmittelbaren Einfluß von wirtschaftswissenschaftlicher Bedeutung auf das Datum ausüben. Eucken (3) unterscheidet sechs Größen des volkswirtschaftlichen Datenkranzes :

- 1) Die natürlichen Ressourcen,
- 2) die Bevölkerung,
- 3) die Produktionsausstattung,
- 4) das technische und organisatorische Wissen,
- 5) die Bedarfsstruktur,
- 6) die Rechts- und Sozialordnung.

(2) Vgl. z. B. Schneider, Erich; Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Bd., 5. Aufl., Tübingen 1958, insbes. S. 270-280. Vgl. z. B. Eucken, Walter; Die Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Aufl., Berlin-Göttingen-Heidelberg 1959.

(3) Eucken, a. a. O., S. 127-162.

Es liegt daher der Gedanke nahe, auch unter dem Gesichtspunkt der Substanz-erhaltung bei den Wirtschaftsgütern des abnutzbaren Realanlagevermögens das Anschaffungswertprinzip zu vertreten, weil anderenfalls der Willkür Tür und Tor geöffnet würden. "Aufgabe der Abschreibungen" wäre "demgemäß lediglich die Verteilung des Ausgabenbetrages ..., nicht aber die Ansammlung eines Betrages für die Wiederbeschaffung der Anlage" (1) (2).

Die "Richtigkeit" dieser, insbesondere unter Berücksichtigung der technischen Schwierigkeiten häufig gegebenen Empfehlung könnte auch noch durch eine andere Überlegung erhärtet werden. Man führte hier die "automatische Kapazitätserweiterung" gemäß dem Lohmann-Ruchti-Effekt (3) an, "die sich bei den Verschleißanlagen auf Grund einer systematischen Reinvestierung der Abschreibungsbeträge ergibt" (4) (5).

Lohmann-Ruchti kommen in ihren Untersuchungen (6) zu dem Ergebnis, daß unter gewissen Voraussetzungen die Kapazität, genauer gesagt die Periodenkapazität (7), auf das

$$\frac{2}{1 + \frac{1}{n}} \quad \text{fache (8) der ersten Inve-}$$

(1) Hax, Bilanzgewinn, S.458.

(2) Vgl.hierzu auch die Empfehlung IX (1945) und die Empfehlung XII (1949) des Institute of Chartered Accountants in England and Wales. Vgl. hierzu auch Schmalenbach, E.: Abschreibungen bei Preisveränderungen ..., a.a.O., S.49-58.

(3) Hax spricht in diesem Zusammenhang auch vom Marx-Engels-Effekt. (Ausführungen von Hax in seinen Vorlesungen)

(4) Hax, Bilanzgewinn, S.459.

(5) Der von Lohmann-Ruchti aufgestellte Kapazitätserweiterungseffekt wurde von Domar-Eisner dynamisiert. Sie betrachten den Fall einer stetig wachsenden Investition. Hierbei ergibt sich eine ständige Freisetzung von Vermögensteilen. (Ausführungen in Anlehnung an die Vorlesung von Sauermann, "Volkswirtschaftslehre", SS 1961, Universität Frankfurt)

(6) Lohmann, M.: Abschreibungen, was sie sind und was sie nicht sind, in: Der Wirtschaftsprüfer, 1949, S. 335-357. - Ruchti, R.: Die Abschreibung. Ihre grundsätzliche Bedeutung als Aufwands-, Ertrags- und Finanzierungsfaktor, Stuttgart 1953.

(7) Unter Periodenkapazität wird die mögliche Leistungsfähigkeit eines oder mehrerer Aggregate während einer Rechnungsperiode, unter Totalkapazität die mögliche Leistungsfähigkeit eines oder mehrerer Aggregate während der zukünftigen Nutzungsdauer verstanden.

(8) Die Größe "n" bedeutet hierbei die Lebensdauer der Aggregate in Jahren.

stitution steigen kann (1) (2).

Diese Voraussetzungen sind dann erfüllt, wenn

- 1) die Erlöse die Kosten decken,
- 2) die Leistungsfähigkeit der einzelnen Aggregate während der gesamten Einsatzdauer konstant bleibt,
- 3) die frei werdenden Abschreibungsbeträge sofort in neuen Aggregaten investiert werden,
- 4) das Preisniveau unverändert bleibt,
- 5) die Aggregate relativ teilbar sind,
- 6) linear abgeschrieben wird,
- 7) kein technischer Fortschritt eintritt.

Bei einer Würdigung der Wirklichkeitsnähe der aufgestellten Prämissen könnte folgendes festgestellt werden :

Zu 1) Die Bedingung, daß die Erlöse die Kosten decken, ist zumindest langfristig im allgemeinen (3) in der Praxis erfüllt. Da jedoch mit Kapazitätserweiterungen grundsätzlich auch Gesamtkostenerhöhungen verbunden sind, muß eine wesentliche Umsatzsteigerung möglich sein, wenn die Erlöse die Kosten decken sollen. Wenn das Sortiment unverändert bleibt, dann muß häufig mit der Umsatzsteigerung auch eine überproportionale Absatzsteigerung verbunden sein. Vom Absatzmarkt können also einer Kapazitätsausweitung wirksame Grenzen gesetzt sein.

Zu 2) Die Prämisse der gleichen Leistungsfähigkeit während der gesamten Einsatzdauer ist häufig nicht wirklichkeitsnah. Oft sinkt die Leistungsfähigkeit gegen Ende der Einsatzdauer progressiv ab. In den ersten Jahren ist die Leistungsfähigkeit im allgemeinen konstant, gelegentlich steigt oder sinkt sie auch.

Zu 3) Die Unterstellung, daß die frei werdenden Abschreibungsbeträge sofort in neuen Aggregaten investiert werden, ist insofern nicht wirklichkeitsnah,

- (1) Der mathematische Beweis wurde von Langen erbracht. (Langen, H.: Die Kapazitätsausweitung durch Reinvestition liquider Mittel aus Abschreibungen, Dissertation FU Berlin, 1952).
- (2) Hax stellte den Kapitalfreisetzungseffekt auf (4). Dieser Effekt besagt, daß unter gewissen Voraussetzungen bei gleichbleibender Periodenkapazität der Unternehmung eine Kapitalfreisetzung um die Hälfte des ursprünglich eingesetzten Kapitals möglich ist. Der Kapitalfreisetzungseffekt und der Kapazitätserweiterungseffekt beruhen also auf den gleichen Überlebungen. Letztenendes kommt es also auf dasselbe heraus, wenn wir weiter unten entweder vom Kapitalfreisetzungseffekt, d. h. von gleicher Periodenkapazität bei einem freigesetzten Kapital um die Hälfte des ursprünglich investierten Kapitals, oder vom Kapazitätserweiterungseffekt, d. h. vom gleichen investierten Kapital bei einer Periodenkapazitätserweiterung um das Doppelte, sprechen.
- (3) Als Ausnahme wäre z. B. denkbar, daß im Zuge der Autarkiebestrebungen eine betriebswirtschaftlich unwirtschaftliche und unrentable Unternehmung vom Staat subventioniert wird.
- (4) A. Stahrgen von Hax in einer Seminarsitzung im Industrieseminar, WS 1960/61, Universität Frankfurt.

als die Unternehmung bei einer Kapazitätsausweitung im allgemeinen nicht nur zusätzliche Aggregate, sondern auch zusätzliche Grundstücke, zusätzliches Vorratsvermögen, zusätzliche liquiden Mittel ... benötigt, die ebenfalls aus den frei werdenden Abschreibungsbeträgen finanziert werden müssen. Insofern sind also auch hier einer Kapazitätserweiterung Grenzen gesetzt.

Zu 4) Die Prämisse, daß das Preisniveau konstant bleibt, entspricht im allgemeinen ebenfalls nicht der Wirklichkeit. In den letzten Jahren konnte eine ständige Erhöhung des Preisniveaus festgestellt werden. Diese tendenzielle Entwicklung wird auch aus den bereits dargelegten Gründen vermutlich in der Zukunft zu beobachten sein. Es werden also einer Kapazitätsausweitung auch von der Entwicklung des Preisniveaus Grenzen gesetzt.

Zu 5) Die Prämisse, daß die Aggregate relativ teilbar sind, ist häufig nicht wirklichkeitsnah. Dies gilt insbesondere bei solchen Betrieben, die nur wenige Aggregate besitzen bzw. bei denen z.B. aus technischen Gründen alle oder nahezu alle Aggregate zur gleichen Zeit wiederbeschafft werden müssen. Hier sind einer Kapazitätsausweitung gemäß dem Kapazitätserweiterungseffekt Grenzen gesetzt.

Zu 6) Die Unterstellung, es werde linear abgeschrieben, entspricht sehr häufig nicht der Wirklichkeit. In der Praxis haben sich in den letzten Jahren, insbesondere wegen der steuerrechtlichen Bestimmungen, immer mehr diejenigen Abschreibungsmethoden durchgesetzt, nach denen eine weit höhere als die lineare Abschreibung möglich war (1). Dies gilt insbesondere für die Abschreibungen bei beweglichen Wirtschaftsgütern, bei denen geometrisch degressive Abschreibungen verrechnet werden, und für die leistungsmäßigen Abschreibungen in Mehrschichtbetrieben (2), bei denen im allgemeinen der Abschreibungsverlauf besonders weit dem Nutzungsverlauf vorausgeht. Außerdem war in den letzten Jahren und ist auch noch heute unter gewissen Voraussetzungen die Bildung handelsrechtlicher und steuerrechtlicher stiller und offener Reserven auf Grund von Sonderbestimmungen möglich. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang z.B. die Bewertungsbestimmungen für gering-

(1) Unter dem Gesichtspunkt der Tatsache, daß die Abschreibungen in der Handelsbilanz in den letzten Jahren entscheidend von steuerrechtlichen Bestimmungen beeinflußt worden sind, einer Tatsache, die keineswegs begrüßenswert ist, machen Kronstein/Claussen den zu befürwortenden Vorschlag, "die steuerliche(n) Sonderabschreibungen, die über die planmäßigen Abschreibungen oder die nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung notwendigen Abschreibungen hinausgehen, ... gesondert auf der Passivseite als Wertberichtigung vorzunehmen" und "im Geschäftsbericht zu erläutern". (a. a. O., S. 148).

(2) Diese Abschreibungen sind auch steuerrechtlich unter gewissen Voraussetzungen anerkannt (vgl. § 7 EStG).

wertige Wirtschaftsgüter (vgl. § 6 EStG), für wichtige Importgüter ..., die Bewertungsbestimmungen im Hinblick auf die (in begrenztem Maße auch steuerrechtlich) anerkannten Rücklagen für Ersatzbeschaffungen und Rücklagen für unterlassene Reparaturen (1) ..., die (auch steuerrechtliche) Gestattung des Übergangs von der degressiven zur linearen Abschreibungsmethode, der neben dem handelsrechtlich unbeschränkt mögliche, steuerrechtlich wenigstens teilweise mögliche intertemporäre Verlustausgleich (2) als Mittel zur Vermeidung der Substanzbesteuerung (3) ... Unter Berücksichtigung dieser Ausführungen kann festgestellt werden, daß ceteris paribus auf Grund der höheren Abschreibungen eine noch größere Kapazitätsausweitung als nach den Prämissen des Kapazitätserweiterungseffektes möglich ist.

Zu 7) Die Annahme, daß kein technischer Fortschritt eintritt, entspricht ebenfalls nicht den Tatsachen. In Wirklichkeit ist ein permanenter technischer Fortschritt zu beobachten. Damit ist auch im Laufe der Zeit eine größere Leistungsfähigkeit der Aggregate verbunden. Diese ermöglicht wiederum eine größere als die angenommene Kapazitätsausweitung.

In dieser kritischen Würdigung konnte festgestellt werden, daß die Prämissen des Kapazitätserweiterungseffektes im allgemeinen nicht wirklichkeitsnah sind. Es gibt Faktoren, die den Effekt abschwächen, und es gibt Faktoren, die den Effekt verstärken. In welchem Ausmaß der Effekt tatsächlich zum Zuge kommt, das kann nur im Einzelfall festgestellt werden. Fest steht auf jeden Fall, wie Hax ausführt, daß unter gewissen Voraussetzungen "Erhöhungen der Wiederbeschaffungspreise um 50 oder gar 100 Prozent ..., vor allem wenn sie sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, durch die den Anlagen innewohnende Kraft zur Kapazitätsausweitung mehr als kompensiert" werden können, "so daß trotz der an sich unzureichenden Abschreibungen vom Anschaffungs-

- (1) Die steuerrechtlich zulässigen stillen Reserven haben insofern teilweise Fremdkapitalcharakter, als bei deren Auflösung eine Versteuerung eintritt.
- (2) Ver Verwirklichung des unbeschränkten intertemporären Verlustausgleichs "stellen sich vor allem zwei Hindernisse in den Weg: die Unmöglichkeit einer Verlustrückverrechnung und die Unmöglichkeit einer zeitlich unbeschränkten Kontrolle des Verlustes" (Schmidlin, a. a. O., S. 221).
- (3) Schmidlin fordert unter dem Hinblick auf das Steuerrecht, die Aufwandverteilung so zu gestalten, "daß auf dem Wege einer liberalen Abschreibungspraxis sowie durch steuerfreie Zulassung von Rückstellungen für drohenden Aufwand und künftige Betriebsausgaben stille und offene Rücklagen gebildet werden können, um die Gewinnchwankungen zu mildern, den nur beschränkt durchführbaren intertemporären Verlustausgleich zu ergänzen und die Stabilisierung der Unternehmungen zu gewährleisten" (Schmidlin, a. a. O., S. 247).

wert die Kapazität der Anlagen voll erhalten bleibt oder sich sogar noch ausdehnt" (1).

Für Betrachtungen der Substanzerhaltung muß aber genau unterschieden werden zwischen der Erweiterung derjenigen Teile der Periodenkapazität, die "durch bloße allmähliche Umschichtung des Anlagenbestandes eintritt" (2) und der Erweiterung derjenigen Teile der Periodenkapazität, die z. B. "durch Vorwegnahme von Abschreibungen bewirkt wird" (3) und zugleich mit einer entsprechenden Erweiterung der Totalkapazität verbunden ist, weil für die Substanzerhaltung nicht die Periodenkapazität, sondern die Totalkapazität maßgebend ist. Allein die Erhöhung der Totalkapazität kann daher auch nur eine Substanzerhaltung oder gar Substanzvergrößerung im Falle der Preissteigerungen und Abschreibungen vom Anschaffungs- bzw. Herstellungswert ermöglichen. Dabei kann eine Erhöhung der Totalkapazität aber nur dadurch erreicht werden, daß

- 1) ein Abschreibungsverlauf unterstellt wird, der dem Nutzungsverlauf vorangeht, daß also über den Substanzverzehr hinausgehende Ausgaben als Aufwendungen verrechnet werden bzw. ein bedeutender technischer Fortschritt eintritt, und daß
- 2) Gewinne erwirtschaftet werden, die durch überhöhte Aufwandsverrechnung zurückbehalten und für neue Investitionen verwendet werden können.

"Nun ist aber der Gesamtbetrag der Abschreibungen begrenzt. Was man ... in dem einen Jahr vorwegnimmt, das fehlt in den späteren Jahren" (4). Selbst dann, wenn man auch in den nächsten Jahren noch eine über den Substanzverzehr hinausgehende Aufwandsverrechnung vornehmen kann, so ist damit nicht gesagt, daß sich dieses Verfahren zeitlich unbeschränkt durchführen ließe. Von der Gesetzgebung, der Rechtsprechung, der Marktsituation ... können der Anwendung dieses Verfahrens wirksame Grenzen gesetzt sein. Ja es kann sogar soweit kommen, daß schließlich die Zuführung neuen Kapitals von außen notwendig wird und bei mangelnder Zuführung dann zwangsläufig eine Verminderung der Totalkapazität und damit ein Substanzverzehr eintritt. Letztenendes, so meint Hax daher, ist es "also ein zweifelhaftes Unterfangen, wenn man mit Hilfe dieses Verfahrens eine Erhöhung der Beschaffungspreise abfangen und so trotz Aufwandsbewertung zu Anschaffungspreisen die Unternehmungs-Substanz erhalten möchte" (5).

(1) Hax, Bilanzgewinn, S. 459.

(2) vgl. Hax, Substanzerhaltung, insbesondere S. 257-262, hier S. 257.

(3) Hax, Substanzerhaltung, S. 257.

(4) Hax, Substanzerhaltung, S. 258.

(5) Hax, Substanzerhaltung, S. 262.

Wenn man nun aber berücksichtigt, daß bei den Wirtschaftsgütern des abnutzbaren Realanlagevermögens auch z. B. durch Verfahren der Gruppenbewertung, insbesondere durch die Anwendung von Festwertrechnungen bei verschiedenen Wirtschaftsgütergruppen, daß durch die sofortige Abschreibung der sogenannten geringwertigen Wirtschaftsgüter (vgl. § 6 EStG), daß durch die bereits erwähnten sonstigen Verfahren und daß durch die Nichtaktivierung bestimmter Ausgaben, die übrigens auch steuerrechtlich unter gewissen Voraussetzung zulässig ist, zur Substanzerhaltung beigetragen werden kann, dann liegt die Vermutung nahe, daß bei den Wirtschaftsgütern des abnutzbaren Realanlagevermögens nicht noch außerdem eine besondere SER gebildet werden muß, um die Substanz der Unternehmung zu erhalten.

Im Falle der Festwertrechnung, die z. B. für die gesamten Transporteinrichtungen im Untertagebau oder für das gesamte Hotellgeschirr in Hotelbetrieben anwendbar ist, werden die insgesamt vorhandenen Wirtschaftsgüter im allgemeinen einmalig festgestellt, zu den effektiven Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten bewertet und dann mit der Hälfte des ermittelten Gesamtwertes in der Bilanz ausgewiesen, weil man unterstellt, daß sich der Gesamtbestand gleichmäßig aus Wirtschaftsgütern verschiedener Altersgruppen zusammensetzt. Allein durch dieses Verfahren werden u. U. erhebliche stille Reserven gebildet, die zur Substanzerhaltung beitragen können. Dies gilt umso mehr, wenn im Falle der Preiserhöhungen der erhöhte Festwert in gleicher Höhe in der Bilanz angesetzt wird, wie dies in der Praxis fast regelmäßig geschieht. Wenn man nun berücksichtigt, daß alle Neuzugänge in der Bilanz im engeren Sinne keinen Niederschlag finden, sondern sofort als Aufwand gebucht werden, dann werden die Möglichkeiten dieses Verfahrens zur Substanzerhaltung besonders deutlich, sofern keine Minderbestände eintreten. Diese Aufwandsverrechnung bedeutet "unter der Voraussetzung, daß der Zugang mengenmäßig dem Substanzverzehr entspricht, Bewertung dieses Aufwandes zu Wiederbeschaffungspreisen" (1).

Zur Verrechnung von Wiederbeschaffungspreisen und zur Bildung stiller Reserven kommt es auch dann, wenn die Ausgaben für "Wartung und Pflege der Anlage, für laufende Instandhaltung, für Teil-Erneuerungen und für Generalüberholungen" (2) in derselben Periode des Anfalls als Aufwand verrechnet werden. Eine derartige Handhabung ist unter dem Gesichtspunkt der Substanzerhaltung bei isolierter Betrachtung dieses Verfahrens im allgemeinen nur dann gerechtfertigt, wenn der Aufwand aus den oben genannten Posten und der Aufwand aus den Abschreibungsbeträgen zusammen dem effektiven Substanzverzehr der Anlagegüter entspricht.

Wenn man berücksichtigt, "daß der Unterhaltungsaufwand bei Anlagen

(1) Hax, Substanzerhaltung, S. 196.

(2) Hax, Substanzerhaltung, S. 182-183.

sich größenordnungsmäßig (häufig ~ der Verf.) durchaus mit dem Abschreibungsaufwand vergleichen läßt" (1), dann muß man zwangsläufig vermuten, daß auf Grund der wachsenden Tendenz, "den Anlagenaufwand verstärkt in Form des Unterhaltungsaufwandes und weniger in Form von Abschreibungen zu erfassen", daß also auf Grund einer Tendenz, die in der Bilanzierungspraxis in den letzten Jahren immer mehr zu beobachten war, eine Substanzerhaltung oder gar eine Substanzerweiterung möglich war (2).

Gleichwohl läßt sich die Richtigkeit dieser Vermutung nur im Einzelfalle an Hand von Substanzrechnungen nachweisen. Hier handelt es sich um Maßnahmen der Unternehmungspolitik, die nicht ohne weiteres in ihrer Bedeutung für sämtliche Unternehmungen erkannt werden können.

Zweifelsohne wird es aber auch Unternehmungen geben, bei denen die oben dargestellten Voraussetzungen zur Substanzerhaltung nicht bzw. nur in beschränktem Ausmaß gegeben sind, bzw. bei denen die Unternehmungsleitung nicht die zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Substanzerhaltung angewandt hat. Ob und wann dies der Fall ist, das kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Dabei ist zu beachten, daß die Feststellung, ob die Substanz gesichert ist oder nicht, Schwierigkeiten bereitet und häufig erst dann getroffen wird bzw. getroffen werden kann, wenn schon ein erheblicher Substanzverzehr eingetreten ist, und daß auch im Falle des Substanzverzehr die Feststellung der Ursache des Substanzverzehr, die in mangelnder Möglichkeit und/oder mangelhafter Entscheidungen begründet liegen kann, nicht selten Anlaß zu großen Meinungsverschiedenheiten gibt. Würde es der Unternehmung im Falle, daß die Substanz gemäß den oben dargestellten Methoden nicht erhalten werden kann, gestattet sein, für denjenigen Teil, der nicht erhalten werden kann, eine Substanzerhaltungsrechnung, z.B. eine Indexrechnung einzuführen (3), so würde u.U. derjenige Unternehmer zusätzlich belohnt, der die Substanz zwar hätte erhalten können, aber auf Grund von Fehlentscheidungen nicht erhalten hat. Eine derartige Rechnung würde aber wegen der Feststellung der durch die Indexrechnung auszuschaltenden Scheingewinne so problematisch und arbeitsaufwendig in der Durchführung und so schwierig und arbeitsaufwendig in der Prüfung durch die Steuerbehörden und die Wirtschaftsprüfer, daß sie nicht empfohlen werden kann.

Wir kommen damit zu folgendem Ergebnis: Im allgemeinen stehen den Unternehmungen geeignete Maßnahmen zur Verfügung, um die Substanz

(1) Hax, Substanzerhaltung, S.189.

(2) Hax, Substanzerhaltung, S.182-193, hier S.193.

(3) Es müßte hier von einer Indexrechnung für Investitionsgüter ausgegangen werden. Diese ist zwar einerseits problematisch, wie wir nachgewiesen haben, sie ist aber andererseits relativ einfach zu handhaben.

des abnutzbaren Realanlagevermögens zu erhalten. Sollte im Einzelfalle auf Grund mangelnder Möglichkeiten die Substanz nicht erhalten werden können, so könnte z. B. nach der Erbringung eines eindeutigen Nachweises (im Zweifels-
falle evtl. durch Entscheidungen einer neutralen Stelle) staatliche Sondermaß-
nahmen zur Unterstützung ergriffen werden, sofern nicht nur die Kapitalerhal-
tung, sondern auch die Substanzerhaltung der Unternehmungen grundsätzlich
als erforderlich angesehen werden muß. Ob dies der Fall ist oder nicht, das
werden wir später untersuchen.

Ein Nachteil der z. Zt. in großer Vielzahl vorhandenen Maßnahmen zur
Substanzerhaltung des abnutzbaren Realanlagevermögens besteht darin, daß
man - wenn überhaupt - dann nur unter großem Arbeitsaufwand feststellen kann,
inwieweit es gelungen ist, die Substanz zu erhalten bzw. die Substanz sogar
noch zu vergrößern. Ein Außenstehender hat nahezu überhaupt gar keinen ent-
scheidenden Anhaltspunkt, wie er diese Frage beurteilen soll. Er weiß nicht
einmal, welche Maßnahmen überhaupt durchgeführt wurde, um die Substanz zu
erhalten bzw. zu vergrößern. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es zweifelsohne
vorteilhaft, wenn entweder alle dargestellten Verfahren zur Substanzerhaltung
und die hieraus resultierenden Ergebnisse im Geschäftsbericht erläutert werden
müßten oder aber die Vielzahl der vorhandenen Maßnahmen, soweit sie auf
Sondervergünstigungen und Sonderbestimmungen beruhen, radikal verboten (1)
und z. B. - trotz der Problematik - durch ein einheitliches, praktikables und
übersichtliches Verfahren ersetzt würden, z. B. durch ein Indexverfahren mit
einem Branchen - Spezialindex, dessen Ergebnis der Anwendung im Geschäfts-
bericht zu erläutern wäre.

b Die Möglichkeiten und Grenzen, nicht endgültig realisierte Gewinne
beim Vorratsvermögen auszuschalten

b₁ Die Möglichkeiten und Grenzen der Substanzerhaltung durch stille Rück-
lagen

b₁₁ Die Rechnung mit eisernen Beständen

Bei den Wirtschaftsgütern des Vorratsvermögens (2), d. h. bei den Roh-, Hilfs-
und Betriebsstoffen, bei den Halbfertigfabrikaten, Fertigfabrikaten und bei den
Waren, zeigt sich "wegen ihres häufigeren Umschlags" ein viel engerer "Zu-

- (1) soweit das Verbot nicht erheblich gegen das Wirtschaftlichkeitsprinzip
bei der Durchführung der Inventurarbeiten verstoßen würde.
- (2) Der Begriff "Vorratsvermögen" ist kein Begriff aus dem Aktiengesetz. Er
wurde zum ersten Mal im DM-Bilanzgesetz vom 31. 8. 1949 verwendet
(vgl. § 20).

sammenhang zwischen Verbrauch und Wiederbeschaffung als er zwischen Abschreibung und Anlagenersatz besteht. Das muß bei der Entscheidung berücksichtigt werden" (1). Beim Vorratsvermögen, bei dem die "Gegenläufigkeit der Bilanzbewertung und Aufwandbewertung" (2) deutlich zu beobachten ist, wirken sich die Geldwertschwankungen in voller Höhe auf den Gewinn aus. Es bedurfte daher insbesondere bei den Wirtschaftsgütern des Vorratsvermögens und insbesondere im Falle der nicht lagerlosen Fertigung geeigneter Maßnahmen, um diese Geldwertschwankungen auszuschalten und die Substanz zu erhalten. Als geeignete Maßnahme wurde lange Zeit die Rechnung mit eisernen Beständen (3) angesehen. Schäfer versteht unter einem eisernen Bestand "unerläßliche Mindestvorräte" (4), Mellerowicz spricht von einem "Mindestbestand, der so hoch sein muß, daß eine reibungslose Betriebsfortführung garantiert ist ...". Er ist der Teil des Lagers, "der sich theoretisch während der ganzen Betriebsdauer nicht in Geld zurückverwandelt" (5).

Heinen führt aus: "Der eiserne Bestand umfaßt die Güter, die zwar zur Veräußerung bestimmt sind und auch laufend veräußert werden, deren mengenmäßiger Bestand als Ganzes jedoch ständig vorhanden sein muß, wenn ein reibungsloses Funktionieren des Betriebes gesichert sein soll" (6). Schmalenbach spricht vom eisernen Bestand als dem "vom Betrieb benötigte(n) Minimum der Vorräte" (7). Dieser eiserne Bestand muß umso höher sein, "je größer der zu erwartende Verbrauch, je größer die Mindest-Bestellmenge, je länger die Frist für die Nachbeschaffung und je geringer die Sicherheit der Einhaltung der Lieferfrist ist" (8).

Diese Rechnung mit eisernen Beständen, bei der grundsätzlich "Preisänderungen ... auf die Bewertung ... ohne Einfluß" (9) bleiben sollen, hat Schmalenbach bereits in der ersten Auflage der "Dynamischen Bilanz" (1919) in das Bilanzwesen eingeführt, "um recht deutlich zu machen, daß die Vorräte trotz ihres Charakters als Umsatzgegenstände Verwandtschaft mit den Anlagewerten haben und daß sich aus dieser Verwandtschaft eine Ähnlichkeit der

(1) Liebl, a. a. O., S. 82-83.

(2) Hax, Substanzerhaltung, S. 71.

(3) In den angelsächsischen Ländern wird diese Methode als "base-stock-method" bezeichnet.

(4) Schäfer, Unternehmung, S. 138.

(5) Mellerowicz, Konrad: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, III. Band, 9. Aufl., Berlin 1956, S. 77.

(6) Heinen, Handelsbilanzen, S. 41.

(7) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (9), S. 163.

(8) Endres, Walter: Der eiserne Bestand als Mittel zur Vermeidung des Ausweises und der Besteuerung von Scheingewinnen, in: ZfhF 1952, Jg. 4 NF, S. 217-230, hier S. 222.

(9) Heinen, Handelsbilanzen, S. 41.

Bewertung ergibt" (1). Es könnte daher auch empfohlen werden, den eisernen Bestand in der Bilanz unter dem Anlagevermögen auszuweisen.

Bei der in der Literatur sehr häufig behandelten Rechnung mit eisernen Beständen (2) wird der eiserne Bestand zum Festpreis in der Bilanz ausgewiesen. Im Falle, daß der tatsächliche Bestand höher als der eiserne Bestand ist, soll der Mehrbestand bei der Einzelbewertung zum Tageswert und bei der Gruppenbewertung zum Durchschnittswert angesetzt werden. Kritisch wäre hierzu zu sagen, daß "der Ansatz dieser (Mehr-) Bestände zu dem Wert, den sie am Bilanzstichtag haben, ... gegen das Realisationsprinzip" verstößt, "wenn der Tageswert über dem Anschaffungswert liegt" (3). Selbst dann, wenn die Empfehlung Schmalenbachs befolgt wird, nach der diese Buchgewinne passiviert und in den nächsten Jahren abzuschreiben sind, kann dies zum Substanzabbau führen, wenn die Mehrbestände oder Teile der Mehrbestände eigentlich zum eisernen Bestand gerechnet werden müßten bzw. wenn die Abschreibungen in den folgenden Jahren zu niedrig angesetzt werden.

Während Schmalenbach den eisernen Bestand in der Hauptsache als den "bei der Lagerverwaltung zu beobachtenden Mindestbestand" ansah, "unter den der Vorrat unter gewöhnlichen Verhältnissen nicht sinken soll" (4) und "während es Schmalenbach um die Ermittlung des möglichst richtigen, vergleichbaren Erfolges" ging, "wobei die Erhaltung der Substanz nebenher" in Erscheinung trat (5), benutzen die Theoretiker und Praktiker der Betriebswirtschaftslehre das Prinzip der Rechnung mit eisernen Beständen später insbesondere unter dem Gesichtspunkt, "die mengenmäßige Erhaltung des Kapitals" zu

(1) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 209.

(2) Z. B. u. a.:

Barth, Kuno: Die Bewertung mit eisernen Beständen, Stuttgart 1951.

Bertrams, Otto: Der Eiserne Bestand in der Bilanz, in: ZfhF 17. Jg., 1923, S. 444-480.

Christoph, B.: Eiserner Bestand und Preisdifferenzen-Rücklage in der betriebswirtschaftlichen Praxis, in: Der Betrieb, 9. Jg., 1956, S. 25-27.

Hax, Karl: Gruppenbewertung und Rechnen mit Eisernen Beständen beim Vorratsvermögen, in: Der Betriebs-Berater, 10. Jg., 1955, S. 793-798.

Münstermann, Hans: Eiserner Bestand, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaftslehre, 3. Aufl., Stuttgart 1956, Sp. 1597-1607.

Osterroth, Heinrich: Der Eiserne Bestand und der gebundene Vorrat in der Ertragsteuerbilanz, Diss. Frankfurt, 1948.

(3) Heinen, Handelsbilanzen, S. 41.

(4) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 209.

(5) Liebl, a. a. O., S. 64.

erreichen (1), der Grundsatz der eiserne Bestandsrechnung" (2) wurde "durch die verschiedene Zwecksetzung jedoch nicht berührt" (3, (4).

Gegen die Rechnung mit eisernen Beständen könnte eingewendet werden

1) Die Ermittlung des richtigen eisernen Bestandes ist schwierig, ja gelegentlich unmöglich. Wenn stets ein gleichbleibender Bestand, ein Durchschnittsbestand oder ein sonstiger Bestand als eiserner Bestand deklariert wird, dann liegt hier insofern ein Mangel begründet, als dem jeweils als zumindest betriebsnotwendig erachteten Bestand damit "der Charakter der Norm" verliehen wird (5), der im modernen Wirtschaftsleben wegen der ständigen saisonalen, konjunkturellen und strukturellen Änderungen in den verschiedensten Bereichen im allgemeinen nur selten bzw. nur für kürzere Zeitintervalle als richtig angesehen werden kann. Wenn jeweils ein anderer als ein irgendwie aus der Vergangenheit fixierter Bestand als eiserner Bestand deklariert wird, dann kommt das Moment der Willkür mit allen sich daraus ergebenden Gefahren zum Zuge. So weist z.B. Hax nach, daß die "Vorräte, auch soweit sie als betriebsnotwendig zu bezeichnen sind, (meistens - der Verf.) nicht annähernd den Charakter von Festmengen haben. Es sind im Gegenteil oft erhebliche Schwankungen zu beobachten, vor allem unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Gegebenheiten. Soweit allerdings technische Faktoren ausschließlich oder überwiegend die Bestandsgröße bestimmen, zeigt sich eine gewisse Konstanz" (6).

2) Die Ermittlung des Wertes mit dem der eiserne Bestand in der Bilanz ausgewiesen werden muß, ist schwierig. Wird der Wert zu hoch angesetzt, so kommt es zum Ausweis unrealisierter Gewinne und u.U. zum Substanzabbau, wird der Wert zu niedrig angesetzt, so kommt es zum Ausweis unrealisierter Verluste und zur Bildung hoher stiller Reserven.

(1) Schmalenbach sagt: "Der eiserne Bestand ist ... durch die Inflation zu hohen Ehren gekommen. Er war im Grunde genommen ein Mißbrauch der Idee, und ich habe mich der erstaunlichen Karriere des Kindes nicht recht freuen können" (Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 209).

(2) Terminologisch ist zu beachten, daß man besser von einer "sogenannten eisernen Bestandsrechnung", oder - am besten - von einer "Rechnung mit eisernen Beständen" sprechen sollte, weil nicht die *R e c h - n u n g*, sondern der *B e s t a n d* als nahezu unveränderlich angenommen wird.

(3) Lieb¹, a. a. O., S. 64.

(4) Vgl. hierzu auch Münstermann, H.; Eiserner Bestand, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. I, Sp. 1601-1602.

Vgl. hierzu auch Hax, Substanzerhaltung, insbes. S. 121-133.

(5) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 210.

(6) Hax, Substanzerhaltung, S. 101-104, hier S. 104.

3) Selbst dann, wenn der eiserne Bestand richtig ermittelt und auch der richtige Wert in Ansatz gebracht worden wäre, könnten sich Gefahren ergeben. Dies wäre z. B. dann der Fall, wenn Mehrbestände vorhanden wären und diese Mehrbestände nach den Gruppenbewertungsverfahren zu Durchschnittswerten in der Bilanz ausgewiesen würden, weil die Durchschnittswerte im allgemeinen die individuellen Verhältnisse nicht vollkommen richtig widerspiegeln. Da diese Zusammenhänge bereits im einzelnen dargestellt worden sind, kann an dieser Stelle auf frühere Ausführungen verwiesen werden. Auch im Falle der Anwendung des Einzelbewertungsverfahrens kann die Substanzerhaltung in Frage gestellt sein, wenn die Mehrbestände "preismäßig nicht neutralisiert sind" (1). Dies gilt sinngemäß auch für spekulative Vorräte und jene "gebundenen und nicht gebundenen Vorräte, die während des Jahres angeschafft und wieder veräußert werden" (2).

4) Bei Bestandsminderungen (3) ergeben sich unter der Voraussetzung der Preissteigerungen Schwierigkeiten, weil in diesem Falle die stillen Reserven automatisch aufgelöst werden. Der gelegentlich gemachte Vorschlag, anstelle der Subtraktionsmethode die Rückstellungsmethode in dem Sinne anzuwenden, daß der eiserne Bestand trotz der Bestandsminderung in unveränderter Menge und in unverändertem Wert auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen wird und auf der Passivseite der Bilanz bis zur Wiederbeschaffung eine Rückstellung in Höhe des Minderbestandes zum Tageswert anzusetzen ist", bewirkt nicht unbedingt eine Substanzerhaltung. Außerdem ist dieser Vorschlag nach unserer Auffassung nicht mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung vereinbar, weil auf der Aktivseite der Bilanz ein Teilposten für ein Wirtschaftsgut ausgewiesen wird, das überhaupt nicht vorhanden ist.

5) Im Falle der Preissenkungen ist die Rechnung mit eisernen Beständen nicht mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung vereinbar, es sei denn, man befolge die Empfehlungen Schmalenbachs (5) und setze den Festpreis für den eisernen Bestand sehr niedrig an. Wenn man dies tut, dann werden allerdings u. U. zu hohe stille Reserven gelegt und dadurch zu niedrige Gewinne ausgewiesen.

(1) Hax, Substanzerhaltung, S. 126.

(2) Endres, Der eiserne Bestand ..., S. 230.

(3) "Falls die eisernen Bestände rein technisch bedingt sind, wie etwa Maschinenbelag, Apparate- und Ofenfüllungen oder Kreislaufmaterial, sind Bestandsminderungen" in größerem Umfang "unwahrscheinlich" (Hax, Substanzerhaltung, S. 127).

(4) Dieser Vorschlag wurde bereits weiter oben dargestellt.

(5) Ausführungen in Anlehnung an Hax (Seminarsetzung im Industrieseminar, WS 1960/61, Universität Frankfurt).

6) Die Rechnung mit eisernen Beständen versagt in der Regel vollkommen, wenn sich die artmäßige und/oder qualitätsmäßige Zusammensetzung der Bestände ändert, wie dies z. B. bei den modernen Handelsbetrieben wegen der Sortimentsänderungen im Laufe der Zeit ständig der Fall ist.

7) Außerdem ist zu berücksichtigen, daß "die Bewertungsprinzipien, die Schmalenbach im Zusammenhang mit der Rechnung mit dem eisernen Bestand bzw. dem gebundenen Vorrat (1) formuliert, ... u. U. dem Prinzip richtiger Periodenabgrenzung" widersprechen. "Dies gilt mit Bezug auf den eisernen Bestand für die Jahre, in denen er gelegt, erweitert oder aufgelöst wird. Mit Bezug auf den gebundenen Vorrat gilt es für alle Jahre, in denen dieser Vorrat eine mengenmäßige Änderung erfährt" (2).

8) Ein weiterer Mangel der Rechnung mit eisernen Beständen besteht darin, daß sie sich "nur auf die Stichtagsbestände erstreckt und deren Wertschwankungen neutralisiert. Die Erfolgswirkungen aller anderen, im Laufe des Jahres entstehenden Bestände werden deshalb ... nicht erfaßt" (3). Dieser Einwand hat insbesondere bei Saisonbetrieben große Bedeutung, bei denen die Vorratsmengen im allgemeinen während des Geschäftsjahres stark schwanken. Hax meint, dieser Mangel könnte dadurch behoben werden, "daß man den Bilanztermin auf einen Zeitpunkt legt, an dem die Vorräte den Höchstbeständen oder zum mindesten den Durchschnittsbeständen entsprechen" (4). Hierdurch wird es sicher in vielen Fällen möglich sein, den Mangel zu beheben. Wenn man aber berücksichtigt, daß man die Höhe der Bestände häufig nicht voraussehen kann, daß jede Durchschnittsrechnung mit Mängeln behaftet ist und daß für eine andere Festlegung des Bilanzstichtages häufig entscheidendere Tatsachen sprechen, dann bleibt der erwähnte Mangel der Rechnung mit eisernen Beständen vielfach bestehen.

9) Unter der Voraussetzung, daß erstens der Umsatztag und der Wiederbeschaffungstag zusammenfallen und daß zweitens der Anfangsbestand gleich dem Endbestand ist, stimmt der Gewinn, der nach der Rechnung mit eisernen Beständen ermittelt wird, mit dem Gewinn nach der organischen Tageswertbilanz überein. Bei dieser Rechnung entsteht im Falle der Preissenkungen ein Widerspruch zu den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung, wenn die bisher auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesenen Werte des Wertänderungskontos nun auf die Aktivseite der Bilanz überwechseln. Im übrigen gelten bei dieser Rechnung alle Einwände, die wir bereits im Zusammenhang mit der Kritik an der organischen Tageswertbilanz vorgebracht haben.

(1) Hierauf gehen wir später noch ein.

(2) Heinen, Handelsbilanzen, S. 43.

(3) Liebl, a. a. O., S. 69.

(4) Hax, Substanzerhaltung, S. 133.

10) Schließlich wäre auch zu erwähnen,

- a) daß die Rechnung mit eisernen Beständen steuerrechtlich grundsätzlich nicht anerkannt wird
und
- b) daß nach Dornemann etwa 90 % aller Unternehmungen nur noch e i n e Bilanz, nämlich eine den steuerrechtlichen Vorschriften gerecht werden-
de Bilanz, aufstellen (1).

Durch diese Tatsachen ist es bedingt, daß auch die Rechnung mit eisernen Be-
ständen, die bei der Aufstellung von Handelsbilanz u n d Steuerbilanz we-
nigstens in der Handelsbilanz angewendet werden kann, nun in der Praxis fast
überhaupt nicht mehr zum Zuge kommen kann. Zwar wurde die Rechnung mit
eisernen Beständen im Gutachten des OFH vom 3. 6. 1949 I D 2/49 S unter ge-
wissen Voraussetzungen zunächst beschränkt zugelassen (2), nämlich für den
Mindestbestand an anlageähnlichen Vorräten einschließlich der Apparatefüllun-
gen und des Maschinenbelages, später wurde aber diese Rechnung nur noch in
Ausnahmefällen erlaubt. Sie wurde zwar vom BFH im Urteil vom 1. 3. 1955,
BStBl 55 III/144 ff., nochmals gebilligt, diese Billigung erfolgte jedoch nur
bis zum 31. 12. 1954, weil für den 1. 1. 1955 eine neue gesetzliche Regelung
angekündigt wurde, nämlich die Rücklage für Preissteigerungen (vgl. § 51 EStG).
Eine derartige Rücklage konnte nach § 74 EStDV unter bestimmten Vorausset-
zungen für vertretbare Wirtschaftsgüter (3) zu Lasten des steuerlichen Gewinns
gebildet werden. Sie mußte jedoch spätestens am Ende des vierten bzw. sech-
sten Jahres wieder gewinnerhöhend aufgelöst werden. Insofern stellte diese Re-
gelung keine unbedingte Vermeidung der Besteuerung von Scheingewinnen, son-
dern ceteris paribus lediglich eine Finanzierungshilfe in Form einer Steuer-
stundung dar.

b₁₂ Die Rechnung mit gebundenen Vorräten

Um die Änderungen des betriebsnotwendigen Bestandes bei den verschiedensten
Schwankungen zu berücksichtigen, ist Schmalenbach in den späteren Auflagen
der "Dynamischen Bilanz" von der Rechnung mit eisernen Beständen zu der
Rechnung mit gebundenen Vorräten übergegangen. Bei dieser Rechnung soll
nach Schmalenbach der aus der letzten Rechnungsperiode übernommene Bestand
zum Bilanzwert weiterverrechnet und unter Berücksichtigung der Bestandsmeh-
rungen und Bestandsminderungen zum jeweiligen Zeitwert auch in der neuen
Bilanz zum Ansatz gebracht werden (4).

- (1) Ausführungen in Anlehnung an Dornemann, Richard, Vorlesung "Betrieb
und Steuern", WS 1960/61, Universität Frankfurt.
- (2) Im OFH-Gutachten heißt es: "Als anlageähnliches Vorratsvermögen wird
man den Mindestbestand an Waren und insbesondere an Rohstoffen ansehen
können, der notwendig ist, die reibungslose Fortführung des Betriebes bis zum
Eingang von Ersatzgütern unter gemeingewöhnlichen Verhältnissen zu sichern".
- (3) vgl. hierzu § 91 BGB.
- (4) Heinen, Handelsbilanzen, S. 42.

Während nach Schmalenbach für den eisernen Bestand eine einmalige Sonderabschreibung vorgenommen werden soll, befürwortet Schmalenbach bei den gebundenen Vorräten "laufende Abschreibungen in verhältnismäßig geringen Beträgen pro Jahr" ...; damit "wird der anlageähnliche Charakter des gebundenen Vorrates noch stärker herausgestellt als dies beim eisernen Bestand der Fall ist" (1).

Nachteile dieser Rechnung bestehen u. a. darin, daß "diese Anpassung immer mit einer Verzögerung von einem Jahr" erfolgen muß. Dies entspricht dem Gedanken der vergangenheitsgerichteten Geldkapitalrechnung, widerspricht aber dem Gedanken der zukunftsgerichteten Substanzerhaltungsrechnung. Außerdem müßte erwähnt werden, daß sich bei dieser Rechnung "auch zufällige Bestandsänderungen (am Geschäftsjahresende - der Verf.) auf die Höhe des rechnungsmäßigen eisernen Bestandes auswirken" (2). Im übrigen könnte gesagt werden: Wenn hierdurch auch zum Teil die Einwände beseitigt werden, die gegen die Rechnung mit eisernen Beständen vorgebracht worden sind, so haben doch die im Zusammenhang mit der Kritik an der Rechnung mit eisernen Beständen vorgebrachten wesentlichen Argumente auch bei der Rechnung mit gebundenen Vorräten noch uneingeschränkte Gültigkeit, so daß auch diese Rechnung nicht unbedingt eine Substanzerhaltung gewährleisten kann.

b₁₃ Die Rechnung nach dem Lifo-Prinzip

Vielfach (3) ist empfohlen worden, das Lifo (Last in, first out)-Prinzip als Abfassungsprinzip für die Wirtschaftsgüter des Vorratsvermögens anzuwenden, um die Substanz der Unternehmung zu erhalten. Hierbei wird unterstellt, daß die zuletzt in die Unternehmung eingegangenen Wirtschaftsgüter zuerst veräußert bzw. verbraucht werden. Dadurch, daß die Bestände mit den Preisen der früheren Anschaffungen bewertet werden, kommt es im Falle der Preissteigerungen zu einem hohen Ansatz des Rohstoffverbrauchs, bei den verkauften Wirtschaftsgütern zum Ausweis niedriger Verkaufsgewinne und bei den unverkauften bzw. unverbrauchten Wirtschaftsgütern des Vorratsvermögens zur Bildung stiller Reserven, die nach verbreiteter Meinung (3) (4) eine Substanzerhaltung ermöglichen.

Kritisch wäre zu sagen, daß dieses Prinzip zwar dem Wiederbeschaffungsprinzip nahe kommt, daß es aber häufig nicht mit dem Wiederbeschaffungsprinzip identisch ist. "Liegen keine zu großen Wertschwankungen vor und schla-

(1) Heinen, Handelsbilanzen, S. 42.

(2) Hax, Substanzerhaltung, S. 131.

(3) in der Praxis

(4) Auf die Stellungnahmen in der Literatur werden wir später eingehen.

gen sich die Bestände schnell um, so kann sich eine ungefähre Übereinstimmung des letzten Buchpreises mit dem Tageswert ergeben. Bei starken, in derselben Richtung verlaufenden Preisveränderungen fallen (aber) beide mehr und mehr auseinander, wodurch das Ergebnis der Lifo-Methode an Brauchbarkeit einbüßt" (1).

Als Kritik zum Lifo-Verfahren könnte weiterhin erwähnt werden, daß die Unterstellung, die zuletzt eingegangenen Wirtschaftsgüter würden zuerst wieder veräußert bzw. verbraucht, nur in den seltensten Fällen wirklichkeitsnah ist. Das Lifo-Verfahren dürfte daher nicht unter dem Gesichtspunkt der in der Wirtschaft wirklichen Vorgänge betrachtet, sondern müßte als eine Hilfsrechnung zur Erhaltung der Substanz angesehen werden. Wenn sich auch bei dieser Rechnung gewisse Übereinstimmungen hinsichtlich der Bewertung in der Kostenrechnung und Unternehmungsrechnung, d.h. hinsichtlich der Betriebsbuchhaltung und Finanzbuchhaltung, ergeben und Umwertungsprobleme zum großen Teil entfallen, und wenn sich auch gegenüber der Rechnung mit eisernen Beständen insofern Vorteile ergeben, als hier keine Ermittlung des Mindestbestandes der Vorräte notwendig und die Rechnung auch hinsichtlich des Wertansatzes schematisch durchführbar ist, so setzt diese Rechnung allerdings voraus, daß alle Bestandsbewegungen in der Lagerbuchhaltung in richtiger Reihenfolge mit dem zugehörigen Preisen fixiert werden. Vorteile des Lifo-Prinzips gegenüber der Rechnung mit eisernen Beständen bzw. gebundenen Vorräten bestehen auch darin, daß sich diese Rechnung nicht nur auf den Stichtagsbestand bezieht. Die Lifo-Methode hält auch "grundsätzlich an den historischen Anschaffungskosten fest" (2), während bei den bisher dargestellten und kritisierten Rechnungen für den eisernen Bestand bzw. für den gebundenen Vorrat mehr oder weniger fingierte Werte zum Ansatz gebracht werden. Außerdem ist das Lifo-Prinzip im Hinblick auf die Substanzerhaltung dann besser als die Rechnung mit eisernen Beständen bzw. mit gebundenen Vorräten geeignet, wenn die Preise steigen und die Bestände wachsen, weil in diesem Falle bei der Lifo-Methode höhere stille Reserven gebildet werden. Da in den letzten Jahren diese Voraussetzungen im allgemeinen erfüllt waren, wäre der Lifo-Methode der Vorzug zu geben gewesen.

Ein gemeinsamer Vorteil aller bis jetzt dargestellten Rechnungen zur Substanzerhaltung des Vorratsvermögens besteht darin, daß den Erträgen einer Periode grundsätzlich die Aufwendungen auf Grund der Ausgaben derselben Periode gegenübergestellt werden können (3).

Neben diesem gemeinsamen Vorteil sind allerdings auch noch einige gemeinsame Nachteile vorhanden. Diese bestehen vor allem darin, daß bei Preissenkungen diese Rechnungen den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und

(1) Liebl, a.a.O., S. 78.

(2) Liebl, a.a.O., S. 78.

(3) Vgl. Liebl, a.a.O., S. 78.

Bilanzierung widersprechen, weil die Bilanzbestände zu hoch bewertet sind (1), daß bei Preiserhöhungen in allen Rechnungen mit stillen anstelle von offenen Reserven gearbeitet wird, daß alle Verfahren steuerlich nicht anerkannt werden (2) und daß bei Bestandsminderungen und Artänderungen und/oder Qualitätsänderungen häufig keine Substanzerhaltung gewährleistet werden kann.

Gutenberg führt im Zusammenhang mit Bestandsminderungen aus: "Auch die Notwendigkeit, sich an wechselnde Mengenverhältnisse im Zuge einer Ausweitung oder Einschränkung der Produktion anzupassen, wirft beachtliche Probleme auf. Als wenig leistungsfähig erweist sich hier insbesondere das Rechnen mit eisernen Beständen. Bei einem Wachsen des Betriebes ermöglicht die Lifo-Methode eine wesentlich bessere Anpassung. Beide Methoden sind aber nicht in der Lage, die Substanzerhaltung zu sichern, wenn die Bestände vorübergehend erheblich zurückgehen; die in den Beständen enthaltenen Reserven werden dann automatisch aufgelöst und als Gewinn ausgewiesen. Beim Rechnen mit Substanzerhaltungsrücklagen tritt diese Folge nicht ein, da die Substanzerhaltungsrücklage nach irgendwie bemessenen Normalmengen festgelegt werden kann und darum ein hohes Maß an Mengeneelastizität aufweist" (3).

b₁₄ Die Rechnung nach sonstigen Prinzipien

Wenn eine Substanzerhaltung durch Aufwandskorrektur auf der Aktivseite der Bilanz angestrebt wird, so kommen neben der Rechnung mit eisernen Beständen bzw. gebundenen Vorräten und neben der Rechnung nach dem Lifo-Prinzip noch folgende Möglichkeiten der Rechnung in Frage (4):

- (1) Es werden Sonderabschreibungen notwendig.
- (2) In dem bereits zitierten Gutachten des OFH vom 3. 6. 1949 wurde die Zulässigkeit des Lifo-Verfahrens grundsätzlich verneint.
- (3) Gutenberg, Erich; Buchbesprechung zu "Die Substanzerhaltung der Betriebe", in: ZfB 1958, 28. Jg., S. 533-535, hier S. 534-535.
- (4) Es wird hier von dem in Deutschland in verschiedener und teilweise mit anderen Methoden in kombinierter Form angewandten hypothesenfreien Durchschnittspreisverfahren abgesehen. Dieses Verfahren ist bereits in anderem Zusammenhang dargestellt und kritisiert worden. Liebl sagt hierzu: Das Durchschnittspreisverfahren ist "mit allen Zufälligkeiten und Mängeln jeder Durchschnittsrechnung behaftet". Ihr Ergebnis hängt u. a. "sowohl von den Mengen als auch von den Terminen der Ein- und Ausgänge ab. Obwohl dem Verfahren eine gewisse, wenn auch rein mechanische Verminderung größerer Preisschwankungen gelingt, kann es nicht als spezielles Mittel zur Neutralisierung derselben angesehen werden" (Liebl, a. a. O., S. 81).

- a) Die Rechnung nach dem Fifo-Prinzip,
- b) die Rechnung nach dem Hifo-Prinzip,
- c) die Rechnung nach dem Nifo-Prinzip.

Bei der Anwendung des Fifo-Prinzips werden die verbrauchten bzw. veräußerten Wirtschaftsgüter mit dem Preis des ältesten Bestandes bewertet. Im Falle der Preissteigerungen wird der Verbrauch niedrig bewertet und ein hoher Gewinn, evtl. ein Scheingewinn, ausgewiesen. Im Falle der Preissenkungen wird der Verbrauch hoch bewertet. Der Bilanzansatz der am Geschäftsjahresende vorhandenen Wirtschaftsgüter und damit der ausgewiesene Gewinn sind niedrig. Das Fifo-Prinzip stellt also das Gegenstück zu dem Lifo-Prinzip in dem Sinne dar, daß eine niedrige (hohe) Bewertung der in der Bilanz ausgewiesenen Vorräte nach dem Lifo-Prinzip im Falle der Preiserhöhung (Preissenkung) einer niedrigen (hohen) Bewertung nach dem Fifo-Prinzip im Falle der Preissenkung (Preiserhöhung) entspricht. Da das Lifo-Prinzip bereits unter dem Hinblick auf Preiserhöhungen und Preissenkungen eingehend gewürdigt wurde, kann an dieser Stelle auf frühere Ausführungen verwiesen werden.

Das Hifo (Highest in, first out) -Prinzip trägt inflationären und deflationären Erscheinungen in hohem Maße gleichzeitig Rechnung. Es entspricht im Falle der Preiserhöhungen (inflationären Erscheinungen) grundsätzlich dem Lifo-Prinzip und im Falle der Preissenkungen (deflationären Erscheinungen) grundsätzlich dem Fifo-Prinzip.

Da im Zuge der allgemeinen Preiserhöhungen, d.h. im Zuge der allgemeinen Geldwertminderung nicht ausgeschlossen werden kann,

- 1) daß auch bei einigen Wirtschaftsgüterarten generelle Preissenkungen eintreten,
- 2) daß trotz einer allgemeinen Tendenz zu Preiserhöhungen bei einer Wirtschaftsgüterart nicht gelegentlich auch ein Einkauf zu einem besonders niedrigen Preis möglich ist,

läßt sich im Falle der generellen Anwendung des Hifo-Prinzips eher als bei der Anwendung des generellen Lifo- bzw. Fifo-Prinzips eine Substanzerhaltung erreichen.

Bei der Anwendung des Nifo (Not in, first out)-Prinzips werden die abgefaßten Wirtschaftsgüter des Vorratsvermögens mit einem Mischpreis aus den Preisen der vorhandenen Wirtschaftsgüter und den Preisen der bestellten Wirtschaftsgüter bewertet. Damit trägt das Nifo-Prinzip, sofern die Preise der bestellten und noch nicht in Rechnung gestellten Wirtschaftsgüter bekannt sind, der nur zögernden Annäherung der bisher dargestellten und kritisierten Rechnungen an die Tageswertrechnung besser Rechnung.

b₂ Die Möglichkeiten und Grenzen der Substanzerhaltung durch offene Rücklagen

Bei steigenden Preisen kann die Substanz nur durch entsprechende Rücklagenbildung erhalten werden. Die Rücklagen, die z. B. zum Zwecke der Vorsorge für mögliche Verluste, zum Zwecke der Selbstfinanzierung und des Dividendenausgleichs, zu sozialpolitischen Zwecken (1), zum Zwecke der Deckung von Aufwendungen, die nicht aktivierungsfähig sind oder deren Aktivierung nicht erwünscht ist, und zum Zwecke der Substanzerhaltung gebildet werden, können auf der Aktivseite der Bilanz in der Form der stillen Rücklagen oder auf der Passivseite der Bilanz in der Form der offenen Rücklagen gebildet werden. Bisher sind die Möglichkeiten und Grenzen der Substanzerhaltung mit Hilfe der Bildung stiller Reserven dargestellt worden. In dem nun folgenden Teil unserer Untersuchung werden wir davon ausgehen, daß die Reserven auf der Passivseite der Bilanz offen ausgewiesen werden.

b₂₁ Der Ausweis einer Substanzerhaltungsrücklage

In der Literatur und Praxis werden verschiedene Berechnungsarten der Substanzerhaltungsrücklage (SER) vorgeschlagen (2).

Häufig wird in der Praxis empfohlen, den mit dem Anschaffungswert zu Beginn des Geschäftsjahres bewerteten Normalbestand von dem mit dem Anschaffungswert am Ende des Geschäftsjahres bewerteten Normalbestand zu subtrahieren und den sich auf diese Weise ergebenden Betrag als SER zu behandeln (Methode I). Diese Methode ist zwar relativ einfach zu handhaben, sie ist aber auch nur sehr ungenau. Die Ungenauigkeiten resultieren insbesondere daraus, daß am Anfang und am Ende des Geschäftsjahres nicht mit Ist-Beständen, sondern mit Normalbeständen gerechnet wird (3), und daß die zwischenzeitlichen Bestandsänderungen und die zwischenzeitlichen Anschaffungs- und Herstellungswerte nicht berücksichtigt werden.

Die Ungenauigkeiten können wenigstens zum Teil beseitigt werden, wenn der von Hax zur Verbesserung der Methode I gemachte Vorschlag berücksichtigt wird, nach dem die durchschnittlichen Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte der Rechnungsperiode den Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten am Bilanzstichtag gegenübergestellt werden und die mit dem Normalbestand multiplizierte Differenz als SER ausgewiesen wird (Methode II) (4)

-
- (1) Hier wären aber Rückstellungen besser, da Rückstellungen steuerlich abzugsfähig sind, Rücklagen dagegen nicht.
 - (2) Auf die Vorschläge in der Literatur werden wir weiter unten eingehen.
 - (3) Die Ermittlung des Normalbestandes ist problematisch, weil hierfür objektive und willkürfreie Maßstäbe fehlen.
 - (4) Hax, Substanzerhaltung, S. 158-159, siehe auch S. 159-168.

Meier beseitigt in der von ihm vorgeschlagenen Rechnung (Methode III) die Problematik der Normalbestände. Er geht von folgender Überlegung aus (1) : "Eine ideale Lösung ist die Methode der SER nur dann, wenn sie nicht einen angenehmen, sondern den wirklichen Scheingewinn erfaßt. Ausgangspunkt für die Errechnung des Rücklagebetrages kann daher nicht der Vorrat, sondern muß der Erlös selbst sein. Auf dem Wege der Nachkalkulation ist es möglich, die Scheingewinne genau zu bestimmen".

Meier geht z.B. im Falle des Industriebetriebs von dem in der Rechnungsperiode kalkulierten Werkstofflerlös aus (2) und zieht hiervon den zu effektiven Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten errechneten Werkstoffverbrauch ab. Wenn mit Gewinnen gearbeitet wird, ergeben sich als Differenz nach der "Bereinigung um mengenmäßige Kalkulationsdifferenzen die durch Anwendung der Wiederbeschaffungspreiskalkulation erzielten Scheingewinne" (3). Diese müssen neutralisiert werden.

Nach dieser Rechnung wird aber nur ein Teil der Geldwertveränderungen berücksichtigt, da nicht von dem jeweils objektiv richtigen Tagespreis bzw. Wiederbeschaffungspreis, sondern von dem jeweils kalkulierten Preis ausgegangen worden ist. Außerdem sind der Möglichkeit, Scheinverluste zu neutralisieren, Grenzen gesetzt. Deshalb wird zusätzlich eine Erfolgsanalyse durchgeführt. "Mit ihrer Hilfe werden nach Möglichkeit die gesamten durch Geldwertschwankungen verursachten Mehr- oder Mindererlöse aus dem Gewinn ausgesondert. Dadurch erst tritt der wirklich erwirtschaftete Gewinn in Erscheinung. Diese zusätzliche Erfolgsanalyse ist besonders wichtig, wenn echte Gewinne durch unechte Verluste aus Geldwertveränderungen kompensiert werden" (4).

Während Schmidt die Differenz zwischen Wiederbeschaffungswert und Anschaffungs- bzw. Herstellungswert, die Scheingewinne, bei jedem Umsatzakt

-
- (1) Meier, Albert ; Vorschlag zur Erfassung der wirklichen Scheingewinne und Rücklagenbildung in der Handels- und Steuerbilanz, in : Die Wirtschaftsprüfung, 1951, 4. Jg., S. 389-392, hier S. 391.
 - (2) "Nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen muß die Wirtschaft mit Wiederbeschaffungspreisen kalkulieren. Das gilt bei sinkenden Preisen ebenso wie bei steigenden und steht im Einklang mit dem Wirtschaftsstrafgesetz, das im § 19 (Preistreiberei) die Kalkulation mit Wiederbeschaffungspreisen grundsätzlich zuläßt" (Meier, Scheingewinne, S. 389).
 - (3) Meier, Scheingewinne, S. 392.
 - (4) Hax, Karl, Knorr, Ernst, Meier, Albert; Ein Verfahren zur Erfassung und Neutralisierung von Geldwertveränderungen, in: Die Wirtschaftsprüfung, 1952, 5. Jg., S. 293-296, hier S. 295.

feststellen und gesondert ausweisen will, tritt Meier dafür ein, die Scheingewinne als Differenz zwischen den Wiederbeschaffungswerten und den niedrigeren Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten nur ein Mal während des Geschäftsjahres zu ermitteln. Seine Rechnung ist daher wesentlich weniger arbeitsaufwendig und wesentlich leichter nachprüfbar.

Schwierigkeiten können sich bei dieser Rechnung allerdings z. B. dann ergeben, wenn die Kapazität verkleinert und dies nicht entsprechend in der Erfolgsanalyse gewürdigt wird. In diesem Falle würden sich die zukünftigen Änderungen der SER "zwar dem verringerten Durchfluß anpassen, aber die Rücklage als solche, die in ihrer Höhe auf die alte Kapazität zugeschnitten ist, würde dadurch nicht berührt. Das entspricht aber nicht dem Zweck dieser Rücklage; wenn sie zur Substanzerhaltung nicht mehr erforderlich ist, soll sie aufgelöst werden" (1). Wenn man so vorgehen würde, wie Meier in dem bereits erwähnten Aufsatz vorschlägt, dann wäre man gezwungen, "die SER doch wieder mit den Werkstoffbeständen der Aktivseite abzustimmen. Dabei ergibt sich wiederum das Problem, wie man die qualitativen Veränderungen rechnerisch erfassen soll; damit stehen wir vor den gleichen Schwierigkeiten" (2). Daneben werden gegen dieses Verfahren noch einige andere Bedenken erhoben (3).

Ein relativ guter Vorschlag zur Ermittlung der SER bei steigenden Preisen wurde von Endres gemacht (Methode IV) (4). Er vergleicht das notwendig investierte Kapital am Ende des Geschäftsjahres mit dem investierten Kapital am Anfang des Geschäftsjahres und weist die Differenz als SER aus. Wenn also der Anfangsbestand z. B. 100 kg je 10 DM, der Endbestand 50 kg je 13 DM und der Wiederbeschaffungswert am Bilanzstichtag 14 DM betragen würde, dann würde Endres als notwendig investiertes Kapital am Geschäftsjahresende einen Betrag von $50 \times 13 \text{ DM} + 50 \times 14 \text{ DM} = 650 \text{ DM} + 700 \text{ DM} = 1350 \text{ DM}$ ermitteln, von diesem Betrag $100 \times 10 \text{ DM} = 1000 \text{ DM}$ als investiertes Kapital am Anfang des Geschäftsjahres subtrahieren und 350 DM als SER ausweisen, während z. B. die Vertreter der Methode I nur 300 DM der SER zuführen würden.

Die jeweiligen Zuweisungen zur SER sollen sofort wertbeständig angelegt werden. Aufgelöst wird die SER dann, wenn z. B.

- 1) die Beschaffungspreise sinken,
- 2) die Kapazität eingeschränkt wird,
- 3) die Unternehmung liquidiert wird.

(1) Hax, Substanzerhaltung, S. 158.

(2) Hax, Substanzerhaltung, S. 158-159.

(3) Vgl. hierzu Hax, Knorr, Meier, a. a. O., S. 295-296 (IV Grenzen des Verfahrens).

(4) Ausführungen in Anlehnung an Hax, Karl: Industriebetriebslehre III, Vorlesung im WS 1960/61, Universität Frankfurt.

Wenn die Wiederbeschaffungspreise unter die früheren Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte sinken, dann entsteht nach herrschender Meinung ⁽¹⁾ ein Verlust. Meinungsverschiedenheiten bestehen allerdings darin, ob dieser Verlust als echter Verlust oder sog. Scheinverlust bezeichnet werden soll (1).

Hax sagt: "Wenn ... die Wiederbeschaffungspreise sinken, dann entstehen Verluste, und zwar echte Verluste und keine Scheinverluste. Aber diese Verluste können gegen gleichartige Gewinne früherer Jahre aufgerechnet werden, die man wegen ihres vorläufigen Charakters der Gewinn- und Verlustrechnung ferngehalten (hatte) und in der Rücklage für Ersatzbeschaffung aufgespeichert hatte" (2).

Meier sagt: "In Höhe der SER ist dieser Verlust nur ein Scheinverlust und wird daher - ebenso wie der Scheingewinn bei der Bildung der Rücklage - erfolgsneutral behandelt. Insoweit tritt also keine Minderung des Gewinns ein. Nur wenn der Verlust den Rücklagebetrag überschreitet, wird er als echter Verlust ausgewiesen" (3).

Wir sind der Auffassung, daß die herrschende Meinung nicht unbedingt als richtig angesehen werden kann. Wenn nämlich der Verkaufswert abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen über dem Wiederbeschaffungswert liegt, dann kann von einem realisierten oder unrealisierten Verlust gar keine Rede sein, es hat sich allenfalls der unrealisierte Gewinn verändert. Dieser muß aber nicht unbedingt gesunken, sondern kann sogar durch die billigere Wiederbeschaffung gestiegen sein. Dies ist dann der Fall, wenn der Verkaufswert geblieben bzw. weniger als der Wiederbeschaffungswert gesunken ist.

Wenn der Verkaufswert abzüglich eventueller Verkaufsaufwendungen unter den Wiederbeschaffungswert gesunken ist (4), könnten nach unserer Auffassung Meinungsverschiedenheiten bestehen, ob der hier entstehende realisierte oder unrealisierte Verlust ein echter Verlust oder ein sog. Scheinverlust wäre. Wenn man von dem einzelnen Verkaufsgeschäft ausgeht, dann müßte dieser Verlust als echter Verlust, wenn man aber von mehreren sich hintereinander anschließenden Verkaufsgeschäften im Konjunkturablauf ausgeht, dann müßte dieser Verlust, solange er durch eine vorhandene SER buchmäßig gedeckt werden kann, als sog. Scheinverlust bezeichnet werden. Bei näherer Betrachtung

-
- (1) Zu den Fragen des Scheingewinnes und Scheinverlustes vergleiche auch Schmidt (Tageswertbilanz, a. a. O.) und Walb (Das Problem der Scheingewinne, Freiburg 1921).
 - (2) Hax, Bilanzgewinn, S. 456.
 - (3) Meier, Scheingewinne, S. 389.
 - (4) Man kann annehmen, daß dieser Fall keine große praktische Bedeutung hat, weil sich in der Regel niemand finden wird, der solche Verlustgeschäfte betreiben will. Bei langfristigen Verträgen wäre aber z. B. eine derartige Konstellation denkbar.
 - (5) Vgl. die folgenden Absätze.

können wir feststellen, daß die Meinungsverschiedenheiten letztendlich gar keine echten Meinungsverschiedenheiten sind, sondern lediglich in verschiedenen Begriffsdefinitionen begründet liegen. Während Hax unter dem Gesichtspunkt der Geldwertchwankungen den nominellen Gewinn (echten Gewinn) in den endgültigen realisierten Gewinn und den nicht endgültig realisierten Gewinn aufteilt und den Begriff "Scheingewinn" bewußt vermeidet, unterscheidet Meier zwischen dem Gewinn als dem nominellen und gleichzeitig substantiellen echten Gewinn und dem Gewinn als dem zwar nominellen, aber nicht gleichzeitig substantiellen Gewinn (Scheingewinn).

Die gelegentlich in der Praxis vertretene Auffassung, die SER müsse bei der Reinvestition ebenso wie die evtl. gebildete Wertberichtigung aufgelöst werden, kann nicht gebilligt werden, da sich die SER auf die ganze Unternehmung, die Wertberichtigung dagegen auf die Leistungsfähigkeit eines einzelnen Wirtschaftsgutes bezieht. Deshalb ist die Wertberichtigung spätestens beim Verkauf des alten Wirtschaftsgutes aufzulösen, während die SER fortbestehen muß und bei ständig steigenden Preisen im Extremfall schließlich nahezu 100 Prozent der Bilanzsumme ausmachen kann.

Kritisch könnte gesagt werden, daß bei der Rechnung mit einer SER ein Vorteil darin gesehen werden kann, daß die Vorräte in der Bilanz "mit ihren tatsächlichen Einstandspreisen" ausgewiesen werden, die Veränderungen der SER "lassen außerdem wertvolle Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Entwicklung im Einkaufsbereich der Unternehmung und auf den Erfolg der Einkaufspolitik zu" (1). Liebl weist darauf hin, "daß man durch Beobachtung ihrer Veränderungen wesentliche Dispositionsunterlagen gewinnen kann. Die kurzfristige Durchführung der Rücklagenbildung führt zur Erfassung der von Zwischenbeständen ausgehenden Erfolgswirkungen, welche bei der Bewertung mit eisernen Beständen nicht berücksichtigt werden können" (2). Wenn auch den stillen Rücklagen "eine gewisse Existenzberechtigung nicht abgesprochen werden kann" (3) (4), so ist doch grundsätzlich die Bildung von offenen Rücklagen der Bildung stiller Rücklagen vorzuziehen (5), zumal die stillen Rücklagen

(1) Hax, Bilanzgewinn, S. 454.

(2) Liebl, a. a. O., S. 75.

(3) Heinen, Handelsbilanzen, S. 201.

(4) Auch unter steuerrechtlichem Gesichtspunkt fordert Schmidlin: "Stille Warenreserven sind unter Berücksichtigung der allgemeinen und besonderen Branchensitten angemessen zuzulassen" (Schmidlin, a. a. O., S. 247, vgl. auch Schmidlin, a. a. O., S. 243-245).

(5) Da sowohl die Bildung als auch die Auflösung der stillen Reserven oft nicht zu erkennen sind, "können sie in ihrer Höhe nicht genau ermittelt werden ... Die Bildung und Auflösung stiller Reserven gestattet ... dem Betrieb im Zeitablauf den Ausweis einer ausgeglicheneren Rentabilität als ohne das Vorhandensein stiller Reserven. Die Auflösung stiller Reserven ermöglichen andererseits der Unternehmungsleitung, eine Wirklichkeit nicht vorhandene günstigere Ertragslage vorzutäuschen und Gesell-

auch die gleiche Funktion wie die offenen Rücklagen erfüllen können. Die Forderung des offenen Ausweises wird daher in der Literatur auch immer wieder vertreten, so z. B. von Walb (1) und Kosiol (2). "Besonders die Anhänger der statischen und der organischen Bilanzauffassung vertreten diese Anschauung" (3).

So wird z. B. immer wieder auf die Gefahren hingewiesen, die sich ergeben können, wenn die stillen Reserven "für das Auffangen eines Verlustes oder die Zahlung einer Dividende" verwendet werden, "deren Höhe nicht dem (Rein-) Ertrag des abgelaufenen Wirtschaftsjahres entspricht", wenn durch geschickte Manipulationen die "Kreditfähigkeit" aufrecht erhalten bleibt, "die tatsächliche Entwicklung" aber "nicht den Erwartungen entspricht und der Ertragsrückgang langfristiger Natur ist", wenn bei der Selbstfinanzierung (4) "nach dem Prinzip der Bewertung zum Grenznutzenentgang der Kalkulation" nicht "der höchste Zinsfuß zu Grunde gelegt wird, der erzielt werden könnte, wenn man die Investition im eigenen Betrieb unterlassen und in einem anderen Betrieb investieren würde..." (5).

Kronstein-Claussen führen im Zusammenhang mit der Bildung/Auflösung stiller Reserven aus (6): "Auf diesem Wege könnten Fehlentscheidungen der Verwaltungen oder durch äußere Einflüsse eingetretene Einbußen verheimlicht werden; die Kontroll- und Selektionsfunktion des Kapitalmarktes wird ausgeschaltet.

(Fortsetzung der Fußnote 5 von Seite 231):

schafter und Gläubiger (und andere Interessenkreise - der Verf.) auf diese Weise zu täuschen. In der Hand einer wenig verantwortungsbewußten Unternehmungsleitung wird damit die Möglichkeit der Bildung und Auflösung stiller Reserven zu einer Gefahr" (Heinen, Handelsbilanzen, S. 193). Daneben ist zu berücksichtigen, daß bei den Verfahren mit stillen Reserven häufig nicht einmal die Unternehmungsleitung selbst über das Ausmaß der stillen Reserven unterrichtet ist (Vgl. Hax, Substanzerhaltung, S. 150).

(1) Walb, Erfolgsrechnung, S. 374-375.

(2) Kosiol, E.: Betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte zum Bilanzsteuerrecht, in: ZfB, 22. Jg., 1952, S. 354.

(3) Heinen, Handelsbilanzen, S. 199.

(4) Kronstein-Claussen weisen darauf hin, daß entgegen der häufig vertretenen Meinung stille Reserven und Selbstfinanzierung keine synonymen Begriffe sind, denn die stillen Reserven entstehen auf Grund einer bestimmten Bewertungsmethode, die Selbstfinanzierung stellt dagegen eine bestimmte Gewinnverwendungsmethode, eine bestimmte Finanzierungsform dar. Es kann allerdings nicht bestritten werden, daß stille Reserven und Selbstfinanzierung in einem gewissen "Abhängigkeitsverhältnis stehen" (Kronstein-Claussen, a. a. O., S. 100).

(5) Heinen, Handelsbilanzen, S. 202-203.

(6) Kronstein-Claussen, a. a. O., S. 100.

Schließlich verschieben sich (zumindest besteht die Möglichkeit - der Verf.) durch den undeutlichen Gewinnausweis die Startbedingungen der Kapitalanleger". Kronstein-Claussen begrüßen daher "die Begrenzung der Bildung stiller Reserven nach § 146, Abs. 2 RegE", daß sie nur "soweit gebildet werden dürfen, wie sie bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind, um die Lebens- und Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft für die nächste Zukunft zu sichern". Sie weisen aber auch auf die Schwierigkeiten hin, eine "Grenze zwischen den kaufmännisch vertretbaren und den unvertretbaren Rücklagen zu ziehen" (1). Die Bildung offener Rücklagen wird von Kronstein-Claussen befürwortet. Sie führen hierzu aus: "Da wir die Selbstfinanzierung über stille Rücklagen aus Gründen der Publizität ablehnen, muß die Möglichkeit der Bildung offener Rücklagen demgegenüber weit geöffnet sein" (2).

Allerdings kann auch gelegentlich mit Recht auf die evtl. Folgen eines hohen offenen Rücklagenausweises hingewiesen werden. Die Aktionäre fordern u. U. höhere Dividenden, die Belegschaft höhere Gehälter und Löhne, die Öffentlichkeit niedrigere Preise, der Fiskus höhere Steuern (3). Allzu häufig hat man den Eindruck, daß viele Interessenten die effektive Notwendigkeit der Reservepolitik nicht erkennen bzw. nicht erkennen wollen. Gelegentlich kann man sich aber auch des Eindrucks nicht erwehren, daß allzu vorsichtig gerechnet und disponiert wird. Nach unserer Auffassung könnten insbesondere die Wirtschaftspsychologen, Wirtschaftspädagogen und Wirtschaftsjournalisten hier eine echte Aufgabe sehen, um alle Interessenkreise so vorzubereiten, daß die Unternehmungen gewillt und fähig sind, Bilanzen aufzustellen, die wahr und klar sind, und daß alle Interessenten gewillt und fähig sind, diese Bilanzen kritisch, aber objektiv zu beurteilen.

Es muß indessen aber auch berücksichtigt werden, daß der Substanzerhaltung mittels SER Grenzen gesetzt sind. In diesem Zusammenhang sind zunächst die technischen Schwierigkeiten bei der Bildung und Auflösung der SER zu nennen, die selbst dann bestehen bleiben, wenn "der Bildung und Auflösung ... jeweils eine gründliche Analyse der bestehenden Verhältnisse vorausgehen" (4). Dies gilt insbesondere dann, wenn mit Normalbeständen gerechnet wird, weil diese erstens nicht genau bestimmbar sind und zweitens mit Beschäftigungsänderungen (kurzfristig), Kapazitätsänderungen (langfristig und Sortimentsänderungen auch laufend Änderungen erfahren.

(1) Kronstein-Claussen, a. a. O., S. 105 und 106.

(2) Kronstein-Claussen, a. a. O., S. 131.

(3) Stille Rücklagen müssen erst ausfindig gemacht werden, offene Rücklagen sind von vornherein bekannt und können u. U. von vornherein nicht anerkannt werden.

(4) Gutenberg, Buchbesprechung, S. 534-535.

Selbst dann, wenn "man die Höhe des Normalbestandes nach der Größe des jährlichen Durchsatzes bestimmt" (1), so bleibt u. a. der Mangel bestehen, "daß man die Höhe der Normalbestände immer nur nach dem Verbrauch des abgelaufenen Jahres berechnen kann, während sie eigentlich auf den Verbrauch des kommenden Jahres abgestellt werden müßten" (2). Das Rechnen mit Normalbeständen hat allerdings auch einen Vorteil. Dieser besteht darin, daß theoretisch zwischen der Erhaltung des betriebsnotwendigen Vermögens und der Erhaltung des Überschußvermögens unterschieden werden kann. Eine derartige Unterscheidung wäre z. B. nach der Schmidtschen Rechnung nicht möglich gewesen.

Heinen führt als Kritik an (3): "Solange die Unternehmung ihre Funktion erfüllen soll, wird man sich bemühen müssen, die verbrauchten Produktivgüter in vollem Umfange zu ersetzen". Diese Aufgabe wird außer durch Preisschwankungen noch durch "Qualitätsänderungen des Materials oder Veränderungen des Produktionszieles zu einem wirklichen Problem".

Gutenberg führt in diesem Zusammenhang aus (4): "Nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben sich, wenn die qualitative oder gar artmäßige Zusammensetzung des Vorratsbestandes Änderungen unterliegt ...". In diesem Falle wird man fordern, die Rücklagen auf die Ersatzstoffe zu übertragen. "In welchem Umfange das aber zu erfolgen hat, dafür fehlt es an exakten und objektiven Maßstäben" (5). Die Umrechnung "unterschiedlicher Qualitäten oder Sorten auf Standardqualitäten und Standardsorten" oder gar die "Erfassung des Artenwandels mit Hilfe einer Indexrechnung" ist bisher noch nicht "in theoretisch einwandfreier Weise gelungen" (6) und wird vermutlich auch zukünftig nicht einwandfrei gelingen.

Ein Nachteil der Methode der SER gegenüber der Methode des Rechnens mit eisernen Beständen und gegenüber der Lifo-Methode (7) "besteht (nach Gutenberg) darin, daß sie nicht schematisch anwendbar ist" (8). Dies kann allerdings, wie Hax an Beispielen nachweist, nicht unbedingt als Nachteil angesehen werden. Gelegentlich kann dies sogar mit Vorteilen verbunden sein (9).

-
- (1) Hax, Substanzerhaltung, S.152.
 - (2) Hax, Substanzerhaltung, S.153.
 - (3) Heinen, Edmund: Buchbesprechung zu "Die Substanzerhaltung der Betriebe", in: ZfhF, 1959, S.92-96, hier S.93.
 - (4) Gutenberg, Buchbesprechung, S.534.
 - (5) Hax, Substanzerhaltung, S.155.
 - (6) Hax, Substanzerhaltung, S.176.
 - (7) Diese Methoden sind nach Hax willkürfrei, leicht nachprüfbar und einigermaßen genau (vgl. Hax, Substanzerhaltung, S.177).
 - (8) Gutenberg, Buchbesprechung, S.535.
 - (9) Hax, Substanzerhaltung, S.151.

Eine weitere Grenze der Substanzerhaltungsrechnung könnte auch darin gesehen werden, daß man nach dem heute geltenden Handelsrecht unter Berücksichtigung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung (1) praktisch so viele offene Rücklagen bilden kann, wie man will. In dem Regierungsentwurf zur großen Aktienrechtsreform sind auch in dieser Hinsicht Änderungen vorgesehen (2). Nach diesem Entwurf darf der Vorstand grundsätzlich nur statutarische oder gesetzliche Rücklagen bilden. Bei allen anderen offenen Rücklagen bedarf es einer Genehmigung der Hauptversammlung. Zwar könnten die Statuten geändert werden, doch ist auch hierzu "mindestens drei Viertel des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals" in der Hauptversammlung erforderlich (3). Auch die zusätzlichen stillen Reserven, d.h. die zusätzlichen Reserven durch Aufwandskorrektur von der Aktivseite der Bilanz her, in der Form der gesetzlich erzwungenen Reserven und der Ermessensreserven (4), die vom Vorstand selbständig gebildet werden müssen bzw. gebildet werden können, reichen u.U. nicht aus, um eine Substanzerhaltung zu gewährleisten. Man sieht also, welche große Verantwortung die Hauptversammlung zukünftig tragen wird, wenn der Entwurf in dieser oder ähnlicher Form zum Gesetz wird.

Schließlich ist auch zu berücksichtigen, daß eine Substanzerhaltungsrechnung durch SER im heute geltenden Steuerrecht nicht anerkannt wird. Da in der Steuerbilanz keine Substanzerhaltungsrechnung durchgeführt werden darf, wird sie auch vielfach in der Handelsbilanz nicht durchgeführt, und zwar insbesondere aus dem Grund, weil die meisten Unternehmungen nur eine Bilanz aufstellen, nämlich eine Steuerbilanz, und die Steuerbilanz auch gleichzeitig als Handelsbilanz verwenden.

b₂₂ Der Ausweis eines Wertänderungskontos

Die wesentlichen Unterschiede zwischen dem Ausweis eines Wertänderungskontos (Schmidt) und dem Ausweis einer SER (Hax) bestehen darin,

- (1) Vgl. § 38 HGB und § 129 AktG.
- (2) "Die ... vorgeschlagene Gesetzgebung sucht das geltende Aktienrecht in vier Schwerpunkten abzuändern: Durch Ausdehnung der Befugnisse des Aufsichtsrates, durch Verstärkung der Stellung des Einzelaktionärs, durch die Erweiterung der Rechte der Hauptversammlung und durch neue Regelungen auf dem Gebiete des Konzernrechts" (Kronstein-Claussen, a. a. O., S. 10).
- (3) Vgl. § 145 ff. AktG, hier insbes. § 146 AktG.
- (4) Ermessensreserven berücksichtigen vorwiegend solche Risiken, die im einzelnen Vermögensgegenstand begründet liegen. Durch die Bildung von Willkürreserven sollen dagegen vorwiegend solche Risiken berücksichtigt werden, die in der gesamten Unternehmung begründet liegen.

- 1) daß bei der Rechnung mit einem Wertänderungskonto die Substanzrechnung bei jedem einzelnen Umsatzakt durchgeführt wird, während die SER nur am Ende des Geschäftsjahres ermittelt wird,
- 2) daß das Wertänderungskonto bei steigenden und fallenden Preisen in jedem Falle angesprochen wird, während die SER bei steigenden Preisen in jedem Falle, bei sinkenden Preisen aber nur dann buchmäßig angesprochen wird, wenn die Preise bis zu den historischen Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten bzw. den hiervon fortgeschriebenen Werten sinken,
- 3) daß das Wertänderungskonto auf der Aktiv- oder Passivseite der Bilanz erscheinen, während die SER nur auf der Passivseite der Bilanz zum Ausweis kommen kann,
- 4) daß sich der Totalgewinn bei Schmidt aus der Summe aller Periodengewinne und ausgewiesenen Wertänderungen, bei Hax dagegen aus der Summe aller Periodengewinne ergibt; (Liebl führt in diesem Zusammenhang aus, daß "durch die Beseitigung der Übereinstimmung des Totalgewinns mit der Summe der Periodenerfolge ... die ... Wirkung der Zweischneidigkeit der Bilanzansätze" insofern verloren geht, als "fehlerhafte Bewertungen ... im Laufe der Zeit nicht mehr von selbst berichtigt" werden; "damit entfällt aber auch der von der Zweischneidigkeit her gegebene Anreiz zur Vornahme einer objektiven Bilanzbewertung" (1),
- 5) daß die Schmidtsche Rechnung nur unter gewissen Voraussetzungen, die Haxsche Rechnung aber grundsätzlich mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung vereinbar ist. Wenn aber auch das Prinzip des doppelten Minimums mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung vereinbar ist, so ist es doch noch kein Bestandteil der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung geworden.

Da die Substanzerhaltung mit Hilfe des Ausweises eines Wertänderungskontos bereits eingehend dargestellt und kritisiert worden ist, kann an dieser Stelle auf frühere Ausführungen verwiesen werden.

b Der Ausweis einer Preisdifferenzenrücklage

23

Diese betriebswirtschaftliche Preisdifferenzenrücklage ist nicht mit der bereits erwähnten steuerlichen Preisdifferenzenrücklage zu verwechseln. Die betriebswirtschaftliche Preisdifferenzenrücklage hat große Ähnlichkeit mit der SER. Bei ihr werden jedoch nicht die Normalbestände, sondern die effektiven Bestände als Ausgangspunkte in der Rechnung angesetzt. Wenn die Bestände sinken, kann die Preisdifferenzenrücklage dem Prinzip des doppelten Minimums widerspre-

(1) Liebl, a. a. O., S. 58.

chen; wenn die Bestände sehr stark steigen, wird eine sehr hohe Rücklage ausgewiesen. In der weiteren Kritik zur Preisdifferenzenrücklage kann auf die grundsätzlichen Ausführungen im Zusammenhang mit der SER verwiesen werden.

c Die Möglichkeiten und Grenzen, nicht endgültig realisierte Gewinne beim Finanzvermögen auszuschalten

Für denjenigen Teil des Finanzvermögens, der geld- bzw. nominalwertgebunden ist, wurde bisher "kein Versuch gemacht, ... praktikable Verfahren der Substanzsicherung auszuarbeiten. Hier steht die Betriebswirtschaftslehre noch bei Fritz Schmidt und seinem Prinzip der Wertgleichheit in der Bilanz" (1). Dieses Prinzip besagt, daß hinsichtlich Höhe und Bindungsdauer Sachwerte mit Eigenkapital, Geldwerte (2) mit Fremdkapital finanziert werden sollen (3) bzw. - was dieser Forderung entspricht -, daß die Geld- und Nominalwerte auf der Passivseite der Bilanz den Geld- und Nominalwerten auf der Aktivseite der Bilanz entsprechen sollen, damit die Unternehmung auf Grund einer Geldwertminderung durch die geld- und nominalwertgebundenen Wirtschaftsgüter auf der Passivseite so viel gewinnt, wie sie durch die geld- und nominalwertgebundenen Wirtschaftsgüter auf der Aktivseite verliert. Diese Forderung läßt sich aber in einer dynamischen Wirtschaft häufig nicht erfüllen. Wie ist es nun möglich, die Substanz zu erhalten, wenn die Forderungen des Prinzips der Wertgleichheit in der Bilanz nicht erfüllt werden können? Diese Frage ergibt sich bei Preissteigerungen dann, wenn die geld- und nominalwertgebundenen Wirtschaftsgüter auf der Aktivseite die analogen Wirtschaftsgüter auf der Passivseite wertmäßig übersteigen.

Man könnte empfehlen, von einer Aufstellung auszugehen, in der sämtliche betriebsnotwendigen geld- und nominalwertgebundenen Wirtschaftsgüter der Aktiv- und Passivseite der Bilanz zu Jahresdurchschnittszahlen gegenübergestellt werden. Von Jahresdurchschnittszahlen würde dabei deshalb ausgegangen, um die Saisoneinflüsse, die sich im allgemeinen insbesondere beim Umlaufvermögen bemerkbar machen, auszuschalten. Der Wertansatz in der Hilfs-

(1) Heinen, Buchbesprechung, S. 96.

(2) einschließlich Nominalwerte

(3) Die vielfach in der Praxis erhobene Forderung, das Anlagevermögen sollte durch Eigenkapital, das Umlaufvermögen durch Fremdkapital gedeckt sein, wird dem Problem nicht gerecht, weil erstens im Anlagevermögen auch Geld- und Nominalwerte und im Umlaufvermögen auch Sachwerte vorhanden sein können und zweitens die Geld- und Nominalwerte im Anlagevermögen den Sachwerten im Umlaufvermögen wertmäßig nicht zu entsprechen brauchen.

rechnung zur Ermittlung der Jahresdurchschnittswerte müßte zu Zeitwerten an den jeweiligen Stichtagen erfolgen. Das würde bedeuten, daß z. B. Obligationen als Wertpapiere des Anlagevermögens unter Berücksichtigung der Zinstermine und echten Kursschwankungen u. U. über oder unter den effektiven Jahresbilanzwerten angesetzt, Forderungen unter Berücksichtigung der Risiken, der Skontogewährung der Unternehmung und der Erfahrungen hinsichtlich der Skontoausnützung durch den Käufer und Verbindlichkeiten unter Berücksichtigung der Skontogewährung des Lieferanten und der Möglichkeit und der Bereitschaft der Skontoausnützung durch die Unternehmung auf den jeweiligen Stichtag diskontiert werden müßten, etc.

Der sich durch die Gegenüberstellung der geld- und nominalwertgebundenen Aktiv- und Passivgüter auf diese Weise ergebende Saldo müßte unter Berücksichtigung der von den Vertragsparteien vereinbarten Preisvorbehalte und Preisgleitklauseln und unter Berücksichtigung der erfahrungsgemäßen Inanspruchnahme der vereinbarten Preisvorbehalte und Preisgleitklauseln bei den Forderungen und Verbindlichkeiten berichtigt werden. Der sich ergebende Saldo wird im Rahmen der Gesamtbilanz vermutlich nicht allzu hoch sein, weil ihm von der Finanzierungsseite im allgemeinen Grenzen gesetzt sein dürften. Sollte sich ein Sollsaldo ergeben, so könnte der sich auf Grund der Geldwertminderung ergebende Verlust mit Hilfe eines geeigneten Geldentwertungsindexes errechnet und auf der Passivseite der Bilanz - ähnlich der SER - ein entsprechender Posten angesetzt werden. Als Unterlage für die Ermittlung des Indexes könnten die Werte herangezogen werden, die sich auf Grund willkürfreier Ermittlung bei den Feststellungen der Preissteigerungen bei den für die Unternehmung relevanten Wirtschaftsgüter ergeben haben.

Ein derartiges Verfahren wäre aber unter dem Gesichtspunkt, die betriebsnotwendige Substanz zu erhalten bzw. die betriebsnotwendige Substanz unbedingt erhalten zu müssen, nur dann gerechtfertigt, wenn durch die Verfahren bei den nicht geld- oder nominalwertgebundenen Wirtschaftsgütern nicht eine über die Substanzerhaltung hinausgehende Substanzerweiterung ermöglicht würde. Eine solche Substanzerweiterung könnte z. B. bei den im Portefeuille befindlichen betriebsnotwendigen Beteiligungen der Fall sein, wenn eine erhebliche Kurssenkung eingetreten ist, die Unternehmung auf Grund des günstigen Kurses zusätzliche Aktien der Beteiligungsfirma erworben hat, die anteilige Substanz je Aktie der beteiligten Unternehmung aber nicht gesunken ist (1).

Die Substanzerhaltung darf grundsätzlich nicht unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung eines einzelnen Wirtschaftsgutes oder unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung von Wirtschaftsgütergruppen gesehen werden, sondern muß für die Unternehmung insgesamt gelten. Da aber die Auswirkungen hin-

(1) Es wird allerdings häufig sehr schwierig sein, dies zu beurteilen.

sichtlich der Substanzerhaltung bei verschiedenen Verfahren nicht eindeutig meßbar sind, ist auch eine eindeutige Feststellung, ob die Substanzerhaltung durch die im Einzelfalle angewandten Verfahren erreicht werden kann oder nicht, häufig nicht möglich. Aus diesem Grund und aus anderen insbesondere im Zusammenhang mit Durchschnittsrechnungen und Indexrechnungen stehenden Gründen bringt auch das Prinzip der Wertgleichheit in der Bilanz und auch das von uns vorgeschlagene Verfahren keine vollkommen befriedigende Lösung des Problems, sondern lediglich einen "gangbaren Ausweg" mangels eines besseren Verfahrens (1).

d Die Beurteilung der Substanzerhaltungsrechnung

Unsere Ausführungen haben gezeigt, daß es keine "Patentlösung einer ganz bestimmten Bewertungsnorm" (2) gibt, die den Forderungen nach nomineller Kapitalerhaltung und gleichzeitiger leistungsäquivalenter Substanzerhaltung gerecht wird. Die isolierte Rechnung der nominellen Kapitalerhaltung ist sehr problematisch. Die isolierte Rechnung der leistungsäquivalenten Substanzerhaltung ist ebenfalls sehr problematisch, denn es gibt "keinen Maßstab, der die Betriebssubstanz gleichzeitig objektiv und ohne große Schwierigkeiten zu messen in der Lage ist" (3). Um so schwieriger muß es sein, wenn eine kombinierte Rechnung in dem Sinne durchgeführt wird, daß grundsätzlich von der problematischen Rechnung der nominellen Kapitalerhaltung ausgegangen und nun noch eine Art Nebenrechnung in die Rechnung eingeführt wird, um auch die leistungsäquivalente Substanzerhaltung zu sichern, die rechnungsmäßig schon in isolierter Rechnung nicht objektiv erreicht werden kann.

Sachwertschwankungen und Geldwertschwankungen können nicht willkürfrei voneinander getrennt werden, und selbst dann, wenn eine richtige Substanzerhaltungsrechnung als Nebenrechnung durchgeführt werden könnte, bedeutet die "Substanzerhaltung ... im Zeitalter der Geldwirtschaft und der Geldrechnung nicht notwendig Erhaltung eines Mindestbestandes an Sachgütern, sondern (lediglich ~ der Verf.) Erhaltung der (rechnungsmäßigen ~ der Verf.) M ö g l i c h k e i t, die für die weitere Produktion erforderlichen Aufwandsgegenstände aus den erzielten Erlösen wiederzubeschaffen" (4).

Wenn auch die Forderungen nach gleichzeitiger nomineller Kapitalerhaltung und leistungsäquivalenter Substanzerhaltung unter verschiedenen Gesichtspunkten als theoretisch richtig betrachtet werden müssen, so läßt sich

- (1) Heinen, Buchbesprechung, S. 96.
- (2) Hasenack, Anlagenabschreibung, S. 137.
- (3) Heinen, Buchbesprechung, S. 93.
- (4) Hax, Substanzerhaltung, S. 263.

doch mangels geeigneter Rechnungsverfahren "die Logik des Prinzips nicht nahtlos in die Logik der praktischen Ausführung übertragen" (1). Heinen spricht daher mit Recht von einem "Unbehagen ... über das Dilemma", vor das sich ein Betriebswirt in dieser Frage immer wieder gestellt sieht; man spürt "die in vielen Fällen einfach nicht zu beseitigende Antinomie zwischen dem Streben nach objektiven Maßstäben im Rechnungswesen und dem Zwang, sich in der Aufwandsbemessung an nicht feststehenden Werten der wirtschaftlichen Dynamik zu orientieren" (2).

Selbst aber dann, wenn es möglich wäre, eine objektive Rechnung hinsichtlich der nominellen Kapitalerhaltung und der gleichzeitigen leistungsäquivalenten Substanzerhaltung durchzuführen, dann müßte die Frage, ob eine leistungsäquivalente Substanzerhaltung der Unternehmungen zugelassen werden sollte oder nicht noch unter anderen Gesichtspunkten untersucht werden.

Gelegentlich wird die Auffassung vertreten, daß "die logisch zwingende Folgerung einer Nichtbesteuerung von Scheingewinnen die Besteuerung von Scheinverlusten sei" (3). Gegen eine derartige Besteuerung müßten aber ernsthafte Bedenken geäußert werden, die nach unserer Meinung zur Ablehnung dieser Auffassung führen müßten. Zunächst könnte eingewendet werden, daß durch eine Besteuerung von Scheinverlusten u. U. nicht das nominelle Kapital erhalten werden könnte. "Zudem wäre es widersinnig, einen kleineren als den effektiv entstandenen Aufwand in die Preiskalkulation einzusetzen" (4). Darüber hinaus wäre auch konjunkturpolitisch die Besteuerung von Scheinverlusten abzulehnen. Schmidlin führt in diesem Zusammenhang aus: "Sehr häufig treten Preisschwankungen in Verbindung mit einem konjunkturellen Abschwung oder gar mit einer Depression auf. Die Besteuerung der Scheinverluste würde eine solche Tendenz nur verstärkend beeinflussen" (5). Eine solche Tatsache kann aber keinesfalls als wünschenswert angesehen werden.

Selbst aber dann, wenn man eine Nichtbesteuerung der Scheingewinne und Scheinverluste betriebswirtschaftlich für richtig halten würde, dann müßte doch noch ein zusätzliches Moment bei der Urteilsbildung berücksichtigt werden.

Nach institutionellen Gesichtspunkten (6) sind die Unternehmungen, die

-
- (1) Heinen, Buchbesprechung, S. 93.
 - (2) Heinen, Buchbesprechung, S. 95.
 - (3) Schmidlin, a. a. O., S. 227.
 - (4) Schmidlin, a. a. O., S. 227.
 - (5) Schmidlin, a. a. O., S. 227.
 - (6) In dem aussagekräftigen Standardschema der OEEC (Organisation for European Economic Cooperation) zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurde mit vier Funktionskonten (Konto "Einkommen", Konto "Produktion", Konto "Vermögensrechnung", Konto "Ausland") und gleichzeitig drei Institutionskonten (Konto "Haushaltungen", Konto "Unternehmungen", Konto "Staatliche Verwaltung") gearbeitet.

Haushalte und der Staat an der volkswirtschaftlichen Entwicklung beteiligt. Allen Beteiligten müssen bei sinnvoller Zielsetzung Pflichten auferlegt und Rechte eingeräumt werden. Würde man es zulassen, daß die Unternehmungen Rechnungen durchführen, die bei steigenden Preisen neben der Erhaltung des nominalen Kapitals auch eine leistungsäquivalente Substanzerhaltung ermöglichen und damit niedrigere Gewinne ausweisen, und daß die Unternehmungen niedrigere Gewinne versteuern würden, dann würden z. B. äquivalente Forderungen der anderen Steuerpflichtigen nach niedrigeren Steuersätzen erhoben. Zweifelsohne würden dann auch noch größere Meinungsverschiedenheiten über die "Steuergerechtigkeit" entstehen, von der nahezu alle Experten einer Meinung sind, daß sie nach den derzeitigen Steuergesetzen, Steuerverordnungen und der derzeitigen Rechtsprechung nur auf dem Papier erfüllt ist, wobei dann allerdings leider sehr häufig nicht im einzelnen ausgeführt wird, was tatsächlich als gerecht angesehen werden müßte.

Wenn man sich auf den Standpunkt stellen würde, die Unternehmungen müßten auf jeden Fall in ihrer Substanz erhalten werden, und zwar u. a. deshalb, weil sie als Einkommensquelle für die Haushaltungen und als Rückgrat für die gesamte Volkswirtschaft dienen (1), so würden z. B. diejenigen bevorzugt, die ihr Geld auf Grund von Aktienkäufen investiert haben, und diejenigen benachteiligt, die ihr Geld z. B. in Staatspapieren angelegt haben. Dabei wäre sogar die Begünstigung bei denjenigen, die ihr Geld vor der Preissteigerung in Aktien angelegt hatten, insofern besonders groß, als hier die Aktien auf der einen Seite die normale Wertsteigerung mitmachen und auf der anderen Seite bei freier Kursbildung auch noch aus der erhöhten Nachfrage (2) und den damit verbundenen Kurssteigerungen profitieren.

Schließlich wäre auch zu überlegen, daß im Falle der allgemeinen Preissteigerungen und der Billigung der Substanzerhaltungsrechnung in den Unternehmungen die von den Unternehmungen zu zahlenden Steuern und damit die Staatseinnahmen sinken, während die Staatsausgaben wegen der allgemeinen Preiserhöhungen steigen würden. Die Durchführung der in diesem

-
- (1) Kronstein-Claussen sagen hierzu: "...Denn unser aller Dasein, das des Staates und das der anderen Gebietskörperschaften wird von den bedeutenden finanziellen und sonstigen Entscheidungen und Entwicklungen in der Industrie beeinflusst. Fehlentscheidungen und Mißwirtschaft in Großbetrieben haben nicht nur auf den Arbeitsmarkt und die Sozialpolitik Auswirkungen, sie vermindern nicht nur das Steueraufkommen und geben möglicherweise Anlaß zu öffentlichen Subventionen, sondern sie können auch die allgemeine Versorgungslage gefährden" (a. a. O., S. 22).
- (2) Bei Geldwertminderungen erhöht sich im allgemeinen die Nachfrage nach Aktien, bei Geldwerterhöhungen die Nachfrage nach Obligationen... Auf der Angebotsseite ist im allgemeinen die umgekehrte Tendenz feststellbar.

und in anderem Zusammenhang gelegentlich unter theoretisch richtigen Aspekten geforderten antizyklischen Finanzpolitik scheitert insbesondere an den stets wachsenden Staatsaufgaben und an den sogenannten institutionellen Starrheiten (1).

Es würde zu weit führen, hier im einzelnen die Folgen darzustellen, die sich ergeben bzw. ergeben können, wenn eine leistungsäquivalente Substanzerhaltung gebilligt würde. Diese Überlegungen zeigen jedenfalls, daß die häufig "von den Steuergesetzen geforderten törichten Mark-Mark-Bilanzen" (2) in Wirklichkeit eine gewisse Berechtigung haben und gar nicht so unbedingt abgelehnt werden dürfen.

In diesem Zusammenhang könnte zudem auf folgendes hingewiesen werden: Wenn auch Hax nachweist, daß die Art der "Finanzierung für die Substanzerrechnung ohne Bedeutung" sein kann und in der Substanzerrechnung "auch nicht etwa eine Benachteiligung der Kreditgeber" zu liegen braucht (3), so "gilt das nur für die direkte Beziehung zwischen Gläubiger und Schuldner. Indirekt wird der Gläubiger benachteiligt, gewissermaßen auf der nächsten Stufe des Vergleichs, nämlich in der Besteuerung. Die der SER zugeführten Gewinne (Gewinne im Sinne der Geldkapitalrechnung) werden, zumindest nach dem Vorschlag von Hax, nicht der Besteuerung unterworfen, wohl aber die Zinsen, die der Gläubiger empfängt. Damit gelten für den Gläubiger, obwohl hinter seinem Darlehen als Mengenbegriff die ursprüngliche Kaufkraft steht, nicht die Regeln der Substanzerrechnung, sondern ausschließlich die der Geldkapitalrechnung" (4).

Die Frage, ob die Substanz mit Hilfe einer gebilligten Substanzerhaltungsrechnung erhalten werden soll oder nicht, wird letztenendes auch stark unter politischen Aspekten entscheiden. Hierüber zu streiten, darf hier kein Anlaß sein. Im Falle der Demokratie entscheidet die Mehrheit und im Falle der repräsentativen Demokratie wird die von den Verantwortlichen aufgestellte Zielsetzung von den Wahlberechtigten durch das Wahlergebnis sanktioniert oder abgelehnt. Daß die Mehrheit sich allerdings immer zu den richtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen durchringt, das kann nicht vorausgesetzt werden. Zu beachten ist außerdem, daß die Frage der Substanzerhaltung der Unternehmungen nur ein Punkt in den jeweils umfangreichen und häufig ohnehin nicht eingehaltenen Parteiprogrammen darstellt. Da nicht jeder einzelne Punkt, sondern nur mehrere in jeweils einem Programm zusammengefaßte Punkte zur Wahl gestellt werden, ist es durchaus möglich, daß sich die Mehrheit z. B. für ein Programm entscheidet, das eine Substanzerhaltungsrechnung mißbilligt, während

(1) Diese Tatsache wurde bereits früher in Einzelheiten dargestellt.

(2) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 209.

(3) Hax, Substanzerhaltung, S. 266.

(4) Heinen, Buchbesprechung, S. 96.

im Falle der Abstimmung über jeden einzelnen Punkt die Mehrheit für eine Substanzerhaltungsrechnung gestimmt hätte.

Arrow (1) macht anhand des Abstimmungsparadoxon klar, daß sich das demokratische Prinzip unter gewissen Voraussetzungen aufheben und daß in diesem Falle an die Stelle der demokratischen Legitimation die willkürliche Entscheidung der politischen Leitung treten kann.

Abgesehen von einigen wenigen entgegengerichteten Merkmalen wird heute in den Gesetzen und in der Rechtsprechung der Bundesrepublik grundsätzlich eine offene Substanzerhaltungsrechnung abgelehnt (2). Dem Unternehmer wird es innerhalb eines gewissen Entscheidungsspielraums überlassen, selbst so zu disponieren und eine solche Unternehmungspolitik zu betreiben, daß neben der nominellen Kapitalerhaltung auch eine leistungsäquivalente Substanzerhaltung gewährleistet wird. In der in dieser und in mancher anderen Sicht bestehenden Freiheit "liegt seine Chance, liegt aber auch sein Risiko" (3). Diese bis heute hinsichtlich der Substanzerhaltung im allgemeinen erfolgreichen Dispositionen lassen sich praktisch nur auf Grund der Kenntnis der allgemeinen und der für die jeweiligen speziellen wirtschaftlichen Tendenzen, d. h. praktisch nur auf Statistiken, gründen, die historische Vorgänge erfassen und auf Grund des Gesetzes der großen Zahl stochastische Voraussagen ermöglichen. Dabei gelten aber die Ergebnisse dieser Statistiken immer nur für den betreffenden Zeitraum und für den betreffenden räumlichen Bezirk, aus dem sie stammen. Würden in der Wirtschaft Naturgesetze gelten, dann könnte man ohne weiteres aus Vorgängen der Vergangenheit auf Entwicklungen der Zukunft schließen. Das kann man aber im Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften nicht, weil dort der Mensch die Materie beseelt und formt und in der Regel viele Möglichkeiten hat, sein gesetztes Ziel zu erreichen. Er kann sich dieses Ziel selbst setzen. Daher liegt in jeder Methode der Disposition, die im eigentlichen Sinne theoretischen Charakter besitzt, ein Risiko.

Wenn es den Unternehmungen bis heute auch im allgemeinen gelungen ist, die Substanz zu erhalten und sogar noch zu vergrößern, so ist damit nicht gesagt, daß dies auch in Zukunft der Fall sein wird.

Deshalb wurde in der Vergangenheit und wird auch in der Gegenwart in der Praxis immer wieder die Forderung erhoben, die Substanzerhaltungsrechnung auch steuerrechtlich offiziell und uneingeschränkt zuzulassen (4). Trotz

(1) Vgl. Zimmerman, a. a. O., insbes. S. 147-149.

(2) Allerdings kann "für Härten, die aus der Anwendung der gesetzlichen Gewinnermittlungsvorschriften entstehen, ... Stundung nach § 127 AO bewilligt oder eine Preisdifferenzrücklage unter Berufung auf § 131 AO zugelassen werden" (Liebl, a. a. O., S. 76.).

(3) Hax, Substanzerhaltung, S. 4.

(4) Die in der Theorie herrschende Meinung wurde bereits früher dargestellt.

mannigfacher Anregungen aus der Theorie und Praxis ist bis heute leider noch keine klare Entscheidung getroffen worden. Vielmehr sind häufige Widersprüche festzustellen gewesen. Diese resultierten daraus, daß einerseits die nominelle Geldkapitalrechnung als maßgebend deklariert wurde und daß andererseits teilweise Möglichkeiten geschaffen wurden, sich unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften einiger Hilfskonstruktionen zu bedienen, "um die Substanzerhaltung, wenn auch in getarnter Form, in die steuerliche Gewinnermittlung einzuführen" (1) (2).

Durch die gesetzliche Sanktionierung einiger Maßnahmen zur Substanzerhaltung (3) ist schließlich erreicht worden, daß die Gesetzesvorschriften immer spezieller und umfangreicher, die Gesetzesauslegungen und die Prüfungen hinsichtlich der Beachtung der Gesetzesvorschriften immer schwieriger geworden sind. Es ist nicht objektiv festzustellen, in welchem Umfang die gesetzlich sanktionierten Maßnahmen zur Substanzerhaltung bzw. Substanzerweiterung der Unternehmungen beigetragen haben bzw. beitragen. Damit ist auch kein objektives Urteil möglich, ob unter dem Gesichtspunkt der gleichmäßigen Besteuerung den Maßnahmen zur Substanzerhaltung der Unternehmungen äquivalente Maßnahmen (4) gegenüberstehen, die "auch anderen Bevölkerungskreisen die Möglichkeit einer Vermögensbildung ... geben, bei der das neugebildete Vermögen nicht erst durch die Einkommensteuer erfaßt wird (5)..." (6).

(1) Hax, Substanzerhaltung, S. 200.

(2) Meier sagt hierzu: "So gerne die Finanzbehörden einerseits auf der grundsätzlichen Steuerpflicht nach § 6 EStG bestehen möchten, so verkennen sie doch nicht, daß die möglichen Folgen für die Kontinuität des Steueraufkommens unangenehm sein würden. Viele Betriebe müßten schließen, Produktionsausfälle, Arbeiterentlassungen und nicht zuletzt Ausfälle im Steueraufkommen wären die zweifelhafte Krönung dieser Politik"(Meier, Scheingewinne, S. 389).

(3) Diese beginnen mit der Anerkennung des substantielle Überlegungen zum Teil berücksichtigenden imparitätischen Realisationsprinzips und enden nach einer Vielzahl von anderen Maßnahmen bei der Möglichkeit, die Ausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter schon bei der Anschaffung des betreffenden Wirtschaftsgutes, d. h. schon vor der wirklichen Ausgabe, in voller Höhe als Aufwand verrechnen zu können.

(4) Hax nennt z. B. als mögliche Maßnahmen die Begünstigungen des Versicherungssparens, des Kontensparens, des Wertpapiersparens... (Hax, Substanzerhaltung, S. 282).

(5) Wallich vertritt die Auffassung, daß hinsichtlich der Gewährung von Steuervergünstigungen in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren "das Prinzip der Bevorzugung selbständiger Geschäftsleute gegenüber den Beziehern fester Einkommen ... zum äußersten getrieben" wurde. (Wallich, Henry, C.: Die Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt 1955, S. 155).

(6) Hax, Substanzerhaltung, S. 282.

Unter diesem Gesichtspunkt wäre u. a. die Abschaffung aller nicht eindeutig meßbaren Vergünstigungen zu fordern. Es bliebe aber noch die Frage bestehen, ob die uneingeschränkten Substanzrechnungen bei den Unternehmungen und ob völlig oder nur teilweise äquivalente Rechnungen bei den übrigen Steuerzahlern gebilligt werden sollen oder nicht.

Unabhängig davon, wie die Entscheidung auch ausfallen mag, so sollte man nach unserer Auffassung berücksichtigen, daß die Bilanz im weiteren Sinne auch "den Erfolg der Unternehmungstätigkeit widerspiegeln" soll, "so wie er bedingt ist durch die Gunst oder Ungunst der Verhältnisse und durch größere oder geringere Geschicklichkeit der Geschäftsleitung" (1). Deshalb wäre zu empfehlen, daß die unrealisierten Gewinne auf jeden Fall im Geschäftsbericht ausgewiesen und erläutert werden. Dabei sollte nach Möglichkeit zwischen solchen unrealisierten Gewinnen unterschieden werden, die auf Geldwertschwankungen, und solchen, die nicht auf Geldwertschwankungen beruhen.

Selbst wenn eine Substanzerhaltungsrechnung steuerrechtlich nicht anerkannt würde, bliebe bei einem Ausweis der Scheingewinne der Vorteil bestehen, "daß ein zutreffendes Bild der Ertragslage zustande kommt, das insbesondere Aktionären und Arbeitnehmern gegenüber als Argument gegen übertriebene Ansprüche auf Dividenden und Löhne verwendet werden könnte, während solche Ansprüche schwerer zurückzuweisen sind, wenn aufgeblähte Gewinne als Folge unberichtigter Ertragsrechnungen ausgewiesen werden. Außerdem ergeben die Berichtigungen ein klares Bild der Finanzlage sowohl für die Geschäftsleitung selbst als auch für die Öffentlichkeit und für die Behörden und sind von Nutzen für die Berechnung nationaler Einkommens-Statistiken" (2).

Die American Accounting Association fordert daher bei der Anwendung des Anschaffungswertprinzips mit Recht, daß "umfassende Ergänzungsberichte erstellt werden, die den Einfluß der Geldwertschwankungen auf den Gewinn und die Finanzlage zeigen und eine Berichtigung der Bilanz und der Ertragsrechnung auf gleicher Grundlage darstellen, und daß begleitende Erläuterungen das Verfahren erklären und eine Kontrolle des Zusammenhangs zwischen den ursprünglichen und den berichtigten Zahlen ermöglichen" (3).

Im Hinblick auf das unter vielen Gesichtspunkten berechtigte Verbot des Ausweises aller übrigen unrealisierten Gewinne in der Bilanz im engeren Sinne auf Grund der Anwendung des reinen bzw. imparitätischen Realisationsprinzips

(1) Hax, Geldwertschwankungen, S. 434.

(2) Engelmann, K.: Die Verrechnung von Inflations-Gewinnen unter dem Realisations-Gesichtspunkt, in: ZfhF 1951, 3. Jg. NF., S. 153-159, hier S. 157.

(3) Engelmann, K.: Die Berücksichtigung von Geldwertschwankungen im betrieblichen Abrechnungswesen, in: ZfhF 1952, 4. Jg. NF., S. 230-238, hier S. 233.

wäre unter dem Gesichtspunkt der Wahrheit und Klarheit (1) zu empfehlen, daß diese unrealisierten Gewinne wenigstens im Geschäftsbericht registriert und erläutert würden, um nicht "Bilanzaufsteller und Bilanzleser in geradezu selbst- oder fremdbetrügerischer Weise" zu täuschen (2). Daß man die unrealisierten Gewinne "noch nicht einmal registrieren soll, hat mit Vorsicht nichts zu tun, sondern stellt eine juristische Übertreibung des Gläubigerschutzprinzips dar"; wenn man auch noch der Forderung zustimmt, daß die unrealisierten Gewinne auf Grund der Anwendung des reinen bzw. imparitätischen Realisationsprinzips in der Bilanz im engeren Sinne nicht ausgewiesen und ausgeschüttet werden dürfen, so könnte doch empfohlen werden, daß die Bilanzen im weitesten Sinne "als Grundlage der Überlegungen der Unternehmensleiter und der Eigentümer zeigen, ob das Vermögen richtig eingesetzt ist. Und dazu ist es nötig, die wahren Werte zu zeigen".

In den bisherigen Ausführungen ist die Höhe des Gewinnausweises untersucht worden. Mit der Höhe des Gewinnausweises ist die Frage des Zeitpunktes des Gewinnausweises eng verknüpft. Zwar können sich einerseits die Fehler, die zum Beispiel bei zu hohem Gewinnausweis entstehen, mit den Fehlern, die sich bei einem zeitlich noch nicht erfolgten, aber eigentlich gerechtfertigten Gewinnausweis ergeben, wertmäßig bei dem Ausweis der Periodengewinne saldieren, andererseits ist es aber auch möglich, daß die Fehler bei der Höhe und bei dem Zeitpunkt des Gewinnausweises in der gleichen Richtung wirken und entweder einen zu hohen oder einen zu niedrigen Periodengewinn bzw. Periodenverlust hervorrufen. Im Interesse der Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit mußte daher sowohl die richtige Höhe als auch der richtige Zeitpunkt des Gewinnausweises angestrebt werden. Mit der Frage des Zeitpunktes des richtigen Gewinnausweises werden wir uns nun näher beschäftigen.

Zuvor soll jedoch in einem Anhang zu unseren bisherigen Ausführungen hinsichtlich der Höhe des Gewinnausweises kurz auf das Bilanzierungsrecht und auf die Bilanzierungsgepflogenheiten in einigen anderen Staaten eingegangen werden.

-
- (1) Z.B. würde es die "Ehrlichkeit ... erfordern, daß man ... in den Erläuterungen der Position "Grundstücke" ausführt, daß die Anschaffungskosten des Jahres 1950 oder 1890 zugrunde gelegt worden sind (Zimmerer, Carl; Anschaffungswerte in der Bilanz, in: ZfB 1962, 32.Jg., S.106-109, hier S.106).
- (2) Zimmerer, a.a.O., S.106.
- (3) Zimmerer, a.a.O., S.108.

Anhang: Das Bilanzierungsrecht und die Bilanzierungsgepflogenheiten in einigen anderen Staaten

Klinkel (1), Trumpler (2), Mestmäcker (3), Kronstein-Claussen (4), Schmidlin (5) und andere weisen nach, daß die Bilanzierungsgepflogenheiten in Frankreich, England, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in der Schweiz im großen und ganzen nicht wesentlich von denen in der Bundesrepublik abweichen.

Zwar sind z.B. im englischen Recht keine detaillierten Grundsätze über die Bewertung der Vermögensgegenstände fixiert, doch besteht die Vorschrift, daß bei den Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens angegeben werden soll, nach welchem Verfahren bewertet worden ist (6).

Nach der allgemeinen Bilanzierungsgepflogenheit in England ist es üblich, die Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten abzüglich eventuell erforderlicher Abschreibungen (cost less depreciation) und die Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens nach dem Niederstwertprinzip (cost or market price whichever is the lower) anzusetzen (7).

Ähnliche Feststellungen können z.B. auch im amerikanischen Recht bzw. in der Bilanzierungsgepflogenheit der Unternehmungen in den Vereinigten Staaten gemacht werden, denn auch in den Aktiengesetzen der Einzelstaaten der Vereinigten Staaten (8) gibt es keine detaillierten Vorschriften über die Bewertung. Allerdings wird die Bewertungsfreiheit "durch die aner-

- (1) Klinkel, Helmut: Die Bewertung in der französischen Jahresbilanz, Wiesbaden 1961, vgl. z.B. S. 35-36.
- (2) Trumpler, Hans: Die Bilanz der Aktiengesellschaft, Basel 1950.
Trumpler, Hans: Das Bilanz- und Steuerrecht der Aktiengesellschaft nach englischem Recht, Basel-Leipzig 1939.
Trumpler, Hans: Die Aktiengesellschaft nach dem Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrecht der Vereinigten Staaten von Amerika, Basel 1942.
- (3) Mestmäcker, a. a. O.
- (4) Kronstein-Claussen, a. a. O., insbes. S. 114-117.
- (5) Schmidlin, a. a. O.
- (6) "Für Umlaufgegenstände besteht keine Verpflichtung zur Angabe der Bewertungsmethode, obwohl auch hier die Angabe gewöhnlich gemacht wird" (Trumpler, Bilanz nach englischem Recht, S. 67).
- (7) Trumpler sagt in diesem Zusammenhang: Die "Bewertung entspricht dem deutschen Recht ... Auch die Berechnung des Anschaffungspreises ... und des Herstellungspreises ... bietet keine Besonderheiten" (Trumpler, Bilanz nach englischem Recht, S. 67).
- (8) Für die Handelsbilanzen gilt das Aktiengesetz des jeweiligen Einzelstaates.

kannten Bilanzierungsgrundsätze eingeschränkt, wonach von den drei Alternativen möglichst diejenige zu wählen ist, die den im Berichtsjahr erzielten Gewinn aus dem regelmäßigen Geschäft am sichersten wiedergibt (1)" (2). Außerdem ist es üblich, Angaben über das angewandte Bewertungsverfahren bei den Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens und des Umlaufvermögens zu machen (cost, market, or whichever is lower) (3) und u.U. bei einer Bewertung nach den Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten (Tageswerten) den Tageswert (Anschaffungs- bzw. Herstellungswert) in Klammern zusätzlich anzugeben. Dabei ist der Ansatz von Tageswerten, soweit die ursprünglichen Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte resp. die von diesen ursprünglichen Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten unter Berücksichtigung normaler Abschreibungen fortgeschriebenen Werte überschritten werden, ohne eine Eliminierung zu Lasten des Kontos "earnst surplus" nach den Grundsätzen der SEC (Securities and Exchange Commission) "nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen ... möglich, wenn z.B. Schätzungen von unabhängigen Gutachtern vorliegen, die wissenschaftliche Methoden auf das genaueste befolgen" (4).

Während für die Handelsbilanzen keine detaillierten Bewertungsvorschriften im Gesetz bestehen, enthält dahingegen "das amerikanische Bundes-Einkommensteuerrecht ... ausführliche Bestimmungen über die Bewertung. Danach ist ohne weiteres zulässig die Bewertung nach dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis, bei Umlaufgegenständen nach dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis" (5).

Hinsichtlich der Bilanzierung in England ist noch auf eine Besonderheit hinzuweisen. Diese besteht in der Rechnungslegung nach dem Double Account

(1) Kronstein-Claussen, a.a.O., S.115.

(2) Vgl. auch: American Institut of Accountants, Accounting Research Bulletin Nr.29 v.Juli 1947.

(3) "Wird die Bewertungsmethode geändert, so muß dies publiziert werden, die zahlenmäßige Auswirkung dieser Änderung ist anzugeben ... Für das Anlagevermögen gelten ... (die) Bewertungsgrundsätze, ... daß es für die Abschreibungen in den der SEC und damit den Aktionären vorzulegenden Bilanzen keine Bindungen an die steuerlichen Abschreibungen gibt ..., (daß) zu unterscheiden (ist) zwischen Abschreibungen und Rücklagen für die Abnutzung und sonstige Entwertung von körperlichen und immateriellen Werten; die Abschreibungsmethode ist ebenso anzugeben wie die angewandten Sätze; die Verbuchung des Unterhaltungs- und Verbesserungsaufwands ist anzugeben, ebenfalls die Auflösung akkumulierter Abschreibungen" (Kronstein-Claussen, a.a.O., S.115-116).

(4) Kronstein-Claussen, a.a.O., S.116-117.

(5) Trumpler, Aktiengesellschaft, S. 99.

System (1), einer besonderen Art der Rechnungslegung, die

- 1) bei der Führung von Trust Accounts häufig angewandt wird (2) und
- 2) dem englischen Einkommensteuerrecht zu Grunde liegt (3)

Während in unseren bisherigen Überlegungen die kaufmännische Buchführung als eine Kombination einer Bestandsrechnung mit einer Erfolgsrechnung dargestellt wurde, bei der grundsätzlich "alle Wertveränderungen, die auf den Bestandskonten eintreten, auf die Erfolgskonten übertragen werden" müssen (4) und bei der sich aus der Einheitlichkeit der Bilanz ohne weiteres ergibt, "daß der Saldo der Gewinn- und Verlustrechnung dem Saldo der Bestandsbilanz gleich sein muß", wenn "die Rechnung richtig geführt ist" (5), hat das englische Recht eine besondere Buchführung entwickelt, nämlich das Double Account System. Die Rechnungsführung nach diesem System ist "vollständig verschieden ... von den Grundsätzen, nach denen sich die Aufstellung der kaufmännischen Bilanz vollzieht" (6). Bei dem Double Account System wird die Jahresrechnung in zwei Teilrechnungen gegliedert :

- (1) Dieses System ist nicht mit dem System der doppelten Buchführung (Double Entry System) zu verwechseln.
- (2) "In England ist die Verwaltung von Vermögen durch Trustees, die sich aus dem mittelalterlichen Lehnrecht entwickelt hat, außerordentlich verbreitet, insbesondere für Ehefrauen, Erben, Minderjährige, wie überhaupt für Personen, denen die Zinsen eines Vermögens zugute kommen sollen ohne daß sie auch das Verfügungsrecht über die Substanz haben sollen" (Trumpler, Bilanz nach englischem Recht, S. 60).
- (3) "Als Einkommen (Gewinn) gilt ... nicht der Unterschied zwischen dem Betriebsvermögen am Schlusse des Geschäftsjahres und dem Betriebsvermögen zu Beginn desselben, sondern der Unterschied zwischen den Einnahmen aus den betreffenden Steuerquellen und den Ausgaben, die zur Erzielung dieser Einnahmen gemacht wurde. Vermehrungen und Verminderungen in dem Kapital, z. B. Gewinne beim Verkauf von Anlagevermögen oder Verluste durch Unglücksfälle oder Substanzverluste kommen daher grundsätzlich nicht in Betracht" (Trumpler, Bilanz der Aktiengesellschaft, S. 39). - An anderer Stelle sagt Trumpler : "Ein Wertzuwachs oder eine Wertminderung, die das in dem Unternehmen angelegte Kapital betrifft (Capital Profits and Losses), ist auf das steuerpflichtige gewerbliche Einkommen (trade profit) ohne Einfluß. Daher sind Gewinne, die durch Realisierung oder Veränderungen des Anlagevermögens entstehen, nicht steuerpflichtig. Dies gilt jedoch nicht, wenn der Verkauf solcher Anlagen mit zum Gegenstand des Unternehmens gehört..." (Trumpler, Bilanz nach englischem Recht, S. 141).
- (4) Trumpler, Bilanz der Aktiengesellschaft, S. 40.
- (5) Trumpler, Bilanz der Aktiengesellschaft, S. 60.
- (6) Trumpler, Bilanz der Aktiengesellschaft, S. 61.

- 1) in eine Kapitalrechnung,
- 2) in eine Einkommensrechnung.

"Der Capital Account weist die Veränderungen nach, die in der Substanz des Trustvermögens vor sich gehen. Sie berühren nur den Eigentümer bzw. den Anwärter auf das Vermögen. Auf eine Vermehrung der Substanz, z.B. durch Wertsteigerung, hat der Nutznießer keinen Anspruch, umgekehrt kann er den Ertrag des Vermögens in Anspruch nehmen ohne Rücksicht darauf, ob Substanzverluste eingetreten sind" (1). An anderer Stelle sagt Trumpler hierzu: "Veränderungen, die auf der Kapitalseite vor sich gehen, berühren nur den Trustgeber (cestui que trust), während die Einnahmen nach Abzug der laufenden Unterhaltungskosten dem Begünstigten (beneficiary) zukommen" (2).

So wie z.B. zwischen den Einnahmen/Ausgaben der Kapitalrechnung und den Einnahmen/Ausgaben der Einkommensrechnung zu unterscheiden ist, so muß auch der Gewinn/Verlust der Kapitalrechnung (capital profits or losses) und der Gewinn/Verlust der Einkommensrechnung (excess of current income over current expenditure) in der Rechnungsführung getrennt werden.

Während es nach dem früher behandelten System nur eine einzige Rechnung gibt, bei der die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung eine Einheit bilden und bei der die Gewinn- und Verlustrechnung nur darüber Aufschluß gibt, "in welcher Weise sich der in der Bilanz ausgewiesene Gewinn oder Verlust errechnet, während der Gewinn bzw. Verlust selbst sich aus dem ... Bestandsvergleich ergibt, wobei kein Unterschied besteht, ob der Gewinn bzw. Verlust auf Kapital- oder Einkommensveränderungen beruht" (3), gibt es bei dem Double Account System zwei Rechnungen. Keine der beiden Rechnungen läßt sich mit der Bilanz im früher dargestellten Sinne vergleichen. "Die Bilanz ist kein Capital Account, denn sie enthält auch etwaige Verluste, die durch eine Verminderung der Erträge des Vermögens eingetreten sind. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist kein Income Account, denn sie muß auch Veränderungen enthalten, die in der Substanz des Vermögens vor sich gehen" (4).

Wenn das Double Account System angewandt wird, ist es durchaus möglich, daß in der Einkommensrechnung (Income Account) ein Gewinn (Verlust) ausgewiesen wird, während gleichzeitig in der Kapitalrechnung (Capital Account) ein Verlust (Gewinn) zum Ausweis gebracht wird. "Bei der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ist dies aber unmöglich, weil hier stets Veränderungen, die sich in einer Rechnung vollziehen, auf die andere übertragen werden müssen" (5).

-
- (1) Trumpler, Bilanz nach englischem Recht, S.38.
 - (2) Trumpler, Bilanz nach englischem Recht, S.119.
 - (3) Trumpler, Bilanz nach englischem Recht, S.119.
 - (4) Trumpler, Bilanz nach englischem Recht, S.61.
 - (5) Trumpler, Bilanz nach englischem Recht, S.61.

Trumpler macht darauf aufmerksam, daß "trotz der Entscheidung des House of Lords in Sachen Dovy v. Cory ... die auf dem Double Account System beruhenden Präjudize in Kraft" seien (1), wonach es sogar zugelassen wird, einen in der Einkommensrechnung erzielten Gewinn selbst dann zu verteilen, wenn in der Kapitalrechnung ein Verlust entstanden ist. Wenn also z.B. durch den Untergang eines Schiffes oder durch eine Brandkatastrophe (bei fehlender Schadensdeckung durch eine Versicherung) ein Verlust auf dem Capital Account eingetreten ist, so muß dieser Verlust nicht unbedingt mit dem gleichzeitig auf dem Income Account ausgewiesenen Gewinn verrechnet werden. Es wäre vielmehr zulässig, auf der Aktivseite der Kapitalrechnung einen Posten "Entwertung" auszuweisen und den Gewinn der Einkommensrechnung in voller Höhe zu verteilen. "Dabei ist in diesen Präjudizen allerdings die Einschränkung gemacht worden, daß genügend Umlaufkapital vorhanden sein müsse, um die Gläubiger zu befriedigen, d.h. daß die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft nicht in Frage gestellt werden dürfe" (2).

In diesem Zusammenhang ist aber auch darauf hinzuweisen, daß die meisten Gesellschaften eine Bestimmung in ihre Satzung aufgenommen haben, worach Dividenden nur dann gezahlt werden dürfen, wenn Gewinne erwirtschaftet worden sind. Aus dieser Bestimmung ist in der Praxis der Grundsatz abgeleitet worden, daß aus dem Kapital keine Dividende gezahlt werden dürfe. "Dieser Grundsatz entspricht nicht den vorerwähnten Präjudizen. Der Widerspruch dürfte sich aber dadurch lösen, daß unter dem Kapital, aus dem eine Dividende bezahlt werden kann, nur das Reservekapital zu verstehen ist" (3). Unter Berücksichtigung dieser Tatsache kann dann der in der Einkommensrechnung ausgewiesene Gewinn verteilt werden, obwohl in der Kapitalrechnung ein Verlust entstanden ist, sofern die Verluste der Kapitalrechnung durch Reserven in entsprechender Höhe ausgeglichen werden können. Allerdings müssen dann die Reserven in entsprechender Höhe von der Kapitalrechnung in die Einkommensrechnung übertragen werden. "Besteht das Reservekapital in stillen Rücklagen, so müssen diese aufgelöst und auf die Gewinn- und Verlustrechnung übertragen werden. Dies bedeutet, daß an Stelle des Double Account System eine Rechnung nach dem Balance Sheet System (4) aufgestellt werden muß. Auf keinen Fall kann eine Dividende bezahlt werden, wenn das Grundkapital der Gesellschaft dadurch angegriffen wurde" (5).

(1) Trumpler, Bilanz nach englischem Recht, S.95.

(2) Trumpler, Bilanz nach englischem Recht, S.95.

(3) Trumpler, Bilanz nach englischem Recht, S.95.

(4) Sehr zu begrüßen ist die Gepflogenheit in England, neben der Bilanz im engeren Sinne und neben der Gewinn- und Verlustrechnung (Profit and Loss Account) auch eine Gewinnverwendungsrechnung (Appropriation Account) zu veröffentlichen.

(5) Trumpler, Bilanz nach englischem Recht, S.96.

III Der Zeitpunkt des Gewinnausweises in der Bilanz und die sich hierbei ergebende Problematik

In dem vorangegangenen Teil dieser Arbeit haben wir untersucht, wie das Realisationsprinzip im Hinblick auf die Höhe des Gewinn- und Verlustausweises zu beurteilen ist. Das Realisationsprinzip erfordert aber nicht nur eine Untersuchung hinsichtlich der Höhe des Gewinn- und Verlustausweises, sondern auch eine Untersuchung hinsichtlich des Zeitpunktes des Gewinn- und Verlustausweises. Wenn auch die zeitliche Frage im vorangegangenen Teil mehrfach angeschnitten worden ist, so ist es trotzdem wegen der grundsätzlichen Bedeutung und außerdem auch wegen der gestellten Aufgabe erforderlich, näher auf die sich in diesem Zusammenhang ergebenden Probleme einzugehen.

Insbesondere zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung hat die Frage, wann der Gewinn realisiert ist, eine große praktische Bedeutung. Mitunter ergibt sich nämlich ein völlig anderes Bild, wenn in der Bilanz z.B. Gewinne als realisiert anerkannt werden, die in Wirklichkeit noch gar nicht realisiert sind. Es wird dann ein höherer Gewinn ausgewiesen als eigentlich ausgewiesen werden dürfte; u.a. wird auch die Liquidität besser dargestellt als sie dargestellt werden dürfte.

Gold sagt in diesem Zusammenhang (1): "... Für die Bilanz folgt daraus, daß sich die Liquidität günstiger darstellt, wenn z.B. bestellte Waren nicht mehr unter Vorräten, sondern schon unter Debitoren erscheinen (2); für die Gewinn- und Verlustrechnung resultiert daraus ein größerer Gewinn ... Die Entscheidung darüber, ob ein ganzes Geschäftsjahr ein Verlust- oder Gewinnjahr ist, hängt oft von der Beantwortung dieser auf den ersten Blick primitiv anmutenden Frage ab".

Daß der Zeitpunkt der Realisation von außerordentlicher Bedeutung sein kann, zeigt sich z.B. sehr deutlich bei Unternehmungen mit langfristiger Fertigung und hier insbesondere bei Einzelunternehmungen und Personengesellschaften (3). Hier gewinnt die Frage des Zeitpunktes der Gewinnrealisation deshalb besondere Bedeutung, weil bei einer Gewinnrealisation und einem Gewinnausweis in jährlich sehr unterschiedlicher Höhe die Inhaber wegen der Progression im Einkommensteuertarif u.U. bedeutend mehr Steuern zahlen müssen als wenn in jedem Jahr ein Gewinn in etwa gleichbleibender Höhe realisiert und ausgewiesen würde.

-
- (1) Gold, Ernst-Adolf: Wann entsteht ein Debitor in der Bilanz?, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, hrsg. v. Schmalenbach, 26. Jg., Leipzig 1932, S. 393-402, hier S. 393.
 - (2) Es verändert sich die in der Bilanz ausgewiesene absolute Liquidität und relative Liquidität (vgl. Schäfer, Unternehmung, S. 142 und 150-152).
 - (3) Es wird hier bewußt anstelle des handelsrechtlichen Begriffes "Personengesellschaften" der steuerrechtliche Begriff "Personalgesellschaften" verwendet.

- A Der Zeitpunkt des Gewinnausweises im Falle, daß angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgüter verkauft werden
- 1 Der Gewinnausweis im Falle, daß der Zugang des Geldes und der Abgang des Wirtschaftsgutes zeitlich übereinstimmen (Barverkauf)
- a Die Wirklichkeitsnähe der gemachten Voraussetzung und die Gewinnrealisation

Der Fall, daß ein Wirtschaftssubjekt ein Wirtschaftsgut kauft, dieses Wirtschaftsgut erhält und sofort bezahlt, ist der wohl am häufigsten vorkommende Fall bei Einkäufen, die den Bedarf des täglichen Lebens decken sollen, bei Kaufverträgen also, die in der Regel zwischen Einzelhändlern und Privatpersonen geschlossen werden. Ob der Kaufvertrag als obligatorisches Rechtsgeschäft viele oder wenige Tage vor dem beiderseitigen Erfüllungsgeschäft, am gleichen Tage des beiderseitigen Erfüllungsgeschäfts oder - in Ausnahmefällen, bei denen die Gültigkeit des Vertrages der nachträglichen Zustimmung (Genehmigung) eines Dritten bedarf - erst nach dem beiderseitigen Erfüllungsgeschäft rechtswirksam geschlossen wird, ist zwar nicht unerheblich, als entscheidend soll aber für unsere Untersuchung hier angesehen werden, daß die Hinnahme bzw. Hingabe des Wirtschaftsgutes und die Hingabe bzw. Hinnahme des Geldes, des Äquivalentes für das Wirtschaftsgut, von Sekunden oder Minuten abgesehen, gleichzeitig erfolgen (1).

Dieser Fall kommt aber nicht nur bei Einkäufen des täglichen Bedarfs von Privatpersonen vor, sondern gelegentlich auch dann, wenn eine Unternehmung wie eine Privatperson im oben dargestellten Sinne im Geschäftsleben auftritt, wenn sie Verträge mit relativ geringem Umsatzwert abschließt, z.B. wenn sie zur Ausführung eines eiligen Reparaturauftrags Schrauben von geringem Wert mit außergewöhnlichem Gewinde, die nicht am Lager gehalten werden, benötigt, diese kauft, sofort erhält und bar bezahlt. Wenn man berücksichtigt, daß bei Lieferungen mit geringem Wert die Kosten, die für die Rechnungslegung, die Rechnungsprüfung, die notwendige Einzelbuchung etc. entstehen, oft erheblich höher sind als der Wert der Lieferung selbst, so ist diese Handhabung in der Form der Verrechnung über eine sog. "Kleine Kasse" durchaus zu empfehlen.

Bedeutender als die zuletzt erwähnten Fälle sind insbesondere in Großhandels- und Industriebetrieben diejenigen, in denen der Verkäufer deshalb auf einer sofortigen Zahlung besteht, weil der Käufer nicht oder nicht hinreichend kreditwürdig ist oder weil der Verkäufer die Kreditwürdigkeit des Käufers nicht bekannt ist. In diesem Zusammenhang sind auch Lieferungen

(1) Wir unterstellen hier, es komme in jedem Falle ein gültiger Vertrag zustande.

gegen Nachnahme zu erwähnen. Hier handelt es sich regelmäßig, im Gegensatz zu den zuerst erwähnten Fällen, um Lieferungen größeren Wertes.

Nachdem wir nun an Beispielen die Bedeutung gesehen haben, die den Barverkäufen beizulegen ist, müssen wir untersuchen, wann im Falle des Barverkaufs der Gewinn als realisiert zu betrachten ist.

Angenommen, die Ware habe bis zum Tage der Übergabe mit 1 000 DM zu Buch gestanden und werde für 1 000 DM verkauft. Dann mindert sich - unter der Voraussetzung der Tagfertigkeit der Buchhaltung - am Tage der Übergabe der buchmäßige in Geldeinheiten ausgedrückte Warenbestand um 1 000 DM und gleichzeitig erhöht sich der Kassenbestand um 1 000 DM. Es hat also buchmäßig lediglich ein Aktivtausch stattgefunden. Hinsichtlich der Verfügungsmacht könnte man sagen: So wie der Verkäufer bisher über die Ware im Werte von 1 000 DM verfügen konnte, so kann er jetzt über den Gegenwert der Ware, über Geld in Höhe von 1 000 DM verfügen.

Analog ist es nun, wenn die Ware nicht zum Buchwert, sondern - wie im Regelfalle - mit einem Gewinn, z. B. mit einem Gewinn von 200 DM, also zu 1 200 DM verkauft wird. In diesem Falle kann der Verkäufer, da er das Geld sofort erhalten hat, sofort über 1 200 DM verfügen. Der Gewinn in Höhe von 200 DM scheint realisiert zu sein, denn der Verkäufer hat die 200 DM rechtmäßig erworben, er kann die 200 DM zur Wiederbeschaffung der verkauften Ware, zur Schuldentilgung, zur Darlehensgewährung, zur Steuerzahlung oder auf sonstige Art verwenden.

Trotzdem könnten gelegentlich Bedenken entstehen, wenn wir die 200 DM als bereits realisierten Gewinn ansehen würden. Dies wird deutlich, wenn wir nun die Fragen der Gewinnrealisation im Zusammenhang mit den wichtigsten gesetzlichen Vorschriften im Hinblick auf die Entstehung und Abwicklung eines Kaufvertrages behandeln.

b Die Gewinnrealisation wenn kein gültiger Kaufvertrag geschlossen ist

Durch den Kaufvertrag verpflichtet sich der Käufer nach § 433, Abs. I BGB, dem Käufer das vereinbarte Wirtschaftsgut zu übergeben und ihm das Eigentum an diesem Wirtschaftsgut zu verschaffen. Der Käufer verpflichtet sich seinerseits nach § 433, Abs. II BGB, dem Verkäufer den vereinbarten Kaufpreis zu zahlen und das gekaufte Wirtschaftsgut abzunehmen.

Wenn nun Verkäufer und Käufer sich geeinigt und das ihrerseits Erforderliche getan haben, so könnte man anzunehmen geneigt sein, daß für den Verkäufer nun nichts mehr im Wege stehe, den Gewinn als realisiert zu betrachten und in der Bilanz auszuweisen. Diese Auffassung ist aber z. B. dann nicht richtig, wenn die Willenserklärung des Verkäufers und die Willenserklärung des Käu-

fens hinsichtlich des abzuschließenden Kaufvertrags zwar übereingestimmt haben, wenn aber das Gesetz einem der beiden Partner keinen eigenen Willen zugesteht (1), sich für dieses Geschäft zu berechtigen und zu verpflichten. In diesem Falle ist kein gültiger Kaufvertrag zustande gekommen und selbst dann, wenn beide Parteien ihren Verpflichtungen gemäß einem gültigen Kaufvertrag nachgekommen sind und den Kaufvertrag auch als gültig angesehen haben, so kann doch später der Käufer vom Verkäufer das Geld und der Verkäufer vom Käufer die Ware zurückfordern.

Nun ist es für den Verkäufer im allgemeinen leicht festzustellen, ob der Käufer schon volljährig oder ob er noch minderjährig ist und daher grundsätzlich keinen eigenen rechtserheblichen Willen hat. Schwieriger für den Verkäufer wird die rechtliche Ungültigkeit der Willenserklärung zu erkennen sein, wenn z. B. ein Minderjähriger falschlich angibt, er habe die vertragsgemäße Leistung mit Mitteln bewirkt, die ihm zu diesem Zweck oder zu freier Verfügung von seinem Vertreter oder mit dessen Zustimmung von einem Dritten überlassen worden seien (2), wenn der Verkäufer aus Unkenntnis Vereinbarungen mit Firmen getroffen zu haben meint, die von nicht vertretungsberechtigten Personen vertreten waren (3), wenn der Verkäufer aus Unkenntnis mit einer rechtlich den Minderjährigen gleichgestellten Person Geschäfte gemacht hat (4). Auch könnte es sein, daß der Kaufvertrag vom Käufer nur zum Schein abgeschlossen ist, und zwar mit dem Einverständnis des Verkäufers (5), daß der Kaufvertrag gegen ein gesetzliches Verbot verstößt (6), daß der Kaufvertrag sittenwidrig ist (7), daß ein wesentlicher Teil des Kaufvertrags nichtig ist (8), daß die erforderliche Schriftform, die öffentliche Beglaubigung, die gerichtliche oder notarielle Beurkundung nicht beachtet wurde ... kurzum, daß der Kaufvertrag, so wie er geschlossen werden sollte, nicht zustande gekommen ist.

In allen diesen Fällen kann der Verkäufer gezwungen werden, die erhaltene Leistung zurückzugeben, ohne in gewissen Fällen die seinerseits erbrachte Leistung oder ein entsprechendes Äquivalent dafür zurückerhalten zu können.

Man könnte nach diesen Ausführungen nun auf den Gedanken kommen,

- (1) Wir wollen hier davon ausgehen, daß dem Käufer kein eigener Wille zugestanden wird und daß der Mangel des eigenen Willens rechtlich nicht beseitigt wird, wie dies z. B. durch vorherige oder nachträgliche Zustimmung des gesetzlichen Vertreters möglich ist.
- (2) vgl. § 110 BGB.
- (3) vgl. insbes. § 164 ff. BGB und die §§ 48, 54, 56, 84, 125 HGB.
- (4) vgl. insbes. § 104 - § 115 BGB.
- (5) vgl. § 117 BGB.
- (6) vgl. § 134 BGB.
- (7) vgl. § 138 BGB.
- (8) vgl. § 139 BGB.

den Gewinn erst dann als realisiert anzusehen und in der Bilanz auszuweisen, wenn jegliches Risiko für den Verkäufer erloschen ist, wenn der Verkäufer weiß, daß der Vertrag so, wie er als geschlossen angesehen worden ist, auch tatsächlich zustande gekommen ist, wenn der Verkäufer also Gewißheit darüber hat, daß er das erhaltene Geld unter keinen Umständen wieder herauszugeben braucht. Daß eine solche Handhabung u. a. wenig praktikabel wäre und über jedes vertretbare Maß an erforderlicher Vorsicht hinausgehen würde, ist offensichtlich. Deshalb wird der Gewinn unter den gesetzten Prämissen grundsätzlich schon dann als realisiert in der Bilanz ausgewiesen, wenn der Verkäufer das Geld erhalten hat. Natürlich können wir nicht bestreiten, daß es bei unvorsichtiger, nicht gewissenhafter und allzu "legerer" Geschäftsführung täglich vorkommen kann, daß Erfüllungsgeschäfte abgewickelt werden, bei denen z. B. kein gültiger Kaufvertrag zustande gekommen ist. Auf längere Sicht werden aber Kaufleute, die solche Geschäfte machen, zu normalen Zeiten aus mancherlei Gründen ohnehin nicht mehr lange fähig sein, auf dem Markte zu kaufen und zu verkaufen. In unserer Untersuchung müssen wir von der Voraussetzung ausgehen, daß der Verkäufer die seiner Branche und seinem Geschäftsumfange nach notwendigen Kenntnisse besitzt, daß er wenigstens den Erfordernissen genügt, die im allgemeinen an einen Kaufmann gestellt werden; wir müssen von der Voraussetzung ausgehen, daß bei dem Kaufvertrag ordentliche und ehrenwerte und rational handelnde Kaufleute beteiligt sind, die sich auch so verhalten wie es ordentliche und ehrenwerte und rational handelnde Kaufleute für richtig halten.

Wenn wir dies unterstellen, so ist es wohl berechtigt, nach unseren bisherigen Ausführungen (1) die Meinung zu vertreten, daß der Gewinn dann als realisiert in der Bilanz auszuweisen ist, wenn der Verkäufer den Kaufvertrag als geschlossen ansieht und Käufer und Verkäufer alles ihrerseits Erforderliche zur Leistungserfüllung getan haben, denn ein ordentlicher und ehrenwerter und rational handelnder Kaufmann wird in der Regel wohl kaum Verträge als abgeschlossen ansehen, die noch nicht abgeschlossen sind, und er wird, wenn er weiß, daß der Vertrag noch nicht abgeschlossen ist, auch keine Leistung erbringen und keinen Gewinn ausweisen, weil er damit rechnen muß, daß der Vertrag, wenn überhaupt, dann vielleicht nur in wesentlich veränderter Form zum Abschluß kommt.

In der Praxis werden die oben dargestellten Risiken mit Recht in der Weise berücksichtigt, daß die einzelnen Vertragsbestandteile und Vertragsvoraussetzungen vor Abschluß des Kaufvertrags einer genauen Prüfung unterzogen werden. Gelegentlich trotz aller Sorgfalt, Vorsicht ... verbleibende Risiken werden dadurch berücksichtigt, daß entsprechende Reserven gebildet werden.

(1) Später werden wir noch einige Einwände behandeln.

c Die Gewinnrealisation wenn der Kaufvertrag später angefochten wird

Gelegentlich kommt es vor, daß zunächst ein gültiger Kaufvertrag zustande gekommen ist, daß beide Vertragsparteien das ihrerseits Erforderliche getan haben, daß aber später wegen Irrtums (1), Drohung (2), arglistiger Täuschung (3) oder aus sonstigen Gründen der Vertrag angefochten wird.

Da sich hier keine wesentlichen Unterschiede hinsichtlich der Gewinnrealisation gegenüber den früheren Ausführungen ergeben, sei an dieser Stelle auf die Ausführungen im vorangegangenen Abschnitt verwiesen. Zu beachten sind aber in diesem Zusammenhang insbesondere die Vorschriften des § 121 BGB (unverzügliche Anfechtung), des § 122 BGB (Schadensersatzpflicht des Anfechtenden) und des § 124 BGB (Anfechtungsfrist bei Anfechtbarkeit wegen Täuschung oder Drohung).

d Die Gewinnrealisation wenn die Ware mit einem Mangel behaftet ist

Der Verkäufer könnte die Ware zwar übergeben und übereignet haben, die Ware könnte aber mit einem Mangel behaftet sein. Ein Mangel berechtigt den Käufer nach den Vorschriften des BGB, folgende Rechte geltend zu machen:

- 1) Wandlung nach § 459 ff BGB oder
- 2) Minderung nach § 459 ff BGB oder
- 3) Lieferung einer mangelfreien Sache bei Gattungsschulden nach § 480, Abs. I BGB oder
- 4) Schadensersatz wegen Fehlens einer zugesicherten Eigenschaft nach den §§ 459, Abs. II, 463, 494 BGB

Im ersten Falle müßten der Verkäufer und der Käufer das Erhaltene beiderseits nach den Vorschriften über die ungerechtfertigte Bereicherung (§ 812 ff BGB) zurückgewähren, der Käufer die Ware, der Verkäufer das Geld; im zweiten Falle müßte der Verkäufer einen Teil des erhaltenen Geldes an den Vertragspartner zurückgeben; im dritten Falle müßte der Verkäufer eine andere Ware der nach dem Kaufvertrag geforderten Art und Güte liefern und könnte die mit Fehlern behaftete und minderwertige Ware vom Käufer zurückfordern (4); im

-
- (1) vgl. insbesondere § 119, Abs. I BGB (Inhaltsirrtum, Erklärungsirrtum, Identitätsirrtum) und § 119, Abs. II BGB (Eigenschaftsirrtum einer Person oder einer Sache) und § 120 BGB (Übermittlungsirrtum)
 - (2) vgl. § 123 BGB.
 - (3) vgl. § 123 BGB.
 - (4) Wer aber eine mangelhafte Ware weiterbenutzt und den Mangel kennt, verwirkt den Anspruch auf Wandlung und Lieferung einer mangelfreien Ware.

vierten Falle schließlich mußte der Verkäufer Schadenersatz nach § 249 ff BGB leisten, der dem erhofften und bereits in Händen gehaltenen Gewinn zum Teil oder ganz entsprechen oder gar höher als der Gewinn sein könnte.

Diese Überlegungen machen deutlich, daß der bereits vereinnahmte Gewinn gelegentlich nicht als realisiert betrachtet werden kann, weil der Käufer unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt ist, vom Verkäufer einen Teil des Gewinns oder mehr zurückzufordern oder zusätzliche Leistungen zu verlangen.

Ein vorsichtiger Kaufmann, so könnte man zu sagen geneigt sein, muß dieses Risiko berücksichtigen und darf in dem Falle, daß eine Rüge wegen eines Mangels beim Abschluß des Kaufvertrages nicht ausgeschlossen werden konnte (1), den Gewinn nicht als realisiert ansehen, weil er letztenendes nur eine im äußersten Falle berechtigte Hoffnung auf Realisation in voller Höhe haben kann.

Wenn man aber diese Auffassung für richtig halten und fordern würde, der Verkäufer sollte den Gewinn erst dann als realisiert betrachten, wenn keine Mängel mehr geltend gemacht werden können (2), so wäre der Verkäufer nicht in der Lage, den Zeitpunkt der Realisation von sich aus zu bestimmen. Er müßte jeweils beim Käufer nachfragen, ob er noch mit einer evtl. Mängelrüge zu rechnen habe oder nicht. Diese Rückfragen würden die ohnehin heute schon sehr umfangreiche Verwaltungsarbeit weiterhin umfangreicher und komplizierter werden lassen. Wir sind daher der Meinung, daß es für den Verkäufer nicht zumutbar ist, hier im theoretisch richtigen Sinne verfahren zu müssen. Diese Meinung wird auch in der Literatur vertreten. So führt zum Beispiel Gold in diesem Zusammenhang aus (3): Es ist "nicht dieser hohe Grad in der Realisierung des Gewinnes - einen solchen könnte man mit dem Prinzip der Vorsicht immer noch vertreten -, der zur Ablehnung dieser Termine als Kriterien für die Entstehung eines Debtors führt, sondern vielmehr das Maß der Unzuverlässigkeit und Unübersichtlichkeit, das mit solchen Terminen in das kaufmännische Rechnungswesen hineingetragen würde".

-
- (1) In einigen Fällen ist es zum Kaufmannsbrauch geworden, in den allgemeinen Geschäftsbedingungen oder als Sonderpassus im Kaufvertrag zu vereinbaren, daß eine spätere Rüge wegen eines Mangels ausgeschlossen oder zeitlich begrenzt sein soll. - Vereinbarungen, nach denen eine spätere Mängelrüge ausgeschlossen wird, werden besonders häufig beim Verkauf von Gebrauchtwagen auf dem second-hand Markt und beim Verkauf von Wohn- und Fabrikgebäuden getroffen.
 - (2) Gold, a. a. O., S. 402.
 - (3) vgl. die unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen gemäß § 377 HGB und § 477 BGB. Unterscheide auch zwischen offenem und verstecktem Mangel !

Gelegentlich kommt es vor, daß auf Grund besonderer Vereinbarungen der Zeitpunkt des Gefahrenübergangs später liegt als der Zeitpunkt des Eigentumsübergangs und daß demzufolge der Verkäufer zusätzlich den Schaden zu tragen hat, der nach dem Zeitpunkt des Eigentumsübergangs aber vor dem Zeitpunkt des Gefahrenübergangs entstanden ist, obwohl er die Ware nicht mehr in Händen hält (1).

Unter diesem Gesichtspunkt könnte man zu empfehlen geneigt sein, den Zeitpunkt des Gefahrenübergangs als Zeitpunkt der Gewinnrealisation anzusehen. Man könnte die Auffassung vertreten, daß erst ab dem Zeitpunkt des Gefahrenübergangs einem Gewinnausweis nichts mehr im Wege stehe. Gegen diese Auffassung lassen sich aber ähnliche Einwendungen erheben wie im zuletzt behandelten Fall (2). Abgesehen von dem Fall der Übergabe an einen Frachtführer (3) (4) ist es dem Verkäufer nur schwer und auf umständliche Weise möglich, den Zeitpunkt des Gefahrenübergangs zu bestimmen.

- (1) Grundsätzlich trägt der Eigentümer die Gefahr des Untergangs oder der Verschlechterung. Die wichtigsten Vorschriften über den Eigentumserwerb an beweglichen Sachen ergeben sich aus den §§ 929 - 984 BGB, § 1242 BGB und § 1244 BGB, § 366 HGB und § 367 HGB, die wichtigsten Bestimmungen über den Eigentumserwerb an unbeweglichen Sachen ergeben sich aus den §§ 873, 892, 900, 925, 927 und 928 BGB. Der Grundsatz, daß der Eigentümer die Gefahr trägt, ist durch Spezialvorschriften durchbrochen. Vgl. hierzu z. B.: §§ 279, 287, 300, 324, II, 350, 446, 447, 644, 678, 848 BGB.
- (2) Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß der Verkäufer, wenn er das Risiko nicht auf den Käufer durch vertragliche Vereinbarungen abwälzen kann, den Schaden, der nach dem Eigentumsübergang aber vor dem Gefahrenübergang eingetreten ist, im allgemeinen durch vorzeitigen Abschluß eines Versicherungsvertrages abdecken kann.
- (3) vgl. hierzu die Definitionen und Vorschriften des HGB, insbesondere hier § 408 und § 425. - Der Spediteur haftet dem Verkäufer nach § 408 HGB als *lex specialis* zu § 278 BGB nur für die "*culpa in elegendo*". Der Frachtführer haftet dem Verkäufer aus der nach § 281 BGB gefolgerten "Schadensliquidation im Drittinteresse". Der Verkäufer hat einen Schaden, aber keinen Anspruch, der Spediteur hat einen Anspruch, aber keinen Schaden. Gemäß dem Rechtsinstitut der Schadensliquidation im Drittinteresse ist der Spediteur verpflichtet, den Anspruch gegenüber dem Frachtführer im eigenen Namen geltend zu machen.
- (4) Gold sagt hierzu: "Hier ist nur für den Fall der Übergabe an den Frachtführer der Zeitpunkt noch vom Verkäufer genau zu bestimmen. Sobald die Verfrachtung durch eigene Lastzüge erfolgt oder als Erfüllungsort der Wohnsitz des Käufers festgelegt wurde, ist das nicht mehr der Fall". (Gold, a. a. O., S. 399).

Es gibt einen bedeutenden Fall hinsichtlich der Gewinnrealisation, in dem der Verkäufer beim Schadenseintritt nicht nur für einen Schaden aufkommen muß, der vor der Übergabe der Ware bestanden hat, sondern auch für den Schaden, der erst nach der Übergabe der Ware entstanden ist. Dieser Fall liegt dann vor, wenn der Verkäufer mit dem Käufer eine Garantiefrist vereinbart hat, innerhalb der er die Kosten für die Beseitigung gewisser Schäden übernimmt. Die Schadensfälle, in denen sich der Käufer nach dem Eintritt an den Verkäufer halten kann, sind im einzelnen oder global in den Geschäftsbedingungen oder als Sonderposition im Kaufvertrag fixiert.

Nach diesen Ausführungen könnte man nun geneigt sein, den Zeitpunkt für den Gewinnausweis zu empfehlen, zu dem die Garantiefrist abgelaufen ist. Als Kritik läßt sich aber auch hier das Argument anführen, daß es für den Verkäufer oft nur unter großem Arbeitsaufwand möglich ist, den Zeitpunkt zu bestimmen, zu dem die Garantiefrist abgelaufen ist. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Verkäufer ein umfangreiches Warensortiment hat und wenn bei jeder einzelnen Warenart die Garantiezeit verschieden lang ist oder wenn es schwierig oder mit besonders großem Arbeitsaufwand verbunden ist, den Beginn der Garantiezeit zu bestimmen.

Das Wirtschaftsleben ist sehr vielgestaltig und dort, wo sich nicht feste und von beiden Vertragsparteien anerkannte Gewohnheitsregeln herausgebildet haben, stehen bei jedem Vertragsabschluß die Einkaufsbedingungen der Käufer den in der Regel stark abweichenden Verkaufsbedingungen der Verkäufer gegenüber. Jede Partei versucht, die für sie günstigsten Bedingungen, d.h. ihre Bedingungen, dem Kaufvertrag zu Grunde zu legen und je nach der Marktform, der Strategie, der Marktlage ... der beiden am Vertrag beteiligten Parteien werden bald Konzessionen von der einen, bald Konzessionen von der anderen Seite gemacht.

Wenn es gelegentlich Verkäufer gibt, die den genauen Zeitpunkt ohne Schwierigkeiten und zusätzlichen Arbeitsaufwand bestimmen können, zu dem die Garantiezeit abgelaufen ist, so könnte für sie dieser Zeitpunkt als Zeitpunkt der Gewinnrealisation anerkannt werden, sofern der Verkäufer nun endgültig Sicherheit hat, daß er nicht einen Teil des vereinnahmten Gewinns oder mehr an den Käufer zurückzahlen oder Leistungen in dieser Höhe erbringen muß. Abgesehen davon, daß der Verkäufer diese Sicherheit nur in den seltensten Fällen haben wird, könnte aber dieser Zeitpunkt deshalb nicht als Zeitpunkt der Gewinnrealisation gewählt werden, weil an den Zeitpunkt der Gewinnrealisation, wie wir nachgewiesen haben, so wichtige Folgen geknüpft sind, daß man hier nur einen Zeitpunkt anerkennen kann, der nicht im Einzelfalle, sondern grund-

sätzlich in jedem Falle Geltung hat und der auch jederzeit grundsätzlich in allen Fällen leicht nachgeprüft werden kann.

Wenn wir uns, wie wir später im einzelnen ausführen werden, für einen Zeitpunkt der Gewinnrealisation entscheiden, der im Regelfall vor dem Ablauf der Garantiefrist liegt, so sind wir uns bewußt, daß in diesem Fall diejenigen Verkäufer in der Regel benachteiligt sind, bei denen es üblich geworden ist, neben dem Kaufvertrag einen atypischen Vertrag, einen Garantievertrag, abzuschließen, so z. B. bei Verkäufern von langlebigen und wertvollen Konsumgütern und bei Unternehmungen, die betriebsfertige Anlagen in Einzelfertigung erstellen. Um auch ungleiche Fälle in gleicher Art und Weise behandeln zu können, muß hier ein Ausgleich geschaffen werden. Ein solcher Ausgleich kann z. B. darin bestehen, daß auf der Passivseite der Bilanz ein entsprechender Korrekturposten "Rückstellungen für Schulden aus Garantieverträgen" gebildet wird.

Wir sind zu folgendem Ergebnis gekommen: Im Falle, daß der Zugang des Geldes und der Abgang des Wirtschaftsgutes zeitlich übereinstimmen, ist es zu empfehlen, den Gewinn dann in der Bilanz auszuweisen, wenn der Verkäufer das Geld erhalten hat, obwohl der Verkäufer noch das Risiko trägt, daß aus dem Grunde, weil kein gültiger Kaufvertrag zustande gekommen zu sein braucht, weil der Kaufvertrag u. U. angefochten werden kann, weil auf Grund einer Mängelrüge, auf Grund eines eingetretenen Schadens bei einem dem Eigentumsübergang zeitlich später folgenden Ereignis oder auf Grund eines eingetretenen Schadens vor Ablauf der Garantiezeit Teile des als realisiert ausgewiesenen Gewinns oder mehr u. U. von der Unternehmung wieder zurückzahlen oder zusätzliche Leistungen zu vollbringen sind. Der Umfang dieses Risikos ist in den einzelnen Branchen und bei den einzelnen Verkäufern verschieden. Soweit es auf Grund des Kaufmannsbrauches oder auf Grund der verschiedenen Stärke der beiden am Kaufvertrag beteiligten Parteien nicht möglich ist, das Risiko auf den Kunden oder auf Vorlieferanten abzuwälzen, sind die Verkäufer sich im allgemeinen bewußt, daß sie dieses Risiko irgendwie berücksichtigen müssen. Dies könnte, wenn sich Versicherungsunternehmungen als Gefahrengemeinschaften dazu bereit erklären, dadurch geschehen, daß Versicherungen abgeschlossen und die von dem Verkäufer zu zahlenden Prämien als Aufwand gewinnmindernd berücksichtigt werden. Eine andere Möglichkeit der Berücksichtigung besteht darin, daß z. B. eine unter Berücksichtigung der Erfahrungswerte und der wahrscheinlich zukünftigen Änderung des Risikoumfangs gebildete Rückstellung in Form der Verlustrückstellung auf der Passivseite der Bilanz den als realisiert ausgewiesenen Gewinn berichtigt.

Wir haben bisher in unserer Untersuchung nur vom Verkauf von Waren, also von als Fertigprodukten bezogenen und in unveränderter Form abgesetzten Handelsgegenständen, gesprochen. Es ergeben sich jedoch für das Ergebnis

unserer Untersuchung hinsichtlich der Gewinnrealisation keine prinzipiellen Unterschiede, wenn es sich im Einzelfalle oder generell nicht um den Verkauf von Waren, sondern um den Verkauf von sonstigen Wirtschaftsgütern des Vorratsvermögens handelt, also um Rohstoffe, Hilfsstoffe, Betriebsstoffe, Halbfertigwaren oder Fertigwaren. Ein Verkauf von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen dürfte jedoch nur im Falle des Überbestandes oder im Falle der Liquidation der Unternehmung praktische Bedeutung haben, ein Verkauf von Halbfertigwaren aus den gleichen Gründen und außerdem im Falle von Ersatzteillieferungen. Im letzten Falle spräche man aber, da ein gewisser Umfang und ein gewisses Sortiment an Ersatzteilen bei Fertigungsbetrieben und in der Regel auch bei Handelsbetrieben zum Zwecke des Kundenservice immer notwendig sein wird, besser von "Fertigwaren als Ersatzteilen".

Bisher haben wir unterstellt, der Käufer erbringe seine Gegenleistung in barem Gelde, der Warenbestand würde vermindert, der Kassenbestand erhöht. An dem Ergebnis unserer Untersuchung ändert sich unter gewissen Voraussetzungen offenbar nichts, wenn der Käufer nicht mit Notalgeld, also Münzen oder Noten, sondern mit Giralgeld zahlt.

Wenn z. B. ein Kaufvertrag mit der Vereinbarung geschlossen worden ist, der Käufer habe so rechtzeitig zu leisten, daß am Tage der Übergabe der Ware die Gutschrift auf einem bestimmten Bankkonto des Verkäufers erfolge, wenn beide Vertragsparteien sich an diese Vereinbarung halten und wenn die Bank das ihrerseits Erforderliche tut, so kommt dieser Vorgang praktisch demjenigen gleich, bei dem der Verkäufer die Ware, der Käufer das Geld über den Ladentisch hingibt. Der Unterschied besteht lediglich darin, daß der Verkäufer im einen Fall über Notalgeld, im anderen Fall über Giralgeld verfügen kann. Was dem Verkäufer im Einzelfalle lieber sein wird, eine Bezahlung mit Notalgeld, weil er z. B. Löhne in bar zahlt und ohnehin Geld von seinem Konto zur Lohnzahlung abgeboben hätte, eine Zahlung mit Giralgeld, weil er z. B. das Geld ohnehin zur Bank gebracht hätte, ist hinsichtlich der Gewinnrealisation völlig unerheblich.

g Die Gewinnrealisation wenn der Käufer nicht in Geld, sondern in Geldsurrogaten leistet

Wir müssen nun den in der Praxis nicht selten vorkommenden Fall untersuchen, wann der Gewinn auszuweisen ist, wenn der Käufer mit einem Geldsurrogat gezahlt hat. Wir wollen davon ausgehen, daß der Käufer anstelle des Notalgeldes oder des Giralgeldes im oben verstandenen Sinne zum Zeitpunkt der Warenübergabe bzw. Warenübernahme dem Verkäufer einen Wechsel gibt. Hier liegt insofern ein anderer Fall vor, als der Verkäufer gelegentlich mit einem Wechsel

weniger anfangen kann als mit barem Gelde in der Kasse oder mit einem Guthaben bei einem Geld- oder Kreditinstitut. Daneben sind aber auch noch andere Unterschiede vorhanden.

Wenn ein Verkäufer bares Geld oder ein Guthaben bei einem Geld- oder Kreditinstitut besitzt, so kann er dieses verwenden, um z. B. Steuern zu zahlen, Dividenden auszuschütten etc. Er kann das bare Geld oder das Guthaben verteilen. Dies ist im Falle des Besitzes von Wechseln erst dann möglich, wenn der Wechsel eingelöst ist oder wenn sich ein Dritter gefunden hat, der bereit ist, eine Zahlung mit einem Geldsurrogat anstelle einer sonst vorzunehmenden Zahlung durch Überweisung, Zahlkarte, Bargeld ... zu akzeptieren.

Wenn der Verkäufer daran interessiert ist, daß der Wechsel nicht an Dritte veräußert wird, sondern unmittelbar von ihm eingelöst wird, so verliert er gegenüber einer Zahlung im bisher behandelten Sinne je nach dem vereinbarten Ziel u.U. mehrere Monate bis er über Giralgeld bei einer Bank oder über Notalgeld in der Form von Münzen oder Noten verfügen kann (1) (2), wobei er außerdem das Risiko trägt, daß der Wechsel u.U. nicht eingelöst wird.

Wenn der Verkäufer den Wechsel an einen Dritten weitergibt, der bereit ist, eine Zahlung mit einem Wechsel anstelle einer sonst vorzunehmenden Zahlung durch Überweisung, Zahlkarte oder Bargeld ... zu akzeptieren, so verliert er gegenüber einer Zahlung durch Notalgeld oder Giralgeld bei einem Geld- oder Kreditinstitut lediglich für den Zeitraum die Verwendungsmöglichkeit als Geld, während dessen ihm anstelle von Kassenguthaben oder Bankguthaben ein Wechselguthaben zur Verfügung stand, das er nicht in Notal- oder Giralgeld umtauschen konnte. Darüber hinaus trägt er aber ein größeres Risiko als im vorher behandelten Fall, und zwar insbesondere dann, wenn nach seinem Indossament eine längere Indossamentenreihe vorhanden ist, der Wechsel nicht eingelöst wird, vom Reihenregress Gebrauch gemacht wird und für ihn kein erfolgreicher Reihen- oder Sprungregress mehr möglich ist, der es ihm ermöglichen würde, sich schadlos zu halten.

Wir sehen also, daß immer dann, wenn der Abgang eines Wirtschaftsgutes lediglich mit einem gleichzeitigen Zugang eines Wechsels, nicht aber mit einem gleichzeitigen Zugang an Kassen- oder Bankguthaben verbunden ist, eine Gewinnrealisation in voller errechneter Höhe in Frage gestellt sein kann. Zwar hat der Käufer geleistet, die Hingabe des Wechsels bzw. - allgemeiner gesagt - eine Regulierung einer Schuld durch den Wechsel gilt aber nach § 364, Abs. II BGB lediglich erfüllungshalber und es ist noch ungeklärt, ob der Gewinn in errechneter Höhe tatsächlich realisiert wird.

- (1) Bei Wechseln werden im allgemeinen wegen der längeren Laufzeit Zinsen und wegen der entstehenden Aufwendungen Spesen berücksichtigt.
- (2) Bei Schecks würde der Verkäufer im Durchschnitt etwa zwei bis drei Tage verlieren.

Nun haben wir bisher den Zeitpunkt, ab dem der Käufer den Kaufvertrag nicht mehr anfechten kann, den Zeitpunkt, ab dem Schäden auf Grund einer Mängelrüge nicht mehr geltend gemacht werden können, den Zeitpunkt, ab dem die Gefahr des Untergangs oder der Verschlechterung auf den Käufer übergegangen ist, den Zeitpunkt, ab dem die Garantiefrist abgelaufen ist, als grundsätzlich geltende Zeitpunkte für die buchmäßige Gewinnrealisierung und damit für den Gewinnausweis in der Bilanz abgelehnt, weil es u. a. sehr häufig nur unter Schwierigkeiten und Umständlichkeiten für den Verkäufer möglich ist, diese Zeitpunkte im einzelnen Falle festzustellen und weil diese Zeitpunkte, zu denen der Gewinn ausgewiesen würde, nur schlecht kontrolliert werden können, weil sie aber wegen der grundsätzlich außerordentlich wichtigen Folgen, die sich an die Gewinnrealisation knüpfen, leicht feststellbar und auch leicht nachprüfbar sein müßten. Dies gilt auch entsprechend grundsätzlich für den Zeitpunkt, zu dem das Risiko aus dem Wechsel für den Verkäufer erloschen ist. Wenn der Verkäufer den Wechsel nicht weitergibt, sondern im Portefeuille aufbewahrt und am Fälligkeitstage oder an einem der folgenden beiden Werktage dem Schuldner vorlegt, so kann er am Tage der Vorlage, spätestens aber einige Tage danach feststellen (1) (wenn er alle ihm nach den geltenden Gesetzen zustehenden Rechte in Anspruch nimmt und auch den Käufer zwingen läßt, einen Offenbarungseid zu leisten), ob er in absehbarer Zeit sein Geld erhalten wird oder nicht. Wenn der Verkäufer den Wechsel aber weitergegeben hat, so ist der Zeitpunkt, zu dem jedes Risiko für den Verkäufer erloschen ist, oft schon wesentlich schwieriger festzustellen, weil z. B. dann, wenn die Laufzeit des Wechsels sehr lang bemessen und der Wechsel sehr häufig weitergegeben worden war, eine längere Zeit verstreichen kann bis der Verkäufer bei jeweiliger Inanspruchnahme der gesetzlich höchstens zulässigen Frist über seine Nachmänner - nun in umgekehrter Folge der Weitergabe des Wechsels - von seinem Nachmann überhaupt über die vergebliche Vorlage informiert oder gar auf Zahlung in Anspruch genommen wird.

In der Praxis wird aus den bereits genannten Gründen mit Recht nicht der Zeitpunkt für die buchmäßige Gewinnrealisation als maßgebend angesehen, zu dem jedes aus dem Wechsel sich ergebende Risiko beseitigt ist, sondern regelmäßig der Zeitpunkt, zu dem der Verkäufer den Wechsel erhalten hat.

Mit Recht wird auch gelegentlich auf einen weiteren Grund hingewiesen, der einen Gewinnausweis zum Zeitpunkt, zu dem der Verkäufer den Wechsel erhalten hat, weitgehend rechtfertigt. Grundsätzlich kann man nämlich davon ausgehen, daß der Schuldner den Wechsel nur dann nicht einlösen wird, wenn er weder Mittel hat noch auf irgendeinem Wege Mittel beschaffen kann, denn

(1) Bei Wechselklagen wird ein beschleunigtes Verfahren angewendet.

wenn es einmal bekannt geworden ist, daß der Schuldner seinen Wechselverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachgekommen ist, dann wird es im allgemeinen für den Schuldner sehr schwer sein, seine Kreditwürdigkeit glaubhaft zu machen, dann wird es für ihn sehr schwer sein, Kreditkündigungen zu verhindern oder gar neue Kredite zu erhalten. Daß der Schuldner in diesen Fällen sehr oft nicht mehr weit von einem Vergleich oder sogar von einem Konkurs entfernt ist, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Dies weiß der Schuldner im allgemeinen sehr gut und er wird alles versuchen, seinen Wechselverbindlichkeiten nachzukommen.

Die Erfahrungen in der Praxis haben gezeigt, daß der Verkäufer im allgemeinen nicht schlecht beraten ist, wenn ihm empfohlen wird, nach dem Grundsatz zu handeln, sich neben dem Wechsel eine Sicherheit geben zu lassen, den Gewinn aber schon dann auszuweisen, wenn er den Wechsel erhalten hat.

Entgegen den allgemeinen Gepflogenheiten sollte man aber nach unserer Auffassung darauf bestehen, daß vorhandene Risiken auch in der Bilanz, zumindest unter dem Strich, ausgewiesen werden. So ist es nach unserer Auffassung z. B. unzureichend, wenn es in der Bilanz unterlassen wird, Eventualverbindlichkeiten und Eventualforderungen im oben verstandenen Sinne in entsprechender Höhe auszuweisen.

In unseren bisherigen Ausführungen haben wir nur von Wechseln als Geldsurrogaten gesprochen. Zu den Geldsurrogaten gehören aber nicht nur Wechsel, sondern auch Schecks und ähnliche Wertpapiere. Da aber zwischen der Hingabe von Wechseln und der Hingabe von anderen Geldsurrogaten hinsichtlich der Frage der Gewinnrealisation keine wesentlichen Unterschiede bestehen, soll auf eine Untersuchung der Gewinnrealisation im Falle, daß der Verkäufer anstelle des Wechsels ein anderes Geldsurrogat erhalten hat, verzichtet werden.

2 Der Zeitpunkt des Gewinnausweises im Falle, daß der Zugang des Geldes zeitlich vor dem Abgang des Wirtschaftsgutes erfolgt (Vorauszahlung)

a Die Wirklichkeitsnähe der gemachten Voraussetzung

In der Praxis kommt es gelegentlich vor, daß der Verkäufer das Geld schon vor der Lieferung des Wirtschaftsgutes erhält. Insbesondere bei Unternehmungen, die Wirtschaftsgüter an Behörden oder den Behörden ähnliche Institutionen verkaufen, kann die Feststellung gemacht werden, daß manchmal Kaufverträge vorliegen, in denen eine Vorauszahlung, d. h. eine Anzahlung in voller Höhe der Kaufvertragssumme, vereinbart wird. Dies geschieht in der

Regel dann, wenn der betreffenden Dienststelle der Behörde nach dem Etat Mittel zur Verfügung stehen, die sie in der derzeitigen Rechnungsperiode noch nicht ausgegeben hat. Da der jährlich aufzustellende Etat u. a. erfahrungsgemäß sehr stark von Vergangenheitswerten beeinflusst wird, tragen die Dienststellen im allgemeinen dafür Sorge, daß sämtliche etatmäßig zugebilligten Geldmittel auch tatsächlich bis zum Ende des Rechnungszeitraumes ausgegeben werden, um keine Veranlassung zu einer Kürzung der im folgenden Rechnungsjahr zur Verfügung stehenden Geldmittel zu geben.

Vorauszahlungen werden gelegentlich auch dann geleistet, wenn der Verkäufer keine Vorfinanzierung übernehmen kann bzw. will, z. B. weil hinsichtlich der Kreditwürdigkeit des Käufers Zweifel bestehen.

Selten kommt es vor, daß eine Unternehmung A einer Unternehmung B einen Kredit gibt und beide Unternehmungen vereinbaren, daß die Kreditsumme einschließlich der vereinbarten Zinsen im Laufe der Zeit in dem Maße getilgt werden soll, in dem Lieferungen von der Unternehmung B an die Unternehmung A erfolgen.

Wir könnten hier noch viele andere Beispiele anführen. Entscheidend ist: in dem Falle, daß der Zugang des Geldes zeitlich vor dem Angang des Wirtschaftsgutes erfolgt, wird immer ein Vertrag zwischen den beiden Wirtschaftssubjekten vorliegen. In der Regel wird es sich um einen Kaufvertrag handeln. Durch diesen verpflichtet sich der Verkäufer nach § 433, Abs. I, wie bereits gesagt, dem Käufer das vereinbarte Wirtschaftsgut zu übergeben und ihm das Eigentum an diesem Wirtschaftsgut zu verschaffen. Der Käufer verpflichtet sich seinerseits nach § 433, Abs. II BGB, dem Käufer den vereinbarten Kaufpreis zu zahlen und das gekaufte Wirtschaftsgut abzunehmen.

Wir müssen nun untersuchen, zu welchem Zeitpunkt gemäß den gesetzten Prämissen der Gewinn in der Bilanz auszuweisen ist.

b Der Zeitpunkt der Gewinnrealisation wenn Aufwand und Ertrag feststehen

Unter Gewinn verstehen wir den Teil des Ertrages, um den der Ertrag größer als der Aufwand ist. Einen Gewinn können wir nur dann errechnen und im Falle der Realisation ausweisen, wenn sowohl der Aufwand als auch der Ertrag feststehen. Um die Frage beantworten zu können, wann der Gewinn als realisiert anzusehen ist, müssen wir daher zunächst untersuchen, unter welchen Voraussetzungen Aufwand und Ertrag als bekannt zu bezeichnen sind.

Hinsichtlich der Feststellung des Aufwands wollen wir in unserer Untersuchung der Übersichtlichkeit und der Verschiedenartigkeit wegen unterscheiden zwischen Wirtschaftsgütern, die angeschafft sind oder angeschafft werden, und Wirtschaftsgütern, die vom Verkäufer selbst hergestellt sind oder hergestellt werden.

- b₁ Die Gewinnrealisation im Falle der Anschaffung und anschließenden Veräußerung von Wirtschaftsgütern
- b₁₁ wenn das Wirtschaftsgut zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit dem Käufer schon angeschafft ist

Angenommen, das Geschäftsjahr stimme mit dem Kalenderjahr überein und der Verkäufer A schließe mit dem Käufer B (1) am 31.12.1961 einen gültigen und nicht anfechtbaren Vertrag über den Kauf eines Wirtschaftsgutes, das seit einiger Zeit schon bei A auf Lager liegt. Nach dem Kaufvertrag solle A am 15.3.1962 die Vorauszahlung auf seinem Postscheckkonto und B am 15.4.1962 die Lieferung auf Rechnung und Gefahr des Käufers erhalten haben. Das Wirtschaftsgut soll einschließlich aller Nebenausgaben für 9 000 DM angeschafft und für 10 000 DM verkauft worden sein. An Kosten, die im Zusammenhang mit der Lagerung und mit dem Verkauf des Wirtschaftsgutes einschließlich der Versicherung gegen Untergang oder Verschlechterung des Wirtschaftsgutes entstehen (2), könne der Verkäufer auf Grund seines gut ausgebauten Rechnungswesens nach jahrzehntelangen Erfahrungsregeln 200 DM ansetzen. Eine Haftung für Schäden, die sich direkt oder indirekt aus höherer Gewalt im weitesten Sinne ergeben, habe der Verkäufer vertraglich ausgeschlossen.

Es liegt der Gedanke nahe, daß der Verkäufer verpflichtet sein soll, am 31.12.1961, am letzten Tage seines Geschäftsjahres, die rechtlich entstandene Forderung und Verbindlichkeit in der Bilanz auszuweisen, zumal § 39 HGB bestimmt:

"Jeder Kaufmann hat bei dem Beginne seines Handelsgewerbes seine Grundstücke, seine Forderungen und Schulden, den Betrag seines baren Geldes und seine sonstigen Vermögensgegenstände genau zu verzeichnen, dabei den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände anzugeben und einen das Verhältnis des Vermögens und der Schulden darstellenden Abschluß zu machen.

- (1) Wir unterstellen, der Käufer B sei ein so zahlungskräftiger Kunde, daß der Verkäufer mit Sicherheit annehmen muß, er werde das Geld tatsächlich erhalten. Eine solche Unterstellung wäre z. B. z. Zt. gerechtfertigt, wenn der Staat, einer der großen Elektrokonzerne, einer der großen Chemiekonzerne, eine der Großbanken... als Käufer auftreten würde.
- (2) Wir unterstellen, die Versicherung habe im Schadensfalle vollen Ersatz der bis zum Zeitpunkt des Untergangs oder der Verschlechterung gemachten Aufwendungen zu leisten und der Verkäufer konnte im Schadensfalle das Wirtschaftsgut in gleicher Art und Güte innerhalb kurzer Zeit bei gleichem Aufwand wiederbeschaffen.

Er hat demnächst für den Schluß eines jeden Geschäftsjahres ein solches Inventar und eine solche Bilanz aufzustellen ..."

Gold stellt hierzu fest (1): "Es wird im Gesetz keinesfalls gesagt, daß Forderungen und Schulden mit Ausnahme solcher aus gegenseitigen, noch nicht erfüllten Verträgen aufzunehmen seien. Die Verpflichtung, die Ware zu liefern, müßte passiviert und die Kaufpreisforderung müßte aktiviert werden".

Gegen den Ausweis der Forderungen und Verpflichtungen in der Buchhaltung und Bilanz wären im Hinblick auf den Gewinnausweis dann mit Sicherheit keine Einwände zu erheben, wenn der Verkäufer solche Forderungen und Verpflichtungen, die sich aus noch nicht erfüllten Kaufverträgen ergeben, jeweils mit dem gleichen Betrage ausweisen und die Forderungen und Verpflichtungen in der Buchhaltung und Bilanz jeweils als solche bezeichnen würde. Gold führt hierzu aber richtig aus (2): "Weil jedoch die Aufnahme oder Fortlassung dieser Posten unter der Voraussetzung des Einsatzes mit dem gleichen Preise auf die Erfolgsermittlung ohne Einfluß ist und mit der Verbuchung die Buchhaltung unnötig kompliziert und die Bilanzklarheit gefährdet würde, sieht man von einer Verbuchung ab ...".

Tatsächlich bestanden lange Zeit Meinungsverschiedenheiten darüber, ob nach dem Gesetz ein Ausweis solcher Forderungen und Schulden gefordert ist oder nicht, während man heute fast einheitlich die - allerdings problematische - Auffassung vertritt, solche Forderungen und Schulden sollten nicht in der Bilanz ausgewiesen werden, obwohl, so meinen wir, ein gesonderter Ausweis sicherlich manchen guten Hinweis bei Analysen zu verschiedenartigsten Zwecken geben würde und unter manchen Gesichtspunkten, so z.B. hinsichtlich der Aussagekraft der Bilanz, durchaus positiv zu beurteilen wäre. Dies würde insbesondere dann der Fall sein, wenn die Forderungen und Schulden aus Einkaufs- und Verkaufsverträgen getrennt ausgewiesen und darüber hinaus nach der Fälligkeit untergliedert würden.

Daß bei einem Ausweis der Forderungen und Verpflichtungen in gleicher Höhe hinsichtlich des Gewinnausweises keine Bedenken bestehen, ist offensichtlich. Zu prüfen wäre, ob der Verkäufer den Gewinn, den er auf Grund des abgeschlossenen Kaufvertrages zu erzielen hofft, als solchen schon in der Bilanz ausweisen kann, ohne einen entsprechenden Posten in Höhe des Gewinns zu passivieren.

Der Gewinn wird, wie bereits mehrfach gesagt, als positive Differenz zwischen Ertrag und Aufwand ermittelt. Nach dem angeführten Beispiel liegen der Ertrag in Höhe von 10 000 DM und der Aufwand in Höhe von 9 200 DM fest. Es gibt für den Verkäufer grundsätzlich kein von ihm zu tragendes Risiko, das

(1) Gold, a. a. O., S. 397.

(2) Gold, a. a. O., S. 397.

im Verhältnis zu den früher behandelten Bargeschäften den Aufwand nachträglich erhöhen oder den Ertrag nachträglich mindern könnte. Da sowohl der Ertrag als auch der Aufwand bekannt sind, kann der Gewinn in Höhe von 800 DM ermittelt werden.

Die entscheidende Frage besteht nun darin, ob der errechenbare Gewinn am 31.12.1961 auch als realisiert anzusehen und in der Bilanz auszuweisen ist oder nicht. Die Gewinnrealisation setzt, wie wir später noch eingehend begründen werden, nach unserer Auffassung voraus, daß der Verkäufer über den Gewinn verfügen kann, daß er ihn in Form des Geldes als Eigentümer besitzt und zum Ankauf von Wirtschaftsgütern, zur Lohnzahlung, zur Steuerzahlung, zur Dividendenzahlung ... benutzen kann. Da dies aber im vorliegenden Beispiel am 31.12.1961 nicht der Fall ist, meinen wir, daß der Gewinn am 31.12.1961 zwar in seiner Höhe als bestimmt, nicht aber als realisiert anzusehen ist (1).

Daher ist unter den gesetzten Prämissen als frühester Zeitpunkt der bilanzmäßigen Gewinnrealisation der Zeitpunkt anzusehen, zu dem der Verkäufer über die Vorauszahlung verfügen kann. Diese Auffassung steht insofern der kaufmännischen Gepflogenheit entgegen (2), als nach der kaufmännischen Gepflogenheit zwar wohl eine Buchung vorgenommen wird, diese Buchung aber einen anderen Inhalt hat als diejenige, die wir nach unserem bisherigen Ergebnis als gerechtfertigt ansehen. Nach kaufmännischer Gepflogenheit wird nämlich zum Zeitpunkt, zu dem der Verkäufer die Vorauszahlung erhalten hat, der vorausgezahlte Betrag auf der Aktivseite der Bilanz nach § 131 AktG (3) unter Position III, Unterposition 14, "Kassenbestand einschließlich von Re. chsbank- (4) und Postscheckguthaben", auf der Passivseite der Bilanz nach § 131 AktG unter Position V, Unterposition 5, "Anzahlungen von Kunden" (5), ausgewiesen, der Gewinn jedoch erst dann als realisiert in der Bilanz ausgewiesen, wenn das Wirtschaftsgut geliefert und fakturiert worden ist, während wir bisher die Ansicht vertreten haben, daß zum Zeitpunkt, zu dem der

-
- (1) vgl. hierzu auch Bloch, F.: Die Behandlung schwebender Geschäfte in Buchführung und Bilanz, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 26. Jg., Leipzig 1932, S. 250-261, hier insbes. S. 258.
 - (2) vgl. Schmalenbach, E.: Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, in: ZfHf 1933, 27. Jg., S. 225-233, hier S. 231.
 - (3) Wir unterstellen hier, es handelte sich um eine Aktiengesellschaft. Die Bilanzgliederung gemäß dem AktG wird jedoch, soweit es möglich ist, im allgemeinen auch bei den Bilanzen von Unternehmungen mit anderer Unternehmungsform angewendet.
 - (4) bzw. jetzt die entsprechenden Nachfolgeinstitute
 - (5) Das Aktiengesetz macht in den Gliederungsvorschriften keinen Unterschied zwischen Vorauszahlungen und Anzahlungen.

Verkäufer die Vorauszahlung erhalten hat, der Gewinn unter den gesetzten Prämissen als realisiert betrachtet werden kann.

Es kann nach unserer Auffassung unter den gesetzten Prämissen durchaus gerechtfertigt sein, so zu verfahren, wie wir bisher vorgeschlagen haben. Bedenken entstehen aber dann, wenn es für den Buchhalter mit Schwierigkeiten und großem Arbeitsaufwand verbunden ist, im einzelnen Falle festzustellen, ob die Voraussetzungen zum Gewinnausweis schon zum Zeitpunkt der erhaltenen Vorauszahlung oder erst zum Zeitpunkt der Lieferung oder erst zu einem späteren Zeitpunkt vorliegen. Deshalb kann es unter dem Gesichtspunkt, eine "Überorganisation" zu vermeiden, deshalb kann es unter dem Gesichtspunkt der Praktikabilität und der Vermeidung von Willkür gerechtfertigt erscheinen, den Gewinn erst dann als realisierten Gewinn auszuweisen, wenn die Ware geliefert und die Faktura abgesandt ist, also so zu verfahren, wie es die kaufmännische Praxis tut. Auch der RFH vertritt im Urteil VI A 542/28 vom 10.7.1929 die herrschende betriebswirtschaftliche Auffassung (1), wenn er sagt:

"Ist nur vorgezahlt, so ist die Zahlung des Leistungspflichtigen eine Einnahme; jedoch muß auf der Passivseite eine gleich hohe Schuld angesetzt werden; es käme praktisch auf dasselbe hinaus, wenn derartige Zahlungen also als nicht eingenommen unterstellt würden, was jedoch bei buchführenden Kaufleuten nicht angängig ist".

Unter allen Umständen, so meinen wir, sollte man darauf achten, daß gleichartige Fälle auch gleichartig behandelt werden, damit den an der Bilanz des Verkäufers Interessierten ein Vergleich der Bilanzen der Vorjahre und des Berichtsjahres besser ermöglicht und auch ein Vergleich zwischen der Bilanz des Verkäufers und den Bilanzen hinsichtlich Branche, Fertigungsprogramm ... gleicher oder ähnlicher Unternehmungen - trotz aller sonstiger Problematik - doch wenigstens erleichtert wird.

b₁₂ wenn das Wirtschaftsgut zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit dem Käufer noch nicht angeschafft ist

Bisher haben wir festgestellt, daß der Gewinn unter gewissen Voraussetzungen schon dann als realisiert angesehen und behandelt werden kann, wenn der Verkäufer die Vorauszahlung erhalten hat und das Wirtschaftsgut vom Verkäufer bereits angeschafft, aber noch nicht veräußert worden ist. Es soll nun geprüft werden, ob der Gewinn auch dann schon in der Bilanz ausgewiesen werden konnte, wenn der Käufer die Vorauszahlung geleistet, der Verkäufer aber noch nicht einmal das Wirtschaftsgut angeschafft hat.

(1) Auf die Stellungnahmen der Literatur werden wir später noch im einzelnen eingehen.

Ein entscheidender Unterschied für unsere weiteren Betrachtungen besteht nach unserer Auffassung darin, ob der Verkäufer bereits einen Dritten durch vertragliche Vereinbarung zu einer Lieferung unter bestimmten Bedingungen verpflichtet hat oder nicht. Wir wollen daher zwei Fälle unterscheiden :

Fall 1 :

Wenn schon ein Vertrag mit einem Lieferanten geschlossen ist, so kann unter gewissen Voraussetzungen nach unserer Auffassung ein Gewinn schon dann als realisiert betrachtet und in der Bilanz ausgewiesen werden, wenn der Verkäufer die Vorauszahlung erhalten hat. Wir wollen von einem Beispiel ausgehen: A hat am 31. 12. 1961 mit einem zahlungskräftigen Käufer B (1) einen gültigen und nicht anfechtbaren Kaufvertrag über Lieferung einer Maschine geschlossen. Vereinbart war, daß A am 15. 3. 1962 per Postscheck die Vorauszahlung, B am 15. 4. 1962 die Maschine erhalten haben sollte. Der Verkaufspreis sollte 10 000 DM betragen. A sollte die Maschine am 15. 4. 1962 am Lager des A an B übergeben und B sollte mit dem Zeitpunkt der Übergabe die Gefahrtragung übernehmen, B sollte die Maschine auf eigene Rechnung und Gefahr aufladen, transportieren, abladen und montieren. A stellte kurz nach dem Vertragsabschluß fest, daß er die Maschine nicht bis zur vertraglich festgelegten Zeit liefern könnte, es gelang ihm aber, mit C einen Kaufvertrag über 9 000 DM abzuschließen, nach dem C die Maschine in der von B gewünschten Form und Qualität am 14. 4. 1962 im Lager des A dem A übergeben sollte. Die Gefahr des Untergangs oder der Verschlechterung sollte gleichzeitig mit der Übergabe auf A übergehen. A vereinbarte mit C im Falle der nicht rechtzeitigen Lieferung und Übergabe eine Vertragsstrafe (2) in Höhe der dem A durch Nichterfüllung bzw. spätere Erfüllung entstehenden Kosten einschließlich des entgangenen Gewinns im Falle der berechtigten und geltend gemachten Ansprüche des B gegen A und A hatte sich von dem als zahlungskräftig bekannten D nach Rücksprache mit C zugunsten des C eine Bürgschaft (3) in entsprechender Höhe geben lassen. Für den Untergang oder die Verschlechterung aller am Lager befindlichen Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe, Halb- und Fertigfabrikate und Waren hatte A bereits für das Kalenderjahr 1962 eine pauschale Versicherung abgeschlossen und auch die Versicherungsgebühr bezahlt.

-
- (1) Wir unterstellen, alle beteiligten Kaufleute seien Vollkaufleute.
- (2) vgl. die Vorschriften des § 348 HGB und des § 343 BGB. § 348 HGB besagt: "Eine Vertragsstrafe, die von einem Kaufmann (gemeint ist der Volikaufmann) im Betriebe seines Handelsgewerbes versprochen ist, kann nicht auf Grund der Vorschriften des § 343 des Bürgerlichen Gesetzbuchs herabgesetzt werden".
- (3) vgl. die unterschiedlichen Vorschriften des § 348 HGB und des § 771 BGB. Nach § 349 HGB hat der Bürge keine Einrede der Vorausklage.

A konnte also bereits in den ersten Tagen des Kalenderjahres 1962 genau feststellen, welche Forderungen und Verpflichtungen, welchen Ertrag und welchen Aufwand, er aus dem An- und Verkauf der Maschine haben würde, und A kann daher den Gewinn - des bisherigen Ausführungen entsprechend - zum Zeitpunkt, zu dem er die Vorauszahlung erhalten hat, als realisiert ansehen und in der Bilanz ausweisen.

Bisher sind wir davon ausgegangen, daß der Lieferant C das Wirtschaftsgut dem Verkäufer zustellt und dieser dann das Wirtschaftsgut an den Käufer weiterveräußert. An dem gewonnenen Ergebnis ändert sich bei entsprechenden vertraglichen Vereinbarungen offenbar nichts, wenn der Lieferant das Wirtschaftsgut direkt an den Käufer des A versendet (1). Es ist aber in diesem Zusammenhang zu beachten, daß der Verkäufer am Tage, an dem er die Vorauszahlung erhalten hat, nicht nur das Postscheckguthaben einschließlich der Bürgschaft (2) in der Bilanz berücksichtigt, sondern auch die Verbindlichkeit gegenüber dem Lieferanten einschließlich der vom Verkäufer zu übernehmenden sonstigen Aufwendungen. Wenn der Verkäufer dies nicht tun würde, so würden nämlich, wenn z. B. vierteljährlich eine Zwischenbilanz aufgestellt wird, am 31.12.1962 nicht nur der den Aufwand übersteigende Teil des realisierten Ertrages, also der realisierte Gewinn, sondern der realisierte Ertrag in voller Höhe als Gewinn ausgewiesen, dem Aktivposten würde nicht der äquivalente Passivposten gegenübergestellt und der Gewinn würde zu hoch ausgewiesen.

So wie man z. B. in der Praxis bei der Abrechnung eines einzelnen Auftrags darauf achten muß, daß dem Verkaufswert die äquivalenten Auftragskosten gegenübergestellt werden, so wie man in der Praxis bei der Abrechnung eines einzelnen Auftrags eine Vorverrechnung der Auftragskosten in Höhe der noch fehlenden Belastungen vornimmt, um den richtigen Gewinn je Auftrag zu ermitteln, so muß man auch in entsprechender Weise bei der Erstellung einer Bilanz verfahren.

Wir haben festgestellt, daß der Gewinn unter gewissen Voraussetzungen auch schon dann als realisiert angesehen werden kann, wenn der Verkäufer zwar einen Vertrag mit einem Zulieferanten geschlossen, das verkaufte Wirtschaftsgut aber noch nicht angeschafft hat. Dies ist dann der Fall, wenn

- 1) der Verkäufer weiß, welchen Ertrag er gemäß den Bedingungen des Kaufvertrages erzielt,
- 2) der Verkäufer weiß, welchen Aufwand er gehabt hat oder haben wird, um

(1) Dies ist vorwiegend aus Wirtschaftlichkeitsgründen in der Praxis üblich. Wenn der Verkäufer nicht gewillt ist, dem Käufer den Namen des Lieferanten bekannt zu geben, so erfolgt der Versand an den Käufer in neutraler Form.

(2) unter dem Strich

gemäß den Bedingungen des Kaufvertrages das seinerseits Erforderliche zu tun,

3) der Verkäufer die Vorauszahlung erhalten hat.

Fall 2 :

Gelegentlich kann es im Wirtschaftsleben vorkommen, daß ein Verkäufer auf Grund besonderer Umstände eine große Macht besitzt, die es ihm gestattet, Bedingungen der Kaufverträge (einschließlich der Preise), die er mit Lieferanten schließt, innerhalb gewisser Grenzen allein zu bestimmen. Dies kann z. B. dann der Fall sein, wenn sich sämtliche Verkäufer einer Branche unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zusammenschließen und nun gemeinsam zu gleichen Bedingungen einkaufen. Die in großer Anzahl vorhandenen Lieferanten mit jeweils geringem Marktanteil werden die Bedingungen der Verkäufer akzeptieren müssen, wenn sie ihr Verkaufsprogramm nicht ändern wollen oder können, aber trotzdem weiterhin zu bestehen beabsichtigen.

Dies kann z. B. auch dann der Fall sein, wenn ein Lieferant Verkaufs-, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen sowie Preislisten herausgegeben hat, in denen er den Zeitraum der Gültigkeit verbindlich fixiert hat, oder dann, wenn der Lieferant durch gesetzliche Bestimmungen angehalten ist, für einen bestimmten Zeitraum an jeden Bedarfsträger zu festgelegten Bedingungen zu verkaufen (1).

Diese wenigen Beispiele mögen ausreichen, um zu zeigen, daß der Verkäufer gelegentlich zumindest kurzfristig so disponieren kann, als ob bereits zwischen ihm und seinem Lieferanten ein Vertrag zustande gekommen wäre, und es gelten für ihn die Ausführungen im vorangegangenen Abschnitt sinngemäß.

Im allgemeinen ist es aber für den Verkäufer hinsichtlich des Zeitpunktes der Gewinnrealisation von großer Wichtigkeit, ob er einen Vertrag mit einem Lieferanten abgeschlossen hat oder nicht. Wenn nämlich ein Vertrag vorliegt, so ist das Risiko des Verkäufers erheblich gemindert, weil er den Lieferanten in Anspruch nehmen kann, wenn dieser nicht die vereinbarte Ware, nicht zur vereinbarten Zeit, nicht in der vereinbarten Menge, nicht zum vereinbarten Preis, nicht zum vereinbarten Ort ... geliefert hat.

Nach unseren bisherigen Ausführungen wird man sagen können : Der Zugang des Geldes wird zeitlich nur dann vor dem Abgang des Wirtschaftsgutes erfolgen, wenn dies im Vertrag vereinbart worden ist. Mit dem Abschluß

(1) Hierbei haben wir unterstellt, daß der Verkäufer evtl. eintretende Änderungen der Lieferzeiten (z. B. wegen Änderungen der Nachfrage- bzw. Angebotsmengen) kennt und berücksichtigt bzw. daß sich die Lieferzeiten nicht ändern.

eines gültigen und nicht anfechtbaren Vertrages ist der Ertrag des einzelnen Auftrags häufig als bekannt anzusehen. Der Aufwand des einzelnen Auftrags kann bei gut ausgebildetem Rechnungswesen grundsätzlich dann als bekannt betrachtet werden, wenn die Ware bereits auf Lager liegt und in entsprechender Höhe versichert ist oder wenn ein Vertrag mit entsprechenden Vereinbarungen mit einem Lieferanten geschlossen ist. Wenn Ertrag und Aufwand als bekannt anzusehen sind und keine nachträglichen Gewinnkorrekturen eintreten können, so kann der Gewinn errechnet werden. Als realisiert ist der Gewinn aber erst dann zu betrachten, wenn der Verkäufer den Gewinn verteilen kann.

- b₂ Die Gewinnrealisation im Falle der Herstellung und anschließenden Veräußerung von Wirtschaftsgütern
- b₂₁ wenn das Wirtschaftsgut zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit dem Käufer schon hergestellt ist

In unserer Untersuchung soll das für den Fall der Anschaffung gegebene Beispiel hier analog verwendet werden. Es kann dann festgestellt werden: Grundsätzlich besteht hinsichtlich der Frage des Zeitpunktes der Gewinnrealisation kein Unterschied, ob das Wirtschaftsgut angeschafft oder hergestellt worden ist. Ein Unterschied besteht lediglich darin, daß im Falle der Anschaffung des Wirtschaftsgutes die Anschaffungswerte im allgemeinen bereits bei Abschluß des Kaufvertrags mit dem Lieferanten feststehen, während im Falle der Herstellung des Wirtschaftsgutes die Herstellungswerte frühestens erst mit endgültiger Fertigstellung (1), im Regelfall wegen der später erfolgenden Nachkalkulation aber erst einige Zeit danach bekannt sind.

Wie bisher festgestellt wurde, kann der Gewinn nur dann realisiert sein, wenn der Verkäufer den Gewinn errechnen kann, wenn keine späteren Gewinnkorrekturen eintreten können, wenn der Verkäufer den Gewinn verteilen kann. Wenn eine der beiden Komponenten des Gewinns, entweder der Aufwand oder der Ertrag, noch nicht bekannt ist, so kann auch der Gewinn noch nicht bekannt sein und daher auch noch nicht in der Bilanz ausgewiesen werden. Dies gilt nach unserem bisherigen Ergebnis (2) selbst dann, wenn der Verkäufer eine Vorauszahlung erhalten hat. In vielen Fällen wird also der Zeitpunkt der Gewinnrealisation bei hergestellten Wirtschaftsgütern später liegen als bei angeschafften Wirtschaftsgütern, u.U. auch erst später als der Verkäufer die Vorauszahlung erhalten hat, wenn die Nachkalkulation erst später aufgestellt und keine Mitkalkulation vorgenommen wird.

- (1) wenn eine Mitkalkulation durchgeführt wird
- (2) Hierauf werden wir später noch genauer eingehen.

b₂₂ wenn das Wirtschaftsgut zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit dem Käufer noch nicht hergestellt ist

Wir haben im Falle der Anschaffung und anschließenden Veräußerung eines Wirtschaftsgutes festgestellt, daß der Gewinn unter gewissen Voraussetzungen schon dann ermittelt werden kann, wenn das Wirtschaftsgut zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit dem Käufer noch nicht verkaufsbereit auf Lager liegt. Im Falle, daß das Wirtschaftsgut nicht angeschafft, sondern vom Verkäufer selbst hergestellt wird, ist dies nicht möglich, weil - wie bereits ausgeführt - der Aufwand erst frühestens mit dem Zeitpunkt der Fertigstellung des Wirtschaftsgutes bekannt sein kann. Zwar kann der Verkäufer, wenn er bereits über große Erfahrungen bei der Herstellung des Wirtschaftsgutes verfügt, den Aufwand im allgemeinen genauer voraussagen. Unvorhersehbare Ereignisse können aber erhebliche Schäden hervorrufen, die, wenn sie vom Hersteller nicht abgewälzt werden können, den von ihm zu tragenden Aufwand beträchtlich erhöhen. Dies gilt um so mehr, wenn die Herstellung kompliziert ist, wenn die Herstellungsdauer lang ist und wenn die größte Gefahr des Eintritts des unvorhersehbaren Ereignisses am Ende der Herstellungsdauer besteht. Die Aufwandserhöhung gewinnt an Bedeutung, wenn der Verkäufer eine Massenfertigung betreibt und der Schaden z.B. in der Form des Bearbeitungsschadens an allen im Herstellungsprozeß befindlichen Wirtschaftsgütern entsteht oder wenn der Verkäufer z. Zt. sämtliche Arbeitskräfte, Produktionsmittel und Werkstoffe zur Herstellung eines Wirtschaftsgutes eingesetzt hat und ein Schaden an diesem Wirtschaftsgut eintritt.

Außerdem ist zu bedenken, daß sich insbesondere dann, wenn der Herstellungsprozeß lange dauert, die Kosteneinflußfaktoren u. U. erheblich ändern können. Hierauf wollen wir im einzelnen später noch einmal eingehen.

Schließlich muß auch berücksichtigt werden, daß von der Ertragsseite her einer Gewinnfeststellung zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses Grenzen gesetzt sein können. Dies ist z. B. dann der Fall, wenn vertraglich keine Verrechnung zum Pauschalpreis, sondern - wie dies bei Einzelfertigungen in der Bauwirtschaft und in der Elektroindustrie bei Montagearbeiten sehr häufig geschieht - z. B. eine Verrechnung gemäß den vom Käufer bescheinigten Liefer- und Stundennachweisen oder eine Verrechnung gemäß dem vom Verkäufer und Käufer nach Fertigstellung der Arbeiten gemeinsam erstellten Aufmaß vereinbart war.

Nach den bisherigen Ausführungen kann folgendes Ergebnis festgestellt werden: Um den Gewinn errechnen zu können, ist es notwendig, daß Aufwand und Ertrag bekannt sind. Dies ist im Falle der Herstellung regelmäßig relativ später der Fall als im Falle der Anschaffung von Wirtschaftsgütern. Wenn der Gewinn ermittelt werden kann, so ist damit noch nicht gesagt, daß

der Gewinn auch in der Bilanz ausgewiesen werden kann. Der Ausweis in der Bilanz setzt grundsätzlich voraus, daß der errechnete Gewinn verteilbar ist. Dies ist frühestens dann der Fall, wenn der Verkäufer das Geld erhalten hat. Zu prüfen wäre, ob eine nachträgliche Korrektur der Aufwands- oder Ertragsseite außer den bisher behandelten Möglichkeiten eintreten könnte, ggf. ob eine gewinnerhöhende oder gewinnmindernde Korrektur den Zeitpunkt der Gewinnrealisation beeinflussen könnte.

c Der Zeitpunkt der Gewinnrealisation wenn der Gewinn in seiner Höhe nachträglich korrigiert werden kann

Bei der Untersuchung hinsichtlich des Zeitpunktes des Gewinnausweises im Falle, daß der Zugang des Geldes zeitlich vor dem Abgang des Wirtschaftsgutes erfolgt, haben wir bisher unterstellt, daß der Gewinn in seiner Höhe nicht nachträglich korrigiert werden kann, daß also weder Aufwand noch Ertrag später gemindert oder erhöht werden können. Diese Unterstellung soll nun aufgegeben werden und es soll jeweils unter besonderer Beachtung der am häufigsten eintretenden Fälle geprüft werden, wann der Gewinn im Einzelfalle als realisiert angesehen ist.

Wir haben bereits bei der Untersuchung des Zeitpunktes der Gewinnrealisation im Falle, daß der Zugang des Geldes und der Abgang des Wirtschaftsgutes gleichzeitig erfolgen, festgestellt, welchen Einfluß verschiedene Störungen auf die Gewinnrealisation haben können; wir haben festgestellt, daß der Aufwand nachträglich erhöht, der Ertrag nachträglich gemindert werden und der Gewinn eigentlich nicht zu dem bisher vorgeschlagenen Zeitpunkt als realisiert angesehen und behandelt werden kann,

- 1) wenn kein gültiger Kaufvertrag zustande gekommen ist,
 - 2) wenn der Kaufvertrag später angefochten werden kann,
 - 3) wenn die gelieferte Ware (1) mit einem Mangel behaftet ist,
 - 4) wenn die Gefahr erst nach dem Eigentum übergeht,
 - 5) wenn ein Garantievertrag abgeschlossen worden ist,
 - 6) wenn der Käufer nicht in Geld, sondern in Geldsurrogaten geleistet hat,
- daß aber die nachträglich eintretenden Korrekturen in den genannten Fällen aus Gründen einer wirtschaftlichen Handhabung unter Beachtung von Vorsichtsmaßnahmen keinen Einfluß auf den Zeitpunkt ausüben sollten, zu dem der Gewinn in der Bilanz ausgewiesen wird, sondern allenfalls auf die Höhe des ausgewiesenen Gewinns.

-
- (1) Dies gilt natürlich auch für die vom Verkäufer selbst hergestellte Ware, d. h. von Fertigerzeugnissen.

An dieser Stelle kann somit auf das bereits im einzelnen begründete Ergebnis verwiesen werden, und es brauchen nur noch die zusätzlichen bedeutenden Fälle nachfolgend behandelt werden, bei denen eine Aufwands-/Ertrags- Erhöhung/ Minderung vor der Übergabe, bei der Übergabe oder nach der Übergabe den Gewinn nachträglich korrigieren kann.

c₁ wenn der Gewinn durch Ertragsminderungen nachträglich korrigiert werden kann

c₁₁ durch nachträglich eingetretene, vom Verkäufer zu vertretende Unmöglichkeit

Angenommen, der Verkäufer hätte bereits die Vorauszahlung erhalten, er hätte den Gewinn in der Bilanz ausgewiesen, weil er der Auffassung gewesen wäre, Aufwand und Ertrag würden feststehen und könnten nicht nachträglich korrigiert werden, und er hätte seinerseits alles so gut vorbereitet, daß er nach seiner Auffassung keine Bedenken hätte zu haben brauchen, seinen Verpflichtungen zur Leistung nicht ordnungsgemäß nachkommen zu können.

Wenn nun in der nächsten Zeit, bevor er seiner Verpflichtung zur Leistung nachkommen soll, irgendein Ereignis eintritt, z. B. ein Brand, der das nach dem Vertrag zu liefernde Wirtschaftsgut am Lager des Verkäufers vernichtet, und wenn es dem Verkäufer nicht gelingt, ein Wirtschaftsgut gleicher Art und Güte auf irgendeine Weise später zu beschaffen, das er anstelle des vernichteten Wirtschaftsgutes liefern kann, so ist es für ihn unmöglich geworden, die gemäß dem Vertrag geforderte Leistung zu erbringen, und er hat diese Unmöglichkeit in der Regel gegenüber dem Käufer zu vertreten (1) (2).

Nach dem geltenden Recht steht dem Käufer das Recht zu (3), entweder

- 1) Schadensersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen (§ 325, Abs. I, Satz 1 BGB) oder
- 2) vom Vertrag zurückzutreten (§ 325, Abs. I, Satz 1 BGB in Verbindung mit § 327 BGB und § 346 ff. BGB) oder
- 3) Herausgabe des stellvertretenden commodum zu verlangen (§ 325, Abs. I, Satz 3 BGB in Verbindung mit § 323, Abs. II BGB und § 281 BGB) oder
- 4) Herausgabe der nicht mehr geschuldeten, aber bereits erbrachten Gegenleistung zu verlangen (§ 325, Abs. I, Satz 3 BGB in Verbindung mit § 323, Abs. I und III BGB und § 812 BGB).

(1) vgl. § 279 BGB im Falle einer nachträglichen subjektiven Unmöglichkeit bei unbeschränkter Gattungsschuld.

(2) vgl. § 282 BGB (Beweislast)

(3) Bei einem Kaufvertrag handelt es sich um einen gegenseitigen Vertrag. Hier kommt § 325 BGB zur Anwendung. Bei einseitigen und unvollkommen zweiseitigen Verträgen gilt § 280 BGB.

Es ist dem Käufer freigestellt, welchen Anspruch er geltend macht. In der Regel wird dies derjenige sein, bei dem die Forderungen des Käufers am höchsten sind.

Diese Ausführungen zeigen, daß der Käufer bei nachträglich eingetretener, vom Verkäufer zu vertretender Unmöglichkeit die vom Käufer geleistete Vorauszahlung, ja n.U. einen höheren Betrag als den der Vorauszahlung vom Verkäufer fordernd kann, zuzüglich der Zinsen für den vorausgezählten Betrag (1).

Der Verkäufer hat nach diesen Ausführungen einen Gewinn schon ausgewiesen, der in Wirklichkeit noch nicht realisiert war. Dies wäre hinsichtlich der ausgewiesenen Gewinnhöhe dann unerheblich, wenn der Gewinn noch nicht verteilt worden wäre und der Verkäufer den in der Bilanz ausgewiesenen Gewinn in Höhe des nicht realisierten Gewinns und in Höhe des Wertes zurückbuchen könnte, mit dem das untergegangene Wirtschaftsgut vor Eintritt des Schadensfalles und vor Eintritt des Zahlungseingangs zu Buch stand. Wenn aber auch der Verkäufer hinsichtlich der Höhe des Gewinnausweises keinen Schaden hätte, so müßte doch der verfrühte Gewinnausweis unter dem Gesichtspunkt des zeitlich richtigen Gewinnausweises beanstandet werden. Der Verkäufer kann einen zu frühen Gewinnausweis nicht damit entschuldigen, daß er den Gewinn noch nicht verteilt hat, weil einerseits z. B. der Fiskus keine Rücksicht darauf nimmt, ob der als verteilbar ausgewiesene Gewinn auch tatsächlich verteilbar ist, und weil sich andererseits die an der Bilanz des Verkäufers interessierten sonstigen Personen an diesem ausgewiesenen Gewinn orientieren.

Als Zeitpunkt des Gewinnausweises in der Bilanz, das sei nochmals gesagt, ist nur derjenige Zeitpunkt gerechtfertigt, zu dem der Verkäufer den Aufwand und Ertrag feststellen kann und zu dem das Geld eingegangen ist. Wenn Aufwand und Ertrag nur vorläufig errechnet werden können und der lediglich in Aussicht stehende Gewinn nachträglich gemindert, ja nachträglich negativ werden kann, dann muß der Zeitpunkt abgewartet werden, zu dem der Verkäufer weiß, ob die Gewinnkorrektur tatsächlich eintritt oder nicht, es sei denn, der Verkäufer wüßte, daß einer Ertragsminderung an ein und demselben Auftrag eine Ertragserhöhung oder Aufwandsminderung in gleicher Höhe während derselben Rechnungsperiode gegenüberstehen würde, es sei denn, der Verkäufer könnte alle später evtl. eintretenden Ertragsminderungen im voraus durch entsprechende Vereinbarungen mit dem Käufer oder einem Dritten ausschließen, so z. B. dadurch, daß er einen Versicherungsvertrag abschließt, nach dem der Versicherer im Schadensfalle alle entstandenen Schäden im weitesten Sinne (auch einschließlich des entgangenen Gewinns und der über den Betrag der Vorauszahlung hinaus berechtigten Forderungen des Käufers) übernimmt, es sei denn, daß dem

(1) Bei beiderseitigen Handelsgeschäften sind nach § 352 HGB 5 %, bei einseitigen Handelsgeschäften sind nach § 246 BGB 4 % Zinsen zu zahlen.

Verkäufer insbesondere aus Gründen der Praktikabilität empfohlen werden muß, den Gewinn schon zu einem früheren Zeitpunkt auszuweisen und den verfuhrten Ausweis durch die Höhe des Gewinnausweises entsprechend zu korrigieren.

Als Zeitpunkt der Gewinnrealisation könnte eigentlich nur der Zeitpunkt für gerechtfertigt angesehen werden, zu dem keine nachträglich entstehende, vom Verkäufer zu vertretende Unmöglichkeit mehr eintreten kann. Dies ist dann der Fall, wenn der Verkäufer das Wirtschaftsgut ordnungsgemäß übergeben und übereignet hat. Bei einer kompletten Anlagenerstellung an dem vom Käufer bestimmten Ort können die Zeitpunkte der Übergabe und Übereignung mühelos festgestellt werden. Da der Zeitpunkt der Übergabe und der Zeitpunkt der Übereignung aber, wie bereits gesagt, sehr häufig, insbesondere bei reinen Lieferungsgeschäften, nur unter Schwierigkeiten vom Verkäufer festgestellt werden können, empfiehlt es sich, einen in der Regel früher liegenden Zeitpunkt für die Gewinnrealisation zu wählen, nämlich grundsätzlich den Zeitpunkt der ordnungsgemäßen Absendung des Wirtschaftsgutes. Diesen Zeitpunkt kann der Verkäufer leicht feststellen. Wenn man berücksichtigt, daß ab diesem Termin der Schaden, den der Verkäufer letztendes aus einer nachträglich entstehenden, von ihm zu vertretenden Unmöglichkeit hat, bei Eintritt der Unmöglichkeit erheblich geringer sein wird als wenn die Unmöglichkeit vor der ordnungsgemäßen Absendung des Wirtschaftsgutes eingetreten wäre, weil er z. B. einen rechtlichen Anspruch gegen den Spediteur hat, so ist zu diesem Zeitpunkt ein derartig großer Grad der Realisation erreicht, daß ein Gewinnausweis in der Bilanz als gerechtfertigt angesehen werden kann, wenn der Verkäufer alles seinerseits Mögliche getan hat, um den Eintritt der nachträglichen Unmöglichkeit zu verhindern, und wenn er zudem das noch vorhandene Risiko bei der Bilanzerstellung berücksichtigt.

c₁₂ durch nachträglich eingetretene, von keiner Seite zu vertretende Unmöglichkeit

Bei einer nachträglich eingetretenen, von keiner Seite zu vertretenden Unmöglichkeit wäre nach den Vorschriften des § 275 BGB und des § 323 BGB der Verkäufer von seinen Verpflichtungen befreit und der Käufer könnte vom Verkäufer das Geleistete, nämlich das Geld, nach den Vorschriften über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung zurückfordern (1).

Da der Verkäufer nicht voraussehen kann, daß keine nachträgliche, von keiner Seite zu vertretende Unmöglichkeit mit den daraus sich für ihn ergebenden Rechtsfolgen eintreten wird, kann der Gewinn erst dann in der Bilanz

(1) vgl. § 812 ff. BGB, insbes. § 812 BGB.

ausgewiesen werden, wenn der Käufer und der Verkäufer das ihrerseits Erforderliche zur ordnungsgemäßen Erfüllung getan haben. Dies ist unter den gesetzten Prämissen frühestens dann der Fall, wenn der Käufer die Ware angenommen hat. Frühestens zu diesem Termin dürfte daher eigentlich erst der Gewinn ausgewiesen werden.

Allerdings kann auch gesagt werden, daß der Fall einer nachträglichen, von keiner Seite zu vertretenden Unmöglichkeit in der Praxis relativ selten anzutreffen ist und daß im Falle des gelegentlichen Eintritts in einem zum Gesamtumsatz des Verkäufers verhältnismäßig geringen Umfang auf längere Sicht gesehen die Vorteile, die sich aus den Vorauszahlungen (insgesamt gesehen) ergeben, die Nachteile des gelegentlichen Ausweises eines nicht realisierten Gewinns mehr als ausgleichen können, wenn der Verkäufer die Vorauszahlung in seiner Kalkulation und Preisstellung unberücksichtigt läßt, wie dies in der Praxis sehr häufig geschieht.

Wenn man davon ausgeht, daß der Verkäufer keinen Vertrag abgeschlossen hätte, bei dem ihm ein Schaden aus einer nachträglichen, von keiner Seite zu vertretenden Unmöglichkeit später entstehen könnte, und wenn man des weiteren davon ausgeht, daß der Verkäufer keinerlei Vorauszahlungen erhalten hätte, daß vielmehr Zugang des Geldes und Abgang des Wirtschaftsgutes - wie im vorigen Abschnitt dargestellt wurde - gleichzeitig erfolgt sind, daß der Verkäufer aber liquide Mittel gebraucht und sich diese auf dem Kreditmarkt beschafft hätte, so hätte er dafür Zinsen zahlen müssen und diese Zinsen wären als Aufwand in der G+V-Rechnung erschienen. Der Ertrag wäre unverändert geblieben, der Aufwand aber hätte sich erhöht. Wenn man nun unterstellt, daß zwar ein Teil des als realisiert ausgewiesenen Ertrags nicht realisiert ist, der Ertrag also zu hoch ausgewiesen ist, und nachträglich gemindert wird, der Aufwand aber um den gleichen Teil gemindert wird, da wegen der erhaltenen Vorauszahlungen die Aufnahme von Krediten und damit der hierfür ausgewiesene Zinsaufwand in der G+V-Rechnung entfällt, so wird ein Gewinn in gleicher Höhe ausgewiesen. Man könnte daher meinen, es sei unter den oben gemachten Voraussetzungen unerheblich, den nicht realisierten Ertrag doch als Ertrag auszuweisen, weil der Gewinn ohnehin in gleicher Höhe ausgewiesen wird. Aber selbst unter der Voraussetzung, daß die Höhe des Gewinnausweises in jedem Falle auch in kürzeren Abrechnungsperioden zeitlich übereinstimmen würde und eine Besteuerung auf der Grundlage des ausgewiesenen Gewinns beibehalten würde (1), könnten wir

-
- (1) Gelegentlich ist der Vorschlag (2) gemacht worden, bei der Besteuerung nicht vom Gewinn, sondern von der Rentabilität auszugehen. Nach anderem Vorschlag (2) soll der Aufwand die Bemessungsgrundlage bilden. Gegen diesen Vorschlag wurden aber insbesondere folgende starke Argumente geltend gemacht :

diese Auffassung nicht anerkennen, weil sie gegen den Grundsatz der Einzelbewertung verstößt. Eine eingehende Begründung hierzu haben wir bereits in anderem Zusammenhang gegeben.

Außerdem wäre zu sagen, daß der Verkäufer im voraus nicht weiß, ob die nachträglich eintretende, von keiner Seite zu vertretende Unmöglichkeit bei einem relativ unbedeutenden oder bei einem relativ bedeutenden Auftrag eintritt.

Trotzdem sind wir der Meinung, daß wegen seiner im allgemeinen relativ geringen praktischen Bedeutung des Falles einer nachträglichen von keiner Seite zu vertretenden Unmöglichkeit unter der Voraussetzung des Kaufvertragsabschlusses, der erfolgten Vorauszahlung und der ordnungsgemäßen Absendung des Wirtschaftsgutes aus den bereits im vorangegangenen Abschnitt im einzelnen genannten Gründen im allgemeinen nichts im Wege steht, den Gewinn in der Bilanz auszuweisen, wenn der Fall einer nachträglich eintretenden, von keiner Seite zu vertretenden Unmöglichkeit bisher selten eingetreten ist und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch der Zahl und der wertmäßigen Höhe der Kaufverträge entsprechend zukünftig selten eintreten wird. Der Verkäufer sollte allerdings vorsichtig bewerten.

(Fortsetzung der Fußnote 1 von Seite 280):

- 1) Jede Lohnerhöhung würde zusätzliche Steuererhöhung bedeuten und die Lohnkämpfe würden noch heftigere Formen annehmen als bisher. Nach der heute geltenden Regelung wird dagegen ceteris paribus ein Teil der gewährten Lohnerhöhung durch die entsprechend geringere Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer und durch die entsprechend geringere Gewerbeertragsteuer ausgeglichen.
 - 2) Nach der heutigen Regelung ist jeder mit Gewinn arbeitende Kaufmann daran interessiert, seine Aufwendungen vollständig auszuweisen, weil hierdurch der Gewinn und damit die Steuern gemindert werden. Da die Aufwendungen grundsätzlich periodisierte erfolgswirksame Ausgaben des Käufers sind, da die Ausgaben des Käufers Einnahmen des Verkäufers sind und da die Ausgaben des Verkäufers bestimmt aufgezeichnet und in der Bilanz ausgewiesen werden, lassen sich auch die Einnahmen des Verkäufers kontrollieren. Ginge man zu der vorgeschlagenen neuen Regelung über, so ginge die Kontrollmöglichkeit verloren. Es bestände die Tendenz, "ohne Aufwand" produzieren zu wollen.
- (2) Loitsberger erwähnte und kritisierte diese Vorschläge in seiner Vorlesung "Aktienrechtliche Pflichtprüfung", WS 1960/61, Universität Frankfurt.

In den zuletzt behandelten Fällen hatte der Verkäufer keine Möglichkeit, die von ihm vertraglich zugesicherte bzw. geforderte Leistung nachzuholen. Anders ist es beim Schuldnerverzug, d.h. hier bei einer vom Verkäufer zu vertretenden Nichterfüllung einer fälligen und im allgemeinen (1) angemahnten Leistung. Hier kann oder will der Verkäufer nicht rechtzeitig leisten, er wäre aber von sich aus befähigt, seine Leistung entweder rechtzeitig oder später zu erbringen.

Wenn die Voraussetzungen des Schuldnerverzugs gemäß § 284 BGB unter Beachtung von § 285 BGB (2) gemäß § 326, Abs. I BGB (3) oder gemäß § 326, Abs. II BGB (4) vorliegen, so kann der Käufer nach seiner Wahl verlangen:

- 1) z.B. Leistung und Verspätungsschaden nach § 286, Abs. I BGB (5) oder
- 2) z.B. Schadensersatz wegen Nichterfüllung unter Ablehnung der Leistung, sofern das Interesse des Käufers weggefallen ist, gemäß § 286, Abs. II BGB (6) (und der Käufer kann die bereits geleistete Vorauszahlung zurückfordern) oder
- 3) z.B. Rücktritt vom Vertrag.

Außerdem tritt gemäß § 287 BGB eine erweiterte Haftung für den Verkäufer ein.

"Die Verantwortlichkeit des Schuldners im Falle der Nichtleistung hängt regelmäßig davon ab, ob die Nichterfüllung der Verpflichtung auf einem Verschulden oder auf einem Zufall (7) beruht" (8). Zum Verschulden gehören

-
- (1) vgl. z.B. als Ausnahme § 284, Abs. II BGB.
 - (2) nämlich: 1 Fälligkeit 2 Mahnung
3 Vertretenmüssen
 - (3) nämlich: 1 Fälligkeit 2 Mahnung
3 Vertretenmüssen 4 gegenseitiger Vertrag
5 Angemessene Nachfrist 6 Ablehnungsandrohung
7 Verzug mit der Hauptleistung
 - (4) nämlich: 1 Fälligkeit 2 Mahnung
3 Vertretenmüssen 4 gegenseitiger Vertrag
5 Verzug mit der Hauptleistung 6 Weggefallenes Interesse
 - (5) Im Falle des gegenseitigen Vertrags bei Verzug mit der Hauptleistung gilt § 326 BGB; die §§ 286, Abs. I BGB, 287 BGB und 288 BGB können bei allen Verträgen angewendet werden.
 - (6) § 286, Abs. II BGB gilt nur bei einseitigen Verträgen, bei unvollkommen zweiseitigen Verträgen und bei gegenseitigen Verträgen, sofern bei den gegenseitigen Verträgen kein Verzug mit der Hauptleistung vorliegt.
 - (7) "Zufall ist vom Standpunkt des Schuldners aus betrachtet jedes Ereignis, das nicht auf sein Verschulden zurückzuführen ist" (Rüger, Alexander: Bürgerliches Recht für Kaufleute, 2. Aufl., Wuppertal-Elberfeld 1954, S. 36).
 - (8) vgl. Rüger, a. a. O., S. 35-37, hier S. 35.

zwei Schuldarten : nämlich Vorsatz (1) und Fahrlässigkeit (2) (grobe Fahrlässigkeit (leichter Fahrlässigkeit = individuelle Fahrlässigkeit)). Da wir uns zur Aufgabe gemacht haben, den richtigen Zeitpunkt des Gewinnausweises für ordentliche und ehrenwerte Kaufleute zu finden, und da wir in unseren Ausführungen von den Handlungen ordentlicher und ehrenwerter Kaufleute ausgegangen sind, mit denen vorsätzlich verschuldete und grob fahrlässig verschuldete Handlungen nicht vereinbar sind, könnten sich die Rechtsfolgen auf Grund eines Schuldnerverzugs nur auf Grund

- 1) leichter Fahrlässigkeit
- 2) individueller Fahrlässigkeit (3)
- 3) Zufall

ergeben. Trotz der für unsere Untersuchung schon wesentlich verringerten Anzahl von Fällen gegenüber denen in der Theorie kann aber gesagt werden, daß der Verkäufer aus den verschiedensten Gründen kaum vermeiden kann, daß er gelegentlich in Schuldnerverzug gerät und daß der Schaden, der sich aus den Rechtsfolgen für den Verkäufer ergeben kann, gelegentlich so beträchtlich sein kann, daß der Gewinn aus einem geschlossenen Vertrag grundsätzlich erst dann als realisiert angesehen werden darf, wenn der Verkäufer weiß, daß er nicht mehr in Schuldnerverzug geraten und der Käufer nicht mehr die ihm durch den Schuldnerverzug zustehenden Rechte geltend machen kann. Dies ist dann der Fall, wenn der Verkäufer das zu liefernde Wirtschaftsgut ordnungsgemäß übergeben und übereignet hat. Es gelten also hier die zu den beiden vorausgehend behandelten Rechtsinstituten gemachten Ausführungen sinngemäß.

2 Wenn der Gewinn durch Ertragserhöhungen nachträglich korrigiert werden kann

Ebenso wie es möglich ist, daß der Ertrag in seiner Höhe nachträglich gemindert wird, so ist es auch möglich, daß der Ertrag später höher ist als ursprünglich im Kaufvertrag vorgesehen war. Dies ist z. B. dann der Fall, wenn in den Vertrag ein Preisvorbehalt aufgenommen wurde (5). So ist in den Angeboten

- (1) "Vorsätzlich handelt, wer sich der Rechtswidrigkeit seines Handelns bewußt ist und den Eintritt irgendeines Schadens voraussieht" (Rüger, a. a. O., S. 35).
- (2) "Fahrlässig handelt, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer acht läßt" (§ 276, Abs. I, Satz 2 BGB).
- (3) Das Gesetz spricht im Zusammenhang mit Kaufverträgen nicht von individueller Fahrlässigkeit. Anders : vgl. z. B. § 708 BGB.
- (4) Ein Schuldnerverzug auf Grund höherer Gewalt wird in der Regel durch die "Lieferungs- und Zahlungsbedingungen" des Verkäufers ausgeschlossen.
- (5) und die Preise gestiegen sind

und Auftragsbestätigungen der zum Hause Siemens gehörigen Firmen zumindest bei größeren Aufträgen und solchen Aufträgen, die sich über längere Zeit erstrecken, regelmäßig folgender Passus fixiert:

"Die Preise entsprechen der heutigen Kostenlage. Sollten bis zum Liefertage Kostenänderungen eintreten, so bleibt eine Angleichung der Preise vorbehalten. Bei Änderung der sonstigen dem Auftrag zu Grunde liegenden wesentlichen Voraussetzungen sind wir ebenso zu einer Anpassung der Auftragsbedingungen berechtigt".

Eine nachträgliche Ertragserhöhung wäre auch dann möglich, wenn eine Preisgleitklausel in den Vertrag aufgenommen und die Preise bis zum Liefertage gestiegen sind. So wird z. B. in der Elektroindustrie oft folgende Preisgleitformel verwendet:

$$P = P_o \times (20 + 30 \frac{E}{E_o} + \frac{K}{K_o} 12 + \frac{L}{L_o} 38) : 100$$

Hierbei bedeuten:

- P - Verrechnungspreis
- E - Eisenpreis nach 1/2 Lieferzeit
- K - Kupferpreis nach 1/2 Lieferzeit
- L - Ecklohn nach 3/4 Lieferzeit
- P^o - Preis am Tage der Bestellung
- E^o - Eisenpreis am Tage der Bestellung
- K^o - Kupferpreis am Tage der Bestellung
- L^o - Ecklohn am Tage der Bestellung

Gelegentlich wird der Ertrag eines Auftrags auch dann nachträglich erhöht, wenn eine Zahlung des Käufers in fremder Währung vereinbart war und die fremde Währung zwischenzeitlich aufgewertet oder die eigene Währung zwischenzeitlich abgewertet worden, der Wechselkurs also gestiegen ist.

Diese wenigen Beispiele mögen hinreichend gezeigt haben, daß der Ertrag zum Zeitpunkt des Geldeingangs oder zum Zeitpunkt der Lieferung oder erst später gelegentlich höher sein kann als der Verkäufer voraussehen konnte.

Nun ist es zwar für den Verkäufer im allgemeinen wesentlich ungefährlicher, eine nachträglich eingetretene Ertragserhöhung später auszuweisen als eine nachträglich eingetretene Ertragsminderung später auszuweisen, wenn aber der Verkäufer und die anderen an der Bilanz Interessierten in ihren Dispositionen von den Werten ausgegangen sind, die vor der nachträglichen Ertragserhöhung Gültigkeit hatten, so haben sie u. U. falsche Entscheidungen getroffen. Zu erwähnen wäre auch, daß eine nachträglich eintretende Ertragserhöhung für den Verkäufer mit Mehrarbeit verbunden ist, wenn er diese nachträgliche Änderung noch in seiner auftragsweisen Abrechnung später berücksichtigen will.

Wir können aber auch hier sagen : Wenn der Verkäufer den Gewinn erst dann ausweist, sobald er die Vorauszahlung erhalten und die Ware ordnungsgemäß abgesendet hat, dann werden nachträgliche Korrekturen des Ertrags nur sehr selten sein, weil nachträgliche Ertragserhöhungen im allgemeinen zum Zeitpunkt der Lieferung bekannt sein werden.

c₃ wenn der Gewinn durch Aufwandsminderungen oder Aufwandserhöhungen nachträglich korrigiert werden kann

So wie der Ertrag durch den Einfluß vom Absatzsektor her gemäß den Vertragsbedingungen zwischen Käufern und Verkäufern nachträglich erhöht oder gemindert werden kann, so kann auch der Aufwand durch den Einfluß vom Beschaffungssektor her gemäß den Vertragsbedingungen zwischen Lieferanten und Wiederverkäufern bzw. Herstellern nachträglich erhöht oder gemindert werden. Wir können also unser bisheriges, für den Absatzsektor gültiges Ergebnis durch Analogieschluß auf den Beschaffungssektor übertragen. Wir kommen damit zu folgendem Ergebnis :

Einen in jedem Falle gültigen Zeitpunkt der Gewinnrealisation gibt es nicht. Es kann nur von Fall zu Fall entschieden werden, wann der Gewinn als realisiert angesehen werden kann. Wesentlich für den Zeitpunkt der Gewinnrealisation im Einzelfalle sind die Vertragsbedingungen. Grundsätzlich ist der Gewinn im Falle, daß der Zugang des Geldes zeitlich vor dem Abgang des Wirtschaftsgutes erfolgt, unter dem Gesichtspunkt einer wirtschaftlichen Handhabung dann in der Bilanz auszuweisen

- 1) wenn Aufwand und Ertrag von einem ordentlichen und ehrenwerten Kaufmann als verwirklicht anzusehen sind und evtl. sich später noch ergebende Verluste durch Vorsichtsmaßnahmen berücksichtigt werden,
- 2) wenn der Verkäufer die Vorauszahlung erhalten hat,
- 3) wenn der Verkäufer die Ware ordnungsgemäß abgesandt bzw. im Falle der Erstellung einer kompletten Anlage diese ordnungsgemäß übergeben und übereignet hat.

3 Der Gewinnausweis im Falle daß der Zugang des Geldes zeitlich nach dem Abgang des Wirtschaftsgutes erfolgt (Verkauf auf Kredit)

a Die Wirklichkeitsnähe der gemachten Voraussetzungen

Wenn davon abgesehen wird, daß sich bei einem Kaufvertrag zwei Privatpersonen als Käufer und Verkäufer oder eine Privatperson als Käufer und eine Einzelhandelsunternehmung als Verkäufer gegenüberstehen (1), so wird im Re-

- (1) Der erste Fall ist für unsere Untersuchung ohnehin uninteressant, da eine Privatperson keine Bilanz aufstellt; der zweite Fall ist bereits in anderem Zusammenhang behandelt worden.

gelfall im Vertrag vereinbart sein, daß die Zahlung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen soll als die Lieferung. Diese Vereinbarung ist insbesondere dann als normal anzusehen, wenn der Verkäufer keine anomal hohe Vorfinanzierung vornehmen muß und der Käufer als hinreichend kreditwürdig angesehen wird.

Unsere Aufgabe wird es nun sein, unter den gesetzten Prämissen zu untersuchen, zu welchem Zeitpunkt ein Gewinnausweis in der Bilanz gerechtfertigt erscheint.

b Die als allgemeingültig abzulehnenden Zeitpunkte für die Gewinnrealisation

Der Zeitpunkt, zu dem der Verkäufer den Auftrag zur Lieferung erhalten hat, ist deshalb als allgemeingültiger Zeitpunkt für die Gewinnrealisation abzulehnen, weil u. a. der Gewinn im allgemeinen zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch nicht errechnet werden kann und somit die primäre Voraussetzung zur Gewinnrealisation fehlt. Wenn der Verkäufer lediglich den Auftrag zur Lieferung erhalten hat, so besteht häufig für den Verkäufer noch keine Verpflichtung zur Lieferung und für den Käufer noch keine Verpflichtung zur Zahlung.

Der Auftrag zur Lieferung stellt eine Willenserklärung dar und diese Willenserklärung kann nur dann "als Offerte angesehen werden, wenn sie inhaltlich so vollständig ist, daß der Partner durch eine einfache Annahmeerklärung den Vertrag zustande bringt" (1). Nur dann also, wenn eine Offerte vorliegt und der Verkäufer diese rechtzeitig ausdrücklich oder stillschweigend (2) annimmt, dann kann ein Vertrag zustandekommen, den "die Offerte ist eine empfangsbedürftige Willenserklärung nach § 130, 1 (BGB - der Verfasser), sie wird wirksam im Augenblick des Zugangs" und "von diesem Moment an

(1) Below, Karl-Heinz; Bürgerliches Recht, Allgemeiner Teil, in: Die Wirtschafts-
wissenschaften, hrsg. von Gutenberg, Erich, 1. Aufl., Wiesbaden 1960, S. 107.

(2) "Normalerweise ist die Annahmeerklärung eine empfangsbedürftige Willenserklärung und wird wirksam im Augenblick des Zugangs. Der Grundsatz erleidet eine Ausnahme im § 151 (BGB - der Verf.), es bedarf nicht einer Annahmeerklärung gegenüber dem Offerenten, wenn dieser darauf verzichtet hat oder nach der Verkehrsanschauung eine solche Erklärung nicht erwartet wird. Das Gesetz befreit in keiner Weise von der Annahmeerklärung, nur braucht diese nicht die Richtung auf den Adressaten zu nehmen, sondern dokumentiert sich in anderer Weise, insbesondere durch ein Verhalten des Partners, das den Annahmewillen eindeutig erkennen läßt" (Below, a. a. O., S. 108). In manchen Fällen wird Schweigen als Zustimmung ausgelegt, so z. B. bei Bestellungen nach einem Katalog, bei Ausfüllen eines Bestellscheines, in den Fällen des § 362 HGB und des § 496 BGB.

seinen Auftrag gebunden, es sei denn daß er die Gebundenheit ausgeschlossen hat ...“ (1).

Wenn es aber auch in manchen Fällen in den Händen des Verkäufers liegt, ob er den in Aussicht stehenden Ertrag gemäß dem später zustande kommenden Vertrag schon dann bestimmen kann, wenn der Käufer den Auftrag zur Lieferung erteilt hat, so ist damit noch nicht gesagt, daß er den Ertrag gemäß den Bedingungen des Vertrags auch später tatsächlich erzielen wird. Allein auf der Ertragsseite gibt es viele Unsicherheitsfaktoren, welche die Gewinnfeststellung als wichtigste Voraussetzung der Gewinnrealisation unmöglich machen können. Der Zeitpunkt, zu dem der Verkäufer den Auftrag erhalten hat, ist somit im allgemeinen nicht als Zeitpunkt der Gewinnrealisation geeignet.

Auch der Zeitpunkt, zu dem der Vertrag geschlossen worden ist, kann kein allgemeingültiges Kriterium sein, und zwar schon allein deshalb nicht, weil der Gewinn insbesondere bis zur Absendung des Wirtschaftsgutes u.U. erheblich gemindert werden kann, ja weil der Gewinn vielfach selbst ohne den späteren Eintritt von Leistungsstörungen nicht bekannt ist.

Auch ein Gewinnausweis zum Zeitpunkt, zu dem der dem Ertrag aquivalente Teil des Aufwands angefallen ist, muß im allgemeinen abgelehnt werden. Hax ruht mit Recht aus (2), daß der Gewinn auf die Betriebsleistung unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht erst dann entsteht, wenn der Verkäufer kein Risiko mehr zu tragen hat, sondern daß der Gewinn in dem Maße anwächst, in dem die Vollerfüllung der Leistung vollzogen wird (3). Hax zieht hieraus zunächst die Folgerung: "Es wäre also wirtschaftlich richtig, wenn man auch bei unvollendeten Leistungen einen dem Umfang der bereits geleisteten Arbeit entsprechenden Teil des Gewinns als verdient ansähe". Diese Folgerung mußte dann als richtig bezeichnet werden, wenn im Laufe des Fertigungsprozesses oder später kein vom Verkäufer zu tragender Schaden mehr entstehen konnte, der dem als verdient angesehenen Teil des Ertrags zum Teil oder ganz entsprechen oder sogar darüber hinausgehen konnte, und wenn der als verdient anerkannte Teil des Ertrags auch verteilt werden konnte. In der Praxis ist es aber nicht selten, daß z. B. erst beim letzten Arbeitsgang im Herstellungsprozeß oder erst kurz vor der Übergabe des Wirtschaftsgutes ein Ereignis eintritt, durch welches das Wirtschaftsgut völlig vernichtet oder auf andere Weise unbrauchbar wird. Es ist auch nicht selten, daß dieser Schaden vom Verkäufer ganz oder zum Teil getragen werden muß (4).

(1) Below, a. a. O., S. 108.

(2) Hax, Betriebsunterbrechungsversicherung, a. a. O., S. 167.

(3) vgl. auch Passow, a. a. O., S. 156-157.

(4) vgl. Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 124.

Einen "dem Umfang der bereits geleisteten Arbeit entsprechenden Teil des Gewinns" kann man also eigentlich erst dann feststellen, wenn man den Gewinn feststellen kann. Wenn aber der Gewinn feststeht, dann sollte man ihn in einer Summe derjenigen Rechnungsperiode zurechnen, in der er festgestellt worden ist; man sollte nicht den mit großem Arbeitsaufwand verbundenen Versuch unternehmen, die einzelnen Gewinnteile den jeweils entsprechenden Rechnungsperioden nachträglich zuzurechnen. Im allgemeinen werden die zeitlichen Ungenauigkeiten durch rechnungsmäßige Überschneidungen ohnehin nicht allzu große Bedeutung haben (1).

Wenn man trotz aller später evtl. eintretender, vom Verkäufer zu tragender Schäden schon Teile des erhofften Gewinns im voraus anteilig den einzelnen Rechnungsperioden zurechnen würde, so wären der Willkür bei der Gewinnrechnung nahezu Tür und Tor geöffnet. Zu diesem Ergebnis kommt letztendlich auch Hax, wenn er sagt: "Eine solche Regelung würde aber eine erhebliche Unsicherheit in die kaufmännische Gewinnrechnung hineinbringen, da die Bestimmung dieses Gewinnanteils in großem Umfange Ermessenssache ist" (2) (3).

Deshalb "verzichtet die praktische Erfolgsrechnung lieber auf Gewinnanrechnung auf unvollendete Leistungen und wartet die Vollendung ab; diese Methode ist so allgemein geworden, daß man sie als Grundsatz ordentlicher Rechnungsführung ansprechen kann" (4).

Die Auffassung, daß der Gewinn erst dann ausgewiesen werden soll, wenn der Verkaufspreis und die Herstellungskosten endgültig feststehen, der Gewinn also bestimmt werden kann, vertritt auch Helpenstein. Er führt in diesem Zusammenhang wörtlich aus: "Fehlt eine dieser Größen, so kann von einer Realisierung des Gewinns nicht gesprochen werden, da es unmöglich ist, den Gewinn zu errechnen" (5).

Wir haben nachgewiesen, daß es für den Verkäufer unmöglich ist, den anteiligen Gewinn aus einem Auftrag schon während des Fertigungsprozesses festzustellen. Diese Tatsache reicht schon aus, einen Gewinnausweis zu einem Zeitpunkt, während dessen sich das herzustellende Wirtschaftsgut noch im Fertigstellungsprozeß befindet, abzulehnen.

In unseren bisherigen Ausführungen haben wir festgestellt, daß auch zum Zeitpunkt, zu dem das Wirtschaftsgut angeschafft oder fertiggestellt ist, im allgemeinen der Gewinn noch nicht festgestellt werden kann.

-
- (1) Ausnahmen sollen später dargestellt werden.
 - (2) vgl. Hax, Betriebsunterbrechungsversicherung, S. 166-167, hier S. 167.
 - (3) vgl. hierzu auch Blom, a. a. O., S. 258.
 - (4) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 124.
 - (5) Helpenstein, Franz: Wirtschaftliche und steuerliche Erfolgsbilanz, Berlin 1932, S. 532.

Im Falle der Anschaffung werden sehr häufig Verpackungs-, Versicherungs- und Frachtspesen unbekannt sein und erst mit Erhalt der Rechnung, also im Regelfall einige Tage später, feststehen. Vom Lieferanten in Anspruch genommene Preisvorbehalte werden ebenfalls oft erst mit Erhalt der Rechnung bekannt.

Im Falle der Herstellung wird im Regelfalle noch einige Zeit verstreichen, bis die Nachkalkulation durchgeführt ist. In vielen Fällen wird auch der Ertrag noch nicht bekannt sein. Es wäre sogar möglich, daß Ereignisse eintreten, die den nach dem Vertrag in Aussicht stehenden Gewinn überhaupt nicht entstehen, ja negativ werden lassen.

Außerdem wäre zu erwähnen, daß der Zeitpunkt, zu dem das Wirtschaftsgut fertiggestellt ist, häufig auch deshalb nicht als Zeitpunkt der Gewinnrealisation für die Praxis brauchbar ist, weil er manchmal "selbst nur schwer und nicht ganz eindeutig zu bestimmen ist ..." (1).

Wir haben in unseren Ausführungen bei der Untersuchung des Zeitpunktes der Gewinnrealisation im Falle, daß der Zugang des Geldes zeitlich nach dem Abgang des Wirtschaftsgutes erfolgt, bisher zum größten Teil die Ausführungen zu vorangegangenen Abschnitten verwenden können und haben für die Beweisführung zum großen Teil jeweils nur einige markante Beispiele aus vorangegangenen Abschnitten kurz angedeutet. Dabei sind wir davon ausgegangen, daß das verkaufte Wirtschaftsgut zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses noch nicht auf Lager lag, also erst angeschafft oder hergestellt werden mußte. Wenn wir festgestellt haben, daß unter dieser Voraussetzung bis zum Zeitpunkt, zu dem das Wirtschaftsgut angeschafft oder hergestellt worden ist, ein Gewinnausweis im allgemeinen nicht gerechtfertigt ist, so gilt das auch, wenn das Wirtschaftsgut zwar schon angeschafft oder hergestellt worden ist, denn erst dann, wenn ein Vertrag geschlossen ist, kann der Verkäufer beurteilen, welche Lagerkosten, Zinskosten ... noch bis zur Absendung des Wirtschaftsgutes voraussichtlich entstehen werden und welcher Gewinn gemäß den Vertragsbedingungen in Aussicht steht.

Bei der Untersuchung des Falles, daß der Zugang des Geldes zeitlich vor dem Abgang des Wirtschaftsgutes erfolgt, haben wir festgestellt, daß der Zeitpunkt, zu dem das Wirtschaftsgut ordnungsgemäß abgesandt worden ist, ein sehr entscheidender Zeitpunkt für die Gewinnrealisation ist, weil durch die ordnungsgemäße Absendung das Risiko des Verkäufers erheblich gemindert wird; wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die erhaltene Vorauszahlung nicht ausreicht, um den Gewinn in der Bilanz ausweisen zu können, daß vielmehr außerdem der Zeitpunkt der ordnungsgemäßen Absendung des Wirtschaftsgutes abgewartet werden muß. Es gilt nun festzustellen, ob im Falle, daß der

(1) Gold, a. a. O., S. 398.

Zugang des Geldes zeitlich nach dem Abgang des Wirtschaftsgutes erfolgt, zum Zeitpunkt der ordnungsgemäßen Absendung des Wirtschaftsgutes, der doch ein so entscheidender Zeitpunkt für die Gewinnrealisation ist, der Gewinn schon als realisiert anzusehen ist oder ob hier - analog dem früher behandelten Fall - der Zeitpunkt des Geldeingangs abgewartet werden muß.

c Die Gewinnrealisation zum Zeitpunkt der Absendung des Wirtschaftsgutes

Wie schon mehrfach ausgeführt worden ist, muß als wichtigste Voraussetzung der Gewinnrealisation die Tatsache angesehen werden, daß der Gewinn überhaupt ermittelt werden kann. Es ist daher zunächst zu prüfen, ob zum Zeitpunkt der Absendung des Wirtschaftsgutes Aufwand und Ertrag im allgemeinen als bekannt zu bezeichnen sind.

Im Falle, daß das Wirtschaftsgut angeschafft worden ist, einige Zeit beim Verkäufer auf Lager liegt und anschließend an einen Käufer weiterveräußert wird, wird man im allgemeinen bei einem gut ausgebauten Rechnungswesen unterstellen können, daß der Aufwand bekannt ist. Wenn das Wirtschaftsgut aber angeschafft und sofort wieder veräußert worden ist, so ist dem Verkäufer der Aufwand nur dann bekannt, wenn er bis zum Zeitpunkt der Veräußerung die von ihm zu entrichtenden Anschaffungswerte einschließlich aller Anschaffungsnebenausgaben feststellen kann.

Im Falle, daß das abgesandte Wirtschaftsgut vom Verkäufer nicht angeschafft, sondern hergestellt worden ist, gelten die Ausführungen analog. Die Kenntnis des Aufwands setzt voraus, daß eine Mitkalkulation vorgenommen oder eine Nachkalkulation bereits durchgeführt ist.

Es kommt zwar gelegentlich vor, daß der Aufwand auch zu einem späteren Zeitpunkt noch erhöht wird, z. B. durch auszuführende Arbeiten gemäß den Garantiebedingungen. Dieser Aufwand kann aber - wie bereits gesagt - auf andere Weise berücksichtigt werden.

Mit der Absendung des Wirtschaftsgutes erhält der Verkäufer auch oft darüber Sicherheit, daß er den vertraglich zugesicherten Ertrag vom Käufer fordern kann.

Wenn aber als Erfüllungsort (1) der Wohnsitz des Käufers vereinbart war, der Verkäufer z. B. einen Spediteur (2) beauftragt hat, für ihn die Güterver- sendung zu besorgen, und wenn das Wirtschaftsgut auf dem Transport untergeht

(1) vgl. § 269 BGB.

(2) Spediteur ist nach § 407 BGB 'wer es gewerbsmäßig übernimmt, Güterver- sendungen durch Frachtführer oder durch Verfrachter von Seeschiffen für Rechnung eines anderen (des Versenders) in eigenem Namen zu besorgen'.

oder verschlechtert wird, so hat der Verkäufer den Schaden zu tragen, der nicht erheblich über dem in Aussicht stehenden Gewinn liegen kann. Zwar kann sich der Verkäufer in vielen Fällen seinerseits an den Spediteur wenden. Dieser selbst hatte aber nur für die "culpa in eligendo". Er hat nach den Vorschriften des § 408 HGB lediglich die Pflicht, die "Versendung, insbesondere die Wahl der Frachtführer, Verfrachter und Zwischenspediteure mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns auszuführen" und "hierbei das Interesse des Versenders wahrzunehmen und dessen Weisungen zu befolgen". Zwar wird - wie bereits im einzelnen ausgeführt wurde - aus § 281 BGB gefolgert, daß der Spediteur im Schadensfalle seine Ansprüche gegen den Frachtführer für den Versender geltend machen muß (Schadensliquidation im Drittinteresse), wenn man aber berücksichtigt,

- 1) daß der Schaden an einem Kunstgegenstand mit hohem Liebhaberwert eingetreten sein kann (1), daß der Schaden ein Totalschaden sein kann, daß der Jahresgewinn oder Jahresverlust von diesem einen verkauften Gegenstand sehr wesentlich bestimmt sein kann und daß die berechtigten Schadensersatzansprüche des Käufers zudem sehr hoch sein können,
- 2) daß dann, wenn auf Grund des Frachtvertrags "von dem Frachtführer für gänzlichen ... Verlust des Gutes Ersatz geleistet" werden muß, nach § 430, Abs. I HGB nur der "gemeine Handelswert" "und in dessen Ermangelung der gemeine Wert" (2) zu ersetzen ist, "welchen Gut derselben Art und Beschaffenheit am Orte der Ablieferung in dem Zeitpunkt hatte, in welchem die Ablieferung zu bewirken war" (3) (4).
- 3) "daß der Verlust, die Beschädigung oder die Verspätung auf Umständen" beruhen kann, "die durch die Sorgfalt eines ordentlichen Frachtführers nicht abgewendet werden konnten", und der Frachtführer daher nicht zu haften hat (5),
- 4) daß diese gesetzlichen Bestimmungen, wenn sie kein zwingendes Recht sind, noch durch die allgemeinen Geschäftsbedingungen des Frachtführers (6) eingeschränkt sein können,

(1) vgl. § 429, Abs. II HGB.

(2) vgl. § 10 Reichsbewertungsgesetz.

(3) "Hiervon kommt in Abzug, was infolge des Verlustes an Zöllen und sonstigen Kosten sowie an Fracht erspart ist" (§ 430, Abs. I HGB).

(4) vgl. auch § 430, Abs. III HGB.

(5) vgl. § 429, Abs. I HGB.

(6) "Aus dem modernen Wirtschaftsleben sind die allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht mehr wegzudenken. Sie werden von den Verbänden der Wirtschaft, aber auch von Einzelunternehmen aufgestellt, um damit typenmäßig den Inhalt der später mit den Interessenten abzuschließenden Verträge zu normieren. Eine solche Regelung hat den großen Vorteil, daß bei häufig wiederkehrenden Verträgen der Abschluß nach einem Formular geschehen kann, der Vorgang dient also der Rationalisierung". (Be-low, a. a. O., S. 113).

- 5) daß der Versender u.U. lange Zeit abwarten muß, bis er über einen Teil des abgewälzten Schadens in Form des Geldes verfügen kann, weil die Versicherung z.B. längere Zeit benötigt, um die Schadensursache zu klären,

dann wird deutlich, daß der Verkäufer auch dann noch ein Risiko in erheblichem Umfange zu tragen hat, wenn er das Wirtschaftsgut bereits abgesandt hat, das Wirtschaftsgut aber auf dem Transport vernichtet wird und er weder vom Spediteur noch vom Frachtführer noch von einem anderen, z.B. von einem Versicherer, ein Äquivalent für den entstandenen Schaden erhält.

Wenn wir auch in dem eben angeführten Beispiel bewußt sehr weit ins Extreme verfallen sind, wenn wir auch ein nicht alltägliches Ereignis mit seinen Folgen am Beispiel dargestellt haben, so gäbe es doch genügend andere täglich für jeden Verkäufer wirklichkeitsnahe Beispiele, nach denen das Ergebnis unserer oben gemachten Ausführungen zumindest in der Tendenz als im allgemeinen richtig zu bezeichnen wäre. Auf Grund des gewonnenen Ergebnisses könnten wir dann allein schon unter dem Gesichtspunkt, daß der nach dem Vertrag zu fordernde Gewinn noch nicht feststeht, den Zeitpunkt, zu dem das Wirtschaftsgut abgesandt worden ist, als Zeitpunkt für den Gewinnausweis in der Bilanz ablehnen (1) (2). Wir müßten den Zeitpunkt für die Gewinnrealisation empfehlen, zu dem der Käufer das Wirtschaftsgut erhalten hat. Da aber dieser Zeitpunkt, wie schon mehrfach gesagt worden ist, deshalb für die Praxis schlecht geeignet ist, weil ihn der Verkäufer nur unter Schwierigkeiten feststellen kann, müßten wir den im zeitlichen Verlauf folgenden Zeitpunkt wählen, den der Verkäufer leicht feststellen kann, nämlich den Zeitpunkt des Geldeingangs. Spätestens zu diesem Zeitpunkt weiß nämlich der Verkäufer, ohne bei dem Käufer, dem Spediteur oder dem Frachtführer zurückfragen zu müssen, daß seine Lieferung ordnungsgemäß erfolgt ist, denn grundsätzlich kann man unterstellen, daß der Käufer nur dann in voller Höhe zahlen wird, wenn der Verkäufer ordnungsgemäß geliefert hat.

Wenn aber von diesen eben am Beispiel erläuterten Schäden abgesehen wird, so muß auch gesagt werden, daß die bloße Absendung des Wirtschaftsgutes allein für den Verkäufer nicht ausreicht, um das seinerseits Erforderliche getan zu haben. Der Verkäufer muß das Wirtschaftsgut vielmehr ordnungsgemäß abgesandt haben. An mehreren Stellen ist bereits von einer ordnungsgemäßen Absendung gesprochen worden, ohne allerdings im einzelnen ausgeführt zu haben, was hierunter zu verstehen ist. Hier könnte gesagt werden, daß zur ordnungsgemäßen Absendung zweierlei gehört :

-
- (1) vgl. andere Ansicht von Stern; Buchhaltungslexikon, 2. Aufl., Bd. I, S. 564.
(2) vgl. andere Ansicht von Passow, a. a. O., S. 293.

1) die sachlich richtige Absendung

2) die zeitlich richtige Absendung

Wirtschaftsgüter sind dann sachlich richtig abgesandt, wenn sie in der erforderlichen Type, in der erforderlichen Menge, in der erforderlichen Verpackung, in der erforderlichen Versandart, an den erforderlichen Ort, innerhalb des erforderlichen Ortes an den erforderlichen Adressaten ... zum Versand gebracht worden sind, und Wirtschaftsgüter sind dann zeitlich richtig abgesandt, wenn sie - je nach den vertraglichen Bestimmungen - entweder zur erforderlichen Zeit zum Versand gebracht oder zur erforderlichen Zeit bei dem Käufer oder einem von ihm bestimmten Dritten angekommen sind.

Wenn im Vertrag vereinbart worden ist, daß das Wirtschaftsgut zu einem bestimmten Termin geliefert werden soll, und wenn neben dieser Bestimmung auch die Versandart im Vertrag vorgeschrieben ist, dann ist der Zeitpunkt der ordnungsgemäßen Absendung weitestgehend von der gemeinsamen Entscheidung des Käufers und des Verkäufers beim Vertragsabschluß bestimmt.

Anders ist es z. B., wenn im Vertrag lediglich bestimmt ist, daß bis zu einem festgesetzten Termin geliefert sein soll. Wenn dieser Termin sehr weit in der Zukunft liegt und wenn der Transportweg sehr weit ist, dann ist hier der Zeitpunkt der ordnungsgemäßen Absendung weitestgehend von der Entscheidung des Verkäufers abhängig, denn der Verkäufer kann das Wirtschaftsgut z. B. schon sofort absenden, und zwar mit dem langsamsten Beförderungsmittel, oder er kann das Wirtschaftsgut erst nach Wochen oder gar erst nach Monaten absenden, und zwar mit dem schnellsten Beförderungsmittel; er kann das Wirtschaftsgut auch unter dem Gesichtspunkt absenden, daß es schon mehrere Monate vor dem festgesetzten spätesten Termin oder erst am festgesetzten spätesten Termin beim Käufer eintrifft.

Gelegentlich kann es auch sein, daß der Zeitpunkt der ordnungsgemäßen Absendung von der Entscheidung des Käufers (1) oder von dem Eintritt eines bestimmten Ereignisses (2) abhängt.

Selbst aber dann, wenn der Verkäufer das Wirtschaftsgut ordnungsgemäß abgesandt hätte und selbst dann, wenn der Verkäufer den Gewinn unter der Voraussetzung der ordnungsgemäßen Erfüllung des Käufers errechnen könnte, so wäre der Zeitpunkt der Absendung des Wirtschaftsgutes durch den Verkäufer deshalb nicht als allgemeingültiger Zeitpunkt der Gewinnrealisation geeignet, weil in den Vertragsbedingungen sehr häufig vereinbart wird, daß der Käufer erst innerhalb einer bestimmten Zeit nach Erhalt der Rechnung zu zahlen hat -

(1) z. B. Verkauf auf Abruf (Gold, a. a. O., S. 399).

(2) vgl. Gold, a. a. O., S. 399. Als Beispiel führt er das "Eisfreiwerden eines Schiffahrtsweges" an.

be. Solange der Verkäufer also noch keine Rechnung ausgestellt und an den Käufer abgesandt hat und solange der Fälligkeitstermin noch nicht erreicht ist, hat der Verkäufer auch noch keinen fälligen Anspruch auf Zahlung. Unter diesem Gesichtspunkt müßte man sagen, daß der Gewinn frühestens dann als realisiert angesehen werden könnte, wenn der Verkäufer die Rechnung abgesandt hat.

Aber auch dann, wenn z. B. im Vertrag vereinbart worden ist, daß der Käufer die Zahlung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt des Wirtschaftsgutes zu leisten habe und der Käufer die Rechnung erst nach 15 Tagen erhält, so wird in der Praxis im allgemeinen erst dann gezahlt, nachdem die Rechnung des Verkäufers beim Käufer eingegangen ist. Dies liegt daran, daß in der Praxis der Rechnung weit größere Bedeutung beigemessen wird als dem Lieferschein oder dem Frachtbrief. Dies ist nur allzu verständlich, weil auf dem Lieferschein und auf dem Frachtbrief (1) im allgemeinen nur reine Mengenangaben, aber keine Preisangaben fixiert sind. Da in die Bilanz im engeren Sinne, in die G+V-Rechnung und in die Bücher aber nicht Mengen, sondern Werte (Preise) eingehen und da der Käufer im Falle der vertraglichen Vereinbarung der Verrechnung nach Lieferung und Leistung oder nach Aufmaß oder im Falle der vertraglichen Vereinbarung der Preise unter Vorbehalt etc. nicht weiß, welchen Betrag er an den Verkäufer zahlen soll, muß er notgedrungen den Zeitpunkt abwarten, zu dem er die Rechnung erhält.

In der Praxis ist es quasi zu einem "Gewohnheitsrecht" geworden, frühestens erst dann zu zahlen, wenn die Rechnung eingegangen ist und der Käufer sieht es praktisch, wenn auch unausgesprochen, als "vertragliche Nebenpflicht" an, daß ihm der Verkäufer eine Rechnung zuschickt, die als Buchungsunterlage und Grundlage für die Zahlungsanweisung verwendet werden kann. Die ordnungsgemäße Absendung des Wirtschaftsgutes allein kann also nicht ausreichen, um den Gewinn ausweisen zu können, der Verkäufer muß vielmehr auch die Rechnung abgesandt haben (2).

d Die Gewinnrealisation zum Zeitpunkt der Absendung der Rechnung

In sehr vielen Fällen wird der Zeitpunkt der Absendung des Wirtschaftsgutes und der Zeitpunkt der Absendung der Rechnung zusammenfallen. Es gibt hierfür im wesentlichen drei Gründe:

- 1) Der Verkäufer wird in jedem Falle bemüht sein, so schnell wie möglich in den Besitz der Gegenleistung, in den Besitz des Geldes, zu kommen.
- (1) abgesehen von Frachtkosten, Rollgeld etc., also den Anschaffungsnebenausgaben oder zumindest einen Teil davon.
- (2) vgl. hierzu auch Staub, Kommentar zum HGB, 80. Aufl., Berlin 1906, Anm. zu § 40 HGB, sowie Stern, a. a. O., S. 564.

so z. B. um zu hohen Sollzinsen aufgenommene Gelder zurückzahlen oder um eine Aufnahme von Geldern mit hohen Sollzinsen vermeiden oder um im Augenblick über die Optimalliquidität hinaus vorhandene Gelder extern rentabel anlegen zu können.

- 2) Aus Rationalisierungsgründen ist es in der Praxis oft üblich, daß unmittelbar nach dem Eingang der Bestellung sämtliche Papiere im Durchschreibeverfahren erstellt werden, die zur weiteren Auftragsabwicklung erforderlich sind. Rechnung und Lieferschein werden dann solange im Versandbüro deponiert, bis das angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgut im Ausgangslager eintrifft. Der zuständige Sachbearbeiter braucht dann nur noch anhand des Warenbegleitscheines die z. B. nach der Reihenfolge der Auftragsnummern abgelegten bereits geschriebenen Lieferscheine und Rechnungen aus der Registratur zu nehmen, die Versandpapiere der Ware beizufügen und die Rechnung an den Käufer abzuschicken.
- 3) Unter der Voraussetzung der Tagfertigkeit der Buchhaltung hat die Geschäftsleitung einen guten Überblick über die Entwicklung des Geschäfts und eine Hilfe für Dispositionen. Da die Buchungen in der Buchhaltung anhand der Rechnungen oder anhand der Rechnungsdurchschriften erfolgen, setzt dies voraus, daß die Rechnungen bereits so früh wie möglich gebucht und als Voraussetzung hierzu so früh wie möglich geschrieben werden. Wenn die Rechnungen aber schon geschrieben sind, dann wird man sie auch sofort absenden.

Der Zeitpunkt der Rechnungsabsendung wird nach weit verbreiteter Meinung als der für die Gewinnrealisation entscheidende Zeitpunkt angesehen (1). Man ist sich grundsätzlich dessen bewußt, "daß ein bestimmter Zeitpunkt für die Realisation des Gewinnes überhaupt nicht festgestellt werden kann, woraus letzten Endes die Unsicherheit in der Entscheidung dieser Frage insbesondere bei außergewöhnlichen Fällen resultiert" (2). Man weiß, daß der Gewinn erst nach der Annahme der Ware und dem Ablauf der Garantiefrist, ja wie z. B. im Falle von versteckten Mängeln oft noch später als realisiert zu bezeichnen ist, man weiß aber auch sehr wohl, daß der jeweils von den eben erwähnten Zeitpunkten und von anderen am weitesten in der Zukunft liegende Zeitpunkt im Einzelfall nur sehr schwierig feststellbar ist und sieht sich daher gezwungen, einen Zeitpunkt zu finden, der unter Berücksichtigung aller Umstände am besten für die r e c h n e r i s c h e Erfassung geeignet ist, einen Zeitpunkt,

- (1) Hax sagt hierzu, "Nach kaufmännischer Übung ist grundsätzlich der Zeitpunkt der Rechnungserteilung für die Vollendung der Leistung maßgebend" (Hax, Betriebsunterbrechungsversicherung, S. 168).
- (2) Gold, a. a. O., S. 398.

bei dem die gewichteten Vorteile die gewichteten Nachteile am meisten übertreffen, einen Zeitpunkt, der einerseits bequem und andererseits sicher zu ermitteln ist. Schmalenbach sagt hierzu (1):

"Ist einmal der Grundsatz aufgestellt, daß ein gewisser Grad der Realisierung der Gewinne abgewartet werden muß, ehe sie rechnerisch erfaßt werden, so ist es im wesentlichen eine konventionelle Frage, an welcher Stelle der Grad der Realisierung von Gewinnen ihre Verrechnung als Gewinn erlaubt.

Zwei Grundsätze haben sich im kaufmännischen Rechnungswesen ziemlich allgemein ausgebildet, die man heute als ziemlich selbstverständlich hinnimmt, die es aber keineswegs sind: erstens der Grundsatz, daß jede Leistung bis zu ihrer Vollendung nur mit ihren Selbstkosten und erst nach ihrer Vollendung der darauf entfallende Gewinn gerechnet wird, zweitens der Grundsatz, daß der normale Zeitpunkt der Vollendung bei Leistungen an Fremde der Rechnungsausgang ist. Der Grundsatz, daß erst die Vollendung der Leistung den in der Leistung ruhenden Gewinn bringe, ist offenbar ein Grundsatz einestils der Bequemlichkeit, andererseits der Sicherheit".

Wenn man schon die Gewinne zu einem bestimmten, im allgemeinen am ehesten richtigen Zeitpunkt als realisiert ausweisen will, so ist nach der Meinung von Schmalenbach der Tag, an dem die Rechnung abgesandt wird, im allgemeinen schon "vom Standpunkt der Buchführungstechnik" aus gesehen wegen seiner Sicherheit und Genauigkeit der beste Zeitpunkt; da der Verkäufer ohnehin dafür Sorge tragen muß, daß keine Wirtschaftsgüter aus dem Verfügungsbereich des Betriebes ohne eine Verrechnung entfernt werden, ist die Feststellung der erbrachten Leistungen gerantiert und "da der Rechnung wegen ohnehin eine Buchung stattfinden muß, findet in ihr die Leistungsberechnung eine willkommene Anknüpfung"(2)

Ein zweiter Grund, den Zeitpunkt der Rechnungsabsendung als den entscheidenden anzusehen, besteht nach der Auffassung Schmalenbachs darin, daß das Wirtschaftsgut zum Zeitpunkt der Berechnung und bald danach "einen wichtigen Schritt" mache. Der Empfänger des Wirtschaftsgutes habe sich nämlich jetzt "über Preis, Zahlungsbedingungen und über Befund des Wirtschaftsgutes zu äußern.

Am gleichen Ort führt dann Schmalenbach weiter aus: "Es ist im allgemeinen der am meisten kritische Punkt der Ausführung. Mit Fug und Recht kann man sagen, daß die Gefahren, die der Ausführung drohen, mit der Ablieferung im wesentlichen überwunden sind. Gewiß bleiben noch Schadensmöglichkeiten übrig: der Empfänger kann zahlungsunfähig werden. Das sind nicht zu unterschätzende Gefahren, die auf die Gewinnberechnung ohne Zweifel eine Wirkung haben können. Aber die Praxis begegnet ihnen auch hier ganz verständig in der Weise, daß sie trotzdem die Leistung als vollbracht betrachtet, dafür aber die noch nach der

(1) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 124.

(2) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 125.

Ablieferung bestehenden Gefahren als besonders zu verrechnende behandelt"(1).

Die meisten Betriebswirte, insbesondere diejenigen, welche die Belange der Praxis stark berücksichtigen, sind gleicher oder ähnlicher Auffassung (2) und sehen den Gewinn mit dem Zeitpunkt der Absendung der Rechnung als realisiert an, so daß diese Auffassung wohl ohne Bedenken als die herrschende angesehen werden kann (3). Es ist sehr gut zu verstehen, daß in diesem Falle die herrschende Lehrmeinung mit den Gepflogenheiten der Praxis übereinstimmt. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Theoretiker mit Recht darauf hinweisen, daß die im Endergebnis erzielte Übereinstimmung nur deshalb erzielt werde, weil für die praktische Handhabung ein "Ausweg der Praxis aus der Schwierigkeit der genauen Erfassung von Aufwand und dem entsprechenden Ertrag" gefunden werden müsse. "Es ist also nicht so, daß die Fakturierung Voraussetzung für die Realisation des Gewinnes ist, sondern sie bestimmt nur einen gewissen Grad der Realisation" (4).

Gelegentlich wird darauf hingewiesen (5), daß es in der Praxis zum Zwecke der "Bilanzfrisur" mitunter vorkomme, daß in einer Rechnungsperiode Rechnungen bereits abgesendet würden, ohne daß das Wirtschaftsgut die Unternehmung verlassen habe (Fall 1) oder daß Wirtschaftsgüter abgesandt würden, ohne daß dem Käufer eine Rechnung zugestellt werden (Fall 2). Daß diese nicht selten in der Praxis anzutreffenden, sehr häufig aber unbeabsichtigt vorkommenden Fälle, gegen die insbesondere die aktienrechtlichen Pflichtprüfer ständig zu kämpfen haben, nur unter der Voraussetzung eines rechnungsmäßigen Einschnitts in den fortlaufenden Gang der Geschäfte Bedeutung haben und mit den Grundsätzen ordentlicher und ehrenwerter Kaufleute nicht zu vereinbaren sind, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Aus mancherlei Gründen (6) wird u. U. versucht, den Gewinn, der eigentlich dem neuen Geschäftsjahr zuzurechnen wäre, dem alten zuzurechnen und umgekehrt.

Man könnte meinen, diese Manipulationen hätten keine Bedeutung, insbesondere deshalb nicht, weil der Tag der Absendung der Rechnung ohnehin im allgemeinen oder häufig nicht der Tag sei, an dem der Gewinn tatsächlich realisiert wurde. Diese Meinung kann aber nicht anerkannt werden, denn wenn wir schon aus dem in mancherlei Hinsicht bestehenden Dilemma sozusagen

-
- (1) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 125.
 - (2) Weitere Stellungnahmen in der Literatur werden weiter unten folgen.
 - (3) vgl. hierzu auch das Urteil des RFH v. 22. 10. 1931: VI A 935/30 - Amtl. Slg. Bd. 29, S. 276 ff. - RStBl 1931, S. 857.
 - (4) Gold, a. a. O., S. 399.
 - (5) Loitsberger, Erich; Aktienrechtliche Pflichtprüfung, Vorlesung im WS 1960/61, Universität Frankfurt.
 - (6) Diese wurden bereits früher dargestellt.

einen eher als praktikable Prüfzeitpunkt als den im allgemeinen relativ besten anerkennen wollten, dann müßte, um nicht der Willkür Tür und Tor zu öffnen, dieser Zeitpunkt auch grundsätzlich maßgebend sein. Der Zeitpunkt der Absendung der Rechnung könnte daher grundsätzlich nur dann als entscheidendes Kriterium angesehen werden, wenn die Rechnung zum ordnungsgemäßen Zeitpunkt abgesandt würde.

Eine vor dem Abgang des Wirtschaftsgutes abgesandte Rechnung kann deshalb auf den Gewinnausweis keinen Einfluß haben oder - besser gesagt - darf deshalb auf den Gewinnausweis keinen Einfluß haben, weil der Verkäufer im allgemeinen frühestens erst mit der Absendung der Ware und der Rechnung das seinerseits Erfordernis getan haben kann, Selbst dann, wenn der Käufer die zu früh abgesandte und zu früh erhaltene Rechnung nicht bemängelt (1), so könnte der Zeitpunkt der Absendung der Rechnung aus zwei Gründen dennoch nicht als Zeitpunkt der Gewinnrealisation angesehen werden.

- 1) In Streitfällen wird der Käufer im allgemeinen die Rechnung nur dann anerkennen, wenn er das Wirtschaftsgut bereits erhalten hat (2).
- 2) Wenn auch durch die zu früh abgesandte Rechnung durch den Verkäufer rein juristisch gesehen das Zahlungsziel des Käufers verkürzt wird, so erkennt der Käufer mit Recht regelmäßig nur das Zahlungsziel an, das sich bei ordnungsgemäßer Absendung der Rechnung ergeben würde (3).

Gold sagt hierzu (4): "Praktisch werden Zahlungsziele (in der Praxis - der Verf.) niemals so genau genommen und Zahlungen ohnehin schon nicht zu früh geleistet". Außerdem ist zu bedenken, daß in manchen Fällen Datum der Ausstellung der Rechnung, Datum der Absendung der Rechnung und Datum des Valutabeginns zeitlich nicht übereinstimmen (5).

Ein Verstoß gegen die zeitlich ordnungsgemäße Absendung der Rechnung ist aber nicht nur bei zu früh abgesandter Rechnung, sondern auch dann gegeben,

- (1) Oft ist der Käufer sogar an einer vorzeitigen Rechnungsstellung und Bezahlung interessiert, z.B. damit die gemäß dem Etat bereitgestellten Mittel auch tatsächlich in der Rechnungsperiode ausgegeben werden.
- (2) Es müssen die vertraglichen Bestimmungen berücksichtigt werden. Anders kann es z.B. beim Verkauf auf Abruf sein.
- (3) Eine Prüfung der Ordnungsmäßigkeit ist in der Rechnungsprüfungsstelle ohne Schwierigkeiten möglich, da hier Bestellschein, Rechnung, Lieferschein, Frachtbrief und sonstige zur Prüfung notwendigen Unterlagen vorhanden sind.
- (4) Gold, a. a. O., S. 399-401, hier S. 400.
- (5) Gold erwähnt, daß es in vielen Branchen üblich sei "auf der Rechnung einen von ihrem Ausstellungsdatum verschiedenen Zeitpunkt für den Valutabeginn ausdrücklich anzugeben". (Gold, a. a. O., S. 400).

wenn die Rechnung zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt abgesandt wird als dies nach ordentlichem Geschäftsgang erforderlich wäre.

Schließlich wäre auch zu erwähnen, daß zur ordnungsgemäßen Rechnungsabsendung an den Käufer nicht nur die zeitlich richtige Absendung, sondern auch die inhaltlich richtige Absendung gehören. Insbesondere die Kontokorrentbuchhalter großer Unternehmungen können häufig berichten, daß inhaltlich falsche Rechnungen oder Rechnungen mit unvollständigen Angaben Anlaß dazu geben, daß unnötige Mehrkosten entstehen und daß Zahlungen bedeutend später geleistet werden als vorgesehen war. Allein die Tatsache z. B., daß die Verrechnung an den Besteller und nicht - wie vereinbart - an einen benannten Dritten vorgenommen worden ist, könnte mit folgenden Kosten verbunden sein:

- 1) Mahnkosten (Kosten für Ausstellung der Schemamahnung oder der individuellen Mahnung, Papier- und Portokosten, Kosten für Lesen des Antwortschreibens und Überprüfen des dargestellten Sachverhalts)
- 2) Kosten für die Gutschriftserteilung an den Besteller (Kosten für Diktieren des Textes und Schreiben des Textes, Papier- und Portokosten, Buchungskosten etc.)
- 3) Kosten für die Neuverrechnung an den Dritten (Kosten für Abschrift der Rechnung, Papier- und Portokosten, Buchungskosten etc.)
- 4) Kalkulatorische Zinskosten wegen verspäteten Geldeingangs etc.

Zusammenfassend können wir vorläufig sagen. Wenn der Verkäufer den in Aussicht stehenden Gewinn errechnen und wenn der Verkäufer voraussetzen kann, daß der Käufer das seinerseits Erforderliche tut, so kann der Gewinn unter Berücksichtigung einer wirtschaftlichen Handhabung dann als realisiert betrachtet werden, wenn der Verkäufer das Wirtschaftsgut ordnungsgemäß abgesandt und ordnungsgemäß an den Käufer oder den vom Käufer bestimmten Dritten verrechnet hat. Die noch bestehenden Risiken können in der Höhe des ausgewiesenen Gewinns berücksichtigt werden.

Gold kommt in seiner Untersuchung zu folgendem Ergebnis (1): Entscheidende Zeitpunkte für die Gewinnrealisation sind der Zeitpunkt des Warenausgangs und der Zeitpunkt der Rechnungserteilung. "Beide genügen aber allein ohne weiteres nicht den Anforderungen, die an ein Kriterium zu stellen sind. Es fehlt ihnen beiden das Merkmal der Allgemeingültigkeit. Um das zu erreichen, koppelt man zweckmäßigerweise beide Termine indirekt miteinander, indem man sagt: Ein Debitor entsteht in der Bilanz in dem Augenblick der ordnungsmäßigen Absendung der Faktura. Die Ausstellung der Faktura erfolgt ordnungsgemäß, wenn der Verkäufer das seinerseits Erforderliche zur Leistung getan hat ... Es entscheidet also nicht die Rechnung unbedingt.

(1) Gold, a. a. O., S. 402.

sondern der Termin, an dem nach guter kaufmännischer Gepflogenheit die Rechnung ausgestellt werden müßte".

Der wesentliche Unterschied zwischen dem Ergebnis von Gold und unserem bisherigen Ergebnis besteht darin, daß Gold den Gewinn grundsätzlich schon zum Zeitpunkt der Absendung der Ware und der Rechnung als realisiert ansieht und schlechthin vom "Gewinn" spricht, während wir der Meinung sind, daß man zum Zeitpunkt, zu dem das Wirtschaftsgut und die Rechnung ordnungsgemäß abgesandt worden sind, grundsätzlich lediglich vom in Aussicht stehenden Gewinn sprechen könnte, und dies auch nur dann, wenn die Abrechnung bereits vorliegt.

Es reicht nach unserer Meinung zum Gewinnausweis in der Bilanz grundsätzlich nicht aus, daß der Verkäufer das Wirtschaftsgut und die Rechnung ordnungsgemäß abgesandt hat (1), weil der Verkäufer nicht weiß, ob der Käufer das Wirtschaftsgut annehmen und ob der Verkäufer das Äquivalent für seine Leistung, das Geld, erhalten wird.

Was nun die Annahme des Wirtschaftsgutes durch den Käufer anbetrifft, so haben wir im Falle, daß der Zugang des Geldes zeitlich vor dem Abgang des Wirtschaftsgutes erfolgt, festgestellt, daß der Zeitpunkt der Annahme zwar ein wesentlicher Zeitpunkt zur Beurteilung der Gewinnrealisation ist, daß er aber aus Gründen der Praktikabilität für den Verkäufer wenig geeignet ist und daher als allgemeingültiges Kriterium abgelehnt werden muß. Dies gilt auch hier. Da aber hier der Verkäufer zum Zeitpunkt, zu dem er die Zahlung erhalten hat, unterstellen kann, daß der Käufer die Lieferung als ordnungsgemäß angesehen und angenommen hat, weil der Käufer nur dann zahlen wird, wenn die Lieferung als ordnungsgemäß angesehen wird, kann man den Zeitpunkt, zu dem die Annahme erklärt wird, hier ohnehin vernachlässigen, wenn auch die Beseitigung der zweiten Ungewißheit des Verkäufers, nämlich die Ungewißheit darüber, ob der Verkäufer die Zahlung erhalten wird oder nicht, Voraussetzung dafür ist, den Gewinn als realisiert ansehen zu können.

Es ist daher zu prüfen, ob der Zahlungseingang beim Verkäufer Voraussetzung dafür ist, den Gewinn in der Bilanz ausweisen zu können. Diese Frage läßt sich am einfachsten dadurch beantworten, wenn man die Folgen untersucht, die mit dem vorzeitigen Ausweis eines Gewinnes verbunden sind bzw. verbunden sein können.

Angenommen, bei dem Verkäufer handelte es sich um eine Aktiengesellschaft. Der Verkäufer hätte bei einem einzelnen Geschäft gemäß der Nachkalkulation einen Selbstkostenpreis in Höhe von 4 000 DM errechnet, dem ein

(1) vgl. Helpenstein, Erfolgsbilanz, S. 537. - vgl. Vellguth, Hans-Karl: Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für schwebende Geschäfte, Leipzig 1938, S. 55.

Verkaufspreis in Höhe von 5 000 DM gegenüberstehen würde, er hätte das Wirtschaftsgut und die Rechnung an den Käufer ordnungsgemäß abgesandt und in der Bilanz eine Forderung in Höhe von 5 000 DM ausgewiesen.

Der Verkäufer muß nun damit rechnen, daß er das Äquivalent für das gelieferte Wirtschaftsgut, das Geld, frühestens erst dann erhalten wird, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, bis zu dem er dem Käufer eine Zahlung unter Abzug des vereinbarten Skontos zugestanden hat (1), er muß aber auch damit rechnen, daß der Käufer von seinem Recht der Skontoausnutzung keinen Gebrauch macht, daß er erst an dem Tage das Geld erhalten wird, an dem der Rechnungsbetrag ohne Skontoausnutzung fällig ist, ja er muß auch damit rechnen, daß er den Rechnungsbetrag gelegentlich erst bedeutend später oder gar überhaupt nicht erhalten wird.

Wenn der Verkäufer seinerseits den Verpflichtungen, die er zur Ausführung dieses Geschäftes eingegangen ist, erst dann nachkommen müßte, wenn er das Geld vom Käufer erhalten hätte, ergäben sich für den Verkäufer keine Schwierigkeiten. Da dies aber regelmäßig nicht der Fall ist, ist ihm die Aufgabe gestellt, das Problem der Zwischenfinanzierung irgendwie zu lösen. Er

(1) Normalerweise kann der Verkäufer unterstellen, daß der Käufer bestrebt sein wird, von seinem Recht der Skontoausnutzung Gebrauch zu machen. Selbst dann, wenn der Käufer einen "teueren" Kredit aufnehmen müßte, um mit Skontoausnutzung zahlen zu können, so stände er sich dennoch besser als wenn er sich an das Zahlungsziel halten würde, das ihm der Verkäufer eingeräumt hat, wenn er den vollen Rechnungsbetrag ohne Abzug von Skonto zahlen würde. Dies möge ein Beispiel verdeutlichen:
Der Verkäufer verlangt vom Käufer Zahlung von 5 000 DM innerhalb von 10 Tagen mit 3 % Skonto oder innerhalb von 60 Tagen ohne jeden Abzug. In diesem Falle müßte der Käufer, wenn er das gewährte Skonto ausnutzen wollte und 10 % Kreditkosten zu zahlen hätte - auf 100 DM Rechnungswert bezogen -

$$1) 100,00 \text{ DM} - 3 \% \text{ Skonto an den Verkäufer} = 97,00 \text{ DM} \quad \text{und}$$

$$2) \frac{97 \times 10 \times 50}{100 \times 360} \text{ DM Zinsen an den Kreditgeber,} = 1,35 \text{ DM}$$

insgesamt also 98,35 DM zahlen. Der Vorteil würde also 1,65 % betragen. Auf den Rechnungswert von 5 000 DM bezogen hieße dies, daß der Vorteil 82,50 DM ausmachen würde. Dieser Betrag ist als Anreiz für den Käufer anzusehen, das Geld möglichst früh an den Verkäufer abzuführen. Daß dieser Betrag für den Verkäufer ein recht teurer Anreiz ist und daß es dem Verkäufer gelegentlich sehr lieb ist, wenn der Käufer das gewährte Skonto nicht ausnützt, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

muß nämlich, insbesondere dann, wenn er das Skonto ausnützen will, in der Regel das angeschaffte und weiterveräußerte Wirtschaftsgut dem Lieferanten schon früher bezahlen als er die Zahlung vom Käufer erhält und er muß, wenn das Verkaufsgeschäft durch die Tätigkeit eines Reisevertreters zustande gekommen ist, nach dem am 1.12.1953 in Kraft getretenen Gesetz zur Änderung der HGB auf Verlangen des Reisevertreters auch "einen angemessenen Vorschuß" zahlen, ehe er die Zahlung vom Käufer erhalten hat (3).

Zwar wird der Betrag, den der Verkäufer im voraus zu zahlen hat, im allgemeinen geringer sein als der Betrag, den er vom Käufer später fordern kann, aber das Problem als solches ist dadurch nicht beseitigt. Es hat im Einzelfalle umso größere Bedeutung, je weiter der Termin des Zahlungsausgangs von dem Termin des Zahlungseingangs entfernt ist. Das Problem wird in seiner ganzen Tragweite besonders deutlich, wenn der Verkäufer das Wirtschaftsgut nicht anschafft und kurz nach der Anschaffung mit kurz bemessenem Zahlungsziel weiterveräußert, sondern in langfristiger Fertigung selbst erstellen muß, weil er in diesem Falle schon sehr frühzeitig Zahlungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Zahlungen für die Löhne und Gehälter zu leisten hat...

Neben diesem Problem entsteht aber noch ein weiteres Liquiditätsproblem, nämlich ein solches, das mit dem Gewinnausweis in der Bilanz im Zusammenhang steht. Wenn der Verkäufer die Forderung in der Bilanz in Höhe von 5 000 DM ausweist, dann muß der Verkäufer für den in Höhe des Gewinns und der sonstigen von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abweichenden Bestandteil des Forderungsbetrages nach der heutigen Regelung auch noch 51 % Körperschaftsteuer (1 (2)) zahlen, sofern er mit diesem "Gewinn" der unbeschränkten

- (1) Steuern sind nach § 1 AO "einmalige oder laufende Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einkünften allen auferlegt werden, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft. Zölle fallen darunter; nicht darunter fallen Gebühren für besondere Inanspruchnahme der Verwaltung und Beiträge".
- (2) In der Begründung zur Abänderung des früher gespaltenen (nicht gestaffelten) Körperschaftsteuersatzes von 45 bzw. 30 Prozent hieß es, der Gesetzgeber wolle mit dieser weiteren heutigen Spaltung des Körperschaftsteuersatzes der großen Selbstfinanzierung der Aktiengesellschaften Einhalt gebieten. Daß dieser bedeutend weiter gesplattene Körperschaftsteuersatz aber gegenüber der bisherigen Regelung keine Behinderung, sondern im allgemeinen eine Förderung der Selbstfinanzierung bewirkt hat, kann an folgenden Ausführungen verdeutlicht werden:
- Früher mußte die AG zahlen:

Steuerpflicht gemäß § 1 KStG unterliegt (1).

In Bezug auf unser Beispiel müsste gesagt werden, daß der Verkäufer also nicht nur 4 000 DM zwischentfinanzieren, sondern zudem auch noch 1 150 DM (2) bzw. 510 DM (3) verteilen müßte, und zwar von einem Geld, das er überhaupt noch nicht erhalten hat und von dem er nicht weiß, ob er es überhaupt erhalten wird. Dies ist nach unserer Auffassung eine sehr unbillige Lösung.

Ja die Lösung wird mehr als unbillig, wenn man berücksichtigt, daß der Steuerpflichtige auf Grund des § 20 KStG in Verbindung mit § 35 EStG gezwungen wird die Körperschaftsteuer nicht nur für einen lediglich in Aussicht stehenden Gewinn zum Zeitpunkt des Ausweises vor auszahlen, sondern sogar schon dann vor auszuzahlen, wenn vielleicht noch nicht einmal ein Vertrag zustande gekommen ist, ja wenn der Verkäufer vielleicht noch nicht einmal eine Ahnung von einer Gewinnchance hat. Es wäre daher unter diesem Gesichtspunkt zu fordern, daß der Gewinn erst dann in der Bilanz ausgewiesen würde, wenn der Verkäufer das Geld erhalten hat, und daß eine Steuerzahlung erst dann zu leisten wäre, wenn der Verkäufer das Geld erhalten hat.

(Fortsetzung der Fußnote 2 von Seite 302) :

a) für ausgeschüttete Gewinn

30 % KSt + 4 % Notopfer Berlin = 34 %

b) für nicht ausgeschüttete Gewinne

45 % KSt + 4 % Notopfer Berlin = 49 %

Heute muß die AG zahlen :

a) für ausgeschüttete Gewinne = 15 %

b) für nicht ausgeschüttete Gewinne = 51 %

Die AG braucht als für ausgeschütteten Gewinne heute 19 % (34 - 15 %) weniger zu zahlen muß dagegen für nicht ausgeschüttete Gewinne heute 2 % (51 - 49 %) mehr zahlen als früher. Da die "Ersparnis" der 19 % KSt im Regelfall - absolut gesehen - größer sein wird als die zusätzliche Belastung von 2 % KSt, ist durch die neue Regelung die Selbstfinanzierung grundsätzlich nicht gehemmt, sondern gefördert worden (4).

(3) vgl. § 87 a HGB.

(4) Gedanken in Anlehnung an Ausführungen, die Hax in seinen Seminararbeiten gemacht hat.

(1) Nach § 19, Abs. I, Ziff. 1 KStG muß nämlich die Aktiengesellschaft, "so weit sie nicht zu den in Ziffer 2 bezeichneten Gesellschaften" gehört, 51 % des Einkommens als Körperschaftsteuer abführen. Dieser Prozentsatz ermäßigt sich allerdings nach § 19, Abs. I, Ziff. 1, Unterabsatz 2 KStG für die berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen gemäß § 19, Abs. III KStG auf 15 % des Einkommens.

(2) wenn der Gewinn ausgeschüttet wird

(3) wenn der Gewinn nicht ausgeschüttet wird

Jockel (1) sagt in diesem Zusammenhang : Daß "diese Handhabung von dem Steuerpflichtigen als mit dem wirtschaftlichen Sachverhalt nicht übereinstimmend angesehen wird, ist leicht erklärlich, ganz besonders, wenn man berücksichtigt, daß sich günstige Aufträge ... nur vielfach dadurch erreichen lassen, daß der Verkäufer seinem Kunden hinsichtlich des Zahlungsziels weitestgehend entgegenkommt. Der Verkäufer wird sich wohl auch auf diese zeitbedingte Notwendigkeit einstellen (2), was aber nicht ohne weiteres von ihm eingesehen wird, ist die Tatsache, daß er außer seinen Kunden auch noch die Einkommensteuer (3) vorfinanzieren soll".

In diesem Zusammenhang müßte auch noch auf eine andere Tatsache hingewiesen werden :

Im Falle, daß der in Aussicht stehende Gewinn in Höhe von 1 000 DM ausgewiesen und verteilt würde, müßten von der Aktiengesellschaft 150 DM Körperschaftsteuer gezahlt werden. Die Zahlung müßte grundsätzlich im voraus erfolgen. Der an die Aktionäre verteilte (in Aussicht stehende Gewinn) müßte nun außerdem noch von den Aktionären gemäß dem geltenden Einkommensteuerrecht versteuert werden und die Steuer müßte im Falle, daß der Aktionär eine Einkommensteuererklärung abzugeben hätte, sogar grundsätzlich im voraus entrichtet werden (4).

Wenn nun die Aktiengesellschaft - wie es im Steuerrecht heißt - eine Einmanngesellschaft wäre, so müßte der Alleinaktionär, wenn er einen in Höhe von 1 000 DM in Aussicht stehenden Gewinn ausweisen müßte und den ausgewiesenen Gewinn verteilen würde, 150 DM für Körperschaftsteuerzahlung und 1 000 DM für Dividendenzahlung (5) aus der Kasse der Aktiengesellschaft abführen, er erhielt als Privatperson 1 000 DM, müßte aber u.U. 530 DM davon an den Fiskus abführen (6). Da die juristische Person, die Aktiengesellschaft, und die natür-

(1) Jockel, a. a. O., S. 119.

(2) Die Arbeit von Jockel erschien 1955.

(3) Wir haben oben schon gesagt, daß auf Grund des § 20 KStG für die Entrichtung der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer die gleichen Bestimmungen gelten.

(4) Der absolute Betrag, der von den einzelnen Aktionären als Einkommensteuer von dem erhaltenen Dividendenbetrag zu zahlen ist, wird im allgemeinen unterschiedlich sein. Er richtet sich nämlich nach dem steuerpflichtigen Einkommen in seiner Gesamtheit. Wenn der einzelne Aktionär ein hohes steuerpflichtiges Einkommen hat, so kann der Steuersatz als Spitzenbelastung im Höchstfalle 53 % betragen.

(5) ohne Berücksichtigung von Gewerbeertragsteuern und ohne Berücksichtigung der Vorauszahlung.

(6) Wir unterstellen hier, es sei keine Vorauszahlung geleistet.

liche Person, der Aktionär, im wirtschaftlichen Sinne letztenendes ein und dieselbe Person sind, müßte der Aktionär u.U. 680 DM an Steuern zahlen, wenn er einen lediglich in Aussicht stehenden Gewinn in Höhe von 1 000 DM ausweisen müßte und den ausgewiesenen Gewinn verteilen wollte (1). Dies ist doch wohl ein unzumutbares Verlangen. Es resultiert einerseits aus der problematischen Übung der kaufmännischen Praxis, lediglich in Aussicht stehende Gewinne schon auszuweisen, und andererseits aus der problematischen gesetzlichen Bestimmung der Doppelbesteuerung (2) bzw. Dreifachbesteuerung.

Natürlich könnte der Alleinaktionär auf die Ausschüttung des in Aussicht stehenden Gewinns oder auf einen Teil dessen verzichten. Er könnte sich ausrechnen, bei welcher Dividende er am wenigsten Steuern zu zahlen hätte. Es muß aber auch erwähnt werden, daß die Entscheidungen des Unternehmers nicht allein von steuerlichen Erwägungen abhängen.

Wenn wir nun weiter unten von dem erwähnten Beispiel absehen, so müßte auch berücksichtigt werden, daß der einzelne Aktionär vielfach nicht so einflußreich ist, daß er die Höhe der Dividende festlegen oder zumindest ein starkes Mitspracherecht bei der Festlegung der Dividende geltend machen kann.

-
- (1) Die zu zahlenden Steuern auf den lediglich in Aussicht stehenden Gewinn würden noch höher, wenn der Gewinn der AG zum Teil von einer Gesellschaft erwirtschaftet wurde, an der die AG beteiligt ist. In diesem Falle würde der Gewinn zum Teil dreifach besteuert, wenn kein gültiger Organschaftsvertrag abgeschlossen ist.
 - (2) Die Doppelbesteuerung wird insbesondere folgendermaßen begründet (3):
 - 1) Eine Kapitalgesellschaft kann ohne Schwierigkeiten Gelder am Kapitalmarkt aufnehmen.
 - 2) Eine Kapitalgesellschaft kann ihre Haftung auf ihr Gesellschaftsvermögen beschränken.
 - 3) Eine Kapitalgesellschaft hat die Vorteile der Betriebsgröße.Diese Begründungen sind aber sehr problematisch:
 - 1) Gesellschaften mit beschränkter Haftung können sich im allgemeinen nicht oder nur in begrenztem Maße an den Kapitalmarkt wenden, von den Aktiengesellschaften sind nur etwa 30 % mit ihren Aktien zum Handel an den Börsen zugelassen.
 - 2) Den Haftungsbestimmungen wird in der Theorie eine viel zu große Bedeutung beigemessen.
 - 3) Es gibt personenbezogene Kapitalgesellschaften und kapitalbezogene Personengesellschaften.
 - (3) Ausführungen in Anlehnung an Dornemann, Richard: Betrieb und Steuern, Vorlesung im WS 1960/61, Universität Frankfurt.

Bisher haben wir unterstellt, bei dem Verkäufer handelte es sich um eine Aktiengesellschaft. An unserem Ergebnis ändert sich aber grundsätzlich nichts, wenn wir von irgendeiner anderen Unternehmensform ausgehen würden. Bei Personengesellschaften fällt zwar die Doppelbesteuerung fort, die steuerliche Belastung des lediglich in Aussicht stehenden Gewinns braucht aber damit nicht niedriger zu werden. Es kann durchaus sein, daß im Falle der Einfachbesteuerung die von den Gesellschaftern lediglich zu zahlende Einkommensteuer in ihrer Gesamtheit höher ist als die im Falle der Doppelbesteuerung von der Kapitalgesellschaft zu zahlende Körperschaftsteuer einschließlich der von den Unternehmungseigentümern zu zahlende Einkommensteuer in ihrer Gesamtheit. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Gesellschaft nur wenige Gesellschafter hat, weil hier die Progression im Einkommensteuertarif besonders stark zur Auswirkung kommt.

Dies ist auch der Grund dafür, daß dann, wenn ein Unternehmer allein oder mit anderen zusammen einen so starken Einfluß hat und wenn steuerliche Erwägungen im Einzelfalle alle anderen (auch auf langere Sicht) übertreffen, diejenige Unternehmensform gewählt wird, die im speziellen Fall die günstigste ist, und jeweils der Gewinn verteilt wird, der mit den geringsten Steuererzahlungen verbunden ist.

Nun könnte man zwar sagen, daß die Körperschaftsteuer und die Einkommensteuer aufgrund des ausgewiesenen Gewinns in der Steuerbilanz errechnet werden und daß es unsere Aufgabe wäre, die Gewinnrealisation und ihre Problematik in der Handelsbilanz zu untersuchen, nicht aber in der Steuerbilanz und daß der in der Steuerbilanz ausgewiesene Gewinn von dem in der Handelsbilanz ausgewiesenen Gewinn grundsätzlich abweicht. Dieser Einwand ist aber dann nicht berechtigt, wenn man berücksichtigt, daß bei der überwiegenden Mehrheit der zur Bilanzerstellung verpflichteten Kaufleute lediglich eine Bilanz erstellt wird, die als Handelsbilanz verwendet wird, und wenn man berücksichtigt, daß Steuerbilanz und Handelsbilanz sehr viele Gemeinsamkeiten haben, daß sie sich gegenseitig beeinflussen und daß, worauf es hier ankommt, der Ausweis der entstandenen Forderung in der Steuerbilanz und in der Handelsbilanz zur gleichen Zeit und in gleicher Höhe erfolgen muß, weil man in der Steuerbilanz nicht besser rechnen darf als in der Handelsbilanz.

Gelegentlich ist gesagt worden, daß der Verkäufer sich Kredit beschaffen konnte, wenn er die entstandenen und in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen an eine Bank oder an einen sonstigen Kreditgeber abtreten würde. Das ist zwar oft richtig, aber diese Auffassung, die z. B. von Amrath vertreten wird¹⁾ entspringt doch wohl einer allzu einseitigen Betrachtung. Mit Recht

(1) Amrath, Friedrich, Das Realisationsprinzip im Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht, Diss. Köln 1944, S. 8.

wird es abgelehnt, dem Steuerpflichtigen zuzumuten, sich auf diese Weise Kredite zu beschaffen, um seine Steuerschulden begleichen zu können. Man kann es dem Steuerpflichtigen nach unserer Auffassung wirklich nicht zumuten, Kredit lediglich aus dem Grunde aufzunehmen, um Steuerschulden regulieren zu können, die unter Beachtung von Gerechtigkeit und Billigkeit eigentlich bis zum Eingang des Geldes nur einen noch nicht fälligen Anspruch des Fiskus auf Steuern darstellen dürften, ebenso wie der Verkäufer lediglich bis zum Eingang des Geldes einen Anspruch auf Zahlung hat. Der Fiskus aber gibt sich mit einem Anspruch auf Zahlung nicht zufrieden, er akzeptiert nicht einmal eine Abtretung der Forderung in entsprechender Höhe, sondern verlangt vielmehr eine Zahlung in barem Gelde auf einen Gewinn, den der Steuerzahler nur zu besitzen hoffen kann (1). In dieser Handhabung zeigt sich besonders deutlich, wie richtig es ist, im Zusammenhang mit Steuerzahlungen nicht von einer Äquivalenztheorie, sondern von einer Opfertheorie zu sprechen.

Manchmal wird auch eingewendet, daß der Steuerpflichtige ja dann, wenn er berechnete Befürchtungen hat, daß er das Geld vom Käufer nicht erhalten werde, eine Wertberichtigung bilden könnte (2), die den in der Bilanz ausgewiesenen Gewinn mindert. Die Minderung des Gewinns habe dann ihrerseits wieder für die betreffende Rechnungsperiode eine geringere Steuerzahlung zur Folge. Dies kann zwar richtig sein, muß aber nicht in jedem Fall richtig sein, denn die Bilanz wird nachträglich erstellt, die Steuerzahlungen sind aber Vorauszahlungen und diese "Vorauszahlungen bemessen sich grundsätzlich nach der Steuer, die sich nach Anrechnung der Steuerabzugsbeträge (§ 47, Abs. 1, Ziff. 2) bei der letzten Veranlagung ergeben hat" und "das Finanzamt kann die Vorauszahlungen der Steuer anpassen, die sich für den laufenden Veranlagungszeitraum voraussichtlich ergeben wird" (3).

Außerdem ist nicht einzusehen, warum zunächst ein höherer Posten aktiviert werden und dann nachträglich wieder gemindert werden soll, wenn es einfacher und richtiger ist, den höheren Posten erst gar nicht zu bilden.

Wir haben gesehen, welche Konsequenzen in steuerlicher Hinsicht damit verbunden sind bzw. verbunden sein können, wenn ein lediglich in Aussicht stehender Gewinn in der Bilanz ausgewiesen wird. Welche Konsequenzen in betriebswirtschaftlicher Hinsicht mit dem Ausweis eines lediglich in Aussicht stehenden Gewinns verbunden sein können, haben wir bereits früher dargestellt.

Nach unseren bisherigen Ausführungen kommen wir zu dem Ergebnis, daß der Gewinn erst dann in der Bilanz ausgewiesen werden sollte, wenn der

(1) Von Forderungspfändungen bei der Vollstreckung soll hier abgesehen werden.

(2) Vgl. Jockel, a. a. O., S. 127-128.

(3) § 35, Abs. II EStG, vgl. hierzu auch § 20 KStG.

Verkäufer das Geld erhalten hat. Vor diesem Zeitpunkt weiß der Verkäufer nicht, ob er den Gewinn hereinholen und verteilen kann, ja er weiß nicht einmal, ob er überhaupt eine Zahlung erhalten wird oder nicht. Wenn, wie dies gelegentlich geschieht, die Zahlung für ein geliefertes Wirtschaftsgut in voller Höhe ausfällt und der Verkäufer mit 10 % Gewinn kalkuliert, dann muß der Verkäufer den neunfachen Umsatz erzielen und auch den neunfachen Betrag des berechneten Wirtschaftsgütes hereinholen, nur um allein seine Selbstkosten zu decken. Es sollte nach unserer Auffassung dem Kaufmann nicht mehr Risiko aufgebürdet werden als unbedingt notwendig ist.

Nun könnte aber eingewendet werden, daß sich der Verkäufer häufig vom Käufer ein Kreditsicherungsmittel geben lasse, welches dem Verkäufer eine Sicherheit dafür gebe, daß er das Geld auch tatsächlich erhalten werde. Die Richtigkeit dieser Behauptung soll nun bei den wichtigsten und in der Praxis am häufigsten gegebenen Kreditsicherungsmitteln geprüft werden.

Es gibt reale und personale Kreditsicherungen, erstere kann man wieder untergliedern in mobiliare und immobiliare Kreditsicherungen. Zum Mobiliarkredit gehören:

- 1) Das Pfandrecht
- 2) Die Sicherungsübereignung
- 3) Der Eigentumsvorbehalt

Das Pfandrecht ist unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als Kreditsicherungsmittel nur wenig geeignet, denn es setzt im allgemeinen (1) voraus, daß die verpfändete Sache dem Verkäufer als dem Kreditgeber übergeben wird. In § 1205, Abs. I, Satz 1 BGB heißt es: "Zur Bestellung des Pfandrechts ist erforderlich, daß der Eigentümer die Sache dem Gläubiger übergibt und beide darüber einig sind, daß dem Gläubiger das Pfandrecht zustehen soll".

Wenn der vom Verkäufer gelieferte Gegenstand selbst verpfändet wird, so hat dies für den Käufer den Nachteil, daß er zwar den Gegenstand gekauft und zunächst zu Eigentum erworben hat, daß er ihn aber nicht in seinem Unternehmen einsetzen kann, weil er ihn dem Verkäufer übergeben muß, bzw. weil er sich, wenn der Verkäufer im Besitz des Gegenstandes ist, mit dem Verkäufer über die Entstehung des Pfandrechts einigen muß. Wirtschaftlich gesehen ist also der Käufer letztenendes so gestellt, als ob er den Gegenstand gar nicht gekauft und gar nicht zu Eigentum erworben hätte. Nur in den seltensten Fällen wird also der Käufer den Gegenstand verpfänden, den er vom Verkäufer erhalten hat (2).

- (1) vgl. Ausnahmen in § 1205 BGB und § 1206 BGB.
- (2) Es wäre denkbar, daß der Käufer z. B. einen Gegenstand schon früher kauft als er ihn benötigt, weil er von einer geplanten Preiserhöhung des Gegenstandes erfahren hat. In diesem Falle könnte er den Gegenstand bis zum geplanten Einsatz dem Verkäufer verpfänden.

Auch der Verkäufer wird nur in den seltensten Fällen bereit sein, den verkauften Gegenstand zum Pfand zu nehmen, weil ihm durch gesonderte Lagerung und durch seine Verpflichtung aus der Verwahrung nur zusätzliche Kosten entstehen und weil er häufig annehmen muß, daß der Umfang der Haftung dieses Pfandes nicht ausreicht, um seine Forderungen in voller Höhe gegenüber dem Käufer realisieren zu können.

Aber auch das Pfandrecht an einem anderen Gegenstand ist unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten häufig unbefriedigend. Grundsätzlich kann man nämlich davon ausgehen, daß der Käufer alle nicht betriebsnotwendigen Gegenstände verkauft haben und zu Geld gemacht haben wird, bevor er seine Gegenstände verpfändet, und daß der Käufer nur dann Gegenstände verpfändet, wenn er sonst keine Ware oder keinen Kredit mehr erhalten würde. Grundsätzlich müßte man sagen, daß der Käufer im allgemeinen nur betriebsnotwendige Gegenstände verpfänden wird. Wenn er aber diese an den Verkäufer übergibt, dann ist ihm ein mehr oder weniger großer und wichtiger Teil seiner Geschäftsgrundlage entzogen, und er wird, wenn er schon vorher, als ihm die volle Geschäftsgrundlage zur Verfügung stand, das Wirtschaftsgut nicht bezahlen konnte, nun im allgemeinen erst recht nicht zahlen können. Zwar kann sich der Verkäufer aus dem Pfand befriedigen, er muß aber bei umfangreichen Verpfändungen und umfangreicher Inanspruchnahme der den Pfandgläubigern zustehenden Rechte damit rechnen, daß ihm der Käufer als Kunde verlorengeht, weil sich die Zahlungsschwierigkeit im allgemeinen immer stärker bemerkbar machen wird. Dies sind auch die Gründe dafür, daß in der Praxis zwischen Kaufleuten eher eine Sicherungsübereignung als ein Pfandrecht vereinbart wird.

Bei der im Gesetz nicht selbständig geregelten, aber aus § 930 BGB in Verbindung mit § 868 BGB gefolgerten Sicherungsübereignung erhält der Verkäufer das Eigentum und der Käufer bleibt unmittelbar Besitzer der sicherungsübereigneten Gegenstände (1).

Der Verkäufer (A) könnte also z. B. mit dem Käufer (B) vertraglich vereinbart haben:

„Zur Sicherung des eingeräumten Kredits sind sich A und B darüber einig, daß das Eigentum an nachfolgenden Gegenständen auf A übergehen soll:

1)

2)

3) (2)

- (1) Eigentum wird grundsätzlich, wie schon gesagt worden ist, durch Einigung und Übergabe erworben. Hier wird die Übergabe durch ein vertragliches konkretes Besitzmittlungsverhältnis ersetzt.
- (2) Zu beachten ist hierbei, daß eine globale Formulierung der sicherungsübereigneten Gegenstände nicht ausreicht. Es ist vielmehr eine genaue Bezeichnung und eine genaue Aufzählung der sicherungsübereigneten Gegenstände notwendig. (Im Sachenrecht gilt die Publizität).

Zum Ersatz der Übergabe wird vereinbart, daß ein Leihvertrag in der Weise geschlossen ist, daß ... und daß B eine Versicherung gegen Feuer, Diebstahl und sonstige Schäden zum vollen Wert der sicherungsübereigneten Gegenstände auf eigene Kosten abschließt und die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag gegenüber der Versicherung in der Weise an A abtritt, daß ...".

Hierdurch hat B den Vorteil, daß er die sicherungsübereigneten Gegenstände, z.B. PKW's, weiterhin benutzen kann, und A hat den Vorteil, daß er die sich aus der Sicherungsübereignung ergebenden Rechte geltend machen und so zu seinem Geld kommen kann.

Wenn nun B nicht Gegenstände des Anlagevermögens, sondern Gegenstände des Umlaufvermögens an A sicherungsübereignet hätte, so wäre dem B mit einem Leihvertrag wenig gedient, denn Gegenstände des Umlaufvermögens sind nicht dazu bestimmt, "dauernd dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft zu dienen" (1). Gegenstände des Umlaufvermögens sollen vielmehr veräußert werden, damit der Kaufmann Geldmittel erhält, die er zur erneuten Anschaffung oder Herstellung benötigt. In diesem Falle könnten A und B dann z.B. folgendes vereinbaren :

"... Zum Ersatz der Übergabe ist ein Kommissionsvertrag in der Weise geschlossen, daß die oben genannten Gegenstände in das Eigentum des A übergehen, B aber im unmittelbaren Besitz der sicherungsübereigneten Gegenstände bleiben, über diese als Verkaufskommissionär verfügen soll".

Wenn nun B die in seinem unmittelbaren Besitz befindlichen an A sicherungsübereigneten Gegenstände nach und nach an einen Dritten verkaufen, übergeben und übereignen würde, so würde der Dritte jeweils nach § 929 BGB in Verbindung mit § 185 BGB an den dem A gehörenden Gegenständen nach und nach Eigentum erwerben und A würde nach und nach schlechter gestellt. B hätte den Vorteil, daß er über die Gegenstände nahezu wie über seine eigenen verfügen könnte, A hätte den Nachteil, daß die Haftungssubstanz immer mehr geschmälert und er u.U. nicht mehr zu seinem Geld kommen würde. Um dies zu umgehen, können A und B z.B. folgendes vereinbaren :

"Das Surrogat in Form des Geldes tritt an die Stelle der sicherungsübereigneten Gegenstände und ist sofort nach Erhalt an A abzuführen in der Weise daß".

Diese Überlegungen haben gezeigt, daß der Vertrag so gestaltet werden kann, daß für den Verkäufer als Kreditgeber nahezu jegliches Risiko ausgeschaltet ist, das Geld nicht zu erhalten. Es gibt viele Möglichkeiten, den Vertrag zu gestalten und wenn es dem Verkäufer gelingt, sich Gegenstände in hinreichendem

(1) vgl. § 131, Abs. IV AktG.

Wert unter Berücksichtigung des Werteverzehrs und der entstehenden Kosten im Falle der zwangsweisen Befriedigung sicherungsübereignen zu lassen und einen Vertrag mit günstigen Bedingungen mit dem Käufer zu schließen dann weiß der Verkäufer, daß er das Geld mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erhalten wird.

Selbst dann, wenn der Käufer zwischenzeitlich in Konkurs geraten und überhaupt keine Massegüter vorhanden sein sollten, so konnte sich der Verkäufer dennoch befriedigen, da in der Konkursbilanz sicherungsübereignete Gegenstände nicht als Massegüter, sondern als abgesonderte Wirtschaftsgüter ausgewiesen werden (1).

Zwar besteht für den Verkäufer bis zum Zeitpunkt, zu dem das Geld bei ihm eingegangen ist, immer noch ein Risiko; der Käufer könnte sich nämlich an die vertraglichen Vereinbarungen nicht gehalten haben, er könnte die Gegenstände mehrfach sicherungsübereignet haben ..., diese Ereignisse werden aber so selten sein, daß sie für eine weitere Untersuchung keine Bedeutung mehr haben.

Noch häufiger als die Vereinbarung der Sicherungsübereignung ist im Wirtschaftsleben die Vereinbarung anzutreffen, daß die Lieferung nur unter Eigentumsvorbehalt erfolgt. Eine derartige Vereinbarung liegt deshalb besonders häufig den abgeschlossenen Verträgen zu Grunde, weil der Verkäufer eine derartige Vereinbarung in den allgemeinen Geschäftsbedingungen fixieren und jedem Vertrag zu Grunde legen kann, ohne Sondervereinbarungen treffen zu müssen, wie dies z. B. bei der Sicherungsübereignung der Fall ist.

Bei der Vereinbarung zur Lieferung unter Eigentumsvorbehalt handelt es sich um einen Bestandteil eines unbedingten Vertrages mit bedingter Eigentumsübertragung (2), d. h. der Vertrag ist mit dem Zeitpunkt des Abschlusses gültig, das Eigentum wird aber nicht schon mit der Einigung und Übergabe (3), sondern erst mit der Einigung und Übergabe (3) und restlosen Bezahlung übertragen.

- (1) Die Konkursbilanz zeigt deutlich die Mängel der Handelsbilanz. In der Konkursbilanz erscheinen nämlich z. B. die sicherungsübereigneten Gegenstände als bevorrechtigter Posten gesondert, während sie in der Handelsbilanz neben den eigenen Gegenständen oder besser gesagt mit den eigenen Gegenständen zusammen in einer Summe unter der jeweiligen Position ausgewiesen werden. Das Aktiengesetz schreibt lediglich den Ausweis im Geschäftsbericht vor. In § 128, Abs. II, Ziff. 6 AktG heißt es: Es sind Angaben zu machen über "aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse einschließlich von Pfandbestellungen und Sicherungsübereignungen sowie von Verbindlichkeiten aus der Begebung von Wechseln und Schecks".
- (2) vgl. § 455 BGB und § 158 BGB.
- (3) oder mit einer die Übergabe ersetzenden Vereinbarung

Dieser vereinbarte Eigentumsvorbehalt sichert dem A aber nur dann das Eigentum, wenn A an B Wirtschaftsgüter geliefert hat und B diese Wirtschaftsgüter weder verarbeitet noch unverarbeitet veräußert. Wenn A an B Wirtschaftsgüter geliefert und B diese Wirtschaftsgüter anschließend verarbeitet hat, so erwirbt B nach § 950 BGB (1) "Eigentum an der neuen Sache, sofern nicht der Wert der Verarbeitung oder der Umbildung erheblich geringer ist als der Wert des Stoffes".

A könnte nun auf den Gedanken kommen, die Vorschriften des § 950 BGB durch einzelvertragliche Vereinbarung ausschließen zu wollen. Ein derartiger Ausschluß ist aber nicht rechtswirksam, denn die Vorschriften des § 950 BGB gelten als zwingendes Recht, d. h. sie können nicht durch einzelvertragliche Vereinbarung ausgeschlossen werden.

A könnte sich allerdings dadurch schützen, daß er vertraglich mit B vereinbart, im Falle der Verarbeitung der Wirtschaftsgüter Miteigentum an dem von B neu hergestellten Wirtschaftsgut nach den Vorschriften der §§ 1008-1011 BGB zu erlangen. A müßte mit B einen verlängerten Eigentumsvorbehalt vereinbaren. Dies könnte z. B. durch folgenden Passus im Vertrag geschehen:

"Für den Fall, daß B eine Verarbeitung oder Umformung vornimmt, einigen sich A und B jetzt schon, daß A Miteigentum erwerben soll. Die Übergabe soll dadurch ersetzt werden, daß B die hergestellten Waren als Verwahrer in unmittelbarem Besitz behält".

Hierdurch hat der Käufer den Vorteil, daß er eine fremde Ware so verarbeiten kann als ob sie seine eigene wäre, und der Verkäufer hat den Vorteil, daß er im Falle der nicht rechtzeitigen Bezahlung die Rechte des Miteigentümers geltend machen kann; er hat den Vorteil, daß ihm eine Haftungssubstanz zur Verfügung steht.

Diese Regelung allein ist aber in vielen Fällen für Käufer und Verkäufer gleichermaßen unbefriedigend. Der Käufer will nämlich das von ihm hergestellte Wirtschaftsgut, wenn er es nicht zum Eigenbedarf verwenden kann oder will, möglichst schnell veräußern, und der Verkäufer will möglichst schnell zu seinem Geld kommen, und dies erreicht er am ehesten, wenn der Käufer zu Geld gekommen ist. Deshalb schließen Käufer und Verkäufer häufig nicht einen Verwahrungs-, sondern einen Kommissionsvertrag, der den Käufer berechtigt, das hergestellte Wirtschaftsgut als Verkaufskommissionär an Dritte zu veräußern.

Wenn nun B das von ihm mit Wirtschaftsgütern des A hergestellte Wirtschaftsgut an C verkauft, so könnte C Eigentum erwerben, z. B. nach § 932 BGB (2)

- (1) § 950 BGB gilt nach der Rechtsprechung nicht bei abhängiger Arbeit.
- (2) § 932 BGB schützt den guten Glauben an das Eigentum. (Beachte die Vorschriften über die Vermutung des Eigentums nach § 1006 BGB).

oder § 366 HGB (1), und das Miteigentum des A ginge unter (2). Hiervor kann sich A durch eine mit B vereinbarte Vorausabtretungsklausel schützen, die z. B. folgenden Wortlaut haben könnte :

"Im Falle der Veräußerung der von A gelieferten Wirtschaftsgüter und im Falle der Veräußerung der von B mit Wirtschaftsgütern des A hergestellten Wirtschaftsgütern tritt B die Forderung auf den Kaufpreis in Höhe des von A berechneten Wirtschaftsgutes an A ab ...

Sollte B die oben genannten Wirtschaftsgüter gegen bar verkaufen, so vereinbaren A und B heute schon, daß B eine besondere Kasse anlegt, an diese alle Mittel in Höhe des dem A zustehenden Anteils abführt und".

Auch diese Ausführungen haben gezeigt, daß der Verkäufer bei entsprechender Vertragsgestaltung erreichen kann, daß er mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu seinem Geld kommen wird. Dies gilt selbst im Konkursfalle des Käufers, und zwar im Verhältnis zu den sicherungsübereigneten Wirtschaftsgütern noch umso mehr, als die unter Eigentumsvorbehalt gelieferten Wirtschaftsgüter nicht zu den abgesonderten, sondern sogar zu den ausgesonderten Wirtschaftsgütern gehören.

Erwähnt sei auch, daß im Wirtschaftsleben gelegentlich anstelle des verlängerten Eigentumsvorbehalts der erweiterte Eigentumsvorbehalt vereinbart wird. Da sich beim erweiterten Eigentumsvorbehalt im Verhältnis zum verlängerten Eigentumsvorbehalt aber nur insofern Unterschiede ergeben, als bei ersterem das Eigentum erst dann auf den Käufer des Wirtschaftsgutes übergeht, wenn der Käufer nicht nur seiner Verpflichtung aus dem einzelnen Geschäft, sondern sämtlichen Verpflichtungen gegenüber dem Verkäufer nachgekommen ist, kann auf die Ausführungen zum verlängerten Eigentumsvorbehalt verwiesen werden.

Der Vollständigkeit wegen sei auch erwähnt, daß wir die eben dargestellten Kreditsicherungsmittel nur in reiner Form angeführt haben. In der Praxis ist es gelegentlich üblich, mehrere Kreditsicherung in kombinierter Form zu vereinbaren (3).

So wie ein Kredit durch Mobilien gesichert werden kann, so kann er auch durch Immobilien gesichert werden. Dies geschieht durch die Einräu-

- (1) § 366 HGB schützt den guten Glauben an die Verfügungsberechtigung. Der Schutz des guten Glaubens geht also hier weiter als im Falle des § 932 BGB.
- (2) Dies gilt übrigens auch für das Eigentum des A, wenn B das von A gelieferte Wirtschaftsgut ohne Be- oder Verarbeitung an einen gutgläubigen C veräußert.
- (3) Beispiel : erweiterter und verlängerter Eigentumsvorbehalt

mung sog. Grundpfandrechte durch die Einräumung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden (1). Hinsichtlich der Qualität des Kreditsicherungsmittels entscheidet der Wert des Grundstücks, das Rangverhältnis und der Umfang der im Verhältnis zum Verkäufer vortrangig eingeräumten Rechte.

Es bedürfte nun lediglich noch einer Prüfung der personalen Kreditsicherungsmittel:

1) Daß die einfachste Form der Kreditsicherung, nämlich Kredite nur dann zu geben, wenn die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers eindeutig bekannt ist, und Kredite nur deshalb zu geben, weil dem Kreditnehmer ein besonderes Vertrauen entgegengebracht werden muß bzw. kann, in der Praxis sehr häufig eine der besten Kreditsicherungen ist, unter juristischem Gesichtspunkt aber keine Kreditsicherung bedeutet, soll vorangestellt werden.

2) Unter einer Zession versteht man "die vertragsmäßige Übertragung einer Forderung auf einen Dritten" (2) (3). Sie ist insbesondere deshalb ein schlech-

(1) Eine Hypothek kann eine Sicherungshypothek oder eine Verkehrshypothek sein. Voraussetzungen einer Sicherungshypothek sind:

1) Bestehen einer Forderung (Die Forderung muß bewiesen werden)

2) Einigung

3) Eintragung

Bei einer Verkehrshypothek kann es sich um eine Briefhypothek oder um eine Buchhypothek handeln. Voraussetzungen der Briefhypothek sind:

1) Bestehen einer Forderung

2) Einigung

3) Eintragung

4) Übergabe des Hypothekenbriefes

Voraussetzungen der Buchhypothek sind:

1) Bestehen einer Forderung

2) Einigung

3) Eintragung

Der Unterschied zwischen einer Sicherungshypothek und einer Verkehrshypothek besteht darin, daß nach § 1184 BGB und § 1185 BGB erstere weder ohne eine Forderung entstehen noch ohne eine Forderung gutgläubig erworben werden kann, während letztere nach § 1138 BGB und § 892 BGB zwar ohne eine Forderung nicht entstehen, aber doch ohne eine Forderung von einem gutgläubigen Dritten erworben werden kann.

Eine Grundschuld kann eine Briefgrundschuld oder eine Buchgrundschuld sein. Voraussetzungen der Briefgrundschuld sind:

1) Einigung

2) Eintragung

3) Übergabe des Briefes

Voraussetzungen der Buchgrundschuld sind:

1) Einigung

2) Eintragung

(2) Bülow, a. a. O., S. 14.

(3) vgl. hierzu die gesetzlichen Bestimmungen in § 398 ff. BGB.

tes Kreditsicherungs mittel, weil erstens die abgetretene Forderung dubios sein kann und weil zweitens ein gutgläubiger Erwerb einer Forderung grundsätzlich nicht möglich ist (1). Es ist zu beachten, daß sich bei einer Zession der neue Gläubiger alles das entgegenhalten lassen muß, was der alte Gläubiger mit dem Schuldner vereinbart hatte.

3) Ein im allgemeinen recht gutes Kreditsicherungsmittel ist die Bürgschaft. "Durch den Bürgschaftsvertrag verpflichtet sich der Bürge gegenüber dem Gläubiger eines Dritten, für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten einzustehen" (§ 765, Abs. I BGB). Zwar kann der seltene Fall eintreten, daß sowohl der Käufer als auch der Bürge vergeblich auf Zahlung in Anspruch genommen werden, dem Verkäufer stehen aber Wege offen, selbst noch nach vielen Jahren sein Geld zu erhalten, wenn der Käufer oder der Bürge zwischenzeitlich zu einem die Pfändungsgrenze im Einzelfalle übersteigenden Vermögen gekommen ist.

Auf eine Darstellung weiterer Kreditsicherungsmittel (3) und auf eine Prüfung dieser Kreditsicherungsmittel hinsichtlich der Qualität der Kreditsicherung für den Verkäufer soll verzichtet werden.

Es muß allerdings noch insbesondere auf zwei ernste Gefahren hingewiesen werden, die in der Praxis allzu häufig unbeachtet bleiben :

1) Bei einer Überprüfung der in der Praxis vorhandenen Verträge könnte in vielen Fällen die Feststellung gemacht werden, daß im Vertrag zwar ein Passus vereinbart ist, der die Einigung zwischen Käufer und Verkäufer betrifft, daß aber vielfach ein Passus fehlt, in dem ein konkretes Besitzmittlungsverhältnis vereinbart ist. Zur Eigentumsübertragung gehören immer Einigung und Übergabe bzw. Einigung und eine die Übergabe ersetzende Vereinbarung. Wenn eine dieser beiden Voraussetzungen fehlt, dann ist kein Eigentum übertragen worden.

Wenn die am Vertrag beteiligten Parteien auch so handeln, wie es erforderlich gewesen wäre, wenn eine Eigentumsübertragung zustande gekommen wäre, so muß doch auf die Gefahren hingewiesen werden, die sich ergeben können, wenn z. B. der Verkäufer auf die Eigentumsübertragung vertraut, der Käufer aber die wirkliche Lage erkennt und sich auf diese beruft.

2) Vielfach wird in der Praxis die Meinung vertreten, man sollte sich für eine gegenüber dem Käufer bestehende Forderung eine Kreditsicherung in dem vielfachen Wert der Forderung geben lassen, dann könnte im Ernstfalle kein

(1) Es gibt deshalb grundsätzlich keinen gutgläubigen Erwerb einer Forderung, weil hier die Scheinstellung fehlt, wie sie z. B. nach § 891 BGB und § 1006 BGB gegeben ist. Als Ausnahme beachte aber z. B. § 405 BGB.

(2) vgl. § 765 ff. BGB, § 126 BGB, § 349 - § 351 HGB.

(3) Z. B. Garantievertrag, Schuldübernahmevertrag, Wechsel als Kreditsicherungsmittel

Schaden für den Verkäufer entstehen, weil er in jedem Falle zu seinem Geld kommen werde.

Diese Auffassung ist aber deshalb falsch, weil derartige Vereinbarungen gegen die guten Sitten verstoßen und daher nichtig sind (vgl. § 138 BGB). Ein Kaufmann, der sich besonders klug wähnte und eine derartige Vereinbarung mit der Zustimmung des Käufers getroffen hat, müßte feststellen, daß er genau das Gegenteil erreicht hat von dem, was er erreichen wollte.

Unsere Ausführungen haben hinreichend gezeigt, daß der Verkäufer dann, wenn er ein gutes Kreditsicherungsmittel vom Käufer erhalten hat, auch schon voraussagen kann, daß er mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit das Geld erhalten wird. Wirklich gute Kreditsicherungen werden dagegen in der Praxis nicht allzu häufig gegeben. So kommt es, daß heute selbst im Falle des Konkurses des Käufers diejenigen Verkäufer voll befriedigt werden, die ein Recht an den ausgesonderten Wirtschaftsgütern besitzen, ja daß im Regelfalle auch diejenigen Verkäufer voll befriedigt werden, die ein Recht an den abgesonderten Wirtschaftsgütern besitzen. Wenn in der Praxis größerer Wert auf gute Kreditsicherungsmittel gelegt würde, dann wäre das nicht mehr in gleichem Maße der Fall, dann könnte der Verkäufer nicht mehr sagen, daß er mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sein Geld erhalten werde.

Wenn aber auch im Einzelfalle die Wahrscheinlichkeit sehr groß sein mag, daß der Verkäufer das Geld erhalten wird, so muß doch gesagt werden, daß ein geringeres Risiko für den Verkäufer trotzdem bestehen bleibt, und auch dann, wenn der Verkäufer genau wüßte, daß er das Geld erhalten würde, so kann er doch nicht voraussagen, wann dies im einzelnen genau sein wird, und es bleibt für ihn das Problem bestehen, daß er Geld nicht verteilen kann, das er überhaupt noch nicht hat. Es mag zwar sein, daß der Verkäufer im Einzelfalle gar keinen Wert darauf legt, daß er das Geld unverzüglich nach der Lieferung des Wirtschaftsgutes erhält, weil er z. B. z. Zt. überliquide ist und z. B. die Verzinsung (1), die sich für ihn aus dem nicht beanspruchten Skonto und den Fälligkeitszinsen ergibt, höher ist als diejenige, die er sonst erzielt hätte, dieser Fall darf aber nicht als Regelfall angesehen werden.

Jockel meint, daß man den Liquiditätsschwierigkeiten des Verkäufers nicht allzu große Beachtung zu schenken brauche, denn der Forderungsbestand in seiner Gesamtheit und die Zahlungsstermine würden sich in aufeinander folgenden Wirtschaftsperioden im allgemeinen nur unwesentlich verändern. Somit

- (1) Der gesetzliche Zinsfuß beträgt nach § 246 BGB 4 ‰, nach § 352 HGB 5 ‰ und nach Artikel 48 WG 6 ‰. ~ Nach § 353 HGB beginnt die Zinspflicht bereits mit der Fälligkeit, nach § 288 BGB beginnt die Zinspflicht erst mit dem Verzug.

könnte nur eine "einmalige Härte" eintreten (1).

Dieser Auffassung können wir uns nicht anschließen. Zwar wird es gelegentlich so sein, daß der Forderungsbestand in wenigen aufeinander folgenden Wirtschaftsperioden nahezu unverändert bleibt (2). wenn wir aber den in einer Bilanz ausgewiesenen Forderungsbestand einer Unternehmung mit dem nach mehreren Wirtschaftsperioden ausgewiesenen Forderungsbestand oder gar den Forderungsbestand am Ende der ersten mit dem am Ende einer der letzten Wirtschaftsperiode vergleichen, so werden wir in der Regel größere Abweichungen feststellen können.

Diese Auführungen gelten sinngemäß auch für die Zahlungssitten, die sich nach den gewonnenen Ergebnissen der Statistiker häufig zu Gunsten oder zu Ungunsten des Verkäufers im Wirtschafts- und Konjunkturablauf ändern. Man bedenke nur, daß es in den ersten Nachkriegsjahren des zweiten Weltkriegs bei den Verkäufern vielfach üblich war, den Käufern hinsichtlich des Zahlungsziels weitestgehend entgegenzukommen, während es heute vielfach üblich geworden ist, daß die Käufer Anzahlungen größeren Umfangs leisten, damit sie das gewünschte Wirtschaftsgut rechtzeitig oder gar überhaupt erhalten. Allerdings muß auf der andere Seite auch zugegeben werden, daß sich insbesondere in einzelnen Wirtschaftszweigen im Konsumgütergeschäft teilweise entgegengesetzte Tendenzen bemerkbar gemacht haben. Die im Teilzahlungsgeschäft häufig und durchaus zu Recht Anlaß zur Besorgnis gegeben haben. Auch im Wirtschaftsverkehr mit den sog. Entwicklungsländern hat sich diese Tendenz sehr stark bemerkbar gemacht. Man darf daher für unsere Betrachtung nur die Änderungen der Zahlungssitten der Kunden einer bestimmten Unternehmung ins Blickfeld rücken, und diese Zahlungssitten ändern sich im allgemeinen im Laufe der Zeit zum Teil beachtlich, sei es, weil sich der Kundenstamm ändert, sei es, weil sich die Zahlungssitten einzelner Kunden ändern oder sei es aus anderem Grund.

Selbst dann aber, wenn Forderungsbestand und Zahlungstermine unverändert geblieben wäre, könnte man nicht von einer "einmaligen Härte" sprechen. Der Verkäufer mußte den in der ersten Wirtschaftsperiode bzw. den nach Ablauf der ersten Wirtschaftsperiode vorzeitig verteilten Betrag auf Grund des Ausweises des lediglich in Aussicht stehenden Gewinns vorfinanzieren, er könnte ceteris paribus mit dem am Ende der ersten Rechnungsperiode lediglich in Aussicht stehenden, aber bis zum Ende der folgenden Rechnungs-

-
- (1) vgl. Jockel, a. a. O., S. 126-128. Vgl. hierzu auch Rumpf, Alfred: Gewinnbegriff und steuerlicher Einkommensbegriff - mit einer Sonderbetrachtung des Niederstwertprinzips, Bochum-Lange-Dee 1934, S. 68.
- (2) Ausnahmen sollen später behandelt werden.

periode realisierten Gewinn (1) den vorzeitig verteilten Betrag der zweiten Rechnungsperiode ... vorfinanzieren. Ceteris paribus muß der Verkäufer aber während der ganzen Lebensdauer der Unternehmung immer wieder in den ersten Monaten der Rechnungsperiode darauf verzichten, mit dem vorzeitig verteilten Betrag arbeiten zu können. Es handelt sich also ceteris paribus nicht um eine einmalige, sondern um eine dauernde Härte.

Auch der Einwand Jockels (2), man könnte ja unsicher oder zweifelhaft gewordene Forderungen niedriger bewerten (3), ist nach unserer Auffassung in diesem Zusammenhang wenig stichhaltig, denn das Liquiditätsproblem kann hierdurch in seiner Bedeutung lediglich gemindert, aber nicht beseitigt werden. Außerdem ist nach unserer Auffassung, wie bereits ausgeführt wurde, nicht einzusehen, warum ein Posten in der Bilanz erst höher aktiviert und dann berichtigt werden soll, der eigentlich von vornherein nur niedriger aktiviert werden dürfte.

Nun könnte man aber einwenden, das von uns dargestellte Liquiditätsproblem hätte insofern keine Bedeutung, als der größte Teil der am Bilanzstichtag ausgewiesenen Forderungen bis zum Zeitpunkt, zu dem der Gewinn an die Eigentümer der Unternehmung verteilt würde, bereits beglichen sei. Wenn man berücksichtigt, daß nach § 125, Abs. I AktG in Verbindung mit der Satzung der Aktiengesellschaft die Jahresbilanz und die G+V-Rechnung u.U. erst nahezu 5 Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres aufgestellt werden, daß nach § 125, Abs. V AktG in Verbindung mit der Satzung der Aktiengesellschaft der Jahresabschluß u.U. erst nahezu 7 Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres von der Hauptversammlung festgestellt werden, daß nach § 126, Abs. I AktG in Verbindung mit der Satzung der Aktiengesellschaft die Gewinnverteilung u.U. erst nahezu 7 Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres von der Hauptversammlung beschlossen und der Gewinn erst nach dieser Beschlußfassung verteilt werden kann, so wird im Regelfall tatsächlich in den meisten Fällen zum Zeitpunkt der Gewinnverteilung der größte Teil der zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Forderungen beglichen sein, der Verkäufer also das Geld erhalten haben.

Selbst aber dann, wenn die zwischen dem Bilanzstichtag und dem Bilanzfertigstellungstag (4) eingetretenen Tatsachen, die sich auf die am Bilanzstichtag bestehenden Forderungen beziehen, in der Bilanz bereits berücksichtigt wer-

- (1) Hierbei ist auch unterstellt, daß kein Forderungsverlust entsteht.
- (3) Dieser Vorschlag ist bereits früher dargestellt und kritisiert worden.
- (2) a. a. O., S. 127-128.
- (4) Gemeint ist hier der Stichtag für Buchungen, die Forderungen betreffen. Dieser Stichtag liegt häufig vor dem Bilanzfertigstellungstag im weiteren Sinne, d. h. vor dem Tag, an dem die Bilanz mit sämtlichen Positionen fertiggestellt ist.

den, so verbleibt für den Verkäufer dennoch ein Risiko, weil er nicht voraussehen kann, ob auch die restlichen Forderungen noch beglichen werden, und weil auch eine Begleichung der Forderungen spätere Ansprüche des Käufers, z.B. wegen versteckter Mängel, Gewährleistung ..., nicht ausschließt.

Wenn der Gewinn in der Bilanz erst dann ausgewiesen würde, sobald der Verkäufer das Geld erhalten hat, sind bis zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung schon wesentliche Teile der Unklarheiten und Risiken beseitigt, so daß die dann noch zu berücksichtigenden Risiken wesentlich besser überschaubar sind. Wir meinen, daß durch eine derartige Regelung auch mancher Streit hinfällig wäre, ob eine Reservebildung in der vorgeschlagenen Höhe notwendig bzw. zweckmäßig oder nicht notwendig bzw. unzweckmäßig ist. Wenn man berücksichtigt, daß in vielen Fällen z.B. die in den Bilanzen ausgewiesenen Rückstellungen und Wertberichtigungen einen nicht unwesentlichen Teil auf der Passivseite der Bilanz ausmachen und daß eine Beurteilung hinsichtlich der Höhe dieser Posten heute sehr schwer fällt, so könnte die vorgeschlagene Regelung nach unserer Auffassung hier wesentliche Erleichterung schaffen und auch zur Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit beitragen.

Außerdem wäre zu berücksichtigen, daß das Liquiditätsproblem dennoch nicht beseitigt würde, wenn der Gewinn erst relativ spät an die Aktionäre verteilt wird, weil der Gewinn nicht nur in Form von Dividendenzahlungen an die Aktionäre, sondern auch in Form von Steuerzahlungen an den Fiskus verteilt wird und weil der Fiskus mit der Besteuerung nicht so lange wartet, bis der Verkäufer das Geld erhalten hat, ja weil der Fiskus mit der Besteuerung nicht einmal so lange wartet, bis der Bilanzerstellungstag oder der Bilanzstichtag gekommen ist.

In diesem Zusammenhang ist auch festzustellen, daß die Aktiengesellschaft hinsichtlich der relativ späten Gewinnverteilung eine Sonderstellung einnimmt. Bei den Unternehmungen anderer Unternehmungsformen kommen die Gewinne im allgemeinen wesentlich früher zur Verteilung, so daß also hier das Liquiditätsproblem nahezu in vollem Umfang bestehen bleibt, ja gelegentlich noch größere Bedeutung erlangen kann, wenn der Gewinn schon während des Geschäftsjahres verteilt wird (1).

Unter diesem Gesichtspunkt könnte man auf den Gedanken kommen, bei Aktiengesellschaften den Gewinn schon dann auszuweisen, wenn das Wirtschaftsgut und die Rechnung ordnungsgemäß abgesandt sind, bei den Unternehmungen anderer Unternehmungsformen den Gewinn aber erst dann auszuweisen, wenn das Wirtschaftsgut und die Rechnung ordnungsgemäß abgesandt sind und der Verkäufer das Geld erhalten hat. Eine solche Empfehlung würde aber dem Grundsatz der Einheitlichkeit widersprechen, der im Zusammenhang mit Bi-

(1) vgl. hierzu z.B. § 122 HGB.

Finanzierungsfragen nach Möglichkeit immer beachtet werden sollte. Es bleibt daher die Forderung nach grundsätzlich einheitlicher Handhabung bestehen. Wenn man den Willen des Gesetzgebers zu erforschen versucht, macht es auch keine Mühe, festzustellen, daß der Gesetzgeber insbesondere nur deshalb eine so späte Gewinnverteilung geduldet hat, weil viele aus dem Wesen der Aktiengesellschaft zu erklärende Sondervorschriften bestehen, deren Beachtung notwendig und mit besonders zeitraubendem Arbeitsaufwand für die Gesellschaft, für ihre Organe und für die Wirtschaftsprüfer verbunden ist, ehe eine Gewinnverteilung vorgenommen werden kann.

Außerdem ist zu beachten, daß der Gesetzgeber nur die Termine festgelegt hat, bis zu denen **s p ä t e s t e n s** die Gewinnverteilung bei den Aktiengesellschaften beschlossen werden soll. Es wäre durchaus möglich, daß die Gewinnverteilung im Einzelfalle bereits zwei oder drei Monate nach dem Bilanzstichtag beschlossen und die Gewinne verteilt würden.

Schließlich wäre auch zu bedenken, daß hinsichtlich der Bewertung in der Bilanz bei den Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens das strenge Niederstwertprinzip gilt, das einen Ausweis eines lediglich in Aussicht stehenden Gewinns nicht zuläßt.

Am richtigsten scheint es daher nach unserer Meinung zu sein, daß der Verkäufer das Wirtschaftsgut zum Zeitpunkt, zu dem er das Wirtschaftsgut und die Rechnung ordnungsgemäß abgesandt hat, mit dem Anschaffungs- bzw. Herstellungswert im üblichen Sinne und den durch den Verkauf und die Lieferung entstandenen vermehrten Ausgaben, also mit dem "Anschaffungs- oder Herstellungswert für verkaufte und ordnungsgemäße abgesandte Wirtschaftsgüter" unter dem Posten "Forderungen" ausweist. Der Gewinn sollte nach unserer Auffassung erst dann ausgewiesen werden, wenn der Verkäufer das Geld erhalten hat (1). Auch dann erst sollte der Gewinn besteuert werden. Zumindest aber sollte man dem Verkäufer nach unserer Auffassung - ähnlich wie bei der Umsatzsteuer - ein Wahlrecht geben, ob er nach vereinbarten oder vereinnahmten Entgelten besteuert werden will. Die z. B. unter Eigentumsvorbehalt gelieferten und erhaltenen Wirtschaftsgüter sollten in der Bilanz gesondert ausgewiesen werden. Hierdurch würde die in mancher Hinsicht wenig aussagekräftige Handelsbilanz wenigstens zum Teil den Rückstand aufholen, den sie gegenüber der Konkursbilanz hat.

Eine derartige Regelung würde auch eher dem Gläubigerschutzgedanken

-
- (1) vgl. hierzu auch Falkenroth, Günther; Gewinnverwirklichung vor Zahlungseingang; in: RWP-Blattei, Gruppe 14, D-Blatt, (Steuer-)Bilanz-Einzelfragen 22, Lieferung 1950; vgl. hierzu auch van der Velde, Kurt; Die Gewinnverwirklichung im Handels- und Steuerrecht, in: Die Wirtschaftsprüfung, 3. Jg., 1950, hier insbes. S. 489.

entsprechen. Für die Gläubiger ist es nach unserer Auffassung weniger interessant zu wissen, welche mehr oder weniger vagen Vorstellungen der Verkäufer von einem lediglich in Aussicht stehenden Gewinn bei den in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen hat, sondern es ist für sie interessanter zu wissen, welchen Gewinn der Verkäufer in der letzten Wirtschaftsperiode tatsächlich realisiert hat und wie sich die allgemeine Ertragslage zukünftig gestalten wird. Für die Gläubiger ist es wichtiger zu wissen, daß nicht Gelder verteilt werden, die überhaupt noch nicht vorhanden sind. Schließlich ist es für die Gläubiger nicht nur wertvoll zu wissen, mit welchen Wirtschaftsgütern der Verkäufer arbeitet, sondern auch, welche Wirtschaftsgüter der Verkäufer als Eigentümer besitzt, denn nur die Wirtschaftsgüter, die der Verkäufer als Eigentümer besitzt, bedeuten für die Gläubiger Substanz, aus der sie sich im Notfalle befriedigen können.

e Die Gewinnrealisation zum Zeitpunkt des Geldeingangs

Der Zeitpunkt, zu dem der Verkäufer das Geld erhalten hat, kann mühelos vom Verkäufer festgestellt werden. Da wegen des erfolgten Zahlungseingangs nach der derzeitigen, dem Kaufmannsbrauch entsprechenden Regelung ohnehin eine Buchung vorgenommen werden muß, entsteht auch keine bedeutende zusätzliche Arbeitsbelastung, wenn man den Gewinn erst zu diesem Zeitpunkt ausweisen würde.

Daß der Fiskus den Zahlungseingang zum Anknüpfungspunkt nehmen konnte, zeigt sich bei der jetzigen Regelung der Umsatzsteuerzahlungen. Da der Verkäufer die meisten Zahlungseingänge auf Bank- bzw. Postscheckkonten erhalten wird, wäre für den Fiskus noch der Vorteil gegeben, daß er Überprüfungen des sachlich und zeitlich richtigen Gewinnausweises anhand der Kontoauszüge dieser neutralen Institutionen besser überprüfen könnte. Dies gilt auch hinsichtlich der freiwilligen oder pflichtgemäßen Prüfungen durch Wirtschaftsprüfer.

Der evtl. Einwand, daß à-conto Zahlungen eine bedeutende Schwierigkeit in der Arbeitsabwicklung bedeuten könnten, muß zurückgewiesen werden, wenn man berücksichtigt, daß die Praxis in hinreichendem Maße selbst im Falle der maschinellen Abrechnung bei Kundenkontokorrenten und hier sogar bei Teilzahlungskontokorrenten, bewiesen hat, daß sie auch einen Ausweg aus dieser Schwierigkeit gefunden hat.

Schließlich wäre auch zu erwähnen, daß sich dann, wenn alle nach dieser vorgeschlagenen Regelung verfahren würden, wahrscheinlich neue Ge-

Wohnheitsregeln ergeben wurden, die der vorgeschlagenen Regelung gut entsprechen würden.

Jockel (1) lehnt den Zeitpunkt des Zahlungseingangs als Zeitpunkt des Gewinnausweises in der Bilanz u. a. mit folgender Begründung ab:

"Würde ... die steuerliche Erfolgsrechnung auf den Zeitpunkt der Bezahlung der Kaufpreisforderung abstellen, so wäre der Erfolgsausweis abhängig von Tatbeständen, die nicht in den wirtschaftlichen Verhältnissen des zu besteuernden Unternehmens ihre Ursache fanden, sondern die Liquiditätsverhältnisse der Kunden wurden zum bestimmenden Faktor. Die einzelnen Jahre könnte so die zufälligsten Ergebnisse zeitigen".

Dieser Auffassung können wir uns nicht anschließen, denn der Käufer hat nur einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung, innerhalb dessen er sich frei entscheiden kann, wenn er (seinen Liquiditätsverhältnissen entsprechend) im Einzelfalle zahlen will. Die Liquiditätsverhältnisse der Kunden können daher nicht zum bestimmenden, sondern allenfalls zum mitbestimmenden Faktor werden. Da aber der Zeitraum, innerhalb dessen sich der Kunde zur Zahlung frei entscheiden kann, im allgemeinen relativ kurz bemessen ist, d. h. in der Praxis im allgemeinen höchstens 2 Monate, und da, wie Jockel selbst sagt, der Gesamtbestand an Forderungen und die Zahlungssitten in zwei aufeinander folgenden Rechnungsperioden im allgemeinen ungefähr gleich sein werden, ist es ceteris paribus nicht möglich, daß die einzelnen Jahre die zufälligsten Ergebnisse zeigen können, wenn der Gewinn erst dann ausgewiesen wird, sobald der Verkäufer das Geld erhalten hat.

Zwar sind häufig auch zu dem Zeitpunkt, zu dem der Verkäufer das Geld erhalten hat, noch nicht alle Risiken für den Verkäufer beseitigt. Diese können aber, wie wir schon ausgeführt haben, auf andere Weise berücksichtigt werden.

Wir können feststellen, daß wir hinsichtlich des Zeitpunktes der Gewinnrealisation eigentlich mehrere Gewinnbegriffe oder - anders ausgedrückt - mehrere Grade hinsichtlich der Gewinnrealisation unterscheiden müßten. So könnte z. B. unterschieden werden:

1. Der angestrebte Gewinn

Der Verkäufer geht von seinen Unterlagen aus, kalkuliert den Selbstkostenpreis, schlägt eine Gewinnspanne auf und versucht in den Vertragsvorverhandlungen und Vertragsverhandlungen, den Verkaufspreis durchzusetzen, den er errechnet hat,

oder

der Verkäufer geht vom Marktpreis aus und versucht in den Vertragsvor-

(1) Jockel, a. a. O., S. 128.

verhandlungen und Vertragsverhandlungen, die Beschaffungspreise durchzusetzen, die notwendig sind, damit er den angestrebten Gewinn erzielen kann.

Der angestrebte Gewinn ist zum Gewinnausweis in der Bilanz nicht geeignet.

2 Der in Aussicht stehende Gewinn

Der Verkäufer hofft auf Grund des Vertragsabschlusses und der vorhandenen Gegebenheiten, diesen Gewinn zu erzielen.

a Der geschätzte Gewinn

Dies ist der Gewinn, den der Verkäufer zu erzielen hofft, bevor er das Wirtschaftsgut ordnungsgemäß abgesandt, die Mit- oder Nachkalkulation erstellt und die Rechnung an den Käufer ordnungsgemäß abgesandt hat.

Der Zeitpunkt, zu dem lediglich der geschätzte Gewinn bekannt ist, ist nicht zum Zeitpunkt des Gewinnausweises geeignet.

b Der leistungsbedingte Gewinn

Dies ist der Gewinn, den der Verkäufer zu erzielen hofft, wenn er die Mit- oder Nachkalkulation erstellt, das Wirtschaftsgut und die Rechnung ordnungsgemäß abgesandt hat, der Käufer aber seinen Leistungsverpflichtungen noch nicht nachgekommen ist.

Der Zeitpunkt, zu dem lediglich der leistungsbedingte Gewinn bekannt ist, ist als Zeitpunkt des Gewinnausweises nicht geeignet.

c Der errechnete realisierte Gewinn

Dies ist der Gewinn, den der Verkäufer zu erzielen hofft, wenn der Verkäufer die Mit- oder Nachkalkulation erstellt, das Wirtschaftsgut und die Rechnung ordnungsgemäß abgesandt, der Käufer das Wirtschaftsgut angenommen und der Verkäufer das Geld erhalten hat.

Der Zeitpunkt, zu dem der errechnete realisierte Gewinn bekannt ist, ist unter dem Gesichtspunkt einer wirtschaftlichen und praktischen Handhabung als Zeitpunkt des Gewinnausweises geeignet, sofern die noch bestehenden Risiken hinreichend berücksichtigt werden.

3 Der realisierte Gewinn

Wenn keine Risiken für den Verkäufer mehr bestehen oder entstehen können, so ist der Gewinn realisiert. Der Zeitpunkt, zu dem der realisierte Gewinn bekannt ist, ist nach theoretischen Gesichtspunkten unter der Voraussetzung, daß keine Preisänderung eingetreten ist oder bis zum Zeitpunkt der Wiederbeschaffung eines entsprechenden Wirtschaftsgutes eintreten wird, der Zeitpunkt, zu dem der Gewinn eigentlich auszuweisen

wäre. Unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und Praktikabilität ist es nicht zu empfehlen, diesen Zeitpunkt abzuwarten.

4 Der endgültig realisierte Gewinn

Endgültig realisiert ist der Gewinn dann, wenn ein dem verkauften Wirtschaftsgut äquivalentes Wirtschaftsgut mit gleicher Leistungsfähigkeit und Qualität ordnungsgemäß wiederbeschafft und bezahlt ist und wenn für den Verkäufer keine Risiken mehr bestehen oder entstehen können, die sich auf das veräußerte Wirtschaftsgut beziehen.

f Exkurs: Der Gewinnausweis bei Teilzahlungsgeschäften

Bisher sind wir davon ausgegangen, daß der Verkäufer das Geld als Gegenleistung für seine erbrachten Leistungen in einer Summe erhält. Nicht selten kommt es aber vor, daß der Käufer die Gegenleistung nicht in einer Summe zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern nach und nach in gleichbleibende oder variablen Raten erbringt. Eine derartige Zahlungsweise kann sogar auf vertraglicher Vereinbarung beruhen, wie dies z.B. beim Kauf auf Teilzahlung der Fall ist.

Wir wollen davon ausgehen, daß der Verkäufer dem Käufer einen Teilzahlungskredit gewährt (1) und daß dieser Teilzahlungskredit vertraglich sanktioniert ist. Dann könnte hinsichtlich des Zeitpunktes des Gewinnausweises in der Bilanz gesagt werden:

Der Zeitpunkt, zu dem der Verkäufer das Wirtschaftsgut und die Rechnung ordnungsgemäß abgesandt und die erste Teilzahlungsraten erhalten hat, ist deshalb nicht als Zeitpunkt des Gewinnausweises geeignet, weil die erste Teilzahlungsraten im allgemeinen nicht der Höhe des in Aussicht stehenden Gewinns entspricht. Selbst aber dann, wenn die erste Teilzahlungsraten der Höhe des in Aussicht stehenden Gewinns entsprechen würde, so wäre dieser Zeitpunkt zum Gewinnausweis nicht geeignet, weil der Verkäufer nicht weiß, ob er auch die nächsten Teilzahlungsraten erhalten wird, die seine Selbstkosten abdecken.

Unter diesem Gesichtspunkt kann der Gewinn erst dann ausgewiesen werden, wenn der Verkäufer die Restzahlung des Gesamtbarpreises zuzüglich des regelmäßig vereinbarten Teilzahlungszuschlags und zuzüglich der regelmäßig vereinbarten Bearbeitungsgebühr erhalten hat. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt auch das Wirtschaftsgut nach den regelmäßig getroffenen Vereinbarungen Eigentum des Verkäufers.

Es ist zwar ein Unterschied hinsichtlich des in Aussicht stehenden Gewinns, ob für ein regelmäßig unter verlängertem Eigentumsvorbehalt geliefert

(1) Auf andere Systeme im Teilzahlungsgeschäft soll nicht eingegangen werden.

tes Wirtschaftsgut überhaupt noch keine Rate bezahlt worden ist oder ob das unter verlangertem Eigentumsvorbehalt gelieferte Wirtschaftsgut zu einem geringen Teil, zur Hälfte oder schon fast völlig bezahlt ist, es ist zwar ein Unterschied hinsichtlich des in Aussicht stehenden Gewinns, welcher Zeitraum zwischen der ordnungsgemäßen Lieferung und restlosen Bezahlung liegt, welche Wertminderung das gelieferte Wirtschaftsgut im Laufe der Zeit beim Käufer erfährt, welche Teilzahlungszuschläge vereinbart sind etc. Diese Unterschiede können aber in der Praxis aus Wirtschaftlichkeitsgründen nicht je Einzelfall berücksichtigt werden.

Unser bisheriges Ergebnis hat also auch weiterhin Gültigkeit: Der Gewinn kann u. a. erst dann in der Bilanz ausgewiesen werden, wenn der Verkäufer das Geld erhalten hat.

4 Der Gewinnausweis im Falle, daß der Zugang des Geldes zeitlich zum Teil vor, zum Teil nach dem Abgang des Wirtschaftsgutes erfolgt (Anzahlung)

Wir haben bei der Untersuchung des Falles, daß der Zugang des Geldes zeitlich vor dem Abgang des Wirtschaftsgutes erfolgt, festgestellt, daß der Gewinn erst dann in der Bilanz ausgewiesen werden kann,

- 1) wenn Aufwand und Ertrag für den Verkäufer als bekannt anzusehen sind, weil erst zu diesem Zeitpunkt der Gewinn als bekannt anzusehen ist,
- 2) wenn der Verkäufer die Ware ordnungsgemäß abgesandt hat, weil bis zum Zeitpunkt der ordnungsgemäßen Absendung für den Verkäufer erhebliche Risiken bestehen können, die den lediglich in Aussicht stehenden Gewinn erst gar nicht entstehen lassen,
- 3) wenn der Verkäufer das Geld erhalten hat, weil der Verkäufer erst dann Geld verteilen kann, wenn er es erhalten hat.

Nach diesen Ausführungen könnte man nun annehmen, daß der Gewinn im Falle, daß der Zugang des Geldes zeitlich zum Teil vor, zum Teil nach dem Abgang des Wirtschaftsgutes erfolgt, schon dann in der Bilanz ausgewiesen werden könnte, wenn

- 1) der Gewinn bekannt ist,
- 2) der Verkäufer das Wirtschaftsgut ordnungsgemäß abgesandt hat,
- 3) der Verkäufer eine Anzahlung in Höhe des zu verteilenden Gewinns erhalten hat.

Wenn diese Voraussetzungen erfüllt wären, so könnte man annehmen, dann könnte der Verkäufer den in der Form der Anzahlung erhaltenen Betrag für Steuerzahlungen, Dividendenzahlungen oder ähnliches verwenden. Er würde,

was die Verteilung anbetrifft, nicht in Liquiditätsschwierigkeiten geraten.

Dieser Meinung können wir uns aber nicht anschließen. Wenn der Verkäufer erst einen Teil des Geldes, nämlich eine Anzahlung, erhalten hat, so besteht hinsichtlich des restlichen Teils des Geldes, das er vom Käufer fordern kann, oft noch ein beachtliches Risiko. Der Verkäufer weiß nämlich nicht, ob er das restliche Geld auch tatsächlich erhalten wird oder nicht. Wenn der Käufer die Restzahlung nicht leistet, so ergibt sich für den Verkäufer u.U. aus dem ehemals in Aussicht stehenden großen Gewinn ein großer Verlust. Erst dann, wenn der Käufer die Restzahlung geleistet und der Verkäufer auch die Restzahlung erhalten hat, weiß er, daß im allgemeinen keine oder keine großen Risiken mehr bestehen, daß er den Gewinn als realisiert ansehen kann.

Außerdem wäre zu sagen, daß man es dem Verkäufer nicht zumuten kann die Anzahlung oder einen wesentlichen Teil der Anzahlung als den auf das Geschäft entfallenden Gewinn, die Restzahlung dagegen als die auf das Geschäft entfallenden Selbstkosten des Verkäufers anzusehen. Man muß sich vielmehr auf den entgegengesetzten Standpunkt stellen, daß die Anzahlung in der Hauptsache dazu bestimmt ist, dem Verkäufer bei der Vorfinanzierung seiner Auslagen behilflich zu sein.

Wir kommen also auch hier zu dem Ergebnis, daß u.a. der Gewinn erst dann als realisiert betrachtet und in der Bilanz ausgewiesen werden kann, wenn der Verkäufer die Anzahlung und die Restzahlung, also die Geldzahlung in voller Höhe, erhalten hat.

5 Exkurs :

a Der Gewinnausweis bei erbrachten Dienstleistungen

Bisher wurde die Frage behandelt, wann der Gewinn auszuweisen ist, wenn angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgüter an andere Wirtschaftssubjekte verkauft worden sind. In den Ausführungen wurde entweder von einem Kaufvertrag (§ 433 ff. BGB), einem Werkvertrag (§ 631 ff. BGB) oder einem Werklieferungsvertrag (§ 651 BGB) ausgegangen. Wurde das Wirtschaftsgut von einem Lieferanten bezogen, von dem Verkäufer in unveränderter Form an den Käufer weitergegeben, so lag ein Kaufvertrag vor, Gegenstand des Werkvertrages war bisher regelmäßig "die Herstellung oder Veränderung einer Sache" (§ 631, Abs. II, 1. Halbsatz BGB). Verpflichtete "sich der Unternehmer, das Werk von einem von ihm zu beschaffenden Stoff herzustellen" (§ 651, Abs. I BGB), so lag ein Werklieferungsvertrag vor.

Es soll nun untersucht werden, zu welchem Zeitpunkt der Gewinn auszuweisen ist, wenn ein Unternehmer für ein anderes Wirtschaftssubjekt Dienstleistungen erbracht hat. Diesen Ausführungen müssen wir die Vorschriften des

Dienstvertrages (§ 611 ff. BGB) bzw. des Werkvertrages (§ 631 ff. BGB) (1) zu Grunde legen. Der Dienstvertrag beinhaltet leistungsqualifizierte, der Werkvertrag erfolgsqualifizierte Elemente.

Im Falle, daß der Unternehmer Dienstleistungen an andere Wirtschaftssubjekte verrechnet, ergeben sich hinsichtlich der Frage der Gewinnrealisation grundsätzlich keine Unterschiede gegenüber den bisher behandelten Fällen, weil es hinsichtlich der Gewinnrealisation letztendendes unerheblich ist, ob der Unternehmer Lieferungen und Leistungen oder nur Lieferungen oder nur Leistungen zu erbringen hat.

Vielfach wurde und wird jedoch in der Praxis die Meinung vertreten, daß für die Aktivierung der Provisionsforderungen Sonderregelungen getroffen werden müßten. Dabei wird unter einer Provision "eine im Handelsverkehr übliche und vom Handelsgesetz ... anerkannte Art der Vergütung für die von einem Kaufmann geleisteten Dienste ..." verstanden (2) (3). "Gesetzlichen Provisionsanspruch haben der Handelsvertreter, der Handelsmakler, der Kommissionar und der Spediteur, dagegen der Handlungsgehilfe nur dann, wenn Provision vereinbart ist ..." (4).

Wir wollen in unserer Untersuchung von den Provisionsforderungen der Handelsvertreter ausgehen. "Handelsvertreter ist, wer als selbständiger Gewerbetreibender ständig damit betraut ist, für einen anderen Unternehmer Geschäfte zu vermitteln oder in dessen Namen abzuschließen" (5).

Im Urteil VI 839, 840/38 vom 15.2.1939 vertritt der RFH folgende Auffassung: "Hat ein Handlungsagent (6) ein Geschäft vermittelt und den Abschluß dem Geschäftsherrn angezeigt, so muß er die aus diesem Geschäft anfallende Provision unter den Forderungen seiner Bilanz ausweisen. Den aus den Bedingtheiten des Provisionsanspruchs, insbesondere des Aufschubs der Fälligkeit für den Eingang der Provision drohenden Gefahren kann nur durch Rückstellungen nach Maßgabe der Gefahrenhöhe Rechnung getragen werden. Diese Grundsätze der Betriebswirtschaftslehre stehen der bürgerlich-rechtlichen Vorschrift des § 88 HGB nicht entgegen". Im Falle, daß eine genaue Provisionsberechnung zu diesem Zeitpunkt nicht möglich ist, soll die Provision nach der Auffassung des RFH geschätzt werden.

(1) In § 631, Abs. II BGB heißt es: "Gegenstand des Werkvertrags kann sowohl die Herstellung oder Veränderung einer Sache als ein anderer durch Arbeit oder Dienstleistung herbeizuführender Erfolg sein".

(2) Bülow, a. a. O., S. 411-412.

(3) vgl. auch § 354 HGB.

(4) Bülow, a. a. O., S. 412.

(5) § 84, Abs. I HGB.

(6) Im "Gesetz zur Änderung des Handelsgesetzbuch" (Recht der Handelsvertreter) vom 6.8.1953 wurde der Begriff "Handlungsagent" durch den Begriff "Handelsvertreter" ersetzt.

Solche Forderungen sind nach unserer Auffassung mehr als unbillig. Abgesehen davon, daß bei einer Schätzung der Provision das Moment der Willkür oder -schwächer ausgedrückt - das Moment des Ermessens sehr stark berücksichtigt würde, hat der Handelsvertreter bei einer derartigen Regelung mit den üblichen Liquiditätsschwierigkeiten und mit den sonstigen Schwierigkeiten zu kämpfen, die wir bereits ausführlich dargestellt haben. Außerdem hat der Handelsvertreter zum Zeitpunkt, zu dem der Abschluß angezeigt worden ist, im allgemeinen noch nicht das seinerseits Erforderliche getan, weil sich die vertraglich vereinbarte Tätigkeit des Handelsvertreters im allgemeinen "nicht auf seine Werbung bis zur Auftragserteilung beschränkt, sondern sich ... bis auf die gesamte Abwicklung des Geschäftes, einschließlich der Zahlung des Kaufpreises durch den Kunden, erstreckt" (1). Granzau erwähnt z.B., "daß sich der Handelsvertreter nach Annahme des Auftrages durch die vertretene Firma um die richtige Abnahme der Teilmengen und um die pünktliche Lieferung seitens der vertretenen Firma zu kümmern hat ..., daß er Beanstandungen des Kunden entgegenzunehmen und für deren Beseitigung zu sorgen hat, daß er ferner die richtige Aufstellung und den Arbeitsgang von etwa gelieferten technischen Anlagen zu überwachen, den Kunden wirtschaftlich und technisch zu beraten, seine Kreditwünsche zu prüfen und für ordnungsmäßige Begleichung des Rechnungsbetrages durch den Kunden zu sorgen hat" (2) (3).

Zwar kann die Frage, ob der Handelsvertreter zum Zeitpunkt der Auftragsannahme des Verkäufers das seinerseits Erforderliche getan hat, nicht in jedem

- (1) Granzau, Helmut : Aktivierung der Handelsvertreterprovision, in: Steuer und Wirtschaft, 18. Jg., München und Berlin 1939, I. Teil, Sp. 1225-1234, hier Sp. 1227.
- (2) Granzau, a. a. O., S. 1227-1228.
- (3) Staub sagt hierzu: "Der Handelsvertreter muß die Kreditwürdigkeit des Kunden nach Möglichkeit prüfen, und zwar nicht nur bei Abschluß des Geschäftes; auch in der Folgezeit hat er dem Geschäftsherrn alles zu berichten, was ihm an erheblichen Tatsachen oder Gerüchten für die Beurteilung der Kreditwürdigkeit der Kunden bekannt wird". (Staub, Kommentar zum HGB, 14. Aufl., Berlin 1932, Anm. 16 zu § 84). - An anderer Stelle heißt es: "Diese Verpflichtung liegt ihm auch ob, wenn er von dem Eintritt der Kreditunwürdigkeit erst nach Abschluß des Vertrags, aber doch noch zu einer Zeit Kunde erhält, in welcher dem Auftraggeber noch die Möglichkeit gegeben ist, Maßnahmen zur Wahrung seines Interesses zu ergreifen. Die Verletzung dieser Pflicht macht den Agenten schadensersatzpflichtig" (RG, Bd. 18, S. 112). - Diese Auffassung vertreten auch Schlegelberger (§ 84, Anm. 21) und der Kommentar der Reichsgerichtsräte (§ 84, Anm. 3): "Die Erzielung von Geschäftsabschlüssen bildet den vornehmsten, aber nicht den einzigen Inhalt seiner Stellung".

Falle verneint oder bejaht werden, denn letztendendes kommt es immer auf die vertraglichen Vereinbarungen zwischen dem Unternehmer und dem Handelsvertreter sowie zwischen dem Unternehmer und dem Käufer an, und es gibt zweifelsohne Fälle, in denen die Pflichten des Handelsvertreters mit der Anzeige des Geschäftsabschlusses, ja manchmal noch früher (Vermittlungsvertreter) erfüllt sind, in den meisten Fällen sind aber die Pflichten des Handelsvertreters so umfangreich, daß er dem Unternehmer Anlaß zur fristlosen Kündigung des Vertragsverhältnisses und zur berechtigten Klage auf Schadensersatz geben würde, wenn er so handeln würde, wie es der RFH in dem angeführten Urteil annimmt.

Es ist zwar richtig, daß der Handelsvertretervertrag ein "zwischen zwei selbständigen Kaufleuten geschlossener auf die Dauer gerichteter Vertrag" ist, "der Geschäftsbesorgungen zum Inhalt hat" und daß die Leistungen aus diesem Vertrag für ihre Bilanzierung "in die Teilleistungen des Handelsvertreters, die einzelnen besorgten Geschäfte, aufgeteilt werden" müssen (1), die Aufteilung darf aber nicht so weit gehen, daß die Teilleistungen für ein einzelnes Geschäft nochmals unterteilt werden, wenn für das einzelne Geschäft vertraglich umfangreichere Pflichten als lediglich die Vermittlung oder lediglich der Abschluß vorgesehen sind und vertraglich lediglich eine Vergütung für die Erledigung sämtlicher Pflichten bei einem Geschäft vereinbart ist. Es liegt dann vielmehr oft ein gemischter Vertrag vor, bei dem der Handelsvertreter das seinerseits Erforderliche erst dann getan hat, wenn er sämtlichen Verpflichtungen aus dem Vertrag nachgekommen ist. So wie der Kinobesucher mit dem Filmtheater regelmäßig einen gemischten Vertrag abschließt, nämlich einen Werkvertrag für die Filmvorführung und einen Mietvertrag für den Sitzplatz, und so, wie der Vertrag nicht erfüllt ist, wenn die Filmvorführung z. B. wegen eines technischen Mangels ausfallen muß, der Sitzplatz aber dem Besucher zur Verfügung steht, so ist auch hier analog zu entscheiden. Etwas anderes ist es natürlich, wenn z. B. die Pflichten des Handelsvertreters im Vertrag getrennt ausgewiesen und auch getrennt vergütet werden (Beispiel: Provision für den bloßen Abschluß, Provision für bloßes Inkasso).

Die Provision stellt regelmäßig "die Gegenleistung für die gesamte Tätigkeit des Handelsvertreters bis zur völligen Abwicklung des Geschäfts dar" und schon allein wegen dieser Erkenntnis entfällt auch die Schlußfolgerung des RFH, daß zum Zeitpunkt, zu dem der Handelsvertreter den Abschluß des Geschäftes angezeigt habe, die Provision vom Handelsvertreter zu aktivieren sei (2).

(1) Hoffmann, Fritz: Fragen der Gewinnverwirklichung, insbesondere die Gewinnverwirklichung bei den bedingten Provisionsforderungen des Handelsvertreters, in: Finanz und Steuer, 2. Jg., Stuttgart 1947, I. Teil, S. 42-46, hier S. 46.

(2) Granzau, a. a. O., S. 1229.

Außerdem fehlt noch ein wichtiges Charakteristikum der Gewinnverwirklichung, nämlich der Übergang des weiteren Risikos für die Leistung des Handelsvertreters auf seinen Auftraggeber ... Des weiteren kommt darüber hinaus den außerhalb seiner Person liegenden Vorgängen für den Erfolg wesentliche Bedeutung zu. Der Vertragsgegner nimmt dem Handelsvertreter seine Leistung nur insoweit ab, als sie durch den Erfolg gekrönt ist. Es wird nicht etwa eine mit einer Garantieverpflichtung belastete Leistung abgenommen ..., sondern erst die mit dem Erfolg gekrönte Leistung" (1). Wenn aber der Erfolg nicht eintritt, denn wird die Gegenleistung nicht gemindert, sondern sie entfällt vollkommen. Es gibt genügend Beispiele in denen der Ausfall der Gegenleistung als berechtigt angesehen wird. Baumbach führt folgende Beispiele an (2):

- 1) wenn der Geschäftsherr durch äußere Umstände genötigt ist, die Herstellung der verkauften Wirtschaftsgüter einzustellen (RG Bd. 31, S. 61),
- 2) wenn der Geschäftsherr ohne sein Verschulden in Konkurs gerät (RG Bd. 63, S. 71),
- 3) wenn der Käufer zahlungsunfähig ist,
- 4) wenn berechtigte Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Käufers bestehen...

Der Handelsvertreter muß daher lediglich "seine Aufwendungen, die er im Rahmen des schwebenden Geschäfts getätigt hat, die ihm somit die Anwartschaft auf die Forderung sichern und bewirken, daß diese Anwartschaft unter bestimmten Voraussetzungen sich in einen Gewinn verwandelt, aktivieren" (3).

Wenn auch, wie Staub ausführt (4), ein bedingter Provisionsanspruch entstanden ist, der abtretbar und pfandbar ist, so ist damit ein Ausweis der Provisionsforderung noch nicht gerechtfertigt, und zwar schon deshalb nicht, weil z. B. auch zukunftsige Forderungen gegen einen bestimmten Schuldner, deren Aktivierung nicht gestattet ist, pfändbar sind, wenn sie hinreichend bestimmt sind.

Granzau (5) weist nach unserer Auffassung auch durchaus zu Recht darauf hin, daß die Aktivierung einer Forderung bei dem Handelsvertreter mit einer Passivierung einer Verbindlichkeit bei dem Unternehmer verbunden sein mußte. Wenn die Auffassung des RFH richtig wäre, mußte diese Passivierung schon dann vorgenommen werden, wenn "das Lieferungsgeschäft selbst, auf dem die Provisionsverpflichtung beruht, sich aus den Büchern noch gar nicht ergibt" (6). Eine Passivierung der Provision ist aber im allgemeinen erst dann gerechtfertigt, wenn

- (1) Hoffmann, a. a. O., S. 45.
- (2) Baumbach, Kommentar zum HGB, 5. Aufl. ohne Angabe des Erscheinungsortes und Erscheinungsjahres, § 88 Ziffer 4 c.
- (3) Hoffmann, a. a. O., S. 45.
- (4) Staub, a. a. O., Anmerkung zu § 88.
- (5) Granzau, a. a. O., Sp. 1229-1230.
- (6) Granzau, a. a. O., Sp. 1230.

der Anspruch des Handelsvertreters begründet ist. Dies ist nach § 87 a HGB im allgemeinen aber frühestens erst dann der Fall, wenn "der Unternehmer das Geschäft ausgeführt hat" (1). Im Regelfall wird der unbedingte Anspruch des Handelsvertreters auf Provisionszahlung erst dann entstehen, wenn der Unternehmer das Geld erhalten hat, weil der Unternehmer nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen hier, unbeschadet der vielen anderen zwingenden Vorschriften im Handelsvertreterrecht, berechtigt ist, eine solche Vereinbarung zu treffen und weil die Unternehmer im allgemeinen auch von diesem Recht Gebrauch machen.

Die Bestimmung, daß der Handelsvertreter nach § 87 a, Abs. I HGB "mit der Ausführung des Geschäfts durch den Unternehmer Anspruch auf einen angemessenen Vorschuß hat, "der spätestens am letzten Tag des folgenden Monats fällig ist", kann keinen Einfluß auf den Zeitpunkt der Gewinnrealisation ausüben, weil der Zeitpunkt der Vorauszahlung, wie wir bereits im einzelnen ausgeführt haben, nicht als Zeitpunkt der Gewinnrealisation angesehen werden kann. So entfällt z.B. auch der Anspruch des Handelsvertreters auf Provision, wenn feststeht, "daß der Dritte nicht leistet"; in diesem Falle sind "bereits empfangene Beträge zurückzugewähren" (§ 87 a, Abs. II HGB).

Wir kommen also zu folgendem Ergebnis: Der Handelsvertreter mußte nach unserer Auffassung alle Aufwendungen aktivieren, die bei der Erfüllung seiner Pflichten bei einem abgeschlossenen Geschäft angefallen sind. Voraussetzung zur Entstehung des unbedingten Provisionsanspruchs ist regelmäßig der Eingang der Zahlung seitens des Dritten beim Unternehmer. Zum Zeitpunkt des Zahlungseingangs hat der Unternehmer regelmäßig die Provisionsverbindlichkeit auszuweisen. Die Fälligkeit der Provision ergibt sich aus den Bestimmungen des § 87 a HGB. Der Gewinn ist für den Handelsvertreter dann als realisiert anzusehen, wenn er die Provisionszahlung erhalten hat.

Es ergeben sich somit auch bei den Provisionsforderungen der Handelsvertreter keine Besonderheiten hinsichtlich des Zeitpunktes des Gewinnausweises gegenüber den bisher behandelten Fällen. Dieses Ergebnis können wir auch durch Analogieschluß auf die Provisionsforderungen der übrigen Wirtschaftssubjekte übertragen, nämlich der Kommissionäre, Spediteure ...

(1) "Der Handelsvertreter hat auch dann einen Anspruch auf Provision, wenn feststeht, daß der Unternehmer das Geschäft ganz oder teilweise nicht oder nicht so ausführt, wie es abgeschlossen worden ist. Dies gilt nicht, wenn und soweit die Ausführung des Geschäfts unmöglich geworden ist, ohne daß der Unternehmer die Unmöglichkeit zu vertreten hat oder die Ausführung ihm nicht zuzumuten ist, insbesondere weil in der Person des Dritten ein wichtiger Grund für die Nichtausführung vorliegt" (§ 87 a, Abs. III HGB).

Diese Regelung müßte allgemein gelten. Abweichungen könnten sich aus einzelvertraglichen Vereinbarungen ergeben. Die Meinung, daß besondere einzelvertragliche Vereinbarungen einen Einfluß auf eine frühere Gewinnrealisation haben können, vertritt auch der BFH in seinem Urteil I 4/52 vom 17.5.1952, wenn er die wirtschaftlichen Gesichtspunkte und die Verhältnisse des Einzelfalles in rechtlicher und tatsächlicher Beziehung als außerordentlich bedeutend für den Zeitpunkt der Gewinnrealisation ansieht.

b Der Gewinnausweis bei veräußerten Rechten

Auch hier ergeben sich hinsichtlich des Zeitpunktes des Gewinnausweises keine grundsätzlichen Besonderheiten gegenüber den bisher behandelten Fällen, denn letztendlich ist es hinsichtlich des Gewinnausweises unerheblich, ob dem Kaufvertrag die Veräußerung einer Sache oder die Veräußerung eines Rechtes zu Grunde liegt. Daß zwischen dem Kauf/Verkauf einer Sache und dem Kauf/Verkauf eines Rechtes keine grundsätzlichen Unterschiede bestehen, geht auch aus den Bestimmungen der §§ 433 ff. BGB deutlich hervor. Der Vollständigkeit wegen mußte allerdings auch auf diese Möglichkeit der Veräußerung eines Wirtschaftsgutes mit entsprechender Gewinnerzielung besonders hingewiesen werden (1).

Daß u. a. dann große Schwierigkeiten hinsichtlich der Höhe und des Zeitpunktes des Gewinnausweises bestehen können, wenn z. B. im Kaufvertrag über ein Gebrauchsmuster oder Patent zum Teil oder insgesamt eine Gegenleistung vereinbart wird, die sich nach der Stückzahl oder dem Wert oder Stückzahl und Wert der im Laufe der Schutzdauer verkauften Wirtschaftsgüter richtet, die der Käufer des Schutzrechtes oder ein Dritter auf Veranlassung des Käufers auf Grund der Schutzrechte herstellt, braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden.

-
- (1) Die weiteren grundsätzlich bedeutenden Möglichkeiten des dauernden oder vorübergehenden Ausscheidens von Wirtschaftsgütern und die damit verbundenen Gewinnrealisationen werden in den folgenden Abschnitten behandelt werden. Auf Behandlungen von Sonderfällen, z. B. auf die Behandlung des Mietkaufs, soll indessen verzichtet werden.

- B Der Zeitpunkt des Gewinnausweises im Falle, daß angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgüter nicht verkauft, sondern auf andere Weise an Wirtschaftssubjekte veräußert oder diesen vorübergehend überlassen werden
- 1 Der Gewinnausweis im Falle, daß angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgüter gegen andere getauscht werden

Die Frage des Zeitpunktes des Gewinnausweises beim Tausch von Wirtschaftsgütern ist nur dann interessant, wenn beim Tausch von Wirtschaftsgütern überhaupt ein Gewinn entsteht. Die Frage, ob beim Tausch von Wirtschaftsgütern überhaupt ein Gewinn entsteht und in welcher Höhe ggf. ein Gewinn entsteht, hätte eigentlich Gegenstand der Ausführungen in Teil I und Teil II dieser Arbeit sein müssen. Methodisch richtiger erschien es uns jedoch, diese an sich schon ohnehin eng verbundenen Fragen der Höhe und des Zeitpunktes des Gewinnausweises in diesem Falle wegen der Sonderstellung des Tauschs hier im Zusammenhang zu behandeln, damit ein besserer Überblick gewährleistet ist.

Unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt verstehen wir unter einem Tausch eine "wechselseitige Übertragung" von Wirtschaftsgütern, bei welcher für beide Partner der Nutzen des jeweils hingenommenen Wirtschaftsgutes im allgemeinen mindestens so groß wie der Nutzen des jeweils hingegebenen Wirtschaftsgutes ist. Unter rechtlichem Gesichtspunkt verstehen wir unter einem Tausch einen auf einem "gegenseitigen Vertrag" beruhenden "Umsatz von Ware gegen Ware" (1).

Beim Tausch scheidet ebenso wie beim Verkauf das hingegebene Wirtschaftsgut aus dem Betriebsvermögen aus. Der wirtschaftliche Unterschied zwischen Kauf und Tausch besteht lediglich darin, daß beim Kauf anstelle des hingegebenen Wirtschaftsgutes das hingenommene Geld bzw. häufig zunächst die bestehende Forderung tritt, während beim Tausch anstelle des hingegebenen Wirtschaftsgutes das hingenommene Wirtschaftsgut in das Betriebsvermögen eingeht (2). Zwischen einem Kauf und einem Tausch bestehen also in wirtschaftlicher Hinsicht keine grundlegenden Unterschiede. Daß auch in rechtlicher Hinsicht keine grundlegenden Unterschiede bestehen, ergibt sich aus § 515 BGB. Hiernach finden auf den Tausch "die Vorschriften über den Kauf entsprechende Anwendung".

Nach diesen Ausführungen liegt die Vermutung nahe, daß ebenso wie beim Verkauf eines Wirtschaftsgutes auch beim Tausch eines Wirtschaftsgutes im allgemeinen realisierte Gewinne entstehen, denn ebenso wie der Unternehmer im allgemeinen nur dann einen Kaufvertrag schließen wird, wenn er

(1) Bülow, a. a. O., S. 505.

(2) Nach der engen Definition des Wirtschaftsgutes sind Geld und Forderungen keine Wirtschaftsgüter.

einen Gewinn zu erzielen hofft, so wird auch der Unternehmer im allgemeinen nur dann einen Tauschvertrag schließen, wenn er für das in Tausch zu gebende Wirtschaftsgut mindestens so viel an Nutzenvorräten zu erhalten hofft wie das in Tausch zu gebende Wirtschaftsgut an Nutzenvorräten besitzt und wenn er das hinzunehmende Wirtschaftsgut auf dem Beschaffungsmarkt nicht unter dem Preis erwerben kann, den er für das hingeebende Wirtschaftsgut auf dem Verkaufsmarkt zu erzielen erhoffen kann. "Im anderen Falle müßte er vom Tausch absehen, denn sonst würde er unwirtschaftlich handeln" (1).

Grundsätzlich hat also bei wirtschaftlicher Betrachtung "jeder Tausch die Verwirklichung der Gewinne zu Folge" (2) (3).

Dieses Ergebnis ist aber in der Praxis häufig als unbefriedigend angesehen worden: Wenn z. B. ein Wirtschaftsgut des betriebsnotwendigen Anlagevermögens gegen ein anderes Wirtschaftsgut eingetauscht wird, "so besteht nicht die Vermutung, daß der Umsatz dem Zwecke dient, die in dem Gut liegende stille Reserve zu realisieren" (4). Es besteht hier vielmehr die Vermutung, daß das hingeebende Wirtschaftsgut mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in der Zukunft eine betrieblich notwendige Funktion zu erfüllen gehabt hätte und nur deshalb veräußert worden ist, "weil beispielsweise ein anderes für die spezifischen Betriebszwecke besser geeignetes Wirtschaftsgut mit gleicher Funktion an seine Stelle tritt" (5). Deshalb ist es nach verbreiteter Auffassung in der Praxis richtig, in diesem Falle keinen Gewinn auszuweisen, sondern das zum Tausch hingenommene Wirtschaftsgut mit dem Wert anzusetzen, mit dem das zum Tausch hingeebende Wirtschaftsgut zu Buche stand.

Diese Auffassung vertritt auch Jockel, wenn er sagt: "Eine Gewinnverwirklichung wird dann nicht angenommen, wenn unter Berücksichtigung der Verhältnisse des einzelnen Falles die Absicht auf Realisierung der stillen Rücklagen nicht gegeben sein konnte" (6).

Anders ist nach unserer Meinung dann zu entscheiden, wenn ein nicht betriebsnotwendiges Wirtschaftsgut des Anlagevermögens gegen ein anderes Wirtschaftsgut getauscht wird. Hier liegt die Vermutung nahe, daß durch den Tausch die stillen Reserven realisiert werden sollen. Hier liegt die Vermutung nahe, daß der Unternehmer das Wirtschaftsgut, das er ohnehin nicht unbedingt benötigt,

(1) Jockel, a. a. O., S. 160.

(2) Schmidlin, a. a. O., S. 152-153.

(3) vgl. hierzu auch Littmann, Eberhard: Der steuerliche Gewinnbegriff im Lichte statischer und dynamischer Bilanzauffassung, in: Steuer und Wirtschaft 1948, hier insbes. Sp. 651.

(4) RStBl 1952 III, S. 212.

(5) Jockel, a. a. O., S. 170.

(6) Jockel, a. a. O., S. 168-171, hier S. 169.

und das sein Betriebsvermögen mehr erhöht als unbedingt erforderlich ist, veräußern will. Die Veräußerung soll aber nicht mit der Anschaffung eines anderen nicht betriebsnotwendigen Wirtschaftsgutes des Anlagevermögens, sondern mit der Anschaffung eines betriebsnotwendigen Wirtschaftsgutes des Anlagevermögens oder - in selteneren Fällen - mit der Anschaffung eines Wirtschaftsgutes des Umlaufvermögens verbunden sein. Der Unternehmer will dieses Wirtschaftsgut z. B. für ein anderes Wirtschaftsgut hingeben, das er sonst käuflich erwerben müßte. Um das Geschäft nicht zu komplizieren, um nicht erst das zu veräußernde Wirtschaftsgut verkaufen und von diesem Erlös das gewünschte Wirtschaftsgut kaufen zu müssen, schließt er einen Tauschvertrag.

In diesem Falle hat das Wirtschaftsgut, das zum nicht betriebsnotwendigen Anlagevermögen gehört, zum Zeitpunkt der Veräußerung den Charakter eines Wirtschaftsgutes des Umlaufvermögens angenommen, den Charakter von Wirtschaftsgütern also, die dazu bestimmt sind, möglichst bald verbraucht, verarbeitet oder in unveränderter Form weiterveräußert zu werden.

Bei den Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens liegt die Vermutung nahe, daß sie in absehbarer Zeit zu einem Preis auf dem Verkaufsmarkt veräußert werden, der über den buchmäßigen Anschaffungs- oder Herstellungswerten liegt. Es liegt die Vermutung nahe, daß der Veräußerer in absehbarer Zeit für diese Wirtschaftsgüter einen Gewinn erzielen will und auch einen Gewinn erzielen wird.

Nur in sehr wenigen Fällen ist es offensichtlich, daß beim Tausch von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens oder beim Tausch von Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens die in dem Tauschgut liegenden stillen Reserven nicht aufgelöst und keine Gewinne erzielt werden sollen. Ein solcher Fall, in dem nicht die Vermutung zur Auflösung der stillen Rücklagen besteht, liegt z. B. dem Urteil des BFH vom 17. 5. 1952 I 4/52 zu Grunde. Hier wird eine Gewinnrealisierung vom BFH verneint.

Der RFH vertrat mehrmals die Auffassung (1), daß die Veräußerung eines Wirtschaftsgutes nicht mit einer Auflösung der stillen Reserven und nicht mit einer Gewinnrealisierung verbunden sein sollte, wenn die getauschten Wirtschaftsgüter die gleiche wirtschaftliche Funktion erfüllen (2).

Im Urteil des RFH v. 9. 5. 1933 - VI A 434/30 handelte es sich darum, daß A und B jeweils ein Grundstück im jeweils gleichen Werte von 100 000 Mark

(1) vgl. z. B. Urteil des RFH v. 2. 4. 1930 - VI A 1361/29. - Urteil des RFH v. 9. 5. 1933 - VI A 434/30.

(2) Wergo spricht von "funktioneller Betrachtungsweise" (vgl. Wergo, Herbert: Stille Reserven und Gewinnverwirklichung, in: Industrie und Steuer 1940, Teil I, S. 106 bis 108).

besaßen. Beide Grundstücke wurden als Lagerplatz benutzt. Bei A stand das Grundstück mit 50 000 Mark, bei B stand das Grundstück mit 80 000 Mark zu Buch. Da der Lagerplatz des A für A ungünstig, für B aber günstig und da der Lagerplatz des B für B ungünstig, für A aber günstig lag, tauschten A und B ihre Lagerplätze. Der RFH entschied hier, daß A die stillen Reserven in Höhe von 50 000 Mark, daß B die stillen Reserven in Höhe von 20 000 Mark nicht aufzulösen brauchten, daß beide keinen Gewinn aus dem Tauschgeschäft auszuweisen und zu versteuern brauchten, weil die beiden Grundstücke völlig "gleichartig und gleichwertig" waren und zudem die gleiche wirtschaftliche Funktion erfüllten. A und B konnten jeweils den Buchwert des zum Tausch hingegebenen Lagerplatzes als Anschaffungswert ausweisen und die jeweils vorhandenen stillen Reserven des alten Wirtschaftsgutes auf das neue übertragen (1).

Diese Auffassung hat der RFH in dem erwähnten Urteil allerdings grundsätzlich nur für ein betriebsnotwendiges Wirtschaftsgut des Anlagevermögens getroffen. Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens oder Wirtschaftsgüter mit dem Charakter von Umlaufvermögen dagegen sind grundsätzlich dazu bestimmt, möglichst bald unverändert oder in be- bzw. verarbeiteter Form weiterveräußert zu werden, und aus der Funktion dieser Wirtschaftsgüter ist es zu erklären, daß vermutet werden muß, der Veräußerer wolle einen Gewinn realisieren (2).

Die oben dargestellte Auffassung ist von Theoretikern und gelegentlich auch von Praktikern heftig kritisiert worden. So lehnt z. B. Helpenstein diese Auffassung mit folgender Begründung ab (3): Stille Reserven entstehen dann, wenn der Gewinn nicht in der Höhe ausgewiesen wird, in der er eigentlich bei objektiver Betrachtung ausgewiesen werden müßte. Wenn es schon versäumt wird, den tatsächlichen Gewinn zur richtigen Zeit auszuweisen, dann muß es sich der Unternehmer gefallen lassen, daß wenigstens zu dem Zeitpunkt eine Berichtigung des ausgewiesenen Gewinns vorgenommen wird, zu dem es offenkundig geworden ist, daß der Gewinn zur rechten Zeit nicht in richtiger Höhe ausgewiesen worden ist. Dieser Zeitpunkt ist aber spätestens dann eingetreten, wenn das Wirtschaftsgut veräußert wird und wenn der Unternehmer feststellt, daß das Wirtschaftsgut zu einem höheren Preis veräußert werden kann als zu dem, mit dem das Wirtschaftsgut in der Bilanz angesetzt ist. Wenn man sich

(1) Der RFH hat in konsequenter Folgerung zu dem Ergebnis dieses Urteils im Urteil VI 754/39 v. 10. 4. 1940, das unter der Bezeichnung "Kammgarnurteil" in die Literatur eingegangen ist, nachzuweisen versucht, daß die "funktionelle Betrachtungsweise" nicht nur bei Tauschverträgen, sondern gelegentlich unter bestimmten Voraussetzungen auch bei Kaufverträgen zu empfehlen ist.

(2) vgl. hierzu auch RStBl 1952, III, S. 212.

(3) Helpenstein, Erfolgsbilanz, S. 128-129.

dagegen der vom RFH vertretenen Meinung anschließt, so wird der in der Bilanz zu niedrig angesetzte Wert beibehalten, der weder gerechtfertigt war noch gerechtfertigt ist. Der RFH bevorzugt durch seine Rechtsprechung denjenigen, der es versteht, den Aufwand und Ertrag geschickt, aber nicht nach objektiven Maßstäben auszuweisen, und der RFH benachteiligt durch seine Rechtsprechung denjenigen, der Aufwand und Ertrag in richtiger Höhe und zum richtigen Zeitpunkt ausweist.

Penners (1) und Zitzlaff (2) vertreten eine ähnliche Meinung.

Die Kritik von Helpenstein, Penners, Zitzlaff und anderen ist sachlich sicherlich zum großen Teil berechtigt, sie hat aber insofern keine allzu große praktische Bedeutung, als diejenigen Fälle, in denen der RFH eine Übertragung der stillen Reserven eines Wirtschaftsgutes auf ein anderes Wirtschaftsgut im oben dargestellten Sinne zuläßt, in der Praxis relativ selten eintreten werden.

Außerdem ist zu erwähnen, daß die stillen Reserven insbesondere dann nicht allzu groß sein werden, wenn der Unternehmer Handelsbilanz und Steuerbilanz als Einheitsbilanz aufstellt, weil hier der Einfluß der Steuerbilanz und der steuerlichen Vorschriften so groß ist, daß die Bildung von stillen Reserven außerordentlich erschwert ist.

Jockel (3) will die Kritik Helpensteins nur dann anerkennen, wenn der Unternehmer den Gewinn bewußt verlagert hat. In den Fällen, in denen eine Gewinnverlagerung des Unternehmers nicht beabsichtigt war, in den Fällen z. B., in denen die Nutzungsdauer der Wirtschaftsgüter unbeabsichtigt zu kurz geschätzt war, weist er die Kritik Helpensteins als unberechtigt zurück.

Dieser Meinung könnten wir uns nicht anschließen. Sehr häufig gibt es nämlich keine objektiven Maßstäbe dafür, ob der Gewinn in richtiger Höhe und zum richtigen Zeit ausgewiesen, ob der Gewinn bewußt verlagert worden ist oder nicht. Sehr häufig würde auch die Klärung der verschiedenen Meinungen die Arbeitsabwicklung außerordentlich erschweren. Nach unserer Auffassung darf es für die Übertragung von stillen Reserven keine Rolle spielen, ob die Reserven innerhalb der von den Bilanzierungsvorschriften gebilligten Grenzen bewußt oder unbewußt gebildet worden sind. Entscheidend ist nach unserer Auffassung hier allein die Tatsache, daß sie gebildet worden sind und daß gebildete Reserven bei der Veräußerung des Wirtschaftsgutes gemäß

-
- (1) Penners, Mathias: Das Realisationsprinzip in der steuerlichen Erfolgsrechnung, Köln 1934, hier insbes. S. 67-69.
 - (2) Zitzlaff, Franz: Gewinnverwirklichung beim Aktientausch, in: Steuer und Wirtschaft 1943, Sp. 249 bis 252.
 - (3) Jockel, a. a. O., S. 177-179.

der Begründung von Helpenstein aufgelöst werden sollten. Wenn die stillen Reserven nicht aufgelöst werden würden, so hätte der Unternehmer einen dreifachen Vorteil :

Erstens würde der Unternehmer in der Vergangenheit bevorzugt gewesen sein, weil er es verstanden hat, den Aufwand geschickt zu verteilen,

zweitens würde der Unternehmer in der Zukunft bevorzugt, weil es ihm zugestanden wird, den in der Vergangenheit gewährten Vorteil auch in der Zukunft noch beanspruchen zu können,

drittens würde der Unternehmer bevorzugt, weil er den wirtschaftlichen Vorteil, den er z. B. durch den Tausch der Lagerplätze erhalten hat, in der Bilanz unberücksichtigt lassen und so rechnen könnte, als ob er den Vorteil nicht erlangt hätte.

Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß hinsichtlich der Höhe des auszuweisenden Gewinns zwischen dem Verkauf und dem Tausch von Wirtschaftsgütern grundsätzlich kein Unterschied besteht. Im Falle des Verkaufs von Wirtschaftsgütern haben wir festgestellt, daß es zu empfehlen ist, den Gewinn zu dem Zeitpunkt in der Bilanz auszuweisen, zu dem

- 1) der Gewinn als bekannt anzusehen ist,
- 2) der Verkäufer das Wirtschaftsgut und die Rechnung ordnungsgemäß abgesandt hat,
- 3) der Verkäufer das Geld erhalten hat.

Diese Kriterien müßten nach unserer Auffassung auch hier entsprechend Gültigkeit haben, unabhängig davon, ob der Veräußerer nach den vertraglichen Bestimmungen im Einzelfalle verpflichtet ist, seine Leistung zeitlich früher oder zeitlich später als der Vertragspartner oder gleichzeitig mit dem Vertragspartner zu erbringen.

Wenn wir von den Fällen absehen, in denen die Kosten für Demontage, Verpackung, Transport, Provision etc. nachkalkuliert werden müssen, so gilt im allgemeinen, daß im Falle des Tauschs keine Nachkalkulation zu erstellen ist, der Gewinn also schon relativ früh als bekannt anzusehen ist, weil die Werte des in Tausch zu gebenden Wirtschaftsgutes in Form des Buchwertes des Wirtschaftsgutes bekannt sind.

Der Zeitpunkt, zu dem der Verkäufer das Geld erhalten hat, kann hier nicht als Kriterium maßgebend sein, weil ja gerade das Wesentliche beim Tausch darin zu sehen ist, daß der Veräußerer des Wirtschaftsgutes als Äquivalent für seine Leistung nicht Geld, sondern ein anderes Wirtschaftsgut erhält. Der Zeitpunkt, zu dem der Veräußerer das Geld erhalten hat, wird also hier durch den Zeitpunkt ersetzt, zu dem er das in Tausch zu nehmende Wirtschaftsgut empfangen hat.

Als Zeitpunkt für die Gewinnrealisation müßte nach unserer Auffassung

analog dem Fall des Verkaufs auch der Zeitpunkt maßgebend sein, zu dem der Veräußerer das Wirtschaftsgut und die Rechnung ordnungsgemäß abgesandt hat. Da aber beim Tausch in sehr vielen Fällen in der Praxis auf eine beiderseitige Rechnungslegung mit jeweils gleichem Rechnungswert und anschließender Aufrechnung der gegenseitigen Forderungen (1) verzichtet wird, obwohl eine gegenseitige Verrechnung notwendig wäre, entfällt als weiteres Kriterium sehr häufig auch der Zeitpunkt, zu dem die Rechnung ordnungsgemäß abgesandt worden ist.

Im allgemeinen wird also der Gewinn dann realisiert sein, bzw. als realisiert angesehen werden können, wenn der Veräußerer das Wirtschaftsgut ordnungsgemäß abgesandt und die Gegenleistung vom Vertragspartner in ordnungsgemäßem Zustand erhalten hat. Auch hinsichtlich des Zeitpunktes des Gewinnausweises in der Bilanz ergeben sich also beim Tausch und beim Verkauf von Wirtschaftsgütern keine grundsätzlichen Unterschiede.

2 Der Gewinnausweis im Falle, daß angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgüter vermietet oder verpachtet werden

Während beim Verkauf und beim Tausch das Wirtschaftsgut für immer aus dem Eigentum des Unternehmens und in der Regel auch aus dem unmittelbaren Besitz des Unternehmens ausscheidet und das veräußerte Wirtschaftsgut im ersten Falle durch Geld, im zweiten Falle durch ein anderes Wirtschaftsgut ersetzt wird, scheidet bei der Miete oder bei der Pacht das Wirtschaftsgut nur für kürzere oder längere Zeit insofern aus dem Vermögen des Unternehmers aus, als der Unternehmer zwar den unmittelbaren Besitz, nicht aber das Eigentum an dem vermieteten oder verpachteten Wirtschaftsgut aufgibt und dafür in der Regel durch eine Geldzahlung oder durch mehrere Geldzahlungen in regelmäßigen Abständen, gelegentlich auch durch einen anderen Vermögenswert für die Gebrauchsüberlassung (Miete) bzw. für die Gebrauchsüberlassung einschließlich eines Fruchtziehungsrechtes im weitesten Sinne (Pacht) entschädigt wird.

Ein Mietvertrag ist nach § 535 ff BGB "ein gegenseitiger, d. h. beide Teile verpflichtender Vertrag, durch den der Vermieter die Gewährung des Gebrauchs einer Sache während der Mietzeit, der Mieter die Zahlung eines Entgelts dafür (Mietzins) verspricht" (2). Durch den Mietvertrag können keine Rechte, sondern nur Sachen vermietet werden.

- (1) Eine Aufrechnung ist nach § 387 ff BGB möglich, wenn die Forderungen
 - a) fällig
 - b) gegenseitig
 - c) gleichartig sind.
- (2) Bülow, a. a. O., S. 344-347, hier S. 344.

Gemäß § 551 BGB ist der Mietzins nachträglich zu entrichten. Es ist jedoch heute zur Gewohnheit geworden, daß diese gesetzliche Regelung durch eine einzelvertragliche Regelung ersetzt wird, nach der der Mietzins im voraus zu zahlen ist (1).

Ein Pachtvertrag ist nach § 581 BGB "ein gegenseitiger Vertrag, auf Grund dessen der Verpächter dem Pächter einen Gegenstand (Sachen oder Rechte) zu Gebrauch und Nutzung gegen Entgelt (Pachtgeld, Pachtzins) überläßt" (2). Hinsichtlich der Zahlung des Pachtzinses gelten die Ausführungen zur Zahlung des Mietzinses analog (3).

Im Falle der Vorauszahlung beim Verkauf von Wirtschaftsgütern haben wir festgestellt, daß nach unserer Auffassung 3 Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um den Gewinn in der Bilanz ausweisen zu können :

- 1) Der Gewinn muß als bekannt angesehen werden können.
- 2) Der Verkäufer muß das Wirtschaftsgut ordnungsgemäß abgesandt haben.
- 3) Der Verkäufer muß die Vorauszahlung erhalten haben.

Hier müßte nach unserer Auffassung analog entschieden werden :

Zu 1) Hier gilt im allgemeinen : Der Vertrag muß geschlossen sein.

Zu 2) Hier gilt : Der Vermieter bzw. Verpächter muß seinen Verpflichtungen aus dem Mietvertrag bzw. Pachtvertrag in der Rechnungsperiode ordnungsgemäß nachgekommen sein. Um die vertraglichen Verpflichtungen des Vermieters bzw. Verpächters einzuschränken, empfiehlt es sich für den Vermieter bzw. Verpächter beim Vertragsabschluß den Vertragsentwurf des Haus- und Grundbesitzer-Vereins zu Grunde zu legen. Die Vorschriften des Einheitsmietvertrags und die hierzu analogen Vorschriften des Einheitspachtvertrags sind in mancher Hinsicht für den Vermieter bzw. Verpächter zwar günstiger als die nicht zwingenden Vorschriften des BGB, sie sind aber auch in mancher Hinsicht für den Vermieter bzw. Verpächter ungünstiger als die Vorschriften gemäß dem Vertragsentwurf des Hausbesitzer- und Grundbesitzer-Vereins.

Um das Risiko des Vermieters einzuschränken, empfiehlt es sich insbesondere, in jedem Falle vor Vertragsabschluß die Vorschriften der §§ 226, 258, 547, 946 (in Verbindung mit 93) und 997 BGB zu prüfen und dann eine im Einzelfalle günstige einzelvertragliche Ergänzung bzw. einen im Einzelfalle günstigen einzelvertraglichen Ausschluß zu vereinbaren.

(1) vgl. auch Einheitsmietvertrag § 4.

(2) Bülow, a. a. O., S. 382-383, hier S. 382.

(3) vgl. § 584 BGB.

Zu 3) Hier gilt : Der Vermieter muß den Mietzins, der Verpächter muß den Pachtzins erhalten haben.

Es kann also auch hier gesagt werden, daß sich hinsichtlich des Zeitpunktes des Gewinnausweises in der Bilanz keine grundsätzlichen Unterschiede gegenüber den bisher behandelten Fällen ergeben.

C Besonderheiten im Zusammenhang mit der Untersuchung des Zeitpunktes des Gewinnausweises

1 Die besondere Bedeutung des Zeitpunktes des Gewinnausweises in Wirtschaftszweigen mit langfristiger Fertigung

a in der Industrie

Falls der jeweilige Gewinn aus den einzelnen Aufträgen erst zu dem Zeitpunkt in der Bilanz ausgewiesen wird, zu dem der Verkäufer die Nachkalkulation erstellt, das Wirtschaftsgut und die Rechnung ordnungsgemäß abgesandt und vom Käufer das Geld erhalten hat, so kann dies mit einer stoßweisen Gewinnrealisation verbunden sein. "Wenn sich der Umsatz aus vielen kleinen Posten zusammensetzt und wenn die Umschlagsperiode verhältnismäßig kurz ist, ergibt sich ein automatischer Ausgleich" (1). Wenn aber die einzelnen Aufträge groß und die Umschlagsperioden sehr lang sind, so hat dies in manchen Fällen zur Folge, daß über mehrere Jahre hinweg überhaupt kein Gewinn und dann im folgenden Jahr der Gewinn aus mehreren Rechnungsperioden ausgewiesen werden muß. Derartige Fälle sind häufig bei Schiffbauunternehmen, bei Hoch- und Tiefbauunternehmen anzutreffen.

In der Literatur wird immer auf die Problematik des zeitlich verspäteten und stoßweisen Gewinnausweises bei langfristiger Einzelfertigung hingewiesen (2). Es ist uns kein Beispiel bekannt, wo auch von der Problematik bei anderen Fertigungsverfahren, z. B. bei der Serienfertigung, gesprochen wird, obwohl die Problematik hier gelegentlich weit größere praktische Bedeutung erlangen kann.

Wenn z. B. eine Unternehmung gegründet wird und der Unternehmer sämtliche von ihm hergestellten Wirtschaftsgüter in langfristiger Einzelfertigung erstellt, so ist es denkbar, daß der Unternehmer in den ersten Rechnungsperioden ohne buchmäßigen Gewinn arbeitet, daß aber nach einer gewissen Zeit in jeder Rechnungsperiode ein Wirtschaftsgut fertiggestellt wird. Dieses wird, da es sich bei der Einzelfertigung in der Regel um eine Fertigung

(1) Hax, Substanzerhaltung, S. 62.

(2) Literatur werden wir später angeben.

nach Herstellung handelt, wird im allgemeinen unmittelbar nach der Fertigstellung abgesandt, verrechnet und dann bezahlt bzw. übergeben und verrechnet und dann bezahlt, so daß somit zwar eine zeitliche Gewinnverschiebung, aber nach gewisser Anlaufzeit doch ein in den Rechnungsperioden nahezu gleichmäßiger Gewinnausweis erreicht wird.

Wenn dagegen z. B. ein Unternehmen gegründet wird und der Unternehmer sämtliche von ihm hergestellten Wirtschaftsgüter in wechselnden Serien in langfristiger Serienfertigung erstellt und sämtliche Wirtschaftsgüter einer Serie immer an ein und demselben Tag fertiggestellt werden, so ist es denkbar, daß die Zeit, bis zu der er den ersten buchmäßigen Gewinn erzielt, bedeutend länger dauert als im Falle der Einzelfertigung. Die zeitliche Verschiebung kann also hier viel größer sein.

Wenn nun für sämtliche an einem Tage fertiggestellten Wirtschaftsgüter der Serie wegen der allgemeinen Vollbeschäftigung und des hohen Auftragspolsters bereits Käufer gefunden sind, so werden sämtliche Wirtschaftsgüter unmittelbar nach der Fertigstellung abgesandt, verrechnet und dann bezahlt, so daß neben einer im Verhältnis zur Einzelfertigung größeren zeitlichen Gewinnverschiebung im Anfangsstadium auch ein größerer stoßweiser Gewinnausweis tritt.

Die zeitlichen Gewinnverschiebungen werden u. U. auch später unter den gesetzten Prämissen immer größer sein als im Falle der Einzelfertigung, weil die Durchlaufzeit je Stück im allgemeinen erstens länger ist und zweitens erst dann beginnen kann, wenn die Durchlaufzeit der vorhergehenden Serie beendet ist. Der zeitlich verspätete Gewinnausweis würde sich ceteris paribus noch vergrößern, wenn einige oder alle Wirtschaftsgüter der Serie noch gelagert werden müßten, bis ein Käufer gefunden würde.

Hinsichtlich des stoßweisen Gewinnausweises müßte man sagen, daß er unter den gesetzten Prämissen im Anfangsstadium bei der Serienfertigung größer wäre als bei der Einzelfertigung und daß der stoßweise Gewinnausweis bei der Serienfertigung unter den gesetzten Prämissen auch später nicht beseitigt würde.

Es ist daher notwendig, nicht nur von dem Problem des zeitlich verschobenen und des stoßweisen Gewinnausweises bei langfristiger Einzelfertigung, sondern ganz allgemein von dem Problem des zeitlich verschobenen und stoßweisen Gewinnausweises bei langfristiger Fertigung oder noch besser bei langfristiger Wiedergeldwerdungsdauer zu sprechen, wobei zu beachten ist, daß unter der Voraussetzung gleicher Inanspruchnahme des Zahlungsziels eine größere zeitliche Verschiebung des Gewinnausweises wegen der ausgleichenden Funktion des Lagers mit einem geringeren stoßweisen Gewinnausweis verbunden sein kann.

Dieses Problem des zeitlich verschobenen und stoßweisen Gewinnausweises soll an einem Beispiel näher dargestellt und kritisiert werden :

Wenn z. B. ein Bauunternehmer sämtliche Maschinen und Arbeitskräfte eingesetzt hat, um einen Tunnel durch ein Bergmassiv zu bauen, und wenn der Unternehmer hierzu 5 Jahre benötigt, so wäre es wenig sinnvoll, wenn er die Aufwendungen sofort bei ihrer Verursachung, die Erträge aber erst im 6. Jahr ausweisen würde — denn die 5 Jahre, die jeweils einen entscheidenden Anteil an dem im 6. Jahr ausgewiesenen Gewinn hätten, würden mit einem Verlust, die 6. Rechnungsperiode dagegen mit einem hohen Gewinn abschließen.

Zwar braucht sich in erfolgsteuerlicher Hinsicht für den Bauunternehmer selbst dann, wenn es sich um eine Einzelunternehmung handeln würde, kein Nachteil zu ergeben, wenn das Finanzamt von der in § 35, Abs. II EStG fixierter Kassa-Vorschrift und der Unternehmer von der in § 10 d EStG (1) fixierten Möglichkeit Gebrauch machen und die Verluste der fünf vorangegangenen Veranlagungszeiträume im sechsten Veranlagungszeitraum "wie Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abziehen" würde. In betriebswirtschaftlicher Hinsicht ist eine derartige Regelung aber widersinnig. Sie könnte "zu ganz unnatürlichen Gewinnausweisen führen und sonstige üblen Folgen zeitigen" (2).

Es widerspricht z. B., wie schon mehrfach gesagt worden ist, dem Gedanken einer periodengerechten Erfolgsverteilung, ein Jahr, "das bezüglich der Aufwendungen maßgeblich an der Erfüllung des Auftrages beteiligt war", von der Erfolgspartizipation auszuschließen (3). Trotz dieses Dilemmas ist "eine andere Behandlung nach dem Vorsichtsprinzip der Praxis . . . und der Auffassung des RfH von den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung unmöglich" (4) (5).

- (1) Eine Gewinnermittlung nach § 4, Abs. III EStG ist für derartige Bauunternehmer ohnehin nicht möglich.
- (2) Blom, a. a. O., S. 259.
- (3) Blom, a. a. O., S. 259.
- (4) Blom, a. a. O., S. 259.
- (5) Schmalenbach weist darauf hin, "wie außerordentlich schwer es ist, diese Grundsätze zu handhaben. Es gehört eine ganz umfassende Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse dazu, mit einiger Sicherheit und ohne Willkür festzustellen, was Grundsatz ordnungsmäßiger Bilanzierung ist". Am gleichen Ort führt er aus, "daß tatsächlich nicht für alle Bilanzen dieselben Werte, sondern für verschiedene Bilanzen verschiedene Werte in Betracht kommen. . . . "Darüber hinaus könnte auch festgestellt werden, daß die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung auch bei verschiedenen Geschäftszweigen eine verschiedene Bewertung erlauben. Innerhalb verschiedener Branchen sind für die gleichen Bilanzgegenstände verschiedene Werte als Grundsätze entwickelt worden". (Schmalenbach, E.: Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung 1933, Jg. 27, S. 225-233, hier S. 230).

Passow weist darauf hin, daß es zwar ein "weit verbreiteter Brauch" sei, z. B. bei Bauarbeiten für Kanäle, Hafenerweiterungen und Eisenbahntunnel "die bereits fertiggestellten Teilarbeiten mit dem Betrage der darauf verwendeten Selbstkosten zuzüglich des für diesen Teil erwarteten Gewinnes" in der Bilanz auszuweisen, er sagt, daß man zwar z. B. in den Börseneinführungsprospekten großer Tiefbauaktiengesellschaften der damaligen Zeit immer wieder den Satz finden könne: "Mit Rücksicht darauf, daß sich die von der Gesellschaft übernommenen Arbeiten fast ausnahmslos über eine Reihe von Jahren erstrecken, werden für die Gewinnfestsetzung Zwischenrechnungen nach dem jeweiligen Stande der Arbeiten am 31. Dezember jeden Jahres vorgenommen" (1), er stellt aber mit Recht fest, daß in solchen Fällen, in denen Gewinne schon vor ihrer Realisation ausgewiesen werden, große Bedenken bestehen müssen, denn der Unternehmer kann erst frühestens zum Zeitpunkt der endgültigen Fertigstellung wissen, ob er bei dem betreffenden Auftrag einen Gewinn erzielt hat oder nicht. "Auch wenn zunächst alles gut gegangen ist, kann bei dem Schlußabschnitt infolge ungünstiger Bodenverhältnisse und dergleichen sich die Sachlage doch noch so ändern, daß der früher erhoffte Gewinn nicht oder nicht in der erwarteten Höhe erzielt wird" (2) (3).

Schmalenbach sagt hierzu (4): "Ohne Zweifel würde es äußerst unbequem und dazu noch unsicher sein, wollte man die bei Abschluß einer Periode in Ausführung begriffenen Leistungen mit ihren anteiligen Gewinnen berechnen. Eine Leistung, so lange sie noch unvollendet ist, ist bis zu ihrer Vollendung vielen Zufälligkeiten ausgesetzt; es ist nichts Außergewöhnliches, daß sich unerwartete Schwierigkeiten ganz besonders in letzten Teile der Ausführung einer Arbeit, sogar noch bei der Ablieferung, zeigen; tatsächlich würde sehr häufig eine anteilige Gewinnberechnung auf unfertige Leistungen nachträglich sich als falsch herausstellen. In diesem Dilemma verzichtet die praktische Erfolgsrechnung lieber auf Gewinnanrechnung auf unvollendete Leistungen und wartet die Vollendung ab; diese Methode ist so allgemein geworden, daß man sie als Grundsatz ordentlicher Rechnungsführung ansprechen kann".

Dieser Auffassung hat sich auch der RFH in seinem Urteil vom 10.7.1929 - VI A 542/28 angeschlossen, wenn er sagt: "Soweit bereits Aufwendungen zur Erfüllung der geschuldeten Leistung, das ist hier die Herstellung des fertigen Hauses, gemacht sind, sind diese zu aktivieren" oder wenn er in seinem Ur-

(1) Passow, a. a. O., S. 159.

(2) Passow, a. a. O., S. 159.

(3) vgl. hierzu auch Kiewning: Die bilanzmäßige Bewertung von angefangenen Bauten, in: Zeitschrift für das Treuhandwesen, 7. Jg., S. 187 ff.

(4) Schmalenbach, Dynamische Bilanz (5), S. 124.

teil vom 5.2.1930 - VI A 113/30 sagt: "Der Bau war jedenfalls noch nicht ganz fertig, und es ist nicht festgestellt, daß er abgenommen war. Vor der Abnahme liegt ein schwebendes Geschäft vor, bei dem nur die vom Beschwerdeführer gemachten Aufwendungen zu aktivieren sind ... Daß sich die Forderung gegen den Käufer am Bilanzstichtag berechnen ließ ... kann eine Einsetzung der vollen Forderung nicht rechtfertigen".

Insbesondere die Praxis hat Wege zu erschließen versucht, "um eine gleichmäßigere Gewinnrealisierung zu erreichen, die den wirtschaftlichen Vorgängen besser entspricht" (1).

Der Vorschlag von Willmes (3) geht darauf hinaus, den gesamten Auftrag in mehrere kleinere Teilaufträge zu gliedern, für diese Teilaufträge Verkaufspreise festzulegen, die jeweiligen Teilaufträge vom Käufer abnehmen zu lassen und über die jeweiligen Teilaufträge eine Abrechnung zu erstellen.

Willmes gibt zu, daß auch hierdurch das Problem nicht ganz gelöst wird, aber es wird doch in seiner Bedeutung geschmälert, denn wenn auch die unvollendeten Teilaufträge noch Schwierigkeiten bereiten, so sind diese doch im allgemeinen leichter zu übersehen. Auch ist die zeitliche Verzögerung des Gewinnausweises bedeutend geringer - auch ist der stoßweise Gewinnausweis zum großen Teil beseitigt.

Diese Lösung ist auch vom RFH als mit den gesetzlichen Bestimmungen und als mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung vereinbar erklärt worden. In dem Urteil VI A 1052/28 vom 30.10.1929 nimmt der RFH hierzu wie folgt Stellung: "Nur dann, wenn etwa nach dem Vertrage ein Bau in besonderen Abschnitten unter Gewährung entsprechenden Teilentgelts herzustellen wäre, könnte jeder Abschnitt als besondere Leistung angesehen werden, sofern wirtschaftlich auch eine Teilabnahme erfolgt; in solchem Falle wäre gegen die Anweisung eines entsprechenden Teilgewinnes wohl nichts einzuwenden".

Abgesehen davon, daß eine Zerlegung in Teilaufträge gelegentlich nicht möglich ist, muß sie manchmal auch noch aus anderem Grund als bedenklich bezeichnet werden. Wenn der Unternehmer einen großen Auftrag erhalten hat, der als Gesamtauftrag in mehrere Teilaufträge gegliedert ist, so kann der Vertragspartner mitunter selbst dann noch z.B. vom ganzen Vertrag zurücktreten oder z.B. Schadensersatz wegen Nichterfüllung der ganzen Verbindlichkeit verlangen, wenn der Unternehmer nahezu schon alle Arbeiten ordnungsgemäß

(1) Hax, Substanzerhaltung, S. 62.

(2) Willmes, E.: Dynamische Erfolgsrechnung bei Betrieben mit langfristiger Einzelfertigung, in: Betriebswirtschaftliche Rundschau und Archiv für Revisions- und Treuhandwesen, 1929, S. 155 ff.

ausgeführt hat, im letzten Abschnitt aber eine vom Unternehmer zu vertretende Leistungsstörung eintritt, die nur eine teilweise Erfüllung des Vertrags erlaubt, an welcher der Vertragspartner kein Interesse hat (1).

Auch im Falle, daß eine Vertragsstrafe vereinbart war, so bezieht sich diese Strafe regelmäßig nicht nur auf den Teil des Auftrags, der noch nicht ordnungsgemäß erfüllt ist, sondern auf den ganzen Auftrag (2).

Blom weist in diesem Zusammenhang auch auf ein Gutachten des Deutschen Industrie- und Handelstages hin, das sich mit diesen Fragen beschäftigt und das im RFH-Urteil VI A 935/30 vom 22.10.1931 angeführt ist.

Walb empfiehlt (3), den in Aussicht stehenden Gesamtgewinn nach einem Schlüssel auf die einzelnen Rechnungsperioden anteilig zu verteilen. Daß aber auch dieser Vorschlag nur als Notlösung und zudem auch nur als schlechte Notlösung betrachtet werden kann, wurde bereits im einzelnen ausgeführt.

Wenn wir nun unter dem Gesichtspunkt des zeitlich verspäteten und stoßweisen Gewinnausweises die in der Praxis in den Wirtschaftszweigen mit langfristiger Fertigung heute im allgemeinen angewandten Verrechnungsarten prüfen, so könnten wir feststellen:

Eine Verrechnung zum Pauschalpreis ist im Hinblick auf einen frühzeitigen und gleichmäßigen Gewinnausweis aus den genannten Gründen wenig sinnvoll. Auch die in der Praxis häufig vertretene Auffassung, eine Verrechnung zum Pauschalpreis könne im allgemeinen nur für eine Vertragspartei von Gunsten sein, birgt viele Wahrheiten in sich. Wenn auch das Risiko des Verkäufers durch genaue Abgrenzung der vertraglichen Arbeiten, durch Berücksichtigung von Kalkulationsreserven, durch Preisvorbehalte etc. eingeschränkt werden kann, so ist es im Falle der getroffenen offenen oder versteckten Sicherheitsmaßnahmen des Verkäufers doch fraglich, ob er unter diesen Bedingungen den Auftrag erhalten wird.

Bei einer Verrechnung nach Aufmaß werden nach der Fertigstellung einzelner Auftragsteile alle Materialien, Geräte und Apparaturen vom Verkäufer und Käufer gemeinsam aufgemessen und zu den beim Vertragsabschluß in einer Liste fixierten Preisen verrechnet. Diese Verrechnungsart ist im allgemeinen im Hinblick auf einen frühzeitigeren und gleichmäßigeren Gewinnausweis insbesondere dann geeignet, wenn in kürzeren Abständen aufgemessen wird. Ob aller-

- (1) vgl. hierzu z. B. § 280 BGB (bei einseitigen Verträgen) und § 325 BGB (bei gegenseitigen Verträgen).
- (2) § 348 HGB besagt: „Eine Vertragsstrafe, die von einem Kaufmann (gemeint ist der Vollkaufmann - der Verfasser) im Betriebe seines Handelsgewerbes versprochen ist, kann nicht auf Grund der Vorschriften des § 343 des Bürgerlichen Gesetzbuches herabgesetzt werden“.
- (3) Walb, Erfolgsrechnung, S. 204.

dings der für die einzelnen Auftragsteile bereits vereinnahmte Gewinn als grundsätzlich endgültig vereinnahmt angesehen und in der Bilanz ausgewiesen werden kann oder nicht, kann nur im Einzelfalle unter Beachtung der einzelvertraglichen Bestimmungen entschieden werden.

Unter dem Gesichtspunkt eines frühzeitigen und gleichmäßigen Gewinnausweises ist es für den Verkäufer am besten wenn er als Verrechnungsart eine Verrechnung nach effektiven Lieferungen und Leistungen auf Grund von bescheinigten Lieferscheinen und anerkannten Stundennachweisen vereinbart. Bei dieser Verrechnungsart trägt der Verkäufer auch im allgemeinen das geringste Risiko. Zur Verrechnung benötigt er außerdem nicht die Mithilfe des Käufers, wie dies z. B. bei der Verrechnung nach Aufmaß der Fall ist. Der Verkäufer erhält außerdem laufend flüssige Mittel und erspart Zinsverluste (1).

b in der Forstwirtschaft

In § 3, Abs. I HGB heißt es: "Auf den Betrieb der Land- und Forstwirtschaft finden die Vorschriften" des § 1 HGB (Kaufmann, Handelsgewerbe) und des § 2 HGB (Sollkaufmann) "keine Anwendung". Da der Betrieb von Landwirtschaft oder Forstwirtschaft hiernach nicht die Kaufmannseigenschaft begründet, ist auch gemäß § 38, Abs. I HGB (argumentum ex contrario) nach dem HGR für den Betrieb von Landwirtschaft oder Forstwirtschaft keine Verpflichtung gegeben, "Bücher zu führen und in diesen ... Handelsgeschäfte und ... Lage ... (des) Vermögens nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung ersichtlich zu machen". Auch alle anderen handelsrechtlichen Vorschriften über die Handelsbücher und die Bilanz gemäß § 39 ff HGB gelten für den Betrieb der Land- oder Forstwirtschaft nicht.

Allerdings sind nach steuerlichen Vorschriften, nämlich nach § 161 AO, diejenigen "Unternehmer und Unternehmen zur Führung von Büchern oder Aufzeichnungen ... verpflichtet, deren Gesamtumsatz oder Betriebsvermögen oder Land- und forstwirtschaftliches Vermögen oder Gewerbeertrag oder Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft "nach den bei der letzten Veranlagung getroffenen Feststellungen" eine der für jede Position festgesetzte untere Grenze überschreitet.

Für diese Unternehmer oder Unternehmen wird als steuerliche Gewinnermittlungsart der partielle Betriebsvermögensvergleich angewandt, bei dem nicht der Gewinnbegriff des § 5 EStG, sondern der Gewinnbegriff des § 4, Abs. I EStG zu Grunde gelegt wird.

- (1) Den Empfang von flüssigen Mitteln kann der Verkäufer allerdings auch bei den anderen Verrechnungsarten durch entsprechende Vereinbarungen erreichen, so z. B. durch die Vereinbarung von Anzahlungen.

An Besonderheiten sind hier zu beachten :

- 1) Grund und Boden werden nicht in der Bilanz erfaßt. Gleichwohl gehören Grund und Boden zum Betriebsvermögen.
- 2) Es bestehen im Gegensatz zum totalen Betriebsvermögensvergleich keine Bindungen an die Handelsbilanz.
- 3) Es genügt im Gegensatz zum totalen Betriebsvermögensvergleich auch eine einfache Buchführung, sofern sie einen Bestandsvergleich ermöglicht.
- 4) Gewillkürtes Betriebsvermögen gibt es nach der Rechtsprechung beim partiellen Betriebsvermögensvergleich nicht
(Diese Auffassung ist äußerst strittig) (1).

Nachdem wir nun geklärt haben, daß die Höhe des Gewinnausweises und der Zeitpunkt des Gewinnausweises bei der Handelsbilanz der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft insofern keine Bedeutung haben, als der Unternehmer bzw. das Unternehmen nicht verpflichtet ist, eine Handelsbilanz aufzustellen, wäre zu prüfen, wie das Realisationsprinzip und dessen Anwendung in der Steuerbilanz bei Betrieben der Land- und Forstwirtschaft beurteilt werden muß.

Das Problem der zeitlichen Gewinnrealisation bei forstwirtschaftlichen Betrieben ist auch in der Literatur gelegentlich dargestellt worden. So haben sich z. B. Bühler (2), Becker (3) und Unold (4) mit diesem Problem beschäftigt. Eine völlig befriedigende Lösung dieses Problems ist allerdings bis heute nicht erreicht worden und wird vermutlich auch später nicht erreicht werden.

Angenommen ein Unternehmer habe von 51 gleich großen Flächen jeweils 50 mit Bäumen bepflanzt, die bei 50jährigem Wachstum schlagreif sind und bei 50jährigem Wachstum auch die höchste Rentabilität und den optimalen Gewinn erbringen. Die gesamte Fläche sei aus 51 verschiedenen gleich großen Grundstücken zusammengesetzt und jedes Grundstück sei hinsichtlich der Licht-, Luft-, Wasser-, Bodenverhältnisse etc. ebenso gut oder so schlecht wie das andere. Wenn nun die gesamte Fläche in der Weise bepflanzt wird, daß in jedem Jahr auf einem Grundstück das Holz geschlagen und sofort verkauft und

- (1) Ausführungen in Anlehnung an die Vorlesung von Dornemann, Richard : Steuerbilanzen., SS 1960, Universität Frankfurt.
- (2) Bühler : Zur Frage des Bestandsvergleichs bei Einkünften aus Forstwirtschaft, in: Steuer und Wirtschaft, 1944, hier insbes. Sp. 229-230.
- (3) Becker, Enno; Die Grundlagen der Einkommensteuer, München und Berlin 1940, insbes. § 173, S. 217, und § 188, S. 234.
- (4) Unold, Hermann von : Das Problem der Besteuerung des forstwirtschaftlichen Gewinns, Berlin (ohne Angabe des Jahres der Herausgabe).

vom jeweiligen Käufer sofort bezahlt wird und dieses abgeholzte Grundstück dann sofort wieder neu bepflanzt wird, so kann der Unternehmer unter den gesetzten Prämissen jährlich über die gleiche Menge Holzes verfügen und dieses Holz verkaufen.

Würde hier das Realisationsprinzip konsequent angewendet, so würde der "Herstellungswert" der Bäume in der Bilanz aktiviert, der Aufwand für die Bäume im Jahr der Verursachung ausgewiesen, der Ertrag der Bäume aber erst im 51. Jahr, obwohl das Wachstum der Bäume in jedem Jahr an dem im 51. Jahr realisierten Ertrag maßgeblich beteiligt war. Der anteilmäßige Gewinn, der auf einen einzelnen Baum jährlich entfällt, würde also erst nach 50, 40, 48 ... Jahren ausgewiesen. Gleichwohl tritt unter den gesetzten Prämissen kein stoßweiser Gewinnausweis ein, weil in jedem Jahr ein Grundstück abgeholzt und ein Grundstück neu aufgeforstet wird. Es wird also nicht die dem natürlichen Wachstumsprozeß jährlich entsprechende automatische Wertsteigerung jedes Baumes als realisiert angesehen, sondern ein der Summe der jährlichen Wertsteigerung an jedem Baum äquivalenter Teil des gesamten Wertzuwachses in Form von abgeholzten Bäumen eines Grundstücks.

Daß diese Art der Gewinnermittlung aber nicht ganz befriedigend ist, ergibt sich - abgesehen von dem time-lag zwischen Aufwands- und Ertragsausweis - schon dadurch, daß z. B.

- 1) die Summe des jährlichen Mengenzuwachses in Form der Holzmäntel an sämtlichen Bäumen z. B. wegen der unterschiedlichen Klima- und Wetterverhältnisse in manchen Jahren nicht dem geschlagenen mengenmäßigen Baumbestand gleich zu sein braucht,
- 2) die Aufwendungen je Baum in den einzelnen Jahre verschieden hoch sein können, so z. B. wegen des Eintritts besonderer Verhältnisse, die eine größere Schädlingsbekämpfung in einem Jahr notwendig werden lassen, so daß den realisierten Erträgen der geschlagenen Bäume Aufwendungen gegenüberstehen, die zum größten Teil den Erträgen gegenübergestellt werden müßten, die erst im nächsten Jahr, in 2, 3, 4 ... Jahren ausgewiesen werden.

Wenn wir nun davon absehen, daß in jedem Jahr nach systematischen Gesichtspunkten Bäume gefällt und wieder neu angepflanzt werden, und wenn wir nun unterstellen, daß der Unternehmer die gesamten Flächen heute mit Bäumen bepflanzt, die er erst nach 50 Jahren schlagen kann, so wäre es sich als wenig sinnvoll erweisen, wenn die Aufwendungen jeweils dem Jahr der Verursachung, die Erträge aber nur dem Jahr der Realisation zugerechnet wurden. Die periodische Erfolgsrechnung würde nämlich völlig mechanisiert und würde ihre Aussagekraft verlieren (1). Es ist daher zu empfehlen, dem Unternehmer die Mog-

(1) Walb, Erfolgsrechnung, S. 204.

lichkeit zu geben, "die durch den natürlichen Wachstumsprozeß hervorgerufene Wertsteigerung ... zu berücksichtigen" (1). Diese Notwendigkeit hat auch der Gesetzgeber anerkannt. In § 6, Abs. I, Ziff. 2 EStG heißt es:

"Bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ist auch der Ansatz des höheren Teilwerts zulässig, wenn das den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entspricht".

Daß der Ansatz des höheren Teilwerts hier den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entspricht, d. h. den Grundsätzen, die ordentliche und ehrenwerte Kaufleute für richtig halten (2), steht nach unserer Auffassung außer Zweifel. Somit wird in diesem Falle ein Ausweis von unrealisierten Gewinnen vom Gesetzgeber gebilligt. Es ist nach unserer Auffassung auch sehr zu begrüßen, daß in diesem Falle dem Steuerpflichtigen ein Wahlrecht eingeräumt wird, ob er den jährlich sich nach Erfahrungsregeln ergebenden Wertzuwachs auch jährlich in der Bilanz ausweist und versteuert oder ob er den Zeitpunkt der Realisation abwartet.

Der Steuerpflichtige mag hier nach seinem Ermessen entscheiden. Wie er sich aber auch entscheidet, stets ist ein Vorteil mit einem Nachteil verbunden.

- 1) Wenn er den höheren Teilwert ansetzt, so hat er den Vorteil, daß den verursachten Aufwendungen die verursachten Erträge gegenübergestellt und daß seine periodische Erfolgsrechnung damit aussagefähiger wird. Mit diesem Vorteil ist aber auch der Nachteil verbunden, daß er in der Bilanz einen Gewinn ausweist, der in Wirklichkeit noch nicht realisiert ist und von dem er noch nicht weiß, ob er in Zukunft auch tatsächlich realisiert werden wird. Diesen Gewinn muß er versteuern. Er muß also einen Teil des buchmäßigen Gewinns abführen, obwohl er noch keine liquiden Mittel erhalten hat.
- 2) Wenn er das Realisationsprinzip konsequent anwendet, so hat er den Vorteil, daß er erst dann Steuern vom Erfolg zu zahlen hat, wenn er die Bäume geschlagen, verkauft und - nach unseren Forderungen - hierfür das Geld erhalten hat. Mit diesem Vorteil ist aber wiederum der Nachteil verbunden, daß die nun im 51. Jahr zu zahlenden Steuern wegen der Progression in der Einkommensteuertabelle u. U. erheblich höher wären als die Summe der Erfolgsteuern, die er im anderen Falle zu zahlen hätte, und daß seine periodische Erfolgsrechnung nahezu überhaupt keinen Aussagewert mehr besitzt.

Unabhängig davon, wie sich der Unternehmer entscheidet, sollte er nach unserer Auffassung verpflichtet sein, den Gewinn nicht bald nach dieser, bald nach

(1) Jockel, a. a. O., S. 104-109, hier S. 108.

(2) Schmalenbach, Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, S. 232.

jener Methode zu errechnen. Er sollte nur dann berechtigt sein die Methode zu ändern, wenn wirklich zwingende Gründe dafür vorliegen. Außerdem könnte empfohlen werden, den Unternehmer zu verpflichten, in der Bilanz die Methode anzugeben, die er der Gewinnermittlung zu Grunde gelegt hat.

Die Gründe dafür, warum der Unternehmer die eine oder die andere Methode als die für ihn am besten geeignete wählen wird, können sehr verschieden und sehr zahlreich sein. Die Entscheidung des Unternehmers wird von dem Ergebnis einer detaillierten Wirtschaftlichkeitsrechnung unter Berücksichtigung von zukünftigen Entwicklungen und von Inponderabilien je nach der Lage des Einzelfalles getroffen werden. Die Faktoren, die in einer derartigen Rechnung berücksichtigt werden müssen, sind so zahlreich, daß wir hier auf Einzelheiten nicht eingehen können. Es sollen daher nur einige Faktoren genannt werden:

- 1) Die Progression in der Einkommensteuertabelle und ihre vermutliche Entwicklung,
- 2) Die sonstigen steuerlichen Vorschriften und ihre vermutliche Entwicklung,
- 3) Der Zinsfuß und seine vermutliche Entwicklung,
- 4) Die Zusammensetzung des Eigenkapitals und des Fremdkapitals und die vermutliche Entwicklung,
- 5) Die Gesellschafterzahl und ihre vermutliche Entwicklung,
- 6) Die mengenmäßige und wertmäßige Aufwandsentwicklung,
- 7) Die Entwicklung des Teilwerts.

Diese Aufzählung der zu berücksichtigenden Faktoren mag schon darauf hindeuten, wie problematisch das Ergebnis einer Wirtschaftlichkeitsrechnung und wie problematisch auch demzufolge die Entscheidung des Unternehmers sein wird. Allein die Ermittlung des zukünftigen Teilwerts, ja allein die Ermittlung des derzeitigen Teilwerts birgt große Problematik in sich, obwohl der RFH in jahrzehntelanger Rechtsprechung Hilfswerte zur praktischen Ermittlung aufgestellt und an diese Hilfswerte auch noch Vermutungen geknüpft hat (1), denn

- 1) die gesetzliche Definition des Teilwerts beruht auf Fiktionen und die Feststellung des Teilwerts ist schwierig, weil er wegen der Fiktionen nur
-
- (1) Daß das Arbeiten mit Vermutungen rechtlich nicht ganz unbedenklich ist, ergibt sich aus der AO. Hier heißt es in § 204, Abs. I: "Das Finanzamt hat die steuerpflichtigen Fälle zu erforschen und von Amts wegen die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse zu ermitteln, die für die Steuerpflicht und die Bemessung der Steuer wesentlich sind. Es hat Angaben der Steuerpflichtigen auch zugunsten der Steuerpflichtigen zu prüfen". Dadurch, daß mit Vermutungen gearbeitet wird, geht man zumindest in formeller Hinsicht von dieser Amtsmaxime ab, denn durch die Berücksichtigung der aufgestellten Vermutungen wird dem Steuerpflichtigen die Pflicht auferlegt, die von den Vermutungen abweichenden Ansätze zu rechtfertigen.

als hypothetischer Wert angesehen werden kann. Der Teilwert kann nur aus der Summe der verbundenen Wirtschaftsgüter ermittelt werden und nicht umgekehrt, wie es das Gesetz vorschreibt;

- 2) dem Teilwertgedanken liegt insofern ein Zirkelschluß zu Grunde, als für die Ermittlung des Teilwerts nach den Urteilen des RFH die Rentabilität des Betriebes berücksichtigt werden soll (1), die aber durch die Bewertung der Wirtschaftsgüter mit dem Teilwert erst festgestellt werden kann.
- 3) Die gesetzliche Definition weicht insofern von der praktischen Ermittlung ab, als das Gesetz von den Veräußerungs-, die Praxis dagegen von Anschaffungs- bzw. Herstellungswerten ausgeht.
- 4) Der Teilwert ist insofern ein Fremdkörper, als er statische Elemente enthält, die nicht Bestandteil einer Erfolgsermittlungsbilanz sein dürften.

Wir haben gesehen, daß es wegen der Vielgestaltigkeit in unserem heutigen Wirtschaftsleben keine einheitliche Lösung zur Frage des Zeitpunktes der Gewinnrealisation geben kann. Wir können nur sagen, wann der Gewinn grundsätzlich als realisiert anzusehen ist. Ausnahmen zu den grundsätzlichen Feststellungen sind nicht selten. Zu diesem Ergebnis ist im Gegensatz zu manchen anderen Urteilen auch der RFH in seinem Urteil VI 754/39 vom 10.4.1940 gekommen. Hier heißt es - allerdings nicht im Zusammenhang mit der Frage des Zeitpunktes der Gewinnrealisation bei forstwirtschaftlichen Betrieben -: "Ob eine Realisierung vorliegt, kann nur von Fall zu Fall unter Würdigung aller, insbesondere der wirtschaftlichen Gesichtspunkte erfolgen".

c in der Landwirtschaft

Ähnliche Schwierigkeiten wie in der Forstwirtschaft ergeben sich zum Teil in der Landwirtschaft. Deshalb müßte nach unserer Auffassung hier der Landwirt frei entscheiden können, ob er in seiner Bilanz den "Anschaffungswert" bzw. "Herstellungswert" des Viehbestandes ansetzt und den Ertrag erst dann ausweist, wenn er das Vieh veräußert und das Geld hierfür erhalten hat, oder ob er in seiner jeweiligen Bilanz, sofern er zur Aufstellung einer solchen verpflichtet ist oder sofern er eine solche freiwillig aufstellt, das vorhandene Vieh zum höheren Teilwert in der Bilanz ansetzt, also einen Ertrag ausweist, der in Wirklichkeit noch nicht als realisiert angesehen werden kann und von dem niemand weiß, ob er später tatsächlich realisiert werden wird oder nicht.

Zur Landwirtschaft gehört neben der Viehwirtschaft auch die Bodenvirtschaft. Hier ergeben sich insofern Schwierigkeiten, als nach verbreiteter Meinung in der Praxis z. B. dem Aufwand, der mit der Aussaat und der Pflege der

- (1) Ausführungen in Anlehnung an die Vorlesung von Dornemann, Richard : Steuerbilanzen, SS 1960, Universität Frankfurt.

Aussaat verbunden ist, erst mit der Ernte, dem Verkauf der geernteten Erzeugnisse (und dem Eingang des dafür erhaltenen Geldes (1)) der entsprechende Ertrag gegenübergestellt werden kann. Dieser Ertrag ist aber nicht nur auf den Aufwand zurückzuführen, der bei der Aussaat und bei der Pflege der Aussaat angefallen ist, sondern auch auf den Aufwand, der bei der Ernte und beim Verkauf der geernteten Wirtschaftsgüter entstanden ist, und auf denjenigen Aufwand, der für die Bodenbearbeitung, Bodendüngung etc. notwendig gewesen ist, der also vor noch längerer Zeit angefallen ist, aber erst jetzt seinen Ertrag zeigt. Man könnte unter diesem Gesichtspunkt von zwei verschiedenen Teilprozessen beim Herstellungsprozeß sprechen :

Der erste Teilprozeß beginnt mit den bei der Urbarmachung sehr aufwendigen, später im Verhältnis hierzu weniger aufwendigen, aber immer wieder vorzunehmenden Bodenbearbeitungen und Bodendüngungen etc. und endet mit der Schaffung eines bebauungsfähigen und ertragversprechenden Bodens, der seinerseits wieder die Voraussetzung für die Aussaat darstellt. Durch die Vollendung dieses Teilprozesses wird der Wert des Grund und Bodens erhöht. Dies geht schon daraus hervor, daß der Landwirt für diesen Boden nach Vollendung des Teilprozesses beim Verkauf einen höheren Preis erzielen würde als vor Beginn des Teilprozesses. Da die Wertsteigerung aber einen unrealisierten Gewinn darstellt, wird sie nicht ausgewiesen, ja sie könnte überhaupt nicht ausgewiesen werden, da nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen der Wert des Grund und Bodens, soweit er zum Anlagevermögen gehört, in der Steuerbilanz außer Ansatz bleibt (2).

Diese gesetzliche Bestimmung ist nach unserer Auffassung mit dem Grundsatz der Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit nicht zu vereinbaren. Gelegentlich wird die Berechtigung der gesetzlichen Bestimmung wie folgt begründet (?).

- 1) Der Grund und Boden zählt zu denjenigen Wirtschaftsgütern, die im Betrieb festliegen und keinen Einfluß auf den Gewinn ausüben sollen. Da sie keinen Einfluß auf den Gewinn ausüben sollen, brauchen sie auch bei der Gewinnermittlung nicht berücksichtigt zu werden. Aufermann vergleicht z.B. den Grund und Boden hinsichtlich der Gewinnrechnung mit dem "eisernen Bestand" im Sinne Schmalenbachs (3).

Hiergegen könnte man aber einwenden, daß

- a) das Grundvermögen auch in den Bilanzen der Betriebe anderer Wirtschaftszweige nach den gesetzlichen Vorschriften auszuweisen ist

(1) der Verf.

(2) vgl. § 4, Abs. I EStG.

(3) Ausführungen und Kritik in Anlehnung an Dornemann, Richard : Steuerbilanzen, Vorlesung im SS 1960, Universität Frankfurt.

(4) Aufermann, Ewald: Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, 1951.

und daß nicht eingesehen werden kann, warum dies in der Landwirtschaft nicht der Fall sein sollte,

- b) sich der eiserne Bestand im Sinne Schmalenbachs nur auf das Vorratsvermögen bezieht,
- c) der eiserne Bestand im Sinne Schmalenbachs auch in der Bilanz ausgewiesen wird.

- 2) Gelegentlich wird auch gesagt (1), daß beim partiellen Betriebsvermögens zugleich mit diejenigen Wirtschaftsgüter erfaßt werden sollen, die Gegenstand kaufmännischen Wagens und Gewinnens sind. Der Grund und Boden sei aber nicht ein solches Wirtschaftsgut und brauche daher auch nicht in die Bilanz aufgenommen zu werden. Auch diese Begründung ist nach unserer Auffassung wenig stichhaltig.
- 3) Allein richtig scheint die Auffassung zu sein, nach welcher der Gesetzgeber beabsichtigt, die Landwirtschaft zu bevorzugen.

Ob dies notwendig ist, scheint uns unter den derzeitigen Verhältnissen zumindest fraglich zu sein. Es ist jedoch nicht unsere Aufgabe, hier eine Untersuchung in dieser Hinsicht anzuschließen. Wir halten es jedoch für richtig, den Grundsatz der Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit der Besteuerung soweit wie möglich im Gesetz zu wahren. Sollten im Einzelfalle Unterstützungen für einzelne Wirtschaftszweige notwendig sein, so wäre zu empfehlen, diese nach Möglichkeit in der Form zu geben, daß man jederzeit ohne große Schwierigkeiten überprüfen kann, in welcher Höhe diese Unterstützungen tatsächlich gegeben werden und in welchem Ausmaß einzelne Wirtschaftszweige gegenüber anderen bevorzugt werden. Man sollte nach unserer Auffassung den Weg der offenen Subventionen wählen.

Der zweite Teilprozeß des Herstellungsprozeß beginnt mit der Aussaat und endet mit der durchgeführten Ernte. Dabei ist zu beachten, daß das Ergebnis des zweiten Teilprozesses mehr als in irgendeinem anderen Wirtschaftszweig von Erscheinungen beeinflusst wird, auf die der Landwirt keinen oder nur geringen Einfluß hat.

Die beiden Teilprozesse sind unterschiedlich lang, sie sind so verschiedenartig und sie überschneiden sich häufig derart, daß eine genauere Erfolgsrechnung nur dann möglich wäre, wenn Aufwendungen und Erträge dieser Teilprozesse getrennt verrechnet werden könnten.

Der erste Teilprozeß, d.h. der Prozeß zur Herstellung eines Wirtschaftsgutes, mit dessen Hilfe wieder andere Wirtschaftsgüter hergestellt werden, kann mit dem Prozeß verglichen werden, in dem in der Industrie Wirtschaftsgüter des

(1) Dornemann erwähnt und kritisiert diese Auffassung in der unter Fußnote 3 auf Seite 353 zitierten Vorlesung.

Anlagen ermögens für eigenen Bedarf hergestellt werden, deren Herstellungs-
wert aktiviert und je nach dem Verbrauch an Nutzenvorräten abgeschrieben
wird.

Der zweite Teilprozeß kann mit dem Prozeß verglichen werden, in dem
in der Industrie Wirtschaftsgüter hergestellt werden, die dazu bestimmt sind,
in überwiegender Anzahl an andere Wirtschaftssubjekte veräußert zu werden.

Wenn also für die Bodenwirtschaft der landwirtschaftlichen Betriebe eine
ähnliche Erfolgsrechnung eingeführt wurde, wie sie für Industriebetriebe ein-
geführt ist, so entstünden hinsichtlich des Zeitpunktes der Gewinnrealisation
keine besonderen Probleme, weil im ersten Teilprozeß so verfahren würde wie
im Falle der selbsterstellten Anlagen und weil im zweiten Teilprozeß bei sinn-
voller Wahl des Bilanzstichtags den Aufwendungen einer Rechnungsperiode
auch die Erträge dieser Rechnungsperiode gegenübergestellt werden könnten,
da die Herstellungszeit niemals länger als eine Rechnungsperiode dauern kann...

Wenn man also in der Landwirtschaft so verfahren würde wie z. B. in der
Industrie, so wäre das Problem des zeitlichen Gewinnausweises sehr wesentlich
an Bedeutung verlieren. Für die landwirtschaftlichen Betriebe müßten dann ent-
sprechende Vorschriften gelten. Hier nach müßte dann auch ein Ausweis unre-
alisierter Gewinne grundsätzlich unzulässig sein.

2 Der Zeitpunkt des Gewinnausweises beim Ausscheiden von Wirtschafts- gütern auf Grund besonderer Umstände

Wir wollen in unserer Untersuchung zunächst davon ausgehen, daß ein Wirt-
schaftsgut durch Brand zerstört wird, daß der Unternehmer von einer Versiche-
rung entschädigt wird und daß der Unternehmer die Entschädigung für die An-
schaffung oder Herstellung eines neuen Wirtschaftsgutes verwendet. Hier sind
drei Möglichkeiten denkbar :

- 1) Die Entschädigung ist niedriger als der Buchwert des zerstörten Wirt-
schaftsgutes. Es ergibt sich ein buchmäßiger Verlust.
- 2) Die Entschädigung ist ebenso hoch wie der Buchwert des zerstörten Wirt-
schaftsgutes. Es ergibt sich weder ein buchmäßiger Gewinn, noch ein buchmä-
ßiger Verlust; es findet lediglich ein Aktivtausch statt.
- 3) Die Entschädigung ist höher als der Buchwert des zerstörten Wirtschafts-
gutes. Es ergibt sich ein buchmäßiger Gewinn. Die Problematik, die sich bei
einem Gewinnausweis ergibt, soll an einem Beispiel dargestellt werden.

Folgende Daten sollen gegeben sein :

Anschaffungs- oder Herstellungswert des abgebrannten

Gebäudes	: 180 000 DM
Buchwert des abgebrannten Gebäudes	: 120 000 DM

Versicherungswert des abgebrannten Gebäudes	: 150 000 DM
Tageswert des abgebrannten Gebäudes vor Eintritt des Schadens	: 140 000 DM
Herstellungswert oder Anschaffungswert des neuen Gebäudes	: 200 000 DM

Wenn wir uns streng an das Realisationsprinzip halten würden, so müßte zum Zeitpunkt, zu dem der Unternehmer von der Versicherungsgesellschaft den Versicherungswert des abgebrannten Gebäudes erhalten hat, ein Gewinn in Höhe von $150\,000\text{ DM} - 120\,000\text{ DM} = 30\,000\text{ DM}$ in der Bilanz ausgewiesen werden, weil mit dem Abgang des Gebäudes aus dem Betriebsvermögen ein Zugang an liquiden Mitteln verbunden war und zwischen dem Buchwert des abgegangenen Wirtschaftsgutes und dem Buchwert der eingegangenen liquiden Mittel eine Differenz von $30\,000\text{ DM}$ besteht, die auf der Aktivseite der Bilanz ihren Niederschlag gefunden hat.

Diese Regelung ist aber von den Unternehmern allenfalls nur dann gebilligt worden, wenn das ausgeschiedene Wirtschaftsgut ein nicht betriebsnotwendiges Wirtschaftsgut war und nicht durch ein neues ersetzt werden mußte. In allen anderen Fällen ist diese Regelung in der Praxis vielfach als unbillige Härte empfunden worden. Die Unternehmer sahen nicht ein, daß sie die entgegen ihrem Willen praktisch zwangsweise aufgelösten stillen Reserven als verteilbaren Gewinn ausweisen und z. B. auch versteuern sollten, während andere Unternehmer, die keinen Schaden erlitten hatten, ihnen gegenüber nicht nur durch die weiterhin bestehende Verfügungsgewalt über deren Gebäude, sondern auch noch durch die weiterhin bestehenden stillen Reserven begünstigt waren.

Die Unternehmer sahen es auch als ungerechtfertigt an, daß der über den Tageswert des Gebäudes bis zum Anschaffungs- oder Herstellungswert des neuen Wirtschaftsgutes hinausgehende Teil des Versicherungswertes, der ohnehin schwer feststellbar ist, der Steuer unterworfen werden sollte, weil sie durch den eingetretenen Schaden gegenüber denjenigen Unternehmern, die keinen Schaden erlitten hatten, ohnehin vor das Problem gestellt waren, ein neues Gebäude als Ersatz für das abgebrannte finanzieren zu müssen.

Viele Unternehmer und viele Autoren (1) beriefen sich daher im Falle, daß ein Wirtschaftsgut durch Feuer beschädigt oder zerstört wurde, die Versicherung eine entsprechende Summe gemäß den Bedingungen des Versicherungsvertrages an den Unternehmer zahlte und der Unternehmer eine Ersatzbeschaffung vornahm, auf die im einzelnen bereits dargestellte und kritisierte wirtschaftliche Betrachtungsweise, deren Beachtung auch in § 1 StAnpG (früher in § 4 AO) "formuliert und für das gesamte Steuerrecht verbindlich" ist (2).

- (1) Auf die Ausführungen in der Literatur werden wir später eingehen.
- (2) Spieth Eberhard Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Inventur, in: Der Rechts- und Steuerdienst, Heft 33, Köln 1956, S. 8.

Schmidlin z. B. fordert, die evtl. bestehenden stillen Reserven des durch Brand zerstörten Wirtschaftsgutes auf das neu beschaffte Ersatzgut zu übertragen und das Ersatzgut mit dem Wert in der Bilanz anzusetzen, mit dem das alte Wirtschaftsgut in der Bilanz ausgewiesen war, denn einerseits müsse zugestanden werden, daß "eine gewisse Verwandtschaft" mit denjenigen zum Tausch hingeebenen Wirtschaftsgütern vorliege, die steuerrechtlich und auch handelsrechtlich so behandelt werden, als ob "keine Ausscheidung aus dem Betriebsvermögen" eingetreten sei, und andererseits müsse zugestanden werden, daß der "Ersatz gegen den Willen des Unternehmers" erfolge (1) (2).

Würden wir aber so verfahren, wie Schmidlin vorschlägt, so würde der Unternehmer, der den Schaden erlitten hat, gegenüber einem anderen Unternehmer, der keinen Schaden erlitten hat, letztenendes nicht der Geschädigte, sondern der Begünstigte sein.

Es müßte daher nach unserer Auffassung als recht und billig angesehen werden, daß der Unternehmer denjenigen Teil der im zerstörten Wirtschaftsgut vorhandenen stillen Reserven auf das neue Wirtschaftsgut übertragen kann, den er nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften zu bilden verpflichtet war, weil der Unternehmer, der die gesetzlichen Vorschriften beachtet, nicht bestraft und nicht schlechter gestellt werden darf als derjenige, der den gesetzlichen Vorschriften nicht die nötige Beachtung schenkt. Dem Unternehmer müßte es daher gestattet sein, die Differenz zwischen dem Tageswert des abgebrannten Gebäudes vor Eintritt des Schadensfalles und dem Restbuchwert des abgebrannten Gebäudes, den er nach den gesetzlichen Vorschriften höchstens hätte ansetzen dürfen, als stille Reserve des alten Wirtschaftsgutes auf das neue Wirtschaftsgut zu übertragen.

Es könnte auch die Meinung vertreten werden, man müsse es auch als recht und billig ansehen, daß der geschädigte Unternehmer denjenigen Teil der im zerstörten Wirtschaftsgut vorhanden gewesenen stillen Reserven auf das neue Wirtschaftsgut übertragen kann, den er nach den gesetzlichen Vorschriften zu bilden berechtigt war, weil dieser Teil der nach einem Wahlrecht gebildeten stillen Reserven auch dann weiterhin bestanden hätte, wenn das Wirtschaftsgut nicht zerstört worden wäre. Im Falle, daß ein betriebsnotwendiges Wirtschaftsgut gegen ein anderes betriebsnotwendiges Wirtschaftsgut getauscht wird, haben wir die Problematik und die verschiedenen Meinungen dargestellt, die mit einer Übertragung der stillen Reserven des zum Tausch hingeebenen auf das auf dem Wege des Tausches hingenommene Wirtschaftsgut bestehen. Diese Problematik verliert hier an Bedeutung, weil es beim Ausscheiden eines Wirtschaftsgutes durch Tausch von der Entscheidung des Unternehmers

(1) Schmidlin, a. a. O., S. 154-155.

(2) vgl. auch Groener, a. a. O., S. 62,

abhängig, ob das Wirtschaftsgut überhaupt ausscheiden sollte, ggf. wann es ausscheiden sollte, während der Unternehmer beim Ausscheiden eines Wirtschaftsgutes infolge eines Brandes im allgemeinen hierauf keinen Einfluß hat. Es scheint daher richtig zu sein, daß der Unternehmer hier nicht nur die anteiligen stillen Reserven, die er nach gesetzlichen Vorschriften zu bilden verpflichtet war, sondern auch diejenigen anteiligen stillen Reserven, die er nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften zu bilden berechtigt war, von dem alten auf das neue Wirtschaftsgut übertragen kann, denn die Brandentschädigung soll auch eine wirkliche Entschädigung sein.

Es ist aber mit dem Grundsatz der Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit nicht vereinbar, daß der Unternehmer ein neues Wirtschaftsgut, das 200 000 DM wert ist, nun ebenso mit einem Buchwert in Höhe von 120 000 DM in der Bilanz ausweist wie ein Wirtschaftsgut, das nur 140 000 DM wert war und mit 120 000 DM zu Buch stand.

Ein Ausweis des neuen Wirtschaftsgutes zum Buchwert des alten Wirtschaftsgutes könnte daher nach unserer Auffassung bestenfalls nur dann gerechtfertigt sein, wenn der Anschaffungs- oder Herstellungswert des neuen Wirtschaftsgutes ebenso hoch ist wie der Tageswert des alten Wirtschaftsgutes unmittelbar vor der Zerstörung gewesen ist (1).

Diese Auffassung vertritt auch der RFH in seinem Urteil vom 2.4.1930 - VI A 514/30. Hier heißt es :

"Wird ein Unternehmen von einem Brandfall betroffen, so tritt durch den Anspruch auf Brandentschädigung eine Realisierung der in den abgebrannten Gegenständen (insbesondere des Anlagekapitals) steckenden stillen Reserven grundsätzlich nicht ein, soweit solche durch die Brandentschädigung aufgedeckt werden und soweit für die Gegenstände Ersatz beschafft wird. Die stillen Reserven sind vielmehr in Höhe des Betrages, aus dem sich infolge der Brandentschädigung rein buchmäßig ein Gewinn ergeben würde, d.h. in Höhe des Unterschieds zwischen Buchwert und Brandentschädigung, aber höchstens bis zum gemeinen Wert (Teilwert) der abgebrannten Gegenstände auf die Ersatzgegenstände in der Weise zu übertragen, daß diese nur mit ihrem Anschaffungs- oder Herstellungspreis abzüglich der übertragenen stillen Reserven aktiviert werden".

In späteren Urteilen, nämlich im Urteil VI A 682/33 vom 22.11.1933 und im Urteil VI A 728/32 vom 13.7.1932, schränkt der RFH diese Handhabung insofern ein, als er verlangt, daß das neue Wirtschaftsgut in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht die gleiche Funktion erfüllen muß, die das alte Wirtschaftsgut erfüllt hat.

(1) vgl. hierzu auch Bauwens, Rolf: Die Besteuerung der stillen Rücklagen, Köln 1944, S. 163.

Aber auch diese Regelung ist nach unserer Auffassung noch nicht ganz befriedigend, denn hierbei wäre der durch die Folgen des Brandes geschädigte Unternehmer gegenüber anderen, nicht durch die Folgen des Brandes geschädigten Unternehmern insofern begünstigt, als er *ceteris paribus* die übertragbaren stillen Reserven des alten Wirtschaftsgutes nun wegen der längeren Lebensdauer und der in der Regel längeren Nutzungsdauer des neuen Wirtschaftsgutes später aufzulösen und u. a. auch zu versteuern brauchte als er dies tun müßte, wenn das alte Wirtschaftsgut nicht vernichtet worden wäre, und der Unternehmer, für den der Schadensfall eingetreten ist, wäre insofern gegenüber anderen Unternehmern benachteiligt, als er z. B. im allgemeinen längere Zeit darauf warten muß, bis ihm der Versicherungswert ausgezahlt wird und bis er über ein neu angeschafftes oder hergestelltes Wirtschaftsgut verfügen kann.

Wenn sich diese Vor- und Nachteile des Unternehmers ausgleichen würden, wäre der Grundsatz der Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit gewahrt. Wenn dies nicht der Fall wäre, so müßte theoretisch ein Ausgleich zu der Bevorzugung bzw. Benachteiligung geschaffen werden. Da jedoch eine Berücksichtigung dieser Tatsachen die Gewinnrechnung sehr erschweren würde, ist es zu empfehlen, aus Gründen der Praktikabilität hierauf zu verzichten.

Bisher sind wir von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Anschaffungs- oder Herstellungswert des neuen Wirtschaftsgutes höher ist als die von der Versicherung erhaltene Brandentschädigung.

Wären wir von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Anschaffungs- oder Herstellungswert des neuen Wirtschaftsgutes ebenso hoch ist wie die erhaltene Brandentschädigung, so wären wir zu dem gleichen Ergebnis gekommen.

Im Falle, daß die von der Versicherung erhaltene Brandentschädigung höher ist als der Anschaffungs- oder Herstellungswert des neuen Wirtschaftsgutes, hätte der Unternehmer nach unserer Auffassung das neue Wirtschaftsgut zum Anschaffungs- oder Herstellungswert abzüglich der vom alten auf das neue Wirtschaftsgut übertragenen anteiligen stillen Reserven in der Bilanz zu aktivieren und den Teil der Brandentschädigung, der den Anschaffungs- oder Herstellungswert (1) übersteigt, als realisierten Gewinn auszuweisen (2).

Wenn wir von der im allgemeinen nicht wirklichkeitsnahen Unterstellung ausgehen, daß der Anschaffungs- oder Herstellungswert des neuen Wirtschaftsgutes unter dem Buchwert des alten Wirtschaftsgutes liegt, wenn wir also von einer Unterstellung ausgehen, die gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip nur bei Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens gerechtfertigt erschien, wäre analog zu entscheiden.

(1) abzüglich der anteiligen stillen Reserven

(2) vgl. hierzu auch Schmidlin, a. a. O., S. 155.

Ebenso wie im Falle der Zerstörung eines Wirtschaftsgutes durch Brand zu verfahren ist, so müßte nach unserer Auffassung auch in allen anderen Fällen verfahren werden, in denen ein Wirtschaftsgut zwangsweise durch höhere Gewalt aus dem Betriebsvermögen ausscheidet und in denen der Unternehmer keinen direkten oder indirekten Einfluß darauf hat, daß das Wirtschaftsgut überhaupt ausscheidet und wann es ausscheidet.

Derartige Fälle liegen z. B. vor, wenn das Wirtschaftsgut durch Wasser, durch Hagel, durch Blitz etc. zerstört wird. Ein in der Praxis besonders wichtiger Fall ist die Enteignung, die heute unter bestimmten Voraussetzungen nach Artikel 14 des Bonner Grundgesetzes, nach Artikel 41 der Hessischen Verfassung, nach Bundesenteignungsgesetzen (1) und Landesenteignungsgesetzen (2) möglich ist.

Auch hier müßte der Unternehmer nach unserer Auffassung die anteiligen stillen Reserven, die er nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften zu bilden verpflichtet oder berechtigt war, von dem alten Wirtschaftsgut auf das neue übertragen können.

Sollte sich die Anschaffung oder Herstellung des neuen Wirtschaftsgutes über mehrere Rechnungsperioden hinziehen, so müßte der Unternehmer nach unserer Auffassung zwischenzeitlich eine auch als steuerfrei anerkannte Rücklage für Ersatzbeschaffung in Höhe des noch nicht verwendeten Teils der Entschädigungszahlung bilden, sofern die Entschädigungszahlung nicht höher ist als der Anschaffungs- oder Herstellungswert des neuen Wirtschaftsgutes.

-
- (1) Z. B. nach dem Flüchtlingsnotleistungsgesetz, nach dem Baulandbeschaffungsgesetz, nach dem Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung (Schutzbereichsgesetz), nach dem Gesetz über die Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung (Landbeschaffungsgesetz) ...
 - (2) Z. B. nach dem Gesetz über den Aufbau der Städte und Dörfer des Landes Hessen

Zusammenfassung

Der Totalgewinn muß manchmal als problematisch angesehen werden. Dies ist z. B. dann der Fall, wenn den inländischen/ausländischen Geldeinnahmen nicht die inländischen/ausländischen Geldausgaben gegenübergestellt werden können oder wenn die Kontinuität in der Gewinnrechnung aufgegeben worden ist. Der gelgentlichen Problematik des Totalgewinns darf aber im allgemeinen nicht allzu große praktische Bedeutung zugemessen werden, weil im allgemeinen auch der Totalgewinn keine besonders große praktische Bedeutung hat.

An den Periodengewinn dagegen, der aus den verschiedensten Gründen ermittelt werden muß, sind außerordentlich wichtige Folgen geknüpft. Deshalb hat die Ermittlung des Periodengewinns große praktische Bedeutung. Der ermittelte Periodengewinn muß indessen im allgemeinen als äußerst problematisch angesehen werden. Dies ist auf die umfangreichen Aktivierungsprobleme, Passivierungsprobleme und Bewertungsprobleme zurückzuführen. Es bestehen sehr unterschiedliche, ja teilweise sogar entgegengesetzte Meinungen darüber, was aktiviert/passiviert, was nicht aktiviert passiviert werden kann bzw. muß und wie hoch bewertet werden kann bzw. bewertet werden muß. Viele Meinungsverschiedenheiten ließen sich dadurch beseitigen, daß der Zeitraum der Rechnungsperiode vergrößert würde. Den hieraus resultierenden Vorteilen stehen indessen gewichtige Nachteile entgegen. Es ist schwierig, ja teilweise unmöglich, die vertretenen Meinungen und Interessen aufeinander abzustimmen. Bei der Bilanzerstellung wird versucht, einen Kompromiß zu schließen und die verschiedenen Meinungen, Interessen und Einflüsse unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften ins Gleichgewicht zu bringen.

Eine als ausreichend angesehene Gewinnerzielung ist im allgemeinen die wichtigste Voraussetzung für das Weiterbestehen einer Unternehmung. Dem Gewinn kommt also außerordentlich große Bedeutung zu. Im Hinblick auf den Gewinn- und Verlustausweis in der Bilanz sind zwei eng miteinander verbundene Tatsachen entscheidend:

- 1) Die Höhe des Gewinnausweises
- 2) Der Zeitpunkt des Gewinnausweises

Die Höhe des Gewinnausweises wird entscheidend davon beeinflusst, welches Prinzip des Gewinn- und Verlustausweises angewandt wird. Im Grunde genommen gibt es zwei verschiedene Prinzipien, nämlich das Verursachungsprinzip und das Realisationsprinzip. Beide Prinzipien in reiner Form sind nicht geeignet, um die Anforderungen erfüllen zu können, die an diese Prinzipien gestellt werden müssen. Unter der Voraussetzung der Geldwertstabilität wird das imparitätische Realisationsprinzip im allgemeinen den gestellten Anforderungen am ehesten gerecht. Dieses Prinzip ist insofern ein kombiniertes Prinzip, als es bei

den Gewinnen von der Realisation und bei den Verlusten von der Verursachung ausgeht. Zwar ist der gleichzeitige Ausweis realisierter Gewinne, realisierter Verluste und unrealisierter Verluste an sich unlogisch, er wird aber logisch durch das Prinzip der Vorsicht, dessen Anwendung wegen vieler außerordentlicher großer Schwierigkeiten als einziger Ausweg aus dem in vieler Hinsicht bestehenden Dilemma betrachtet werden muß.

Selbst die unterschiedliche Konsequenz in der Berücksichtigung der unrealisierten Verluste bei Wirtschaftsgütern innerhalb verschiedener oder gleicher Unternehmungen oder sogar bei Wirtschaftsgütern innerhalb ein und derselben Unternehmung muß unter gewissen Voraussetzungen aus Gründen der verschiedenen Zwecksetzungen bei den Wirtschaftsgütern bzw. aus Gründen der Praktikabilität als gerechtfertigt angesehen werden.

Wenn Preiserhöhungen eintreten, die nicht auf Sachwertschwankungen, sondern auf Geldwertschwankungen beruhen, dann müßte unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten das imparitätische Realisationsprinzip durch das aus dem imparitätischen Realisationsprinzip weiterentwickelte erweiterte Realisationsprinzip im Sinne des "Prinzips des doppelten Minimums" ersetzt werden. Bei dessen Anwendung sollen gleichzeitig das nominelle Kapital und die leistungsäquivalente Substanz erhalten werden, um das Fortbestehen der Unternehmung zu gewährleisten. Zur Realisation dieser unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten richtigen Forderung gibt es allerdings kein vollkommen exaktes Rechnungsverfahren, das in der Praxis angewandt werden könnte.

Wenn gleichzeitig das nominelle Kapital und die leistungsäquivalente Substanz erhalten werden sollen, dann muß aus der Vielzahl der vorhandenen Rechnungsverfahren das im jeweiligen Falle relativ am besten geeignete ausgewählt, angewandt und durch entsprechende Unternehmungspolitik sinnvoll ergänzt werden.

Bei der Behandlung der Frage, ob neben dem nominellen Kapital auch die leistungsäquivalente Substanz unbedingt voll oder zum Teil erhalten werden muß, darf man sich aber nicht nur von betriebswirtschaftlichen Aspekten leiten lassen; es müssen vielmehr z. B. auch Gesichtspunkte der allgemeinen Volkswirtschaftslehre und Gesichtspunkte der speziellen Volkswirtschaftslehre, insbesondere wirtschaftspolitische Momente, berücksichtigt werden, die sich u. U. nicht mit den betriebswirtschaftlichen Forderungen vereinbaren lassen. Da an mehreren Stellen grundsätzliche Fragen der politischen Anschauung und Auffassung in diesen Fragenkomplex hineinreichen, soll an dieser Stelle von uns keine Empfehlung gegeben werden.

Wie wir gesehen haben werden die Periodengewinne/Periodenverluste nicht nur von der Tatsache beeinflusst, in welcher Höhe der Gewinn/Verlust eines Vorgangs, sondern auch von der Tatsache, wann der Gewinn/Verlust eines Vorgangs ausgewiesen wird. Unter dem Gesichtspunkt des Zeitpunktes

des Ausweises wäre es grundsätzlich zu empfehlen, den Verlust zum Zeitpunkt der Verursachung, den Gewinn aber erst dann in der Bilanz in Ansatz zu bringen, wenn er endgültig realisiert ist. Unter theoretischen Gesichtspunkten liegt eine Realisation vor, wenn ein dem veräußerten Wirtschaftsgut äquivalentes Wirtschaftsgut mit gleicher Leistungsfähigkeit und Qualität ordnungsgemäß wiederbeschafft und bezahlt ist und wenn für den Unternehmer keine Risiken mehr bestehen oder entstehen können, die sich auf das veräußerte Wirtschaftsgut beziehen. Unter dem Gesichtspunkt einer wirtschaftlichen und praktikablen Handhabung kann aber dieser Zeitpunkt nicht als Zeitpunkt des Gewinnausweises empfohlen werden. Vorzuschlagen wäre, den Gewinn grundsätzlich dann als realisiert anzusehen, wenn der Verkäufer das Wirtschaftsgut und die Rechnung ordnungsgemäß abgesandt, der Verkäufer das Geld als Äquivalent für seine Leistung erhalten hat und wenn der Gewinn gleichzeitig als errechnet angesehen werden kann. Alle nach diesem Zeitpunkt noch bestehenden oder noch entstehenden mehr oder weniger großen Risiken sollten hinsichtlich der Höhe des Gewinnausweises berücksichtigt und offen in der Bilanz ausgewiesen werden.

Die gegebene Empfehlung hinsichtlich des Zeitpunktes des Gewinnausweises in der Bilanz gilt grundsätzlich sowohl in den Fällen, in denen der Zugang des Geldes und der Abgang des Wirtschaftsgutes zeitlich übereinstimmen, als auch in den Fällen, in denen der Zugang des Geldes zeitlich vor dem Abgang des Wirtschaftsgutes, in denen der Zugang des Geldes zeitlich nach dem Abgang des Wirtschaftsgutes, in denen der Zugang des Geldes zum Teil vor, zum Teil nach, zum Teil gleichzeitig mit dem Abgang des Wirtschaftsgutes erfolgt.

Entsprechend könnte verfahren werden, wenn die angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter nicht verkauft, sondern auf andere Weise an Wirtschaftssubjekte veräußert oder diesen vorübergehend überlassen werden.

Besondere Bedeutung hat der Zeitpunkt des Gewinnausweises in Wirtschaftszweigen mit langfristiger Fertigung. Hier besteht die Gefahr, daß die Periodenrechnung völlig mechanisiert wird und nahezu überhaupt keine Aussagekraft mehr besitzt, wenn die Gewinne erst zum Zeitpunkt der Realisation ausgewiesen werden. Zur Beseitigung dieser Gefahr gibt es häufig keine gut geeigneten Methoden. Bei sehr langfristige Herstellungsverfahren, so z. B. in der Forstwirtschaft, müssen daher Ausnahmeregelungen hinsichtlich des Zeitpunktes des Gewinnausweises getroffen werden.

Bei der Vielgestaltigkeit unseres heutigen Wirtschaftslebens ist es nicht möglich, eine "Parentlösung" hinsichtlich der Frage des Zeitpunktes des Gewinnausweises in der Bilanz anzubieten. Letzten Endes kommt es insbesondere immer auf die einzelnen Bedingungen an, wann ein Gewinn als realisiert angesehen werden kann und wann nicht.

Literaturverzeichnis

- Adler-Düring-Schmaltz : Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1957.
- Amrath, Friedhelm : Das Realisationsprinzip im Einkommen- und Körperschaftssteuerrecht, Dissertation Köln 1944.
- Aufermann, Ewald : Gewinn- und Verlustrealisation bei Berechnung der Einkünfte aus Gewerbebetrieb durch Bilanzvergleich, in : Zeitschrift für Betriebswirtschaft (ZfB), 21.Jg., 1951, S.235-240.
- Aufermann, Ewald : Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, ohne Angabe des Erscheinungsortes, 1951.
- Ballerstaedt, Kurt : Kapital, Gewinn und Ausschüttungen bei Kapitalgesellschaften, Tübingen 1949.
- Barth, Kuno : Die Bewertung mit eisernen Beständen, Stuttgart 1951.
- Bartke, Günther : Die Methoden zur Ermittlung des Gesamtwertes einer Unternehmung, in : ZfB 1960, 30.Jg., S.736-743.
- Baumbach : Kommentar zum HGB, 5.Aufl., ohne Angabe des Erscheinungsortes und des Erscheinungsjahres.
- Bauwens, Rolf : Die Besteuerung der stillen Rücklagen, Köln 1944.
- Becker, Enno : Die Durchführung des Gewinngedankens im Einkommensteuerrecht, in : Kölner Industriehefte, Köln 1930, Heft 16.
- Becker, Enno : Die Grundlagen der Einkommensteuer, München-Berlin 1940.
- Becker, Enno : Zur Frage des Verhältnisses zwischen Handels- und Steuerbilanz, in : Deutsche Wirtschaftszeitung, 25.Jg., 1928, S.1160 ff.
- Becker, Enno : Zur Rechtsprechung zum Einkommensteuergesetz, in : Steuer und Wirtschaft, 1932, Sp.1064 ff.
- Below, Karl-Heinz, Bürgerliches Recht, Allgemeiner Teil, in : Die Wirtschaftswissenschaften, hrsg. von Gutenberg, Erich, 1. Aufl., Wiesbaden 1960.
- Bertrams, Otto : Der Eiserne Bestand in der Bilanz, in : Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung (ZfhF), 1923, 17.Jg., S.444-480.
- Blom, F. : Die Behandlung schwebender Geschäfte in Buchführung und Bilanz, in : ZfhF, 1932, 26.Jg., S.250-261.
- Blümich-Falk : Kommentar zum EStG, Berlin und Frankfurt 1955.
- Blum, E. : Bemerkungen zur Aufstellung der Jahresabrechnung in Maschinenfabriken, in : Technik und Wirtschaft, 1911.
- Böhm, Franz : Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb, in : Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd.IV, 1951.
- Bouffier, Willy : Grundprinzipien der Bewertung, in : Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd.I, Stuttgart 1956, Sp.1068-1072.
- Brockhaus, der Große Brockhaus, 16. Aufl., Bd.9, Wiesbaden 1956.

- Bühler ; Zur Frage des Bestandsvergleichs bei Einkünften aus Forstwirtschaft, in : Steuer und Wirtschaft, 1944.
- Bülou, Friedrich ; Wörterbuch der Wirtschaft, 2. Aufl., Stuttgart 1954.
- Castan, E.; Gewinn, in : Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1956, Bd. II, Sp. 2327-2330.
- Christoph, B.; Eiserner Bestand und Preisdifferenzen-Rücklage in der betriebswirtschaftlichen Praxis, in : Der Betrieb, 9. Jg., 1956, S. 25-27.
- le Coutre, Walter ; Bilanz, in : Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 2. Aufl., Stuttgart 1938, I. Bd., Sp. 1023 ff.
- Czekalla ; Steuerliche Bilanzierungsfragen am Jahresende, in : Der Diplom-Kaufmann, 1930, S. 536 ff.
- Dietzen, N.; Grundzüge ordnungsmäßiger Bilanzierung für stille Reserven, Leipzig 1937.
- Dingler, Karl ; Der Realisierungsgedanke im Einkommen- und Körperschaft - steuergesetz, Diss. Heidelberg, 1938.
- Dornemann, Richard ; Die Aktivierung in Bilanztheorie und Steuerbilanz, in: ZfB, 1957, 27. Jg., S. 97 ff.
- Dornemann, Richard ; Dynamische Bilanzauffassung und Steuerbilanz, in : ZfhF, 1954, 6. Jg. NF., S. 375-383.
- Eich, Wilhelm ; Der Prüfungsbericht über den Jahresabschluß einer Aktiengesellschaft, 3. Aufl., ohne Angabe des Erscheinungsortes, 1944.
- Elmendorff, Wilhelm ; Der Erkenntniswert des Jahresabschlusses und Aussage-wert des Bestätigungsvermerkes, in : Wirtschaftsprüfung, Rechnungsle-gung und Besteuerung, Schriftenreihe des IdW, Bd. I, Düsseldorf 1950, S. 60-80.
- Endres, Walter ; Der eiserne Bestand als Mittel zur Vermeidung des Ausweises und der Besteuerung von Scheingewinnen, in : ZfhF, 1952, Jg. 4 NF., S. 217-230.
- Engelmann , K.; Amerikanische Untersuchungen über den Gewinnbegriff, in : ZfhF, 3. Jg. NF., 1951, S. 320-325.
- Engelmann , K.; Die Berücksichtigung von Geldwertschwankungen im betrieb-lichen Abrechnungswesen, in : ZfhF, 1952, 4. Jg. NF., S. 230-238.
- Engelmann , K.; Die Verrechnung von Inflations-Gewinnen unter dem Real- sations-Gesichtspunkt, in : ZfhF, 1951, 3. Jg. NF., S. 153-159.
- Eucken, Walter ; Die Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Aufl., Berlin-Göttingen-Heidelberg 1959.
- Falkenroth, Günther ; Gewinnverwirklichung vor Zahlungseingang ?, in : RWP-Blattei (Forkel-Stuttgart), Gruppe 14, D-Blatt, (Steuer-)Bilanz-Einzelfragen 22, Lieferung 1950.

- Fasselt, Theo : Wertsteigerungen und Veräußerungsgewinne im Einkommensteuerrecht, Köln 1949.
- Fischer, G. : Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 7. Aufl., Heidelberg 1957.
- Fischer, Guido : Die kurzfristige Abrechnung, in : Betriebswirtschaftliche Abhandlungen, Bd. 11, Stuttgart 1930.
- Fischer, Rudolf : Die Bilanzwerte, was sie sind und was sie nicht sind, I. Teil, Leipzig 1905.
- Fischer-Hess-Sebauer : Buchführung und Kostenrechnung, 3. Aufl., Leipzig 1943.
- Fuchs-Gerloff : Die konsolidierte Bilanz, Köln 1954.
- Fürst, Reinmar : Bilanzierungsgrundsätze in der Praxis, in : Betriebswirtschaftliche Bibliothek, hrsg. v. Hasenack, Wilhelm, Essen 1956.
- Galperin : Die wirtschaftliche Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz, in : Der Betrieb, 1952, S. 804.
- Geldmacher, E. : Wirtschaftsruhe und Bilanz, Berlin 1923.
- Gerstner : Bilanzanalyse, Leipzig und Berlin 1928.
- Gnam, A. : Der Gewinn, in : Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 6. Jg., 1954, S. 673-685.
- Gold, Ernst-Adolf : Wann entsteht ein Debitor in der Bilanz ?, in : ZfH, 26. Jg., 1932, S. 393-402.
- Granzau, Helmut : Aktivierung der Handelsvertreterprovision, in : Steuer und Wirtschaft, 18. Jg., 1939, I. Teil, Sp. 1225-1234.
- Groener, J. I. : Grundzüge der steuerlichen Gewinnermittlung, Krefeld 1950.
- Gutenberg, Erich : Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. I, Die Produktion, 3. Aufl., Berlin-Göttingen-Heidelberg 1957.
- Gutenberg, Erich : Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. II, Der Absatz, 1. Aufl., Berlin-Göttingen-Heidelberg 1955.
- Gutenberg, Erich : Buchbesprechung zu : Die Substanzerhaltung der Betriebe, in : ZfB, 28. Jg., 1958, S. 533-535.
- Gutenberg, Erich : Geschäftswert, in : Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 2. Aufl., Stuttgart 1938, Sp. 2040 ff.
- Haberler, Gottfried : Der Sinn der Indexzahlen, Tübingen 1927.
- Halter, Alfons : Der Gewinn, Diss. Frankfurt 1943.
- Hasenack, W. : Betriebliche Kategorien - Konzeption und Grundriß von Seinsskategorien und allgemeinen Handlungsprinzipien im Betriebsleben, 2. Teil, in : ZfB, 22. Jg., 1952, S. 162 ff.
- Hasenack, W. : Die Anlagenabschreibung im Wertumlauf der Betriebe und die Sicherung der Wirtschaft, in : ZfB, 15. Jg., 1938.
- Hax, Karl : Betriebswirtschaftlicher Erfolg und Wirtschaftlichkeitsmessung, in : Die Wirtschaftsprüfung, 1948, S. 4-9.
- Hax, Karl : Bilanzgewinn und Geldwertschwankungen, in : ZfH, 1951, 3. Jg., NF., S. 433-460.

- Hax, Karl : Die Betriebsunterbrechungsversicherung, Köln-Opladen 1949.
- Hax, Karl : Die Substanzerhaltung der Betriebe, Köln u. Opladen 1957.
- Hax, Karl : Gruppenbewertung und Pechnen mit Eisernen Beständen beim Vorratsvermögen in : Der Betriebs-Berater, 10.Jg., 1955, S.793-798.
- Hax, Karl - Knorr, Ernst - Meier, Albert : Ein Verfahren zur Erfassung und Neutralisierung von Geldwertveränderungen, in : Die Wirtschaftsprüfung, 1952, 5. Jg., S.293-296.
- Hax, Karl : Die langfristigen Finanzdispositionen, in : Handbuch der Wirtschaftswissenschaften, Bd. I, Köln und Opladen 1958, S.453 ff.
- Heinen, Edmund : Buchbesprechung zu "Die Substanzerhaltung der Betriebe", in : ZfhF, 1959, 11.Jg. NF., S.92-96.
- Heinen, Edmund : Handelsbilanzen, in : Die Wirtschaftswissenschaften, hrsg. v. Gutenberg, E., 1. und 2. Bd., Wiesbaden 1958.
- Helpenstein, Franz : Wirtschaftliche und steuerliche Erfolgsbilanz, Berlin 1932.
- Hoeniger, H. : Die Sicherungsübereignung von Warenlagern, 2. Aufl., Mannheim 1912.
- Hoffmann, Fritz : Fragen der Gewinnverwirklichung, insbesondere die Gewinnverwirklichung bei den bedingten Provisionsforderungen des Handelsvertreters, in : Finanz und Steuer, 2.Jg., Stuttgart 1947, I. Teil, S.42-46.
- Horn, Heinrich : Tendenzen zur Aussonderung von Vermögenswertänderungen in Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftspraxis und Steuerrecht, in : Betriebs- und finanzwirtschaftliche Forschungen, hrsg. v. Schmidt, F., II. Serie, Heft 52, Berlin und Wien 1931.
- Horn, Max : Zum Bewertungsproblem in der Jahresbilanz der Unternehmung - Eine kritische Studie, in : Veröffentlichungen des Steuerinstituts an der Handelshochschule Leipzig, Berlin und Wien 1935.
- Horowitz, H. - Horowitz, W. - Ullmann, F. : Kommentar zum neuen Aktienrecht, Berlin 1932.
- Hueck : Die Beteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat nach dem Betriebsverfassungsgesetz, in : Der Betrieb, 1952.
- Hügli, Friedrich : Lehrbuch der Buchhaltung, 1. Aufl., Bern 1887.
- Illetschko : Bilanzgliederung und Bilanzbewertung, in : Management und Betriebswirtschaft, Wien 1955, S.37 ff.
- Isaac, A. : Bilanzen und Bilanztheorien, in : Die Handelshochschule, Bd. 3, 2. Aufl., Berlin und Wien 1942.
- Jacob, Helmut : Die Methoden zur Ermittlung des Gesamtwertes einer Unternehmung, in : ZfB 1960, 30.Jg., S.131-147.
- Jockel, Helmut : Die steuerliche Problematik des Realisationsprinzips, Diss. Frankfurt 1955.
- J. T. : Die Vorschläge des Bundes zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes, in : Die Steuerwarte, Jg. 1932, Nr.19.

- Kalischer, E.: Handelsbilanz und Steuerbilanz, in : ZfhF, 26.Jg., 1932, S. 73-88.
- Kalveram, Wilhelm : Kostenrechnung, Bd. III, Wiesbaden 1951.
- Keynes, J.M.: The General Theory of Employment, Interest, and Money, 1936.
- Kiewning : Die bilanzmäßige Bewertung von angefangenen Bauten, in : Zeitschrift für das Treuhandwesen, 7.Jg., S. 187 ff.
- Klinkel, Helmut : Die Bewertung in der französischen Jahresbilanz, Wiesbaden 1961.
- Knapp, Georg Friedrich : Staatliche Theorie des Geldes, 3. Aufl., Jena 1922.
- Koch, Helmut : Die Problematik des Niederstwertprinzips, in : Die Wirtschaftsprüfung, 10.Jg., Stuttgart 1957., S. 1-6, Nr. 2, S. 31-35, Nr. 3, S. 60-63.
- Kosiol, Erich : Erlös, in : Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1956, Bd. I, Sp. 1671-1672.
- Kosiol, Erich : Ertrag, in : Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1956, Bd. I, Sp. 1686-1687.
- Kosiol, Erich : Aufwand, in : Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1956, Bd. I, Sp. 280-284.
- Kosiol, Erich : Betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte zum Bilanzsteuerrecht, in : ZfB, 22.Jg., 1952, S. 265 ff. und S. 346 ff.
- Kosiol, Erich : Bilanzreform und Einheitsbilanz, 2. Aufl., Berlin-Stuttgart 1949.
- Kosiol, Erich : Pagatorische Bilanz (Erfolgsrechnung), in : Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, Bd. III, Stuttgart 1956.
- Kosiol, Erich : Bilanzreform und Einheitsbilanz, 1. Aufl., Reichenberg-Leipzig-Berlin 1944.
- Kosiol, Erich : Kalkulatorische Buchhaltung, 5. Aufl., Wiesbaden 1953.
- Kovero, Ilmari : Die Bewertung der Vermögensgegenstände in den Jahresbilanzen der privaten Unternehmungen, Berlin 1912.
- Kronstein, Heinrich - Claussen, Carsten Peter : Publizität und Gewinnverteilung im neuen Aktienrecht, Frankfurt 1960.
- Langen, H.: Die Kapazitätsausweitung durch Reinvestition liquider Mittel aus Abschreibungen, Diss. FU Berlin 1952.
- Leitner, Fr.: Bilanztechnik und Bilanzkritik, Berlin und Leipzig 1929.
- Liebl, J.: Kapitalerhaltung und Bilanzrechnung, Wolfenbüttel 1954.
- Lion, Max : Bilanzsteuerrecht, Berlin 1923.
- Lion, Max : Die dynamische Bilanz und die Grundlagen der Bilanzlehre, in : ZfB, 5.Jg., 1928, S. 481 ff.
- Littmann, Eberhard : Der steuerliche Gewinnbegriff im Lichte statischer und dynamischer Bilanzauffassung, in : Steuer und Wirtschaft, 1948.

- Loitlsberger, Erich : Die Struktur des Gläubigerschutzes im Recht, in : Der österreichische Betriebswirt, hrsg.v.d. Hochschule für Welthandel, 4.Jg., Wien 1954, S.138-157.
- Loitlsberger, Erich : Gläubigerschutz und Erfolgsbewertung, in : Der österreichische Betriebswirt, 5.Jg., 1955, S.71-86.
- Loss, Louis : Securities Regulation, Boston 1951, Supplement 1955.
- Mahlberg, W. : Bilanztechnik und Bewertung bei schwankender Währung, Leipzig 1921.
- Meier, Albert : Vorschlag zur Erfassung der wirklichen Scheingewinne und Rücklagenbildung in der Handels- und Steuerbilanz, in : Die Wirtschaftsprüfung, 4.Jg., 1951, S.389-392.
- Mellerowicz, Konrad : Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, III. Bd., 9. Aufl., Berlin 1956.
- Mellerowicz, Konrad : Kosten und Kostenrechnung, II Verfahren, 1. Teil, Berlin 1958.
- Mellerowicz, Konrad : Der Wert der Unternehmung als Ganzes, ohne Angabe des Erscheinungsortes, 1952.
- Mering, Otto von : Steuerpolitik und Vollbeschäftigungspolitik, in : Ordo, Bd. III, hier insbes. S.105-107.
- Mestmäcker, Ernst-Joachim : Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, Karlsruhe 1958.
- Mittelmüller, Hermann : Die Bewertung für die Gewinnermittlung nach Handelsrecht und Steuerrecht, in : Unternehmung und Steuer, Schriftenreihe zur betrieblichen Steuerlehre, Berlin 1936.
- Münstermann, H. : Eiserner Bestand, in : Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1956, Bd. I, Sp.1957-1608.
- Münstermann, H. : Bewertung ganzer Unternehmen, in : Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 1. Bd., Stuttgart 1956, Sp.1059-1068.
- Neumark, Fritz : Theorie und Praxis der modernen Einkommensbesteuerung, Bern 1947.
- Nicklisch, Heinrich : Wirtschaftliche Betriebslehre, 6. Aufl., Stuttgart 1922.
- Osterroth, Heinrich : Der Eiserne Bestand und der gebundene Vorrat in der Ertragsteuerbilanz, Diss. Frankfurt 1948.
- Passow, Richard : Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen, 2. Aufl., Leipzig und Berlin 1918.
- Penner, Mathias : Das Realisationsprinzip in der steuerlichen Erfolgsrechnung, Köln 1934.
- Popp, Ludwig : Kurzfristige Erfolgsrechnungen und ihre Revision, in : Betriebs- und finanzwirtschaftliche Forschung, II. Serie, Berlin und Wien 1927.
- Rehm, Hermann : Die Bilanzen der Aktiengesellschaften, München 1903.

- Reifenrath, Paul : Wann können Bestände zu über den Herstellungskosten bzw. Marktpreisen liegenden Verkaufspreisen bewertet werden ?, in : ZfhF, 27.Jg., 1933, S.439-442.
- Rhein, Hugo : Grundsätze ordnungsmäßiger Rechnungsabgrenzung für die Jahresbilanz, Mannheim 1949.
- Riebel, Paul : Die Gestaltung der Kostenrechnung für Zwecke der Betriebskontrolle und Betriebsdisposition, in : ZfB, 26.Jg., 1956, S.278-289.
- Riebel, Paul : Die Problematik der Normung von Abschreibungen, in : Der Betrieb, 13.Jg., 1960, S.729-734.
- Riebel, Paul : Marktforschung und Rechnungswesen, in : ZfB, 21.Jg., 1951, S.441-448.
- Riebel, Paul : Methodenprobleme der wirtschaftlichen Verfahrenswahl, in : Zeitschrift für Glaskunde, 32.Jg., 1959, S.493-500.
- Rieger, Wilhelm : Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 1.Aufl., Nürnberg 1928.
- Rieger, Wilhelm : Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 2.Aufl., Erlangen 1959.
- Rieger, Wilhelm : Schmalenbachs Dynamische Bilanz, Stuttgart 1936.
- Rüger, Alexander : Bürgerliches Recht für Kaufleute, 2.Aufl., Wuppertal-Elberfeld 1954.
- Rüger, Alexander : Handelsrecht für Kaufleute, 4.Aufl., Wuppertal-Elberfeld 1956.
- Rummel, Kurt : Einheitliche Kostenrechnung, Düsseldorf 1949.
- Rumpf, Alfred : Gewinnbegriff und steuerlicher Einkommensbegriff - mit einer Sonderbetrachtung des Niederstwertprinzips, Diss. Frankfurt 1933, Bochum - Langendreer 1934.
- Samuelson, Paul A. : Volkswirtschaftslehre, 2.Aufl., Köln 1958.
- Savary, Jacques : Le parfait negociant.
- Schäfer, Erich : Die Unternehmung, Köln und Opladen 1956.
- Scheffler, Hermann : Über Bilanzen, in der Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte, ohne Angabe des Verlagsortes, 187⁹.
- Schmalenbach, E. : Die Finanzierung der Betriebe, Bd. II, Die Beteiligungsfinanzierung, 7.Aufl., Köln und Opladen 1949.
- Schmalenbach, E. : Abschreibungen bei Preisveränderungen von Anlagegegenständen, in : ZfhF, 1.Jg.NF., 1949, S.49-58.
- Schmalenbach, E. : Dynamische Bilanz, 4.Aufl., Leipzig 1926.
- Schmalenbach, E. : Dynamische Bilanz, 5.Aufl., Leipzig 1931.
- Schmalenbach, E. : Dynamische Bilanz, 9.Aufl., 1948.
- Schmalenbach, E. : Dynamische Bilanz, Köln und Opladen 1956, 12.Aufl.
- Schmalenbach, E. : Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, in : ZfhF, 27.Jg., 1933, S.225-233.

- Schmidlin, Lorenz : Das Prinzip der Periodizität in der Gewinnbesteuerung. in : Betriebswirtschaftliche Studien, St. Gallen 1956.
- Schmidt, Fritz : Die organische Bilanz im Rahmen der Wirtschaft, 2. Aufl., Leipzig 1922.
- Schmidt, Fritz : Die organische Tageswertbilanz, 4. Aufl., Wiesbaden 1951.
- Schneider, Erich : Wirtschaftsrechnung, Bern und Tübingen 1951.
- Schneider, Erich : Industrielles Rechnungswesen, Kopenhagen 1939
- Schneider, Erich : Einführung in die Wirtschaftstheorie, Bd. 2, 5. Aufl., Tübingen 1958.
- Schwantag, Karl : Zins und Kapital in der Kostenrechnung, Frankfurt 1949.
- Schweizer Lexikon, 6. Bd., Zürich, ohne Angabe des Jahrgangs (vermutlich 1948).
- Simon, Hermann Veit : Die Bilanzen der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, 3. Aufl., Berlin 1898.
- Simon, Hermann Veit : Die Bilanzen der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, 4. Aufl., Berlin, ohne Angabe des Erscheinungsjahres.
- Sommerfeld, H. : Eudynamische Bilanzlehre, in : Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, I. Bd., Stuttgart 1926, Sp. 1340 ff.
- Spieth, Eberhard : Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Inventur, in : Der Rechts- und Steuerdienst, Köln 1956.
- Staub : Kommentar zum HGB, 8. Aufl., Berlin 1906.
- Staub : Kommentar zum HGB, 14. Aufl., Berlin 1932.
- Stern : Buchhaltungslexikon, 2. Aufl., Bd. I, ohne Angabe des Erscheinungsortes und des Erscheinungsjahres.
- Trumpler, Hans : Die Bilanz der Aktiengesellschaft, Berlin 1937.
- Trumpler, Hans : Die Bilanz der Aktiengesellschaft nach deutschem Aktien- und Steuerrecht unter Hinweisen auf das Recht der Vereinigten Staaten, Englands und der Schweiz, Basel 1950.
- Trumpler, Hans : Das Bilanz- und Steuerrecht der Aktiengesellschaft nach englischem Recht, Basel und Leipzig 1939.
- Trumpler, Hans : Die Aktiengesellschaft nach dem Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrecht der Vereinigten Staaten von Amerika, Basel 1942.
- Ulbricht, Roland : Gewinnrealisierung bei Tauschvorgängen im Einkommensteuergesetz, in : ZfB, 3. Jg., 1933, S. 111-117.
- Unold, Hermann von : Das Problem der Besteuerung des forstwirtschaftlichen Gewinns, Berlin (ohne Angabe des Jahres der Erscheinung)
- Van der Velde, Kurt : Die Gewinnverwirklichung im Handels- und Steuerrecht, in : Die Wirtschaftsprüfung, 3. Jg., 1950.
- Veiel, Otto : Nochmals die Handelsvertreterprovision, in : Steuer und Wirtschaft, 18. Jg., München und Berlin 1939, I. Teil, Sp. 1233-1242.

- Vellguth, Hans Karl : Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für schwebende Geschäfte, Leipzig 1938.
- Voigt : Die Grenzen bilanzmäßiger Vermögensdarstellung, in : Steuer und Wirtschaft, 1935.
- Walb, Ernst : Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe, Berlin-Wien 1926.
- Walb, Ernst : Finanzwirtschaftliche Bilanz, 2. Aufl., Dußburg 1948.
- Wagner, Paula : Gewinn und Einkommen, eine Gegenüberstellung und Abgrenzung der Begriffe in Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft und Steuerrecht, Elberfeld 1928.
- Wallich, Henry C. : Die Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt 1955.
- Wegner, Gustav : Über die Aktivierung der Gemeinkosten von selbsterstellten Anlagen und Waren gemäß HGB § 261, in : ZfhF, 27. Jg., 1933, S. 442-445.
- Wergo, Herbert : Stille Reserven und Gewinnverwirklichung, in : Industrie und Steuer, Teil I, 1940.
- Westerfelhaus, H. : Verdeckte Gewinnausschüttung als steuerrechtliches und betriebswirtschaftliches Problem, Düsseldorf 1956.
- Westhoff, Josef : Der niedrigere Teilwert in Erfolgssteuerbilanzen und kritische Betrachtung der Verrechnung unrealisierter Wertminderungen nach dem Niederstwertprinzip, Köln 1949.
- Willmes, E. : Dynamische Erfolgsrechnung bei Betrieben mit langfristiger Einzelherstellung, in : Betriebswirtschaftliche Rundschau und Archiv für Revisions- und Treuhandwesen, 1929, S. 155 ff.
- Zimmerer, Carl : Anschaffungswerte in der Bilanz, in : ZfB, 1962, 32. Jg., S. 106-109.
- Zimmerman, L.J. : Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Köln 1961.
- Zitzlaff, Franz : Gewinnverwirklichung beim Aktientausch, in : Steuer und Wirtschaft, 1943, Sp. 249 ff.

Lebenslauf

Am 9.10.1934 wurde ich als Sohn des Dipl.Ing. Heinrich Götzen in Neustadt (Haardt) geboren. Von 1934 bis 1937 wohnte ich in Deidesheim an der Weinstraße, von 1937 bis 1945 in Treysa (Bez. Kassel), von 1945 bis 1953 in Frielendorf (Bez. Kassel), von 1953 bis 1958 in Frankfurt (Main), von 1958 bis heute in Wächtersbach (Kreis Gelnhausen).

Nach vierjährigem Besuch der Volksschulen in Treysa und Frielendorf besuchte ich 7 Jahre das Realgymnasium in Treysa, anschließend 2 Jahre die Musterschule in Frankfurt. Hier bestand ich am 7.3.1955 das Abitur. Am 1.4.1955 begann ich mit einem kaufmännischen Praktikum bei der Siemens-Schuckertwerke-AG in Frankfurt, nach achtzehnmonatiger Ausbildung im Wintersemester 1956/57 mit dem Studium der Wirtschaftswissenschaften (Fachrichtung Betriebswirtschaftslehre) an der Universität in Frankfurt. Nach neunsemestrigem Studium an dieser Universität bestand ich am 2.6.1961 das Examen als Diplom-Kaufmann. Meine akademischen Lehrer waren insbesondere Herr Prof. Dr. Loitsberger, Herr Prof. Dr. Hagenmüller, Herr Prof. Dr. Hax und Herr Prof. Dr. Sauermann. Seit dem 15.6.1961 bin ich Doktorand an der Universität in Frankfurt.

Wächtersbach, den 14.2.1963

Gerhard Götzen

